Sozialgenossenschaftliche Initiativen in ländlich-peripheren Räumen Deutschlands

Eine fallstudienbasierte Untersuchung zu den Gründungsprozessen bürgerschaftlich getragener Dorfläden

Von der Fakultät für Physik und Geowissenschaften

der Universität Leipzig

genehmigte

D I S S E R T A T I O N

zur Erlangung des akademischen Grades

doctor philosophiae

Dr. phil.

vorgelegt

von Diplom-Geograph Stefan Haunstein
geboren am 20. März 1985 in Leipzig

Gutachter:
Prof. Dr. Sebastian Lentz, Universität Leipzig und Leibniz-Institut für Länderkunde
apl. Prof. Dr. Karl Martin Born, Universität Vechta

Tag der Verleihung: 13. Dezember 2021

Bibliografische Beschreibung

Haunstein, Stefan

Sozialgenossenschaftliche Initiativen in ländlich-peripheren Räumen Deutschlands.
Eine fallstudienbasierte Untersuchung zu den Gründungsprozessen bürgerschaftlich getragener Dorfläden

Universität Leipzig, Dissertation

237 Seiten, 479 Literaturangaben, 32 Abbildungen, 12 Tabellen, 2 Anlagen

Referat

Die Dissertation wendet sich bürgerschaftlich getragenen Dorfladeninitiativen in ländlich-peripheren Räumen Deutschlands zu. Anhand von vier Fallbeispielen und mithilfe qualitativer Methoden werden die Gründungsprozesse vom ersten Impuls zur Verantwortungsübernahme bis zur frühen Nachgründungsphase aus der Perspektive der am Aufbau beteiligten Akteure analysiert. Die Arbeit schließt an die Frage an, inwieweit bürgerschaftliche Selbstorganisation, die über ehrenamtliches Engagement hinausgeht und in wirtschaftliche Sphären vordringt, einen Beitrag zur Entwicklung bzw. Stabilisierung ländlich-peripherer Räume leisten kann. Die Analysen zeigen einerseits, dass die Initiativen ihr Wirken in multiplen örtlichen Problemkonstellationen begründeten. Anderseits wird dargestellt, welche Rolle politisch-institutionelle Aktivierungsimpulse im Kontext der Verantwortungsübernahme spielten. Darüber hinaus beleuchtet die Arbeit die Strategien und Anstrengungen, die die Initiatoren aufbrachten, um die Organisationen in stabile wirtschaftliche Verhältnisse zu führen und welche Barrieren sich dabei auftaten. Abschließend diskutiert die Arbeit den sozial-innovativen Gehalt des Ansatzes und problematisiert dessen Potenzial, neue Abhängigkeiten und prekäre Verhältnisse zu erzeugen.

Abstract

The dissertation focuses on community-owned village shop initiatives in rural areas in Germany. Based on four case studies and using qualitative methods, the thesis analyses, from the perspective of the initiators, the founding processes from the first impulses to take responsibility to the early post-start phase. The dissertation refers to debates regarding the extent to which civic self-organization, which goes beyond volunteer engagement and enters into economic spheres, can contribute to the development or stabilization of rural areas. On the one hand, the investigation shows that the initiatives aimed to tackle a wide range of local challenges. And on the other hand, it illustrates the role of political-institutional activation impulses in the context of assuming responsibility. In addition, the thesis sheds light on the strategies and efforts that the initiators made to navigate the organisations into stable economic conditions and the barriers that emerged in these processes. Finally, the dissertation critically reflects the social-innovative character of community-owned village shops and argues that the approach has the potential to create new dependencies and precarious conditions.

Danksagung

„Also die Umsetzung ist dann schon noch ein Hammer und das sollte jedem klar sein, der so etwas anfasst.“ Diese Aussage tätigte einer meiner Gesprächspartner[1], um dem hürdenreichen und entbehrungsvollen Weg zur Gründung eines genossenschaftlichen Dorfladens Ausdruck zu verleihen. Ihm schien offensichtlich im Vornherein des Anfassens nicht klar gewesen zu sein, dass da ein *Hammer* auf ihn zukommt. Ich übertreibe nicht, wenn ich nun rekapituliere, dass diese Aussage auch meinem Mund hätte entstammen können. Die Anfertigung einer Dissertation ist zweifellos ein *Hammer* und auch mir war im Vornherein nicht klar, in welch unruhige Zeiten ich mich mit der Entscheidung, solch ein Unterfangen anzufassen, begebe.

Gewiss hätte ich diesen *Hammer* allein nicht bewältigen können. Daher möchte ich an dieser Stelle einigen Menschen danken, die mich auf diesem langen und mit so manchen Durststrecken und Zweifeln durchsetzten Weg begleitet haben. Zunächst sei meinem Betreuer Sebastian Lentz gedankt, der mir immer wieder wertvolle Anregungen gab und mich dazu ermutigte, Schreiben als Prozess ernster zu nehmen. Ohne diesen Hinweis würde ich womöglich auch heute noch viele Stunden an belanglosen Details brüten und mich fragen, wohin eigentlich all die Zeit geflossen ist und, vor allem, wo der Text bleibt. Auch Thilo Lang, der mir die Tür zum Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) und damit in die Wissenschaftswelt öffnete, trägt einen großen Anteil am Gelingen der Arbeit. Durch meine Tätigkeit im Rahmen des von ihm geleiteten Forschungsbereiches „Raumproduktionen im Verhältnis von Polarisierung und Peripherisierung“ konnte ich nicht nur viel über Raum lernen, sondern, wichtiger noch, lernen kritisch über Raum nachzudenken. In diesem Zusammenhang sei insbesondere Melinda Mihály und Sunna Kovanen gedankt, mit denen ich lebendige Debatten über das der Arbeit zugrunde liegende Themenfeld führen konnte und die meine Gedanken immer wieder für abweichende Blickwinkel öffneten. Neben dem IfL trägt auch die Heinrich-Böll-Stiftung einen wesentlichen Anteil daran, dass die Dissertation nun in dieser Form vorliegt. Sie gab mir durch ein Promotionsstipendium überhaupt erst die Gelegenheit zur Umsetzung und ermöglichte es mir, ebenso wichtig, unabhängig zu bleiben.

Auf persönlicher Ebene möchte ich einen großen Dank an all meine lieben Mitmenschen richten, die mir gerade auf den zahlreichen Durststrecken immer wieder einen Tee oder einen Kaffee oder ein Bier reichten. Dies war wichtig, um eben nicht auf der Strecke zu bleiben, sondern kontinuierlich neue Kraft tanken zu können. Ebenso wie meine Freundinnen und Freunde hat auch meine Familie mich in den vergangenen Jahren über längere Zeiträume wenig zu Gesicht bekommen. Dass ich mir dennoch jederzeit Rückhalt sicher sein konnte, war eine wichtige Stütze, für die ich ausdrücklich danken mag. Auch wenn es mir womöglich nicht immer gelungen ist, eine zufriedenstellende Antwort über Sinn und Zweck des wissenschaftlichen Arbeitens

[1] Um sowohl dem Anspruch an eine geschlechtergerechte Sprache nachzukommen als auch eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, wird in der Arbeit zwischen der männlichen und der weiblichen Form variiert. Stets und ausdrücklich mitgemeint sind damit das jeweils andere Geschlecht und anderweitige Geschlechteridentitäten.

zu vermitteln, gerade wenn ein kleines (wie hier vorliegendes) Ergebnis so lange auf sich warten lässt, hoffe ich auf den folgenden Seiten nun ansatzweise nachvollziehbar machen zu können, was meine Gedanken in den vergangenen Jahren umgetrieben hat.

Nicht zuletzt möchte ich den Menschen meiner untersuchten Dorfläden danken, die mich stets mit offenen Armen empfangen und mir tiefe Einblicke in ihre Initiativen gewährt haben. Die Bereitschaft aufzubringen, sich neben den alltäglichen Arbeiten zum Aufbau und bei der Etablierung eines solchen Ladens zusätzlich mit mir als Wissenschaftler auseinanderzusetzen, verdient höchste Wertschätzung.

Inhaltsverzeichnis

Bibliografische Beschreibung ..... **I**

Referat ..... **I**

Abstract ..... **I**

Danksagung ..... **II**

Inhaltsverzeichnis ..... **IV**

Abkürzungsverzeichnis ..... **VII**

Abbildungsverzeichnis ..... **VIII**

Tabellenverzeichnis ..... **IX**

1 Einleitung und Problemaufriss **1**

1.1 Ländlich-periphere Räume als Schauplätze bürgerschaftlicher Selbstorganisation – Erwartungen und Diskrepanzen 1

1.2 Forschungsfragen, Erkenntnisinteresse und Struktur der Arbeit 8

2 Theoretisch-konzeptionelle Überlegungen I: Zur Konstitution ländlich-peripherer Räume und infrastrukturelle Peripherisierung **14**

2.1 Ländlich-periphere Räume – Verständniszugang 14

2.2 Reduktion von Daseinsvorsorge- und Infrastruktureinrichtungen als Anzeiger von und Katalysator für Peripherisierungsprozesse(n) 17

2.3 Schwerpunkt Lebensmittelnahversorgung 22

2.4 Einschnitte in der Daseinsvorsorge- und Infrastrukturausstattung aus Bewohnerperspektive 27

3 Theoretisch-konzeptionelle Überlegungen II: Sozialgenossenschaftliche Initiativen und Raumentwicklung – sozialwissenschaftliche Perspektiven **32**

3.1 Sozialgenossenschaftliche Initiativen – Verständniszugang 32

3.2 Sozialgenossenschaftliche Initiativen und das Hinwenden zu Neuem – konzeptionelle Anschlussstellen zu sozialen Innovationen 36

3.3 Sozialgenossenschaftliche Initiativen und Raumveränderung 40

3.4 Sozialkapital als Ressource zur Erweiterung örtlicher Handlungsspielräume 43

3.5 Bürgerschaftliche Selbstorganisation und politische Aktivierung 48

3.6 Zwischendiskussion: Bürgerschaftlich getragene Dorfläden als Beispiel sozialgenossenschaftlichen Initiativ-Werdens in ländlich-peripheren Räumen 51

4 Methodik und empirische Umsetzung **55**

4.1 Erkenntnistheoretische Vorüberlegungen 55

4.2 Gemeinsames Handeln im Raum – Grundlagen, Herausforderungen und Anwendung in der Arbeit 56

4.3 Qualitatives Fallstudiendesign, Auswahl der Fallbeispiele und ‚Hineintasten' ins Feld 59

4.4 Methoden der Datenerhebung ... 62
4.4.1 Analyse von Presseartikeln ... 63
4.4.2 Gruppen- und Einzelinterviews ... 64
4.4.3 Feldaufenthalte und -beobachtungen ... 66
4.4.4 Analyse organisationsinterner Dokumente ... 67
4.5 Datenaufbereitung und -analyse ... 68
4.6 Verlauf der Feldarbeit und kritische Reflexion der eigenen Rolle ... 70
5 Darstellung der Fallstudien ... 74
5.1 Dorfladen Linsburg w.V. ... 74
5.2 Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG ... 81
5.3 Dettener Dorfladen eG ... 90
5.4 Dorfladen Alerheim eG ... 97
5.5 Erste Reflexion des Beobachteten ... 103
5.5.1 Charakteristika der zugrunde liegenden Orte ... 103
5.5.2 Wesenszüge der untersuchten Organisationen ... 112
5.5.3 Blick auf die tragenden Akteure der Initiativen ... 114
6 Fallübergreifende Analysen ... 117
6.1 Triebkräfte des Initiativ-Werdens I: Ortsbezogene Zielperspektiven ... 117
6.1.1 „Wir wollen ein vollwertiger Versorger werden und nicht nur ein Notnagel“ – Nahversorgung reaktivieren ... 118
6.1.2 „Dass die Älteren halt, die nicht mehr Auto fahren können, sich selber noch versorgen können“ – Selbstständigkeit immobiler Bewohner sicherstellen ... 120
6.1.3 „Und weil das wie ausgestorben war“ – Ort der Begegnung und des Austauschs schaffen ... 123
6.1.4 „Die Folge dieser Verringerung von Bevölkerung und Wirtschaft: Der Ort wird zunehmend unattraktiver“ – gesamtörtliche Entwicklung stabilisieren ... 126
6.2 Triebkräfte des Initiativ-Werdens II: Das Hinwenden zu einem genossenschaftlichen Organisationsmodell ... 128
6.2.1 „Wir wollen keine Genossenschaft gründen, wenn das nicht sein muss“ – Passivität privatwirtschaftlicher Akteure als Ausgangspunkt ... 128
6.2.2 „Wenn ihr wollt, dass der Ort nicht stirbt, dann müsst ihr das selbst in die Hand nehmen“ – Initiativ-Werden im Kontext politischer Aktivierung ... 130
6.2.3 „Mit welcher Begründung subventioniert man etwas, das sich woanders betriebswirtschaftlich trägt?“ – zu den Grenzen kommunalpolitischer Unterstützung ... 136
6.2.4 „Irgendwann soll das Ganze natürlich mal kostendeckend sein“ – das genossenschaftliche Modell und der Wunsch nach wirtschaftlicher Stabilität ... 139

6.3 Der Weg zu einem genossenschaftlichen Dorfladen als komplexer Aushandlungsprozess ... 141

6.3.1 „Es sind eh immer die Gleichen, die etwas machen“ – von der Idee geteilter Verantwortung zur sozialen Realität personengestützter Verantwortung ... 141

6.3.2 „Haben uns da wirklich informiert, so müssen wir es machen, und darauf haben wir auch so ein bisschen aufgebaut“ – zwischen außerörtlichen Orientierungen und Inwertsetzung innerörtlicher Kompetenzen ... 147

6.3.3 „Nur diese Bindung hat letztendlich Erfolgsaussichten“ – Strategien zur Verankerung des Dorfladens als Gemeingut ... 150

6.3.4 „Nur dann gibt es Hardliner, die dagegen sind“ – Agieren gegen Widerstände ... 158

6.3.5 "Die vorhandenen Schlachter und Bäcker hier nicht rauskicken“ – Einbindung örtlicher Wirtschaftsakteure ... 163

6.4 Genossenschaftliche Dorfläden im Kräftefeld wirtschaftlicher Zusammenhänge .. 167

6.4.1 „Da hieß es, ihr müsst so billig sein wie ein Discounter, aber einen Service haben wie ein Feinkostladen“ – zwischen Abgrenzung von und Angleichung zu konventionellen Lebensmittelmärkten ... 167

6.4.2 „Wir können ja keine Forderungen stellen“ – Agieren in ungleichen wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen ... 171

6.4.3 „Das ist halt dann doch ein hartes Geschäft“ – Stabilität gewinnen in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen ... 176

7 Zusammenfassung und kritische Reflexionen ... 179

7.1 Rekapitulation der Gründungsprozesse ... 179

7.2 Genossenschaftliche Dorfläden als soziale Innovation zur Entwicklung ländlich-peripherer Räume – kritische Reflexionen ... 184

7.3 Der örtliche Kontext als Resonanzboden für gelingende genossenschaftliche Dorfladeninitiativen – eine Annäherung ... 191

7.4 Anregungen für Praxis und Politik ... 194

7.5 Grenzen der Arbeit und weiterführende Forschungsansätze ... 197

8 Quellenverzeichnis ... 200

Anhang I: Dokumentenübersicht ... 228

Anhang II: Kodierschema bei der empirischen Analyse ... 237

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BIB	Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
BM	Bürgermeister
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
eG	eingetragene Genossenschaft
EMES	Emergence of Social Enterprises in Europe Research Network
e.V.	eingetragener Verein
IEK	Integriertes Entwicklungskonzept
IfL	Leibniz-Institut für Länderkunde
Int	Interview
IRS	Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung
km	Kilometer
LEADER	Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale
NRW	Nordrhein-Westfalen
OD	Organisationsinterne Dokumente
o.J.	ohne Jahresangabe
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PKW	Personenkraftwagen
SD	Sonstige Dokumente
SDL	Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten
SV	Sportverein
Tab.	Tabelle
UG	Unternehmergesellschaft
w.V.	wirtschaftlicher Verein
ZeLE	Zentrum für Ländliche Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Zahl der Lebensmittelgeschäfte in Deutschland nach Jahren 23
Abb. 2: Untersuchungsprozess 62
Abb. 3: Fachwerkgebäude in Linsburg 74
Abb. 4: Ehemaliges Gasthaus in Linsburg – 2017 zum Dorfladen umgebaut 78
Abb. 5: Anschreiben zur Bürgerbefragung in Linsburg 79
Abb. 6: Blick von der Burg Scharfenstein 82
Abb. 7: Leerstehendes Ladenlokal und verlassene Gastwirtschaft in Scharfenstein 83
Abb. 8: Wohngebäude in Venusberg 83
Abb. 9: Festsaal Venusberg und Standort des Dorfladens im Ortszentrum 85
Abb. 10: Innenansicht des Scharfensteiner Ladens 87
Abb. 11: Katholische Pfarrkirche St. Bonifatius Schapdetten 90
Abb. 12: Leerstehendes Gasthaus im Schapdettener Ortskern 91
Abb. 13: Dettener Dorfladen im Gebäude der ehemaligen Bäckereifiliale 92
Abb. 14: Einladungsflyer zur Gründung der Dettener Dorfladen eG 94
Abb. 15: Blick in den Dettener Dorfladen 95
Abb. 16: Geldautomat im Dettener Dorfladen 96
Abb. 17: Wohngebäude in Alerheim 97
Abb. 18: Hofladen mit Vertrauenskasse in Alerheim 98
Abb. 19: Außenansicht des Dorfladens Alerheim 99
Abb. 20: Interessenabfrage durch den Arbeitskreis Dorfladen Alerheim 101
Abb. 21: Innenansicht des Dorfladens Alerheim 102
Abb. 22: Verortung der untersuchten Initiativen 103
Abb. 23: Vom Heimatverein Schapdetten errichtete Sitzbank 104
Abb. 24: Leerstehendes Bäckereigeschäft in Venusberg 106
Abb. 25: Mobile Versorgung in Scharfenstein 108
Abb. 26: Haltepunkt des Sparkassenbusses in Linsburg 109
Abb. 27: Back- und Fleischwaren im Dettener Dorfladen 113
Abb. 28: Sitzecke im Dettener Dorfladen 125
Abb. 29: Vermittelte Voraussetzungen für die Lebensfähigkeit des Dettener Dorfladens 153
Abb. 30: Bürgerbefragung in Alerheim 155
Abb. 31: Logoentwürfe für den Dorfladen Alerheim 157
Abb. 32: Stillgelegte Bankfiliale in Schapdetten 175

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Sozialunternehmerische Dimensionen 34
Tab. 2: Übersicht der analysierten Medienbeiträge 63
Tab. 3: Kerndaten der Gemeinde Linsburg 74
Tab. 4: Kerndaten des Dorfladen Linsburg w.V. 80
Tab. 5: Kerndaten der Ortsteile Scharfenstein und Venusberg (Gemeinde Drebach) 81
Tab. 6: Kerndaten der Bürgerläden Scharfenstein (S) – Venusberg (V) eG 89
Tab. 7: Kerndaten des Ortsteils Schapdetten (Gemeinde Nottuln) 90
Tab. 8: Kerndaten der Dettener Dorfladen eG 96
Tab. 9: Kerndaten des Ortsteils Alerheim (Gemeinde Alerheim) 97
Tab. 10: Kerndaten der Dorfladen Alerheim eG 102
Tab. 11: Sprachliche Verweise auf bedeutsame Personen der Initiativen 114
Tab. 12: Sprachliche Verweise auf Bindungsabsichten 151

1 Einleitung und Problemaufriss

1.1 Ländlich-periphere Räume als Schauplätze bürgerschaftlicher Selbstorganisation – Erwartungen und Diskrepanzen

Die räumlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik vollziehen sich ungleich. Während Großstädte und Agglomerationsräume mehrheitlich wachsen, haben ländlich-periphere Räume häufig mit vielschichtigen Problemlagen zu kämpfen. Der Deutschlandfunk (2017) erstattet Bericht über „abgehängte Regionen". Und die Frankfurter Allgemeine Zeitung spricht von einem „geteilte[n] Land". Sie zieht die Trennlinie nicht etwa entlang der alten und der neuen Bundesländer, sondern zwischen „Globalisierungsgewinnern" (Großstädten) und „Globalisierungsverlierern" (ländlich-peripheren Räumen) und sagt voraus: „Die Kluft wächst." (FAZ 2018) Auf eine Krisendiagnose folgt für gewöhnlich eine akribische Suche nach wirksamen Heilmitteln.

„Bürgerschaftliches Engagement – die letzte Rettung für die Peripherie?" haben Barlösius/Neu (2008a: 3) zur Diskussion gestellt. Die gewählte Fragestellung lässt sich in zwei Richtungen beantworten. Erstens, inwieweit bürgerschaftliches Engagement dazu imstande ist, die Peripherie überlebensfähig zu machen. Und zweitens, ob nicht noch andere Wege der Rettung existieren. Gleichwohl deutet die gewählte Fragstellung auf eine gewisse Skepsis seitens der Autorinnen hin, ob bürgerschaftliches Engagement den gesteckten Hoffnungen gerecht werden kann. Unverkennbar ist nämlich, dass in gesellschaftspolitischen Debatten zur Zukunft der Peripherie die Bewohner ins Zentrum gerückt sind. Auf ihnen lagern umfassende Erwartungen, dass sie Versorgungsengpässen selbstorganisiert begegnen und einen Beitrag zur Stabilisierung ihrer Wohnorte leisten können.

Grundsätzlich hat die Frage, inwieweit bürgerschaftliches Engagement zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen kann, seit den späten 1990er-Jahren umfassend Einzug in bundespolitische Debatten gehalten (dazu umfassend Bode 2014; Wolf/Zimmer 2012; Neumann 2012). 1999 berief der Bundestag die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" ein, die das Ziel verfolgte, „politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu erarbeiten" (Deutscher Bundestag 2002: 2). In den Folgejahren fand dieses Anliegen Zugang zu raumentwicklungspolitischen Erwägungen. So trägt der zweite Engagementbericht der Bundesregierung den Themenschwerpunkt „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung" (BMFSFJ 2017). Wenngleich die allgemeine Formulierung *lokale Entwicklung* nahelegt, dass hierbei keine spezifischen Raumkategorien adressiert werden, wird bei genauerer Lektüre des Berichtes schnell deutlich: Es geht nicht um prosperierende, wachsende Räume, sondern um solche, die mit demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert sind – und dabei in erster Linie um ländlich-periphere Räume. Im Fokus des Berichtes stehen Fragen der Daseinsvorsorge. Auch wenn es zunächst heißt, dass Engagement „nicht als Ersatz für staatliche Daseinsvorsorge [erscheint]" (ebd.: 141), weicht die Tonlage in anderen Passagen markant davon ab:

> *„In der Diskussion über die Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge wird der Einbindung freiwilligen Engagements eine wachsende Bedeutung zugewiesen (...). Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum (...)." (ebd.: 230)*

Etwas *Freiwilligem* eine *wachsende Bedeutung* zuzuweisen, erscheint nicht nur problematisch, sondern ist auch Ausdruck der Neujustierung staatlichen Wirkens im Bereich der Daseinsvorsorge. ‚Der' Staat tritt zunehmend als moderierende und anregende Instanz auf, als dass er alleinig für die Bereitstellung entsprechender Leistungen Sorge trägt (u.a. Kersten et al. 2015; Holz-Rau et al. 2010; dazu ausführlich Kapitel 2.2). Insbesondere in ländlich-peripheren Räumen, in denen der Verlust öffentlicher wie auch privatwirtlicher Einrichtungen besonders drastisch zu Buche schlägt, wird der Ruf nach einer aktiven Bürgerschaft lauter. So formuliert bspw. Dehne (2013a: 8): „Die Erosion der Daseinsvorsorge im Ländlichen Raum kann nur mit Hilfe von bürgerschaftlichem Engagement vermieden werden." Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (BIB) – ein Thinktank, wenn es um Fragen zur Raumentwicklung geht – fragt, „wie der ländliche Raum seine Zukunft gestalten kann", verweist darauf, dass „der wichtigste Rohstoff (..) die Menschen mit ihrer Tatkraft – gerade in ländlichen Gebieten [sind]" und schlussfolgert, dass „dort, wo Menschen auf Probleme stoßen, auch Ideen entstehen, wie diese zu bewältigen sind" (BIB 2018: 4f.). Das Bewältigen örtlicher Problemlagen wird so zur Angelegenheit der dort lebenden Menschen, wie Magel (2013: 366) als unerlässlich postuliert:

> *„**Ohne aktive Bürger und eine Neue Verantwortungsgemeinschaft läuft nichts!** So bleibt es denn an den Gemeinden und ihren Bürgern, an sich zu glauben und ihr Schicksal in die Hand zu nehmen und zu versuchen, die ländlichen Räume zu sichern." (Hervorhebung im Original)*

Verantwortungsübernahme durch eine aktive Bürgerschaft gewinnt demnach an Relevanz, damit sich ländlich-periphere Orte überhaupt Zukunftsperspektiven wahren können. In diesem Zusammenhang merken Tautz et al. (2018: 31) an:

> *„Die lokale Handlungsebene erhält mit dem Rückzug des Staates eine neue Rolle. Die bürgerschaftlichen Aktivitäten entscheiden immer mehr darüber, ob sich ländliche Lebensverhältnisse im Einzelfall negativ entwickeln oder ob es gelingt, Dörfer aus einer Abwärtsspirale zu retten."*

Inwieweit das Retten aus einer *Abwärtsspirale* gelingt, und dadurch die Zukunftsfähigkeit eines Ortes gewährleistet werden kann, wird demnach zu einer Frage, die vor allem von der lokalen Ebene beantwortet werden muss. Für das BIB geht es hierbei nicht nur um Stabilisierung, sondern auch darum, dass eine *aktive Bürgerschaft* durch ihr Tun imagebildend wirkt:

> *„Eine aktive Bürgerschaft, die sich um die eigenen Belange kümmert, die ein lebenswertes Umfeld schafft und für einen guten Ruf des Ortes auch über dessen Grenzen hinaus sorgt, kann zwischen Schrumpfung und Stabilität entscheiden." (BIB 2011: 45)*

Die Rolle der Bürgerinnen als Kriseninterventionsorgan und Weichensteller für die Zukunft hat, wie anhand der voranstehenden Textauszüge skizziert werden sollte, eine Aufwertung erfahren. Politische Akteure begeben sich auf die „Suche nach dem aktiven Bürger" (Neu 2011: 47). Bewohner sind nunmehr nicht nur dazu aufgerufen, Bedürfnisse zu artikulieren, in gedanklichen Austausch über die zukünftige Ortsentwicklung zu treten (wie etwa in Zukunftswerkstätten und Bürgerforen) oder sich in Entscheidungsprozesse einzubringen (vgl. Becker/Runkel

2010). Vielmehr wird ihnen eine regieführende Rolle zugewiesen, bei der Bewältigung lokaler Herausforderungen mitzuwirken und hierfür selbsttragende Organisationsstrukturen aufzubauen. In der politischen Praxis spiegelt sich dies nicht zuletzt in Strukturprogrammen wider, die darauf abzielen, Bewohnerinnen zu ermutigen, gestalterisch wirksam zu werden, dabei persönliche Ressourcen einzubringen und Verantwortung für das Zuschaffende (im Aufbau) und Geschaffene (in der Aufrechterhaltung) zu übernehmen (mit Blick auf die LEADER-Förderung u.a. Bosworth et al. 2016; Shucksmith 2009). Aus einer aktivierungsorientierten Governance-Perspektive rückt dann bei zahlreichen Arbeiten die Frage in den Mittelpunkt, wie Bürgerinnen in daseinsvorsorgerelevanten Bereichen zur Verantwortungsübernahme motiviert bzw. aktiviert werden können (u.a. Kennel et al. 2014: 41f.; Albrecht 2009: 213). Genau darauf will die vorliegende Arbeit allerdings nicht hinaus (s.u.).

Auffällig ist, dass sich das Spektrum bürgerschaftlicher Initiativen erweitert hat. Neben klassischen Feldern wie der Brandbekämpfung sind Initiativen in Bereichen entstanden, die zuvor im Verantwortungsbereich der öffentlichen Hand lagen wie bspw. Bürgerbusse (Burmeister 2016) sowie Grundschulen in freier Trägerschaft (Kühne/Kann 2013) und in denen privatwirtschaftliche Akteure keine Handlungsanreize (mehr) sehen wie bürgerschaftlich getragene Dorfläden (Pezzei 2013). Solche Organisationsformen sind dadurch charakterisiert, dass sich Bewohnerinnen durch Kompetenzen, finanzielle Mittel und Engagement für den Aufbau und den laufenden Betrieb einbringen und so zu Trägerinnen dieser Leistungen werden. Häufig werden bürgergetragene Organisationsformen, die wirtschaftliche Geschäftstätigkeiten vollziehen, als Genossenschaften gegründet (Stappel 2017: 151-155; Haunstein/Thürling 2017; Blome-Drees et al. 2015: 103f.; Schmale/Blome-Drees 2014).

In der Literatur wird eine verstärkte bürgerschaftliche Verantwortungsübernahme bei der Daseinsvorsorge und im Aufbau infrastruktureller Einrichtungen in ländlich-peripheren Räumen kontrovers diskutiert. So bestehen Stimmen, die die Potenziale zur Erweiterung lokaler Gestaltungsspielräume hervorheben und hierfür auf Argumente endogener bzw. eigenständiger Regionalentwicklung zur „Reaktivierung peripherer Problemgebiete“ zurückgreifen (Mose 1989: 154). Da die Menschen vor Ort Expertinnen ihres Lebensumfeldes sind, am besten über die auftretenden Herausforderungen Bescheid wissen und die dort verfügbaren Ressourcen kennen, sei mehr Mitbestimmung und Mitgestaltung nur folgerichtig, um bedarfsgerechte und nachhaltige Lösungen zu entwickeln und umzusetzen (u.a. Rottmann/Grüttner 2017: 52; Reichwein/Trauth-Koschnick 2010: 257; auch Lowndes/Sullivan 2008). Ebenso vielfältig und spezifisch wie die Problemlagen müssten daher auch die Lösungsansätze sein, die dann gerade nicht durch übergeordnete staatliche Instanzen nach einheitlicher Rezeptur verordnet und durchgesetzt werden können, sondern ‚von unten‘ entwickelt und getragen werden müssen (u.a. Schubert 2018: 378; Kennel et al. 2014: 8; Mose/Nischwitz 2009). Für Schmid (2009: 90) ist „eine Demokratisierung der lokalen, sozialraumorientierten Daseinsvorsorge [notwendig], da ohne aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger möglicherweise ‚fremdgesteuerte‘ Antworten entwickelt werden“. Daseinsvorsorgeeinrichtungen unter demokratische Kontrolle der Menschen vor Ort zu bringen, sei darüber hinaus erfolgsversprechend, da dies zu einer breiteren Akzeptanz beitragen kann, wie das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR 2018: 54) hervorhebt:

> *„Die gezielte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei allen örtlichen Fragen der Daseinsvorsorge sollte zentrales Anliegen und integraler Bestandteil regionaler Anpassungsstrategien sein. (...) Durch Beteiligung kann die Akzeptanz der Bevölkerung gefördert werden, notwendige Anpassungsstrategien mitzutragen."*

Andere Autoren erweitern solche Überlegungen zur *Akzeptanz notwendiger Anpassungsstrategien* (auch Kaether 2014: 112) um Aspekte der identitätsstiftenden Wirkungen, die vom gemeinsamen Schaffen ausgehen können. Naumann/Reichert-Schick (2012: 41) sehen ein Potenzial, dass die „Mitgestaltung der Infrastrukturversorgung durch die Einwohner (..) durchaus der Ermächtigung und Identifikation der Menschen mit ihrer Region dienen [kann]." Für Liebmann (2010: 80) eröffnen gerade krisenhafte Raumentwicklungen verheißungsvolle Gelegenheiten und Chancen, „herkömmliche Handlungswege und altbewährte Routinen zu verlassen". Solche Argumentationsmuster schließen an Debatten um sogenannte Raumpioniere an, die gerade in den vermeintlichen Schwächen vieler ländlich-peripherer Räume (wie Leerstand und Abwanderung) Freiheiten erkennen, um kreative Ideen zu verwirklichen und in neue zukunftsträchtige Organisationsmodelle zu übersetzen (vgl. Faber/Oswalt 2013; Faber 2013; Dehne 2013b; dazu Kapitel 3.3). Eine optimistische Auffassung hinsichtlich des Potenzials bürgerschaftlicher Selbstorganisation vertritt auch Aring (2013), der mit seinem Vorstoß zur Ausweisung sogenannter „Selbstverantwortungsräume" die raumplanerische Debatte belebt hat. Nach seinem Ansatz wären Kommunen weitreichend von der Pflicht entbunden, ein garantiertes Niveau an Daseinsvorsorgeleistungen vorzuhalten, wodurch sie verlorengegangene Gestaltungsspielräume zurückgewinnen könnten (ebd.: 52f.). In diesem Zusammenhang verweist Aring darauf, dass „schon jetzt (..) den Menschen auf dem Dorf latent mehr Selbstverantwortung abverlangt [wird] als in den Städten". Im Nachsatz fügt er hinzu: „Und es besteht auch eine Bereitschaft dazu." (ebd.: 55) Von einer solchen Bereitschaft wird auch im Raumordnungsbericht 2017 ausgegangen. So bestehe „gerade in ländlichen Räumen (..) in der Bevölkerung eine große Bereitschaft, sich ehrenamtlich für das Gemeinwesen zu engagieren" (BBSR 2018: 54).

Mit Blick auf diese Debatte fällt auf, dass dabei häufig eine historische Kontinuität gezeichnet wird, wonach es für Dorfbewohner seit jeher selbstverständlich sei, sich selbst zu organisieren, um ihre Lebensqualität zu sichern. Dahingehend formuliert bspw. Henkel (2016a: 16): „Dorfbewohner haben eine hohe Kompetenz, lokale Fragen und Probleme ehrenamtlich oder genossenschaftlich anzugehen und Verantwortung für das Gemeinwesen zu tragen. Selbstverantwortung und Anpackkultur sind im Dorf tief verwurzelt." Nicht selten wird hierbei das Bild der Dorfgemeinschaft bemüht, um der Annahme einer Interdependenz zwischen Nachbarschaft und solidarischem Miteinander sprachlichen Ausdruck zu verleihen (u.a. BMVI 2015a: 112). Krambach (2013: 40) spricht von einer „zivilgesellschaftliche[n] Kraft der Dorfgemeinschaft" und attestiert dem Dorfleben eine „spezifische Intensität der sozialen Kontakte" (ebd.: 10). Eine ähnliche Vorstellung teilen Klie/Marzluff (2012: 748), wonach in ländlichen Räumen „Verantwortlichkeit und Gemeinschaft (..) per se deutlich stärker ausgeprägt [sind] als im urbanen Umfeld". Die Auslegung, dass sich die sozialen Verhältnisse auf dem Land grundsätzlich – im positiven Sinne – von jenen in der Stadt abheben, ist in dieser Debatte tief eingebrannt und wird als Gemeinschaftsrhetorik normativ aufgeladen.

Dabei erweist es sich als durchaus problematisch, die Bewohnerschaft in ländlichen Siedlungen pauschal als überschaubare Einheiten zu imaginieren, in denen ein gemeinschaftsorientiertes Miteinander selbstverständlich ist. Politischen Entscheidungsträgern wird so der Weg geebnet, harte Einschnitte zu kaschieren, Verantwortungsstrukturen neu zu justieren und einen ‚von unten' getragenen Umbau anzustoßen. Neu (2016: 8) pointiert:

> *„Die dörfliche Gemeinschaft, oft als Idealform menschlichen Zusammenlebens imaginiert, in der enge soziale Kontakte Geborgenheit und Sicherheit spenden, scheint nun auch für Politiker attraktiv, die nicht mehr wissen, wie sie die Konsequenzen des demografischen Wandels in den Griff bekommen sollen. (...) Mit dem Rückzug des Wohlfahrtsstaates aus einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge, besonders aber aus der Fläche, geht eine verstärkte Suche nach Kooperationspartnern und Allianzen mit Unternehmen und Bürgern einher. Gerade in ländlichen Räumen wird gerne an die ‚ureigenen Kräfte' wie Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement appelliert, um die Bürger auf ihre neuen ‚Aufgaben' (...) vorzubereiten. Die heimeligen Begriffe ‚Nachbarschaftshilfe', ‚Solidarität' und ‚Gemeinschaft' verschleiern aber letztlich nur, dass die Kosten für die wegbrechenden sozialen und kulturellen Daseinsvorsorgeleistungen mehr und mehr privatisiert werden (...)."*

Andere Autoren melden eine Skepsis im Hinblick auf das Leistungsvermögen bürgerschaftlicher Selbstorganisation in ländlich-peripheren Räumen an (u.a. Salemink et al. 2017). Tautz et al. (2018: 31) sehen „die Gefahr, dass lokale Akteure und die Bürger durch die an sie gestellte Erwartung, in zunehmendem Maße wegfallende staatliche Angebote der Daseinsvorsorge zu kompensieren, überfordert werden". Und Elbe/Müller (2015) werfen die Frage auf, ob „Partizipation der Zivilgesellschaft" gleichzusetzen ist mit einer „Überforderung der Zivilgesellschaft". Sie wenden ein: „Es gibt nicht in jeder Region gleich viele engagierte Menschen. Auch ihre Bereitschaft, sich zu engagieren, kann sehr unterschiedlich sein." (ebd.: 59) Damit sprechen die Autoren zwei wunde Punkte an, die bisher in der Debatte nur ungenügend berücksichtigt wurden: die Frage nach dem Willen und die der Leistungsfähigkeit der mit dem Aufruf zu mehr Selbstverantwortung konfrontierten Menschen. Beide Aspekte sind nämlich keineswegs so eindeutig zu beantworten, wie es die normativ aufgeladene Debatte vermuten lässt.

Hinsichtlich des Willens haben Butzin et al. (2015) im Zuge ihrer Analyse von 111 Initiativen im Bereich der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen die These aufgestellt: „Bürgerinnen und Bürger wollen sich immer stärker engagieren und Verantwortung übernehmen." (ebd.: 1) Zu einem differenzierteren Ergebnis kam Steinführer (2015), die anhand einer Untersuchung zu Bewältigungsstrategien von älteren Bewohnerinnen im Harz auf weggebrochene Daseinsvorsorgeeinrichtungen zu dem Schluss kam, dass sich Menschen zunehmend in die Verantwortung begeben haben, um weiteren Verschlechterungen etwas entgegenzusetzen (ebd.: 5). Gieling/Haartsen (2017) haben in einer Studie zur Sicherung der Lebensqualität von Dorfbewohnern in den Niederlanden eine Diskrepanz feststellen können zwischen den Hoffnungen, die politische Verantwortungsträger an Engagement herantragen einerseits und dem tatsächlichen Wollen der dabei adressierten Bewohnerinnen andererseits. In ähnliche Kerbe schlagen Tõnurist/Surva (2017). Sie sehen die Gefahr, dass Freiwilligkeit und Notwendigkeit unzulässigerweise synchronisiert werden und das politische Bestreben nach mehr Verantwortungsübernahme bei gemeinwesenbezogenen Aufgaben den Kern der Freiwilligkeit aufweicht (ebd.: 242f.).

Problematisch erscheint darüber hinaus, dass die politische Forderung nach einer stärkeren Verantwortungsübernahme vielerorts auf Konstellationen trifft, in denen Bewohnerinnen bereits in vielfältigen gemeinwesenbezogenen Angelegenheiten Verantwortung übernehmen (u.a. Schröder 2018: 79). Erschwerend kommen demografische Herausforderungen hinzu. Da Abwanderung, Alterung und Geburtenrückgänge in vielen ländlich-peripheren Räumen besonders drastisch ausfallen (BBSR 2018: 11-15), hat dies auch Auswirkungen auf die lokalen Kapazitäten zur Kompensation infrastruktureller Ausfälle. Die Menschen, die imstande und gewillt sind, Selbstorganisation zu leisten und einen ‚von unten' getragenen Wandel herbeizuführen und langfristig zu stützen, werden weniger und älter (vgl. Swiaczny 2010). Zwar stellen einige Arbeiten gerade die Potenziale älterer Bewohnerinnen samt ihrer bisher (vermeintlich) unausgeschöpften Ressourcen wie Zeit und Lebenserfahrung heraus, dass sie einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge leisten können (u.a. Alisch et al. 2018; Klie/Marzluff 2012). Allerdings besteht Grund zur Annahme, dass diese Potenziale vielerorts bereits ausgeschöpft sind und nicht überstrapaziert werden sollten (vgl. Munoz et al. 2014: 221; Steinführer et al. 2012: 147). Vielerorts haben etablierte Vereine angesichts fehlenden Nachwuchses bereits heute große Schwierigkeiten, ihre Vereinsaktivtäten adäquat aufrechtzuerhalten und vor allem junge Menschen zu gewinnen, die das Vereinsleben in federführender Position gestalten (Vogelgesang 2018: 75; Eigner-Thiel/Mautz 2017: 208; Kennel et al. 2014: 39f.; Steinführer et al. 2012: 145). Nachwuchssorgen treiben auch zahlreiche freiwillige Feuerwehren um, die angesichts dessen kaum mehr den Brandschutz angemessen absichern können (BMVI 2016: 104-108; Dietrich et al. 2014: 84f. für Gemeinden in der Nordeifel; Steinführer et al. 2012: 113-115 für Gemeinden im Harz).

Eine Überhöhung der lokalen Ebene als Basis bürgerschaftlicher Selbstorganisation erweist sich aber auch aus einem anderen Gesichtspunkt als problematisch. So schlägt die von Beck (1986) diagnostizierte Individualisierung und zunehmende Pluralisierung von Lebensmodellen nicht nur in urbanen Zusammenhängen zu Buche, sondern lässt sich genauso in ländlichen Räumen beobachten (vgl. Hainz 1999).[2] Bewohner eines Dorfes stellen keine soziokulturell homogene und nach außen abgeschlossene Einheit dar, die das Subjekt sinnbildlich umgreifen und eine selbstverständliche Verantwortungsgemeinschaft bilden. Auf die Gefahr, das Dorf sozialromantisch aufzuladen, wurde bereits vor einigen Jahrzehnten hingewiesen. Schwedt (1978: 84) mahnt an, „daß es die vielbesungene Dorfidylle nie gegeben hat" und ergänzt: „[D]ie gegenseitige Hilfe, die nachbarliche Geselligkeit, die gemeinschaftliche Selbstverwaltung (…) ist verherrlicht worden bis zur tatsächlichen Unsinnigkeit." (ebd.: 85) Jeggle/Ilien (1978) spitzen diesen Sachverhalt weiter zu und rahmen die „Dorfgemeinschaft als Not- und Terrorzusammenhang". Unter Zuhilfenahme zahlreicher historischer Beispiele stellen sie dar, dass gegenseitige Hilfe vor allem dann geleistet wurde, wenn es die Umstände erforderten und zum Überleben unerlässlich war. Eine solche kritische Sichtweise lässt sich im Übrigen auch bereits bei Max Weber finden:

[2] Beck/Beck-Gernsheim (1993: 179) explizieren: „Chancen, Gefahren, Unsicherheiten der Biographie, die früher im Familienverband, in der dörflichen Gemeinschaft, im Rückgriff auf ständische Regeln oder soziale Klassen vordefiniert waren, müssen nun von den einzelnen selbst wahrgenommen, interpretiert, entschieden und bearbeitet werden."

> *„Vielmehr haben wir nur festzustellen, daß auch die stabilen Verhältnisse ländlicher Siedlungs-Nachbarschaft und zwar von jeher, die gleiche Zwiespältigkeit aufweisen (...). Das »Gemeinschaftshandeln« ist nicht die Regel, sondern die, sei es auch typisch wiederkehrende, Ausnahme. (...) Nachbarschaft bedeutet praktisch (...) Aufeinanderangewiesensein in der Not." (Weber 1999 [1922]: 248)*

Auch jüngere sozialwissenschaftliche Arbeiten negieren die Sichtweise, dass gegenseitiges Beistehen quasi-natürlich das dörfliche Zusammenleben auszeichnet. Vogelgesang et al. (2016: 38) halten fest: „Fraglos löst sich das Dorf im Modernisierungsprozess (..) aus seiner gemeinschaftlichen Fixierung (…). Die Abhängigkeiten voneinander haben abgenommen und Beziehungen haben eine offenere Struktur." Nebelung et al. (2010) haben Bewohner verschiedener dörflicher Siedlungen in Nordostdeutschland im Hinblick auf ihre Einschätzung der Qualität örtlicher Sozialbeziehungen befragt. Über die Hälfte der Befragten vertrat die Auffassung, dass der Zusammenhalt im Dorf abgenommen hat (ebd.: 142). Einher mit der Erosion gemeinschaftlicher Fixierungen geht, dass auch die Verlässlichkeit örtlicher Unterstützungsarrangements aus familiären Kreisen häufig nachgelassen hat. Arbeiten zu Bewältigungsstrategien älterer Menschen auf weggefallene Versorgungseinrichtungen haben gezeigt, dass der Rückgriff auf familiäre Hilfe häufig nicht mehr ohne Weiteres möglich ist, da der Nachwuchs schlichtweg nicht mehr im Ort wohnt (u.a. Steinführer et al. 2012: 139). Junge Menschen wandern ab und lösen sich aus ihrer familiären Umklammerung. Umgekehrt entscheiden sich Menschen für ein Leben im Dorf und ziehen zu. Mit ihnen halten neue (städtische) Lebensstile Einzug. Und Menschen ziehen zu, denen der Sinn häufig nicht nach Gemeinschaft steht, und die mit den verwurzelten Bewohnern nicht viel mehr teilen außer dem gemeinsamen Wohnort, oder wie Vogelgesang et al. (2016: 39) in einem Dorf im Großraum Trier feststellen konnten: „Nicht wenige Neubürger präferieren (..) eine distanzierte Wohnweise, die sich durch Rückzug, Reserviertheit und Anonymität auszeichnet." Mit solch bestimmten Rückzügen trübt sich zugleich die Überschaubarkeit des örtlichen Sozialgefüges ein.

Diese Überlegungen markieren die Eckpfeiler der vorliegenden Arbeiten. Sie wendet sich genossenschaftlichen Dorfläden als Form bürgerschaftlicher Selbstorganisation in ländlich-peripheren Räumen Deutschlands zu und nimmt die Prozesse der Vergemeinschaftung unter zeitgenössischen Bedingungen unter die Lupe. Steinführer (2017) hat angemerkt, dass gegenwärtig nur noch wenig zu Dörfern geforscht wird. Offensichtlich wird aber viel von ihnen erwartet. Diese Lücke mit belastbaren empirischen Erkenntnissen zu füllen, dies will die vorliegende Arbeit leisten.

1.2 Forschungsfragen, Erkenntnisinteresse und Struktur der Arbeit

Ziel der Arbeit ist es, Prozesse bürgerschaftlicher Selbstorganisation in ländlich-peripheren Räumen Deutschlands am Beispiel genossenschaftlicher Dorfladeninitiativen zu analysieren. Anhand von vier Fallbeispielen werden die Gründungsprozesse vom ersten Impuls (zur Verantwortungsübernahme) bis zur frühen Nachgründungsphase (der Umsetzung) aus der Perspektive der am Aufbau beteiligten Akteure nachgezeichnet. Das Erkenntnisinteresse drückt sich in drei Fragekomplexen aus:

- Was sind die treibenden Kräfte, dass Bewohner ländlich-peripherer Räume die Initiative zum Aufbau eines genossenschaftlichen Dorfladens ergreifen? Welche Entwicklungen sollen damit angestoßen und welchen entgegengewirkt werden?
- Wie wird die Idee für einen genossenschaftlichen Dorfladen vor Ort erweckt und ausgehandelt? Welche Anstrengungen bringen die tragenden Akteure auf, um die Idee umzusetzen? Mit welchen Herausforderungen und Widerständen sehen sie sich dabei konfrontiert?
- Inwiefern stellen genossenschaftliche Dorfläden eine soziale Innovation zur Stabilisierung bzw. Entwicklung ländlich-peripherer Räume dar? Worin liegen die Grenzen und Risiken des Ansatzes?

Diese Forschungsfragen schließen an unterschiedliche Diskussionsstränge in der Literatur an, die sich mit infrastrukturellen Reduktionen in ländlich-peripheren Räumen sowie Bewältigungsstrategien der Menschen vor Ort auseinandersetzen. Dabei wird der Annahme gefolgt, dass Bewohner ländlich-peripherer Räume nicht lediglich Leidtragende schwindender infrastruktureller Angebote sind, sondern diese sich aktiv mit veränderten Raumausstattungen auseinandersetzen und Überlegungen anstellen, wie und wo sie zukünftig leben und ihren Lebensalltag arrangieren wollen und können (u.a. Steinführer et al. 2012; Naumann/Reichert-Schick 2012).

Im Mittelpunkt bisheriger Arbeiten stehen Strategien auf individueller Ebene. Intensiv untersucht sind Exit-Strategien, also Abwanderung (u.a. Sparschuh/Sterbling 2013), die als „Abstimmung der Menschen mit Füßen über die örtlichen Bedingungen“ verstanden werden kann (Becker/Tuitjer 2016: 19). Andere Arbeiten haben individuelle Bewältigungsstrategien in den Blick genommen, die darauf abzielen, sich alternative Möglichkeiten zur Versorgung im Ort zu erschließen wie der Eigenanbau von Gemüse und Obst (u.a. Neu/Nikolic 2015: 198-201; Born 2009: 143f.). Auch zu ortsbezogenen Strategien, die auf gemeinsamem Handeln mehrerer Akteure beruhen, existieren einige Publikationen. Diese richten ihren Fokus jedoch in erster Linie auf niedrigschwellige und informelle Praktiken wie Nachbarschaftshilfen (u.a. Alisch et al. 2018; Born 2009: 145). Andere Studien haben Bürgerinitiativen untersucht, die gegen von außen hereingetragene Infrastrukturprojekte ihre Stimme erhoben und Proteste organisierten. Zu nennen sind hier Widerstände gegen den Bau von Anlagen erneuerbarer Energien (Becker/Naumann 2018). Gemeinschaftliche Ansätze, die darauf abzielen, verlorengegangene inf-

rastrukturelle Einrichtungen zu reaktivieren und bei denen sich Bewohnerinnen mit ihrem Engagement in wirtschaftliche Sphären begeben, waren bisher nur beiläufig Gegenstand empirischer Untersuchungen (dazu Kapitel 3.6).

Am Beispiel genossenschaftlicher Dorfladeninitiativen nimmt sich die vorliegende Arbeit diesem Forschungsdesiderat an. Sie wendet sich dem gemeinschaftlichen Aufbau entsprechender Organisationen zu und schlägt eine Brücke zwischen den darin involvierten Akteuren und den sozialen, politischen wie auch wirtschaftlichen Umwelten, im Rahmen derer die Initiativen Gestalt annehmen. Dabei wird das schöpferische Potenzial des Handelns akzentuiert: Akteure bringen Anstrengungen auf, um ihren Raum zu gestalten. Eine Perspektive einnehmend, die Raum als gestaltbaren Adressaten und fruchtbare Ressource für Veränderungen zusammendenkt, lässt Fragen des *Wollens* und des *Machens* in den Mittelpunkt des Interesses rücken.

Fragen des Wollens

Zunächst sollen grundsätzliche Fragen des *Wollens* hinsichtlich der Gestaltungsbereitschaft der Akteure und den treibenden Kräften hierfür ausgeleuchtet werden. So mag die vielerorts beobachtete gesteigerte Mitverantwortung von Bürgerinnen bei Fragen der Daseinsvorsorge und der Wahrung von Lebensqualität (u.a. Harteisen/Eigner-Thiel 2017: 168; Butzin et al. 2015) richtig sein. Gehaltvoller erscheint allerdings eine Hinwendung zu der Frage, was solche Übernahmen antreibt. Warum und unter welchen Einflüssen Bewohnerinnen den Entschluss fassen, sich einem genossenschaftlichen Problemlösungsansatz zuzuwenden und einen solchen gegenüber dem Arrangieren im Status quo oder anderen Handlungsoptionen vorziehen, ist bisher unzureichend beantwortet. Die in der Fragestellung getroffene Formulierung *treibende Kräfte* wurde bewusst gewählt, um für den Erkenntnisprozess eine gewisse Offenheit zu wahren und Antrieb nicht voreilig auf individuelle Präferenzen oder Motive der Handlungsträger einzuhegen. Vielmehr gilt es, „Einsicht[en] in Verursachungszusammenhänge“ zu erlangen und die „Triebkräfte des sozialen Geschehens“ einzufangen (Mayntz 2009a: 83). Dabei wird ein in pragmatistischen Theorien eingelassenes Argument aufgegriffen, wonach „sich die Handlungsziele der Akteure eben auch nur aus der konkreten Situation und der Interpretation dieser Situation durch die Handelnden verstehen [lassen]“ (Beckert 2009: 9).

In diesem Zusammenhang wird der Frage auf den Grund gegangen, worin der veränderungswürdige situative Kontext bestand und welche (örtlichen) Entwicklungen mit dem Initiativ-Werden vorangetrieben bzw. welchen (defizitären) Entwicklungen damit entgegengewirkt werden sollten. So kann der Wille, einen Kontext zu verändern, aus einem von diesem ausgehenden Handlungsdruck herrühren. Dies ist dann denkbar, wenn die Raumausstattung nicht (mehr) so ist, wie sie nach Auffassung der Handlungsträgerinnen eigentlich sein sollte. Fernab des Agierens aus der Not heraus (des Entschärfens spezifischer Problemlagen) ist es auch denkbar, dass dem Hinwenden zu einem genossenschaftlichen Dorfladen das Erkennen einer besonderen Gelegenheit zugrunde lag, die (im Raum) erkannt wurde. Eine in der Literatur weitverbreitete Annahme lautet, dass genossenschaftlichem Initiativ-Werden eine gemeinsame Überzeugung und eine bewusste Abkehr von der global verfassten ‚Mainstream-Ökonomie‘ zugrunde liegt (u.a.

Elsen 2017). Die lokale Ebene hat, so ein daran gekoppeltes Argument, als Bezugsrahmen wirtschaftlichen Handelns an Relevanz gewonnen, wonach sich innerhalb dessen die Lebensbedingungen eigenmächtig gestalten lassen. Entsprechende Initiativen gehen demnach als alternative Raumaneignung und als „Rückbesinnung auf kleinere Maßstäbe“ hervor (ebd.: 137).

Unabhängig davon, ob eine wahrgenommene Not oder Gelegenheit den Ausschlag gab, soll darüber hinaus der Frage nachgegangen werden, wie Bewohnerinnen zur Übereinkunft gelangten, die Situation als veränderungswürdig anzuerkennen. Zu klären ist, wie die Idee zur gemeinschaftlichen Verantwortungsübernahme und für ein genossenschaftliches Modell vor Ort entstand und wie diese dort ausgehandelt wurde. Aufgelöst werden soll, inwieweit das Initiativ-Werden bottom-up bzw. ‚von innen‘ heraus durch ein besonderes Problembewusstsein angetrieben wurde. Oder ob ein solches Initiativ-Werden (auch) durch externe Impulse bzw. Eingriffe ‚von außen‘ unterstützt oder aktiv geschürt wurde. In diesem Zusammenhang soll politisch-institutionellen Impulsen und staatlichen Gestaltungsansprüchen nachgespürt werden, ob und inwiefern diese für den Entschluss des Initiativ-Werdens Relevanz entfalteten. Ausgehend von solchen Überlegungen sind auch Neujustierungen von Verantwortungsstrukturen mitzudenken, die in der Literatur unter dem Begriff „Responsibilisierung“ diskutiert werden (u.a. Schwarzenberg et al. 2017; Steinführer 2015; dazu Kapitel 3.5). Zwar vermögen extern induzierte Anregungen und Einflussnahmen machtgeladen und wirkmächtig sein, aber niemals in dem Maße, dass sie Initiativ-Werden einseitig erklären können oder das Handeln der Adressatinnen determinieren (vgl. Beckert 2009: 10; Werlen 1995). Im Mittelpunkt der Arbeit bleiben daher die Akteure, die sich dem Aufbau der Organisationen angenommen haben, die *Machenden*.

Fragen des Machens

An Überlegungen des Wollens schließen Fragen des Machens an. Dabei wird der Sichtweise von Barlösius et al. (2011: 163) gefolgt, wonach „Infrastrukturen (..) das Ergebnis komplexer Aushandlungsprozesse [sind]“. Aufzudecken ist zunächst, wie sich aus der Idee zum gemeinschaftlichen Initiativ-Werden konkrete Akteursgefüge zur Umsetzung konstituiert haben. Ernstgenommen wird dabei ein Hinweis von Gailing/Ibert (2016), die in Bezug auf räumliche Wandlungsprozesse angemerkt haben, „dass es keineswegs ausreicht, Schlüsselfiguren allein aus sich heraus erklären zu wollen“ (ebd.: 394), sondern auch deren sozial konstruierte Positionen sowie ihre institutionellen Rollen berücksichtigt werden müssen (dazu auch Beckert 2012: 261; Mayntz/Scharpf 1995: 55).

Der Analyseschwerpunkt des Machens liegt weiterführend auf den Anstrengungen, die die Protagonistinnen aufbrachten, um die Vorhaben zu realisieren und die Läden als Gemeingut im Ort zu verankern. Dabei wird das Argument aufgegriffen, dass der örtlichen Ebene Potenziale für ein erfolgreiches Gestalten von Wandlungsprozessen anhaften. Gleichwohl entscheidet nicht das bloße Vorhandensein solcher Potenziale darüber, ob ein beabsichtigter Wandel gelingt, sondern inwiefern es die Akteure schaffen, diese aufzuschließen und Ressourcen so zu kombinieren, dass sie für die Umsetzung der Idee nutzbar gemacht werden können. Wie in der sozialwissenschaftlichen Innovationsliteratur diskutiert, geschieht das Etablieren von Neuem in der

Regel nicht widerstandsfrei (dazu auch Kapitel 3.2). Das Aufkommen von Widerständen kann insbesondere dann angenommen werden, wenn das Neue von den dabei adressierten Menschen einen Bruch mit ihren etablierten Verhaltensmustern abverlangt und bestehende Gleichgewichte ins Wanken geraten. Im Unterschied zu freizeitbezogenen Organisationsformen dringen genossenschaftliche Dorfläden in besonderer Weise in ökonomische Sphären vor. Die Arbeit problematisiert dabei auch die in bisherigen Publikationen zum Thema kaum beachtete Einbettung entsprechender Initiativen in marktwirtschaftliche Zusammenhänge.

Relevanz

Die Entstehungszusammenhänge genossenschaftlicher Dorfladeninitiativen zu analysieren, hält aus mehreren Gesichtspunkten fruchtbare Erkenntnispotenziale bereit. So plädieren zahlreiche Stimmen dafür, ländlich-periphere Räume nicht als Passivräume oder „Problemräume" (Penke 2012: 18) abzutun, die machtlos ihrem Schicksal des Peripherisiertseins ausgesetzt sind, sondern dass vermeintliche Pfadabhängigkeiten und Abwärtsspiralen auch aufgebrochen werden können (u.a. Willisch et al. 2010; Sperber 2009). Mit einer vom dominanten Rückbau- bzw. Defizit-Diskurs lösenden Perspektive hält sich die Arbeit für Überlegungen offen, dass ländlich-periphere Räume auch „Möglichkeitsräume" (Matthiesen 2013) zum Erproben unkonventioneller Zukunftsideen bieten und kreativ mit Umbrüchen umgegangen werden kann.

Die Arbeit will einen Beitrag leisten, die Erneuerungskraft genossenschaftlicher Initiativen im Bereich der ländlichen Lebensmittelnahversorgung besser einzuordnen und dabei die „Problemlösungskompetenz" (Atmaca 2017: 49) sowie das „innovative Potential genossenschaftlichen Wirtschaftens" (Elsen 2017) mithilfe robuster empirischer Daten auszuloten. Aus den Ergebnissen können Rückschlüsse auf die Kontextualität raumbezogener Neuerungsprozesse abgeleitet werden. Hierbei soll eine prozessuale Betrachtungsperspektive helfen, Schlüsselmomente und Engpässe bei der Umsetzung zu identifizieren und die generelle Praktikabilität und Übertragbarkeit solcher Modelle auf andere räumliche Kontexte kritisch zu reflektieren.

Initiativen bürgerschaftlicher Selbstorganisation in ländlich-peripheren Räumen im Allgemeinen und genossenschaftlichen Dorfläden im Speziellen wird gegenwärtig im politischen wie öffentlichen Diskurs große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Illustration erfolgreicher Beispiele, die Mut zum Ungewöhnlichen bewiesen haben, prägt den Diskurs darüber, was ländlich-periphere Räume augenscheinlich zu leisten imstande sind. Herausforderungen, mit denen solche Initiativen im Gründungsprozess konfrontiert sind, bleiben bisweilen ebenso unberücksichtigt wie neue Spannungen und Herausforderungen, die von ihrem Wirken ausgehen. Dem Ruf nach mehr Eigenverantwortung und Selbstorganisation sollten zunächst Antworten darüber vorgelagert sein, was Bewohnerinnen ländlich-peripherer Räume überhaupt gewillt und imstande zu leisten sind – oder zugespitzter ausgedrückt: Wie viel Verantwortungslast zumutbar ist. Da bürgerschaftliches Initiativ-Werden in Form von genossenschaftlichen Dorfläden ein Vordringen in komplexe wirtschaftliche Sphären darstellt, sollen auch Fragen daraus hervorgehender Abhängigkeiten, Überforderungen und Grenzen örtlicher Bewältigungskapazitäten nicht ausgeblendet bleiben. In diesem Zusammenhang gibt etwa Beetz (2009: 128) zu bedenken: „Inwieweit die ländliche Daseinsvorsorge durch Nachbarschaften und bürgerschaftliches Engagement

unterstützt werden kann, ist eine wichtige Frage, die nicht einfach zu beantworten ist.“ Die vorliegende Arbeit will in nüchtern-empirischer Weise etwas Licht in diese Unklarheit bringen.

Aufbau der Arbeit

Das folgende Kapitel 2 wendet sich zunächst dem Begriff „Peripherisierung“ zu und bringt hierfür sozialwissenschaftliche Argumente in Anschlag, wonach der Status als Peripherie nicht einer Schwäche dieser Räume als solche geschuldet ist, sondern Peripherien erst im Zuge vielschichtiger gesellschaftlicher Prozesse zu solchen gemacht werden. Im nächsten Schritt wird die Peripherisierungsdebatte mit Aspekten der Reduktion von infrastrukturellen und daseinsvorsorgebezogenen Einrichtungen verschnitten und dies am Beispiel der Lebensmittelnahversorgung konkretisiert (Kapitel 2.2 und 2.3). Infrastrukturelle Funktionsverluste sind nicht nur objektiv beobachtbar, sondern, so der Leitgedanke in Kapitel 2.4, mit Konsequenzen für die dort lebenden Menschen verbunden. Bewohnerinnen sind nicht lediglich Leidtragende defizitärer Entwicklungen, sondern stellen Überlegungen hinsichtlich des Umgangs mit entsprechenden Einschnitten an und sind imstande, Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

Diese Überlegung markiert den Ausgangspunkt für Kapitel 3, in dem eine Variante gemeinschaftlicher Intervention dargelegt wird, konkret in Form sozialgenossenschaftlicher Initiativen. Dabei wird zunächst ein für den Untersuchungsgegenstand adäquates Begriffsverständnis konturiert (Kapitel 3.1), folgend eine konzeptionelle Brücke zu sozialen Innovationen gebaut (Kapitel 3.2) und die Raumbezogenheit sozialgenossenschaftlichen Initiativ-Werdens thematisiert (Kapitel 3.3). Sodann werden zwei Orientierungsrahmen aufgespannt, die für das Verständnis des Initiativ-Werdens erklärungskräftig erscheinen: Sozialkapital und politische Aktivierung (Kapitel 3.4 und 3.5). Kapitel 3.6 spiegelt die bis dahin hervorgebrachten Argumente auf den Untersuchungsgegenstand genossenschaftlicher Dorfläden und gibt Einblicke in die bisherigen Arbeiten zum Thema. Im anschließenden Kapitel 4 werden die methodologischen und methodischen Grundlagen der Arbeit ausgeführt und der Weg der empirischen Umsetzung aufgezeigt.

Die Ergebnisse der empirischen Arbeiten sind Gegenstand der darauffolgenden zwei Kapitel. In Kapitel 5 werden die vier untersuchten Dorfladeninitiativen zunächst losgelöst voneinander betrachtet, wobei jeweils zunächst die kontextuellen Bedingungen und Entwicklungslinien der zugrunde liegenden Orte kurz skizziert und daran anschließend die Gründungsprozesse der Initiativen vom ersten Impuls bis zur frühen Nachgründungsphase nachgezeichnet werden. Ein solches Vorgehen hat zum Ziel, erste Einblicke in die Entstehungszusammenhänge zu geben und den Leser damit gewissermaßen abzuholen. Wenn er dann abgeholt ist, wird er mit auf den Weg genommen, eine erste fallübergreifende Reflexion des Beobachteten anzustellen (Kapitel 5.5). Im Anschluss wird in Kapitel 6 das aufgeschlossene empirische Material fallübergreifend entlang der Felder des Erkenntnisinteresses dargelegt.

Das abschließende Kapitel 7 zieht ein Resümee. Es trägt zunächst die wichtigsten Erkenntnisse des Analysierten kompakt zusammen (Kapitel 7.1) und bindet diese anschließend in übergreifende theoretische Debatten um bürgergetragene Neuerungsprozesse und soziale Innovationen

in ländlich-peripheren Räumen ein (Kapitel 7.2). Daraus werden (mit gebotener Vorsicht) Überlegungen angestellt, welche Rolle dem örtlichen Kontext als Resonanzboden für gelingende genossenschaftliche Dorfladeninitiativen zukommt (Kapitel 7.3). Ausgehend vom Analysierten werden in Kapitel 7.4 Anregungen für Praxis und Politik abgeleitet. Das Ende der Arbeit markiert eine kritische Diskussion über die Grenzen des Aufgedeckten und eröffnet Perspektiven für weiterführende Forschungen.

2 Theoretisch-konzeptionelle Überlegungen I: Zur Konstitution ländlich-peripherer Räume und infrastrukturelle Peripherisierung

2.1 Ländlich-periphere Räume – Verständniszugang

Die Arbeit greift auf das Konzept „Peripherisierung" zurück und verknüpft dieses mit dem Begriff „ländliche Räume". Dies ist erklärungsbedürftig, existiert in der Literatur doch eine große Vielfalt an Begriffen, um Räume, die (mehrheitlich) mit negativen Entwicklungen konnotiert werden, als solche zu benennen.[3] Eine in der Literatur weitverbreitete Dichotomie ist jene zwischen städtischen und ländlichen Räumen. Diese ist in den vergangenen Jahren aus unterschiedlichen Gesichtspunkten kritisiert worden (dazu u.a. Redepenning 2019 und Woods 2009). Ein Kritikpunkt lautet, dass ländliche Räume keine in sich geschlossenen Einheiten bzw. Containerräume darstellen (vgl. Wardenga 2002). Räume stehen in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander. Lokales und Regionales ist mit dem Globalen verflochten und umgekehrt (Krätke 1995). Was sich in einem Raum vollzieht, hat auch Konsequenzen für andere Räume. Und weiter gefasst: Was an einem Ort passiert, kann dank moderner Kommunikationstechnologien auch andernorts zeitnah erfasst und erfahrbar gemacht werden.

Ein solches relationales Verständnis einnehmend, führt es ins Leere, die Ursachen für die Konstitution von Stadt und Land in abgrenzbaren Raumausschnitten zu suchen. Hinzu kommt, so konstatiert Beetz (2006: 25), dass „Menschen und Lebensweisen eingebunden [sind] in überregionale und globale Entwicklungen". Menschen leben häufig nicht (mehr) nur auf dem Land oder in der Stadt, sondern arrangieren ihren Lebensalltag an unterschiedlichen Orten. So hat nicht zuletzt der Bedeutungsverlust der Landwirtschaft als ökonomisches Standbein ländlicher Räume (vgl. Plieninger et al. 2006) dazu beigetragen, dass Bewohner ihrer Erwerbsarbeit häufig in Städten nachgehen. Umgekehrt bauen viele Städterinnen einen ländlichen Zweitwohnsitz auf, um sich von den Strapazen des Urbanen zu erholen (Dirksmeier 2012). Moderne, städtische Lebensstile dringen in ländliche Räume vor, tragen zu einer Ausbreitung „städtischen Lebens auf dem Land" bei (Dirksmeier 2009) und bringen „urbane Dörfer" hervor (Vogelgesang et al. 2016: 35). Umgekehrt halten vermeintlich ländliche Eigenheiten, Lebensstile und Imaginationen des Ländlichen als Sehnsuchtsraum Einzug in städtische Räume (vgl. Redepenning 2019; Baumann 2016; Helbrecht 2014). Ausdruck von Letzterem ist die Verbreitung landwirtschaftlicher Produktionsformen in Städten in Gestalt solidarischer Landwirtschaften und Urban Farming Initiativen (u.a. Walker 2016).

Ein weiterer Einwand richtet sich gegen die Vorstellung der Homogenität einzelner Raumkategorien. Ländliche Räume zeichnen sich durch eine große Vielfalt und Diversität aus (vgl. Danielzyk 2017: 21-24; Küpper 2016; Born 2011; Dannenberg et al. 2012: 55). Aring/Sinz (2006:

[3] Zu nennen sind bspw. „strukturschwache ländliche Räume" (Mose/Nischwitz 2009), „schrumpfende ländliche Räume" (Hahne 2009) oder auch „verödende Landstriche" (Sarcinelli/Stopper 2006: 10). Weiß (2002) behilft sich damit, vom „ländlichste[n] Raum" zu sprechen, um dem nach seinem Erachten besonders schlecht aufgestellten Nordosten der Bundesrepublik eine Bezeichnung zu geben: „Aus regional-demographischer Sicht ist diese Region vom ‚gewöhnlichen' ländlichen Raum deutlich zu unterscheiden." (ebd.: 248) Die Region sei „wie ein Fass ohne Boden" (ebd.).

48) betonen, „dass der ländliche Raum schon seit langem keine homogene Problemkategorie mehr darstellt“. Unterschiedliche Räume weisen unterschiedliche Ausgangsbedingungen auf und sind durch spezifische (auch naturräumliche) Gunst- und Ungunstfaktoren charakterisiert. Auch innerhalb eines ländlichen Raumes können benachbarte Dörfer trotz objektiv ähnlicher Ausgangsbedingungen sehr unterschiedliche Entwicklungen einschlagen, was gerade bei kleinräumigen Betrachtungen deutlich hervorsticht (BIB 2011: 22 für Hessen und Thüringen). Anstatt eine Homogenität des ländlichen Raumes zu unterstellen, muss vielmehr von fragmentierten und dispersen Raumentwicklungen ausgegangen werden, welche durch ein dichtes Nebeneinander von Schrumpfung und Wachstum, Stagnation und Dynamik charakterisiert sind (auch Leber/Kunzmann 2006: 58f.).[4] Wichtig bei diesen Überlegungen ist, dass soziale Phänomene nicht als bloße Effekte spezifischer raumstruktureller Settings hervorgehen. Strukturelle Merkmale eines spezifischen Typus Raum (also einer Stadt, eines Dorfes, eines Bundeslandes etc.) erlauben demnach keine Vorhersagen über die Handlungen der dort lebenden Menschen (vgl. Redepenning 2019: 320). Die Denkweise, eine Kongruenz zwischen physischen und sozialen Raum zu unterstellen, bezeichnen Lippuner/Lossau (2004) als „Raumfalle“.

Solche kritischen Einwände haben zu einer schrittweisen Abkehr einer antagonistischen Auffassung Stadt vs. Land beigetragen. In jüngeren sozialwissenschaftlichen Arbeiten haben die Begriffspaare Zentren/Peripherien bzw. Zentralisierung/Peripherisierung (als Prozess) an Aufmerksamkeit gewonnen (u.a. Lang/Görmar 2019; Kühn 2015; Fischer-Tahir/Naumann 2013; Keim 2006). Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei weniger Ausstattungen, strukturelle Zustände oder Lagemerkmale einer Peripherie oder eines Zentrums, sondern Fragen der (Re-) Produktion von Zentrum-Peripherie-Verhältnissen.[5] Peripherien sind dabei nicht mit einer bestimmten, abgrenzbaren Raumkategorie (wie ländlicher Raum) gleichzusetzen.[6] Vielmehr konstituieren sich Peripherien auf unterschiedlichen Maßstabsebenen, etwa im globalen Maßstab (der Globale Süden als Peripherie im Verhältnis zum Globalen Norden) oder auch auf kleinräumiger Ebene (z.B. zwischen Quartieren innerhalb einer Stadt oder zwischen Ortsteilen einer Gemeinde). Einem solchen multiskalaren Verständnis Rechnung tragend, können sich periphere Konstellationen auch überlagern und „Peripherien in der Peripherie“ (Dehne 2013b: 173)

[4] Diese Heterogenität anerkennend, hat sich im akademischen wie auch politischen Sprachgebrauch die Verwendung des Plurals „ländliche Räume“ anstelle des Singulars „ländlicher Raum“ etabliert. Im Februar 2018 wurde der „Arbeitskreis Ländlicher Raum“ der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG) in „Arbeitskreis Ländliche Räume“ umbenannt (Arbeitskreis Ländliche Räume 2018).

[5] Wichtige Anregungen für die gegenwärtigen Peripherisierungsdebatten gingen nach Lang (2018) von den polarisationstheoretischen Arbeiten von Myrdal (1957) und Hirschman (1958) aus. Sie begründeten, dass sich räumliche Disparitäten tendenziell verstärken, anstatt sich, wie neoklassische Annahmen nahelegen, auszugleichen. Die Herausbildung von leistungsstarken Wirtschaftszentren führt zu Standortvorteilen und damit zu weiteren Unternehmensansiedlungen. Wachstumszentren werden stärker, Peripherien werden schwächer. Auch regulationstheoretische Arbeiten thematisieren die Herausbildung von Wirtschaftszentren und Peripherien. Hierbei wird vor allem politischen Gestaltungskräften Aufmerksamkeit geschenkt. Staatliche Institutionen mit ihren räumlich selektiven wirtschaftspolitischen Strategien sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass bestimmte Räume privilegiert und andere diskriminiert werden (u.a. Krätke 2000; Jessop 1995).

[6] Kritisch dazu merken Küpper/Steinführer (2017: 45) an, dass der Anspruch, die Debatte um Polarisierung/Peripherisierung von der klassischen Stadt-Land-Dichotomie zu lösen, in wissenschaftlichen Arbeiten häufig nicht gelingt, sondern beides (zumindest implizit) zusammengedacht wird.

hervorbringen (dazu auch Naumann/Reichert-Schick 2012: 30 am Beispiel des Landkreises Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern).

Zentren und Peripherien stehen sich nicht unabhängig gegenüber, sondern konstituieren sich wechselseitig. Treffenderweise betont etwa Lang (2018: 1688), „ohne Zentrum ergibt die Bezeichnung [Peripherie] keinen Sinn". Somit sind Peripherien relational konstruiert und letztlich auch Resultat des Handelns in Zentren. Politische Entscheidungen (in Zentren) als regulierende Eingriffe haben weitreichenden Einfluss nicht nur auf die Verfasstheit von Peripherien, sondern auch darauf, welche Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume sie Peripherien zugestehen – und welche nicht (vgl. Kühn et al. 2017). Über ein derartiges Verständnis gewinnen Fragen von Macht und Machtlosigkeit an Bedeutung – oder wie Neu (2006: 13) unterstreicht: „Sich nicht (mehr) gegen Benachteiligungen wehren zu können, das bedeutet Peripherie." Gerade mit Blick auf die Konstitution ländlicher Peripherien ist dies (im deutschen Kontext) ein bedeutsamer Aspekt, wonach zahlreiche Kommunen in den vergangenen Jahr(zehnt)en einen weitreichenden Verlust ihrer kommunalen Selbstständigkeit und damit ihrer Handlungsautonomie hinnehmen mussten (umfassend dazu Henkel 2016b: 183-220). Dörfer sehen sich einer „zentralistische[n] Fernsteuerung" ausgesetzt (ebd.: 185). Born (2017: 11) gibt mit Blick auf die unzureichende Beachtung dörflicher Belange zu bedenken, dass es „keine Lobby für Dörfer [gibt]", was er auf den Umstand zurückführt, dass sie „häufig geringe Zugänge zu Zirkeln der Macht und politischer Wahrnehmung [haben]" (dazu auch Kapitel 2.2).

Autorinnen, die mit dem Begriff „Peripherisierung" operieren, lösen sich von einem statischen zugunsten eines dynamischen Verständnisses. Der Prozessualität Rechnung tragend, sind bei Überlegungen, wie und warum sich Peripherien konstituiert haben, vergangene Ereignisse und Entwicklungszusammenhänge mitzudenken, da sie bis in die Gegenwart nachwirken können. Gleichwohl bedeutet dies weder, dass Vergangenes die heutige Verfasstheit einer Peripherie einseitig erklären kann, noch dass damit die Zukunft vorgezeichnet ist. ‚Peripherisiertsein' stellt keinen, die Zukunft vorwegnehmenden, irreversiblen Entwicklungspfad dar und kommt demnach auch nicht unausweichlich einem ‚Peripherisiertbleiben' gleich. In diesem Zusammenhang betonen Autoren, dass das in der Literatur immer wieder gezeichnete Bild der „Abwärtsspirale" (u.a. Kühn/Lang 2017: 6; Sarcinelli/Stopper 2006: 7) auch aufgebrochen werden kann und den Akteuren stets, also auch unter ungünstigen Vorzeichen, Handlungsspielräume verbleiben, um diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen oder alternative Entwicklungsimpulse zu setzen (u.a. Lang 2015: 180). So lassen sich verschiedene Beispiele für vormals als Peripherie bezeichnete Räume anbringen, die eine Trendwende vollziehen konnten. Erwähnt sei an dieser Stelle das niedersächsische Emsland, das bis in die 1990er-Jahre als ‚Problemraum' weitgehend abgeschrieben war und mittlerweile als Vorzeigebeispiel für einen erfolgreichen Strukturwandel Aufmerksamkeit erhält (BIB 2017; Margarian 2016: 8; Danielzyk 2007). Das Emsland hat sich nach Auffassung des BIB (2017: 13) vom „Armenhaus zur blühenden Landschaft" entwickelt. Dass sich Regionen aus vermeintlichen Abwärtsspiralen befreien können, wird gegenwärtig auch am Beispiel des brandenburgischen Landkreises Uckermark diskutiert. Wenngleich dieser nach wie vor mit erheblichen Herausforderungen wie etwa Bevölkerungsverlusten und hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert ist, wird ihm nunmehr eine große Aufmerksamkeit als Labor für unkonventionelle Lösungsansätze und sogenannte soziale Innovationen

zuteil (u.a. Noack/Federwisch 2019; Rössel 2014; dazu weiterführend Kapitel 3.2).[7] Auch aus gesellschaftspolitischen Erwägungen kann es Anlass geben, der wachsenden Kluft zwischen Zentren und Peripherien entgegenzuwirken. Virulent wird dies vor allem dann, wenn das gegenwärtig vieldiskutierte ‚Abgehängtsein' der Peripherie einen „Nährboden für Rechtspopulismus" (FES 2019: 5) schafft und zu einer ernstzunehmenden gesellschaftlichen Herausforderung erwächst (Förtner et al. 2019 und Deppisch 2019 zum Erstarken rechtspopulistischer Strömungen im Kontext der Peripherisierungsdebatte).

Peripherisierung ist ein multidimensionales Phänomen. Bernt et al. (2010: 8-12) haben in einer Studie zu Mittelstädten in peripheren Räumen Deutschlands vier konstituierende Dimensionen herausgearbeitet: Abkopplung, Abwanderung, Abhängigkeit und Stigmatisierung (auch Kühn/Weck 2013). Diese wirken wechselseitig aufeinander und können dazu beitragen, dass sich der Status als Peripherie verfestigt. Zahleiche Arbeiten, die sich mit Peripherisierungsprozessen auseinandersetzen, haben diese Überlegungen als Ausgangspunkt für eingehendere Betrachtungen spezifischer Entwicklungen gesetzt (so etwa Leibert/Golinski 2017 mit Fokus auf demografische Aspekte von Peripherisierung; auch Dudek/Kallert 2017). Die folgenden Ausführungen thematisieren die infrastrukturelle Dimension von Peripherisierung, die von Kühn/Weck (2013: 34) als Element von Abkopplung diskutiert wird.[8] Dabei wird deren Bewandtnis für die Entwicklung ländlicher Räume insofern Rechnung getragen, als – wie zu zeigen sein wird – der Entzug von Infrastrukturen in erheblichem Maße auf die anderen Dimensionen von Peripherisierung rückwirkt.

2.2 Reduktion von Daseinsvorsorge- und Infrastruktureinrichtungen als Anzeiger von und Katalysator für Peripherisierungsprozesse(n)

Eine wichtige Stellung in der Debatte über die Peripherisierung ländlicher Räume nimmt die Reduktion von Infrastrukturen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge ein (u.a. Reichert-Schick 2015; Naumann/Reichert-Schick 2012). Einerseits sind entsprechende Verluste ein aussagekräftiger Anzeiger für Peripherisierungsprozesse, indem sie wirtschaftliche und demografische Problemkonstellationen widerspiegeln und Ausdruck sich einengender Handlungsspielräume regionaler und lokaler Akteure sind. Anderseits wirken solche Verluste wiederum auf Peripherisierungsprozesse zurück, indem sie zementierte Strukturschwächen weiter erhärten

[7] Für die Uckermark kann gegenwärtig eine Verschiebung des Diskurses vom ‚Problemraum' zum ‚Möglichkeitsraum' ausgemacht werden. Aber nicht nur der Diskurs verschiebt sich, auch sozioökonomische und demografische Veränderungen sind zu rekapitulieren. Einige Dörfer der Uckermark profitieren vom Zuzug junger Menschen, allen voran aus Berlin, die die Region als Rückzugsidyll für sich entdeckt haben (vgl. Rössel 2014; Goltz 2012). Damit verbunden ist eine lebendige Debatte um die Begleiterscheinungen dörflicher Gentrifizierung und die Entstehung von „Hipsterdörfer[n]" (Tagesspiegel 2018).

[8] Auf die drei anderen hier erwähnten Dimensionen kann an dieser Stelle nur hingewiesen werden. Damit wird keine Bewertung hinsichtlich ihrer Relevanzen vorgenommen. Einige Arbeiten zur diskursiven Dimension (als Stigmatisierung) haben gezeigt, dass diese mitunter einen großen Einfluss auf das Selbstbild der Bewohnerinnen entsprechender Räume hat (u.a. Meyer et al. 2017 am Beispiel des thüringischen Landkreises Altenburger Land). Gleichwohl sind solche dominanten Diskurse nicht unabänderlich, sondern können auch aufgebrochen werden (Christmann 2016 am Beispiel des sächsischen Dorfes Treptitz).

lassen. Demnach sind infrastrukturelle Reduktionen „zugleich Folge und Auslöser von Problemen und werden somit Bestandteil des ‚regionalen Teufelskreises'" (Naumann/Reichert-Schick 2012: 37). Tautz et al. (2018: 26) sprechen von einem „Kreislauf der Schrumpfung", Hahne (2009: 4) erkennt einen „Teufelskreis der Schrumpfung". Dabei werden entsprechende Verluste als „Katalysator" (Beetz 2009: 125) für weitere demografische Schrumpfung wirksam, nämlich insofern, als eine daraus resultierende geminderte Attraktivität weiterer Abwanderung Vorschub leisten und Zuwanderung eindämmen kann (vgl. Leibert/Golinski 2017; Kroismayr et al. 2016 am Beispiel von Schulschließungen).

Die Begriffe Infrastruktur und Daseinsvorsorge sind konzeptionell eng miteinander verzahnt. Daseinsvorsorge ist im deutschen Kontext in seinen Ursprüngen ein verwaltungsrechtlicher Begriff, der in den 1920er- bis 1970er-Jahren durch Ernst Forsthoff geprägt wurde (Neu 2011: 45; Neu 2009). Er umgriff Daseinsvorsorge als staatlichen Auftrag der „Darbietung von Leistungen, auf welche der (…) Mensch lebensnotwendig angewiesen ist" (Forsthoff 1938; zitiert nach Neu 2009: 10). In Abgrenzung zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, die Menschen auf direktem Wege zufließen, bezieht sich Daseinsvorsorge in erster Linie auf die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die von physisch-materiellen Infrastrukturen getragen werden und an deren Angebot die öffentliche Hand ein Interesse hat (vgl. Einig/Spangenberg 2008: I; Beetz 2008: 153f.). Welche Leistungen daseinsvorsorgerelevant sind, ist in zweierlei Hinsicht Gegenstand gesellschaftspolitischer Aushandlungen. Erstens, welche konkreten Bereiche der Daseinsvorsorge zuzurechnen sind und dem Aufgabenbereich staatlicher Organe unterliegen sollten. Und zweitens, wie die räumliche Organisation von Infrastrukturen sein sollte und welche Distanzen zum Erreichen dieser zumutbar sind.[9]

Hinsichtlich der räumlichen Organisation griff in der Raumordnungspolitik der BRD der Nachkriegszeit zunächst eine Ausgleichsorientierung um. So wurden in den 1960er- und 1970er-Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, die infrastrukturellen Ausstattungsniveaus in ländlichen Siedlungen anzuheben. Erklärtes Ziel war es, „gleichwertige Lebensverhältnisse" zu erwirken (dazu umfassend Blotevogel 2011). Dieses Anliegen fand 1972 Zugang in den Raumordnungsbericht. In diesem wurde der „Abbau des Strukturgefälles zwischen den Teilräumen der Bundesrepublik als das tragende Prinzip künftiger Raumordnungspolitik festgelegt. In allen Teilen des Bundesgebietes sollen die raumstrukturellen Voraussetzungen für gleichwertige Lebensbedingungen geschaffen werden." (Deutscher Bundestag 1972: 75)

[9] An dieser Stelle sei hervorgehoben, dass eine flächendeckende Bereitstellung ‚aller' Daseinsvorsorgeeinrichtungen nicht nur aus Kostengründen offenkundig keinen Sinn macht, sondern eine solche auch eine Zumutung darstellen kann. Die Bewertung von Infrastrukturen ist stets subjektiv (dazu auch Kapitel 2.4). So kann etwa die Lage des Wohnortes nahe eines Bahnhofes von einer Person wertgeschätzt werden, wohingegen es von einer anderen als Einschränkung der Lebensqualität aufgrund der davon ausgehenden Lärmemissionen aufgefasst wird. Dies impliziert, dass ein infrastrukturelles Nichterschließen bestimmter Räume nicht notwendigerweise nachteilig ist, sondern vielfach auch mit einer Erhöhung der Lebensqualität verbunden sein kann. Dies bekräftigen auch Studien, in denen Bewohnerinnen ländlicher Räume und dörflicher Siedlungen hinsichtlich der Qualitäten ihrer Wohnstandorte befragt wurden. Eine geringe Lärmbelastung wurde häufig als Vorzug gegenüber städtischen (also infrastrukturstarken) Wohnstandorten gewertet (u.a. BBSR 2011b: 4; Eigner-Thiel/Harteisen 2017: 82; für ältere Zuzügler in ländliche Räume siehe Born et al. 2004: 116).

Der Ausgleichsanspruch wurde seit den 1990er-Jahren schrittweise zurückgefahren (dazu umfassend Mießner/Naumann 2018 und Einig 2008). Deutlich tritt dies bspw. im Raumordnungsbericht 2011 hervor, in dem festgehalten ist: „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedeutet nicht, dass überall die gleichen Versorgungsstandards und Leistungsangebote vorhanden sein müssen." (BBSR 2012: 55) Sprachlich akzentuiert wird, dass Gleichwertigkeit nicht als Gleichheit fehlgedeutet werden darf und dass es in erster Linie um ein Heranführen-Wollen geht, anstatt ein hohes Ausstattungsniveau ‚flächendeckend' bzw. ‚überall' zu garantieren. Dabei wurde die Zentrale-Orte-Konzeption als Ordnungsrahmen für die räumliche Organisation der Daseinsvorsorge aufgewertet (MKRO 2016: 10). Zentrale Orte als wettbewerbsfähige Wirtschafts- und Dienstleistungsstandorte sollen „funktionale Ankerpunkte für die Versorgung in der Fläche" bieten (ARL 2016: 31). Von solchen räumlichen Zentralisierungen profitiert eine reduzierte Zahl an Zentren. Die Gesamtzahl der zentralen Orte in der Bundesrepublik ist gesunken, was in erster Linie in der Reduktion von Grundzentren begründet liegt (BBSR 2018: 35). Eine Folge daraus ist, dass die Distanzen zwischen nicht-zentralen Orten und zentralen Orten tendenziell größer werden. Insgesamt, so konstatiert Beetz (2006: 27), sei „in den vergangenen Jahren zunehmend der politische Wille (…) abhanden gekommen, ländlich-periphere Gebiete wirtschaftlich und infrastrukturell zu fördern". Neu (2011: 48) spricht diesbezüglich von einer „Abbaupolitik". Und Keim (2006: 3) hält kritisch fest:

> *„Es sind die Logik und die Dynamik der räumlichen Zentralisierungen, also etwa in den größeren Stadtregionen, die in erheblichem Maße die Peripherisierungen der übrigen Räume bestimmen, und zwar dadurch, dass sie (...) Infrastrukturfunktionen bündeln und so den übrigen Regionen entziehen."*

Neben einer ‚Abbaupolitik' kann zusätzlich von einer ‚Nicht-Aufbaupolitik' gesprochen werden. Besonders deutlich wird dies beim Breitbandausbau. Während die Breitbandverfügbarkeit Ende 2015 nach Angaben des BMEL (2016: 23) in städtischen Räumen 86 Prozent erreichte, betrug sie in ländlichen Gemeinden 28 Prozent.

Grundsätzlich ist das Abrücken vom Anspruch, ein breites Spektrum an Leistungen der Daseinsvorsorge ‚flächendeckend' bereitzustellen, Ausdruck eines sich wandelnden Staatsverständnisses. In der Literatur wird die Modifikation staatlicher Gestaltungskräfte unter dem Begriff „Gewährleistungsstaat" diskutiert (u.a. Einig 2008; Kersten 2006: 252-254). Der Kern staatlichen Wirkens wird auf Aufgaben mit besonderer öffentlicher Relevanz (wie Sicherheit) zusammengeschrumpft. Inwieweit bestimmte Leistungen (weiterhin) aufrechterhalten werden, muss sich vermehrt an ökonomischen Kriterien wie Effizienz bemessen lassen. Nicht mehr die Hilfebedürftigkeit oder eine unzureichende infrastrukturelle Ausstattung eines Raumes sind ausschlaggebend dafür, ob ihm staatliche Eingriffe zuteilwerden, sondern Erwägungen, inwieweit eine Hilfe finanziell leistbar und unter Berücksichtigung der zukünftigen Entwicklung adäquat erscheint (vgl. Grabski-Kieron 2016: 24).

Aber nicht nur die Frage der räumlichen Organisation der Daseinsvorsorge ist fortlaufend Gegenstand politischer Aushandlungen, sondern ebenso die Frage, welche Bereiche (alleinig) der staatlichen Verantwortungshoheit unterliegen sollten. Für die Bundesrepublik ist zu rekapitulieren, dass zahlreiche Leistungen aus öffentlicher in private Trägerschaft transferiert und deren

räumliche Organisation weitgehend den Kräften des Marktes überlassen worden sind (Kersten et al. 2015: 4f.; Einig 2008: 24). Als Beispiel sei an dieser Stelle auf die Deregulierung des Postmarktes und die Privatisierung der Bundespost in den 1990er-Jahren verwiesen. Der Verlust des Versorgungsmonopols und der daraus resultierende Konkurrenzdruck veranlasste den nun als Aktiengesellschaft geführten Konzern, unrentable Filialen abzubauen und Serviceleistungen in sogenannte Postagenturen zu überführen, d.h. an private Einzelhändlerinnen auszulagern. Die Zahl der Einrichtungen, in denen Privatkunden Postleistungen in Anspruch nehmen können, hat sich im Zuge dessen drastisch reduziert, was vor allem zulasten kleinerer Orte geht (Engartner 2014: 87f.).

Der Verlust von Infrastrukturen in nicht-zentralen Orten bleibt nicht nur ein Verlust für sich, sondern zieht auch Neukonfigurationen der Alltagsmobilität der dort ansässigen Menschen nach sich. In der Regel bedeutet dies eine Ausweitung der Außenorientierung und damit einen Abfluss von Kaufkraft. Da noch bestehende Einrichtungen weniger frequentiert werden, stoßen diese an ihre Rentabilitätsgrenzen. Werden entsprechende Einrichtungen geschlossen, fallen den Kommunen wichtige Steuereinnahmequellen trocken. Prekäre Haushaltslagen lassen infolge weniger Spielräume für Investitionen in freiwillige Leistungen. Alternativ müssen diese durch Erhöhungen von Steuern und/oder Gebühren finanziert werden (für demografisch schrumpfende Kommunen in Rheinland-Pfalz siehe Sarcinelli/Stopper 2006: 7). Arnold et al. (2015) konnten anhand einer quantitativen Studie über das gesamte Bundesgebiet zeigen, dass die Höhe kommunaler Investitionen positiv mit den Steuereinnahmen korreliert. Die Autoren leiten daraus ab:

> *„Kommunen, die schon heute weniger wettbewerbsfähig sind, werden durch fehlende Investitionen langfristig weiter abgehängt. Damit werden Unterschiede in der Infrastruktur und der Standortqualität zementiert, die wichtige Voraussetzungen für zukünftige Wirtschaftsleistungen darstellen." (ebd.: 1031)*[10]

Um dem Ausmaß infrastruktureller Peripherisierung auf den Grund zu gehen, genügt es nicht, Gemeinden in ihren administrativen Zuschnitten in den Blick zu nehmen. Dieses lässt sich erst vergegenwärtigen, wenn man kleinräumige Entwicklungen unterhalb der Gemeindeebene in den Blick nimmt. Festzuhalten ist nämlich, dass dörfliche Siedlungsgebiete und politisch-administrative Gemeinde heute überwiegend nicht mehr zusammenfallen. Gemeindegebietsreformen haben vielerorts zum weitreichenden Verlust der kommunalen Selbstverwaltung geführt. Dörfer wurden zu übergeordneten Gemeinden zusammengeführt oder größeren Gemeinden angegliedert.[11] Laschewski et al. (2019: 28) sehen solche politisch verordneten Zusammenführungen als einen „in seinen Auswirkungen kaum zu unterschätzenden, bis heute praktizierten

[10] An dieser Stelle sollen bundes- und landespolitische Maßnahmen zum kommunalen Finanzausgleich nicht unerwähnt bleiben. Diese zielen darauf ab, Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Leistungskraft darin zu unterstützen, ihre öffentlichen Aufgaben wahrzunehmen (Franz 2017: 115). Trotz dessen verbleibt vielerorts die kommunale Haushaltslage angespannt (BBSR 2018: 130).

[11] Gemeindegebietsreformen wurden in den Bundesländern in unterschiedlicher Intensität und in unterschiedlichen Zeitfenstern vollzogen. Die Zahl der Gemeinden in den neuen Bundesländern wurde nach Steinführer (2017) zwischen 1992 und 2013 von ca. 7.600 auf etwa 2.700 reduziert. In den alten Bundesländern wurden Gemeindezusammenlegungen besonders drastisch in Nordrhein-Westfalen vollzogen. Die in den späten 1960er- und 1970er-Jahren umgesetzten Gebietsreformen sorgten dafür, dass die Zahl der Gemeinden von 2362 auf 396 sank (Schneider 1999: 89f.).

Zugriff auf das Dorf". So sind viele Dörfer einer Situation ausgesetzt, Belange der Daseinsvorsorge nicht mehr selbst koordinieren und auf örtliche Problemlagen schnell und schlagkräftig reagieren zu können (Kennel et al. 2014: 36f.; Beetz 2009: 115). Politik wird weniger in Dörfern selbst gemacht, sondern im Rahmen der neu zusammengeführten Gemeinderäte ausgehandelt und entschieden. Bürgermeister sind zu Ortsvorstehern herabgestuft worden, die sich nunmehr in größeren Gemeinderäten für die Angelegenheiten ihrer Orte einsetzen (vgl. Henkel 2016b: 144-146).

So schiebt sich für die betreffenden Dörfer eine zusätzliche Form der Peripherisierung ein, die darin besteht, dass durch den Verlust politischer Handlungsautonomie die Entscheidungsgewalt darüber, welche Infrastrukturen im Dorf gehalten werden, nunmehr auf konfligierende Interessen zwischen den Ortsteilen stößt (vgl. Steinführer et al. 2012: 146). Zu interkommunaler Konkurrenz kam somit innerkommunale Konkurrenz. In diesem Zusammenhang weisen Blesse/Rösel (2017: 315) auf die Gefahr hin, dass eingemeindete Dörfer durch die Kernstädte innerhalb der Gebietskörperschaft dominiert werden. So treten neben angespannte Haushaltslagen widerstrebende Interessenlagen, in welche Ortsteile die knappen Mittel fließen sollen. Bspw. hat die Frage, ob eine Schule weiter im Dorf unterhalten wird, verschiedene Entscheidungsinstanzen regionaler und überregionaler Ebene zu durchlaufen und muss darüber hinaus auch zwischen den Ortsteilen innerhalb der Gemeinde ausgehandelt werden (Henkel 2016a: 14). Damit verbunden sind innerkommunale Konfliktkonstellationen, gerade wenn es um solche Infrastruktureinrichtungen geht, die eine besondere Relevanz für die Zukunftsfähigkeit haben – wie eben Schulen (vgl. Kroismayr 2019). Laschewski et al. (2019: 11) merken an, dass sich das Ausbildungssystem „als eine Struktur zur Förderung der Abwanderung [erweist]". Insgesamt ist demnach zu rekapitulieren, dass die infrastrukturelle Dimension von Peripherisierung untrennbar mit politischer und demografischer Peripherisierung verbunden ist.

Hinsichtlich der Frage, wie Daseinsvorsorge und infrastrukturelle Einrichtungen in ländlich-peripheren Räumen zukünftig aufrechterhalten und ausgestaltet werden können, lassen sich drei markante Diskussionsschwerpunkte identifizieren. Erstens plädieren zahlreiche Stimmen dafür, die Ausstattung stärker als bisher an den sozialen Wirkungen für die Nutzerinnen zu orientieren (u.a. Küpper et al. 2013: 40f.; Barlösius et al. 2011: 150). So vertritt etwa die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) die Position, die räumliche Organisation von Daseinsvorsorge so auszugestalten, dass damit „Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Lebensführung" geschaffen werden. Dabei sollten die vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen die Bemessungsgrundlage bilden (ARL 2016: If.). Eberhardt et al. (2014: 168) plädieren dafür, Daseinsvorsorge zu subsummieren als „all jene Infrastrukturen und Dienstleistungen, die für die Gestaltung und Wiederherstellung von Alltag von grundlegender Bedeutung sind". Hierzu gehören auch soziale und kommunikative Aspekte. Infrastrukturen sollten nach Barlösius et al. (2011: 159) „feste Zentren für soziale und kulturelle Austauschprozesse" bilden (auch Zibell/Revilla Diez 2014: 125; Beetz 2009: 123). Mit der Akzentuierung des sozialen Mehrwertes und dem Einbezug lebensweltlicher Aspekte wird die besondere Bedeutung von Infrastrukturen in ländlich-peripheren Räumen über ihre eigentlichen Kernfunktionen hinaus berücksichtigt, wonach diese häufig wichtige Foren des dörflichen Gemeinwesens darstellen (Barlösius et al. 2011: 157; auch Barlösius/Spohr 2017; dazu weiterführend Kapitel 2.4).

Der zweite Diskussionsschwerpunkt rankt sich um die Frage der Trägerstruktur. Dabei wird die Vorstellung hinterfragt, dass ‚der' Staat alleinig für die Bereitstellung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge verantwortlich ist. Vielmehr sollte eine große Bandbreite an gesellschaftlichen Akteuren, vor allem auch zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure, einbezogen werden und entsprechende Leistungen sollten in Koproduktion erbracht werden (u.a. Butzin/Gärtner 2017; ARL 2016: I/14; Wessel 2015; dazu Kapitel 3.5). Und drittens lässt sich ein Trend zur Bündelung von Funktionen konstatieren. Anstatt für jedes Angebot ein Gebäude zu unterhalten, sei es nach diesem Verständnis gewinnbringend, Funktionen und Leistungen in multifunktionalen Einrichtungen zusammenzuführen (Esslinger et al. 2017; Kaether 2014: 115f.; Beetz 2008: 158).

2.3 Schwerpunkt Lebensmittelnahversorgung

Der Betrieb von Einrichtungen der Lebensmittelnahversorgung fällt im Bundesgebiet nicht in den Aufgabenbereich staatlicher Organe und fügt sich somit nicht ins klassische Verständnis von Daseinsvorsorge ein (Zibell/Revilla Diez 2014: 9). Trotz der privatwirtschaftlichen Trägerstruktur wird der Lebensmittelnahversorgung, insbesondere im Zusammenhang mit ländlich-peripheren Standorten, eine öffentliche Relevanz anerkannt und als Teilaspekt der Daseinsvorsorge diskutiert (u.a. BBSR 2018: 43f.; Schröder 2017; BBSR 2015: 3).

Der Begriff Lebensmittelnahversorgung enthält eine inhaltliche (die Versorgung mit Lebensmitteln) und eine räumliche Komponente (nah). Beides bedarf zunächst einer kurzen Bestimmung. Bei der Versorgung mit Lebensmitteln geht es um die Möglichkeit zum käuflichen Erwerb eben dieser. Im Gegensatz zu gastronomischen Betrieben werden die erworbenen Lebensmittel in der Regel nicht direkt verzehrt, sondern sind für den Verbrauch bzw. die Weiterverarbeitung daheim vorgesehen. Gemein ist Einrichtungen der Lebensmittelnahversorgung, dass sie ein Sortiment an Gütern für den kurzfristigen Bedarf bereithalten. Im Unterschied zu Ansätzen der Direktvermarktung werden die Artikel durch die Betreiberinnen entsprechender Einrichtungen von verschiedenen Produzenten und über Zwischenhändler bezogen (vgl. Trebbin et al. 2013; Beckmann 2007).

Die räumliche Komponente (nah) bezieht sich darauf, dass entsprechende Verkaufseinrichtungen in fußläufiger Erreichbarkeit zum Wohnort lokalisiert sind. Als Richtwert hat sich hierbei eine Distanz von 500 bis 1.200 Metern bzw. eine Gehzeit von maximal etwa zehn Minuten etabliert (BMVBS 2013: 3; Segerer 2013: 40). Die fußläufige Erreichbarkeit soll somit auch mobilitätseingeschränkten Personen (ohne PKW) ermöglichen, sich eigenständig mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs versorgen zu können.

Anbieterseitige Entwicklungen

Der Markt des Lebensmitteleinzelhandels in Deutschland ist, auch im Vergleich zu anderen Ländern Europas, durch eine erhebliche Wettbewerbsintensität charakterisiert (Küpper/Tautz 2015: 141f.; Haucap et al. 2013). Im Zuge von Übernahmen und Fusionen haben sich oligopolartige Strukturen herausgebildet, die von wenigen Konzernen dominiert werden. Die vier

Größten der Branche vereinen einen Marktanteil von etwa 70 Prozent unter sich – mit steigender Tendenz (BVE 2019: 36; Haucap et al. 2013: 6).[12] Die Unternehmen sind dazu übergegangen, vorwiegend großflächige Märkte aufzubauen, in denen sich betriebliche und logistische Abläufe kostengünstiger organisieren lassen. Als Standorte für den Aufbau neuer Märkte kommen in erster Linie solche in Betracht, die ein Mindesteinzugsgebiet von etwa 5.000 Personen aufweisen, die mit dem PKW gut erreichbar sind und in denen ausreichend Fläche vorhanden ist (BMVBS 2013: 16; BBSR 2011a: 14; Kuhlicke et al. 2005: 173). Demgegenüber steht ein Rückgang kleiner Läden (unter 400 qm Verkaufsfläche). Deren Zahl ist nach Berechnungen von Krüger et al. (2013: 8) von etwa 66.000 (1990) auf ca. 11.000 (2010) gesunken (Abb. 1).[13]

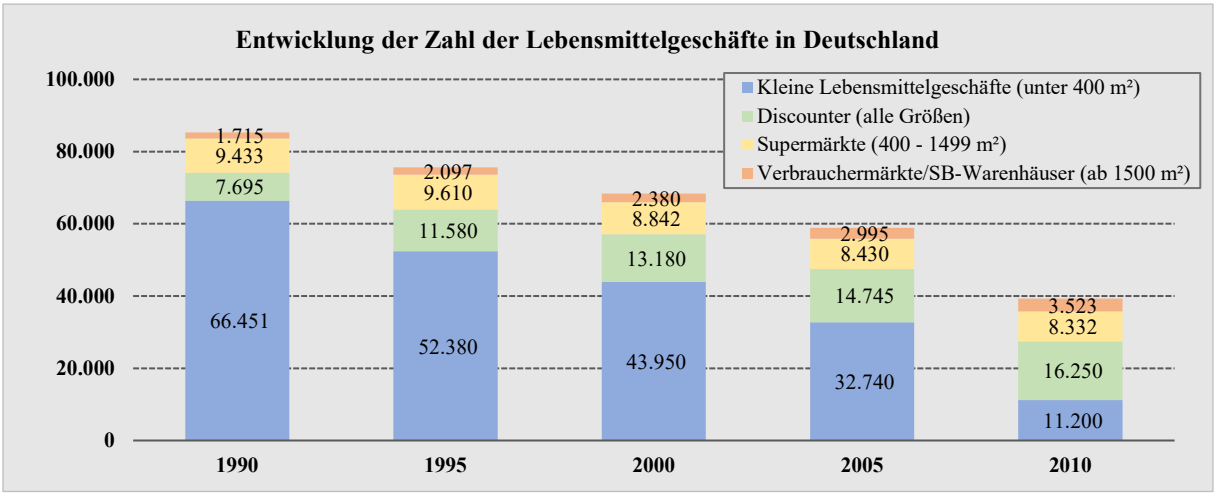


Abb. 1: Zahl der Lebensmittelgeschäfte in Deutschland nach Jahren (eigene Darstellung; angelehnt an Krüger et al. 2013: 8)

Der Rückgang der Zahl kleiner Lebensmittelgeschäfte ist in erster Linie auf das Aus kleinbetrieblicher, häufig inhabergeführter Läden zurückzuführen, die seit einigen Jahren als „Auslaufmodell“ gelten (Lindemann/Nyhues 2007: 26; auch Hahne 2009: 8). Viele kleinbetriebliche Einrichtungen waren dem „Verdrängungswettbewerb“ (Küpper/Scheibe 2015: 48) nicht gewachsen und konnten weder hinsichtlich des Preisniveaus und der Produktvielfalt (Sortimentsbreite und -tiefe) noch mit den ausgedehnten Öffnungszeiten der großen Lebensmittelmärkte konkurrieren. Neben diese Nachteile in der Wettbewerbsfähigkeit kommt die Problematik, dass inhabergeführten Einzelhändlerinnen mit geringem Absatzvolumen konkurrenzfähige Lieferkonditionen für den Bezug der Waren häufig verwehrt bleiben. Da die höheren Kosten an die Endverbraucher weitergereicht werden müssen, kommt dies letztlich einem Verlust der Marktfähigkeit gleich (vgl. Zibell/Revilla Diez 2014: 31; Trebbin et al. 2013: 151). Während langjährig etablierte kleinbetriebliche Einzelhändler häufig noch mit flexibleren und konkurrenzfähigeren Lieferverträgen ausgestattet sind, schlägt diese Problematik für neue Marktteilnehmer besonders nachteilig zu Buche, da vonseiten der Zulieferer vielfach Mindestabnahmemengen

[12] Hierbei handelt es sich um die Rewe-, die Edeka-, die Schwarz- und die Aldigruppe (BVE 2019: 36). Alle vier Konzerne konnten zwischen 2015 und 2016 ein Umsatzplus verzeichnen (Bulwiengesa 2017: 5). Einige der Unternehmen erschließen sich zunehmend auch internationale Märkte (vgl. Turban/Wolf 2008).

[13] Aktuellere Zahlen bestätigen den in Abbildung 1 skizzierten Trend. Nach Berechnungen des EHI Retail Institute betrug die Zahl kleiner Lebensmittelgeschäfte (unter 400 qm Verkaufsfläche) im Jahr 2016 nur noch 8.750 (zitiert nach JLL 2018: 6).

gefordert werden. Aus Altersgründen scheidende kleinbetriebliche Einzelhändlerinnen konnten häufig auch deshalb keine Nachfolge für einen Weiterbetrieb finden, da die Übertragung bestehender Lieferverträge nicht ohne Weiteres möglich war (Zibell/Revilla Diez 2014: 31).

Veränderungen im Einkaufsverhalten

Den Veränderungen auf Anbieterseite stehen sich wandelnde Nachfragemuster seitens der Verbraucher gegenüber. Dies betrifft die Ansprüche an die Art und die Qualität der Lebensmittel, das Preisniveau, das Einkaufsambiente sowie die raumzeitliche Organisation des Erwerbs.

Die Ansprüche, die Verbraucherinnen an die Produkte stellen, haben sich zunehmend ausdifferenziert. So werden in hohem Maße sogenannte Convenience-Produkte, d.h. lang haltbare Produkte, die ohne zeitaufwendige Zubereitung verzehrt werden können, nachgefragt (KPMG/GDI 2013: 18f.). Zugleich lässt sich in Teilen der Gesellschaft aber auch eine Politisierung des Konsums und eine „Moralisierung der Märkte“ (Stehr 2007) ausmachen. Genannt sei an dieser Stelle die Slow-Food-Bewegung, die sich kritisch gegenüber Massenkonsum positioniert, die frische Lebensmittel präferiert und achtsam hinsichtlich der Produktionsbedingungen ist (Rösch 2013: 79).[14] Einige der dabei relevanten Werte wie Transparenz, ökologische Nachhaltigkeit und Regionalität haben Einzug in weite Gesellschaftsschichten gehalten – und parallel dazu in Supermärkte und Discounter (vgl. Ermann 2015). Hervorzuheben ist, dass sich diese gegenläufigen Entwicklungstrends nicht nur zwischen unterschiedlichen Verbrauchergruppen ausmachen lassen, sondern auch große Variabilitäten des Konsumverhaltens einzelner Verbraucherinnen auftreten. Anstelle von konsistenten sind divergierende Einkaufsmuster getreten, die sich dynamisch an neuen Trends ausrichten und nur schwer vorhersehbar sind (vgl. Wölfel 2015: 10). Hinzu kommt ein Preisbewusstsein der Konsumentinnen, das in der Bundesrepublik im Lebensmittelbereich, auch im europäischen Vergleich, besonders stark ausgeprägt ist. Verbraucher geben, gemessen an ihrem Einkommen, wenig Geld für Lebensmittel aus (Küpper/Tautz 2015: 142). Hoch hingegen ist die Aufmerksamkeit für Sonderangebote (Nielsen 2017: 11).

Neben veränderten Ansprüchen an die Waren sowie deren Preise unterliegen auch die raumzeitlichen Organisationsmuster des Einkaufens einem Wandel. Insgesamt ist eine Tendenz zu umfangreicheren und selteneren Einkäufen zu konstatieren. Hierfür ist der PKW zum meistgenutzten Wegbereiter des Erwerbes avanciert (Zibell/Revilla Diez 2014: 125; Krüger et al. 2013: 41; Neu et al. 2009: 48f.). In den Erwägungen, wo Lebensmitteleinkäufe vollzogen werden, hat räumliche Nähe tendenziell an Bedeutung verloren. Ausschlaggebender für die Entscheidung, in einem bestimmten Markt seine Einkäufe zu vollziehen, sind nunmehr neben dem Preis und der Warenvielfalt die PKW-Erreichbarkeit sowie die Parkplatzverfügbarkeit (Zibell/Revilla Diez 2014: 45). Zu Fuß werden Lebensmitteleinkäufe hingegen seltener vollzogen, gerade wenn hierfür mehr als 400 Meter zu überwinden sind (BBSR 2011a: 25). Steffen/Weeber (2001) sahen bereits in den frühen 2000er-Jahren anhand ihrer Untersuchung in der Region

[14] Ausdruck dessen ist auch der vielerorts zu verzeichnende Aufbau alternativer Ernährungsnetzwerke (vgl. Rosol 2018).

Stuttgart einem „Ende der Nahversorgung“ entgegen. Sie haben festgestellt, dass der Lebensmitteleinkauf nicht mehr vorwiegend in Wortortnähe getätigt wird, sondern nahe des Arbeitsortes oder entlang des Arbeitsweges (ebd.: 92). Den Relevanzverlust des Faktors Wohnortnähe konnten auch Zibell/Revilla Diez (2014) in einer Studie zur dörflichen Nahversorgung in Niedersachsen bestätigen. Kundinnen wiesen dem Preisniveau und der Warenvielfalt eine entscheidendere Bedeutung bei der Wahl ihrer Einkaufsstätte zu. Die Bereitschaft, sich ein höheres Preisniveau zugunsten einer wohnortnäheren Versorgung zuzumuten, war in den untersuchten Gemeinden gering ausgeprägt (ebd.: 44f.). In diesen Zusammenhang lassen sich auch die Befunde von Helmle/Kuczera (2015: 75) einordnen, die auf Grundlage einer qualitativen Erhebung in fünf Dörfern feststellten:

> *„Die bloße Existenz eines Ladens in der nahen Umgebung bedeutet folglich nicht, dass dort zwangsläufig eingekauft wird, sondern dass das Angebot im Umkreis um eine Einkaufsoption reicher ist. Drei der Dörfer haben einen Laden vor Ort, der von wenigen Befragten für manche Einkäufe genutzt wird, überwiegend mit dem Argument, dessen Existenz zu unterstützen. Für die Versorgung der Befragten mit alltäglichen Gütern spielen diese Läden nur eine untergeordnete Rolle.“*

Räumliche Konsequenzen

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Distanzen zwischen Wohnort und nächstgelegener Einrichtung zum Erwerb von Lebensmitteln insbesondere in zentrenfernen Orten tendenziell größer geworden sind. Neumeier (2015a; 2014) konnte anhand einer GIS-gestützten Erreichbarkeitsanalyse herausarbeiten, dass in einigen Orten im Bundesgebiet die Distanz zum nächsten Lebensmittelmarkt über 15 km beträgt. Weiterhin ergaben seine Berechnungen, dass 38 Prozent der Bewohner ländlicher Räume über 15 Minuten mit dem PKW benötigten, um das nächstgelegene Geschäft zu erreichen (Neumeier 2014: I). Andere Studien kamen zu ähnlichen Ergebnissen. Segerer (2013) hat die räumlichen Strukturen der Lebensmittelnahversorgung in Bayern unter die Lupe genommen. Er kam zu dem Resultat, dass in Gemeinden zwischen 1.000 und 5.000 Einwohnern die Mehrheit der Bewohner nicht nahversorgt ist, also eine zumutbare fußläufige Erreichbarkeit nicht gegeben ist. In Gemeinden unter 1.000 Einwohnern waren es über 75 Prozent (ebd.: 43). Darüber hinaus konnte er zeigen, dass insbesondere in von Bewohnerrückgängen betroffenen Gemeinden die Reduktion von Lebensmittelgeschäften im Zeitverlauf besonders drastisch war (ebd.: 49). In Anbetracht der Konzentrationsprozesse bei gleichzeitigem Rückzug aus der Fläche sprechen einige Autoren von „Versorgungslücken“ (u.a. Segerer 2013: 39) oder von einer „Lebensmittelfernversorgung" (Acocella 2007: 9). Andere Autoren schließen an die Debatten um „Versorgungswüsten“ bzw. „food deserts“ an (u.a. Jürgens 2018; 2017a/b; Trebbin et al. 2013: 140).[15]

Die Folgen dieser Entwicklungen betreffen einerseits die nun nicht mehr nahversorgten Bewohnerinnen entsprechender Orte (dazu Kapitel 2.4). Andererseits hat der Verlust von Lebensmittelgeschäften aber auch Folgen für die zugrunde liegenden Kommunen. Da mit dem Verlust

[15] Der in der angelsächsischen Forschung geprägte Begriff „food deserts“ thematisiert den mangelnden Zugang zu gesunden Lebensmitteln für bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund ihres Wohnortes (Shaw 2006: 231).

des Lebensmitteleinzelhandels Kaufkraft abfließt und zugleich eine Gewerbesteuerquelle trockengelegt wird, rekapitulieren Chilla/Neufeld (2015: 6), dass „die aktuellen Prozesse der räumlichen Konzentration im Einzelhandel sowie die damit verbundene Kaufkraftverlagerung durchaus das Potenzial in sich [tragen], den Stadt-Land-Kontrast zu verschärfen“.[16]

Geringe politische Koordination der Lebensmittelnahversorgung

Obwohl der Verlust von Einrichtungen der Lebensmittelnahversorgung in zentrenfernen Orten in Politik und Gesellschaft umfassend und mit großem Problembewusstsein diskutiert wird, mangelt es an raumplanerischen Instrumenten, diesen Entwicklungen entgegenzusteuern. Dazu ist im Raumordnungsbericht 2017 festgehalten:

> *„Entsprechend des gesetzlichen Auftrags der Raumordnung, Chancengerechtigkeit in der Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen zu gewährleisten, zählt auch die Sicherung der Nahversorgung zu ihren zentralen Aufgaben. Gleichwohl ist ihr Einfluss aufgrund der privatwirtschaftlichen Organisationsstrukturen im Einzelhandel geringer als in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge. Er beschränkt sich im Wesentlichen auf eine rahmengebende Steuerungsweise und die Initiierung von Modellprojekten.“ (BBSR 2018: 43)*

Standorte für Einzelhandelseinrichtungen werden dort bereitgestellt, wo diese überörtlich bedeutsam sind, d.h. die Einzugsgebiete über die Orte hinausreichen (Gnest/Zeck 2018: 61). Küpper/Scheibe (2015: 50) halten fest: „In Deutschland steuern die Raumordnungspläne den großflächigen Einzelhandel, um Ansiedlungen grundsätzlich auf die zentralen Orte der entsprechenden Hierarchiestufe und auf die städtischen Kernbereiche zu konzentrieren.“ Eine direkte Koordination der wohnortnahen, fußläufig erreichbaren Nahversorgung in nicht-zentralen Orten erfolgt im Rahmen der Regional- und Landesplanungen dagegen nicht (Gnest/Zeck 2018: 64; Küpper/Tautz 2015: 147).

Angesichts der geschilderten Inaktivität merken Kuhlicke et al. (2005: 174) kritisch an, dass die politischen Bemühungen zur Ansiedlung von Nahversorgungseinrichtungen auf die Zentren konzentriert sind, wohingegen es in nicht-zentralen Orten beim Benennen von Problemlagen bleibt. Auch der Unterstützung bestehender Einrichtungen wird in der politischen Koordination wenig Aufmerksamkeit geschenkt (Küpper/Scheibe 2015: 51). Durch den engen raumordnungspolitischen Rahmen sind die Handlungsspielräume der politischen Akteure außerhalb der Zentren, sich für die Lebensmittelnahversorgung stark zu machen, tendenziell gering. Zibell et al. (2015) konnten anhand einer Studie in Niedersachsen aufzeigen, dass kommunalpolitische

[16] Anstelle des stationären Lebensmitteleinzelhandels sind vielerorts mobile und zeitlich flexible Formate getreten (dazu ausführlich BBSR 2009). Hinzu kommt der Onlinehandel, dem für die Versorgung der Menschen in ländlich-peripheren Räumen eine wachsende Bedeutung attestiert wird (u.a. Hangebruch et al. 2019). Gemessen an den Umsätzen spielt der Onlinehandel mit Lebensmitteln bisher allerdings eine eher untergeordnete Rolle. Nach Angaben des Handelsverbandes Deutschland machte dieser im Jahr 2016 nur etwa ein Prozent des Gesamtumsatzes der Branche aus (HDE 2018: 8). Neumeier (2015b) diskutiert darüber hinaus die Rolle von Tankstellen zur Kompensation der wegfallenden stationären Lebensmittelnahversorgung. Er resümiert, dass diese für ländliche Räume keine adäquate Alternative darstellen, da sie meist nur ein sehr geringes (und vergleichsweise teures) Angebot bereithalten und gerade in Orten, wo es keinen Lebensmittelmarkt (mehr) gibt, zumeist auch keine Tankstelle (mehr) existiert.

Entscheidungsträgerinnen in ländlichen Gemeinden nur indirekte Steuerungsmöglichkeiten sahen, so etwa in einer Stärkung des Bewusstseins der Bewohnerinnen für das Thema oder im Anschub von Genossenschaftsgründungen (ebd.: 161).[17]

2.4 Einschnitte in der Daseinsvorsorge- und Infrastrukturausstattung aus Bewohnerperspektive

Peripherisierungsprozesse im Allgemeinen und der Rückbau von Infrastruktureinrichtungen im Speziellen sind zunächst nichts, was notwendigerweise benachteiligend auf die in den betreffenden Orten lebenden Menschen wirkt. Küpper/Steinführer (2017: 45) argumentieren, dass eine objektive Bestandsaufnahme letztlich wenig Aussagekraft besitzt, da die subjektiven Bewertungen der Menschen vor Ort ausgeblendet bleiben und es „die Bewältigungskapazitäten und -strategien der von Schließungen und Zentralisierungstendenzen Betroffenen unberücksichtigt lässt“. Beetz et al. (2015: 4) verweisen auf eine „Ambivalenz zwischen der Sicht auf das Land als Problemgebiet und der Einschätzung der internen sozialen Problembehandlung innerhalb der ländlichen Gesellschaft". Während von außen der Blick auf erfassbare (insbesondere funktionsbezogene) Defizite dominiert, werden diese womöglich von den dort lebenden Menschen gar nicht als solche erachtet (auch Jürgens 2017b: 47).

Relevanter als eine Bestandsaufnahme räumlich unterschiedlicher Ausstattungsniveaus erscheint demnach die Frage, wie die unmittelbar betroffenen Bewohnerinnen solche Einschnitte wahrnehmen und inwieweit sich diese auf die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Alltagsgestaltung niederschlagen (u.a. Neu 2014: 117). Neu (2006) wie auch Barlösius/Neu (2008b) verwenden in diesem Zusammenhang den Begriff „territoriale Ungleichheit“. Diese ist dann ausgeprägt, wenn „der Zugang zu erstrebenswerten Gütern und Dienstleistungen (…) auf Grund des Wohnortes dauerhaft erschwert oder erleichtert ist und so Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben für die Betroffenen eingeengt oder erweitert werden“ (Neu 2006: 8). Auf Grundlage eines solchen Verständnisses sind Einschnitte vor allem dann problemträchtig, wenn der „benachteiligte Raum (…) zu einem benachteiligenden Raum [wird]“ (ARL 2016: 7). Oder anders: Wenn Menschen in ihren Handlungsmöglichkeiten aufgrund ihres Wohnortes diskriminiert werden, da sie bestimmte Leistungen nicht (mehr) erreichen und sie diese Nicht-Erreichbarkeit auch nicht mithilfe anderer Strategien (z.B. Nachbarschaftshilfen oder durch Mobilität) kompensieren können. Eine solche akteurszentrierte und lebensweltliche Perspektive auf Peripherisierung erscheint hilfreich, um nicht voreilig der Annahme aufzusitzen, dass der Verlust von Infrastruktur per se schlecht ist oder negativ wirkt. Vielmehr gilt es nach Beetz

[17] Einige Bundesländer haben Bemühungen ergriffen, zentrenferne Lösungen zur Lebensmittelnahversorgung zu unterstützen (einen umfassenden Überblick gibt Eberhardt 2019). Zu nennen ist hier das Programm M.Punkt RLP in Rheinland-Pfalz, welches Gemeinden in ihrem Ersuchen, kleinflächige Nahversorgungseinrichtungen zu schaffen, beratend zur Seite steht (M.Punkt RLP 2018). In Schleswig-Holstein hat die Landesregierung 1999 das Konzept MarktTreff auf den Weg gebracht. Im Rahmen dessen werden kleine Kommunen bei der Einrichtung eines multifunktionalen Dorfladens nach dem Franchise-Prinzip unterstützt (Hahne 2009: 9; für Einzelheiten siehe MarktTreff 2018). Jürgens (2017a: 103) zählt etwa 35 solcher MarktTreff-Läden.

(2007: 11) „zwischen eher objektiven Bedingungen und subjektiven Aspekten der Lebenszufriedenheit und Lebensführung zu vermitteln".

Richtet man seinen Blick auf empirische Arbeiten, die sich der Lebenszufriedenheit in verschiedenen Raumkategorien angenommen haben, so ist die Befundlage keineswegs so eindeutig, wie es der allgemeine Problem- bzw. Defizitdiskurs vermuten lässt. Auffällig ist, dass vermeintlich objektive Missstände (einer reduzierten Infrastrukturausstattung) nicht zwangsläufig mit einer subjektiv empfundenen Unzufriedenheit der dort lebenden Menschen korrespondieren. Jantsch et al. (2016: 6) haben anhand von Daten aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP)[18] nur geringfügige Unterschiede in der Lebenszufriedenheit zwischen Bewohnerinnen städtischer und ländlicher Räume im Bundesgebiet feststellen können (ähnlich: Spellerberg 2016: 359). Ländliche Räume pauschal als Räume zu kategorisieren, in denen die Menschen aufgrund schwächerer Infrastrukturausstattung unzufriedener sind, stehen auch Befunde vom BBSR entgegen, das zwischen 1985 und 2010 regelmäßig in einem standardisierten Verfahren in unterschiedlichen Raumkategorien Deutschlands nach den Einschätzungen der Bewohner hinsichtlich ihrer Lebensbedingungen gefragt hat. Zusammenfassend rekapitulieren die Autoren: „In der Zeitreihe betrachtet sind sowohl die Zufriedenheit mit dem Wohnort als auch die allgemeine Lebenszufriedenheit in Kleinstädten und Landgemeinden immer leicht höher als in größeren Städten." (BBSR 2010: 13) In der letztmaligen Erhebung 2010 lag der Fokus auf der Relevanz der Infrastrukturausstattung. Das Fazit lautet: „Insgesamt sind im ländlichen Lebenszusammenhang zwar weniger Infrastrukturangebote in der Nähe zu finden – bislang stört dies die Befragten in Kleinstädten, Landstädten und Landgemeinden noch relativ wenig." (BBSR 2011b: 15)

Dass die subjektive Zufriedenheit der Bewohnerinnen in ländlich-peripheren Räumen (also der vermeintlichen Problemkategorie) im Allgemeinen wie auch hinsichtlich der Infrastrukturausstattung nicht per se groß ist, bekräftigen auch kleinräumige Studien zum Thema. Freitag et al. (2009) kamen im Zuge einer standardisierten Befragung zur subjektiven Einschätzung der Lebensverhältnisse in sächsischen Dörfern zu der Erkenntnis, „dass die Bewertung der dörflichen Lebensverhältnisse nicht vorrangig von der Infrastrukturausstattung abhängt" (ebd.: 8). Stattdessen spielten weichere Faktoren wie der Zusammenhalt im Ort eine größere Rolle (ebd.: 9). Born (2007) hat in einer Bewohnerbefragung in Dörfern in der Prignitz (Brandenburg) festgestellt, dass zwar die Versorgungslage in den Orten faktisch schlecht war, damit aber keine allgemeine Unzufriedenheit einherging. Etwa 70 Prozent äußerten Zufriedenheit mit dem Versorgungsangebot (ebd.: 74). Ähnliches trat auch bei Vogt et al. (2015) im Rahmen einer standardisierten Befragung in 15 Dörfern im Bundesgebiet zutage. Nur 19 Prozent aller Befragten empfanden eine schlechte Nahversorgung als störend (ebd.: 44). Zu einem abweichenden Ergebnis kam Reichert-Schick (2009) in ihrer Erhebung in verschiedenen Dörfern in Mecklenburg-Vorpommern, die erhebliche infrastrukturelle Verluste zu verbuchen hatten. Rund 60 Prozent der Befragten ersehnten eine Verbesserung der Versorgungssituation (ebd.: 41).

[18] Das Sozioökonomische Panel „ist die größte und am längsten laufende multidisziplinäre Langzeitstudie in Deutschland. (…) Das SOEP läuft seit 1984, aktuell werden jedes Jahr rund 30.000 Befragte in etwa 15.000 Haushalten vom Umfrageinstitut TNS Infratest Sozialforschung befragt." (DIW o.J.)

Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang auch die Befunde einer Studie von Bolduan (2007) im Elbe-Weser-Raum. Besondere Unzufriedenheit über die Nahversorgungssituation war nicht bei Bewohnerinnen von Orten ohne Nahversorgungseinrichtung auszumachen, sondern bei Bewohnern in Orten, in denen solche Einrichtungen noch existierten, die Angebote allerdings als nicht zufriedenstellend erachtet wurden. Dort war der Wunsch nach einem vielfältigeren Lebensmittelgeschäft besonders ausgeprägt (ebd.: 25). Ähnliches drücken auch die Ergebnisse von Zibell/Revilla Diez (2014) aus. Demnach bedeutet die Existenz eines Dorfladens keineswegs, dass dieser von den Bewohnern auch in Anspruch genommen wird: Sie „fahren weiter als sie müssen!“ (ebd.: 45; ähnlich auch Warburg 2011: 135)

Ausgehend von dieser Befundlage erscheint es sinnvoll, eine differenzierte Betrachtung vorzunehmen. Steinführer et al. (2014) haben die Optionen herausgearbeitet, die Menschen ergreifen können, um mit Verlusten hinsichtlich der örtlichen Infrastruktur- bzw. Daseinsvorsorgeausstattung umzugehen. Sie unterscheiden zwischen Loyalty (Bedürfnisanpassung bzw. Selbstbeschränkung), Exit (Wegzug) und Voice (Protest).[19] Diese werden im Folgenden diskutiert und zu verschiedenen Erklärungsansätzen verdichtet.

Erklärungsansatz I: Unzufriedenen haben Abwanderung bereits vollzogen

Ein Grund, warum Menschen in ländlich-peripheren Räumen häufig keine Unzufriedenheit mit einer reduzierten Infrastrukturausstattung äußern, könnte sein, dass jene Bewohner, die unzufrieden waren, bereits abgewandert sind. Sie haben also die Exit-Option ergriffen. Genau darin besteht eine Schwäche der meisten (auch o.g.) Studien zum Thema: Sie wenden sich in erster Linie Personen zu, die noch da sind. Nimmt man umgekehrt Studien in den Blick, die die Ursachen des Abwanderns aus ländlich-peripheren Räume unter die Lupe genommen haben, erscheint der Verlust von Infrastrukturen durchaus relevant. Kroismayr et al. (2016) etwa konnten erarbeiten, dass kleine Orte in Österreich, die von Schulschließungen betroffen waren, überdurchschnittlich hohe Abwanderungsquoten aufwiesen.

Erklärungsansatz II: Sich-Arrangieren der Dagebliebenen

Aus sozialpsychologischen Arbeiten ist bekannt, dass Brüche im Gewohnten zunächst Irritationen hervorrufen, diese im Zeitverlauf allerdings nachlassen und sich im Arrangieren und Abfinden einebnen (vgl. Greve/Strobl 2004). Studien, die der Relevanz des Wegfalls von Infrastruktureinrichtungen nachgegangen sind, legen Ähnliches nahe. Dem (drohenden) Wegfall wird in der Regel dann Aufmerksamkeit zuteil, wenn damit individuelle Routinen oder gewohnte Abläufe im Zusammenleben gestört werden bzw. drohen gestört zu werden. Während das Vorhandensein von Infrastrukturen von den potenziellen Nutzerinnen häufig als selbstver-

[19] Steinführer et al. (2014) nehmen dabei Bezug auf das organisationssoziologische Modell von Hirschman (1974). Dieser hat die Möglichkeiten herausgearbeitet, die Menschen wählen können, wenn sie mit einer Organisation unzufrieden sind. Seine Arbeit fand eine breite Rezeption bei raum- und mobilitätsbezogenen Fragestellungen, insbesondere in der Wanderungsforschung (u.a. Dowding/John 2008; Devereux/Weisbrod 2006; Kecskes 1994).

ständlich erachtet wird, sorgt erst eine Verschlechterung der Qualität oder der (drohende) ersatzlose Wegfall für Irritation. Im Zuge dessen können sich Proteste formieren und/oder Anstrengungen für den Erhalt unternommen werden (vgl. Eisentraut 2012: 30). Dort, wo Infrastrukturen bereits seit längerer Zeit weggefallen sind, haben Bewohnerinnen häufig ihr Anspruchsniveau den Umständen entsprechend herabgesetzt und eine Genügsamkeit entwickelt. So wird fehlende Infrastruktur im Zeitverlauf immer weniger als Missstand wahrgenommen, sondern als unverrückbare Gegebenheit akzeptiert. Diese Erklärung konnte bspw. Reichert-Schick (2009) in ihrer Studie zur Lebenszufriedenheit der Menschen in infrastrukturell stark dezimierten Dörfern in Mecklenburg-Vorpommern herausarbeiten. Sie stellte fest: „Die Einwohner resignieren und haben die Hoffnung auf eine Besserung der Situation aufgegeben (…).“ (ebd.: 41)

Erklärungsansatz III: Unterschiedliche Bedarfslagen und Möglichkeiten zur Kompensation

Als gesichert gilt, dass der Verlust von Infrastrukturen für verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich einschneidend ist. Eine große Vielfalt an Konsumpräferenzen, Arbeitserfordernissen, Lebensstilen und Aufenthaltsformen (temporär/allzeit) geht mit einer großen Bandbreite an Varianten einher, wie und wo Menschen ihren Lebensalltag organisieren (vgl. Helmle/Kuczera 2015: 80). Beetz (2007: 16) weist darauf hin, „dass in ländlichen Gesellschaften unterschiedliche Vorstellungen von Lebensqualität und Infrastrukturangeboten bestehen“. Besonders relevant sind dabei die individuellen Bewältigungskapazitäten; also die Möglichkeiten, die Menschen haben, sich nach dem Wegfall von Einrichtungen anderweitig zu organisieren (vgl. Steinführer et al. 2014; Born 2009). Für ländlich-periphere Räume rücken dahingehend insbesondere Fragen der Mobilität ins Zentrum. Menschen, die nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Mobilität haben, sind anfälliger gegenüber lokalen Umweltveränderungen als mobile Bewohnerinnen, die sich auch außerorts organisieren können. Hochbetagte Menschen, die häufiger von Immobilität betroffen sind, präferieren Wohnorte, in denen sie auf ein ausreichendes Versorgungsangebot zurückgreifen können (Opitz/Pfaffenbach 2018: 176). Sie müssen im besonderen Maße ihren Lebensalltag vor Ort arrangieren können, da ihnen die Möglichkeiten nicht gegeben oder abhandengekommen sind, den Ort aus eigener Kraft zu verlassen (Opitz/Pfaffenbach 2018; Steinführer et al. 2014; Reichert-Schick 2009: 41). Zibell/Revilla Diez (2014: 42) konnten zeigen, dass der Wunsch, ein fußläufig erreichbares Geschäft für Lebensmittel im Wohnort zu haben, mit zunehmendem Alter signifikant steigt. Steinführer et al. (2014: 336) kamen in ihrer Untersuchung in schrumpfenden Gemeinden im Ostharz zu dem Ergebnis, dass ältere Bewohnerinnen neben der medizinischen Versorgung die fehlende Nahversorgung als schwerwiegendstes Problem bei der Bewältigung ihres Alltags erachteten (auch Steinführer/Küpper 2013: 20). Ähnliches trat bei Freitag et al. (2009: 16) zutage. Sie stellten fest, dass „Angebote der Kategorie Lebensmittel am häufigsten als fehlend empfunden werden. Kein anderes Versorgungsangebot wird häufiger vermisst.“ Dies galt, wenig verwunderlich, allen voran bei Menschen mit eingeschränkten Mobilitätsoptionen (ebd.: 17).

Für Bewohnerinnen, die andernorts ihrer Arbeit nachgehen und ihren Wohnort vorwiegend in ebenjener Funktion des Wohnens wertschätzen, können lokale Infrastrukturangebote weniger

relevant sein als für Personen, die ihren Lebensalltag vor Ort organisieren bzw. mangels Mobilitätsmöglichkeiten organisieren müssen. Besonders prekär stellen sich Infrastrukturverluste für immobile Bewohner dann dar, wenn auch das Erreichen außerörtlicher Versorgungseinrichtungen nur noch mit großer Mühe und mit erheblichem Aufwand möglich ist. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass der Wegfall ortsgebundener Infrastrukturen vielerorts auf eine Situation trifft, in der auch die Erreichbarkeit von infrastrukturstarken Zentren aufgrund eingeschränkter ÖPNV-Taktung, die häufig lediglich den Schülerverkehr abdeckt, kaum mehr gewährleistet ist (BMVI 2015b: 44; Beetz 2009: 128; Reichert-Schick 2009: 41; auch Osti 2010: 306). Hinzu kommt eine, insbesondere bei älteren Menschen häufig festzustellende, Wohnortgebundenheit. Viele sind bisweilen nicht „abwanderungsfähig" (Reichert-Schick 2009: 46). Somit sind ältere, immobile Bewohner in zweifacher Hinsicht vom Verlust infrastruktureller Einrichtungen betroffen. Erstens, da sie den Wegfall nicht durch PKW-gestützte Mobilität kompensieren können. Und zweitens, da für sie ein Wohnortwechsel häufig nicht ohne Weiteres zu bewerkstelligen ist. Kuhlicke et al. (2005: 175) halten fest: „Die mobilen Teile der Bevölkerung können, bei erhöhtem Verkehrsaufwand, die Preis- und Qualitätsvorteile des großflächigen Einzelhandels nutzen. Die weniger mobilen Teile werden hingegen ausgeschlossen."

Erklärungsansatz IV: Unterschiedliche Bedeutungszuweisungen

In den vergangenen Jahren sind Stimmen laut geworden, die dafür plädieren, die Relevanz von Infrastrukturen (insbesondere in Dörfern) nicht nur anhand ihrer originären Kernfunktionen zu beurteilen, sondern auch die von ihnen ausgehenden sozialen und identifikationsstiftenden Wirkungen zu berücksichtigen (u.a. Kersten et al. 2017; Barlösius/Spohr 2017; Barlösius et al. 2011). Hierfür gibt es gute Gründe. In einigen Studien wurde herausgearbeitet, dass Infrastrukturen Teilhabemöglichkeiten eröffnen können. Mit dem Verlust fällt vielerorts auch Raum zum sozialen Austausch brach (u.a. Nebelung et al. 2010: 142). Infrastrukturen ermöglichen generationenübergreifende Begegnung und fungieren als „Integrationsmotor" (Barlösius et al. 2011: 157). Zibell/Revilla Diez (2014: 42) konnten darlegen, dass ältere Menschen örtliche Einkaufsstätten aufgrund ihrer Begegnungs- und Kommunikationsqualitäten besonders wertschätzen. Infrastrukturen stellen Kristallisationspunkte des gesellschaftlichen Lebens dar, von wo aus sich weitere gemeindebezogene Aktivitäten entfalten können (Barlösius/Spohr 2017; Kennel et al. 2014: 30f.). Ausgehend von dieser Befundlage erscheint es geboten, Infrastrukturen nicht nur in den Grenzen der sie tragenden Gebäude zu denken, sondern diese in Zusammenhang mit ihrer gesamtörtlichen Integrations- und Teilhabeleistung zu stellen.

3 Theoretisch-konzeptionelle Überlegungen II: Sozialgenossenschaftliche Initiativen und Raumentwicklung – sozialwissenschaftliche Perspektiven

Nachdem das vorangegangene Kapitel eine Verbindungslinie zwischen der Peripherisierung ländlicher Räume, der Reduktion von Infrastruktur- und Daseinsvorsorgeeinrichtungen und deren Relevanz für die damit konfrontierten Menschen gezogen hat, wendet sich dieses Kapitel einer Variante der Intervention in Form sozialgenossenschaftlicher Initiativen zu. Den Ausgangspunkt bildet das eben aufgespannte Argument, dass Menschen nicht in ihren Bedingungen vor Ort verhaftet oder lediglich Leidtragende defizitärer Entwicklungen sind, sondern auch aktiv werden (können), um dem etwas entgegenzusetzen.

3.1 Sozialgenossenschaftliche Initiativen – Verständniszugang

In den vergangenen Jahren hat eine große Vielfalt an Begriffen Einzug in akademische Debatten gehalten, um Organisationsformen, die wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb mit sozialen Anliegen untersetzen, sprachlichen Ausdruck zu verleihen. Exemplarisch zu nennen sind hier Social Economy (u.a. Amin 2009; Moulaert/Ailenei 2005; Amin et al. 2002), Solidarity Economy (u.a. Laville 2010), Social Business (u.a. Yunus et al. 2010) sowie Social Entrepreneurship (u.a. Peredo/McLean 2006) in der englischsprachigen Literatur sowie entsprechende Adaptionen wie Solidarische Ökonomie (Giegold/Embshoff 2008) und Soziales Unternehmertum (Birkhölzer 2011) im deutschsprachigen Raum. Die Debatte ist durch erhebliche terminologisch-konzeptionelle Unschärfen gekennzeichnet, was im Kern auf zwei Ursachen zurückzuführen ist. Erstens haben Autorinnen verschiedener Wissenschaftszweige Beiträge in die Begriffsauseinandersetzung eingebracht und dabei Anschlussstellen an diverse Denktraditionen hergestellt. Dies hat dem Forschungsfeld zwar einen interdisziplinären Charakter gegeben, zugleich ging damit aber auch ein Stück weit die Präzision verloren (vgl. Lehner/Kansikas 2013; Jansen 2013: 37-49).[20] Und zweitens werden die Debatten in hohem Maße durch die jeweiligen historischen, sozioökonomischen wie auch sozialstaatlichen Rahmenbedingungen geprägt, innerhalb derer entsprechende Organisationen hervorgehen, was wiederum die Vergleichbarkeit von Studien und Fällen erschwert (vgl. Kerlin 2012; Moulaert/Ailenei 2005).[21]

Diese Unschärfen machen es erforderlich, einen für die Arbeit adäquaten Verständniszugang aufzuspannen, der den Besonderheiten des Untersuchungsgegenstandes Rechnung trägt. Besonders unscharf in den akademischen Debatten und mit viel Interpretationsspielraum versehen

[20] Besonders deutlich werden diese Diskrepanzen beim Blick in Arbeiten, die auf den Begriff Social Entrepreneurship rekurrieren. Dacin et al. (2010) haben die internationale Literatur dazu gesichtet und konnten insgesamt 37 Definitionsansätze identifizieren, die zum Teil fundamentale Verständnisunterschiede offenlegen. Peattie/Morley (2008: 95) sprechen in diesem Zusammenhang von einem „definitional minefield".

[21] Kerlin (2006) wie auch Bacq/Janssen (2011) haben herausgearbeitet, wie sich in den USA und unterschiedlichen europäischen Kontexten verschiedene konzeptionelle Stränge rund um die Begriffe Social Enterprise und Social Entrepreneurship etabliert haben, die nur schwer miteinander kompatibel sind. In der europäischen Diskussion werden die starken Verflechtungen entsprechender Organisationen mit wohlfahrtsstaatlichen Systemen berücksichtigt. In den USA hingegen werden solche Organisationen nicht zuletzt als Substitute für fehlende soziale Sicherungssysteme diskutiert (Bacq/Janssen 2011: 380).

ist die Frage, worin genau das Soziale bzw. Solidarische besteht. Abweichend sind die Auffassungen darüber, ob damit eine Form der Unterstützung bzw. Bemächtigung anderer, das Hinwirken auf gesellschaftlichen Wandel oder ein gemeinsamer Handlungsvollzug thematisiert wird (vgl. Zahra et al. 2009). In der Literatur zu Social Entrepreneurship sind die beiden erstgenannten Aspekte dominant. In erster Linie geht es darum, benachteiligten Menschen eine Perspektive zu geben, etwa da sie kaum berufliche Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Social Entrepreneurs entwickeln ein marktfähiges Geschäftsmodell zur Armutsbekämpfung und zur Inklusion marginalisierter Bevölkerungsgruppen (u.a. Seelos/Mair 2005). Der Fokus liegt auf der Unternehmerpersönlichkeit, dem Social Entrepreneur, der in Abkehr zum konventionellen Entrepreneur den gesellschaftlichen Mehrwert ins Zentrum seines unternehmerischen Handelns stellt. Er strebt eine Skalierung seines Geschäftsmodelles an und zielt darauf ab, gesellschaftlichen Wandel anzustoßen (u.a. Strauch 2011; Alvord et al. 2004; Bornstein 2004).[22]

Relativ losgelöst von den Debatten um Social Entrepreneurship hat sich in der europäischen Forschungslandschaft seit den 1990er-Jahren unter dem Begriff Social Economy ein abweichender Verständniszugang herauskristallisiert. Dabei wird zum einen die Verflechtung mit wohlfahrtsstaatlichen Systemen eine stärkere Aufmerksamkeit geschenkt und zum anderen die Einbettung entsprechender Organisationen in bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Zusammenhänge hervorgehoben (u.a. Evers/Laville 2004; Amin et al. 2002; Westerdahl/Westlund 1998). Birkhölzer (2011: 29) etwa vertritt die Auffassung, „dass die Gründung Sozialer Unternehmen stets von Sozialen Bewegungen oder Bürgerinitiativen ausgegangen ist. Sie können deshalb zu Recht als Teil der Zivilgesellschaft oder Ausdruck Bürgerschaftlichen Engagements angesehen werden.“ Maßgeblich geprägt wurde die Debatte durch die europäische Forschungsallianz „Emergence of Social Enterprises in Europe Research Network“ (EMES).[23] Als Ergebnis langjähriger Diskussionen haben die beteiligten Wissenschaftlerinnen verschiedene Dimensionen herausgearbeitet, um dem Organisationstypus des Sozialunternehmens einen Verständnisunterbau zu geben. Sie unterscheiden zwischen einer wirtschaftlichen und einer sozialen Dimension und differenzieren diese weiter aus (Defourny 2014: 25-28; Defourny/Nyssens 2012: 12-15). Diese Dimensionen sind in Tabelle 1 dargestellt.

[22] Der Fokus auf die Gründerpersönlichkeit wurde nicht zuletzt durch die Organisation Ashoka beeinflusst. Ashoka ist eine 1981 in den USA gegründete Förderorganisation im Bereich Social Entrepreneurship, die unter dem Slogan „Everyone is a changemaker“ agiert und ein weltweites Netzwerk an Fellows gespannt hat (Ashoka o.J.).
[23] EMES wurde 1996 gegründet. Im Netzwerk sind 323 Wissenschaftlerinnen und 14 institutionelle Mitglieder (vorwiegend Forschungsinstitute) organisiert (Stand: 07.12.19) (EMES o.J.).

Wirtschaftliche Dimension	**Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb**	Die Organisationen agieren am Markt, indem sie Produkte und/oder Dienstleistungen gegen Entgelt verkaufen.
	Hohes Maß an Autonomie	Die Organisationen unterstehen keiner direkten staatlichen Kontrolle. Sie können zwar durch die öffentliche Hand unterstützt werden, sind aber in ihren Entscheidungen unabhängig.
	Wirtschaftliches Risiko	Die Gründerinnen und Mitglieder tragen ein gewisses Maß wirtschaftlichen Risikos.
	Mindestmaß an bezahlter Arbeit	Die Organisationen beruhen nicht ausschließlich auf ehrenamtlichem Engagement, sondern bringen (zumindest in Teilen) bezahlte Beschäftigung hervor.
Soziale Dimension	**Gemeinwohl-orientierung**	Der Fokus der Organisationen richtet sich auf das Gemeinwohl. Im Zuge ihrer Geschäftstätigkeiten übernehmen sie soziale Verantwortung in lokalen Zusammenhängen.
	Bürgerschaftlich initiiert	Die Organisationen gehen zurück auf eine Initiative aus der Bürgerschaft, die von einem Problem betroffen ist. Die Betroffenen tragen auch zur Problemlösung bei.
	Von Kapitaleinsatz unabhängige Entscheidungsstruktur	Die Organisationen verfolgen den Grundsatz ‚ein Mitglied, eine Stimme', d.h. der Umfang der finanziellen Beteiligung hat keinen Einfluss auf die Stimmberechtigung etwa bei Mitgliederversammlungen.
	Partizipative Ausrichtung	Die Organisationen beziehen die von ihren Aktivitäten betroffenen Menschen und Umwelten ein. Wesentliche Entscheidungen werden demokratisch getroffen.
	Eingeschränkte Gewinnausschüttung	Die Organisationen sind im Kern nicht darauf angelegt, Gewinne an ihre Mitglieder auszuschütten. Sie taugen daher auch nicht als Vehikel für Finanzinvestments.

Tab. 1: Sozialunternehmerische Dimensionen (angelehnt an Defourny 2014: 25-28)

Dieses Verständnis berührt unterschiedliche Aspekte, die im Hinblick auf den der Arbeit zugrunde liegenden Untersuchungsgegenstand und für die folgenden konzeptionellen Überlegungen relevant sind. Innerhalb der wirtschaftlichen Dimension wird die Marktaktivität, die Schaffung bezahlter Beschäftigung sowie das Tragen wirtschaftlicher Risiken hervorgehoben. Dies markiert eine klare Trennlinie zu bürgerschaftlichem Engagement und ehrenamtlichen Aktivitäten, die sich in der Regel in außergeschäftlichen Zusammenhängen entfalten (vgl. Hollstein 2017). Im Hinblick auf die soziale Dimension berücksichtigt der EMES-Zugang, dass die Organisationen nicht darauf abzielen, einseitig Gutes für andere zu leisten, sondern die Adressatinnen und Mitglieder direkt in der Lösungssuche eingebunden sind. Dabei wird der Blick auf die Akteursebene gerichtet: Die Organisationen gehen auf eine Initiative von Bewohnern bzw. – weiter gefasst – Mitgliedern einer Community (Defourny/Nyssens 2012: 14) zurück, die durch gemeinsames Handeln ein Problem bzw. einen Missstand versuchen zu beheben. In den Vordergrund rückt damit der Aspekt der Selbstorganisation, der mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb vereint wird. Zugleich wird dezidiert eine räumliche Dimension angesprochen: Entsprechende Organisationen übernehmen soziale Verantwortung in lokalen Zusammenhängen und leisten dort einen Beitrag zum Gemeinwohl (ebd.).

Eine wichtige Rolle im EMES-Zugang spielt das Organisationsmodell der Genossenschaft (Defourny/Nyssens 2017: 2481-2483; Birkhölzer 2015: 5-7), womit an eine lange Traditionslinie im europäischen Kontext angeschlossen wird. Nachdem die ersten Genossenschaften ausgehend von Großbritannien im späten 18. Jahrhundert als Antwort auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen weiter Teile der arbeitenden Bevölkerung infolge der Industrialisierung entstanden waren, konnte sich das Modell in vielen Ländern Europas als wichtiger Unternehmenstypus wirtschaftlicher Selbsthilfe etablieren (dazu ausführlich Monzón/Chaves 2012: 13-17). In der Bundesrepublik hat sich neben einer gesellschaftspolitischen vor allem eine wirtschaftliche Sichtweise auf das Wesen der Genossenschaft durchgesetzt. Beruhend auf den Prinzipien Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung dienen sie in erster Linie ihren Mitgliedern, um Geschäftstätigkeiten zu bündeln und Leistungen zu erbringen, die vom Einzelnen nicht ökonomisch rentabel erbracht werden können (vgl. Schröder/Walk 2014: 19; Klemisch/Vogt 2012: 21f.; Elsen 2005: 103). Ringle (2016: 8) sieht darin einen historisch gewachsenen Kern: Genossenschaften sollten in erster Linie den Interessen ihrer Mitglieder verpflichtet sein. Dabei kritisiert er ein in der Öffentlichkeit zirkulierendes Anspruchsdenken, wonach Genossenschaften gesellschaftsrelevanten Verpflichtungen zu unterliegen und extern induzierte soziale Missstände zu korrigieren haben (ebd.: 9). Ringle bezieht sich dabei auf jüngere Diskussionen in politischen Zusammenhängen, die der Genossenschaft ein Potenzial zur Krisenbewältigung attestieren. Festzuhalten ist nämlich, dass das genossenschaftliche Modell Zugang in neue Tätigkeitsfelder erhalten hat. Bauer et al. (2014: 15) sprechen von einer „Renaissance des Genossenschaftswesens“. Maßgeblich dazu beigetragen hat eine Gesetzesnovelle im Jahr 2006, die einerseits die Gründung kleinerer Genossenschaften erleichtert hat, anderseits aber auch die Zwecke von Genossenschaften auf soziale und kulturelle Belange, auch über den Kreis der Mitglieder hinaus, ausweitete (vgl. Ringle 2016: 7).

Dieser neuere Typus Genossenschaft wird in der Literatur unter dem Begriff „Sozialgenossenschaft“ diskutiert (u.a. Schmale/Göler von Ravensburg 2017; Göler von Ravensburg 2015). Nach Blome-Drees (2017c: 63) agieren Sozialgenossenschaften „auf Basis sozialer Bedürfnisse und Problemlagen. Es handelt sich um Genossenschaften, die zuvörderst soziale Belange ihrer Mitglieder, Dritter und womöglich der Allgemeinheit zu fördern trachten. (…) Soziale Belange umfassen die gesamte daseinsvorsorgende menschliche Lebensführung.“ Sozialgenossenschaften kann aus diesem Verständnis heraus ein – zumindest potenzieller – Beitrag zum Gemeinwohl attestiert werden (Schmale/Göler von Ravensburg 2017: 444f.; Blome Drees et al. 2015: 141). Insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung ländlicher Räume und der Bereitstellung von Infrastruktur- und Daseinsvorsorgeeinrichtungen werden Sozialgenossenschaft umfassend diskutiert (u.a. Schmale/Blome-Drees 2014; Bauer et al. 2014; Klemisch/Vogt 2012). So bestehen Hoffnungen, dass das Modell ein tragfähiges Gerüst bildet, um endogene Ressourcen für Gemeinwohlbelange zu mobilisieren. Schmale/Göler von Ravensburg (2017: 446) etwa argumentieren: „Im Bereich der (ruralen) Daseinsvorsorge können sie vorhandene endogene Ressourcen aktivieren und neben dem Markt sowie neben dem Staat Infrastrukturen mit Hilfe des bürgerschaftlichen Engagements erhalten.“ Der Begriff Sozialgenossenschaft wird in der Literatur häufig nicht an eine spezifische Rechtsform, der eingetragenen Genossen-

schaft (eG), gekoppelt. Vielmehr werden darunter Organisationen subsummiert, welche die genossenschaftlichen Leitprinzipien (Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung) mit sozialen Anliegen produktiv kombinieren – und die sich zumeist in lokalen bzw. regionalen Zusammenhängen entfalten (vgl. Göler von Ravensburg 2015: 137f.).[24]

Nach Elsen (2012: 86) „liegt in der hybriden Mischlogik genossenschaftlicher Organisationen als soziale und wirtschaftliche Assoziationen das gesellschaftliche Transformations- und Innovationspotential". Und für Schmale/Blome-Drees (2014: 189) verdeutlicht die Ausweitung der genossenschaftlichen Organisationsform in neue Felder lokaler und regionaler Entwicklung „die Lösungskompetenz und das innovative Potenzial, das Menschen mit dem genossenschaftlichen Wirtschaftswesen entfalten können". Genau an diesem Punkt setzen die nun folgenden Ausführungen an: Sozialgenossenschaften erfahren eine innovative Deutung.

3.2 Sozialgenossenschaftliche Initiativen und das Hinwenden zu Neuem – konzeptionelle Anschlussstellen zu sozialen Innovationen

Handeln ist ein schöpferischer und intentionaler Akt, das sich durch die Fähigkeit auszeichnet, Neues zu schaffen (vgl. Beckert 2009: 8f.; Joas 1992; auch Giddens 1992: 55-65). Dies impliziert, erstens, dass Handeln nicht als bloße Reaktion auf einen Umweltreiz erfolgt, sondern dem ein Entschluss vorausgeht. Und zweitens, dass Menschen die Möglichkeit haben, von Routinen und bisherigen Handlungsmustern abzuweichen. Dieser Gedanke ist Ausgangspunkt für die folgenden konzeptionellen Überlegungen zu sozialen Innovationen. Ein mit handlungstheoretischen Überlegungen kompatibles und in der Literatur viel beachtetes Verständnis legen Howaldt/Schwarz (2010) dar. Für sie ist eine soziale Innovation …

> *„(…) eine von bestimmten Akteuren bzw. Akteurskonstellationen ausgehende intentionale, zielgerichtete Neukonfiguration sozialer Praktiken in bestimmten Handlungsfeldern bzw. sozialen Kontexten, mit dem Ziel, Probleme oder Bedürfnisse besser zu lösen bzw. zu befriedigen, als dies auf der Grundlage etablierter Praktiken möglich ist." (ebd.: 89)*

Die Autoren heben damit den Aspekt des *Besseren* im Vergleich zu etwas Etabliertem bzw. Gewohntem hervor. Dies ist elementar für das Verständnis von Innovationen im Allgemeinen und für jenes zu sozialen Innovationen im Speziellen (u.a. Zapf 1989: 174).[25] Umstritten ist, wieviel besser das Neue sein muss und welche Kriterien hierfür angesetzt werden (vgl. Gillwald 2000: 8). Unterschiedliche Auffassungen herrschen zudem darüber, inwieweit alle davon Betroffenen von einer Besserstellung profitieren. Die normative Setzung *besser* impliziert ein *besser* für alle. Dass soziale Innovationen auch Verschlechterungen mit sich bringen oder zulasten Dritter gehen können, findet in der Konzeption – wenn überhaupt – nur beiläufig Beachtung

[24] Mit ganz ähnlichen inhaltlichen Komponenten werden in der englischsprachigen Literatur auch die Begriffe „Community Enterprises" (u.a. Somerville/McElwee 2011; Tracey et al. 2005), „Community-Based Enterprises" (u.a. Soviana 2015; Peredo/Chrisman 2006) und „Community Ventures" (Vestrum/Rasmussen 2013) diskutiert. Scharfe Trennlinien lassen sich dabei nicht ziehen. Mitunter werden die Begriffe auch synonym verwendet (vgl. Soviana 2015). Auf eine Ausleuchtung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede soll an dieser Stelle verzichtet werden.

[25] Daraus schöpfen soziale Innovationen im Übrigen auch ihre Attraktivität im gesellschaftspolitischen Diskurs. Etwas *Besseres* abzulehnen erscheint offenkundig wenig Sinn zu ergeben.

(kritisch dazu u.a. Barlösius et al. 2008: 160). Allerdings erscheint dieser Aspekt aus zwei Gesichtspunkten berücksichtigungswürdig.

Erstens mündet eine intendierte Verbesserung nicht notwendigerweise in eine tatsächliche Verbesserung. So heben zahlreichen Publikationen zu sozialen Innovationen hervor, dass es darum geht, Neues zu wagen (u.a. IRS o.J.: 30), mit neuen Ideen zu experimentieren oder zu „tüfteln" (Biniok/Selke 2018: 183). Angedeutet wird damit, dass es sich um einen ergebnisoffenen Prozess handelt und exakte Vorhersagen des Verlaufes wie auch des Ausganges nicht geleistet werden können. Für die Implementierung ist ein hohes Maß an Mut und Wagnisbereitschaft erforderlich, dem stets ein Risiko für Fehlschläge und Misserfolge anhaftet. Es besteht also eine gewisse Handlungsunsicherheit. Intendierte Handlungsziele und tatsächliche Resultate können voneinander abweichen. Mit zunehmender Komplexität der (sozialen) Welt steigt die Ungewissheit, ein angestrebtes Handlungsziel auch zu verwirklichen. Parallel steigt das Risiko des Scheiterns. Beckert (2009: 8) gibt, ohne in seiner Argumentation auf soziale Innovationen zu rekurrieren, zu bedenken, dass Menschen nicht imstande sind, alle einer Handlungssituation inhärenten Informationen zu überblicken und so zu verarbeiten, um daraus die für sie besten Entscheidungen zu treffen (auch Wiesenthal 2009: 29; Simon 1972).

Und zweitens, und dies trifft insbesondere in einer multikausalen Welt zu, kann die neue Praxis der Akteure bzw. Akteurskonstellation für dabei nicht bedachte Personen, Gruppen oder Organisationen folgenreich sein. Schimank (2009: 83) spricht von einem „immer grenzenloseren Horizont der Folgenberücksichtigung". Dadurch, dass die tatsächlichen Folgen von den Handelnden vorher kaum vorhersagbar sind (s.o.), können (wenngleich nicht intendiert) daraus gravierende Konsequenzen für andere resultieren und diese unter Umständen schlechter stellen als zuvor. *Besser* kann dabei unter ganz unterschiedlichen Gesichtspunkten bewertet werden. Interessanterweise gibt Gillwald (2000) den in der Bundesrepublik umgesetzten Gemeindegebietsreformen das Prädikat, eine soziale Innovation gewesen zu sein, da sie die Verwaltungen wirtschaftlicher und wirksamer gemacht hätten (ebd.: 30). Dass mit entsprechenden Reformen allerdings nicht für alle Orte eine Besserstellung einherging, kann in Kapitel 2.2 nachvollzogen werden.

Besser ist ein relationaler Begriff. Er impliziert, dass eine Verbesserung im Vergleich zu einem früheren Zeitpunkt oder einem zurückliegenden Zeitabschnitt angestrebt wird. Denkbar ist allerdings auch, und dies bleibt in der Literatur zu sozialen Innovationen vernachlässigt, dass die Hinwendung zu einer neuen sozialen Praxis bzw. Organisationsform auch darin begründet liegen kann, dass die Handelnden bestehende Verhältnisse oder Zustände wahren oder auf ein bekanntes Niveau zurückführen wollen, da sich diese im Vergleich zur Vergangenheit verschlechtert haben, gegenwärtig verschlechtern oder sich eine zukünftige Verschlechterung abzeichnet (vgl. Fink et al. 2017). Dieser Gedanke erscheint gerade im Hinblick auf soziale Innovationen in ländlich-peripheren Räumen als besonders beachtungswürdig, sofern sich das aufzubauende Neue in Bereichen von Infrastruktur und Daseinsvorsorge bewegt, die, wie in Kapitel 2.2 und 2.3 dargelegt, vielerorts nicht mehr vorhanden oder nur noch eingeschränkt funktionsfähig sind.

Darüber hinaus ist es auch denkbar, dass Verhältnisse oder Zustände unverändert sind und auch absehbar unverändert bleiben, aber Akteure dennoch einen Antrieb zum Initiativ-Werden verspüren, da sich bspw. die eigenen Ansprüche verschoben oder anderweitige Orientierungen das Anspruchsniveau heraufgesetzt haben (vgl. Wiesenthal 2009: 42). Abstrahiert auf raumbezogene Sachverhalte kann die Wahrnehmung, dass etwas fehlt oder als verbesserungswürdig eingestuft wird, entweder im Lokalen verortet sein oder durch Vergleiche zu anderen Orten hervorgerufen werden. Gerade Letzteres erscheint in einer vernetzten Welt, die multiple Orientierungen erlaubt, relevant.

Wirken in Akteurskonstellationen

In der Literatur zu sozialen Innovationen hat sich ein Verständnis etabliert, dass diese nicht durch Einzelakteure hervorgebracht und durchgesetzt werden können (u.a. Noack 2015).[26] Damit wird nicht grundsätzlich die Bedeutung einzelner Schlüsselakteure in Abrede gestellt (vgl. Gailing/Ibert 2016; Christmann 2014), allerdings werden zwei Aspekte hervorgehoben: Erstens werden soziale Innovationen häufig in Gruppen, Praktikgemeinschaften oder Netzwerken entwickelt (Christmann 2011: 194; auch Müller/Ibert 2014 zu Innovationen im Allgemeinen). Sie treten also durch das gemeinsame Handeln mehrerer Akteure hervor. Die Beiträge können dabei unterschiedlich ausfallen und durch spezifische Rollen, und damit verbundenen Erwartungen, beeinflusst werden. Und zweitens sind es soziale Umwelten, die in hohem Maße die Um- und Durchsetzungschancen sozialer Innovationen erhöhen – oder auch eindämmen. Dies erscheint bereits aus dem Grund schlüssig, da bei der Neukonfiguration sozialer Praktiken das Neue immer auch auf den Zuspruch und die Akzeptanz der dabei adressierten bzw. betroffenen Menschen angewiesen ist (vgl. Howaldt/Schwarz 2010: 93). Gerade wenn es darum geht, gesellschaftliche Bedürfnisse besser zu befriedigen, ist davon auszugehen, dass hierfür eine große Bandbreite an Akteuren zu berücksichtigen ist. In diesem Zusammenhang spielt auch der Austausch von Wissen und Erfahrungen eine wichtige Rolle, um einerseits Probleme und Missstände zunächst als solche zu erkennen, andererseits aber auch, um bedarfsgerechte Lösungen zu entwickeln und zu implementieren (u.a. Neumeier 2017; Ziegler 2017).

Durchsetzen gegen Widerstände

Indem das Neue in die Welt tritt, ruft es Konkurrenz und Konflikte mit dem Bestehenden hervor (Howaldt/Schwarz 2010: 94). Gleichgewichte geraten ins Wanken. Das Neue stellt den bisherigen Konsens infrage und lässt etablierte Handlungsroutinen und tradierte Gewohnheitsmuster als überholt erscheinen.[27] Allerdings löst das Neue nicht abrupt das Bestehende ab, sondern

[26] Davon zeugt auch, dass das von Moulaert et al. (2013) herausgegebene „International Handbook on Social Innovation" im Untertitel den Begriff „Collective Action" trägt.

[27] Wichtige Vorläufer für diese Überlegungen bilden die Arbeiten von Joseph Alois Schumpeter. Er zeichnet das Bild des risikoaffinen Unternehmers, der sich dadurch auszeichnet, dass er Ideen nicht nur entwickelt, sondern diese gegen Widerstände in einem Prozess der „schöpferischen Zerstörung" auch durchsetzt und damit gesellschaftliche Umbrüche einleitet. Der Unternehmer unterscheidet sich einerseits vom Erfinder, dessen Aufgabe primär darin besteht, Neues zu entwickeln. Und andererseits unterscheidet sich der Unternehmer vom Manager, der sich im Wesentlichen damit auseinandersetzt, Bestehendes im Rahmen etablierter gesellschaftlicher Strukturen umzusetzen (Schumpeter 2018 [1947]: 113-119).

beide Praktiken bestehen (zunächst) parallel und ringen um Deutungshoheit und Anerkennung. Dabei können die Beharrungskräfte zugunsten des Bestehenden wirkmächtig sein und eine Durchsetzung des Neuen ausbremsen oder gänzlich blockieren. Die Ursachen für solche Beharrungskräfte sind vielfältig. Sie können auf fehlendem Wissen und Unkenntnis über das komplexe Neue beruhen. Auch Zweifel über dessen Wirksamkeit können kraftvoll sein. Da das Neue Bestehendes in Frage stellt, trägt es auch das Potenzial, dass sich die Verfechter des Bestehenden herausgefordert sehen. Das Durchsetzen ist somit tendenziell konfliktgeladen. Aktives Gegensteuern gegen das Neue und Tätigwerden zur Aufrechterhaltung des Status quo können Folge sein und die Durchsetzungsfähigkeit des Neuen konterkarieren (vgl. Kerka et al. 2012).

Solche Widerständigkeiten wurden in einigen wirtschaftsgeografischen Studien (insbesondere auf regionaler Ebene) empirisch bestätigt. Zu nennen sind hier die Arbeiten zum Strukturwandel im Ruhrgebiet. Grabher (1993) legt dar, wie langjährig etablierte politisch-institutionelle Kräfte ein Klima des Bewahrens schufen, anstatt die Region für neue Ideen und Handlungsansätze zu öffnen. Sperber (2009) spitzt eine solche Blockadehaltung zu und spricht von einer „Selbstperipherisierung“ als „bedeutsames Phänomen, durch das Regionen mit Entwicklungsdefiziten ihre noch vorhandenen Potenziale verlieren und das innovationsfeindliche Milieus entstehen lässt“ (ebd.: 64). Solche *innovationsfeindlichen* Milieus können dadurch charakterisiert werden, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Neuen und seinen Potenzialen erst gar nicht stattfindet, sondern diesem kategorisch Skepsis bis Ablehnung entgegenschlägt. Sie führen zu Misstrauen und dazu, dass sich Akteure mit (vermeintlich) negativen Entwicklungen arrangieren, anstatt neue Wege zu beschreiten. Neue Ansätze haben es in einem solchen Klima schwer, sich gegen dominierende Paradigmen, Normen und Routinen durchzusetzen und Rückhalt von institutionellen Akteuren zu erhalten, wie Lang (2011: 249) am Beispiel des industriell geprägten Schwedt in Brandenburg nachvollzieht.

Soziale Innovationen als Neukonfiguration von Ressourcen

In der Literatur zu sozialen Innovationen wird hervorgehoben, dass es nicht nur darum geht, neue Ideen zu entwickeln, sondern auch darum, diese mit materiellen und immateriellen Ressourcen auszustatten und ihr einen organisatorischen Unterbau zu geben (Howaldt et al. 2015; Christmann 2011). In diesem Zusammenhang hat sich ein Verständnis durchgesetzt, dass innovativ nicht zwangsläufig meint, etwas ‚absolut‘ Neuartiges zu schaffen. Vielmehr können soziale Innovationen auch einen inkrementellen Charakter haben, indem sie bereits Existierendes optimieren oder weiterentwickeln (vgl. Kundolf et al. 2016: i). Christmann (2019: 236 und 2011: 197) betont, dass das Innovative häufig darin besteht, vorhandene Ressourcen und vertraute Elemente neu zu kombinieren und produktiv in Gang zu setzen, um bereits Bekanntes effizienter hervorzubringen. Nicht selten werden dabei traditionelle und neue Elemente miteinander kombiniert. Bezugnehmend auf multifunktionale Dorfläden neuerer Art spricht Christmann (2015: 7) von einer „Retro-Innovation“.

Diffusion

Eine soziale Innovation wird erst dann zu einer solchen, wenn das Neue nicht in einem spezifischen (z.B. kleinräumigen) Kontext haften bleibt, sondern von Außenstehenden als neuartig und vor allem nachahmenswert erkannt und ihm ein innovativer Charakter zugeschrieben wird (Zapf 1989: 177). Durch den Erfolg wird die Idee für andere sichtbar und erzeugt Nachahmungseffekte. Ein wichtiges Unterscheidungskriterium von sozialen Innovationen gegenüber Innovationen in marktwirtschaftlichen Feldern besteht nun darin, dass es nicht darum geht, Informationen über eine erfolgreich erprobte Idee oder eine neue Organisationsform gegenüber potenziellen Nachahmerinnen zu verbergen oder abzuschirmen. Erfolgreich Erprobtes wird entweder von den Praktizierenden selbst weitergetragen oder von anderen Akteuren, die vor ähnlichen Problemen stehen, aufgenommen und adaptiert. Der Transfer kann dabei auch ohne direkte Interaktion zwischen Urheberin und Nachahmerin erfolgen, bspw. über mediale Berichterstattung (vgl. Rabadjieva/Butzin 2019). Im Zeitverlauf kristallisieren sich institutionalisierte Strukturen heraus, die dazu beitragen, dass die soziale Innovation auch in anderen gesellschaftlichen und räumlichen Kontexten Anwendung findet. Durch die Diffusion und weitreichende Etablierung verliert die Innovation im Zeitverlauf ihren Charakter des Neuen. Sie hat sich zum neuen gesellschaftlichen Standard manifestiert (Christmann 2011: 199f.; Howaldt/Schwarz 2010: 93). Dieser Gedanke wird in Kapitel 3.5 noch einmal aufgegriffen.

Wie die Ausführungen deutlich machen, treten soziale Innovationen somit in zweifacher Hinsicht verräumlicht in Erscheinung. Erstens weisen sie als veränderte soziale Praxis in der Regel einen engen Raumbezug auf. Und zweitens tragen soziale Innovationen einen multiskalaren Charakter. Von der lokalen Ebene diffundieren sie in übergeordnete Strukturen und von dort aus wiederum in andere lokale Kontexte.

3.3 Sozialgenossenschaftliche Initiativen und Raumveränderung

Betrachtet man sozialgenossenschaftliche Initiativen aus dem Blickwinkel sozialer Innovationen, als Ausdruck einer absichtsvollen Neuorganisation im Raum, so drängt sich damit unweigerlich die Frage auf, welche Art Besserstellung oder zumindest Veränderung von Raum die Handelnden mit ihrem Tun beabsichtigen. Die Frage rückt in den Mittelpunkt, ob es darum geht, bestehende Verhältnisse grundlegend zu transformieren, die räumliche Verfasstheit auf ein besseres Niveau zu heben, diese wieder auf einen aus der Vergangenheit bekannten Zustand zurück zu bringen oder erwartbar negativen Entwicklungen entgegenzusteuern. Eine solche Differenzierung schließt an die Frage an, ob dem Initiativ-Werden eine aussichtsreiche Gelegenheit (als positive Bestimmung) oder eine Notwendigkeit (als negative Bestimmung) zugrunde lag. Hilfreich für diese Überlegung erweist sich die Konzeption des Spacings (nach Keim 2009). Darunter fasst der Autor …

> *„(…) alle Bestrebungen (..), die raumrelevante Akteure für eine inszenierte Raumbildung ergreifen, wobei mit der Art der Raumbildung in aller Regel die Absicht verbunden wird, eine funktional unzureichende räumliche Organisation zu verbessern oder sie nach eigenen Interessen umzuändern. (…) Mit Spacing soll etwas Zusätzliches, ein besonderes Gewicht, eine Nutzungsänderung, eine symbolische Botschaft, eine Inklusion bzw. Exklusion, eine Raumkorrektur*

> *erzielt werden. Andere mögliche Absichten rein individueller Natur des handelnden Akteurs treten in den Hintergrund." (Keim 2009: 7)*[28]

Nach diesem Verständnis kann Initiativ-Werden durch eine Hoffnung bzw. Erwartung angeregt werden, etwas Zusätzliches zu schaffen. Gelegenheiten können kurzfristiger Art sein, indem sie bspw. versprechen, Bedürfnisse im ‚Hier und Jetzt' zu befriedigen. Gelegenheiten können aber auch langfristiger Art sein, indem Akteure Anstrengungen zugunsten einer aussichtsreichen Zukunftsperspektive in Kauf nehmen.

Der Debatte um sogenannte Raumpioniere ist der Aspekt der Gelegenheit immanent. Unter Raumpionieren werden Personen oder Personengruppen (aus zumeist urbanen Milieus) verstanden, die in ländlich-peripheren Räumen Potenziale erkennen, ihre Ideen oder ganze Lebensentwürfe zu verwirklichen. Für gewöhnlich so verstandene Mängel (wie Leerstand oder Schrumpfung) bieten ihnen gerade die Voraussetzungen (wie kostengünstige Räumlichkeiten), um unkonventionelle Ideen zu erproben oder neue Organisationsmodelle zu entwerfen (vgl. Dehne 2013b; Faber/Oswalt 2013). Gerade Räume, die unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr verwertungsträchtig sind, bieten ihnen Nischen und Ansatzpunkte für Ideen fernab marktlicher Verwertungslogiken. Da sie dort agieren, wo für konventionelle Akteure keine Anreize (mehr) bestehen, sind sie folglich auch einem geringeren ökonomischen Konkurrenzdruck ausgesetzt. Vermeintliche Krisenräume werden von Raumpionieren zu „Möglichkeitsräumen" (Matthiesen 2013) umgedeutet.[29]

Ein in der Literatur zu sozialgenossenschaftlichen Initiativen verbreitetes Argument lautet, dass die Gründerinnen von der Intention geleitet werden, Wirtschaft von globalen (kaum überblick- und beeinflussbaren) Verstrickungen zu lösen und wirtschaftliche Entwicklung in lokale und regionale Zusammenhänge zurückzubetten (u.a. Elsen 2017; 2012; auch Blome-Drees 2017a). Elsen (2017: 136) schließt dabei dezidiert an Überlegungen des ungarischen Wirtschaftshistorikers Karl Polanyi (2001) [1944] an. In seinem Hauptwerk „The Great Transformation" diagnostiziert er eine Entkopplung des wirtschaftlichen Geschehens aus gesellschaftlichen und ökologischen Zusammenhängen.[30] Am Beispiel des sich industrialisierenden Englands zeichnet er nach, wie Marktmechanismen umfassend Einzug in weite Teile des gesellschaftlichen Lebens gehalten haben. Dabei handelte es sich nicht, und darauf legt Polanyi unmissverständlich Wert, um einen quasi-natürlichen Prozess. Vielmehr sei dieser politisch aktiv vorangetrieben worden.

---

[28] Auch die Raumsoziologin Martina Löw verwendet den Begriff des Spacings (u.a. Löw 2007: 97). Sie fasst darunter das „Errichten, Bauen oder Positionieren" von Gütern (ebd.). Keim (2009: 7) legt ein umfassenderes Verständnis von Spacing zugrunde, welches das Schaffen eines raumbezogenen Institutionengefüges durch die raumbildenden Akteure einschließt.

[29] Die Debatte zu Raumpionieren wurde in den vergangenen Jahren erweitert. Das ursprüngliche Verständnis umschloss in erster Linie Kreative, die in ländliche Räume zugezogen sind. In einigen jüngeren Arbeiten wurde der Zuzugsaspekt zurückgestellt und der Schwerpunkt auf das Einbringen und Umsetzen neuer Ideen gesetzt. Auch bereits vor Ort wohnhafte Menschen können demnach zu Raumpionieren avancieren (Kennel et al. 2014: 27; Christmann/Jähnke 2011). Manche Autorinnen lösen sich von der Fixierung auf ländliche Räume und untersuchen das Wirken von urbanen Raumpionieren (u.a. Noack 2015; Christmann 2013).

[30] Mit Polanyi (2001) [1944] werden häufig die Begriffe „embeddedness" und „disembeddedness" in Verbindung gebracht (u.a. Neckel 2005: 200). Der Begriff „embeddedness" wurde später durch den Wirtschaftssoziologen Mark S. Granovetter (1985) mit abweichenden Inhalten gefüllt. Ihm ging es darum, die Bedeutung der Einbettung wirtschaftlicher Akteure in soziale Netzwerke zu diskutieren. Die Werke von Polanyi und Granovetter stehen in keinem unmittelbaren inhaltlichen Zusammenhang.

Im Zuge der dabei hervortretenden Marktgesellschaft habe sich das individuelle Streben nach Eigentum und ‚Mehr' als strukturierendes Prinzip des gesellschaftlichen Zusammenlebens durchgesetzt und damit bisherige Regeln und Sozialnormen unterhöhlt. Die Durchsetzung von Marktlogiken (wie ökonomische Effizienz) gefährde, so Polanyi weiter, das gesamtgesellschaftliche Gefüge mitsamt seiner ökologischen Grundlage (ebd.: insbesondere 187-200). Angesichts dieser Bedrohungslage plädiert er dafür, das Verhältnis von Staat, Markt und Gesellschaft neu zu justieren und ökonomische Sachverhalte in gesellschaftliche und ökologische Zusammenhänge zurückzubetten. Unter dem Dach der Ökonomie vereint er nicht nur formale Organisationen, sondern hebt in besonderem Maße die Bedeutung von Aktivitäten außerhalb des Marktes wie informelle Unterstützungspraktiken zur Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse hervor (Polanyi 1971; dazu auch Peck 2013).

Sozialgenossenschaftliche Initiativen treten, so die argumentative Anschlussstelle, aus einem Wertewandel oder auch als Alternative „gegen die sich durchsetzenden kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten" hervor (Schröder/Walk 2014: 18). Entsprechende Initiativen intendieren nach Elsen (2017: 161) eine „Rückbettung ökonomischer Handlungsvollzüge in territoriale und soziale Zusammenhänge". Unüberschaubare Weltzusammenhänge und die Krisenanfälligkeit der globalisierten Ökonomie bilden einen guten Nährboden, neue Pfade zu betreten. Menschen wenden sich alternativen Organisationsformen zu und begeben sich von der Rolle der Konsumentin in die der Mitproduzentin – und bauen etwa Initiativen solidarischer Landwirtschaft auf (Blättel-Mink et al. 2017; kritisch dazu Weiler et al. 2016). Zu diesen Neuorientierungen haben nicht zuletzt die vielschichtigen Krisenerscheinungen beigetragen, auf die offenkundig sowohl der Markt wie auch staatliche Akteure keine nachhaltigen Antworten bereithalten. Globale Krisenerscheinungen verlangen nach kleinräumigen Lösungsansätzen, in denen soziale, kulturelle und ökologische Belange in Einklang mit wirtschaftlicher Gestaltung stehen. Insbesondere wachstums- und globalisierungskritischen Arbeiten liegen solche Gedanken zugrunde (u.a. Johanisova et al. 2013). Paech (2012: 114-117) etwa plädiert für eine „Ökonomie der Nähe", in der Produktion und Konsum räumlich wieder näher zusammengeführt und ressourcenschonend in engen Wirtschaftskreisläufen gestrickt werden. Krisenhafte Entwicklungen im Globalen ziehen eine Suche nach Alternativen im Regionalen bzw. Lokalen nach sich, die sich nun nicht mehr an der allgemeinen Wachstumsdoktrin orientieren müssen und die sich durch eine größere Unabhängigkeit und Handlungsautonomie auszeichnen. Kratzwald (2012: 82) sieht in genossenschaftlichen Initiativen eine „aktive Aneignung von Prozessen durch die Nutzer selbst, (…) und dass Menschen die Kontrolle über ihre Lebensbedingungen einfordern und dafür Verantwortung übernehmen".

Der Aufbau sozialgenossenschaftlicher Initiativen kann allerdings auch einer genau umgekehrten Logik entspringen. Globale Entwicklungen finden als extern induzierte Störungen ihren Niederschlag in regionalen und lokalen Missständen. Diese werden für die Menschen vor Ort unmittelbar spürbar und fordern es heraus, nach neuen Lösungsansätzen zu suchen bzw. sich gegenüber neuen Ideen zu öffnen. Das Initiativ-Werden liegt dann weniger im Einfordern von Kontrolle begründet, sondern vielmehr stellt es eine erforderliche Reaktion auf sich verschlechternde Lebensbedingungen dar. Oder anders: Das Initiativ-Werden beruht dann nicht auf der Intention, einen alternativen Entwicklungspfad zu betreten oder eine gesamtgesellschaftliche

Transformation einzuleiten. Stattdessen geht es darum, einem durch krisenhafte Entwicklungen freigesetzten Problemdruck zu begegnen bzw. einer existenziellen Bedrohungslage entgegenzutreten. Aus einem Problemdruck resultiert dann ein „Innovationsdruck“ (Barlösius et al. 2008: 162). Virulent wird dies vor allem dann, wenn bisherige marktwirtschaftliche und/oder staatliche Kräfte nicht mehr oder nur noch unzureichend agieren, da es weder Geld noch Macht zu erlangen gibt (vgl. Evers 2002: 73). Einige Publikationen verweisen darauf, dass solche herausfordernden Kräfte durchaus ernst zu nehmen sind. Willersinn et al. (2015: 48) gelangten auf Grundlage von Experteninterviews zu dem Ergebnis, dass Genossenschaften in ländlichen Räumen „meistens dort entstehen, wo sich Bedarfslücken auftun“. Auf Ähnliches weist Birkhölzer (2011) hin. Er erkennt eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass zu ökonomischer Selbsthilfe gegriffen wird, „wenn die Akteure die Realisierung ihrer Zielsetzungen nicht oder nicht mehr ausschließlich von anderen erwarten“ (ebd.: 30). Bezugnehmend auf soziale Innovationen sehen Howaldt/Schwarz (2010: 93) die Chancen zur Entfaltung in solchen Bereichen und Räumen am größten, in denen bisherige Institutionen nicht (mehr) oder nur noch unzureichend wirken oder bei der Bewältigung spezifischer Herausforderungen und Probleme an ihre Grenzen stoßen. Christmann (2011: 205) hält dahingehend fest: „Entscheidend für die Entwicklung einer innovativen Idee sind oft lokale und regionale Problemlagen, die gewissermaßen den Impuls dafür geben, nach Lösungsansätzen zu suchen.“ Aus einem solchen Verständnis heraus ist Initiativ-Werden dann wahrscheinlich, wenn Subjekte Brüchen ausgesetzt sind und diese sie zu einer Reaktion herausfordern (vgl. Beckert 2009: 8; auch Steinführer 2014 et al.: 351).

3.4 Sozialkapital als Ressource zur Erweiterung örtlicher Handlungsspielräume

Nachdem das vorangegangene Teilkapitel die Veränderung von Raum als Ziel sozialgenossenschaftlichen Initiativ-Werdens thematisiert hat, wendet sich dieses Teilkapitel der Frage zu, inwieweit Raum als fruchtbare Ressource für Wandlungsprozesse erschlossen werden kann. Hierfür wird auf Sozialkapital-Konzeptionen rekurriert. Sozialkapital ist bedeutsam, wenn es um die Entwicklung und Implementierung sozialgenossenschaftlicher und community-getragener Initiativen in lokalen Zusammenhängen geht (u.a. Lumpkin et al. 2018: 29; Pestoff 2017; Peredo/Chrisman 2006; Moulaert/Nussbaumer 2005: 2083f.). Dieses Argument ist in der Literatur weitverbreitet und wird im Folgenden diskutiert.

Zur Konzeption des Sozialkapitals

Sozialkapital hat sich als Schlüsselbegriff der sozialwissenschaftlichen Forschung etabliert und dabei eine erhebliche konzeptionelle Vielfalt entwickelt (Überblicke liefern Bohle 2005 und Portes 2000). Eine viel beachtete Sozialkapital-Konzeption, welche sich als besonders fruchtbar für das Verständnis sozialgenossenschaftlicher Initiativen erweist, geht auf Robert D. Putnam

zurück.[31] Er hebt die Bedeutung von Sozialkapital vor dem Hintergrund sich zunehmend ausdifferenzierender, pluralistischer und multioptionaler Gesellschaftsverhältnisse hervor. Sozialkapital dient nach Putnam der Verwirklichung gemeinsamer Ziele, wobei er dies, in Abkehr zu Coleman, nicht in ökonomischen, sondern vor allem in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen denkt. Unter Sozialkapital subsummiert er gemeinsame Normen, Vertrauen und soziale Netzwerke, die Reziprozität und Gegenseitigkeit stiften und ganz wesentlich das zivilgesellschaftliche Leistungsvermögen prägen. In Sozialkapital erkennt er eine Ressource, das gemeinschaftliche Handlungsspielräume erweitern und zu kollektivem Handeln befähigen kann (Putnam 1993; auch Putnam 2000: 288f.). Konstitutiv für Sozialkapital ist, dass es nicht in der Verfügungsgewalt eines isolierten Subjektes liegt, sondern stets erst in seiner Beziehungshaftigkeit wirksam wird. Es entsteht durch Interaktion und Kommunikation. Um Sozialkapital zu produzieren und aufrechtzuerhalten, ist Pflege erforderlich. Darin besteht nun eine besondere Eigenschaft von Sozialkapital. Es schwindet nicht durch dessen Gebrauch, sondern das Gegenteil ist der Fall: Wird es nicht regelmäßig und wiederkehrend genutzt und gepflegt, erodiert es im Zeitverlauf (Ostrom/Ahn 2003: 37). Der Aufbau und die Reproduktion von Sozialkapital stellt durch die Notwendigkeit wiederholter Interaktionen einen tendenziell zeitintensiven Prozess dar (vgl. Bohle 2005: 69). Sehr viel schneller kann hingegen die Erosion vonstattengehen, wenn etwa Vertrauen hintergangen wird und Reziprozitäten kollabieren. Aber auch systemische Brüche können zum Schwinden führen, wie Laschewski (2009) am Beispiel des Rückgangs von Sozialkapital in den Nachwendejahre der neuen Bundesländer herausgearbeitet hat.

Lokales Sozialkapital

Putnams‘ Sozialkapital-Ansatz wurde in den Sozialwissenschaften breit rezipiert und erhielt insbesondere im Hinblick auf Fragen der Quartiers- und Nachbarschaftsentwicklung große Aufmerksamkeit (u.a. Brauer 2015; Kay 2006; Schnur 2003; Flora 1998). Die Attraktivität des Ansatzes für raumbezogene Fragestellungen und eine „lokalisierte Perspektive“ (Haus 2002: 15) mag dabei nicht verwundern, bedenkt man, dass Sozialkapital erst durch regelmäßige Interaktionen geschaffen und aufrechterhalten wird. Da Interaktionen überwiegend auf persönlichen Begegnungen beruhen, erscheint es durchaus nachvollziehbar, sich der Produktion und der Reproduktion von Sozialkapital aus eben einer solchen lokalisierten Perspektive zuzuwenden. Mit Blick auf die Frage, warum Sozialkapital im Lokalen eine besondere Kraft entfaltet, lassen sich verschiedene Argumente heranziehen.

[31] An dieser Stelle sei nur kurz auf zwei weitere Konzeptionsstränge hingewiesen. Eine weitreichend rezipierte Konzeption hat der Sozialwissenschaftler Pierre Bourdieu entwickelt. In seinen Arbeiten zu gesellschaftlichen Ungleichheiten diagnostiziert er, dass die Verfügungsgewalt über Kapital die entscheidende Rolle spielt, warum Menschen machtvolle gesellschaftliche Positionen einnehmen, wohingegen anderen diese verwehrt bleiben. Dabei unterscheidet er zwischen ökonomischem, kulturellem, symbolischem und eben sozialem Kapital. Diese Kapitalien stellen Ressourcen dar, die die Handlungsspielräume erweitern, die Position von Subjekten und sozialen Gruppen in der Gesellschaft stärken und so gesellschaftliche Differenzen zementieren (vgl. Bourdieu 1983). Anders lagert das Verständnis von James S. Coleman. Zwar sieht auch er den Nutzen von Sozialkapital beim Subjekt. Gleichwohl nimmt er keine gesellschaftstheoretische Perspektive ein, sondern stellt die funktionale und wirtschaftliche Bedeutung für das Handeln heraus. Sozialkapital kann dem Subjekt marktbezogene Möglichkeiten und unternehmerische Gelegenheiten eröffnen, die ihm sonst verschlossen blieben (vgl. Coleman 1988).

Hilfreich erscheint zum einen das „Gesetz des Wiedersehens“ von Niklas Luhmann (Luhmann 1973: 39; auch Schnur/Günter 2003: 408). Dieses Gesetz wirkt vor allem in überschaubaren, dauerhaft angelegten sozialen Zusammenhängen. Wenn Subjekte damit rechnen können, sich wieder und wiederkehrend zu begegnen, entsteht daraus eine Reziprozitätsbeziehung. Jemandem einen Gefallen zu tun oder Hilfe zu leisten ist dann nicht einseitiger Art, sondern verlangt dem Hilfeadressaten eine Verpflichtung ab, dass er zu einem späteren Zeitpunkt bei gegebenem Anlass anstandslos ebenso Hilfe leistet. Mit geleisteter Hilfe geht eine Anwartschaft für den Empfang von Hilfe zu einem zukünftigen Zeitpunkt einher und stellt somit eine Zukunftsinvestition dar. Die Neigung zu opportunistischem Verhalten (des Nicht-Helfens) schwindet durch die gegenseitige Beobachtbarkeit und in Kenntnis, für ein solches sanktioniert (sei es auch ‚nur‘ moralischer Art) werden zu können. Durch die Verortung des Einzelnen in einem überschaubaren sozialen Nahraum wird dieser gewissermaßen einer sozialen Kontrolle unterworfen, zugunsten eines Gewinns an Erwartungssicherheit an das Handeln der Anderen im Sozialgefüge (vgl. Luhmann 1973: 39). In größeren (tendenziell anonymeren) sozialen Zusammenhängen laufen Subjekte hingegen weniger Gefahr wiederkehrender Begegnungen. Dieser Argumentation folgend kann angenommen werden, dass die Bereitschaft zu gemeinschaftsorientiertem Handeln besonders ausgeprägt ist, wenn die Subjekte ein Bewusstsein teilen, dass sie eine gemeinsame Zukunft vor Ort haben – und sich eben wiedersehen.

Eine solche negative Bestimmung von lokalem Sozialkapital (Nachbarschaften als potenzielle Restriktionsinstanz bei Normverletzung) ist zu unterscheiden von einer positiven Bestimmung. Schnur/Günter (2014) argumentieren, dass lokales Sozialkapital einen kollektiven Nutzen entfaltet, indem es Bewohnerinnen in die Lage versetzt, „gemeinsame Artikulationsmöglichkeiten und organisationale Kapazitäten aufzubauen, um selbstbestimmt (kollektive) Ressourcen aus dem Wohnquartier zu akquirieren“ (ebd.: 406). Auf die ermöglichende Bedeutung lokalen Sozialkapitals im Kontext gemeinschaftsbezogenen Handelns verweisen auch die Arbeiten der sogenannten Bloomington School um die amerikanische Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom. Sie hat sich der Frage gewidmet, wie die Produktion und Bewirtschaftung von Gemeinschaftsgütern auf lokaler Ebene gelingen kann. In zahlreichen Studien (vor allem zu sozialökologischen Systemen) konnte sie zeigen, dass wiederholte Interaktionen in vertrauensvollen sozialen Zusammenhängen dazu beitragen, informelle Regeln zu erzeugen und so zu festigen, dass sie einen verbindlichen Charakter entfalten, Erwartungssicherheit schaffen und zu gelingenden Kooperationen beitragen (u.a. Ostrom 1996; auch Ostrom/Ahn 2003).

Eine wichtige Rolle in den Arbeiten von Ostrom spielt Lernen. Sie geht davon aus, dass die an der Produktion von Gemeingütern beteiligten Akteure „lernen können, wem sie vertrauen sollen, welche Wirkungen ihre Handlungen aufeinander und auf die Ressource haben werden und wie sie sich zu ihrem Nutzen und zur Vermeidung von Schaden organisieren sollen" (Ostrom 1990: 18f.; zitiert nach Ostrom/Ahn 2003: 42). Die Genese von Sozialkapital stellt demnach ein Lernprozess dar, bei dem Subjekte einen Erfahrungsschatz im Umgang mit ihrer sozialen Umwelt anreichern. Angereichert wird neben Vertrauen in Reziprozitätsbeziehungen ebenso das Wissen über Raum sowie in die Fähigkeiten der Akteurinnen im Raum, welches zu geeigneter Zeit nutzbar gemacht werden kann, wenn es bspw. um den Aufbau einer Organisation

geht, um lokalen Herausforderungen entgegenzutreten (vgl. Laville/Nyssens 2004: 317-319; auch Majee/Hoyt 2011).

Einschränkende Wirkungen

Gemeinhin wird Sozialkapital im Allgemeinen und im Hinblick auf sein Potenzial für räumliche Gestaltungsprozesse im Speziellen als ermöglichende Ressource thematisiert, die gerade dann zur Lösung spezifischer Herausforderungen beitragen kann, wenn es an anderen Kapitalien mangelt (Ausnahmen z.B. Kasabov 2016; Portes 2000: 15-18). Dies verkennt, dass Sozialkapital auch einschränkend wirken kann. Jansen/Diaz-Bone (2012: 80) weisen darauf hin, dass gerade die dem Sozialkapital inhärente Bindekraft, von Putnam (2000: 22-24) als „bonding social capital" bezeichnet, Misstrauen gegenüber anderen, nicht in diesem sozialen Zusammenhang eingebunden Subjekten stiftet und somit exkludierend wirkt. Zugehörigkeit nach innen kann damit soziale Schließung nach außen auslösen (u.a. Kay 2006: 170; Bohle 2005: 70). Aus der Zugehörigkeit nach innen wiederum können Konformitätserwartungen erwachsen, was abweichendes Verhalten erschwert (vgl. Putnam 2000: 351-363).

Arbeiten aus der sozialwissenschaftlichen Organisations- und Innovationsforschung haben gezeigt, dass gerade enge und starre soziale Beziehungen zum Verschluss gegenüber neuen Ideen führen können, da in entsprechenden Netzwerken häufig redundante Informationen zirkulieren, die bestimmte Vorstellungen der darin eingebundenen Akteure prägen (u.a. Boschma 2005). Aus diesem Grund erweisen sich auch Bestrebungen als wenig zielführend, Ausprägungen des Sozialkapitals innerhalb lokaler Grenzen zu beforschen und diese als exklusive Ausgangspunkte für neue Entwicklungsprozesse zu betrachten. Wird in zahlreichen empirischen Arbeiten zu Sozialkapital die lokale Ebene zumindest implizit als Container gedacht, wonach soziale Beziehungen innerhalb klar absteckbarer räumlicher Grenzen entscheidend dafür sind, gemeinschaftliches Handeln zu arrangieren, heben jüngere Arbeiten die brückenbildende Dimension von sozialem Kapital hervor. Putnam (2000: 22-24) spricht hierbei von „bridging social capital", welches Kooperationen nach außen ermöglicht und neues Wissen nach innen transferiert. Zahlreiche Arbeiten plädieren dafür, die Verbindungen zu externen Akteuren als Erklärungsansatz für raumbezogene Wandlungsprozesse und den Anstoß von Innovationen stärker zu berücksichtigen (u.a. Richter 2017; Esparcia 2017; Farmer/Stephen 2012: 91).

Rolle von Schlüsselakteuren

Wie ausgeführt, entfaltet sich Sozialkapital im Kontext sozialer Beziehungen. Den Menschen, die diese Beziehungen herstellen und aufrechterhalten, wird in diesem Zusammenhang vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit zuteil. Dabei haben einige Arbeiten gezeigt, dass es häufig gerade auf Einzelpersonen ankommt, inwieweit es ihnen gelingt, Vernetzungen zu arrangieren und Beziehungen am Leben zu halten (vgl. Gailing/Ibert 2016). Christmann/Jähnke (2011: 230) haben in ihren Erhebungen zu sozialen Innovativen in Berlin und Hamburg herausgefunden, dass die Anerkennung und Vernetzung der jeweiligen Schlüsselakteure im Quartier wichtige Voraussetzungen bildeten, entsprechende Prozesse zu arrangieren und Akzeptanz für das Neue zu schaffen. Dies gilt nicht nur für die interne Vernetzung (bonding), sondern auch im Hinblick

auf die Vernetzung nach außen, wenn es etwa darum geht, Kontakte zu externen Akteuren herzustellen, diese als Unterstützer zu gewinnen oder Ressourcen von ihnen zu mobilisieren (vgl. Richter 2017; Christmann 2014: 51f.).

Sozialkapital unter Peripherisierungbedingungen

Sozialkapital für sozialgenossenschaftliche Initiativen zu erschließen und nutzbar zu machen erscheint besonders dort wichtig, wo privatwirtschaftliche und staatliche Akteure nur noch unzureichend agieren. Allerdings haben verschiedene Arbeiten besonders aus der Engagement- und Communityforschung nahegelegt, dass ortsbezogene gemeinschaftliche Aktivitäten, die letztlich eine wesentliche Quelle für Sozialkapital darstellen, weniger dort praktiziert werden, wo sie am dringlichsten benötigt werden – also in Räumen, wo wirtschaftliche Strukturschwäche und demografische Schrumpfung zusammentreffen und sich lokale Problemkonstellationen aufschichten (u.a. Williams 2003). Olk/Gensicke (2014: 195) konnten unterdurchschnittlich ausgeprägtes Engagement in den neuen Bundesländern ausmachen. Und Hameister/Tesch-Römer (2018) fanden auf Grundlage von Daten aus dem Deutschen Freiwilligensurvey 2014 heraus: „In Regionen mit einer hohen Arbeitslosenquote ist der Anteil von freiwillig Engagierten deutlich niedriger." Nadler (2017: 515) sieht hierbei ein „geographisches Dilemma". Äquivalent zu Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozessen sind raum-zeitliche Polarisierungen auch im Hinblick auf Sozialkapital zu beobachten. Es wird vor allem dort gesteigert bzw. zentralisiert, wo es bereits ausgeprägt ist. Und umgekehrt: Es wird dort geschwächt, wo es ohnehin bereits schwach ausgeprägt ist (vgl. Haus 2002: 94). Liebmann (2010: 78) wie auch Eigner-Thiel/Harteisen (2017: 91) verweisen in diesem Zusammenhang auf Nachahmungseffekte. Wenn sich Personen aus dem näheren sozialen bzw. familiären Umfeld engagieren, dann lässt man sich eher für Engagement gewinnen, als dies nicht der Fall ist. Da vor Ort wirksame Vereine und Initiativen selbst Institutionen des sozialen Lebens darstellen, können sich auf dieser Grundlage neue gemeinschaftliche Aktivitäten entfalten (vgl. Kennel et al. 2014: 29). Erfolgserlebnisse und daraus resultierende Selbstwirksamkeitserfahrungen geben darüber hinaus Hoffnung, dass auch die nächsten gemeinsamen Projekte erfolgreich bewältigt werden können (Eigner-Thiel/Harteisen 2017: 93).

Evers (2002) als einer der wenigen, der sich aus einer gesellschaftspolitischen Argumentation heraus kritisch mit lokalem Sozialkapital auseinandersetzt, weist darauf hin, dass es irreführend sei, Sozialkapital aus sich heraus erklären und als alleinigen Ausgangspunkt für lokale Veränderungsprozesse kurzfassen zu wollen. Er plädiert dafür, stärker als es für gewöhnlich getan wird, politischen Hintergründen und Strategien überlokaler Ebenen eine stärkere Aufmerksamkeit zu schenken, da diese in hohem Maße strukturierend auf die Genese von Sozialkapital, und dabei insbesondere in seiner lokalisierten Variante, wirken würden (ebd.: 71). In diesem Zusammenhang sind in den vergangenen Jahren, insbesondere in der angelsächsischen Forschung, einige kritische Arbeiten entstanden, die ihren Blick auf staatliche Strategien zur Aktivierung von Sozialkapital und freiwilligem Engagement im Kontext neoliberaler Politiken und wohlfahrtsstaatlicher Neukonfiguration richten (Westwood 2011; Evans/Syrett 2007: 67; Fyfe 2005; Fyfe/Milligan 2003: 408). Daran knüpft das folgende Teilkapitel an.

3.5 Bürgerschaftliche Selbstorganisation und politische Aktivierung

Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen ist das in Kapitel 3.2 aufgespannte Argument, dass eine soziale Innovation erst dann als solche gelten kann, wenn das erfolgreich erprobte Neue in weite gesellschaftliche Zusammenhänge bzw. räumliche Kontexte diffundiert ist. Da es von Außenstehenden als wertvoll und nachahmenswert eingeordnet wird, wenn es bspw. um die Bewältigung spezifischer Krisenerscheinungen oder die Revitalisierung dörflicher Infrastrukturen geht, erfährt das Neue auch in entwicklungspolitischen Zusammenhängen Beachtung (vgl. Bock 2016). Politische Akteure unternehmen Anstrengungen, um entsprechende Ideen auch andernorts zu implementieren. Die Idee erhält im Zeitverlauf einen politisch-institutionellen Unterbau, wird medial in Szene gesetzt, normativ aufgewertet und strahlt weiter aus. Ist die Idee in weiten gesellschaftlichen Teilbereichen eingeführt und etabliert, verliert sie ihren Status als Innovation. Die Idee hat sich damit als neue Norm zementiert. Politische Maßnahmen, die auf eine solche Diffusion abzielen, werden von Temenos/McCann (2013) unter dem Begriff „Policy Mobilities“ diskutiert. Erfolgreich Erprobtes bleibt nicht im Lokalen verhaftet, sondern wird von politischen Entscheidungsträgerinnen übergeordneter politischer Ebenen entdeckt. Letztlich wird die Idee in die politische Agenda eingefasst, in Dokumenten als ‚best practice‘ illustriert, in Förderprogramme überführt und damit die Basis dafür gelegt, dass der Ansatz weiter diffundieren kann. Anreize ermutigen lokal- bzw. regionalpolitische Entscheidungsträgerinnen, sich für die innovative Idee zu öffnen und diese als potenzialträchtige Gelegenheit wahrzunehmen und vor Ort zu implementieren.

Wie in Kapitel 3.2 weiterhin ausgearbeitet wurde, geht es bei sozialen Innovationen nicht notwendigerweise um die Implementierung und Durchsetzung von etwas absolut Neuem. Das Neuartige kann auch in einer Neukombination von Ressourcen oder der Neukonfiguration von Akteurskonstellationen bestehen, um darüber bereits Bekanntes effektiver umzusetzen oder bestimmte Probleme besser zu lösen. Nimmt man nun diesen Gedanken auf, ergeben sich damit Anschlussstellen an politikwissenschaftliche Debatten zu Governance, worunter eine Neujustierung des Verhältnisses zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft diskutiert wird. Politische Steuerung wird nicht (mehr) einseitig-hoheitlich durch demokratisch legitimierte staatliche Akteure und im Rahmen hierarchischer Strukturen geleistet, sondern unter Einbezug einer großen Bandbreite an gesellschaftlichen Akteuren ausgehandelt und in sektorenübergreifenden Netzwerken koordiniert (Böcher et al. 2008: 11; Mayntz 2004: 3f.; Bogumil 2002: 156-160). In diesem Zusammenhang wird neben staatlichen auch wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren eine aktive Rolle zugesprochen, dass diese ihren Beitrag zur Behebung gesellschaftlicher Missstände leisten und sich zugunsten des Gemeinwohls einbringen (Swyngedouw 2005: 1992; Gerometta et al. 2005). Governance wird häufig als Gegenbild zu Government gezeichnet (Fürst 2001: 371). Staatliche Gestaltungsansprüche und Steuerungshoheiten sind dabei allerdings nicht notwendigerweise geringer ausgeprägt oder weniger machtvoll, sondern drücken sich indirekter aus (Adloff 2010: 45). Demnach ist eine Verschiebung von Government zu Governance auch nicht gleichzusetzen mit staatlichem Rückzug oder einem selbst auferlegten Machtverlust, sondern stellt vielmehr eine Neukonfiguration und Neuskalierung von Koordinations- und Verantwortungsstrukturen dar (vgl. Swyngedouw/Moulaert 2010; Swyngedouw 2005: 1998).

Governance hat einen maßstabsübergreifenden Charakter und weist konkrete Raumbezüge auf (Federwisch 2010: 56-58; Giessen 2010: 5f.). Der Ansatz ist insbesondere im Zusammenhang mit der Bearbeitung raumbezogener Herausforderungen auf große Aufmerksamkeit gestoßen und wird als „Urban Governance“ bzw. „Local Governance“, vorwiegend in (groß)städtischen Kontexten (u.a. Walk 2014; Schwalb/Walk 2007), und „Regional Governance“, vorrangig für ländliche Räume (Born 2017: 17; Giessen 2010; Böcher et al. 2008; Keim 2008), thematisiert. In raumentwicklungspolitischen Zusammenhängen wird Governance als Steuerungsansatz aus zwei Gesichtspunkten eine besondere Stärke zugesprochen. Erstens: Da im Gegensatz zu hierarchischem Regieren eine große Bandbreite von Akteuren an der Entwicklung von Lösungen beteiligt sind, stoßen die dabei getroffenen Entscheidungen und hervorgebrachten Ergebnisse auf eine stärkere Anerkennung (Böcher/Tränkner 2008: 114). Allerdings, so gibt etwa Giessen (2010: 8) zu bedenken, ist damit die Gefahr verbunden, dass demokratisch legitimierte Entscheidungsstrukturen unterhöhlt werden.

Und zweitens wird Governance angesichts knapper öffentlicher Haushalte unter Gesichtspunkten der Steigerung von Effizienz und Effektivität diskutiert. Nach Böcher et al. (2008: 12) geht es bei Regional Governance primär darum, „mit weniger, aber dafür besser abgestimmten und gezielter eingesetzten Mitteln regionale Innovationsprozesse [anzustoßen]“. Ein solches Verständnis impliziert, dass zwar ein Anstoß geleistet wird, inwieweit von den Adressatinnen in der Folge auch tatsächlich ein entsprechender Entwicklungspfad betreten wird, bleibt jedoch ihnen überlassen (ebd.). Dahingehend nehmen lokalpolitische Akteure eine besondere Position ein, da sie nicht auf ihre Funktion als Entscheidungsträger und willensbildende Instanz zu reduzieren sind, sondern als Bürger auch unmittelbare lebensweltliche Bezüge zu ihren Mitmenschen haben (Walk 2014: 200). In entwicklungspolitischen Zusammenhängen werden sie als geeignete Intermediäre gesehen, um lokale Aushandlungsprozesse um sektorale Neukonfigurationen in Gang zu setzen und Resonanz für neuartige Entwicklungsansätze zu erzeugen (Beer 2014).

Hinsichtlich der Bereitstellung von Angeboten der Daseinsvorsorge (insbesondere an ländlich-peripheren Standorten) werden sektorenübergreifende Neukonfigurationen unter dem Stichwort „Koproduktion“ diskutiert (u.a. Butzin/Gärtner 2017; ARL 2016: I; Klein 2016; Pestoff et al. 2012; Bovaird 2007). Unterschiedliche Akteure agieren gemeinsam, um Leistungen der Daseinsvorsorge zu erbringen. Entsprechende Zusammenschlüsse können als längerfristige Verbünde verfasst oder auch zeitweiliger Art sein. Der Umfang des Einsatzes der unterschiedlichen Akteure kann dabei ebenso variieren wie das Ausmaß der Beteiligung in spezifischen Phasen. In diesem Zusammenhang erscheint eine Differenzierung zwischen Anschub und Trägerschaft geboten. Festzuhalten ist nämlich, dass in entwicklungspolitischen Zusammenhängen insbesondere das Anschieben bzw. Aktivieren auf die Agenda gerückt ist. Mose/Nischwitz (2009: 11f.) rekapitulieren eine „aktivierende Regionalentwicklung“ bei der es darum geht, „regions- und problemspezifisch flexibel ‚Top-down-Instrumente‘ mit ‚Bottom-up-Ansätzen‘ zu verknüpfen“. Ländliche Räume sind angehalten, eine „Entwicklungspolitik zu entfalten, um ihre Strategie-, Handlungs-, Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit sowohl nach innen als auch nach außen zu sichern oder wieder herzustellen“ (ebd.: 8). Nach Beetz (2006: 30) werden zur

Problembewältigung „zunehmend Partizipation, endogene Initiativgruppen und externe Experten (Berater, Moderatoren, community entrepreneurs) gefordert, um Entwicklungen anzustoßen und zu begleiten". In der politischen Praxis sind solche Bestrebungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen identifizierbar. Auf EU-Ebene ist hierbei das LEADER-Programm hervorzuheben, das nicht zuletzt darauf ausgerichtet ist, soziale Innovationen anzustoßen und diesen zur Diffusion zu verhelfen (Secco et al. 2017).

Rechnung getragen wird damit dem „Staatsverständnisses eines ‚aktivierenden Staates', der die Bürger in die Lage versetzt, die eigenen Bedürfnisse zu formulieren und an deren Befriedigung aktiv mitzuwirken" (Rottmann/Grüttner 2017: 45f.).[32] Im Kern geht es dabei um Hilfe zur Selbsthilfe bzw. Anleitung zur Selbstermächtigung und effektivere Selbstorganisation. Solche Koordinationsmechanismen zur Bewältigung raumspezifischer Missstände und zum Erwirken territorialen Zusammenhalts werden auch in der Konzeption neo-endogener Regionalentwicklung thematisiert (Dax et al. 2018; Bosworth et al. 2016). In Abkehr zu klassischen Konzepten endogener bzw. eigenständiger Regionalentwicklung (vgl. Mose 1989) wird dabei der ebenenübergreifende Charakter akzentuiert. Endogen ist dann nicht mehr gleichzusetzen mit ‚von innen' heraus, sondern schließt die politische Aktivierung ‚von außen' ein, um wiederum ‚innen' innovative Ideen auf den Weg zu bringen und den Aufbau endogener Handlungskapazitäten anzustoßen bzw. anzuleiten (vgl. Neumeier 2012: 64). Die Impulse können dabei explizit sein, etwa durch finanzielle Anreize über Förderprogramme. Sie können aber auch impliziter erfolgen, bspw. durch die Einrichtung von Beratungsangeboten zur Selbsthilfe oder durch die Sensibilisierung lokaler Akteure für spezifische Problemlagen (vgl. Peter et al. 2013: 60). Im Hinblick auf impulsgebende Maßnahmen zur Einleitung endogener Entwicklungsprozesse zur Stabilisierung ländlich-peripherer Räume geben Gieling/Haartsen (2017: 592 mit Verweis auf Bock 2016) zu bedenken:

> *„The unilateral promotion of endogenous development through self-organisation and voluntarism may therefore not be the best way to create more sustainable rural communities: policies aiming to stimulate innovation and development seem to ignore the structural problems, such as poor access to resources, markets and networks, confronting some rural communities."*

Damit sprechen die Autorin und der Autor eine schwerwiegende Problematik an, die dem Konzept neo-endogener Regionalentwicklung inhärent ist. Da lokalen Akteuren die Freiheit eingeräumt wird, Impulse zur Implementierung innovativer Ideen aufzunehmen oder diese zurückzuweisen, besteht die Gefahr, dass vor allem Regionen mit ohnehin besseren strukturellen Voraussetzungen und starken Kooperationsstrukturen die erforderlichen Kapazitäten zur Umsetzung besitzen, wohingegen schwächer gestellte Regionen, Städte oder auch Dörfer dem geschürten Druck zur Selbstorganisation nicht standhalten können – und weiter abgehängt werden (ähnliche Argumentation: Born 2017: 31).

[32] Der „aktivierende Staat" adressiert vordergründig die Subjektebene. Der Begriff wird auch von staatlichen Institutionen verwendet (u.a. Deutscher Bundestag 2002: 25). Mitunter ist auch vom „ermöglichenden Staat" die Rede, der „es als seine Aufgabe an[sieht], Kräfte der Gesellschaft darin zu unterstützen, selbstermächtigt, selbstorganisiert, in sozialer und bürgerschaftlicher Verantwortung Beiträge zum Gemeinwohl zu leisten" (ebd.: 58).

In jüngerer Vergangenheit haben sich einige Arbeiten den lokalen Aushandlungsprozessen im Hinblick auf solche politischen Aktivierungsstrategien und damit einhergehenden Verantwortungszuschreibungen zugewandt (u.a. Schwarzenberg et al. 2017; Steinführer 2015). Steinführer (2015: 9) spricht in diesem Zusammenhang von „Fremdresponsibilisierung", wonach die lokale Bevölkerung (in ländlich-peripheren Räumen) verstärkt dazu aufgerufen wird, Mitverantwortung bei der Daseinsvorsorge zu übernehmen. Auf der anderen Seite bemerkt Steinführer (2015: 14) allerdings auch eine auf Eigeninteresse beruhende „Selbstresponsibilisierung" als „Bestreben, die als unbefriedigend erlebte Situation zu verbessern oder eine weitere Verschlechterung zu verhindern". Dahingehend besteht Grund zur Annahme, dass beide Aspekte nicht isoliert voneinander stehen, sondern in lokalen und regionalen Zusammenhängen mitunter eng verwoben sind, gerade wenn die unmittelbar von einem Problem Betroffenen einen „Innovationsdruck", wie Barlösius et al. (2008: 162) es bezeichnen, verspüren; sie sich also gegenüber neuen Ideen öffnen ‚müssen', um defizitären Entwicklungen wirkungsvoll zu begegnen.

3.6 Zwischendiskussion: Bürgerschaftlich getragene Dorfläden als Beispiel sozialgenossenschaftlichen Initiativ-Werdens in ländlich-peripheren Räumen

Bürgerinnen bauen gemeinsam einen Dorfladen auf. Damit werden Nachfragerinnen zu Anbieterinnen, Konsumentinnen zu Koproduzentinnen. Ein solcher Perspektivwechsel knüpft an ein Verständnis von Peripherisierung an, das die Handlungsfähigkeit der Menschen akzentuiert (Kapitel 2.4). Es gibt gute Gründe, bürgerschaftlich getragene Dorfläden (auch rechtsformunabhängig; s.u.) in Diskussionen um sozialgenossenschaftliche Initiativen und soziale Innovationen einzubinden. Anknüpfend an die eben dargelegten Ausführungen werden im Folgenden entsprechende Gründe offengelegt und damit zugleich der Rahmen für die in Kapitel 4.3 erläuterte Fallauswahl gesetzt.

Wirtschaftliche Dimension

Im Gegensatz zu gemeinnützigen Vereinen vollziehen bürgerschaftlich getragene Dorfläden einen kontinuierlichen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Sie veräußern Lebensmittel gegen Entgelt. Dadurch, dass sich die Bewohnerinnen mit Finanzmitteln (über Geschäftsanteile) für den Aufbau der Organisationen eingebracht haben, tragen sie ein wirtschaftliches Risiko (Verlust bei Geschäftsaufgabe). Zum langfristigen Überleben sind die Organisationen darauf angewiesen, Einnahmen- und Ausgabenseite in Balance zu bringen.

Soziale Dimension

Die Organisationen gehen auf gemeinsames Handeln mehrerer Akteure zurück, die Verantwortung in lokalen Zusammenhängen übernehmen. Die geschaffenen Läden sind nicht alleinig ihren Mitgliedern vorbehalten, sondern stehen auch Nicht-Mitgliedern offen. Damit entfalten sie potenziell einen Nutzen über die Mitgliederkreise hinaus. Den Organisationen kann daher ein Beitrag zum Gemeinwohl zugesprochen werden. Die genossenschaftliche Verfasstheit schließt

aus, dass Einzelpersonen oder Investorinnen die Kontrolle über entsprechende Organisationen übernehmen.

Gründungsdynamik und Rechtskonstruktionen

Über die Gesamtzahl bürgerschaftlich getragener Dorfläden in der Bundesrepublik existieren keine verlässlichen Quellen. Zurückzuführen ist dies nicht zuletzt auf die Bandbreite an Rechtskonstruktionen. Haunstein/Thürling (2017) zählten im Bereich Nahversorgung 114 eingetragene Genossenschaften (eG), die im Zeitraum von 2007 bis 2015 im Bundesgebiet gegründet wurden. Der Schwerpunkt lag in Bayern und Baden-Württemberg (ebd.; auch Blome-Drees et al. 2015: 104). Neben der eG kommen zur Gründung von Dorfläden in bürgerschaftlicher Trägerschaft auch andere Rechtskonstruktionen in Betracht. Initiativen wählen statt der eG vermehrt abweichende Rechtsformen wie den wirtschaftlichen Verein (w.V.) oder die Unternehmergesellschaft mit stiller Beteiligung (UG & still), um die mit der eG verbundenen Nachteile zu umgehen (Lühning 2018: 16; Gröll 2017; BIB 2015: 44f.). Insbesondere die Pflichtprüfung, der sich eingetragene Genossenschaften regelmäßig durch einen Genossenschaftsverband unterziehen müssen, sorgt für kontroverse Diskussionen. Auf der einen Seite bestehen Stimmen, die darin ein probates Instrument zur Kontrolle der Standfestigkeit und Zukunftsfähigkeit der Organisationen sehen (Willersinn et al. 2015: 52). Demgegenüber steht die Auffassung, dass die damit einhergehenden finanziellen und organisatorischen Belastungen gerade von jungen Genossenschaften in bürgerschaftlicher Trägerschaft nur schwer getragen werden können (u.a. Dorfladen Netzwerk 2018; Blome-Drees et al. 2017: 427; Blome-Drees 2017b; Glöckner et al. 2013: 1134).[33] Lühning (2018: 3) und Gröll (2017) schätzen die Gesamtzahl bürgerschaftlich getragener Dorfläden im Bundesgebiet auf etwa 200 bis 300.

Institutionalisierung der Idee

In den vergangenen Jahren hat der Ansatz öffentliches Interesse geweckt. So waren bürgerschaftlich getragene Dorfläden wiederholt Gegenstand von Diskussionsrunden auf der Grünen Woche in Berlin (Gröll 2017). Professionelle Berater halten Vorträge auf wissenschaftlichen Tagungen, um über die „erfolgreiche Ausbreitung“ des Ansatzes zu informieren (Hahn 2016). Die Idee findet ihren Niederschlag in ersten institutionalisierten Strukturen. Seit 2016 existiert die Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden.

[33] Auf bundespolitischer Ebene werden Möglichkeiten zur Erleichterung der Gründung von Initiativen, die an der Schnittstelle von bürgerschaftlichem Engagement und wirtschaftlicher Ausrichtung agieren, diskutiert (Deutscher Bundestag 2017; Blome-Drees 2017b). Der Ausgang dieser Diskussionen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt (November 2019) offen.

Exkurs – Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden e.V.

Die im Januar 2016 als eingetragener Verein gegründete Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden versteht sich als Interessenvertretung von bürger- und kommunalgetragenen Dorfläden in der Bundesrepublik. Im Jahr 2018 waren 75 Dorfläden aus zehn Bundesländern in dieser organisiert, davon insgesamt 61 aus Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg. Nur sechs Läden waren in den neuen Bundesländern verortet, keiner in Mecklenburg-Vorpommern (Lühning 2018: 5).

Vertreter der Bundesvereinigung werden regelmäßig von Pressevertreterinnen angerufen, um über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Darüber hinaus verschafft sich die Vereinigung auch Gehör in politischen Strukturen. Vertreter wurden im Rahmen der brandenburgischen Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels" konsultiert (Landtag Brandenburg 2019: 243). Im Vorlauf der Bundestagswahl 2017 verfasste die Vereinigung einen vierseitigen „offenen Brief" an die Bundesregierung und die Parteien. Dabei wurden u.a. die Schaffung einer neuen bürokratieärmeren Rechtsform und die Anerkennung der Gemeinnützigkeit entsprechender Initiativen gefordert. Darüber hinaus sprach sich die Vereinigung gegen die Erhöhung des Mindestlohnes aus, da eine solche das Aus vieler Dorfläden bedeuten würde (Dorfladen Netzwerk 2017). Einmal jährlich werden zwei Dorfläden des Jahres gekürt. 2019 erhielten die Dorfläden in Sachrang (Landkreis Rosenheim, Oberbayern) und Farchant (Landkreis Garmisch-Partenkirchen, Oberbayern) die Auszeichnung.

Webseite: www.dorfladen-netzwerk.de

Dorfläden in Trägerschaft der Bewohnerinnen erhalten Aufmerksamkeit in überregionalen Medien. Die Süddeutsche Zeitung erkennt eine „Renaissance des Dorfladens" (SZ 2017) bzw. eine „Rückkehr der Dorfläden" (SZ 2013). Die Zeit (2016) erstattet ausführlich Bericht über den ersten genossenschaftlichen Dorfladen in Sachsen-Anhalt (Deersheim). Und in einem Gastbeitrag für die Potsdamer Neuesten Nachrichten erörtert Federwisch (2018): „Wenn der Dorfladen zur Innovation wird." In öffentlichkeitswirksamen Broschüren werden erfolgreiche Dorfladeninitiativen als nachahmenswerte Beispiele zur Schau gestellt (u.a. BLE 2013: 30-33; DVS 2011: 59). Diese sollen „Impulse für die Praxis" (BMUB 2014) liefern. Da bürgerschaftlich getragene Dorfläden von gewohnten Organisationsformen abweichen und geeignet erscheinen, bestehende Probleme besser zu lösen, erfahren sie eine innovative Deutung. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration umschreibt Sozialgenossenschaften und konkret genossenschaftliche Dorfläden als „eine innovative Form organisierter bürgerschaftlicher und unternehmerischer Selbsthilfe" (STMAS 2013: 10) und reicht Tipps „zur erfolgreichen Gründung" (ebd.: 1). Auch in wissenschaftlichen Arbeiten werden bürgerschaftlich getragene und multifunktional ausgerichtete Dorfläden als soziale Innovation thematisiert (u.a. Schubert 2018: 371; Terstriep 2016: 2; Christmann 2015: 7).

Bisherige Untersuchungen zum Thema

Bürgerschaftlich getragene Dorfläden waren bereits Gegenstand einiger wissenschaftlicher Arbeiten. Der Fokus lag auf besonders erfolgreichen Initiativen, die in der Öffentlichkeit große

Resonanz erzeugten. Genannt sei an dieser Stelle das DORV-Zentrum Jülich-Barmen in Nordrhein-Westfalen, das als Beispiel für einen gut funktionierenden bürgerschaftlich getragenen Dorfladen des Öfteren in Szene gesetzt wird (Butzin et al. 2015: 4f.; BIB 2015: 44-46; Kötter et al. 2013: 52-57; Pezzei 2013: 32-38; Meessen et al. 2012; Lindemann/Nyhues 2007: 27f.). Auf eingehende theoretische Auseinandersetzungen wurde in diesen Arbeiten verzichtet. Trostorff (2017) ging der Frage nach, wie genossenschaftliche Dorfläden potenziell in regionale Wertschöpfungsketten eingegliedert werden und davon Impulse für die Regionalentwicklung ausgehen können. Willersinn et al. (2015) befragten Experten des Genossenschaftswesens über ihre Erklärungen zur neuerlichen genossenschaftlichen Gründungsdynamik in ländlichen Räumen. Überwiegende Zustimmung herrschte darüber, dass es sich hierbei um eine „Gegenbewegung zur immer stärker voranschreitenden Globalisierung“ (ebd.: 47) handele. Und weiter:

> *„Vor allem aber im Bereich der Nahversorgung sehen die Experten bei den Genossenschaften Potenziale, weil es ihnen überwiegend durch die höhere Identifikation gelingt, Kundschaft zu binden. Genossenschaftliche Dorfläden könnten somit ein zukunftsträchtiges Modell sein, wenn die Menschen vor Ort auch bereit sind, diese Läden zu unterstützen und dafür auch höhere Preise in Kauf nehmen.“ (ebd.: 52f.)*

Eine solche optimistische Einschätzung förderten die Studien von Warburg (2011) sowie Eberhardt et al. (2014) nicht zutage. Warburg untersuchte alternative Versorgungsansätze in Nordhessen und befragte hierzu Experten zum Thema. Beim Blick auf bürgerschaftlich getragene Dorfläden teilten diese eine pessimistische Auffassung und räumten dem Modell eher geringe Erfolgsaussichten ein. Viele der einst angestoßenen Initiativen haben es nicht bis zur Eröffnung geschafft (Warburg 2011: 135). Und jene, die bestehen, funktionieren häufig nicht gut (ebd.: 137). Eberhardt et al. (2014) widmeten sich der Frage: „Was soll und kann Bürgerengagement leisten?“ Dabei nahmen sie u.a. einen bürgerschaftlich getragenen Dorfladen unter die Lupe. Es zeigte sich, dass sowohl Nutzung, Umsatz als auch Engagement hinter den anfänglichen Erwartungen zurückblieben (ebd.: 169f.). Meessen et al. (2012) analysierten das Einkaufsverhalten der Nutzerinnen des DORV-Zentrums Jülich-Barmen. Für die Mehrheit konnte der Dorfladen den regelmäßigen Einkauf in großen Supermärkten nicht ersetzen. Anstatt sich auf den Verkauf von Lebensmitteln zu beschränken, gaben die Autoren den Ratschlag: „Die Multifunktionalität ist der Schlüssel für den Erfolg.“ (ebd.: 184)

Insgesamt sind die vorliegenden Publikationen in ihrer Aussagekraft im Hinblick auf das in dieser Arbeit fokussierte Erkenntnisinteresse als gering einzustufen. Es handelt sich überwiegend um Einzelfallstudien, die auf gut laufende und medial umfassend beleuchtete Initiativen gerichtet waren und die in ihrem theoretischen Gehalt an der Oberfläche verbleiben. Den Menschen, die den Aufbau solcher Initiativen geleistet haben, wurde in diesen Arbeiten nur beiläufig Aufmerksamkeit geschenkt. Gleiches gilt für die kontextuellen Hintergründe und die komplexen Prozesse, aus denen heraus solche Initiativen Gestalt annehmen.

4 Methodik und empirische Umsetzung

4.1 Erkenntnistheoretische Vorüberlegungen

Kritischer Realismus

Erkenntnistheoretisch greift die Arbeit auf Überlegungen des kritischen Realismus zurück. Dieser setzt einerseits an einer Kritik am Positivismus an, in welchem die Annahme zugrunde gelegt wird, dass alle Sachverhalte direkt beobachtbar und messbar sind. Vertreterinnen dieser erkenntnistheoretischen Strömung argumentieren, dass empirische Forschung dazu imstande sein muss, objektiv gültige Realität einzufangen. Wissenschaftlichkeit ist demnach alleinig anhand ihrer Möglichkeit zur empirischen Beweisführung zu beurteilen (vgl. Furlong/Marsh 2010: 193-199). Andererseits weist der kritische Realismus radikal-konstruktivistische Sichtweisen zurück. Nach dieser existieren keine objektiven (d.h. messbaren) Realitäten, vielmehr stellen Phänomene immer nur subjektive Wirklichkeitskonstruktionen dar (ebd.: 199-204). In Abgrenzung zu diesen beiden Positionen setzt der kritische Realismus die Existenz einer realen Welt und einer objektiven Wirklichkeit voraus, die unabhängig von subjektiven Interpretationen existiert. Dieser Wirklichkeit lässt sich mittels empirischer Forschung annähern, die dabei allerdings niemals den Anspruch erheben kann, allgemeingültige Wahrheiten zutage gefördert zu haben. Es muss immer Raum für Ungewissheit und Zweifel bleiben (ebd.: 204f.). Glückler (2002) hebt den Mehrwert des kritischen Realismus für geografische Fragestellungen hervor. Dieser gestattet es, „empirische Phänomene nicht mehr als determiniert, sondern als kontextspezifisch anzusehen“ (ebd.: 7). Raum ist dabei nicht (mehr) das Forschungsobjekt, sondern bietet eine Zugangsperspektive, um soziale Phänomene in ihrer Kontextualität empirisch zu beforschen (ebd.: 8). Phänomene können dabei unterschiedlich stark durch raum-zeit-spezifische Kontexte beeinflusst werden. Ein raumzentriertes Verständnis, Phänomene ließen sich alleinig und in kausaler Weise über Kontexte erklären, weist Glückler ausdrücklich zurück. Stattdessen müssten diese Kontexte in ihrer Relevanz für das Handeln und für soziale Interaktionen erschlossen werden (ebd.: 11f.). Dies impliziert eine akteurszentrierte Zugangsperspektive, die in Kapitel 4.2 expliziert wird.

Erkenntnisgewinn als Prozess

Eine Forschungshaltung einnehmend, die Erkenntnisgewinn als Prozess versteht, wird im Folgenden an Überlegungen der „Grounded Theory“ angeschlossen. Diese stellt – anders als der Begriff vermuten lässt – kein festes Theoriegerüst dar, sondern kann vielmehr als empiriebasierter Forschungsstil mit dem Interesse an einer gegenstandsbezogenen Theoriebildung verstanden werden (Strübing et al. 2014: 457 mit Verweis auf Glaser/Strauss 1998). Der Forschungsprozess verläuft dabei nicht im Sinne voneinander abgegrenzter, chronologisch aufgereihter Arbeitsschritte (Datengenese, Datenanalyse, Theoriebildung). Stattdessen wird ein zirkulärer Erkenntnisweg eingeschlagen, bei dem die einzelnen Forschungsschritte ineinandergreifen und miteinander verflochten sind (ebd.: 461f.). Ein solcher Weg lebt von Offenheit, Neugier und der Bereitschaft zum Entdecken seitens des Forschenden, wobei von allzu eng umgreifenden theoretischen Vorannahmen abgesehen wird. Hypothesen werden nicht ex ante formuliert, sondern schrittweise aus dem erhobenen Material herauskondensiert und kontinuierlich präzisiert

(vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 191-195; Rothfuß/Dörfler 2013: 25). Ein solcher Prozess, der auf Erkenntnisschleifen beruht, hat einen induktiv-deduktiven Charakter. Zutage tretende Erkenntnisse werden schrittweise bekräftig, verfeinert, revidiert oder wieder verworfen. Dies kann auch dazu führen, dass die gewonnenen Erkenntnisse anschlussfähig werden an theoretische Konzeptionen, die vor der Feldarbeit so nicht zu erwarten waren. Einen solchen offenen Forschungsstil verfolgend, gingen damit Konsequenzen für den Ablauf der Datenerhebung einher. Darauf geht Kapitel 4.3 näher ein.

4.2 Gemeinsames Handeln im Raum – Grundlagen, Herausforderungen und Anwendung in der Arbeit

Handlungstheoretische Überlegungen

Ein soziales Phänomen zu analysieren, welches gerade nicht durch eine isolierte Betrachtung des Handelns eines Akteurs begründungsfähig erscheint, sondern auf gemeinschaftlichem Handeln mehrerer Akteure beruht, ist ein komplexes Unterfangen. Mayntz/Scharpf (1995) hielten mit ihrer Forschungsheuristik des „Akteurzentrierten Institutionalismus“ wertvolle Anregungen bereit. Die Autorin und der Autor schlagen eine „Doppelperspektive auf Akteure und Institutionen“ vor, verbunden mit dem Anliegen, die „analytische Dichotomie grundsätzlich [zu] überwinden“ (ebd.: 46). Sie argumentieren, dass gemeinschaftliches Handeln durch vielfältige, außerhalb des eigenen Wirkungsbereiches lagernde Einflüsse geprägt wird. Dies ist nicht zuletzt insofern zu berücksichtigen, als Subjekte immer auch in spezifischen sozialen und institutionellen Rollen agieren und an diese Rollen konkrete Erwartungen (bis hin zu Verpflichtungen) geknüpft sind (ebd.: 52f.). So gehen etwa an das Handeln im beruflichen Alltag andere Erwartungen einher als in privaten Zusammenhängen. Zugleich sind die Möglichkeiten, bestimmte Handlungsziele zu erreichen, eng mit der jeweiligen sozialen und institutionellen Rolle verbunden, indem diese bspw. den Zugriff auf Ressourcen erleichtert (ebd.: 49). Eine besondere Bewandtnis in den Überlegungen von Mayntz/Scharpf hat der Begriff der Situation:

> *„Die Handlungsrelevanz von Situationen liegt zum einen in ihrem Stimuluscharakter und zum anderen in den Handlungschancen, die sie bieten. Eine Situation kann zum Handeln herausfordern, indem sie den oder die Akteure mit einem Problem konfrontiert oder ihnen umgekehrt besondere Chancen bietet.“ (ebd.: 58)*

In ihren Ausführungen legen die Autorin und der Autor Wert darauf, dass sowohl die an Akteure geknüpften Rollen als auch die Situationen, in denen sie zu entscheiden haben, nicht determinierend wirken (ebd.: 45). Mit der Akzentuierung der Entscheidungs- und Gestaltungskraft der Handelnden liegen Mayntz/Scharpf nahe an der Argumentation von Benno Werlen (1995). Dieser präferiert den methodologischen Individualismus und plädiert dafür, das Handeln von Subjekten als Ausgangspunkt zur Erklärung sozialer Phänomene zu setzen. Allerdings verweist er an verschiedenen Stellen seiner Arbeit auf die Bedeutung spezifischer Kontexte, unter denen Menschen entscheiden und handeln: „Aber es gibt keine Handlungen, die ausschließlich individuell sind. Denn keine Handlung kann (…) ausschließlich als individuell charakterisiert werden, weil Handlungen immer auch Ausdruck des jeweiligen sozial-kulturellen

Kontextes sind.“ (ebd.: 65)[34] Werlen bezieht sich in seiner Argumentation dezidiert auf Anthony Giddens (ebd.: u.a. 21f.), der in seiner Strukturationstheorie dafür eintritt, die Trennung zwischen Subjektivismus und Objektivismus zugunsten einer integrierten Perspektive aufzulösen. Handlung und Struktur stehen sich – so sein Leitgedanke – nicht gegenüber, sondern wirken wechselseitig aufeinander. Handeln wird durch gesellschaftliche Strukturen geprägt. Umgekehrt produziert und reproduziert Handeln aber auch die gesellschaftlichen Strukturen (Giddens 1992: 77-81).[35] Handeln ist folglich, so die hier zugrunde gelegte Position, nicht lediglich Resultat von Strukturen. Es ist möglich, Handlungen zu vollziehen, die sich gerade nicht passgenau in gesellschaftliche Strukturen einfügen oder deutlich von diesen abweichen. Auch können Handelnde beabsichtigen, gesellschaftliche Strukturen zu transformieren. Oder erkenntnistheoretisch gedacht: Subjekte können Handlungen vollziehen, die nicht unmittelbar durch gesellschaftliche Strukturen erklärbar sind. Sie können allerdings insofern wirksam werden, dass sie zum Handeln stimulieren oder herausfordern (vgl. Mayntz/Scharpf 1995: 58).[36]

Prozessuale Betrachtungsperspektive

In den (raumbezogenen) Sozialwissenschaften sind in den vergangenen Jahren zunehmend Stimmen laut geworden, die dafür plädieren, der Prozessualität – also des Werdens – von Phänomenen größere Aufmerksamkeit zu schenken (u.a. Noack 2015; Baur/Ernst 2011; Butzin 2009). Ausgangspunkt ist eine Kritik an statischen Zustandsanalysen, die nur Momentaufnahmen einfangen und damit das Zustandekommen vernachlässigen würden. Anstatt lediglich den Blick auf gegenwärtige Verfasstheiten und Resultate zu richten, gelte es, die komplexen Prozesse, aus denen soziale Phänomene hervortreten, in ihren zeitlichen Verläufen zu analysieren. Mit einer prozessualen Perspektive können Zwischenschritte und Zwischenstadien identifiziert werden. Die Verfasstheit von Gegenwärtigem durch Einflüsse von Zurückliegendem lässt sich so in Abfolge, Relevanz sowie Erklärungskraft für das untersuchte soziale Phänomen besser erschließen. Gleiches gilt für dessen Wandelbarkeit (vgl. Mayntz 2009a: 89f.). Die Analyse von Prozessen ist kein leichtes Unterfangen. So merken etwa Ostrom/Ahn (2003: 51) an: „Die Prozesse der Selbstorganisation, die durch soziales Kapital gefördert werden, bringen Ergebnisse hervor, die sichtbar, greifbar und messbar sind. Die Prozesse selbst sind dagegen viel schwerer zu erkennen und nachzuvollziehen.“

Indem man beabsichtigt, Prozesse in den Blick zu nehmen, ist es unvermeidbar, die zu berücksichtigenden Anfangsmomente zu bestimmen. Dies entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als

[34] Hard (1998: 253) gibt bezugnehmend auf Werlen zu bedenken: „Es ist jedoch nicht sehr plausibel, daß man auf diese Weise – vom ‚Handeln‘ der ‚Individuen‘ her – alle Phänomene der sozialen Welt verständlich machen kann.”

[35] Giddens (1992: 79) geht dabei von einer begrenzten Rationalität aus, wobei intendiertes Handeln nicht-intendierte Folgen nach sich ziehen kann: „Der Handlungsstrom produziert kontinuierliche Folgen, die die Akteure nicht beabsichtigt haben (…).“ Unhinterfragte Handlungen sind bei Giddens kein Schwerpunkt.

[36] Kritisch setzen sich Küpper/Steinführer (2017: 46) mit der Annahme auseinander, dass räumliche Kontexte direkten Einfluss auf das Handeln haben: „Empirisch bleibt der Nachweis von Kontexteffekten auf der Quartiersebene eine große methodische Herausforderung, und bislang konnten allenfalls schwache bzw. kaum eindeutige Kontexteffekte nachgewiesen werden.“

ernstzunehmende Herausforderung. Erforderlich ist es abzustecken, inwieweit historische Umstände und das Nachwirken von Vergangenem berücksichtigt werden sollten und inwiefern von diesen eine Erklärungskraft für das zu untersuchende Phänomen ausging. So birgt eine zeitliche Ausweitung in eine unbestimmte Vergangenheit die Gefahr, damit Komplexitäten zu schaffen, die empirisch kaum mehr bearbeitbar sind, wodurch möglicherweise der Erkenntnisgewinn auf der Strecke bliebe oder Pfadabhängigkeiten bzw. historische Bedingtheiten konstruiert würden (vgl. Mayntz 2009a: 90f.). Insofern erschien es zu Beginn der Arbeit erforderlich, den Anfangsmoment der zu berücksichtigenden Vergangenheit zu definieren. In diesen Überlegungen wurde – der akteurszentrierten Zugangsperspektive Rechnung tragend – der Auffassung gefolgt, dass Historisches zwar wirkmächtig sein kann, entsprechendes allerdings kein Handeln einseitig bestimmt oder erklärt (s.o.). Dies erschien bereits aus dem Grund plausibel, da im Fokus der Arbeit Neuerungsprozesse stehen, die von Gewohntem und Bekanntem abweichen – also gerade nicht stringent an Vergangenes anschließen (dazu Kapitel 3.2). Als Anfangsmoment der zu berücksichtigenden Vergangenheit wurde der erste Impuls gedanklicher Art gefasst, der zum Handeln angeregt hat. Inwieweit es sich hierbei um einen Zeitpunkt (etwa ein kurzfristiges Schlüsselereignis) oder ein längerfristiges Zeitfenster gehandelt hatte, sollte nicht vorab gesetzt, sondern aus dem Datenmaterial herausgeschöpft werden.

Um dem Interesse an der Prozesshaftigkeit der Konstitution sozialer Phänomene nachzukommen, stehen zwei Wege offen. Zum einen besteht die Möglichkeit, einen solchen Prozess simultan zu begleiten, wie es vor allem in ethnographischen Forschungsarbeiten häufig praktiziert wird (u.a. Noack 2015). Zum anderen können Prozesse aus einer Gegenwartsperspektive retrospektiv in den Blick genommen werden. Wenngleich eine prozessbegleitende Methodik den Mehrwert bietet, umfassendere Einblicke zu erhalten, wurde aus mehreren Gründen von einem solchen Vorgehen Abstand genommen. Erstens erfordert ein solches erhebliche zeitliche Ressourcen sowie die Möglichkeit, längerfristig vor Ort anwesend sein und sich dabei auf die Zeitrhythmen der Protagonistinnen einlassen zu können. Darüber hinaus birgt ein solches Vorgehen immer auch das Risiko, dass ein zu untersuchender Prozess zwischenzeitlich abgebrochen wird. Hinzu kommt, dass im Vorfeld die Dauer eines Prozesses kaum einschätzbar ist (ebd.: 118). Da sich im Zuge erster Recherchen offenbarte, dass Gründungsprozesse bürgerschaftlich getragener Dorfläden vom ersten Impuls bis zum Betriebsstart mitunter mehrere Jahre beanspruchen, wurde die Idee einer Prozessbegleitung zugunsten einer retrospektiven Betrachtung verworfen.[37]

Prozesse rückblickend einzufangen birgt Herausforderungen. So besteht die Gefahr, dass den Akteurinnen aufgrund eingeschränkten Erinnerungsvermögens Details für Einzelheiten des Prozesses verloren gegangen sind (vgl. Ibert et al. 2014: 52f.). Darüber hinaus sind nachträgliche Anpassungen von Deutungsmustern möglich. So kann die gegenwärtige Sicht (zum Zeitpunkt der Erhebung) auf Vergangenes womöglich eine andere sein als zum Zeitpunkt der Entscheidung für eine Handlung. Gleiches gilt für das angestrebte Ziel, welches zum Zeitpunkt der Entscheidung für eine Handlung gegebenenfalls ein anderes war als im Untersuchungszeitraum.

[37] Die Langwierigkeit wurde in einem untersuchten Fallbeispiel besonders deutlich. Zwischen den ersten ideengebenden Impulsen und der Eröffnung des Dorfladens Linsburg vergingen etwa fünf Jahre (dazu Kapitel 5.1).

Um diesen Herausforderungen entgegenzutreten und dem Interesse an einer detaillierten Analyse der Gründungsprozesse adäquat nachkommen zu können, wurden verschiedene Methoden der Datenerhebung miteinander kombiniert (dazu Kapitel 4.4).

4.3 Qualitatives Fallstudiendesign, Auswahl der Fallbeispiele und ‚Hineintasten' ins Feld

Der Arbeit liegt ein qualitatives Fallstudiendesign zugrunde. Es ging nicht darum, wie es in quantitativen Untersuchungen beansprucht wird, unabhängige und abhängige Variablen zu erfassen und Kausalitäten offenzulegen, sondern darum, Aufschluss über Zusammenhänge eines Untersuchungsgegenstandes zu erlangen (vgl. Yin 1989). Wenn man sich für ein Fallstudiendesign entscheidet, liegt es nahe, zunächst den zu untersuchenden Fall zu definieren. Diese Frage mutet trivial an, verliert allerdings dann ihre Trivialität, wenn man den Tatbestand einer multikausalen, multipel verflochtenen Welt ernst nimmt (vgl. Mayntz 2009b: 21f.). Als Fall wird im Rahmen der Arbeit ein Gründungsprozess eines genossenschaftlichen Dorfladens verstanden. Ein solcher Prozess findet zwar an einem konkreten Ort statt und nimmt dort Gestalt an. Gleichwohl wird dessen Konstitution nicht alleinig auf örtliche Gegebenheiten zurückgeführt. Vielmehr sollten auch überörtliche Zusammenhänge und Einflüsse Berücksichtigung finden, soweit sie sich im Forschungsprozess als relevant entpuppen würden.

Qualitative Arbeiten mit Fallstudiencharakter vermögen insbesondere dann aussagekräftig zu werden und zum wissenschaftlichen Fortschritt beizutragen, wenn mehrere Fälle analysiert und gegenübergestellt werden und darüber generalisierbare, d.h. über den Einzelfall hinausreichende Regelmäßigkeiten identifiziert und fallspezifische Abweichungen aufgedeckt werden können (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 127; Vogelpohl 2013: 76f.). Dieser Gedanke wurde berücksichtigt und vorangestellt, dass die zu untersuchenden Fälle in grundlegenden Merkmalen Ähnlichkeiten aufweisen sollten, um darüber eine gewisse Vergleichbarkeit zu gewährleisten und Gemeinsamkeiten wie auch Unterschieden auf den Grund gehen zu können. Sach- und raumbezogene sowie zeitliche Kriterien wurden herangezogen.

(1) Sachbezogene Kriterien

Die Initiativen sollten durch Bewohnerinnen aufgebaut worden sein; d.h. sie hatten sich mit finanziellem Kapitel, Kompetenzen und unentgeltlicher Arbeit im Gründungsprozess eingebracht (dazu Kapitel 3.6). Eine Vorabfestlegung auf eine spezifische Rechtsform erfolgte nicht. Neben der eingetragenen Genossenschaft (eG) kamen auch andere Rechtskonstruktionen in Betracht. Hintergrund ist, dass sich bei ersten Recherchen zum Thema gezeigt hat, dass Dorfladeninitiativen in bürgerschaftlicher Trägerschaft mitunter auch in anderen Rechtskonstruktionen gegründet werden. Da die eG häufig als kostenträchtig und bürokratisch herausfordernd erachtet wird, weichen Initiatorinnen vermehrt auf nahestehende Rechtskonstruktionen wie den wirtschaftlichen Verein oder die Unternehmergesellschaft mit stiller Beteiligung aus (Lühning 2018: 16; Gröll 2017; BIB 2015: 44f.; dazu auch Kapitel 3.6).

(2) Raumbezogene Kriterien

Die Untersuchung sollte sich auf genossenschaftliche Dorfladeninitiativen im Bundesgebiet richten, um nicht eine zusätzliche Komplexitätsebene zu schaffen (abweichende nationalstaatliche Rahmenbedingungen mit spezifischen politisch-rechtlichen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen). Die Initiativen sollten eine gewisse räumliche Distanz zueinander und keine direkten personellen Verbindungslinien miteinander aufweisen, um zu gewährleisten, dass diese zunächst für sich stehen und nicht unmittelbar voneinander beeinflusst wurden.

Mindestens eine Initiative in den neuen Bundesländern sollte berücksichtigt werden. Hintergrund hierfür war die Beobachtung, dass in diesen vergleichsweise wenig genossenschaftliche Dorfläden gegründet wurden (Haunstein/Thürling 2017). Mit dem Einbezug eines (bisher eher selten anzutreffenden) ostdeutschen Falles sollten Hinweise darüber ausgehen, warum dies möglicherweise so ist – und warum im konkreten Fall eben doch ein solcher aufgebaut wurde bzw. aufgebaut werden konnte (vgl. Patton 1990: 169f.). Darüber hinaus ergab sich im Forschungsprozess ein Interesse an einem bayerischen Fall. Dies resultierte aus der Beobachtung, dass in Bayern besonders viele solcher Dorfläden initiiert wurden (Haunstein/Thürling 2017; Blome-Drees et al. 2015: 104). Durch die Untersuchung eines bayerischen Falles sollten – analog zum ostdeutschen Fall – Hinweise darüber gewonnen werden, warum dies möglicherweise so ist, ohne damit dem Versuch einer raumdeterministischen Beweisführung aufzusitzen. Die Verfasstheiten der zugrunde liegenden Orte (wie soziodemografische, politisch-administrative oder infrastrukturelle Merkmale) spielten bei der Fallauswahl keine Rolle. Leitgedanke hierbei war, die Fälle nicht anhand (objektiv erfassbarer) Krisenmerkmale zu selektieren, sondern zunächst offen vorzugehen, um – umgekehrt – den Relevanzen krisenhafter Entwicklungen aus Sicht der handelnden Akteure im Kontext ihres Initiativ-Werdens nachzuspüren (dazu Kapitel 2.4).

(3) Zeitliche Kriterien

Die Initiativen sollten sich zum Zeitpunkt der Erhebung in einer frühen Nachgründungsphase befinden (maximal drei Jahre nach der Gründung). Sie sollten somit den Gründungsprozess bereits bewältigt haben und nun in eine Phase der Etablierung und Stabilisierung eingetreten sein. Darüber sollte einerseits sichergestellt werden, dass jene Personen, die die Initiativen maßgeblich mit angestoßen und umgesetzt haben, noch erreichbar sind. Zum anderen sollte durch die zeitliche Nähe zum Gründungsprozess gewährleistet werden, diesen noch umfassend nachvollziehen zu können. Das Wissen über Einzelheiten im Gründungsprozess sollte von den handelnden Akteuren noch abrufbar sein.

Recherche nach potenziellen Initiativen

Bei der Suche nach geeigneten Initiativen waren unterschiedliche Quellen nützlich. Erstens konnten über die Online-Suchfunktion des gemeinsamen Registerportales der Länder (www.handelregister.de) entsprechende Initiativen mitsamt der Daten zur Registereintragung erfasst werden. Zweitens waren auf der Webseite der Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden (dazu Kapitel 3.6) einige Dorfläden gelistet, die hinsichtlich ihrer Eignung beleuchtet

werden konnten (www.dorfladen-netzwerk.de). Und drittens fungierte die Suchfunktion von Google News (www.news.google.de) als hilfreiches Instrument, um Beiträge aus einer großen Bandbreite an Lokalzeitungen, die über junge Dorfladeninitiativen berichtet hatten, zu identifizieren. Insbesondere letztgenannte Quelle erwies sich als sehr wertvoll, da darüber, neben der Identifikation konkreter Initiativen, zusätzlich tiefere Einblicke in aktuelle Entwicklungen zum Thema gewonnen werden konnten.

Kontaktaufnahme und ‚Hineintasten' ins Feld

Wie in Kapitel 4.1 dargelegt, wurde in der Arbeit ein zirkulärer Erkenntnisweg eingeschlagen. Dabei erfolgten bereits frühzeitig im Forschungsprozess die ersten Schritte im Feld, um erste Eindrücke zu sammeln und Orientierungspunkte zu erhalten. Alsbald nach den ersten Recherchen zwischen Februar und Mai 2016 wurden einige Initiativen via E-Mail mit einer Interviewanfrage kontaktiert. Im Zuge dessen wurde das Forschungsanliegen erläutert und ausgeführt, warum entsprechende Initiativen Interesse auf sich gezogen haben und welche Zeitungsartikel dem zugrunde lagen. Ein solches passgenaues Anschreiben sollte signalisieren, dass es sich nicht um eine standardisierte Befragung handelte, sondern bereits Vorwissen sowie ein spezifisches Interesse an der Initiative vorlag.

Mit Akteuren der folgenden sechs Initiativen konnten Interviewtermine vor Ort vereinbart werden: Dorfladen Linsburg (Niedersachsen), Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg (Sachsen), Dettener Dorfladen (NRW), „Lädchen für alles" Gertenbach (Hessen), Dorfladen Wollersheim (NRW) und Dorfladen Goxel (NRW). Entsprechende Besuche erfolgten zwischen Juni und August 2016, bei denen jeweils Gruppeninterviews durchgeführt werden konnten (dazu Kapitel 4.4.2).[38] In dieser ersten Feldphase ging es zunächst darum, das Untersuchungsfeld kennenzulernen, eine große Bandbreite an Informationen und Eindrücken zu sammeln und diese anschließend – zurück am Schreibtisch – zu reflektieren. Die gewonnenen Daten wurden aufbereitet und einer ersten Analyse unterzogen (dazu Kapitel 4.5).

Parallel dazu wurde das weitere methodische Vorgehen konkretisiert. Im Zuge dessen fiel die Entscheidung, einige Fallbeispiele tiefgründiger zu beforschen und hierbei mehrtägige Feldaufenthalte zu vollziehen. Für dieses Anliegen konnten der Dorfladen Linsburg, die Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg sowie der Dettener Dorfladen gewonnen werden. Ausgehend vom Interesse an einem bayerischen Fall (s.o.) wurden zudem im August 2017 die Verantwortungsträgerinnen des Dorfladens Alerheim kontaktiert. Auch diese bekundeten ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Untersuchung, sodass für Anfang Oktober 2017 ein Feldaufenthalt und Interviews vor Ort arrangiert werden konnten.[39] Der Verlauf der Untersuchung ist in Abbildung 2 dargestellt.

[38] Ausnahme bildet der Dorfladen Goxel, bei dem mit einem Initiator ein Einzelinterview durchgeführt wurde.
[39] An dieser Stelle sei kurz ausgeführt, warum die drei letztgenannten Initiativen nicht näher berücksichtigt wurden. In Wollersheim hatten sich in der Zwischenzeit Mitinitiatoren (und eine Kontaktperson) von ihrem Engagement für den Dorfladen entbunden. Der Dorfladen steuerte in eine ungewisse Zukunft. Der Vorstand resümierte im Frühjahr 2017 einen „Umsatzeinbruch" und stellte fest: „Neben dem Umstand, dass viele Wollersheimer wieder in den Bequemlichkeitsmodus verfallen, kommt hinzu, dass insbesondere ältere Mitbürger unsere treuesten

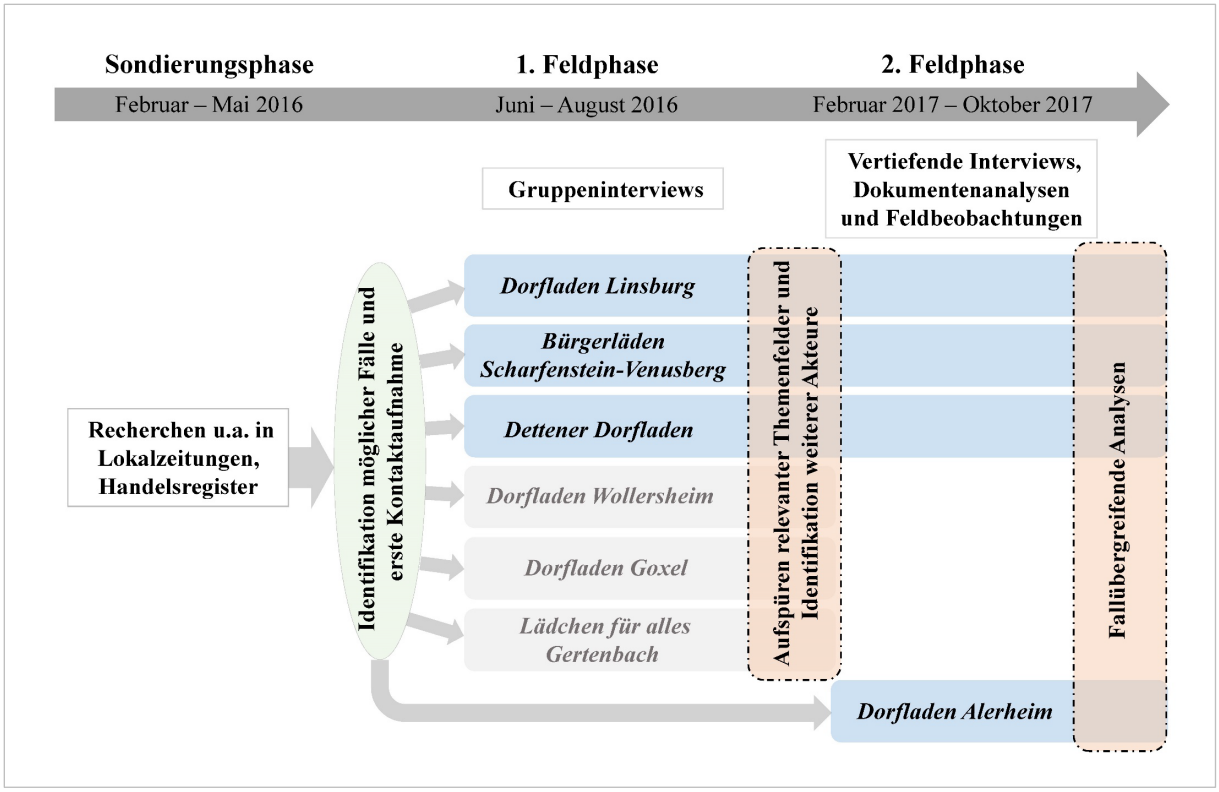


Abb. 2: Untersuchungsprozess (eigene Darstellung)

4.4 Methoden der Datenerhebung

Im Hinblick auf das Anliegen, genossenschaftliche Dorfladeninitiativen in ihrer Prozesshaftigkeit zu analysieren, galt es zunächst zu erwägen, welche Art von Datenmaterial für den Erkenntnisgewinn ergiebig sein würde und mithilfe welcher Instrumente dieses Datenmaterial zutage gefördert werden könnte. Dabei fiel die Entscheidung, mehrere Methoden miteinander zu kombinieren und damit der Idee der Methodentriangulation zu folgen. Insbesondere bei qualitativen Forschungsarbeiten mit Fallstudiencharakter gilt die Methodentriangulation als adäquates Mittel, um ein detailvolles Bild zeichnen zu können (vgl. Flick 2004). Durch die Verwendung unterschiedlicher Methoden sollten die jeweils spezifischen Vorteile genutzt und die

Kunden waren. Einige von ihnen sind in den zweieinhalb Jahren verstorben.“ (Verantwortungsträger der Dorfladen Wollersheim UG & still; zitiert in Aachener Zeitung vom 20.04.17) Das genossenschaftliche Dorfladen-Projekt im Coesfelder Ortsteil Goxel, zu dem in der unmittelbaren Vorgründungsphase Kontakt hergestellt wurde, hatte sich bereits zum Termin des Interviews wieder zerschlagen, da die Resonanz vor Ort nicht ausreichend war, um eine erfolgreiche Umsetzung des Projektes zu gewährleisten. Aus diesem Grund wurde von weiteren empirischen Arbeiten abgesehen. Die zwei Interviews in Wollersheim und Goxel sind nicht direkt in die Analysen eingeflossen, da die Feldforschungen nicht in der beabsichtigten Tiefe umgesetzt wurden. Die Datenlage erschien – im Vergleich zu den vier berücksichtigten Initiativen – nicht tiefgründig genug, um die Erkenntnisse adäquat in die fallübergreifenden Analysen einzureihen. Unzulässige Generalisierungen sollten so vermieden werden. Gleichwohl trugen die Einblicke in beide Ladenprojekte dazu bei, das Bewusstsein für Herausforderungen, mit denen solche Initiativen konfrontiert sind, zu schärfen. Darüber hinaus wurde mit zwei Vertretern des Projektes „Lädchen für alles“ Gertenbach ein Interview geführt. Es erwuchs aus einer Kooperation zwischen einer Organisation zur Inklusion beeinträchtigter Menschen und dem Handelsunternehmen Tegut. Da sich der Untersuchungsschwerpunkt im Laufe des Forschungsprozesses auf Dorfläden mit explizit bürgerschaftlicher Trägerschaft verfestigte, wurde von einer vertiefenden Betrachtung des Ladens in Gertenbach abgesehen. Auch dieses Interview ist nicht direkt in die Analysen eingeflossen.

jeweiligen Schwächen durch Zuhilfenahme der anderen Methoden ausgemerzt werden. Dabei kamen Dokumentenanalysen, Interviews und Feldbeobachtungen zum Einsatz.

4.4.1 Analyse von Presseartikeln

Die Initiativen waren Gegenstand medialer Berichterstattung. Insbesondere Lokalzeitungen veröffentlichten während der Gründungs- und frühen Nachgründungsphase zahlreiche Beiträge.[40] Diese sind aufgeschlüsselt in Tabelle 2 und in detaillierter Weise in Anhang I.

	Name des Mediums	**Anzahl der Artikel und Zeitfenster der Berichterstattung**
Dorfladen Linsburg w.V.	Die Harke / Die Harke am Sonntag	39* (04.11.13 – 12.03.19)
	Blickpunkt	6* (02.12.15 – 14.03.18)
	Das Magazin der Samtgemeinde Steimbke	3* (08/2014 – 05/2017)
	NDR 1 Niedersachsen	1* (09.01.19)
	Weser-Kurier	1* (17.03.18)
	Radio Mittelweser	1* (08.01.18)
Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG	Freie Presse	41* (16.09.10 – 23.08.19)
	MDR	2* (13.06.18 – 18.09.19)
	Lausitzer Rundschau	1* (12.06.19)
	Herzland. Gedacht. Gemacht. Erzählt	1* (Ausgabe 2018)
	Sächsische Zeitung	1* (24.02.18)
	Blick Erzgebirge	1* (27.02.16)
	WirtschaftsWoche	1* (26.09.11)
	Sachsenfernsehen	1* (30.07.09)
Dettener Dorfladen eG	Westfälische Nachrichten	31* (05.05.10 – 30.04.19)
	Allgemeine Zeitung	1* (27.03.14)
	Streiflichter	1* (05.03.14)
Dorfladen Alerheim eG	Augsburger Allgemeine	13* (13.12.12 – 11.09.19)
	B4B – Wirtschaftsleben Schwaben	3* (18.11.16 – 28.02.18)
	SonntagsZeitung Nördlingen	2* (13.11.16 – 20.11.16)
	Sonntagsblatt – Evangelische Sonntagszeitung für Bayern	1* (05.04.19)
	Wochenzeitung.de	1* (10.10.18)
	Augsburg TV	1* (13.07.17)
	Focus Online	1* (02.06.17)

Tab. 2: Übersicht der analysierten Medienbeiträge

Diese mehrheitlich online frei zugänglichen Artikel stellten eine wertvolle Informationsquelle dar, um zunächst erste Einblicke in örtliche Verhältnisse sowie in Wesen und Charakteristika der Initiativen zu erhalten. Der Mehrwert dieser Dokumente bestand darin, dass sie zum Teil mehrere Jahre in die Vergangenheit zurückreichen und in ihnen vergangene Ereignisse, Einschnitte und Zusammenhänge konserviert sind. Besonders um die Prozesshaftigkeit mitsamt

[40] Bereits diese Tatsache wurde als Hinweis dahingehend zur Kenntnis genommen, dass die Initiativen offensichtlich berichterstattungswürdig waren und eine außergewöhnliche Leistung repräsentierten, die über die Orte hinaus Aufmerksamkeit erlangte.

Projektfortschritten und spezifischen Schlüsselmomenten nachzuvollziehen, hielten diese Dokumente wichtige Anhaltspunkte bereit.

Aus den Artikeln konnten darüber hinaus Informationen über maßgeblich an der Gründung beteiligte Akteure und Institutionen gewonnen werden. Auch Hinweise über anfänglich involvierte Personen, die sich in der Zwischenzeit wieder gelöst hatten, konnten so aufgedeckt und damit personelle Diskontinuitäten nachvollzogen werden. Weiterhin gaben diese Dokumente umfassende Einblicke in impulsgebende Zusammenhänge, die von den Gesprächspartnerinnen womöglich aufgrund beschränkten Erinnerungsvermögens bereits in Vergessenheit geraten waren. Aus den Dokumenten konnten Vorkenntnisse generiert werden, die in den Interviews angesprochen, vertieft und gemeinsam reflektiert wurden (dazu Kapitel 4.4.2). Alle recherchierten Artikel wurden offline gespeichert, womit eine dauerhafte Verfügbarkeit gewährleistet war.

Zusätzlich zur Analyse der in Tabelle 2 gelisteten und unmittelbar auf die untersuchten Initiativen gerichteten Medienbeiträge wurden während des gesamten Forschungsprozesses Presseartikel zu anderen Initiativen (insbesondere in der Gründungsphase) gesichtet und gesammelt. Die Suchfunktion von Google News (www.news.google.de) half, entsprechende Artikel ausfindig zu machen. Auch wenn diese Artikel nicht direkt in die Analysen eingeflossen sind, halfen sie dabei, aktuelle Entwicklungen in der Dorfladen-Landschaft im gesamten Bundesgebiet im Blick zu behalten. Zudem konnten Eindrücke über das Wirken bundesweit agierender Berater sowie Entwicklungen in der Förderlandschaft gewonnen werden.

4.4.2 Gruppen- und Einzelinterviews

Es wurden sowohl Gruppen- wie auch Einzelinterviews mit Personen durchgeführt, die in den Gründungsprozessen involviert waren. Für die Identifikation und Auswahl geeigneter Gesprächspartnerinnen dienten die vorab recherchierten Presseartikel (dazu Kapitel 4.4.1). Im Vorfeld wie auch während der Feldaufenthalte konnten weitere Personen für Interviews gewonnen werden.[41] Da das Erkenntnisinteresse weniger auf den Sichtweisen und individuellen Motiven der einzelnen Personen lag, sondern auf den Gründungszusammenhängen und dem gemeinsamen Agieren zur Bewerkstelligung der Vorhaben, sind die Interviews als Experteninterviews anzusehen. Experten waren die Interviewpartner allerdings nicht als Wissensträger eines allgemeinen Feldes, vielmehr stellten sie Experten ihrer gegründeten Initiative und den dahinterliegenden Prozessen dar. Sie verfügten über „Prozesswissen“ (Bogner/Menz 2002: 43), also

[41] In Linsburg wurde dies im Zuge einer Mitgliederversammlung ermöglicht. Bei dieser erhielt ich Gelegenheit, mein Dissertationsvorhaben vorzustellen und mich mit meinem Anliegen, des Gewinnens weiterer Gesprächspartner, an die Anwesenden zu wenden. Auf diesem Wege konnten Kontakte hergestellt und für die folgenden Tage Interviewtermine vereinbart werden. In Scharfenstein/Venusberg übergab mir zu Beginn meines Feldaufenthaltes ein tragender Akteur eine Liste mit Personen (inkl. Kontaktdaten), die im Gründungsprozess involviert waren und zu denen ich anschließend Kontakt aufnahm. In Schapdetten und Alerheim übermittelten mir meine jeweiligen Kontaktpersonen vor dem Aufenthalt via E-Mail Informationen über weitere am Aufbau beteiligte Personen.

Kenntnisse hinsichtlich zurückliegender und aktueller Ereignisse, an denen sie selbst mitgewirkt hatten und/oder noch mitwirkten. Durch ihre unmittelbare Tätigkeit hielten sie „praktisches Erfahrungswissen aus dem eigenen Handlungskontext“ bereit (ebd.).

In der ersten Feldphase (Abb. 2) wurden zunächst Gruppeninterviews mit zentralen Akteuren der Initiativen geführt. Die Gruppen umfassten dabei zwei bis fünf Gesprächspartnerinnen. Der Mehrwert einer Gruppenkonstellation besteht darin, dass mit relativ geringem Zeitaufwand eine große Bandbreite an Informationen aus den Blickwinkeln unterschiedlicher Akteure eingefangen werden kann (vgl. Bogner/Leuthold 2002: 156f.). Darüber hinaus werden Gruppenkonstellationen als fruchtbar dabei erachtet, eine wechselseitig stimulierende Gesprächsatmosphäre herzustellen und den Teilnehmerinnen Möglichkeiten zu eröffnen, auf das Gesagte der anderen zu reagieren, einander zu ergänzen, sich zu korrigieren oder auch zu widersprechen (vgl. Schäffer 2003: 78). Allerdings bergen solche Konstellationen auch Nachteile. Machthierarchien wie auch persönliche oder emotionale Bindungen können dazu führen, dass bestimmte Sachverhalte verzerrt dargestellt oder erst gar nicht thematisiert werden. Auch Effekte sozialer Erwünschtheit können auftreten, wenn Gesprächsteilnehmer mit ihren Äußerungen bei anderen eine bestimmte Erwartung erfüllen oder eine spezifische Wirkung entfalten möchten. Die Gruppensituation mit ihren (unsichtbaren) sozialen (Macht-)Dynamiken kann auch dazu führen, dass konfrontierende Positionen verborgen und konfliktbehaftete Themen unausgesprochen bleiben (vgl. Vogl 2014: 582). Um den Unzulänglichkeiten und Nachteilen solcher Gruppensituationen zu begegnen, lag der Fokus in der zweiten Feldphase auf Einzelinterviews.

Die Interviews folgten dem Grundsatz der Offenheit (vgl. Rieker/Seipel 2006). Mit wenigen, offen gehaltenen Fragen sollten Erzählstimuli ausgelöst und die Interviewpartnerinnen zu umfassendem Erzählen über ihre Sicht auf die Dinge und die Umstände ihrer Handlungen angeregt werden. Damit wurde sich in den Grundzügen an narrative Interviews angelehnt. Diese Interviewform besticht durch ihre Offenheit und Flexibilität, wodurch auch Unerwartetes, Überraschendes, Kontroverses und mitunter auch (im ersten Augenblick) Belangloses zutage gefördert werden kann. Narrative Interviews leben von einer bestimmten Unwissenheit und Ahnungslosigkeit des Forschenden. Damit einher geht, bei Unklarheiten und vermeintlich banalen Sachverhalten nachzuhaken und sich das Erzählte eingehender schildern zu lassen. Genaues Zuhören und Aufmerksamkeit sind erforderlich, um auf bedeutsame Aspekte zu geeigneter Zeit noch einmal näher eingehen zu können (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014: 79-88). Trotz der offenen Herangehensweise war ein spezifisches Hintergrundwissen für die Interviewführung dienlich (vgl. Bogner/Menz 2002: 37). So wurden bereits vor den Feldaufenthalten Informationen zu den jeweiligen Initiativen und Orten aus den gesichteten Dokumenten zusammengetragen (dazu Kapitel 4.4.1). Markante Sachverhalte und Schlüsselereignisse wurden vermerkt. Diese Notizen dienten anschließend bei der Interviewführung als gedankliche Stützen. Entsprechendes Vorwissen ermöglichte es, an geeigneten Stellen während der Interviews nachzufragen und noch nicht angesprochene Aspekte zum Gesprächsgegenstand zu machen.

Als Gesprächseinstieg wurden sowohl in den Gruppen- wie auch den Einzelinterviews die Gesprächspartner gebeten, zunächst auszuführen, wie ihre persönliche Geschichte im Ort ist. Dies

sollte in erster Linie ‚das Eis brechen', war also nicht dazu gedacht, biografische Zusammenhänge zu erfahren, sondern einen ersten Erzählimpuls auszulösen. Wohlwissend um den eigentlichen Untersuchungsgegenstand, den Dorfladen, bewegten sich die Gesprächspartnerinnen in ihren Ausführungen relativ schnell auf diesen zu. Es folgte die Bitte zu schildern, wie es aus ihrer Sicht zur Gründung des Dorfladens gekommen ist. Alle Interviews fanden in lebensnaher Umgebung der Gesprächspartnerinnen in den jeweiligen Orten statt: mehrheitlich in den Dorfläden selbst, mitunter aber auch in den Wohnungen der Interviewten, in der örtlichen Gastwirtschaft oder (bei Kommunalpolitikerinnen) zum Teil in der Gemeindeverwaltung. Die Authentizität der Gesprächsumgebung wurde als wichtig erachtet, um die Ausnahmesituation eines Interviews für die Befragten ein Stück weit von ihrer Besonderheit zu lösen und eine möglichst alltagsnahe Gesprächsatmosphäre herzustellen (vgl. Lamnek 2005: 396).

Im Rahmen der vier eingehend beforschten Fallbeispiele (Linsburg, Scharfenstein/Venusberg, Schapdetten, Alerheim) wurden im Zeitraum von Juni 2016 bis Oktober 2017 in der Summe 23 Interviews durchgeführt, in denen insgesamt 35 und in jeder Initiative mindestens sieben Protagonisten zu Wort kamen. Alle Interviews konnten mit vorherigem Einverständnis der Gesprächspartnerinnen aufgezeichnet und für die Analysen genutzt werden. Die Interviews nahmen zwischen 31 und 171 Minuten in Anspruch. Im Durchschnitt dauerte ein Interview 74 Minuten. Hinzu kamen Konversationen im Vor- und Nachlauf. Auffällige Sachverhalte wurden im Nachgang der Interviewsituation protokollarisch festgehalten. In allen Fallbeispielen konnte ein breites Spektrum an Personen befragt werden, die in unterschiedlicher Intensität in die Gründungsprozesse involviert waren. Dazu gehörten Personen, die in federführender Verantwortung die Organisationen aufgebaut und/oder einen verantwortungstragenden Posten (in Vorstand oder Aufsichtsrat) eingenommen haben. Hinzu kamen Personen, die in geringerem Maße oder temporär beim Aufbau unterstützend mitwirkten. Darüber hinaus konnten in allen Fallbeispielen einst oder gegenwärtig in kommunalpolitischen Strukturen eingebundene Akteure (z.B. Gemeinderatsmitglieder, Bürgermeister, Ortsvorsteherinnen) als Gesprächspartner gewonnen werden. Deren Einbezug basierte auf der (im Zuge der Dokumentenanalysen erlangten) Erkenntnis, dass diese häufig eine wichtige Rolle für den Anschub eingenommen hatten (dazu Kapitel 6.2.2). Des Weiteren konnte davon ausgegangen werden, dass kommunalpolitische Akteure in besonderer Weise mit den örtlichen Gegebenheiten wie demografischen Entwicklungen vertraut sind.

4.4.3 Feldaufenthalte und -beobachtungen

Die Untersuchung beinhaltete keine umfassende ethnografische Feldarbeit mit dem Ziel, als Wissenschaftler in die Alltagswelt der Menschen einzutauchen und darüber die Welt aus ihren Blickwinkeln oder den Sinngehalt ihrer alltäglichen Handlungen zu erschließen. Der Mehrwert einer solchen Perspektive erschien für das zugrunde liegende Erkenntnisinteresse, gemessen am hierfür erforderlichen Aufwand, eher begrenzt. Gleichwohl wurden in allen vier näher untersuchten Initiativen mehrtägige Feldaufenthalte vollzogen.

Aus vier Gesichtspunkten hat dies den Forschungsprozess bereichert. Erstens ergaben sich während der Feldaufenthalte Gelegenheiten für ausgiebige Vor-Ort-Begehungen. Auffälligkeiten wie leerstehende Ladenlokale oder Interventionen in den öffentlichen Raum konnten registriert und fotografisch festgehalten werden. Gleiches gilt für augenscheinliche Charakteristika der Läden: Waren- und Dienstleistungsangebote, Kundenfrequenzen, ausliegende Flyer, Informationstafeln etc. wurden erfasst. Zusammenhänge und Hintergründe dieser Eindrücke konnten in den Interviews erfragt und reflektiert werden.[42] Zweitens eröffneten die Aufenthalte Gelegenheiten für weitere Gespräche. Hin und wieder mündeten beiläufige Begegnungen mit Bewohnerinnen in einen kurzen Austausch – oder in einem Fall in eine mehrstündige Exkursion durch Venusberg.

Drittens ergaben sich während der Aufenthalte nach vorheriger Rücksprache mit den Verantwortungsträgern Möglichkeiten, an Veranstaltungen und internen Treffen teilzunehmen. In Scharfenstein konnte dem monatlich ausgetragenen Genossenschaftsstammtisch beigewohnt werden. In Linsburg eröffnete die Teilnahme an der turnusmäßigen Mitgliederversammlung die Chance, weitere Interviewpartner für die vorliegende Dissertation zu gewinnen. Die Schapdettener luden zu einem allwöchentlichen Stammtisch im Laden ein. Das Erlebte und die Eindrücke wurden am Ende des jeweiligen Tages in einem Feldforschungstagebuch schriftlich festgehalten. Und viertens halfen die mehrtägigen Feldaufenthalte, eine gewisse Vertrauensbasis zu federführenden Akteuren aufzubauen. Dies war insofern nützlich, als damit Zugriff auf organisationsinterne, öffentlich nicht frei zugängliche Dokumente gewährt wurde.

4.4.4 Analyse organisationsinterner Dokumente

Im Zuge der Arbeiten konnte eine reiche Vielfalt organisationsinterner Dokumente gesammelt und für die Analysen verwertet werden. Diese Dokumente wurden in erster Linie von den federführenden Akteuren eigenständig angefertigt. Hinzu kamen von externen Personen ausgearbeitete Dokumente, wie etwa eine Machbarkeitsstudie eines professionellen Beraters. Zuallermeist lagen die Dokumente in Schriftform vor. Aber auch künstlerisch-gestalterische Dokumente (z.B. Logoentwürfe) waren darunter. Alle vier Initiativen stellten PowerPoint-Präsentationen von Mitgliederversammlungen bzw. Mobilisierungsveranstaltungen zur Verfügung. Auch Protokolle, Mitschriften und Moderationsskripte entsprechender Veranstaltungen sowie Vordrucke von Haushaltsbefragungen und dazugehörige Auswertungen wurden bereitgestellt.

Alle vier Organisationen richteten Online-Auftritte sowohl in Form von Webseiten als auch Facebook-Präsenzen ein. Die Initiatoren des Dorfladens Linsburg machten zahlreiche interne Dokumente (wie etwa Protokolle von Mitgliederversammlungen) online frei zugänglich. Die Satzungen standen auf den jeweiligen Webseiten zum Download bereit. Insbesondere die Facebook-Auftritte hielten wertvolle Informationen bereit, da auf diesen bspw. über anstehende Veranstaltungen benachrichtigt wurde. Regelmäßige Besuche der Online-Auftritte (in ca. 14-

[42] Beispielsweise hatte ich während meines zweiten Feldaufenthaltes in Schapdetten eine leerstehende Bankfiliale registriert. Dies gab mir Anlass, in einem Gruppeninterview nachzuhaken, was es damit auf sich hat. Daraus resultierten umfassende Ausführungen über die Hintergründe des Schließens (dazu Kapitel 6.4.2).

tägigen Abständen) ermöglichten es, auch nach den Feldaufenthalten ein Stück weit im Bilde über aktuelle Entwicklungen der Initiativen zu bleiben. Mithilfe der Informationen aus den organisationsinternen Dokumenten und Online-Auftritten konnte das Interviewmaterial einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Sie waren hilfreich, um bspw. nachträgliche Umdeutungen oder die strategische Ausrichtung bestimmter Aussagen (bspw. aufgrund sozialer Erwünschtheit) zu erkennen. Die analysierten organisationsinternen Dokumente sind in Anhang I aufgeschlüsselt.

4.5 Datenaufbereitung und -analyse

Das gesammelte Datenmaterial war umfangreich und vielfältig. Entsprechend wichtig erschien es, dieses für die Analysen strukturiert aufzubereiten. Das aufgezeichnete Interviewmaterial wurde vollständig mit dem Programm f4 transkribiert und anschließend anonymisiert. Bei der Transkription wurde – orientiert am Forschungsinteresse – pragmatisch vorgegangen. Dialekte wurden bspw. nicht berücksichtigt. Im Fokus stand der Wortlaut, die Inhalte des Gesagten. Im Hintergrund ablaufende Störungen oder besondere Ereignisse (wie die Begrüßung von Mitmenschen seitens der Gesprächspartnerinnen) wurden festgehalten, sofern diese als bedeutsam für die spätere Analyse erachtet wurden. Gleiches gilt für Pausen, nonverbale, gestische oder emotionsgetriebene Elemente (wie Lachen) und sonstige auffällige Veränderungen im Tonfall, die bspw. auf Ironie hindeuteten oder eine abwertende Haltung gegenüber einem Sachverhalt signalisierten (vgl. Lamnek 2005: 403).[43] Sowohl Feldnotizen als auch Presseartikel und organisationsinterne Dokumente wurden (wenn nicht bereits so vorliegend) im Sinne der Übersichtlichkeit eingescannt und in elektronische Form gebracht.

In Anbetracht des Umfangs des Materials diente ein elektronisches Programm der Datenstrukturierung und -analyse. Die Wahl fiel auf MAXQDA. Die gewonnenen Daten wurden kontinuierlich in das Programm eingepflegt, um diese in einem nächsten Schritt einer offenen Codierung zu unterziehen (vgl. Kuckartz/Rädiker 2014). Ausgerichtet am Erkenntnisinteresse erhielten relevante Textsequenzen thematische Codes. Die Codierung erfolgte zunächst sehr breit und offen, im weiteren Verlauf dann immer fokussierter. So traten schrittweise markante und wiederkehrende Sachverhalte und Zusammenhänge hervor. Entsprechendes wurde zu übergeordneten inhaltlichen Kategorien verdichtet. Die entwickelten Codes und Kategorien sind in Anhang II aufgeschlüsselt. Das Material aus den vier Fällen wurde wiederkehrend miteinander

[43] Alle im Folgenden verwendeten Interviewpassagen wurden zugunsten einer besseren Lesbarkeit sprachlich und grammatikalisch korrigiert. Darüber hinaus wurden sie einer weitreichenden Anonymisierung unterzogen. Ausführungen, die sich auf eigene Handlungen beziehen (z.B. "Ich habe") und damit Rückschlüsse auf die Identität der Handlungsträgerinnen erlauben, wurden ersetzt durch Handlungsbeschreibungen anderer (z.B. "Sie hat"). Verwandtschaftsverweise (z.B. „meine Mutter“) wurden durch andere Verwandtschaftsverhältnisse ersetzt (z.B. „meine Nichte“). Gleiches gilt für biografische Daten und personenspezifische Merkmale wie Alters- und Berufsangaben. In jedem Falle blieben Inhalt und Aussagegehalt der zitierten Textpassagen davon unberührt. Den Erkenntnisprozess so transparent wie möglich zu machen, steht bei qualitativen Forschungsarbeiten im Konflikt mit dem Ansinnen, die Anonymität der Gesprächspartnerinnen zu wahren. Da es einen kaum leistbaren Aufwand bedeutet hätte, personenbezogene Spuren aus den Rohtranskripten allumfassend ‚zu verwischen‘, und so die Anonymität und damit den Schutz der Gesprächspartnerinnen zu wahren, sind die Transkripte nicht im Anhang untergebracht. Diese können von hierfür autorisierten Personen nach Rücksprache eingesehen werden.

verglichen und hinsichtlich Gemeinsamkeiten und Unterschieden ausgeleuchtet (vgl. Strübing 2014: 465f.). Bei diesem Vorgehen lag das Augenmerk mitunter auf einer tiefgründigen Auseinandersetzung mit den Details und Besonderheiten innerhalb eines Falles. Den Schwerpunkt bildeten allerdings themenspezifische Analysen zwischen den Fällen mit dem Ziel, wiederkehrende Muster zu identifizieren. Durch dieses Vorgehen konnte von den detaillierten Inhalten einzelner Textsequenzen nach und nach Abstand genommen und ein größerer Abstraktionsgrad erzielt werden. Fallspezifische Variationen und zwischen den Fällen Zuwiderlaufendes wurden vermerkt. Besonders markante und eindrückliche Textpassagen wurden bereits in das Hauptdokument der Dissertation als aussagekräftige Ankerpunkte für spezifische Argumentationslinien eingepflegt.

Der intensiven Auseinandersetzung mit dem Material wurden immer wieder Pausen zwischengeschalten. Diese boten Gelegenheit, in gedanklichen Abstand zu Einzelheiten zu treten, sich von nun präparierten Denkmustern wieder ein Stück weit zu lösen und die Gedanken noch einmal für abweichende analytische Blickwinkel zu öffnen. Dabei wurden einzelne Transkripte und Dokumente zwischenzeitlich immer wieder isoliert und fernab der in MAXQDA vorgenommenen Codierung gelesen. Damit sollte die Gefahr eingedämmt werden, dass bestimmte Aspekte in der Analyse überhöht werden oder der Blick einseitig bzw. eingeengt wird, und damit andere (womöglich ebenso bedeutsame) Aspekte unentdeckt bleiben.

Herausforderungen bei der Analyse des Materials

Insbesondere in den Gruppeninterviews wurde mitunter viel gelacht. Eine Einordnung des Lachens fiel nicht immer leicht. So führte etwa ein Teilnehmer eines Gruppeninterviews aus, dass sie im Dorf keine allgemeine „Zwangsmitgliedschaft“ ausgerufen hätten (Int_2). Diese Aussage sorgte für Heiterkeit in der Runde. Wahrheits- und Ironiegehalt wie auch die Hintergründe des Gesagten und der daraus resultierenden Heiterkeit verblieben verhüllt. Gleiches gilt für Aussagen wie: „Und wir haben dann auch den Aufsichtsrat gewählt, den Vorstand gewählt, diese Leute, die im Vorfeld alle weitgehend bearbeitet [wurden] [lacht].“ (Int_19) Auch wenn der Wortlaut auf machtgeladenes Wirken hindeutet, ließ das dabei hervortretende Lachen auch die Interpretation zu, dass es womöglich doch alles nicht ganz so ernst war – zumindest aus der Sicht des Gesprächspartners.

Mitunter gestaltete es sich schwierig, den Ursprung des Gesagten angemessen einzuordnen. Herausfordernd war an einigen Stellen, sauber zu trennen zwischen Äußerungen, die aus eigenen Gedankengängen herrührten, und Aussagen, die bereits durch äußere Einflüsse vorstrukturiert waren. So äußerte etwa ein Gesprächspartner: „Wir wollen kein Laden werden für sogenannte HIV-Artikel. (…) Hab‘ Ich Vergessen.“ (Int_1) Auf den ersten Blick mutete es an, dass dieses Wortspiel den Gedanken des Gesprächspartners entstammte. Im Zuge der parallel im Forschungsprozess getätigten Dokumentenanalysen (Kapitel 4.4.1) konnte jedoch identifiziert werden, dass es sich hierbei um die Übernahme eines Wortspiels von einem externen Berater gehandelt hat. Dieser Berater stand ebenjener Initiative anfänglich zur Seite und formuliert genau dieses Wortspiel des Öfteren bei seinen Vorträgen auf Informationsveranstaltungen zur Gründung bürgerschaftlich getragener Dorfläden.

An anderen Stellen wurden solche Überführungen externer Einflüsse in das eigene Handeln noch deutlicher: „Also der [Berater] sagt: ‚Das Allerwichtigste ist die Identifikation der Leute mit ihrem Laden.'" (Int_1) Es bestand also offensichtlich eine Verbindung zwischen dem Wirken externer Akteure im Ort und dem Handeln derjenigen, die sich dem Aufbau der Initiativen angenommen hatten. In einer Initiative gab ein externer Berater den Protagonistinnen den Ratschlag an die Hand: „Dabei wird das unverwechselbare Profil über die regionalen Produkte wie Fleisch- und Wurstwaren, Backwaren, sonstige regionale Produkte wie Honig, Eier, Nudel, Getreideprodukte etc. gebildet." (OD3_1: 16) Dieser Empfehlung wurde nachgekommen. In einer anderen Initiative hieß es: „Ganz am Anfang hat der [Berater] gesagt: ‚Ihr müsst einen Fragebogen machen.' Haben wir auch gemacht." (Int_11) Wissend um die Relevanz solcher Einflüsse galt es, das Gesagte immer wieder einer kritischen Reflexion zu unterziehen. Dies galt im Besonderen hinsichtlich der Frage, inwieweit bestimmte Handlungen aus einem intentionalen Eigenantrieb bzw. einer intrinsischen Motivation heraus vollzogen wurden oder diese strategischen Erwägungen folgten. Zugleich war das Wissen über solche externen Einflüsse insofern bedeutsam, als es Hinweise hinsichtlich der Institutionalisierung der Idee lieferte: Offenkundig traten die Initiativen nicht alleinig als Ergebnis örtlichen Experimentierens hervor, sondern sie machten sich ortsungebundenes Wissen zu eigen (dazu Kapitel 6.3.2).

An wenigen Stellen traten offene Widersprüche in den Aussagen einzelner Gesprächspartner auch innerhalb eines Falles zutage. Während ein Akteur rückblickend auf die Resonanz der Bewohnerinnen auf die Dorfladen-Idee die Auffassung vertrat, dass „eigentlich alle begeistert [waren]" (Int_18), gab eine andere Gesprächspartnerin Gegenteiliges zu erkennen: „Also das Dorf war echt gespalten." (Int_7) In einem anderen Fall äußerte ein Protagonist seine Freude über die personelle Kontinuität in der Initiative. Nach seinem Dafürhalten waren „die Arbeitsgruppen kaum reduziert worden (..), da ist kaum jemand abgesprungen, das ist fantastisch" (Int_1). Eine Mitstreiterin blickte hingegen zurück: „Da sind am Anfang sehr viele abgebröckelt, da gab es so Meinungsverschiedenheiten." (Int_4) Zwischen realitätsgetreuen, erwünschten oder womöglich verzerrten Darstellungen zu unterscheiden, war dabei nicht immer leicht. Andererseits lieferten solche konkurrierenden Deutungen wiederum selbst interessantes Material. Um solche Widersprüchlichkeiten aufzulösen und Fehlschlüsse zu vermeiden, war es hilfreich, Presseartikel sowie organisationsinterne Dokumente zu Rate zu ziehen und entsprechende Informationen mit den Inhalten aus den Gruppen- und Einzelinterviews zu verschränken.

4.6 Verlauf der Feldarbeit und kritische Reflexion der eigenen Rolle

Wie in Kapitel 4.4.2 geschildert, wurden in allen vier untersuchten Initiativen sowohl Gruppen- wie auch Einzelinterviews durchgeführt. Bei ersteren wurden für die jeweiligen Initiativen bedeutende Protagonistinnen an einen Tisch gebeten, um in offener Herangehensweise über ihre Initiativen zu sprechen. Dabei zeigte sich der Mehrwert einer solchen Gruppenkonstellation. Teilnehmerinnen nahmen immer wieder Bezug auf die Aussagen der anderen, ergänzten einander oder widersprachen sich, was wiederum sprachliche Interventionen nach sich zog. Häufig

nahmen die Gespräche ohne aktives Zwischensteuern eine lebendige Dynamik an. Die Gesprächsatmosphären waren weitgehend harmonisch. Offene Auseinandersetzungen oder Affronts konnten nicht ausgemacht werden. Dies mag auch darin begründet liegen, dass die Gesprächskonstellationen Ergebnisse dessen waren, wie sie vonseiten meiner Kontaktpersonen anberaumt wurden. Wissend um die damit verbundene Problematik, dass dadurch womöglich konträre Standpunkte nicht zutage gefördert werden, eröffneten insbesondere die Einzelinterviews Gelegenheiten, Dinge zu sagen und Positionen zu beziehen, die in Gruppenkontexten unter Umständen nicht aussprechbar gewesen wären. Gerade Personen, die in zweiter Reihe agierten und mit etwas größerem Abstand auf das Geleistete blickten, gaben zum Teil wertvolle Einsichten in Zusammenhänge außerhalb der Kerngruppe und in konfliktbehaftete Aspekte. Als besonders fruchtbar haben sich auch die Perspektiven der kommunalpolitischen Akteure erwiesen, die nicht nur sehr gut über die Initiativen Bescheid wussten, sondern darüber hinaus tiefe Einblicke in örtliche Entwicklungszusammenhänge geben konnten.

Die Feldaufenthalte boten Gelegenheit für eingehende Auseinandersetzungen mit den Orten und den Initiativen. Es ergaben sich immer wieder Möglichkeiten für kurze beiläufige Gespräche ‚zwischen Tür und Angel' mit Bewohnerinnen auf der Straße oder mit Betreibern der Unterkünfte. Obwohl die dabei zutage tretenden Informationen nicht unmittelbar in die Analysen eingeflossen sind, waren sie dennoch hilfreich, Stimmungsbilder einzufangen, entsprechende Eindrücke im Feldtagebuch zu dokumentieren und diese bei der nachträglichen Aufarbeitung zurück am Schreibtisch noch einmal zu reflektieren und neben das sonstige Datenmaterial zu legen.

Kritische Reflexion der eigenen Rolle

Der Wissenschaftler, der sich ins Feld begibt, verliert damit unweigerlich seine Rolle als neutrale Instanz, die lediglich dem Interesse am Erheben ‚neutraler' Daten nachgeht. Nach Strübing (2014: 460) sind Daten stets das „prozesshafte Produkt der Interaktion von Forschenden und Feld". Indem ein Forschender im Feld (körperlich) Präsenz zeigt und in Interaktion (und damit in Beziehung) mit den zu Beforschenden tritt, gehen von ihm unabwendbar Einflüsse auf das Untersuchungsgeschehen aus (vgl. Rothfuß/Dörfler 2013: 25). Dies macht eine kritische Reflexion der eigenen Rolle erforderlich.

In einigen Gesprächen wurde ich (wenngleich zumeist implizit) mit einer Erwartungshaltung konfrontiert, dass meine Aufenthalte und meine Forschungstätigkeiten auch einen Mehrwert für die Initiativen bereithalten. In niedrigschwelliger Weise kam dies bspw. darin zum Ausdruck, dass ich während eines Feldaufenthaltes angehalten wurde, als neutraler und unvorbelasteter Beobachter meine Eindrücke zu schildern, wenn mir im Laden Dinge auffallen, die im Hinblick auf die Warenpräsentation verbessert werden könnten. Damit wurde mir, obgleich von der Gesprächspartnerin nicht in dieser Weise intendiert, eine Rolle als Kontrollorgan, und somit möglicher Kritiker, der im Laden angestellten Mitarbeiterinnen zugetragen, die nach Auffassung der Gesprächspartnerin womöglich nicht alles ausreichend gut machten. In dem Fall

musste ich die Erwartungen ein Stück weit dämpfen, gab allerdings zu verstehen, dass ich „natürlich“ die Augen offenhalten würde. Zu tiefergehenden Gesprächen diesbezüglich kam es im weiteren Verlauf des Aufenthaltes nicht.

An anderer Stelle wurde ich als jemand gesehen, der nicht nur Wissen schafft, sondern bereits über einen reichen Wissensschatz verfügt und so womöglich Hinweise liefern könnte, die dem Gelingen der Initiative zugutekommen würden. So konfrontierte mich bspw. eine Gesprächspartnerin mit der Frage: „Gibt es jetzt gravierende Unterschiede, wenn sie jetzt unsere Läden sehen gegenüber NRW? Können sie da große Unterschiede feststellen, oder wie läuft das dort?“ (Int_16) Ein anderer Gesprächspartner richtete am Ende des Interviews auch noch eine Frage an mich:

> *„Ich habe aber noch eine Frage. Kennst du noch einen anderen Experten außer [Nachname] und [Nachname], die einem dabei helfen können, jetzt irgendwie so quasi diesen Ladenbetrieb zum Laufen zu bringen?“ (Int_11)*

Da ich, so ein weiterer Interviewpartner, „wahrscheinlich mehr Erfahrung [habe]“ (Int_16), könne ich gegebenenfalls auch sachdienliche Hinweise übermitteln. Hinzu kamen in die Zukunft gerichtete Hoffnungen, die an meine Person gesteckt wurden. In einem Fall bestand die Aussicht, dass „wir da irgendwann auch mal ein bisschen was davon haben [lacht]. (…) Sie werden ja ein Spezialist für die Sachen sein am Ende.“ (Int_1) Ein anderer Gesprächspartner hakte nach, ob ich im Nachgang meiner Arbeit „hier irgendwelche Empfehlungen“ (Int_14) aussprechen würde.

Auffällig bei nahezu all diesen Anliegen war, dass es dabei weniger um das Liefern neuer Ideen oder kreativer Anregungen ging, sondern dass sich diese auf die unmittelbare Überlebensfähigkeit der Initiativen richteten, also wie und mit welchen Maßnahmen ein Dorfladen auf betriebswirtschaftlich stabile Beine gestellt werden könnte. Solche Anfragen und zugetragenen Hoffnungen erforderten eine Reaktion meinerseits. Dabei verwies ich darauf, dass ich mich wenig mit betriebswirtschaftlichen Sachverhalten auskennen und mein Forschungsinteresse in erster Linie auf den Gründungsprozessen liegen würde.

In einem Fall wurde fernab des praktischen Nutzens auch eine gewisse Erwartung an die Ausrichtung meiner Ergebnisse gestellt. So ließe sich mit meiner Arbeit unter Umständen eine wichtige Botschaft in die Welt vermitteln. Ein Interviewpartner richtete das Anliegen an mich: „(…) und das müssen sie auch in ihrer Doktorarbeit mit rüberbringen.“ (Int_2)[44] Insgesamt kamen solche Anliegen eher beiläufig, verdeckt (in Nebensätzen) und mitunter scherzhaft zur Sprache. Keinesfalls wurden sie vorab als Bedingung für ein Kommen- und Einblick-Nehmen-Dürfen formuliert. Auch Vorwürfe, entsprechende Anliegen nicht erfüllen zu können, wurden nicht geäußert.

[44] Er wollte vermitteln, dass ein Dorfladen wichtig sei, um der „dramatische[n] Veränderung“ (Int_2) im Hinblick auf das soziale Miteinander entgegenzuwirken und die Unabhängigkeit älterer Menschen sicherzustellen.

An wenigen Stellen signalisierten Gesprächspartner, dass Grenzen des Sagbaren bestehen. So wollte bspw. ein Akteur über ein verborgenes Detail „nicht zu sehr aus dem Nähkästchen plaudern“ (Int_8).[45] Offensichtlich existierten also Wissensbestände, die zwar relevant erschienen, aber aufgrund der Sensibilität der Thematik nicht preisgegeben werden sollten oder konnten. Sich als Forscher in einem Ort zu bewegen, wo sich „die Leute [einfach kennen]“, und das „seit Jahrzehnten“ (Int_8), geht offenkundig damit einher, nicht über alles und bis ins letzte Detail in Kenntnis gesetzt zu werden. Dies galt es zu respektieren, zugleich aber auch im Erkenntnisprozess zu reflektieren.

[45] In entsprechender Interviewpassage ging es um das Verhältnis zwischen Ortsteil und Gemeinderat. Letzterem, so weiter im Gespräch, habe man „nicht so wahnsinnig viel zu verdanken“ (Int_8).

5 Darstellung der Fallstudien

5.1 Dorfladen Linsburg w.V.

Kerndaten der Gemeinde Linsburg		
Bundesland / Landkreis / Samtgemeinde		Niedersachsen / Nienburg (Weser) / Steimbke
Einwohner		954 (Stand: 31.12.18) – zum Vergleich: 964 am 31.12.08
Infrastruktur- und Einzelhandelseinrichtungen		Kindergarten, Blumenladen, Hotel mit Gaststättenbetrieb**, Tankstelle**, Getränkemarkt***, Bäckereifiliale***, Fleischereifiliale***
Bedeutende Organisationen des Soziallebens		Heimatfreunde Linsburg e.V., Freiwillige Feuerwehr, Jugendfeuerwehr, Sportverein Linsburg e.V., Schützenverein Linsburg e.V., Jagdhornbläsergruppe, Krieger- und Soldatenkameradschaft, Speeldeel Grinderwald, Motorsportclub Linsburg e.V.
Entfernung zum nächsten…	Oberzentrum	42,1 km – Hannover (Hbf.)*
	Mittelzentrum	11,0 km – Nienburg (Weser) (Bahnhof)*
	Lebensmittelmarkt	5,3 km – Edeka Husum*
Betriebsschluss des letzten Lebensmittelgeschäftes		2013 (Hofladen)
Webseite		www.gemeindelinsburg.de

Tab. 3: Kerndaten der Gemeinde Linsburg
*Eigene Zusammenstellung (Stand: November 2019) auf Grundlage der Interviews, Feldbeobachtungen und vorliegenden Dokumente, Landesamt für Statistik Niedersachsen 2019; * PKW-Strecke vom Dorfladen ausgehend (nach Google Maps – kürzeste Verbindung); ** außerhalb der Kernsiedlung lokalisiert; *** mit Eröffnung des Dorfladens in diesen integriert*

Linsburg ist eine eigenständige Gemeinde im Landkreis Nienburg/Weser (Niedersachsen). Der Ort verfügt über einen Anschluss an die Bundesstraße 6, worüber das Stadtzentrum von Hannover in etwa 40 Minuten zu erreichen ist. Am Ortsrand befindet sich der Bahnhof, der Linsburg an das Hannoveraner S-Bahn-Netz anbindet. Politisch ist die Gemeinde zwar eigenständig, hinsichtlich ihrer Entscheidungsgewalt allerdings stark eingeschränkt: „Große Entscheidungen können wir hier im Rat nicht treffen, weil die wichtigen Sachen, die richtig Geld kosten, die werden alle in der Samtgemeinde [Steimbke] entschieden.“ (Int_1) Hinzu kommt eine prekäre Haushaltslage: „Die Gemeinde ist pleite“, hielt ein anderer Gesprächspartner fest (Int_11). Die historische Entwicklung Linsburgs wurde vor allem durch die Landwirtschaft beeinflusst. Die dafür hergerichteten Fachwerkscheunen prägen bis heute das Ortsbild (Abb. 3). Als wirtschaftliches Rückgrat hat die Landwirtschaft hingegen stark an Bedeutung verloren. Der Verlust von Arbeitsplätzen

Abb. 3: Fachwerkgebäude in Linsburg (eigenes Foto)

konnte nur teilweise durch kleine Gewerbebetriebe kompensiert werden. Die Mehrheit der Linsburger geht der Erwerbsarbeit außerhalb der Gemeinde nach.

Waren die Bauernfamilien in der Vergangenheit „die tragenden Säulen des Lebens im Dorf" (Int_1) gewesen und auch im Gemeinderat tonangebend, ist deren Einfluss seit den 1990er-Jahren erheblich geschwunden. Mit der Gründung einer Wählergemeinschaft wollte eine jüngere, vorwiegend außerhalb Linsburgs aufgewachsene Generation den etablierten politischen Strukturen neue Dynamik geben. Mit Erfolg: Diese Wählergemeinschaft errang die Mehrheit im Gemeinderat. Bei der Kommunalwahl 2016 erhielt sie 54 Prozent der Stimmen und sicherte sich den Bürgermeisterposten. Der Wechsel der politischen Mehrheitsverhältnisse im Rat wurde insofern als bedeutsam erachtet, als davon neue Entwicklungsimpulse ausgingen. Tief im Gedächtnis ist den Linsburgerinnen eine mehrtägige Festveranstaltung anlässlich des 800-jährigen Bestehens des Ortes im Jahr 2003 geblieben. Als „Meilenstein für diesen Ort" (Int_1) wirkt diese Festlichkeit als Erwachen eines neuerlichen Gemeinschaftssinns bis in die Gegenwart nach: „Da haben alle wirklich bis auf den Letzten mitgemacht und da hat sich ein guter Zusammenhalt gezeigt. (…) Und da hat sich damals auch viel entwickelt, was heutzutage auch noch immer so besteht." (Int_1) Diese Festwoche …

> *„(…) hat richtig einen Auftrieb gegeben fürs Dorf, das war so ein Ziel und eine Herausforderung, das müssen wir hinkriegen. Und unser Bürgermeister (..), der hat uns auch immer so ein bisschen eingepeitscht. Also der hat allem immer optimistisch gegenübergestanden und gesagt: ‚Wir können das schaffen, wir haben zwar wenig Geld, aber wir kriegen das hin.' Und ja, der hat da immer darauf gedrungen und hat das den Leuten auch positiv vermittelt. Und da haben wir das auch wunderbar hingekriegt." (Int_5)*

Solche gemeinschaftlichen Anstrengungen haben dazu beigetragen, dass Linsburg trotz schwieriger Bedingungen (s.u.) für viele Bewohnerinnen ein lebenswerter Ort geblieben ist. Auch über solche Feierlichkeiten hinaus wurde das örtliche Sozialleben in den Gesprächen als lebendig und kooperativ umschrieben – u.a.: „Wenn hier irgendwie der Kindergarten eine Veranstaltung macht (…) oder irgendeine andere Dorfveranstaltung ist, dann sind auch viele Hände da, die dann helfen." (Int_11) Gegenseitiges Helfen fasst sich auch in institutionalisierten Strukturen ein. In einem regelmäßig einberufenen vereinsübergreifenden Stammtisch „werden die Sorgen besprochen, da wird um Hilfe angefragt" (Int_1). Allerdings sehen sich die ansässigen Vereine zunehmend mit demografischen Herausforderungen konfrontiert. So …

> *„(…) müssen die Ehrenämter besetzt werden, also die Vorstände, und jeder Verein ist da immer am Rumkrebsen, wenn jemand aufhört, dass man wieder einen gewinnt für den und den Posten. Und je mehr Vereine man hat, die Leute werden ja nicht unbedingt mehr, also das ist dann schwierig, jemanden zu finden." (Int_5)*

Demografische Schrumpfungsprozesse waren es auch, die den Gemeinderat zu Überlegungen veranlassten, wie dem entgegengesteuert werden könne. Das Protokoll einer Gemeinderatssitzung vom Mai 2013 dokumentiert erste Erwägungen:

„BM (..) stellt das Problem dar:

- Linsburg hat seit 2001 ca. 10 % seiner Bevölkerung verloren.
- Die verbleibende Bevölkerung wird im Schnitt immer älter, trotz der Geburten und des Zuzugs junger Familien.
- Eine Auswertung des Leerstandskatasters Wohnhäuser hinsichtlich des Alters der Bewohner >70 Jahre ergibt eine bedrohliche Lage.
- Der Schwund öffentlicher Einrichtungen und der Wirtschaft ist zwar langsam, aber kontinuierlich. Der Ort hat:
    - Keine Bank oder Sparkasse mehr
    - Keine Postfiliale/Poststelle mehr
    - Keine Arztpraxis mehr
    - Nur noch 1 Gasthaus und 1 Restaurant/Hotel
    - Kein Einzelhandelsgeschäft ("Kaufmannsladen") mehr

Die Folge dieser Verringerung von Bevölkerung und Wirtschaft: Der Ort wird zunehmend unattraktiver. Das wiederum verhindert, daß sich das Problem von selbst verringert. Ein Teufelskreis. Der Rat steht daher vor einer Wegegabelung: Entweder er läßt das Problem auf sich beruhen und sieht zu, wie es stets größer wird oder er nimmt die demographische Herausforderung an und ergreift Maßnahmen dagegen.

Eine Möglichkeit zur Abmilderung/Verlangsamung des beschriebenen Problems ist, die vorhandene Infrastruktur zu verbessern und/oder zu erweitern, um die Attraktivität des Dorfes wieder zu steigern. [Bürgermeister] fordert den Rat auf, darüber zu entscheiden, ob der Prozess zur Lösung des Problems angestoßen werden soll oder nicht.

Falls Ja, so wird es in der nächsten Zeit entsprechende Maßnahmen und Aktionen geben, um Lösungsmöglichkeiten auszuarbeiten. Ein ganz wesentlicher Punkt dabei wird die Beteiligung aller Bürger an den möglichen Lösungen und die Einbeziehung fachkompetenter Einwohner an der Umsetzung und Realisierung der Lösungswege sein. Ohne die Bürger wird es nicht gehen!

BM (..) appelliert an den Rat: Wir haben bis dato erfolgreich und schnell Entscheidungen und Lösungen für die Linsburger Kinder und Jugendlichen getroffen und umgesetzt, Stichwort Kinderkrippe. Jetzt müssen wir die Großeltern mitnehmen und deren Lebensqualität in Linsburg verbessern, sonst kommen auch die jungen Leute nicht zu uns. Wir müssen etwas tun! In dieser Sitzung geht es darum, den Denk- und Lösungsprozess anzustoßen. (…)

Auf die entscheidende Frage, ob der Rat diesen Weg mitgehen will, lautete der Beschluß einstimmig: Ja!“

Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 07.05.13 (SD1_5)

In kommunalpolitischen Kreisen herrschte also Gewissheit, dass es mit der infrastrukturellen Ausstattung wie auch der Bewohnerzahl abwärtsgeht – und aufwärts mit dem Durchschnittsalter der *verbleibenden Bevölkerung*. Die deutlich zu vernehmenden Zeichen des demografischen Wandels sowie des Schwundes *öffentlicher Einrichtungen und der Wirtschaft* ließen erste Gedanken reifen, wie dem etwas entgegengesetzt werden kann. Dies geschah zunächst auf offene Weise:

> *„Das war erstmal nur eine Idee, nach dem Motto: Wir müssen etwas machen. Wir dürfen das nicht einfach so weiterlaufen lassen und die Sache auf uns zukommen lassen und immer nur reagieren, sondern wir sollten jetzt, wo es noch nicht ganz so schlimm ist, etwas machen.“ (Int_1)*

Ein *Weiterlaufenlassen* dürfe es also nicht geben, bevor alles *noch schlimmer* werde. Entsprechende Ambitionen hin zu einer proaktiven Interventionspolitik wurden befruchtet durch die

Aussicht auf Fördergelder, die im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ bereitstanden. Sie veranlasste den Gemeinderat, sich an einem interkommunalen Kooperationsverbund zu beteiligen und sich in die Erarbeitung eines integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes (IEK) einzubringen.[46] Diese „einmalige Gelegenheit für so ein Dorf“ auf Fördergelder – so die einhellige Meinung im Gemeinderat – dürfe man nicht einfach verstreichen lassen, sondern man sollte „versuchen, [diese] in etwas Positives umzusetzen“ (Int_1). In den nun folgenden IEK-Veranstaltungen wurde die „Umnutzung einer Bestandsimmobilie zu einem Dorfladen“ als Projektidee eingebracht und als aussichtsreiches Vorhaben für eine Förderung verankert (SD1_10: 72). Ob das Vorhaben tatsächlich realisiert werden könnte, machte der Gemeinderat von einem positiven Förderbescheid abhängig: „Das war ja auch ein K.O.-Kriterium, haben wir immer gesagt, wenn wir die Fördergelder nicht kriegen, können wir auch das Projekt nicht machen.“ (Int_2) Trotz dieser Ungewissheit „ist der Gedanke vom Gemeinderat an die Öffentlichkeit gebracht worden“ (Int_1). Im November 2013 berief er eine Informationsveranstaltung für die Linsburger Bürgerschaft ein, wofür ein externer Berater beauftragt wurde, mögliche Wege zur Gründung eines Dorfladens aufzuzeigen. Der Abend ist wie folgt dokumentiert:

„(…) Ca. 120 Einwohner/innen waren der Einladung der Gemeinde zu dem Vortrags- und Diskussionsabend **‚Versorgungs- und Dienstleistungen im Dorf‘** gefolgt. Bürgermeister (..) eröffnete die Versammlung und stellte die Situation und Aufgabe kurz dar. Samtgemeindedirektor (..) erläuterte die Problematik ‚Demographische Entwicklung‘ anhand der Situation in der SG Steimbke und in der Gemeinde Linsburg. Dabei untermauerte er seine Aussagen mit statistischen Erkenntnissen und Schlussfolgerungen. Darauf aufbauend präsentierte Stv. Bürgermeister (..) die ganz konkrete Situation in Linsburg anhand einer ‚Chronologie des Schreckens‘, die das unaufhaltsame Wegsterben der ehemals in Linsburg vorhandenen Wirtschaft in Sachen Daseinsvorsorge deutlich machte. (…)

Den Schwerpunkt des Abends bildete ein eindrucksvoller **Vortrag** des Gastredners, Herr (..) aus Starnberg in Bayern, zum Thema **‚Dorfladen'** als einem Element aus dem Programm ‚Verbesserung der Lebensqualität‘. Er hat als Unternehmensberater bereits viele Dorfladen-Projekte mit Schwerpunkt in Süddeutschland erfolgreich begleitet und stellte diese Tätigkeit anhand immer wieder in seinen Vortrag eingeflochtener Beispiele dar. Zunächst dokumentierte er in beeindruckender Weise die Tatsache, daß sich ein engagiert und geschickt geführter Dorfladen **erfolgreich** gegen Supermärkte und Discounter behaupten kann, sogar wenn diese in fast unmittelbarer Nähe zum Dorfladen positioniert sind. (…)

Nach dieser Flut an Informationen und Eindrücken ergriff BM (..), sichtbar beeindruckt von diesem Vortrag, das Wort. Er stellte dann die entscheidende Frage: **Wollen wir das Projekt ‚Dorfladen in Linsburg‘ starten?** Das Ergebnis der ‚Abstimmung‘ war überwältigend: nahezu einstimmig wurde diese Frage durch Handaufzeigen bejaht! Auf die Frage ‚Wer wäre bereit, in der Aufbauphase neben der finanziellen Beteiligung dieses Projekt auch persönlich im Rahmen seiner geistigen und körperlichen Möglich- und Fähigkeiten zu unterstützen?‘ meldeten sich ca. 25 Personen. (…)“

Artikel der Gemeinde Linsburg vom 02.11.2013 (SD1_20a; Hervorhebungen im Original)

[46] Das Förderprogramm hatte zum Ziel, kleine Kommunen dabei zu unterstützen, „die zentralörtlichen Versorgungsfunktionen (…) dauerhaft, bedarfsgerecht und auf hohem Niveau für die Bevölkerung der Städte und Umlandgemeinden zu sichern“ (SD1_10: 22). Eine interkommunale Zusammenarbeit war Voraussetzung, um Finanzmittel aus dem Fördertopf abschöpfen zu können.

Infolge der positiven Resonanz und der Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung sah sich der Gemeinderat bestärkt, weitere Schritte zu setzen. Er berief im Februar 2014 eine zweite Veranstaltung ein, die nun nicht mehr nur einen Informationscharakter trug, sondern in der verbindliche Arbeitsstrukturen gebildet wurden. Von den etwa 80 anwesenden Linsburgerinnen ließen sich 45 für eine aktive Mitarbeit in einer der fünf Arbeitsgruppen gewinnen. Diese bildeten fortan die Basis für die Realisierung der Idee. Die Koordination der Arbeitsgruppen oblag einer mehrköpfigen Lenkungsgruppe. In ihren ersten Sitzungen erhielten die Arbeitsgruppen fachlichen Beistand durch den Berater, der bereits in der ersten Informationsveranstaltung in Erscheinung trat: „Dann war der auch mal hier zu einem Workshop, ist durch die Arbeitsgruppen gegangen, hat die da beraten, so dass die alle, sagen wir mal, auf die richtige Schiene gesetzt wurden, fachlich jetzt.“ (Int_1)

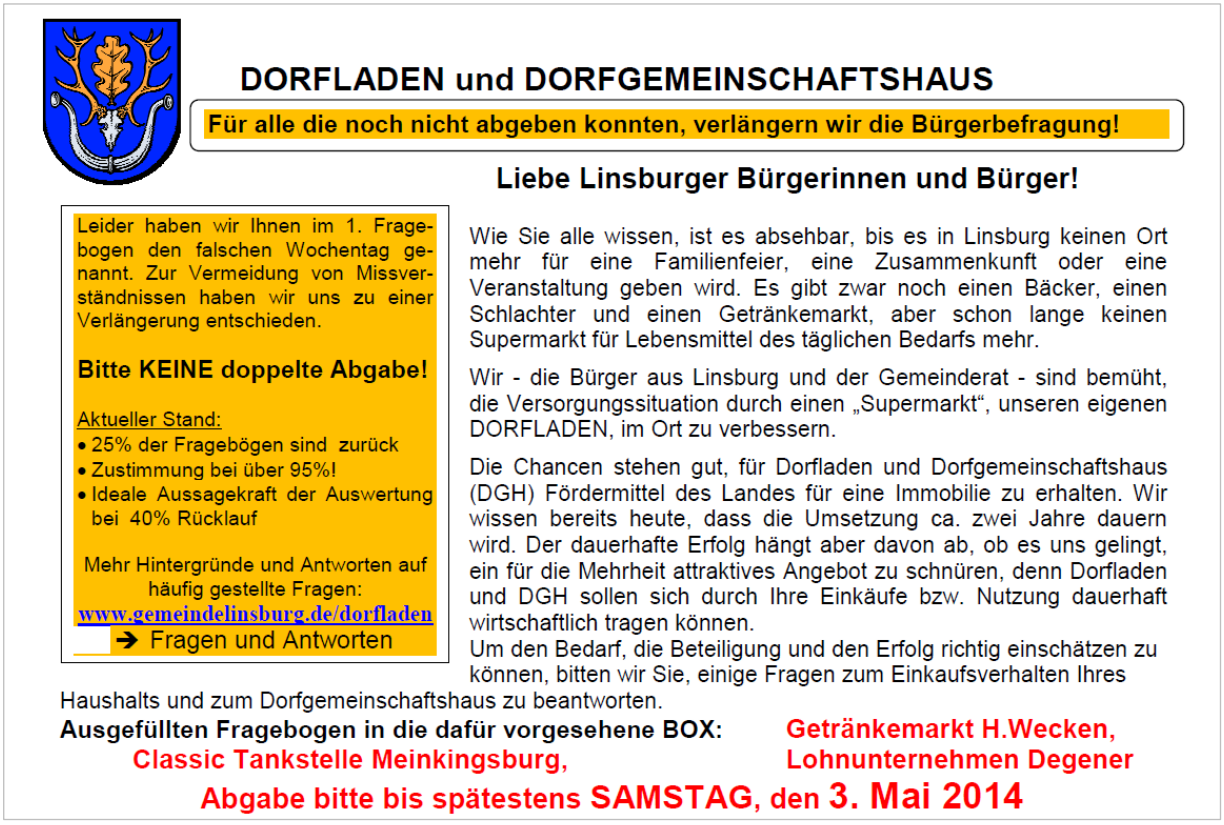
Abb. 4: Ehemaliges Gasthaus in Linsburg – 2017 zum Dorfladen umgebaut (eigenes Foto)

Im weiteren Projektverlauf wurde dann allerdings von weiterer professioneller Unterstützung abgesehen: „Das Geld wollten wir halt sparen.“ (Int_1) Stattdessen nahmen die federführenden Akteure Kontakt zu den Protagonisten zweier nahegelegener Dorfläden auf – jene in Leese und Otersen. Der Dorfladen Leese (ca. 20 km südwestlich von Linsburg gelegen) befand sich zu dieser Zeit selbst in der Gründungsphase und konnte sachdienliche Hinweise für die Umsetzung liefern. Der Dorfladen Otersen diente als „Suuuuper Dorfladen“ (Int_1) in erster Linie der mentalen Überzeugung. Die Gemeinde charterte hierfür eigens einen Bus, mit dem eine 30-köpfige Delegation aus Linsburg den Dorfladen Otersen besuchte. Zahlreiche Eindrücke sollten folgend auch im eigenen Vorhaben umgesetzt werden: „Und das hat jedem gut gefallen in Otersen, dass die im Café einige Bilder aufgehängt haben mit wechselnder Ausstellung. Und genau das wollen wir tatsächlich kopieren.“ (Int_12)[47]

Das von dem externen Berater vermittelte und von den besuchten Dorfläden erhaltene Wissen, möglichst viele Bewohner als Mitglieder gewinnen zu müssen, um die Tragfähigkeit eines solchen Ladens zu sichern, regte zu einer offensiven Mitgliederakquise an, welche die Arbeitsgruppe Marketing koordinierte. Diese führte eine standardisierte Haushaltsbefragung durch, um

[47] Der Dorfladen im etwa 500 Einwohnerinnen zählenden Otersen (ca. 30 km nördlich von Linsburg; Landkreis Verden in Niedersachsen) existiert bereits seit 2001. Er wird sowohl in überregionalen Presseartikeln (z.B. Süddeutsche Zeitung vom 21.09.13; National Geographic 2014) wie auch in Forschungsarbeiten (u.a. Zibell/Revilla Diez 2014: 53) als nachahmungswürdiges Beispiel illustriert. Vertreter des Dorfladens waren involviert bei der Gründung der Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden (dazu Kapitel 3.6).

die Bedarfe und die bisherigen Einkaufsgewohnheiten in Erfahrung zu bringen und zugleich Hinweise aufzunehmen, welche Waren und Dienstleistungen gewünscht werden (Abb. 5). Auf zahlreichen Veranstaltungen des dörflichen Lebens waren die Protagonistinnen mit eigenen Ständen zugegen (u.a. auf dem örtlichen Flohmarkt und dem Ernteumzug), um für die Idee zu werben. Zur Überzeugung älterer Bewohnerinnen, die sich besonders skeptisch zeigten, berief der Bürgermeister eigens einen Informationsabend für Seniorinnen ein. Flyer mit Informationen über den Fortschritt des Projektes gingen regelmäßig an alle Haushalte. Auf der gemeindeeigenen Informationstafel im Ortskern prangte das Logo des Dorfladens mit dem Aufruf „Jetzt Fan werden auf Facebook!“ und einige Bewohner gaben mittels Aufklebern auf ihren PKW zu erkennen, dass sie die Idee für einen Dorfladen unterstützen. Die Entschlossenheit, Deutungshoheit hinsichtlich der Wichtigkeit eines Dorfladens zu erlangen, spiegelte sich auf vielfältige Weise im Ortsbild wider.



DORFLADEN und DORFGEMEINSCHAFTSHAUS

Für alle die noch nicht abgeben konnten, verlängern wir die Bürgerbefragung!

Liebe Linsburger Bürgerinnen und Bürger!

Leider haben wir Ihnen im 1. Fragebogen den falschen Wochentag genannt. Zur Vermeidung von Missverständnissen haben wir uns zu einer Verlängerung entschieden.

Bitte KEINE doppelte Abgabe!

Aktueller Stand:
- 25% der Fragebögen sind zurück
- Zustimmung bei über 95%!
- Ideale Aussagekraft der Auswertung bei 40% Rücklauf

Mehr Hintergründe und Antworten auf häufig gestellte Fragen:
www.gemeindelinsburg.de/dorfladen
➔ Fragen und Antworten

Wie Sie alle wissen, ist es absehbar, bis es in Linsburg keinen Ort mehr für eine Familienfeier, eine Zusammenkunft oder eine Veranstaltung geben wird. Es gibt zwar noch einen Bäcker, einen Schlachter und einen Getränkemarkt, aber schon lange keinen Supermarkt für Lebensmittel des täglichen Bedarfs mehr.

Wir - die Bürger aus Linsburg und der Gemeinderat - sind bemüht, die Versorgungssituation durch einen „Supermarkt“, unseren eigenen DORFLADEN, im Ort zu verbessern.

Die Chancen stehen gut, für Dorfladen und Dorfgemeinschaftshaus (DGH) Fördermittel des Landes für eine Immobilie zu erhalten. Wir wissen bereits heute, dass die Umsetzung ca. zwei Jahre dauern wird. Der dauerhafte Erfolg hängt aber davon ab, ob es uns gelingt, ein für die Mehrheit attraktives Angebot zu schnüren, denn Dorfladen und DGH sollen sich durch Ihre Einkäufe bzw. Nutzung dauerhaft wirtschaftlich tragen können.
Um den Bedarf, die Beteiligung und den Erfolg richtig einschätzen zu können, bitten wir Sie, einige Fragen zum Einkaufsverhalten Ihres Haushalts und zum Dorfgemeinschaftshaus zu beantworten.

Ausgefüllten Fragebogen in die dafür vorgesehene BOX:
Classic Tankstelle Meinkingsburg,
Getränkemarkt H.Wecken,
Lohnunternehmen Degener

Abgabe bitte bis spätestens SAMSTAG, den 3. Mai 2014

Abb. 5: Anschreiben zur Bürgerbefragung in Linsburg (OD1_1)

Im November 2015 erhielt die Gemeinde die Fördermittelzusage aus dem o.g. Programm. Mit diesen Geldern konnte das (seit 2014 geschlossene) Gasthaus im Ortszentrum erworben und mit tatkräftiger Unterstützung der Bewohnerinnen renoviert werden. Verträge mit Lieferanten wurden abgeschlossen und sich mit weiteren örtlichen und überörtlichen wirtschaftlichen Akteuren hinsichtlich einer Zusammenarbeit verständigt. Konnten Bankgeschäfte im Ort bis dato nur über einen Sparkassenbus getätigt werden, wurde dies nun im Dorfladen ermöglicht.

Auch wenn die federführenden Akteure im Vorfeld der Gründung umfassende Anstrengungen unternahmen, die bestehenden Einzelhändler vor Ort in das Vorhaben einzubinden, traten Reibungspunkte auf. So legte der Vereinsvorsitzende „großen Wert auf die Feststellung, dass mit dem Dorfladen niemand verdrängt werden sollte. **Der Dorfladen fängt das auf, was sowieso aufgegeben worden wäre: Bäcker, Metzger, Getränkemarkt. Wir holen außerdem das zurück, was bereits verlorengegangen ist!**“ (OD1_20: 3; Hervorhebung im Original) Nach etwa fünf Jahren Vorbereitungszeit konnte der Dorfladen Linsburg im März 2018 mit großer Euphorie eröffnet werden. Ein Jahr später gab der Vorstandsvorsitzende des Vereins ein erstes Zwischenfazit: „Er bezeichnet das erste Betriebsjahr (…) als außerordentlich anstrengend. (…) Es wurden Fehler gemacht und intensive Erfahrungen gesammelt.“ (OD1_24: 2) Gleichwohl zeigte sich ein gewisser Optimismus, dass das Projekt zeitnah auf wirtschaftlich stabile Beine gestellt werden kann.

Kerndaten des Dorfladen Linsburg w.V.	
Erste Informationsveranstaltung	November 2013
Vereinsgründung	November 2014
Ladeneröffnung	März 2018
Eigentümerin der Immobilie	Gemeinde
Verkaufsfläche	167 qm
Öffnungszeiten	58 h/Woche (Stand: 26.11.18)
Mitglieder	327 (Stand: 18.06.18)
Wert je Geschäftsanteil	125 €
Eingebrachtes Kapital der Mitglieder	77.125 € (Stand: 18.06.18)
Besondere Leistungen (lebensmittelbezogen)	Fleisch- und Wursttheke, Käsetheke, Backwaren, Café-Ecke, Präsentkörbe
Sonstige Leistungen	DHL-Paketshop, Toto-Lotto, Schuhreparatur-Annahme, Bargeldauszahlung (Sparkasse)
Webseite	www.dorfladen-linsburg.de
Facebook-Auftritt	www.facebook.com/dorfladenlinsburg

Tab. 4: Kerndaten des Dorfladen Linsburg w.V. (eigene Zusammenstellung im November 2019)

5.2 Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG

Kerndaten der Ortsteile Scharfenstein und Venusberg (Gemeinde Drebach)			
		Scharfenstein	**Venusberg**
Bundesland / Landkreis / Gemeinde		Sachsen / Erzgebirgskreis / Drebach	
Einwohner		1.011 (Stand: 09.05.11)	1.059 (Stand: 09.05.11)
Infrastruktur- und Einzelhandelseinrichtungen		Kindergarten, Bäckereigeschäft, Blumenladen, Friseursalon, Malergeschäft, Sparkassenterminal, Geschäft für Kunsthandwerk, Burg Scharfenstein mit Museum	Grundschule, Kindergarten, Freibad, Friseursalon
Bedeutende Organisationen des Soziallebens		Freiwillige Feuerwehr, Fußballsportverein 95 Scharfenstein-Großolbersdorf e.V., Scharfensteiner Burgsänger e.V., Evangelisches Gemeindezentrum	Freiwillige Feuerwehr, Geschichte und Traditionspflege von Venusberg e.V., Kultur- und Freizeitverein Rittergut Venusberg e.V., Schnitzverein Venusberg e.V., Fußballverein Venusberg e.V., Volleyballverein Drebach/Venusberg e.V., Radsportverein Venusberg e.V., Venusberger Carnevalsverein e.V., Männerchor Venusberg e.V., Seniorenclub e.V., Evangelisch-methodistische Kirche
Entfernung zum nächsten...	Oberzentrum	22,0 km – Chemnitz (Hbf.)*	20,2 km – Chemnitz (Hbf.)*
	Mittelzentrum	11,0 km – Marienberg (Bahnhof)*	16,2 km – Marienberg (Bahnhof)*
	Lebensmittelmarkt	6,2 km – Edeka Drebach*	3,3 km – Edeka Gelenau*
Betriebsschluss des letzten Lebensmittelgeschäftes		Anfang der 2010er-Jahre	Herbst 2014
Webseite		www.gemeinde-drebach.de	

Tab. 5: Kerndaten der Ortsteile Scharfenstein und Venusberg (Gemeinde Drebach)
*Eigene Zusammenstellung (Stand: November 2019) auf Grundlage der Interviews, Feldbeobachtungen und vorliegenden Dokumente, Statistisches Landesamt Sachsen 2014; * PKW-Strecke vom Dorfladen ausgehend (nach Google Maps – kürzeste Verbindung)*

Scharfenstein und Venusberg sind zwei räumlich voneinander getrennte Ortsteile der Gemeinde Drebach im Erzgebirgskreis (Sachsen). Mit dem PKW sind sie in ca. 30 Minuten vom Oberzentrum Chemnitz erreichbar. Ihre politische Eigenständigkeit haben die Orte im Jahr 2005 bzw. 2010 im Zuge von Gemeindegebietsreformen verloren. Verbunden damit war ein „kleines Stückchen Identitätsverlust, was vielleicht auch so unterschwellig immer so bei einzelnen Bürgern sicherlich noch irgendwo vorhanden ist“ (Int_6). Seit der Eingemeindung vertritt jeweils ein ehrenamtlicher Ortsvorsteher die Interessen der jeweils etwa 1.000 Einwohner zählenden Ortsteile im Drebacher Gemeinderat.[48] Bis zur Zusammenführung entwickelten sich beide Siedlungen weitgehend losgelöst voneinander. Das Erscheinungsbild von Scharfenstein ist ge-

[48] Darüber hinaus existieren in beiden Ortsteilen Ortschaftsräte, in denen Themen besprochen und in den Gemeinderat Drebach eingebracht werden.

prägt von einer im 13. Jahrhundert errichteten Burg, die eine große touristische Anziehungskraft besitzt und ein Museum beherbergt.[49] Hin und wieder dient sie als Kulisse für Konzerte international bekannter Künstlerinnen mit bis zu 5.000 Besuchern. Zu DDR-Zeiten entwickelte sich Scharfenstein zu einem bedeutenden Standort der Produktion von Kühlschränken. Dies war aus mehreren Gesichtspunkten von großem Belang. Zum einen entstand eine großflächige Arbeiterwohnsiedlung mit einfachen Wohnkomplexen, was Scharfenstein einen erheblichen Bevölkerungszuwachs bescherte (Lehmann et al. 1977: 190). Zum anderen unterhielt der volkseigene Trägerbetrieb Deutsche Kühl- und Kraftmaschinen (DKK) wesentliche Infrastrukturen des örtlichen Soziallebens:

Abb. 6: Blick von der Burg Scharfenstein (eigenes Foto)

> *„Scharfenstein lebte von diesem Betrieb. Alles was sie sehen ist aus DDR-Zeiten. Der Sportplatz, Rasenplatz, die Gaststätte, Sportzentrum und vieles, vieles andere hat alles der Betrieb finanziert und hat sich darum gekümmert. (...) Alle kulturellen Veranstaltungen, ob das 1. Mai war, ob das Ostern war, die waren alle immer unter der Regie des Betriebes. Der Betrieb hat alles gemacht." (Int_14)*

Nach der Wiedervereinigung hat der Betrieb nicht mehr *alles gemacht*, da er, zunächst von der Treuhand in private Trägerschaft transferiert, 1997 aufhörte zu existieren.[50] Dieser Verlust war für Scharfenstein in dreifacher Hinsicht einschneidend. Erstens fiel der größte Arbeitgeber der Scharfensteiner weg. Zweitens verursachte der Einschnitt tiefe Wunden im Selbstwertgefühl vieler Bewohnerinnen, die bis heute nicht vollständig verheilt sind. Über entsprechende Entwertungserfahrungen der Nachwendezeit fand ein Gesprächspartner eindrückliche Worte:

> *„Also man ist schon als Scharfensteiner, wie soll ich es sagen, auch ein bisschen gebeutelt. Scharfenstein war ja mal eine Gemeinde, die republikweit, DDR-weit bekannt war durch die Kühlschrankfabrik. Also wir waren Alleinhersteller von Kühlschränken (...). Im letzten Jahr vor der Wende sind hier unter der Federführung dieses Werkes eine Million Kühlschränke gebaut worden. (...) Und wenn man da aus diesem doch Bekanntheitsgrad fast in die Bedeutungslosigkeit gebombt wird, ist das schon erschreckend." (Int_14)*

[49] Der ebenfalls an die Burg angegliederte Gastronomiebetrieb schloss Anfang 2019.

[50] Das Aus von DKK zu Nachwendezeiten wird heute als Paradebeispiel einer fehlgelaufenen Abwicklungspolitik diskutiert. DKK entwickelte 1993 in Kooperation mit Greenpeace den weltweit ersten FCKW-freien Kühlschrank, wofür das Unternehmen im selben Jahr den Deutschen Umweltpreis erhielt. Da es auf Bitten von Greenpeace davon absah, die Innovation patentieren zu lassen, machten sich auch andere Hersteller diese Technologie zu eigen (MDR vom 18.09.19; Freie Presse vom 31.08.18). Über den weiteren Verlauf wurde in der WirtschaftsWoche vom 26.09.11 Bericht erstattet: „Sie starten eine Medienkampagne und wettern gegen die ‚gefährlichen' Geräte aus Ostdeutschland. Die Treuhand senkte – auf Rat westdeutscher Verbände und Konzerne – den Daumen, DKK musste schließen. Die Konkurrenz aus dem Westen übernimmt wenig später die neue FCKW-freie Kühltechnik – und hinterlässt im erzgebirgischen Scharfenberg [sic!; gemeint ist Scharfenstein] Industrieruinen und verlassene Landschaften."

Dieser Ausfall hat – drittens – zu deutlichen Rissen im örtlichen Sozialleben geführt. So sei nach Auffassung eines Gesprächspartners „dieses Miteinander nicht mehr so ausgeprägt (..), wie es mal war oder wie das halt sein müsste für eine Dorfgemeinschaft“ (Int_15). Dies drückt sich auch in reduzierten Vereinsaktivitäten aus: „Vereinsleben ist hier relativ tote Hose“, meinte dazu ein anderer Gesprächspartner (Int_13). Scharfenstein beherbergt heute noch einen Kindergarten, ein evangelisches Gemeindezentrum, eine Familienbäckerei sowie den Bahnhof, der den Ort an die Achse Chemnitz – Cranzahl anbindet. Viele andere funktionstragende und ortsbildprägende Einrichtungen wie die Schule wurden hingegen in den vergangenen Jahren geschlossen. Zahlreiche Gebäude und Ladenlokale sind nunmehr durch Leerstand gekennzeichnet und weisen einen zum Teil erheblichen Sanierungsbedarf auf (Abb. 7). Der Ortskern habe sich zu einer „kleinen Einöd mittlerweile“ entwickelt, beklagte dazu ein Bewohner (Int_14).

Abb. 7: Leerstehendes Ladenlokal und verlassene Gastwirtschaft in Scharfenstein (eigenes Foto)

Im Vergleich zu Scharfenstein ist der Siedlungskörper von Venusberg deutlich kompakter. Das Ortszentrum ist durch das Zusammenlaufen zweier überörtlicher Straßen zu einem zentralen Platz klar als solches erkennbar. An diesem Platz liegen die Grundschule, der Festsaal sowie Gebäude der ehemaligen Gemeindeverwaltung und der (mittlerweile geschlossenen) Sparkasse an. Im Gegensatz zu Scharfenstein wurde Venusberg nicht durch eine markante Industriehistorie geprägt, sondern war und ist in erster Linie Wohnstandort. Die Vereinslandschaft ist vielfältig, wenngleich in den vergangenen Jahren aufgrund ausbleibenden Nachwuchses einige Aktivitäten eingestellt werden mussten.[51] Die zu DDR-Zeiten noch sehr reichhaltige Geschäftsstruktur fiel in der Nachwendephase fast vollständig brach (vgl. Scheffler 2006: 141-170). Ein Venusberger spitzte dahingehend zu: „Wir hatten gar nichts mehr im Ort.“ (Int_16) Im Bereich der Lebensmittelnahversorgung beschränkte sich das Angebot auf ein knappes Sortiment an Backwaren, die in einer kleinen Filiale im Ortszentrum erworben werden konnten.

Abb. 8: Wohngebäude in Venusberg (eigenes Foto)

[51] Schwindendes Interesse führte dazu, dass Anfang 2019 der Spiel- und Freizeittreff für Kinder und Jugendliche geschlossen wurde.

Dass kommunalpolitische Akteure in Scharfenstein und Venusberg Gedanken über die Einrichtung von Dorfläden hegten, ging auf ähnlich geartete Problemkonstellationen zurück. In beiden Ortsteilen mussten Anfang der 2010er-Jahre die letzten verbleibenden Geschäfte für Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs mangels finanzieller Tragfähigkeit schließen. Im Vorlauf des Betriebsschlusses hatte der Betreiber des Geschäftes in Venusberg …

> *„(…) ja auch nochmal zum Ausdruck gebracht und auch das Geschäft hier in Scharfenstein, da war ja auch noch so ein kleines Geschäftchen, was da offen hatte, dass es sich einfach aus wirtschaftlicher Sicht nicht lohnt, diese Läden weiter zu betreiben." (Int_15)*

Das Ausscheiden setzte sowohl in Scharfenstein wie auch in Venusberg Bemühungen um eine privatwirtschaftliche Nachbesetzung in Gang, die allerdings nicht von Erfolg gekrönt waren:

> *„Also der Aufhänger war ja wirklich, dass wir sagten, wir wollen gern wieder jemanden finden, der hier diesen Laden übernimmt. Aber das hat sich schwer gestaltet, also es ging schwierig. Also es wurde damals auch noch mit ein paar jungen Frauen, die auch gute Ideen hatten, auch gesprochen, denen das Risiko allerdings dann finanziell einfach auch zu groß war, alleine das zu stemmen." (Int_17)*

Parallel zu diesen Anstrengungen entschloss sich der Gemeinderat, das Bahnhofsgebäude in Scharfenstein zu kaufen und mithilfe von Fördermitteln zu sanieren. Veranschlagt und zugleich in den Förderkonditionen festgeschrieben war, in das Gebäude ein Gewerbebetrieb hineinzuführen. Nachdem sich die dafür eigentlich vorgesehene Einzelhändlerin von dieser Absicht zurückgezogen hatte und auch in Venusberg kein Pächter gefunden werden konnte, sahen sich Gemeinderatsmitglieder dazu veranlasst, andere Wege in Erfahrung zu bringen, um die Ladenlokale mit Leben zu füllen:

> *„Wir hatten ja die Notsituation, dass in Venusberg dieses Geschäft mit Waren des täglichen Bedarfs geschlossen wurde durch einen privaten Betreiber und dass wir hier in Scharfenstein den Bahnhof saniert haben und im Konzept verankert hatten, dort auch ein Geschäft zu installieren mit Waren des täglichen Bedarfs. Und der Betreiber, mit dem wir das angeschoben haben, mit dem wir das auch geplant haben, der hat dann absagen müssen aus privaten Gründen. Wir haben niemanden, keinen Ersatz gefunden, sodass wir halt auch Räumlichkeiten hatten, für die wir einen Betreiber gesucht haben." (Int_15)*[52]

Die Idee für ein genossenschaftliches Betreibermodell entsprang drei Quellen: Zum einen strickte ein kommunalpolitischer Akteur auf der Grünen Woche in Berlin Anfang 2015 Kontakte zu Vertretern der Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden (dazu Kapitel 3.6). Mit einem darin eingebundenen professionellen Berater wurde wenige Monate später ein Sondierungsgespräch in der Gemeindeverwaltung geführt, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auszuloten. Zweitens bestanden auf kommunalpolitischer Ebene Kontakte zu einer Partnergemeinde im bayerischen Siegsdorf (Landkreis Traunstein), wo zu dem Zeitpunkt selbst ein genossenschaftlicher Dorfladen auf den Weg gebracht wurde. Und drittens befruchteten Kontakte

[52] Die angesprochene *Notsituation* bestand darin, dass sich die Gemeinde der Gefahr ausgesetzt sah, Fördergelder zurückzahlen zu müssen, wenn es nicht gelungen wäre, im sanierten Bahnhof Scharfenstein einen Betrieb hineinzuführen. Dahingehend führte ein Gesprächspartner aus: „Es sind Fördergelder geflossen. Und wenn hier längere Zeit nichts gewesen wäre, hätte [die Gemeinde] hier Probleme gehabt, (…) Fördergelder zurückzuzahlen." (Int_14) Auch aus diesem Grund hatte die Gemeinde „ja auch ein ureigenes Interesse, dass das zustande kommt" (Int_16).

zu den Machern des Genossenschaftsladens in Falkenau, die kommunalpolitische Akteure herstellten, als sie von diesem Kenntnis erhielten und folgend einen Besuch arrangierten, die Idee.[53]

Abb. 9: Festsaal Venusberg und Standort des Dorfladens im Ortszentrum (eigenes Foto)

Die verschiedenen Eindrücke wurden folgend im Gemeinderat abgestimmt und abgewogen, inwieweit ein genossenschaftliches Modell auf Scharfenstein und Venusberg übertragen werden könnte. Nachdem sich die Gemeinderatsmitglieder im Zuge ihrer Diskussionen auf eine gemeinsame Linie verständigt hatten, wurde in einem nächsten Schritt die Idee den Bewohnerinnen im Rahmen von Informationsveranstaltungen vorgestellt. Ziel war es, einen ersten Eindruck zu gewinnen, inwieweit ein grundsätzliches Interesse für ein derartiges Vorhaben und eine Bereitschaft zum Mitwirken besteht: „Dann gab es eine Bürgerversammlung, wo die Bürger erstmal informiert worden sind, dass es so eine Möglichkeit gibt und dass sie da mal darüber nachdenken sollen.“ (Int_13) Etwa 70 Bewohner aus Scharfenstein und 60 aus Venusberg nahmen an diesen Veranstaltungen, die von einem Vertreter eines Genossenschaftsverbandes begleitet wurden, im April 2015 teil. Unser Laden Falkenau wurde dabei als Beispiel für die Tragfähigkeit eines solchen Modells vorgestellt:

> *„Wir haben das als Beispiel mit genannt, dass es halt auch unweit von hier so ein Modell gibt, was sich auch trägt und so weiter und so fort, also dass die Leute auch sahen, das ist keine Erfindung von uns und die versuchen jetzt irgendwo mal was zu versuchen, sondern dass man sagt, das ist nichts Neues, sondern das trägt sich halt auch andernorts so.“ (Int_15)*

Bereits in diesem frühen Stadium machten die kommunalpolitischen Akteure deutlich, dass sie den Aufbau einer solchen Genossenschaft zwar unterstützen würden, die Kernarbeit allerdings durch engagierte Bewohnerinnen geleistet werden müsse:

[53] Falkenau ist ein ca. 30 km nördlich von Scharfenstein gelegener, etwa 1.900 Einwohner zählender Ort im Landkreis Mittelsachsen, der 2011 zu Flöha eingemeindet wurde. Nachdem 2006 der letzte Lebensmittelnahversorger im Ort seinen Betrieb einstellte und anschließende kommunalpolitische Bemühungen um einen privaten Betreiber scheiterten, gründeten 2008 Vertreterinnen aus Kommune und Bürgerschaft gemeinsam eine Genossenschaft zum Betrieb eines Lebensmittelladens. 2/3 der Kosten für den Umbau der Immobilie trug die Gemeinde, 1/3 kam aus einem Fördertopf zur Integrierten Ländlichen Entwicklung. Im Sommer 2009 konnte Unser Laden Falkenau eröffnet werden (DVS 2011: 59). Damit bildete dieser nach dem Frischemarkt Bad Schlema (2006 gegründet) den zweiten genossenschaftlichen Dorfladen in Sachsen (eigene Recherche mittels Handelsregister-Abfrage; Lasch 2009). In der öffentlichen Darstellung wird dieser häufig als Beispiel für einen gut funktionierenden genossenschaftlichen Dorfladen illustriert (SMUL 2018: 56; BLE 2013: 32). Im Juni 2018 besaßen über 400 Personen Anteile an der Genossenschaft. Ende der 2010er-Jahre manövrierte die Genossenschaft in unruhige Fahrwasser. In der Jahreshauptversammlung 2019 wurde die *Rückendeckung* hinterfragt: „Durch den seit Jahren stagnierenden Umsatz wurde in einem Beschluss abgestimmt, ob der Laden erhalten bleiben soll und dieser immer noch die entsprechende Rückendeckung der Mitglieder hat.“ (Unser Laden Falkenau 2019)

> *„Wir müssen sehen, ob eine Genossenschaft gewollt ist, ohne die Bürger geht es nicht. Sie müssen sich darin einbringen, auch finanziell und vor allem müssen sie in den Läden einkaufen gehen. Ihr Engagement ist gefragt." (Bürgermeister der Gemeinde Drebach; zitiert in Freie Presse vom 18.03.15)*

Die Gemeinde als Inhaberin der beiden Ladenimmobilien stellte eine reduzierte Miete für die zu gründende Genossenschaft in Aussicht. Darüber hinaus äußerte die Sparkasse die Absicht, bei einer Ladeneröffnung in Venusberg die Möglichkeit zur Bargeldauszahlung einzurichten:

> *„Für die Venusberger würde die Eröffnung des Ladens gleichzeitig bedeuten, wieder im Ort an Bargeld zu kommen. Nach der Schließung der Sparkassenfiliale hatte das Unternehmen auch den Geldautomaten demontiert. Doch wenn der Laden öffne, wolle die Erzgebirgssparkasse mitziehen." (Freie Presse vom 17.10.15)*

Die Resonanz auf die in den Informationsveranstaltungen erläuterte Idee fiel positiv aus. Ein Gesprächspartner schilderte seine damaligen Eindrücke:

> *„Und das war das Angenehme, dass wirklich der Raum gefüllt war. Wir hatten mehr als 80 Leute da und dass es da eben auch neben den Kritikern so und so viele Leute gegeben hat, die da auch das Wort ergriffen und gesagt haben: ‚Mensch Leute, lasst uns das doch mal überlegen, was wir für eine Möglichkeit haben und lasst uns das anpacken.' Also, dass das nicht nur von uns kam, also, na ja, wie soll ich das sagen, den Initiatoren, sondern dass das dann auch die Leute selbst gesagt haben. Da war eine Rentnerin über 80 Jahre und die hat gesagt: (...) ‚Ich stehe da voll und ganz dahinter und überlegt das, was wir da für Chancen haben und ich unterstütze das voll und ganz.' Und das hat dann so ein bisschen eine Eigendynamik angenommen, eine positive Eigendynamik." (Int_15)*

Solche zustimmenden Reaktionen wurden von den Initiatorinnen als Indiz dafür gewertet, dass ein solcher Laden gewollt sei und das Vorhaben somit weiterverfolgt werden könne. Um den Schritt von der Idee zur Umsetzung zu setzen, …

> *„(...) ist gefragt worden von der Gemeinde (...), wer sich vorstellen könnte, das zu unterstützen. Und da hat sich da eine Arbeitsgruppe gebildet und da waren vielleicht so zwölf Mann, sag ich mal, 13 Mann. Und aus denen hat sich dann gewissermaßen ein harter Kern herauskristallisiert, der gesagt hat, okay, wir betreiben das weiter." (Int_13)*

Nachdem sich der *harte Kern* konstituiert hatte, kam er im Zuge von Rentabilitätsberechnungen zu dem Ergebnis, dass ein solches Unterfangen nur dann überlebensfähig wäre, wenn beide Läden in Scharfenstein und Venusberg unter dem Dach einer Genossenschaft betrieben würden. Andernfalls könnte nicht das Warenvolumen erreicht werden, welches nötig war, um von Lebensmittellieferanten konkurrenzfähige Lieferkonditionen zu erhalten. Schließlich gebe es „ja Rabatte für Einkaufsmengen und da muss man wenigstens zwei Geschäfte haben (…), sonst brauchst du das gar nicht machen" (Int_13). Begleitet durch einen Genossenschaftsverband erarbeiteten die Protagonistinnen ein umfassendes Geschäftskonzept, welches im nächsten Schritt im Oktober 2015 den Bewohnern in zwei weiteren Informationsveranstaltungen vorgestellt wurde. Dabei sollte erneut auf den Prüfstand gestellt werden, inwieweit das Vorhaben auf Akzeptanz stoßen würde – und genügend Personen für eine Mitgliedschaft gewonnen werden könnten.

> *„Wir haben das letzten Endes über eine Schwelle gemacht. Wir haben ganz früh begonnen, ganz knallhart zu rechnen. Wir haben ein Zahlenwerk aufgestellt, was doch sehr, sehr umfangreich ist, nicht nur Investitionsvolumina aufgestellt und Budgets praktisch ermittelt, Kapitalbedarfe damit, sondern eben bis rein in die Betriebskosten. Und auch dort ist das mit eingeflossen, was brauchen wir an garantierten Umsatz und wir rechnen damit, dass der wesentliche Teil der Mitglieder hier auch einen gewissen Anteil ihres monatlichen Einkaufsvolumens eben hier im Laden lässt. Und damit hatten wir eine Schwelle von (...) 250 Mitglieder, die wir mindestens brauchen, bevor wir zum Notar laufen. (...) Und gelaufen ist das so, dass mehrere Bürgerveranstaltungen durchgeführt wurden (...), erstmal nur so zum Informieren und praktisch (...) die Gemütslage abzufragen, zu erfassen. Und da war ein klares Signal da, jawoll, das wird unterstützt und so weiter. Dann haben wir das als Mandat praktisch genommen, (...) uns intensiv mit der Planung zu beschäftigen. Im Oktober stand der Plan und dann galt es die Entscheidung zu fällen. Und die Entscheidung haben nicht wir gefällt, sondern letzten Endes die jetzigen Mitglieder. (...) Bereitschaftserklärungen haben wir ausgegeben und haben gesagt, (...) jetzt liegt es in eurer Hand, wenn wir die notwendige Schwelle erreichen oder überschreiten, machen wir uns ans Werk, und wenn nicht, dann wäre es sowieso nicht tragfähig gewesen.“ (Int_6)*

Auf der zentralen Gründungsveranstaltung im Februar 2016 konnten 176 Mitglieder gewonnen werden. Im Laufe des Jahres 2016 wuchs die Zahl auf 330 an. Genossenschaftsanteile im Wert von insgesamt etwa 45.000 Euro wurden ausgegeben. Da die Mitgliedereinlagen allein nicht für die Aufnahme des Geschäftsbetriebes und die Ausstattung der Läden ausreichten, griff die Gemeinde der jungen Organisation unter die Arme. Sie stellte finanzielle Mittel bereit, die wiederum später über die Mieterträge vonseiten der Genossenschaft beglichen werden sollten. Ende Mai 2016 konnte das Ladengeschäft im Scharfensteiner Bahnhof im Rahmen eines Festaktes eröffnet werden. Die Eröffnung des Ladens in Venusberg folgte im August 2016. Grundsätzlich spielte sowohl in der Planungsphase wie auch später im regulären Betrieb die Mitbestimmung der Genossenschaftsmitglieder eine wichtige Rolle: „Wir haben ja von Anfang an die Kunden, besser gesagt die Genossenschaftsmitglieder, mit gefragt: ‚Was wollt ihr? Was möchtet ihr gerne?‘“ (Int_6)

Abb. 10: Innenansicht des Scharfensteiner Ladens (eigenes Foto)

Der Geschäftsbetrieb lief zunächst erfolgsversprechend an. Allerdings gab eine Reihe von Rückschlägen den Verantwortungsträgerinnen bereits wenige Monate nach der Eröffnung Anlass zu ernsthafter Sorge. Erstens zog sich der Hauptlieferant zurück, der „damals auch Versprechungen gemacht [hatte], die er nicht gehalten hat“ (Int_14). Dies führte dazu, dass ein neuer Lieferant gewonnen werden musste, was zwar gelang, dessen Lieferkonditionen allerdings die Kostenseite zusätzlich belasteten. Zweitens konnte nach dem Ausscheiden der Vorstandsvorsitzenden dieser Posten nicht neu besetzt werden, weshalb der Aufsichtsrat kommissarisch die Leitung übernehmen musste. Und drittens zeigte sich, dass die Umsätze deutlich

hinter den Erwartungen zurückblieben und nicht ausreichen würden, um die wirtschaftliche Tragfähigkeit langfristig sicherzustellen. Knapp ein Jahr nach Betriebsstart wurde festgehalten:

> *„Wir geben aktuell mehr aus, als wir einnehmen. (...) Die Erwartungen werden nicht erfüllt. Der Zuspruch macht uns Sorgen. Nicht einmal alle rund 340 Genossenschaftsmitglieder kaufen auch bei uns ein." (Aufsichtsratsmitglied; zitiert in Freie Presse vom 13.04.17)*

Ernüchterung machte sich breit. Die Genossenschaft trieb in turbulente Zeiten. Angesichts des dahinschmelzenden Kapitalstocks ergriffen die Verantwortungsträger weitreichende Maßnahmen, um den existenzbedrohenden Entwicklungen entgegenzusteuern und eine Konsolidierung einzuleiten. Die Öffnungszeiten wurden reduziert, um die Personalkosten zu senken. Der in Scharfenstein eingerichtete Mittagstisch wurde mangels Nachfrage gestrichen. Um die Sichtbarkeit zu erhöhen und neue Kundinnen an die Läden heranzuführen, wurden Werbeschilder an umliegenden Wegen angebracht. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung sollte zudem den Genossen den Ernst der Lage vor Augen führen: „Und das muss man schon den Mitgliedern richtig sagen, dass das nicht geht, also dass sie mehr einkaufen müssen, damit wir hier eine schwarze Null schreiben.“ (Int_13) Solchen Appellen verlieh auch der Bürgermeister im Amtsblatt der Gemeinde Nachdruck.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in den letzten Wochen wurde vermehrt über die Bürgerläden in Scharfenstein und Venusberg diskutiert. Vor allem ging es darum, dass diese Einrichtungen nur dann eine Chance haben zu überleben, wenn die Bürger vor Ort das Angebot wahrnehmen.

Dies trifft aber nicht nur für unsere Bürgerläden zu, sondern für alle Geschäfte und Handwerker in den einzelnen Ortsteilen. Wir können die jetzige Vielfalt an Dienstleistern nur erhalten, wenn wir von diesem Angebot auch Gebrauch machen. Die Firmen benötigen Kunden und Auftraggeber, um ihre Leistungen langfristig anbieten zu können, was für jeden einzelnen von uns kurze Wege und persönlichen Service bedeutet. Wenn wir das beherzigen und aktiv und bewusst umsetzen, können wir das Lebensniveau in unserer Gemeinde erhalten bzw. verbessern.

Wenn man allerdings jedem Sonderangebot nachjagt und von jedem Artikel mehrfache Ausführungen von verschiedenen Herstellern zur Auswahl benötigt, dann werden wir den Substanzverlust im ländlichen Raum nicht aufhalten können.
Natürlich sind örtliche oder regionale Einrichtungen und Firmen mitunter etwas teurer als Großmärkte, aber wenn wir unsere finanziellen Mittel in die Region investieren, erhalten wir Lebensqualität und Arbeitsplätze. Dieser Kreislauf funktioniert in anderen Regionen auch.

Darum bitte ich Sie, mit Ihrem Einkaufs- und Auftragsverhalten so zu entscheiden, dass der Ort und die Region davon profitieren.

Herzlichst
Ihr Bürgermeister

Auszug aus dem Amtsblatt der Gemeinde Drebach vom August 2017: 3

Trotz des Aufrufes, nicht mehr *jedem Sonderangebot nachzujagen,* blieben die Umsätze auch nach zwei Jahren hinter den Ausgaben zurück. Der Leitungskern der eG sah sich Anfang 2019 wiederholt dazu veranlasst, an die Genossen zu richten, „dass das Geschäftsguthaben der Genossenschaft aufgebraucht ist“ (Amtsblatt der Gemeinde Drebach vom Februar 2019: 19). Zu grundlegenden Änderungen des Einkaufsverhaltens führte allerdings auch dies nicht. Die finanzielle Lage spitzte sich zu. Nachdem die Zahlungsunfähigkeit nicht mehr abgewendet werden konnte, reichte der Vorstand Anfang 2019 einen Antrag zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beim Amtsgericht Chemnitz ein. Die Genossenschaft wurde im Laufe des Jahres aufgelöst. Beide Geschäfte wurden geleert und geschlossen. Abgeschlossen waren damit jedoch nicht die Diskussionen über das Scheitern. Hitzige Debatten brannten auf, die sich vor allem um die Schuld für die Geschäftsaufgabe rankten. Der Bürgermeister artikulierte seinen Missmut über unberechtigte Schuldzuweisungen folgendermaßen:

> *„(…) verständlicherweise wird momentan in der Bevölkerung der Insolvenzantrag der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG diskutiert – ist die Schließung der Läden doch schmerzlich für alle, die sich für das Projekt stark gemacht haben und die Geschäfte brauchten und nutzten. Ich finde es allerdings unpassend, dass Schuldige gesucht werden und vor allem diejenigen angegriffen werden, die jahrelang für den Erhalt der Geschäfte gekämpft sowie Zeit und Geld investiert haben. Erstens weiß man hinterher immer alles besser und zweitens ist es wenig hilfreich, diejenigen zu attackieren, die bereit waren, Verantwortung zu übernehmen, zumal solche Personen in unserer heutigen Gesellschaft immer seltener werden. Man muss sich vielmehr eingestehen, dass es nicht gelungen ist, den Großteil der Bürger in den Orten für den Gemeinschaftsgedanken zu gewinnen." (Bürgermeister von Drebach; zitiert in Amtsblatt der Gemeinde Drebach vom April 2019: 3)*

Ein Gesprächspartner merkte im Juli 2016 kurz nach der Eröffnung des Scharfensteiner Ladens und zum Gipfel der Euphorie an: „Aber das ist gerade der Witz, und das hört man auch immer, so lange er da ist, da geht keiner hin und wenn er weg ist, dann ist das Geschrei groß." (Int_6) Offensichtlich entfaltete sich diese Problematik auch im Hinblick auf die eigene Genossenschaft: Das *Geschrei* war nach dem Betriebsschluss im Frühjahr 2019 *groß*.

Kerndaten der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG	
Erste Informationsveranstaltung	April 2015
Gründung	Februar 2016
Ladeneröffnung	Mai 2016 (S) / August 2016 (V)
Geschäftsaufgabe	März 2019
Eigentümerin der Immobilien	Gemeinde
Verkaufsfläche	ca. 80 qm (S) / ca. 160 qm (V)
Öffnungszeiten	37 h/Woche (S) / 33 h/Woche (V) (Stand: 26.11.18)
Mitglieder	330 (Stand: 31.12.16)
Wert je Geschäftsanteil	50 €
Eingebrachtes Kapital der Mitglieder	44.850 € (Stand: 31.12.16)
Besondere Leistungen (lebensmittelbezogen)	Fleisch- und Wursttheke (V), Café-Ecke (S+V), Backwaren (S+V)
Sonstige Leistungen	Bargeldauszahlung (Sparkasse) (V), DHL-Paketshop (S+V), Bücherschrank (V)
Webseite	seit Januar 2019 offline
Facebook-Auftritt	seit März 2019 offline

Tab. 6: Kerndaten der Bürgerläden Scharfenstein (S) – Venusberg (V) eG (eigene Zusammenstellung im November 2019)

5.3 Dettener Dorfladen eG

Kerndaten des Ortsteils Schapdetten (Gemeinde Nottuln)		
Bundesland / Landkreis / Gemeinde		Nordrhein-Westfalen / Coesfeld / Nottuln
Einwohner		1.313 (Stand: 31.12.18) – zum Vergleich: 1.348 am 31.12.14
Infrastruktur- und Einzelhandelseinrichtungen		Hotel mit Gaststättenbetrieb, Pizzalieferservice, Gesteck- und Blumenladen, Kindergarten, Bäckereifiliale**, Sparkassenfiliale**, Volksbankfiliale**
Bedeutende Organisationen des Soziallebens		Freiwillige Feuerwehr, Heimatverein Schapdetten e.V., Schapdettener für Schapdetten e.V., SV Fortuna Schapdetten e.V., Schützenverein Schapdetten e.V., Kameradschaft ehemaliger Soldaten Schapdetten e.V., Chorisma Schapdetten e.V., Chorgemeinschaft St. Bonifatius, Katholische Pfarrkirche
Entfernung zum nächsten...	Oberzentrum	19,3 km – Münster (Hbf.)*
	Lebensmittelmarkt	4,9 km – Lidl Nottuln*
Betriebsschluss des letzten Lebensmittelgeschäftes		Herbst 2013 (Bäckereifiliale mit kleinem Zusatzangebot)
Webseite		www.schapdetten.info

Tab. 7: Kerndaten des Ortsteils Schapdetten (Gemeinde Nottuln)
*Eigene Zusammenstellung (Stand: November 2019) auf Grundlage der Interviews, Feldbeobachtungen und vorliegenden Dokumente, Gemeinde Nottuln 2019; * PKW-Strecke vom Dorfladen ausgehend (nach Google Maps – kürzeste Verbindung); ** mit Eröffnung des Dorfladens in diesen integriert*

Abb. 11: Katholische Pfarrkirche St. Bonifatius Schapdetten (eigenes Foto)

Schapdetten ist ein etwa 1.300 Einwohner zählender Ort im Münsterland, welcher hinsichtlich seiner Lage einige Vorzüge aufweist. Nördlich des Ortes befindet sich das Naherholungsgebiet Baumberge. Das Oberzentrum Münster ist mit dem direkt verkehrenden Bus in etwa 30 Minuten zu erreichen. In seiner historischen Entwicklung wurde Schapdetten vor allem durch die Landwirtschaft geprägt und stand unter großem Einfluss der katholischen Kirche (Ilisch 2016). Von Letzterem zeugt die Pfarrkirche St. Bonifatius, die den historischen Kern des kompakten Siedlungskörpers markiert. Die lokale Pfarrei unterhält einen Kindergarten im Ort. Nicht mehr in Schapdetten zu finden hingegen ist eine Grundschule. Sie wurde 2016 geschlossen, was die Gemeinde nach Auffassung eines Gesprächspartners durchzusetzen hatte, da es ihr „die Bezirksregierung (..) mehr oder weniger auferlegt hat wegen des Landesschulgesetzes“ (Int_18). Trotz „wilde[r] Proteste“ (Int_18) und einer groß angelegten Unterschriftenaktion konnten die Schapdettener dies nicht verhindern. Dieser Einschnitt wirkt nach:

> *„Also das sitzt uns wirklich wie ein Stachel im Fleisch, als die Schule dichtgemacht hat. Da hat es noch einen Riesenaufruhr gegeben, eine Rieseninitiative hier in Schapdetten, aber es hat alles nichts mehr geholfen." (Int_8)*[54]

Der Abzug war nach Auffassung einiger Schapdettener nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, selbst kein politisches Sprachrohr gehabt zu haben, das sich für den Erhalt der Schule hätte starkmachen können. Dies wiederum wird dem Verlust der politischen Eigenständigkeit 1975 in Rechnung gestellt. Im Zuge des zweiten kommunalen Neugliederungsprogrammes des Landes Nordrhein-Westfalen wurde Schapdetten der Gemeinde Nottuln zugewiesen, womit die eigenen Gestaltungsspielräume erheblich beschnitten wurden. Dies zeigte sich bspw. bei der Ausweisung neuer Baugebiete: „Die Frage ist (…) immer, wo kommen Neubaugebiete hin. Also da ist Schapdetten ja in den letzten Jahren doch sehr gebeutelt gewesen." (Int_8) Den Entzug der Befugnisse, selbstständig über die Entwicklung ihres Ortes entscheiden zu können, bedauern die Schapdettener nach wie vor. Das Verhältnis zur Gemeinde Nottuln ist bis heute ein mitunter unversöhnliches und konfliktbehaftetes.[55] Das Sozial- und Vereinsleben in Schapdetten kann als vital charakterisiert werden. Seit 2007 existiert ein Heimatverein, der insbesondere von älteren Bewohnern mit Leben gefüllt wird und der sich u.a. der Pflege der plattdeutschen Sprache verschrieben hat.[56] Im örtlichen Sportverein Fortuna Schapdetten sind etwa 600 Mitglieder organisiert. Schwerwiegende Verluste sind hingegen in der infrastrukturellen Ausstattung zu rekapitulieren. Eine Gesprächspartnerin blickte zurück:

Abb. 12: Leerstehendes Gasthaus im Schapdettener Ortskern (eigenes Foto)

[54] Dem Beschluss ging ein Rückgang der Schülerzahlen voraus: „Von 2004 bis 2012 hat sich (..) die Zahl der Kinder an der St. Bonifatius-Grundschule von 105 auf 50 halbiert." (Westfälische Nachrichten vom 22.12.13)

[55] Von dieser Konflikthaftigkeit zeugen Diskussionen um den Bau von Windkraftanlagen südlich von Schapdetten, die Anfang 2019 entbrannten. Der vom Nottulner Gemeinderat gefasste Beschluss traf auf breiten Widerstand in Schapdetten. Bei einer Informationsveranstaltung zum Thema waren über 250 Bewohnerinnen anwesend, um ihren Missmut gegenüber den Plänen kundzutun. Es formierte sich Protest, aus der die Bürgerinitiative „GegenWind Schapdetten" hervortrat (Westfälische Nachrichten vom 03.04.19 und 05.04.19). Die tragenden zivilgesellschaftlichen Organe Schapdettens (Heimatverein e.V. und Schapdettener für Schapdetten e.V.) wollten im Vorlauf des endgültigen Beschlusses „längst zusammen mit der Gemeinde eine gemeinsame Infoveranstaltung durchführen (…). Das ist nicht zustande gekommen, was beim Heimatverein für ziemlichen Unmut gesorgt hat gegenüber der Gemeinde." (Sprecher der Bürgerinitiative „GegenWind Schapdetten"; zitiert in Westfälische Nachrichten vom 03.04.19)

[56] Der Zweck des Vereins ist gemäß Satzung die „Förderung des Heimatgedankens, des Denkmalschutzes und der plattdeutschen Sprache; er will dabei Überliefertes und Neues sinnvoll vereinen, pflegen und weiterentwickeln, damit Kenntnis der Heimat, Verbundenheit mit ihr und Verantwortung für sie in der gesamten Bevölkerung auf allen dafür in Betracht kommenden Bereichen geweckt, erhalten und gefördert werden." (Heimatverein Schapdetten 2007: §2-1)

> *„(…) vor 17 Jahren gab es noch Kindergarten, Grundschule. Es gab einen Metzger. Es gab hier die Bäckerei (..), die auch einen kleinen Lebensmittelladen unterhalten hat. Es gab noch eine Poststelle, es gab zwei Bankfilialen, drei Gaststätten und dann ist das so nach und nach zurückgegangen. Also vor 18 Jahren hat der zweite Lebensmittelladen hier geschlossen (…) und es wurde immer weniger. Erst der Metzger weg, dann die Poststelle weg, dann musst du wegen jeder Briefmarke nach Nottuln fahren." (Int_7)*

Als letzte Möglichkeit, sich im Ort mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs zu versorgen, bestand bis 2013 noch ein kleines Bäckereigeschäft, das mit einem kleinen Zusatzangebot aufwartete – allerdings in zunehmend reduzierter Form:

> *„(…) aber er [der Betreiber] hat dann mal zu mir gesagt: ‚Ich kaufe immer morgens vier Joghurts, damit ich genug Joghurt im Laden habe, und wenn die keiner isst, kauft, dann esse ich die abends selbst.' Und wenn man hier reingekommen ist, dann war da auch die Theke, da war links die Wurst und dann war ein Meter nichts und dann kamen die vier Joghurts." (Int_18)*

Bereits in den frühen 2010er-Jahren hatte sich abgezeichnet, dass der Geschäftsinhaber seinen Betrieb in naher Zukunft einstellen würde: „Das hat sich für ihn vorne und hinten nicht mehr gerechnet. Ich denke, er hat das sogar noch lange bezuschusst aus seiner Bäckerei, bis er sich entschieden hat, das zuzumachen." (Int_8) Mit der schrittweisen Einschränkung von Warenangebot und Öffnungszeiten erwuchs parallel eine latente Unzufriedenheit im Ort. Aus dieser resultierten erste zaghafte Überlegungen, selbst aktiv zu werden: „Irgendeiner brachte das am Biertisch ins Gespräch. Wir müssten doch hier mal gucken, kann man denn nicht hier irgendwie wieder so einen vernünftigen Laden hinkriegen?" (Int_19) Diese losen Gedanken mündeten allerdings zunächst nicht in substanziellen Bemühungen und blieben eine Antwort auf die Frage schuldig, wer dieses *man* ausfüllen könnte. Stärkere Konturen erhielten entsprechende Gedanken 2010. Vertreterinnen des Zentrums für Ländliche Entwicklung (ZeLE) traten an die Gemeinde Nottuln heran, um über die von ihnen ausgerichteten Dorfwerkstätten zu informieren. Diese wurden geschaffen, um mit Bewohnerinnen in einen Dialog über die zukünftige Ortsentwicklung zu treten und Diskussionsimpulse zu setzen.[57]

Abb. 13: Dettener Dorfladen im Gebäude der ehemaligen Bäckereifiliale (eigenes Foto)

> *„Also die haben sich (…) damals an die Gemeinde gewandt (…). Die haben gesagt: ‚Wir bieten euch das an, streut das mal in euren kleinen Orten und guckt mal, ob ihr da nicht Interessenten findet, die an dieser Dorfwerkstatt teilnehmen wollen.'" (Int_8)*

[57] Das ZeLE ist eine vom Land Nordrhein-Westfalen finanzierte Beratungseinrichtung. Sie „will in den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens Informationen vermitteln, Erfahrungen austauschen und neue Ideen unterstützen. (…) Das Zentrum für ländliche Entwicklung unterstützt und begleitet die eigenständige Entwicklung des ländlichen Raums. Es unterstützt Bürgerinnen und Bürgern in ihrem Engagement für den ländlichen Raum." (MULNV NRW o.J.)

Es handelte sich also um ein Angebot, von dem die *kleinen Orte* Gebrauch machen konnten – oder eben nicht. Die Schapdettener machten Gebrauch: „Und da gibt es eine Person hier im Dorf, (…) die ist politisch schon immer sehr aktiv gewesen. Und die hat dann konkret auch Leute angesprochen, hat gesagt: ‚Wollt ihr nicht mit?'" (Int_8) Dem kamen fünf Bewohner nach und nahmen an einer solchen Dorfwerkstatt teil. Im Zuge dessen hatte sich „für Schapdetten herauskristallisiert, dass eigentlich das drängendste Problem so die Nahversorgung im Grunde ist" (Int_8). Um den in der Dorfwerkstatt entwickelten Ideen einen organisatorischen Unterbau zu geben, gründeten die Teilnehmerinnen im Anschluss den Bürgerverein „Schapdettener für Schapdetten" (SfS), dem sich etwa 100 Bewohner anschlossen.[58] Kanalisiert und moderiert wurde dieser Prozess von einer ZeLE-Vertreterin, die die Unverzichtbarkeit eigenverantwortlichen Agierens herausstellte – und sich hierfür auf der SfS-Gründungsversammlung an die Bewohnerinnen wandte:

> *„(…) Beispiele dazu, was mit Hilfe der Bewohner in anderen Dörfern bereits bewegt wurde, hatte [die ZeLE-Beraterin] vom Zentrum für ländliche Entwicklung (…) des Landes NRW mitgebracht. Auch sie unterstrich noch einmal, welche Entwicklungen ganz sicher durch den demografischen Wandel auf die Schapdettener zukommen werden. ‚Wir werden älter, weniger und bunter, auch in Schapdetten', so [die ZeLE-Beraterin]. Notwendig sei, das Dorf nach innen attraktiver zu machen, um ‚mehr Dorf für weniger, ältere Menschen' zu realisieren. ‚Und das müssen Sie selbst tun!' [ZeLE-Beraterin]: ‚Engagement für das Dorf ist in Zukunft unentbehrlich.'" (Westfälische Nachrichten vom 02.03.12)*

Als belangreichstes Vorhaben des Bürgervereins trat der Dorfladen hervor, über dessen Idee die Initiatorinnen erstmals im November 2012 im Rahmen einer Informationsveranstaltung umfassend unterrichteten. Dieser folgte im April 2013 eine weitere Versammlung, für die ein professioneller Berater beauftragt wurde, um den Bewohnern die Wege zu einem Dorfladen vor Augen zu führen. Dieser Berater erhielt zudem den Auftrag zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie, die u.a. vom nordrhein-westfälischen Genossenschaftsverband gefordert war, um sich als Genossenschaft formieren zu können. Nachdem die Marchbarkeitsstudie vorlag und diese dem Laden ein Rentabilitätspotenzial attestierte, unternahmen 28 Schapdettener im September 2013 den Schritt zur Gründung und bestimmten Aufsichtsrat und Vorstand. Die Zahl der Teilnehmerinnen an dieser Gründungsversammlung war dabei deutlich geringer als noch in den Informationsveranstaltungen zuvor:

> *„Da war ein kleiner Kreis, da waren gar nicht mal so viele. Da hatten viele Angst, oh, wenn ich jetzt hierhin gehe zur Gründungsversammlung, dann kriege ich etwas zu tun. Das bedeutet ja Arbeit, um etwas aufzubauen." (Int_7)*

Im Anschluss an die Gründung lud der Vorstand zu einer weiteren Informationsveranstaltung ein (Abb. 14), die dann wiederum sehr gut besucht war. Etwa 250 Schapdettener waren zugegen. Dabei wurden Einzelheiten des Geschäftskonzeptes vorgestellt, Einblicke in die gesetzten

[58] Zweck des Vereines ist u.a. „die Stärkung der Verbundenheit der Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils untereinander" sowie „die Sicherung der Lebensqualität im Dorf für Menschen jeden Alters" (SfS 2012: 1). Hierfür wurden nach dessen Gründung die fünf Projektgruppen „Dorfgemeinschaft", „Ortsbild – Tourismus", „Älter werden", Verkehr" sowie „Nahversorgung – Dorfladen" eingerichtet (Westfälische Nachrichten vom 06.11.12). Zu den regelmäßigen Aktivitäten des Vereins gehört u.a. die Organisation eines mehrtägigen Musikfestivals, den „Musiksommer Schapdetten".

Schritte gegeben und auf bereits erfolgreich angelaufene Ladenprojekte in der Region und darüber hinaus, die die federführenden Akteure zuvor in Augenschein genommen hatten, verwiesen:

> *„Das größte Vorbild war eigentlich der Laden in Ochtrup [Welbergen]. (...) Das war der erste Dorfladen, der weit und breit hier war (...). Da sind wir zwei-, dreimal gewesen, haben uns da wirklich informiert, so müssen wir es machen. Darauf haben wir auch so ein bisschen aufgebaut." (Int_7)*

Zum Abschluss des Informationsabends hatten die Besucherinnen Gelegenheit, ihre Bereitschaft zur Mitgliedschaft und zur aktiven Mitarbeit zu bekunden. Zugleich war damit der Startschuss für eine intensive Mitgliederwerbung gesetzt, die in den anschließenden Wochen folgte. Als Minimalziel der zu sammelnden Geschäftsanteile wurde eine Schwelle von 80.000 Euro veranschlagt: „Erst dann ist die wirtschaftliche Basis gesichert und können wir die Gründung endgültig vollziehen. (…) Dann können wir arbeiten, die Genossenschaft beim Amtsgericht eintragen lassen, dem Genossenschaftsverband beitreten, Verträge machen und so weiter." (Vorstandsmitglied; zitiert in Westfälische Nachrichten vom 03.09.13) In den ersten Wochen lief die Mitgliederakquise zunächst wenig vielversprechend an. Ein Gesprächspartner blickte zurück:

Abb. 14: Einladungsflyer zur Gründung der Dettener Dorfladen eG (OD3_2)

> *„Dann lief das ganz spärlich an, wo wir gesagt haben: ‚Mein Gott, das wird nichts.' Und bis wir eine Frist gesetzt haben, (...) die letzten 24 Stunden, die einzelnen Genossen: ‚Hast du schon? Hast du schon? Hast du, ja? Oh, da muss ich ja auch.' Einige haben gewartet bis zum Schluss; vielleicht brauche ich ja nicht mehr. Aber vorm Nachbarn wollten sie das nicht wahrhaben, dass sie keinen Anteil gezeichnet haben. Das war so ein bisschen so ein interner Druck auch." (Int_7)*

In diesem Zusammenhang eröffnete die Bundestagswahl 2013 den Protagonistinnen eine willkommene Gelegenheit, das Wahlbüro Schapdettens dahingehend umzufunktionieren, um nachdrücklich auf das Vorhaben hinzuweisen:

> *„Dazwischen fiel dann auch der Wahlsonntag, da ist das Wahllokal in der alten Post und wir haben uns davorgesetzt. (...) Wir haben uns einfach hingesetzt und haben sie, so wie sie kamen, angesprochen. Haben dann natürlich auch etliche überzeugen können, die dann mit sind. Einige sind stillschweigend daran vorbeigegangen, haben sich daran vorbeigedrückt [lacht]." (Int_19)*

Gemäß dem Motto, „der Zweck heiligt die Mittel" (Int_8), wurde eine solche Maßnahme als erfolgsversprechend erachtet, um die nötigen Mitgliederanteile zu gewinnen – wohlwissend um deren Kritikwürdigkeit: „Also es war schon ein bisschen moralischer Druck aufgebaut zum Teil." (Int_8) Unterstützung erhielten die Initiatoren in ihrer Überzeugungsarbeit von kommunalpolitischen Akteuren:

„Das Schapdettener Dorfladen-Projekt genießt viele Sympathien. Auch im Rat der Gemeinde Nottuln. Ein Aufruf von Bürgermeister (..), weiter für die Bürgergenossenschaft „Dettener Dorfladen" und ihren geplanten Dorfladen Werbung zu machen, wurde am Dienstagabend vom Nottulner Gemeinderat mit großem, zustimmendem Beifall kommentiert. Der Bürgermeister bat alle Ratsmitglieder, auch in ihrem jeweiligen Wirkungskreis für eine Unterstützung des Projektes zu werben.

[Der Bürgermeister] sprach im Gemeinderat von einer ‚bemerkenswerten Initiative', die eine ‚weitsichtige Angelegenheit' vorantreibe. Verein und Bürgergenossenschaft arbeiteten mit großem Enthusiasmus und großer Kompetenz. ‚Das ist eine der wirklich guten Chancen für Schapdetten', betonte [der Bürgermeister]. Alle seien aufgerufen: ‚Macht da mit!'"

Auszug aus den Westfälischen Nachrichten vom 18.09.13

Abb. 15: Blick in den Dettener Dorfladen (eigenes Foto)

Mit Auslaufen der Zeichnungsfrist konnten die Initiatoren insgesamt 362 Geschäftsanteile zu jeweils 250 Euro veräußern und damit einen Gesamtbetrag von 90.500 Euro einsammeln. Somit war die letzte Hürde für einen Eintrag ins Genossenschaftsregister genommen. Als Verkaufs- und Lagerfläche wurde das o.g. Bäckereigeschäft angemietet. Mit dem Ladeninhaber konnte ein Übereinkommen erzielt werden, dass die Genossenschaft zukünftig dessen Backwaren mitverkauft. Mit dem gesammelten Geld wurden anschließend Umbauarbeiten getätigt, Regale und Technik beschafft und die Erstausstattung mit Waren und Lebensmitteln finanziert. Für das Warensortiment gewann die Genossenschaft zahlreiche regionale Produzenten als Vertragspartner. Die Suche nach einem großbetrieblichen Lebensmittelhändler, der den Laden mit konventionellen Produkten beliefern würde, gestaltete sich hingegen schwierig. „Ihr seid zu klein, euch beliefern wir nicht", schlug es den Protagonisten zunächst entgegen (Int_8). „Persönliche Vorlieben (…) der Chefetage" sorgten allerdings dafür, dass die von einem Großhändler eigentlich geforderten Mindestabnahmemengen umgangen werden konnten und dieser der Genossenschaft „einen großzügigen Vertrag" zugestand (Int_8).

Im Februar 2014 wurde der Dettener Dorfladen feierlich eröffnet. Nachdem die Genossenschaft im ersten Geschäftsjahr ein Defizit verbuchte, hat sich die finanzielle Lage seitdem stabilisiert. Allerdings sei es, so gab eine Gesprächspartnerin zu erkennen, „eine Last auch nach wie vor. Es ist immer ein Zittern mit den Zahlen." (Int_8) Zurückgehende Umsätze veranlassten die Verantwortlichen wiederkehrend dazu, an die Notwendigkeit zur Wahrnehmung des Angebotes zu erinnern und durch öffentlichkeitswirksame Aktionen Aufmerksamkeit zu erwecken:

> *„Was man allerdings auf jeden Fall sagen kann: Es ist wichtig, mit Aktionen wieder auf sich aufmerksam zu machen. Also man merkt schon, wenn lange nichts in der Presse steht oder so eine Aktion war, dann geht [der Umsatz] auch in Schapdetten wieder zurück." (Int_8)*

Mit der Eröffnung des Dettener Dorfladens schlossen sowohl Sparkasse wie auch Volksbank ihre Filialen im Ort und zogen mit einem Serviceterminal in das Ladengeschäft ein (Abb. 16). Im Gegenzug erhielt die Genossenschaft einen Kostenbeitrag zur Miete. 2015 empfing der Dettener Dorfladen den Conrad-Schlaun-Preis der Gemeinde Nottuln, mit dem nachahmungswürdiges bürgerschaftliches Engagement ausgezeichnet wird. Im März 2019 konnte das fünfjährige Jubiläum des Ladens gefeiert werden. Nach Auffassung einer Gesprächspartnerin sei der Laden „das einzige Lebenswerk, was wir hier noch in Schapdetten haben“ – „zumal jetzt, wo die Grundschule auch geschlossen ist“ (Int_8). Eine andere Verantwortungsträgerin fasste die vergangenen Jahre folgendermaßen zusammen: „Es ist auch kein Geheimnis zu sagen, dass auch zwischendurch die Vorstandsmitglieder an ihre Grenzen gekommen sind, das muss man eben auch sagen. Es waren auch schöne, aber auch sehr belastende Jahre teilweise.“ (Int_8)

Abb. 16: Geldautomat im Dettener Dorfladen (eigenes Foto)

Kerndaten der Dettener Dorfladen eG	
Erste Informationsveranstaltung	April 2013
Gründung	September 2013
Ladeneröffnung	Februar 2014
Eigentümerin der Immobilie	Privatperson
Verkaufsfläche	ca. 150 qm
Öffnungszeiten	70 h/Woche (Stand: 26.11.18)
Mitglieder	371 (Stand: 28.02.14)
Wert je Geschäftsanteil	250 €
Eingebrachtes Kapital der Mitglieder	95.500 € (Stand: 28.02.14)
Besondere Leistungen (lebensmittelbezogen)	Fleisch- und Wursttheke, Backwaren, Café-Ecke
Sonstige Leistungen	DHL-Paketshop, Sparkassen- und Volksbankterminal, Büchertauschregal
Webseite	www.dettener-dorfladen.de
Facebook-Auftritt	www.facebook.com/dettenerdorfladen

Tab. 8: Kerndaten der Dettener Dorfladen eG (eigene Zusammenstellung im November 2019)

5.4 Dorfladen Alerheim eG

Kerndaten des Ortsteils Alerheim (Gemeinde Alerheim)		
Bundesland / Landkreis / Verwaltungsgemeinschaft		Bayern / Landkreis Donau-Ries / Verwaltungsgemeinschaft Ries
Einwohnerzahl		Gemeinde insgesamt: 1.638 (Stand: 31.12.16) – zum Vergleich: 1.665 am 31.12.10; Ortsteil Alerheim: 967 (Stand: 31.12.17)
Infrastruktur- und Einzelhandelseinrichtungen		Kindergarten, Grundschule, Filiale der Volksbank, Sparkassenterminal, Gaststätte mit angeschlossener Unterkunft, Hofladen
Bedeutende Organisationen des Soziallebens		Freiwillige Feuerwehr, Schützengesellschaft 1900 Alerheim e.V., Sportgemeinschaft 1949 Alerheim e.V., Jugendtreff Bude Alerheim e.V., Alerheim erleben e.V., Evangelisch-lutherische Pfarrkirche
Entfernung zum nächsten...	Oberzentrum	11,9 km – Nördlingen (Bahnhof)*
	Lebensmittelmarkt	5,0 km – Netto Deiningen*
Betriebsschluss des letzten Lebensmittelgeschäftes		Juli 2014
Webseite		www.alerheim.de

Tab. 9: Kerndaten des Ortsteils Alerheim (Gemeinde Alerheim)
*Eigene Zusammenstellung (Stand: November 2019) auf Grundlage der Interviews, Feldbeobachtungen und vorliegenden Dokumente, Bayerisches Landesamt für Statistik 2019, 2018 und 2011; * PKW-Strecke vom Dorfladen ausgehend (nach Google Maps – kürzeste Verbindung)*

Alerheim stellt mit 967 Einwohnern (Stand: 31.12.17) den größten Ortsteil der gleichnamigen Gemeinde im Landkreis Donau-Ries dar.[59] Das Oberzentrum Nördlingen ist mit dem PKW in etwa 20 Minuten zu erreichen. Die Gemeinde weist einige Charakteristika auf, die sie als verhältnismäßig privilegiert erscheinen lässt. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass sich diese im Gegensatz zu Gemeinden ähnlicher Größe „einen hauptamtlichen Bürgermeister leistet“ (Int_22). Wenngleich zahlreiche bürokratische Abläufe in der Verwaltungsgemeinschaft Ries organisiert sind, wird dies von kommunalpolitischer Seite weniger als Einschränkung der Handlungsautonomie denn als Entlastung aufgefasst. Das Ortsbild des kompakten Siedlungskörpers prägen giebelständige Einfamilienhäuser mit einladenden Vorgärten (Abb. 17). Leerstand ist kaum zu verzeichnen. Die Grundstücke des jüngsten Neubaugebietes konnten rasch

Abb. 17: Wohngebäude in Alerheim (eigenes Foto)

[59] Seit den 1970er-Jahren gehören der Gemeinde die Ortsteile Bühl im Ries (230 Einwohner), Rudelstetten (304 Einwohner) sowie Wörnitzostheim (190 Einwohner) an. (Einwohnerstand jeweils vom 31.12.17)

veräußert werden. Dennoch traten auch in Alerheim in jüngerer Vergangenheit die Zeichen demografischer Schrumpfung deutlich zutage. Zwischen 2008 und 2014 hat die Gemeinde jährlich im Saldo Einwohnerinnen verloren.[60] Anlass zur Sorge gibt vor allem der Rückgang junger Menschen. Die Zahl der Schüler in der örtlichen Grundschule ist von ehemals über 100 auf 68 im Jahr 2014 geschwunden (Augsburger Allgemeine vom 07.05.14). Neben dieser modernen Grundschule verfügt der Ort über eine Kindertagesstätte mit angeschlossener Kinderkrippe, die von der evangelischen Kirchengemeinde unterhalten wird. Auch darüber hinaus ist Alerheim hinsichtlich seiner infrastrukturellen Ausstattung – verglichen mit den anderen untersuchten Orten – weniger krisengeschüttelt. Ein Jugendclub dient jungen Menschen als Treffpunkt und eine Gastwirtschaft mit angeschlossener Unterkunft sowie Veranstaltungssaal lädt zum Verweilen ein.[61] Im Ortskern existiert ein Hofladen, in dem Kürbisse und Spargel direkt vom Produzenten erworben werden können. Gezahlt wird über eine Vertrauenskasse. Dies „funktioniert nicht hundertprozentig, vielleicht zu 90 Prozent“ (Int_20; Abb. 18). Die Volksbank unterhält nach wie vor eine eigene Filiale. Nicht mehr zu finden hingegen ist die 1960 eröffnete Sparkassenfiliale, die Alerheim in den frühen 2010er-Jahren wieder entnommen wurde. Dies zog Protest nach sich, in dessen Folge die Kommune „durch zähe Verhandlungen organisieren [konnte], dass ein Automat aufgestellt worden ist“ (Int_20).

Abb. 18: Hofladen mit Vertrauenskasse in Alerheim (eigenes Foto)

Der größte Verein der Gemeinde ist die Sportgemeinschaft 1949 Alerheim. In ihm sind etwa 600 Mitglieder organisiert, die auf eine moderne Sportanlage zugreifen können. Für sein vielfältiges Engagement erhielt der Verein im Juni 2015 die höchste Auszeichnung des Bayerischen Fußball-Verbandes. Einmal jährlich lädt der Bürgermeister zur Versammlung, um über alle kommunalen Angelegenheiten Alerheims umfassend zu informieren. Kurzfristige Informationen zirkulieren über ein wöchentlich erscheinendes Mitteilungsblatt, in dem Vereine und sonstige Organisationen des Dorfes über Neuigkeiten und Anstehendes unterrichten: „Das liest auch jeder.“ (Int_21)

Anfang der 2010er-Jahre zeichnete sich für den einzigen privatwirtschaftlich geführten Laden für Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs in Alerheim das Ende ab. So gab die bisherige Betreiberin zu verstehen, dass sie diesen im Laufe der nächsten Jahre aus Altersgründen schließen werde. Sie „wollte zumachen und hat das auch vorab angekündigt, das war in Aler-

[60] Mitte der 2010er-Jahre zeichnete sich eine leichte Trendwende ab. 2015 und 2016 konnte die Gemeinde jeweils einen Zuwachs von etwa 20 Einwohnern verbuchen.
[61] Diese Gastwirtschaft musste zeitweilig mangels Pachtinteressenten geschlossen bleiben.

heim bekannt“ und „ein bisschen so Dorfgespräch“ (Int_21). Zwar gab es Sondierungsgespräche mit Personen, die eine Übernahme in Erwägung zogen, die sich dies allerdings aus betriebswirtschaftlichen Gründen „dann doch nicht zugetraut [haben]“ (Int_21). Angesichts des nahenden Endes initiierte die scheidende Betreiberin (und zugleich Eigentümerin der Immobilie) eine Unterschriftenaktion, in der gefragt wurde, „wer denn Interesse hätte, dass man sich an so einem Dorfladen versucht“ (Int_20). Der Begriff des Dorfladens blieb dabei allerdings undefiniert: „Es hat sich auch keiner unter dem Dorfladen etwas vorstellen können.“ (Int_20)

Abb. 19: Außenansicht des Dorfladens Alerheim (eigenes Foto)

Letztlich reichte die Initiatorin dem Bürgermeister eine Liste mit Unterschriften von etwa 100 Alerheimern. Sie gab ihm damit zu erkennen, dass sie die Verantwortung zur Nachbesetzung in erster Linie in kommunaler Hand sah. Von Bewohnerinnen ist der Bürgermeister zudem „wiederholt aufgefordert worden (..), doch da etwas zu tun“ (Int_20). Auch wenn im Gemeinderat in einer im Januar 2013 extra zum Thema einberufenen Sitzung Einvernehmen darüber herrschte, dass „der Erhalt des Ladens keine kommunale Pflichtaufgabe darstellt“ und ein „eventuelles Engagement der Gemeinde sehr gut begründet sein muss“, sahen sich die kommunalen Verantwortungsträger nun dennoch in der Position, dem Thema Aufmerksamkeit zu schenken und mögliche Wege für einen Weiterbetrieb zu erkunden (Int_22).

Hierfür nahmen kommunalpolitische Akteure im Juli 2014 und parallel zum Betriebsschluss des bisherigen Ladens an einem Seminar der Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) in Thierhaupten teil.[62] In diesem Seminar „sollten Strategien für die zukünftige Entwicklung von Versorgungseinrichtungen erarbeitet werden“ (SD4_1: 3). Dabei wurde die Empfehlung ausgesprochen: „Gut beraten ist eine Kommune auch, wenn sie den Sachverstand ihrer Bürger mit in die Überlegungen um die Zukunft mit einbezieht.“ (ebd.) Am Ende des Seminares erhielten die teilnehmenden Kommunalpolitiker einen „Arbeitsauftrag“ (Int_22), in dem konkrete Schritte hin zu einem genossenschaftlichen Dorfladen festgehalten waren. Dieser Auftrag sah vor, zunächst Eindrücke und Anregungen von anderen Dorfläden einzuholen, daraus Ideen für

[62] Die SDL „versteht sich als Forum für Fragen der Entwicklung des ländlichen Raumes. Ihre besondere Aufgabe besteht darin, Kommunalpolitiker, Bürger und Experten aus einer Gemeinde, einem Teilraum oder eines Landkreises zusammenzuführen, sie über die Notwendigkeit und Chancen gemeinsamer Entwicklungsarbeit zu informieren, sie zur fruchtbaren Zusammenarbeit im Team zu befähigen und ihnen Hilfen und Anregungen zu geben. Ganz im Sinne der neuen Bürger- und Sozialkultur will die SDL Kommunalpolitiker und Bürger in die Lage versetzen, die künftigen Herausforderungen gemeinsam, aktiv und verantwortungsbewusst zu gestalten. Als Forum für den ländlichen Raum ist es unser Ziel, Sie bei Ihrer Zukunftsentwicklung zu unterstützen und zu begleiten.“ (SDL o.J.)

eine mögliche Umsetzung in Alerheim abzuleiten, diese im Anschluss mit interessierten Bürgerinnen zu teilen und sie zur Mitwirkung an einem Gestaltungsprozess anzuregen.

Diesen Fahrplan setzten die Gemeindeverantwortlichen um und beriefen im Juni 2015 einen ersten Informationsabend zum Thema ein. Hierfür wurde der Planer, der das o.g. Seminar geleitet hatte, als Moderator eingeladen. Auf dieser von etwa 100 Bewohnerinnen besuchten Veranstaltung wurde zunächst herausgestellt, dass nach dem Betriebsschluss des bisherigen Ladens eine privatwirtschaftliche Lösung bisher weder zustande gekommen noch in Aussicht sei. Angesichts dessen habe sich der Gemeinderat über mögliche Alternativen informiert und sei zu dem Schluss gekommen, dass ein Dorfladen nur in genossenschaftlicher Trägerschaft realisiert werden könne. Die Gemeinde sah sich hierbei in erster Linie als Übermittlerin der Idee und nicht als Projektträgerin, wie den Anwesenden der Veranstaltung deutlich vor Augen geführt wurde: „Die Gemeinde wird es nicht tun." (Int_22) Am Ende dieser Informationsveranstaltung „haben sich eigentlich alle dafür ausgesprochen, dass man es probieren sollte, einen Laden zu machen in Alerheim. Und dass es gehen müsste, gerade für die Attraktivität des Dorfes, für die Älteren und so weiter." (Int_21) Als es allerdings darum ging, einen Arbeitskreis zu initiieren, der dem allgemeinen Wollen auch Taten folgen lässt, herrschte zunächst Zurückhaltung. Eine Teilnehmerin der Veranstaltung blickte zurück:

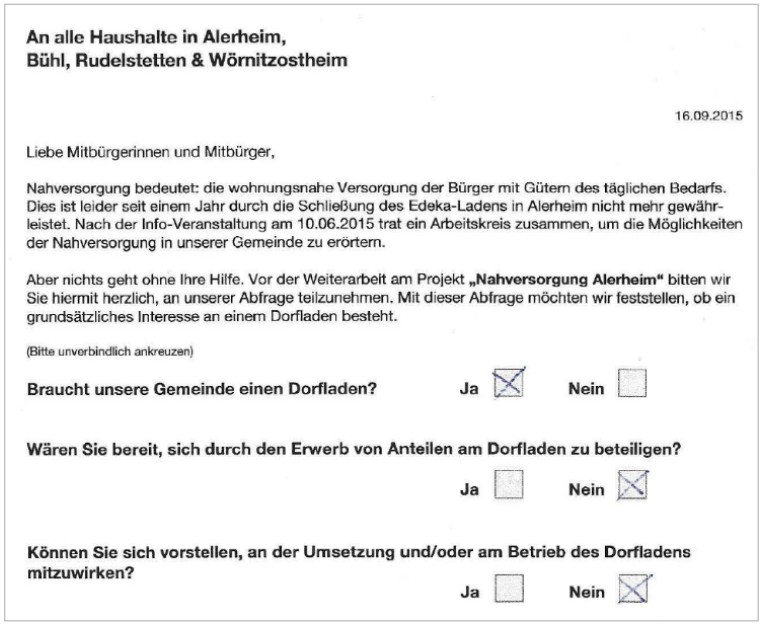
> *„(...) dann ging es darum, das war ganz am Schluss von der Versammlung: Jetzt brauchen wir einen Arbeitskreis, der sich darum kümmert. (...) Und dann hatte ich das Gefühl, das ist mir noch sehr präsent (...), wenn sich jetzt niemand findet, dann verläuft das Ding im Sand, dann war es das. Und deswegen habe ich mich dann eigentlich für den Arbeitskreis gemeldet und auch gleichzeitig versucht, das läuft ja dann auch so ein bisschen auch mit Blickkontakt und so, da ein Paar mit ins Boot zu bringen. Ich wollte mich eigentlich gar nicht wirklich engagieren, aber dachte mir, wenn jetzt nicht ein paar sagen, wir melden uns für diesen Arbeitskreis, dann verläuft diese Bürgerversammlung ergebnislos und dann damit das ganze Ding im Sande, weil man bringt nicht nochmal so viele Leute zusammen." (Int_21)*

Durch dieses couragierte Auftreten in einer Atmosphäre allgemeinen Zögerns konnte letztlich ein achtköpfiger Arbeitskreis gebildet werden. Auf eine professionelle Projektbegleitung verzichtete dieser mangels finanzieller Mittel und griff stattdessen auf zwei andere Informationsquellen zurück. Zum einen bot ein vom Freistaat Bayern herausgegebener und online frei abrufbarer Leitfaden über die Gründung und den Betrieb von Dorfläden eine wichtige Stütze (STMWI 2013). Zum anderen lieferten verschiedene genossenschaftliche Dorfläden in der Region sachdienliche Hinweise:

> *„(...) dann ging es ziemlich schnell los, dass wir dann in diverse Dorfläden im Umkreis zum Anschauen einfach gefahren sind, in Wolferstadt, in Huisheim. Also es gibt im Landkreis acht Dorfläden oder neun (...). Und die haben wir uns erstmal angeschaut, nicht alle, aber einen Teil. Und da haben wir uns auch Tipps geholt, also den Laden besichtigt und die Betreiber dort befragt: ‚Kosten, Schwierigkeiten, wie läuft es?'" (Int_20)*

Ob der Arbeitskreis das Vorhaben tatsächlich umsetzen würde, machte er von der Resonanz der Bewohnerinnen abhängig. Um diese in Erfahrung zu bringen, wurde im September 2015 eine Haushaltsbefragung durchgeführt. In dieser kreuzten 87 Prozent der etwa 150 Antwortenden auf die Frage „Braucht unsere Gemeinde einen Dorfladen" das Kästchen „ja" an (Abb. 20).

Ausgehend von dieser Zustimmung berief der Arbeitskreis im April 2016 eine weitere Informationsveranstaltung ein, „die aus allen Nähten geplatzt ist“ (Int_21). Deren Ziel bestand einerseits darin, neue Ideen aufzunehmen: „Ideenaustausch – Teilen Sie uns Ihre Wünsche und Anregungen mit!“ (OD4_6) Zum anderen warben die federführenden Akteurinnen für eine finanzielle Beteiligung. Mindestens 100 Haushalte mussten hierbei eine Bereitschaft schriftlich kundtun. Dabei gaben die Protagonistinnen den Bewohnern unmissverständlich mit auf den Weg: „WICHTIG: Wenn wir dieses Ziel nicht erreichen, wird es KEINEN Dorfladen geben.“ (ebd.; Hervorhebungen im Original) Bereits nach wenigen Wochen waren die veranschlagten Bereitschaftserklärungen beisammen, wofür keine offensive Mitgliederwerbung nötig war. So hatten die Initiatorinnen …



An alle Haushalte in Alerheim,
Bühl, Rudelstetten & Wörnitzostheim

16.09.2015

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Nahversorgung bedeutet: die wohnungsnahe Versorgung der Bürger mit Gütern des täglichen Bedarfs. Dies ist leider seit einem Jahr durch die Schließung des Edeka-Ladens in Alerheim nicht mehr gewährleistet. Nach der Info-Veranstaltung am 10.06.2015 trat ein Arbeitskreis zusammen, um die Möglichkeiten der Nahversorgung in unserer Gemeinde zu erörtern.

Aber nichts geht ohne Ihre Hilfe. Vor der Weiterarbeit am Projekt **„Nahversorgung Alerheim“** bitten wir Sie hiermit herzlich, an unserer Abfrage teilzunehmen. Mit dieser Abfrage möchten wir feststellen, ob ein grundsätzliches Interesse an einem Dorfladen besteht.

(Bitte unverbindlich ankreuzen)

Braucht unsere Gemeinde einen Dorfladen? Ja ☒ Nein ☐

Wären Sie bereit, sich durch den Erwerb von Anteilen am Dorfladen zu beteiligen?
Ja ☐ Nein ☒

Können Sie sich vorstellen, an der Umsetzung und/oder am Betrieb des Dorfladens mitzuwirken?
Ja ☐ Nein ☒

Abb. 20: Interessenabfrage durch den Arbeitskreis Dorfladen Alerheim (OD4_2)

> *„(…) gleich gesagt, wenn das ein Wir sein soll und wir einen Laden wollen, dann müssen die Leute von sich aus kommen und ihren Zettel abgeben. Wir gehen nicht von Haustür zu Haustür. Und das hat auch funktioniert. Die Leute sind gekommen und die Zettel sind einfach in den Briefkasten geworfen worden.“ (Int_20)*

Mit dem Überschreiten der Schwelle war zugleich eine zentrale Bedingung erfüllt, um von der Gemeinde eine einmalige finanzielle Unterstützung in Form eines Darlehens und eines Zuschusses zu erhalten. Diese sollten der Genossenschaft den Start erleichtern. An der offiziellen Gründungsversammlung im Juli 2016 nahmen etwa 200 Personen teil. Dabei wurden die Anwesenden aufgerufen, ihre Wünsche zu formulieren, wie sie sich ihren zukünftigen Laden vorstellen. Alle geäußerten Anliegen wurden in einer Ideenliste gesammelt und anschließend …

> *„(…) irgendwie abgearbeitet. Da hatten wir alles gemacht, was irgendwie möglich war. Also wir haben in dieser Startphase nicht wirklich ausgewählt, ja, machen wir, machen wir nicht (…), sondern wir haben im Prinzip alles gemacht (…).“ (Int_9)*

Hierzu gehörte u.a. die Aufnahme von Postdienstleistungen, ein Angebot an Zeitschriften und ein Optikerservice. Nach insgesamt 17 Monaten Vorbereitungszeit öffnete der Dorfladen im November 2016 seine Türen. Zwar wurde er von den Bewohnerinnen gut angenommen, musste allerdings das erste Geschäftsjahr mit einem Defizit beenden. So schätzen viele Alerheimer den Dorfladen in erster Linie als Kommunikationsstätte, wohingegen die Kernfunktion, das Einkaufen, mitunter etwas in Vergessenheit geriet:

„(…) also Kommunikationszentrum hat sogar viel, viel besser funktioniert, als das betriebswirtschaftliche Ergebnis des Dorfladens ist. Den Leuten ist es wichtiger, da diesen Treffpunkt zu haben. Zum Einkaufen fahren immer noch genügend auch woanders hin.“ (Int_22)

Abb. 21: Innenansicht des Dorfladens Alerheim (eigenes Foto)

Die Protagonistinnen der Dorfladen Alerheim eG beteiligen sich an einem durch das Land Bayern geförderten Dorfladennetzwerk des Landkreis Donau-Ries. Es bietet den zehn genossenschaftlichen Dorfläden des Landkreises eine Plattform zum Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus ist es Ziel des Netzwerkes, gemeinsame Strukturen zur Vermarktung regionaler Produkte aufzubauen.

Kerndaten der Dorfladen Alerheim eG	
Erste Informationsveranstaltung	Juni 2015
Gründung	Juli 2016
Ladeneröffnung	November 2016
Eigentümerin der Immobilie	Privatperson
Verkaufsfläche	ca. 200 qm
Öffnungszeiten	46 h/Woche (Stand: 29.08.19)
Mitglieder	274 (Stand: 18.11.16)
Wert je Geschäftsanteil	150 €
Eingebrachtes Kapital der Mitglieder	66.000 € (Stand: 18.11.16)
Besondere Leistungen (lebensmittelbezogen)	Fleisch-/Wursttheke, Käsetheke, Backwaren, Café-Ecke, Frühstücksangebot, Selbstbedienungsautomat am Laden
Sonstige Leistungen	DHL-Paketshop, Bücherregal, Buchbestellungen, Schul-/Schreibwarenbedarf, Optikerservice
Webseite	www.dorfladen-alerheim.de
Facebook-Auftritt	www.facebook.com/DorfladenAlerheim

Tab. 10: Kerndaten der Dorfladen Alerheim eG (eigene Zusammenstellung im November 2019)

5.5 Erste Reflexion des Beobachteten

Die vorangegangenen Darstellungen zielten darauf ab, die Gründungsprozesse der vier eingehend untersuchten Dorfladeninitiativen vom ersten Impuls bis zur frühen Nachgründungsphase nachzuzeichnen. Auf diesem Wege konnten erste Einblicke in die komplexen Entstehungszusammenhänge gewonnen werden. Im Folgenden wird eine erste fallübergreifende Reflexion des Beobachteten vorgenommen. Ziel dabei ist es, zunächst ein Stück weit entbunden von den übergeordneten Forschungsfragen, der Leserin ein besseres Verständnis über die zugrunde liegenden Orte, die Initiativen sowie die federführenden Akteure dahinter zu vermitteln. Zugleich soll sie auf diese Weise an die anschließenden themenspezifischen Analysen in Kapitel 6 herangeführt werden. Die Verortung der vier untersuchten Initiativen ist in Abbildung 22 dargestellt.

Abb. 22: Verortung der untersuchten Initiativen (eigene Darstellung)

5.5.1 Charakteristika der zugrunde liegenden Orte

Kommunale Strukturen

Schapdetten (NRW), Scharfenstein/Venusberg (Sachsen) wie auch Alerheim (Bayern) wurden im Zuge von Gemeindegebietsreformen politisch überprägt. Entsprechende Neuzuschnitte schlugen in unterschiedlicher Intensität zu Buche und wirkten sich unterschiedlich einschneidend auf die kommunalen Handlungsspielräume aus. In Schapdetten und Alerheim wurden die Gemeindegebietsreformen in den 1970er-Jahren umgesetzt. In Alerheim wurden die deutlich kleineren umliegenden Dörfer an die nunmehr 1.637 Einwohner (Stand: 31.12.18) zählende Gemeinde Alerheim angegliedert. Der Sitz der Gemeindeverwaltung verblieb im Ort und die politische Eigenständigkeit konnte weitgehend gewahrt werden. Der Bürgermeister kann seine Funktion hauptamtlich ausüben. 1978 wurde die Kommunalbehörde Verwaltungsgemeinschaft Ries eingerichtet, in der neun Gemeinden des Landkreises organisiert sind und in der zahlreiche Verwaltungsangelegenheiten bearbeitet werden. Hierzu gehören Aufgaben der Meldebehörde und des Standesamtes.

Im Vergleich zu Bayern wurden die Gemeindegebietsreformen in NRW deutlich rabiater und großflächiger vollzogen. Für Schapdetten bedeutete dies, zu einem Ortsteil der 19.557 Einwohner (Stand: 31.12.18) zählenden Gemeinde Nottuln herabgestuft zu werden und damit die politische Eigenständigkeit zu verlieren. Die für den Ort relevanten Beschlüsse wurden fortan im

Nottulner Gemeinderat getroffen, was nicht nur einem Verlust von Entscheidungsbefugnissen gleichkam, sondern auch die gefühlte Distanz der Schapdettener zur Kommunalpolitik wachsen ließ. Einige fühlen sich gegenüber der Kernstadt Nottuln benachteiligt. Ein Bewohner beklagte: „Schapdetten ist schon im Rat auch relativ unterrepräsentiert.“ (Int_8) Das Verhältnis bleibt unversöhnlich und konfliktträchtig. Das Schließen der Grundschule 2014 wurde auf den Umstand zurückgeführt, selbst kein politisches Sprachrohr im Nottulner Gemeinderat gehabt zu haben, das sich für den Erhalt einsetzen – und dieses Anliegen auch durchsetzen – hätte können:

> *„Aber die Gemeinde hat natürlich Einfluss [auf die Entscheidung hinsichtlich der Schulschließung] und sie kann den eben wahrnehmen, aber sie kann ihn auch flöten lassen. (...) Von außen betrachtet hat die Gemeinde sich nicht besonders weit aus dem Fenster gelehnt, als es um die Schulschließung ging.“ (Int_8)*

Der Verlust der Schule wird schmerzlich beklagt. Zugleich hinterließ der Entzug der Eigenständigkeit tiefe Wunden im örtlichen Identitätsgefüge, die nach Auffassung einiger Gesprächspartnerinnen bis heute nicht vollständig verheilt sind. Von der Gemeinde (gefühlt) vernachlässigt zu werden, hat dazu beigetragen, dass sich in Schapdetten neue zivilgesellschaftliche Strukturen wie der 2007 gegründete Heimatverein herausgebildet haben, die weitgehend losgelöst von kommunalpolitischen Zusammenhängen agieren und sich der Entwicklung und Gestaltung ihres Dorfes annehmen (Abb. 23).

Abb. 23: Vom Heimatverein Schapdetten errichtete Sitzbank (eigenes Foto)

Die administrative Überprägung von Scharfenstein und Venusberg liegt erst wenige Jahre zurück. Scharfenstein wurde 2005 zur Gemeinde Drebach hinzugefügt. Venusberg folgte 2010. Ähnlich wie in Schapdetten wurden auch hier die Autonomieverluste unter Teilen der Bewohnerschaft beklagt. So habe die Zusammenlegung nach Auffassung eines Gesprächspartners für ein „kleines Stückchen Identitätsverlust“ (Int_6) gesorgt. Die Bürgermeister wurden zu Ortsvorstehern herabgestuft, die fortan in Konkurrenz um knappe kommunale Haushaltsmittel der 5.117 Einwohner (Stand: 31.12.18) zählenden Gemeinde Drebach traten. So wird im Drebacher

Gemeinderat mitunter kontrovers diskutiert, „wenn es dann ortsteilspezifisch wird, dass die einen sagen: ‚Okay, wir kommen zu kurz oder ihr müsst jetzt auch mal wieder was in dem Ortsteil tun.'" (Int_15) Die dem Gemeinderat zur Verfügung stehenden Mittel sind sehr knapp.[63]

Im Gegensatz zu den anderen Orten wurde das niedersächsische Linsburg nicht durch kommunale Neugliederungen überprägt. Wenngleich Linsburg bis heute eigenständig ist und über einen handlungsfähigen Gemeinderat sowie einen Bürgermeisterposten verfügt, stuften Gesprächspartner das kommunale Gestaltungsvermögen als eher gering ein. Zahlreiche ortsrelevante Entscheidungen werden in der Samtgemeinde Steimbke getroffen, der Linsburg seit 1974 angehört. Ähnlich wie in Schapdetten gaben auch einige Linsburger ein Gefühl der Benachteiligung preis:

> *„Wenn ich mir anschaue, was in unserer Samtgemeinde Steimbke, also in dem Ort Steimbke dann alles investiert werden kann, dann habe ich manchmal schon den Eindruck, dass das nicht gerecht verteilt wird in der Samtgemeinde, sondern dass der Hauptort, der zentrale Ort, sich dann schon auch ein Stück mehr vom Kuchen abschneidet und abschneiden kann. (...) Und da gibt es so eine Samtgemeindeumlage. Das heißt, die Samtgemeinde, diese Organisation Samtgemeinde, die übernimmt ja die Straßenpflege, die übernimmt das Passamt und solche Dinge. Und da gibt es halt eben so eine Samtgemeindeumlage und die frisst im Prinzip fast die gesamten Mittel von Linsburg auf. Da bleibt eigentlich nichts mehr übrig und dann hat auch der Gemeinderat nicht mehr viel zu verteilen und viel zu entscheiden, wofür jetzt Mittel aufgewandt werden." (Int_11)*

Infrastrukturverluste und Interventionen[64]

Festzuhalten ist, dass alle fünf Orte Einschnitte hinsichtlich ihrer Infrastruktur- und Daseinsvorsorgeausstattung zu verzeichnen hatten. Hierzu zählen Einrichtungen, die zuvor von überörtlich agierenden Unternehmen unterhalten wurden und deren Abzug außerhalb des lokalen Einflussbereiches lag. So ist mittlerweile in keinem der Orte mehr eine eigene Postfiliale zu finden. Sprachlichen Ausdruck fand eine solche Unbeeinflussbarkeit in Formulierungen wie „die [Banken] haben sich auch zurückgezogen" (Int_5) oder auch: „Die hatten uns ja auch die Sparkasse hier geschlossen und auch den Automaten weggenommen." (Int_17) Neben diesen von Akteuren überörtlicher Ebene veranlassten Abzügen ist auch ein Schwund kleinbetrieblicher Einrichtungen zu konstatieren, die mangels wirtschaftlicher Tragfähigkeit oder aus Altersgründen ihren Betrieb einstellten.

[63] Von finanziellen Engpässen zeugen Diskussionen hinsichtlich einer möglichen Nachnutzung der in den 2000er-Jahren geschlossenen Schule Scharfenstein: „Für die ehemalige Schule im Drebacher Ortsteil Scharfenstein gibt es bislang keine Perspektive. Von Anlieger[n] (…) zur jüngsten Ratssitzung über die Zukunft des scheinbar dem Verfall preisgegebenen Objektes befragt, konnte Bürgermeister (..) nur die Schultern heben. Die Kommune stehe Interessenten für das Gebäude offen gegenüber, könne dort aber selbst keine Mittel investieren: ‚Dafür haben wir nicht die Kraft.'" (Bürgermeister der Gemeinde Drebach; zitiert in Freie Presse vom 16.10.11)

[64] Unter Infrastruktur- und Daseinsvorsorgeeinrichtungen werden im Folgenden für das Gemeinwesen funktionstragende und öffentlich zugängliche Einrichtungen thematisiert. Unterirdische, leitungsgebundene (z.B. Strom- und Wasserleitungen) sowie verkehrsbezogene Infrastrukturen (z.B. Straßen) sind nicht Gegenstand der Betrachtung. Dahingehend ließen sich anhand des vorliegenden Datenmateriales keine schwerwiegenden Einschnitte in den Orten ausmachen. Teilweise war dahingehend eine Erweiterung bzw. Modernisierung auszumachen. So ist etwa in allen Orten heute mehr oder minder schnelles Internet verfügbar.

Besonders deutlich wurde dies bei gastronomischen Einrichtungen, wie etwa ein Linsburger schilderte: „Wir hatten fünf Gastwirtschaften in Linsburg, die sind verschwunden.“ (Int_3) Das letzte Gasthaus in der Ortsmitte stellte Anfang der 2010er-Jahre seinen Betrieb ein. Auch in Scharfenstein und Schapdetten zeugen nur noch sanierungsbedürftige Fassaden von der einstigen Existenz der Gasthäuser im Siedlungskern. In Alerheim schlug der Ausfall infrastrukturelller Einrichtungen nicht derart deutlich zu Buche. So ist Alerheim der einzige der fünf Orte, in dem ein Bankinstitut noch eine eigene Filiale unterhält. Gleichwohl offenbarten sich auch hier Herausforderungen, als es bspw. darum ging, eine Pächterin für die einzige Gastwirtschaft im Ort zu finden. Ein Scharfensteiner fasste seine allgemeinen Beobachtungen hinsichtlich infrastruktureller Verluste in ländlichen Räumen mit den Worten zusammen: „Und eigentlich ist es ja so, dass auf dem Land eher etwas abgebaut wird, als etwas entsteht.“ (Int_16) Dies ist auch in den untersuchten Orten zu konstatieren: Aufbau neuer stationärer Versorgungseinrichtungen konnten in den vergangenen Jahren (die Dorfläden ausgenommen) nicht ausgemacht werden.

Eine Schapdettenerin merkte an, dass es Zeiten gab, in denen ein Verlassen des Dorfes gar nicht nötig war, da auf eine große Vielfalt an Versorgungseinrichtungen im Ort zugegriffen werden konnte. Nach ihrem Dafürhalten war es „doch ganz normal, dass man da eine Vollversorgung hatte eigentlich. Man musste da nicht raus ausm Dorf.“ (Int_7) Ein anderer Gesprächspartner führte rückblickend aus: „Also im Prinzip gab es fast alles.“ (Int_19) Drastische Verschiebungen konnte auch ein Linsburger beobachten. Er erinnerte sich an eine „Vielfalt auch an Geschäften und Betrieben“ und schob hinterher: „Das ist alles verschwunden.“ (Int_5) Ein anderer Gesprächspartner konkretisierte die Verluste:

Abb. 24: Leerstehendes Bäckereigeschäft in Venusberg (eigenes Foto)

> *„(…) aber das jeder von uns das ja miterlebt hat, wie hier die Infrastruktur weniger geworden ist. Wir hatten mal drei Banken in der Gemeinde, heute gibt es keine mehr. (…) Also wir hatten ja mal so einen Einkaufsmarkt, den es nicht mehr gibt. Wir hatten mal mehrere Gaststätten im Dorf, wovon es jetzt mittlerweile gar keine mehr gibt.“ (Int_2)*

Neben dem Blick in die Vergangenheit wurde in den Gesprächen auch immer wieder eindrücklich geschildert, dass auch in absehbarer Zeit keine Besserung der Situation zu erwarten sei. Eher wurde – im Gegenteil – von einer Verschärfung ausgegangen. Die Sorgen vor weiteren ersatzlosen Ausfällen waren umfassend. In Alerheim herrschte Unklarheit, ob die Pächterin der Gastwirtschaft auch zukünftig Getränke und Essen reichen wird. In Scharfenstein bahnte sich das Schließen der Burgschänke an und in Linsburg wurde vor dem Start des Dorfladenprojektes konstatiert: „Es gibt zwar (…) einen Getränkemarkt und noch eine Bäckerei- und Schlachterei-

filiale“, allerdings „zeichnet sich ab, dass die beiden letztgenannten demnächst schließen werden“ (OD1_9: 2). Ähnlich verhielt es sich in Schapdetten, wo das Aus des Bäckereigeschäftes mangels ökonomischer Rentabilität vorgezeichnet war:

> *„Hier dieser Laden war nur ganz klein. Die Familie, die hier wohnt, hat den auch weitergeführt und das ging immer weiter zurück. Man merkte, es war kein Umsatz mehr, nichts, der hätte irgendwann bald geschlossen, Schule, wussten wir, schließt dann, Metzger nicht mehr.“ (Int_7)*

Solche zurückliegenden und vorgezeichneten Verluste erzeugten Betroffenheit. Zum Ausdruck kam dies bspw. in Formulierungen wie: „Eine traurige Entwicklung, die das Dorf genommen hat, und dadurch verändert sich auch so das Zusammenleben im Dorf.“ (Int_5) Oder auch: „Das Dorf war so gut wie tot.“ (Int_19) Solche die Orte kollektiv umgreifenden Aussagen (*wir, das Dorf, jeder von uns*) legen nahe, dass die verschobenen infrastrukturellen Ausstattungsniveaus nicht lediglich individuell als Funktionsstörung wahrgenommen wurden, sondern weite Teile der Bewohnerinnen missmutig stimmte und einer aktiven Auseinandersetzung unterlag. Das Dorf hatte sich infrastrukturell zum Negativen verändert, es zeigten sich „Ausfallerscheinungen“ (Int_1).

In einigen Gesprächen wurde reflektiert, dass solche *Ausfallerscheinungen* nicht unbeeinflussbar daherkamen, sondern auch der eigenen (berufsbedingten) Außenorientierung geschuldet war. So begründete bspw. ein Alerheimer die Nichtnutzung des vorherigen Ladens wie folgt: „Ich (…) bin jeden Tag nach Donauwörth gefahren und hatte meines Erachtens auch weder die Notwendigkeit noch die Zeit, hier in den Laden zu gehen, wenn ich ständig irgendwo vorbeifahre.“ (Int_21) Qualitativ ausgereifte Supermärkte zogen die Aufmerksamkeit auf sich, wie eine Linsburgerin schilderte:

> *„Und das war eben auch mit ein Grund, warum der [letzte Laden in Linsburg] zugemacht hat. Irgendwo auch aus Altersgründen, klar, die Kinder haben das nicht weiterführen wollen. Aber auch dadurch bedingt, jeder hatte ein Auto, mindestens ein Auto, und man hat außerhalb gearbeitet. Das wurde ja immer mehr, dass die Leute außerhalb berufstätig waren und dort dann eben auch eingekauft haben. Da in den 70er-Jahren sind auch in Nienburg die großen Supermärkte gebaut worden und da musste dann erstmal jeder hin. Das war ja etwas Tolles und riesengroß und was es da alles gab, und, ja, na ja, und da hat der [letzte Laden in Linsburg] natürlich auch darunter gelitten.“ (Int_5)*

Ein anderer Gesprächspartner sprach in diesem Zusammenhang von einer „Schuld, weil wir alle irgendwie die Supermärkte und die Discounter irgendwie toll finden und da viel Geld irgendwie lassen, anstatt irgendwie in die kleinen inhabergeführten Geschäfte zu gehen“ (Int_11). Die Nichtnutzung örtlicher Angebote wurde zusätzlich vorangetrieben durch Hilfestellungen in familiären Kontexten, die *nicht unbedingt gewollt* zur Beschleunigung der infrastrukturellen Abwärtsspirale beitrugen:

> *„(…) wie das auf dem Dorf so ist, ich fahre mit Oma und Opa, die müssen zum Arzt, so, die muss ich fahren, aber in der Zeit kaufe ich dann auch eben ein. Und somit ging das hier alles den Bach runter. Natürlich irgendwie automatisch, nicht unbedingt gewollt, aber das ergibt sich dann. Dann fährt die Tochter, Schwiegertochter, fährt mit zum Arzt und in der Zeit, wo die beim Arzt sind, kaufe ich natürlich in Nottuln ein. (…) Je mehr weggezogen wird, Schule, was weiß ich, Kindergarten, Arzt, desto mehr orientiert man sich ja auch nach außen.“ (Int_7)*

Wenngleich sich die infrastrukturellen Verluste zum Teil drastisch bemerkbar machten, war in allen fünf Orten im Vorlauf der Dorfladeninitiativen die Versorgungsinfrastruktur noch nicht vollständig abhandengekommen. Es bestanden jeweils noch Möglichkeiten, Lebensmittel vor Ort käuflich zu erwerben, etwa in der (wenn auch nur an wenigen Stunden in der Woche geöffneten) Bäckerei-, Fleischerei- oder Getränkefiliale in Linsburg, in einem Hofladen in Alerheim oder in den verbleibenden Bäckereigeschäften mit kleinem Zusatzangebot in Schapdetten, Venusberg wie auch Scharfenstein. Die Aufgabe der letzten Geschäfte für Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs reichte in den Orten zum Zeitpunkt des ersten Impulses für die Dorfläden nur wenige Jahre zurück.

Abb. 25: Mobile Versorgung in Scharfenstein (eigenes Foto)

Der Reduktion infrastruktureller Angebote und der damit einhergehenden Außenorientierung stand eine Ausweitung temporärer Angebote gegenüber. Mobile Versorger – wie professionelle Lieferanten für Tiefkühlwaren (Abb. 25) – fanden den Weg in die Orte. In Linsburg wurde beobachtet, dass „zurzeit jemand rum[fährt] mit einem Wagen, einmal in der Woche, (…) und verkauft Lebensmittel und Obst und so weiter“ (Int_12). In Scharfenstein machte sich ein findiger Händler aus einem Nachbarort die Immobilität einiger Bewohnerinnen zu eigen:

> *„(…) und als der [Laden im Ort] dann zumachte, haben die auch, geschäftstüchtig wie sie sind, (…) reagiert und fahren einmal donnerstags (…) hier eine Runde und da laden die die Leute ein, die kein Auto haben, und fahren die nach Grießbach.“ (Int_14)*

Mobile Lösungen wurden darüber hinaus auch von professionellen Dienstleistern außerhalb der Lebensmittelbranche umgesetzt. In Linsburg richtete die Sparkasse Nienburg nach dem Schließen ihrer Filiale einen Busservice ein (Abb. 26).[65]

> *„Die drei Bankfilialen (Sparkasse, Volksbank und Postbank) wurden schon vor Jahren geschlossen. Über eine mobile Sparkassenfiliale werden Bankleistungen nur noch an einem Vormittag und an einem Nachmittag angeboten.“ (OD1_10: 2)*

Konfrontiert mit diesen Entwicklungen zeigte sich in den Orten zum Teil eine gewisse Erfahrung im Aufbegehren gegen den Wegfall bzw. drohenden Wegfall infrastruktureller Einrichtungen. In Scharfenstein wie auch Alerheim konnten Bürgerinnen und Kommunalpolitikerinnen erwirken, dass der Entzug der Sparkassenfiliale durch die Installation von Selbstbedienungsterminals ein Stück weit kompensiert werden konnte. In Alerheim ging dem ein „Kampf“

[65] In Schapdetten waren vor der Eröffnung des Dorfladens noch zwei Banken mit eigenen Filialen vertreten. Nach der Eröffnung haben sich beide Banken in das Ladengeschäft eingemietet. Auch die Dorfläden in Venusberg und Linsburg nahmen Bankdienstleistungen in ihr Serviceangebot auf (dazu Kapitel 6.4.2).

(Int_23) voraus. Venusberger waren beteiligt, als es darum ging, im Nachbarort eine freie Schule ins Leben zu rufen. Daran erinnerte sich ein Gesprächspartner zurück:

> *„Es gab eigentlich schon mal eine Zeit, wo es (...) eine Bürgerinitiative gab, das war die Zeit 2005, wo es in Sachsen um das Schulenzumachen ging. Da ist es (...) gelungen, eine freie Schule ins Leben zu rufen, also Freie Schule Erzgebirgsblick in Gelenau, läuft auch unter freier Trägerschaft (...). Das war auch eine Initiative aus der Bevölkerung heraus." (Int_16)*

Der in Scharfenstein ausgetragene „Schulkrieg", in dem es darum ging, „welche Schule bleibt bestehen" (Int_14), konnte hingegen nicht gewonnen werden. Das Gebäude ist nun dem Verfall preisgegeben. Erfolglos waren auch die Bemühungen in Schapdetten, wo es den Bewohnerinnen trotz „wilde[r] Proteste" (Int_18) nicht gelang, die Grundschule im Ort zu halten. In Scharfenstein, Venusberg und Linsburg richteten Bürger Fördervereine ein, um die örtlichen Kindergärten zu stützen. Neben solchen Interventionen wurden zum Teil auch unkonventionelle Pfade betreten und neue Strukturen geschaffen. Deutlich wurde dies etwa in Schapdetten, wo Bewohner 2007 einen Heimatverein gründeten, der sich dem Erhalt der örtlichen Lebensqualität widmet.

Abb. 26: Haltepunkt des Sparkassenbusses in Linsburg (eigenes Foto)

Soziale und demografische Entwicklungen

Dass sich die Bewohnerinnen im Dorf untereinander kennen, wurde von zahlreichen Gesprächspartnern als selbstverständlich erachtet. So hielt etwa eine Alerheimerin fest, dass „man sich im Dorf halt kennt" (Int_20). In Schapdetten bekräftige eine Gesprächspartnerin, dass sich „die Leute (…) einfach [kennen] (…). Viele sind per Du, kennen sich seit Jahrzehnten." (Int_8) Ein Linsburger verwies auf örtliche Kommunikationsdynamiken, die *selbstverständlich* zu einem Dorf dazugehören: „Dorf (…) hat auch immer so ein Eigenleben, auch mit Klatsch und Tratsch, das gehört zum Dorf dazu." (Int_12) Zum dörflichen *Eigenleben* gehört nach Auffassung eines anderen Gesprächspartners auch, dass man nachbarschaftliches Treiben aufmerksam beobachtet: „Soziale Kontrolle aufm Dorf ist wichtig." (Int_23)[66] Ein Gesprächspartner in Schapdetten ging auf alltäglich praktizierte, außerfamiliäre Lebenshilfen ein, die man leistet, weil es *einfach so ist* – und die das Dorfleben wesentlich vom Stadtleben unterscheide:

[66] Konkret bezog sich diese Aussage auf die Vertrauenskasse, die vor dem Hofladen in Alerheim platziert ist und über die fällige Kosten zu begleichen sind. Dieses Bezahlsystem „funktioniert nur, weil das so nah am Haus ist und die Straße vorbeigeht. Die haben das schon außen gehabt und da hat es nicht funktioniert. (…) Deswegen gibt es die jetzt mit dem Betonfuß, weil das auch alles geklaut worden ist. Funktioniert hier nur, weil es so nah ist und weil da jederzeit jemand aus dem Fenster gucken kann." (Int_23)

> *„Man geht aus der Haustür, spricht mit den Nachbarn. Oder hier gegenüber wohnt jetzt eine Nachbarin, (...) die seit eineinhalb Jahren jetzt alleinstehend ist, der Mann gestorben, und da guckt man automatisch morgens schon mal eben hin: Hat sie die Jalousien auch hoch? (...) In der Stadt interessiert das niemanden. (...) Das ist einfach so hier, das ist Dorfleben, der eine kennt den anderen und, auf der anderen Seite, der eine ist auch auf den anderen ein wenig angewiesen." (Int_19)*

Hilfsbereitschaft und gegenseitige Achtsamkeit prägen nach dem Dafürhalten einiger Gesprächspartner nicht nur das zwischenmenschliche Miteinander, sondern fügen sich auch in die Vereinsstrukturen ein. Ein Linsburger berichtete über eine Notlage, die den örtlichen Fußballverein ereilte und die eine große Solidarität nach sich zog:

> *„Hier bei dem Sportverein zum Beispiel wurde jetzt im Oktober, November oder so der Rasenmäher geklaut, der Aufsetzrasenmäher, der war nun leider nicht versichert (...). Und dann haben wir die anderen Vereine angeschrieben, (...) helft uns, spendet etwas, und wenn es nur 25 Euro sind, und das ist gut gelaufen, muss ich wirklich sagen." (Int_1)*

Trotz des in den Gesprächen vorwiegend als kooperativ umschriebenen Miteinanders wurde an vielen Stellen allerdings auch die Fragilität des örtlichen Soziallebens deutlich. Besonders die Problematik schwindenden Nachwuchses treibt viele Vereine um. Da sich in den Fußballvereinen häufig nicht mehr genügend Kinder mobilisieren lassen, um eigene Jugendmannschaften in den Spielbetrieb zu schicken, sind die Vereine zunehmend dazu übergegangen, Spielgemeinschaften mit benachbarten Vereinen zu bilden. Ein Gesprächspartner in Schapdetten erkannte, dass der Ort „an Bevölkerung vor allem im Bereich der Menschen unter 18 Jahre [verarmt]" (Int_18). Der deutlich zutage tretende zahlenmäßige Rückgang trifft auf verschobene Interessenlagen. Heranwachsende wählen offenbar vielfach andere Optionen zur Freizeitgestaltung, als sie die etablierten Vereine bieten (können). Die Konsequenzen des Desinteresses und des Wegbleibens von Nachwuchs bekommen dabei allen voran die verbleibenden Aktiven zu spüren. Entsprechende Zusammenhänge schilderte ein Linsburger folgendermaßen:

> *„Also das [Vereinsleben] war früher natürlich auch alles viel lebhafter. Das lässt auch alles nach, weil die Mitgliedsstrukturen in den Vereinen weniger werden. Die Leute, die aktiven Leute, werden älter. Wie das mit den Jungen ist, weiß ich nicht, die rücken nicht in entsprechender Weise nach. (...) Natürlich klagen die Vereine alle über Nachwuchs (...). Das ist eine Altersfrage, die Alten werden immer älter und schaffen es nicht mehr und junge Leute sind zu wenige da. Deswegen hat also der Spielmannshof, der Schützenverein, deswegen haben die ihre Nachwuchsprobleme. Das ist aber überall so." (Int_1)*

Nicht zu wissen*, wie das mit den Jungen ist,* ist zugleich Ausdruck sich wandelnder Kommunikationsgefüge. So bedauerte etwa ein anderer Linsburger, dass in einem Neubaugebiet „Leute (…) gebaut haben, da haben sie bis heute kaum Kontakt zu. Die interessieren sich nicht [für den Dorfladen]." (Int_2) Und in Schapdetten merkte eine Gesprächspartnerin an: „Da hinten im Neubaugebiet, da kriegt man gar nichts mit." (Int_8) Ein in den Interviews zuweilen als Ideal umschriebenes verantwortungsbewusstes Miteinander umschloss offenkundig nur noch Ausschnitte der Bewohnerschaft. Symptome der Desintegration und des Desinteresses waren mitunter deutlich zu vernehmen. Ein Linsburger merkte an: „In vielen Fällen ist es so, dass man sich nicht mehr für den anderen unbedingt verantwortlich fühlt." (Int_2) Ein anderer Gesprächspartner konnte beobachten, wie sich „diese soziale Struktur (…) in den Dörfern aufgelöst [hat]"

(Int_1). Ähnlich drastische Eindrücke sammelte ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg. Ihm zufolge sei …

> *„(…) auch dieses Miteinander nicht mehr so ausgeprägt (..), wie es mal war oder wie das halt sein müsste für eine Dorfgemeinschaft. Dieser furchtbare Spruch, wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht, der trifft uns schon an der einen oder anderen Stelle.“ (Int_15)*

Dieses Miteinander ist also offenbar weniger geworden und hat sich vom ersehnten Sollzustand entfernt. Damit in Verbindung steht, dass auch das gesellschaftliche Leben in Teilen nachgelassen hat. Eine Alerheimerin stellte fest: „In der Wirtschaft ist ja nicht mehr viel los. Da sind dann immer nur so einzelne Grüppchen vereinsmäßig.“ (Int_9). Ein Linsburger beklagte den zunehmenden Rückzug ins Private:

> *„Wenn man durch das Dorf geht, man sieht eigentlich kaum noch Leute. Die sitzen irgendwie vorm Fernseher, vorm Computer oder hinterm Haus. Und das war in unserer Kinderzeit eben so, dadurch, dass jeder Vieh zu versorgen hatte, musste man sich ja auch draußen aufhalten, man hat sich auch viel öfter gesehen. (…) Also das Leben hat sich draußen abgespielt in der Gemeinschaft, man hat sich unterhalten und dann kamen noch mal welche vorbei, haben angehalten, weil sie uns da gesehen haben, haben sich dazugesetzt. So etwas gibt es heute nicht mehr.“ (Int_5)*

Eine Folge dieser Entwicklungen ist, dass die Personen, die sich als Motoren des sozialen Lebens verantwortlich fühlen und sich für örtliche Belange einsetzen, häufig umfassend und in unterschiedlichen Betätigungsfeldern eingebunden sind. Ein Linsburger verwies auf eine mangelnde Bewerberlage um Vorstandsposten, die ihn zum Einspringen veranlassten: „Ruckizucki war ich hier überall in den Vorständen drin, weil sich sonst keiner gefunden hat, der hier diese Arbeit übernimmt.“ (Int_1) In Scharfenstein konstatierte ein Gesprächspartner: „Es sind eh immer die Gleichen, die etwas machen.“ (Int_6) Und ein Alerheimer stellte in einem anderen Zusammenhang fest: „Zum Beispiel beim Thema Flüchtlinge, auch da ist es nur ein begrenzter Kreis an Leuten, die sich wirklich engagieren.“ (Int_22) Zusätzlich zur Problematik des Mehrfach-Engagements (und der damit verbundenen Mehrfachbelastungen; dazu Kapitel 6.3.1) kommt, dass einige Vereine mit einer rückläufigen Nachfrage nach ihren Angeboten konfrontiert sind. So erkannte ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg, dass sie „gerade in der Vereinsarbeit Riesenprobleme bekommen“ (Int_15) und ging ins Detail:

> *„(…) wenn es nicht genug Bürger gibt, die Mitglied in dem Verein sind und dieses Angebot nutzen, dann ist es natürlich zwangsläufig, dass dann der Vorstand sagt: ‚Okay, wir erreichen die Leute nicht mehr, wir lösen den Verein auf.‘“ (Int_15)*

Bezogen auf das Vereinsleben kam besonders in Linsburg und Schapdetten noch ein anderer bemerkenswerter Aspekt zur Sprache: Die Bedeutung von Zugezogenen, über die bspw. in einem Gruppeninterview in Linsburg sinniert wurde:

> *„Aber das hat immer Tradition hier in Linsburg, immer Fremde haben den Vorsitz vom Sportverein, vom Schützenverein, (…) vom Heimatverein. Da kommen neue Ideen auf. Die, die neu reinkommen, die bringen neue Ideen mit. (…) Die Leute, die da so drin sind, die fahren halt ihre Schiene und da kommen mal frische Leute und die haben andere Ideen. (…) Vielleicht weil die den Blick von außen haben und sehen, Mensch, hier fehlt dies, hier fehlt das, das kenne ich aber anders, und sich da vielleicht deswegen auch engagieren.“ (Int_3)*

Ganz ähnliches konnte ein Interviewpartner in Schapdetten beobachten, sowohl in Schapdetten wie auch andernorts:

> *„Das Verrückte ist immer, achten sie mal darauf, in den Vereinen, wer arbeitet da mit vorne? Also die etwas tun, die sich einsetzen, das sind die Zugereisten. Ganz egal ob Sportverein, da können sie durchgehen, wo sie wollen, ganz, ganz wenig Eingeborene." (Int_19)*

5.5.2 Wesenszüge der untersuchten Organisationen

Rechtsformen und strukturelle Charakteristika

Die Dorfläden in Schapdetten, Scharfenstein/Venusberg und Alerheim wurden als eingetragene Genossenschaften (eG) gegründet. Der Dorfladen Linsburg trägt die Rechtsform eines wirtschaftlichen Vereins (w.V.). Dass die Initiatoren in Linsburg anstatt der Rechtsform eG den w.V. vorzogen, hatte prüfungsrechtliche und damit verbundene kostenseitige Gründe:

> *„Der wirtschaftliche Verein ist deshalb gegründet worden, weil auf Genossenschaftsbasis wäre der Faktor Kosten größer gewesen. Weil der Genossenschaftsverband überprüft seine Betriebe genau und da kostet eine Überprüfung im Jahr zwei bis drei Tausend Euro. Und das ist nicht mal gesagt, dass jetzt der Dorfladen schon überhaupt diese zwei bis drei Tausend Euro Überschuss erwirtschaftet." (Int_12)*

Mitglieder der Organisationen sind in erster Linie natürliche Personen, vereinzelt auch Vereine und Unternehmen. Eine Mitgliedschaft setzt das Zeichnen mindestens eines Geschäftsanteils voraus. Der Wert eines Anteils beträgt zwischen 50 Euro (Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG) und 250 Euro (Dettener Dorfladen eG). Die Haftung der Anteilseigner ist auf die eingezahlten Geschäftsanteile beschränkt. Mit einer Mitgliedschaft gehen Rechte und Pflichten einher, die in den jeweiligen Satzungen verankert sind. Grundsätzlich sind die Pflichten eher niedrigschwellig angelegt und verlangen den Mitgliedern kaum Anstrengungen ab. Weitreichender und substanzieller sind die an eine Mitgliedschaft gekoppelten Rechte. Die satzungsgemäß jährlich einberufenen Generalversammlungen (bei den eG) bzw. Mitgliederversammlungen (beim w.V.) stellen die obersten Beschlussorgane dar. So ist etwa in der Satzung des Linsburger Dorfladens geregelt: „Die Mitgliederversammlung entscheidet in allen grundsätzlichen Angelegenheiten des Vereins." (Satzung des Dorfladen Linsburg w.V. §7.1(1)) Darüber hinaus ist bei richtungsweisenden Entscheidungen die Meinung der Mitglieder einzuholen, worauf bspw. eine Gesprächspartnerin der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG einging:

> *„Die Generalversammlung muss dann bei ganz grundsätzlichen Problemen die Zustimmung geben. Die muss man sich dann holen, also zum Beispiel, wenn wir jetzt einen dritten Laden aufmachen würden, dann müssten wir die Generalversammlung fragen, ob wir das sollen oder wollen." (Int_13)*

Die Satzungen spiegeln die demokratische Verfasstheit der Organisationen wider. Um Ungleichgewichte hinsichtlich der Entscheidungsgewalt einzuschränken, besitzt jedes Mitglied bei Versammlungen genau eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der Geschäftsanteile. In Scharfenstein/Venusberg haben die Protagonistinnen „von Anfang an gesagt, dass das jetzt keinen Unterschied hat an der Stimmberechtigung, ob du 20 oder einen Anteil hast" (Int_6). Solche

demokratischen Prinzipien kamen nicht nur hinsichtlich der Stimmberechtigung zum Ausdruck, sondern auch bei allgemeinen Fragen der Gestaltung der Läden (dazu Kapitel 6.3.3).

Der Aufbau der Organisationen beruhte weitestgehend auf unentgeltlicher Arbeit. Mit Eröffnung der Läden wurden eine Ladenleitung und weitere bezahlte Kräfte, häufig auf 450 Euro-Basis, eingestellt, um das Tagesgeschäft zu organisieren. Zu den Aufgaben der Angestellten gehören bspw. die Annahme, das Einräumen und das Kassieren der Waren sowie Reinigungstätigkeiten. Die Arbeit in den Führungsgremien (Vorstand und Aufsichtsrat) blieb auch nach der Eröffnung weitestgehend ehrenamtlich, wobei eine schrittweise Reduktion des Arbeitspensums angestrebt wurde (dazu Kapitel 6.2.4).

Waren- und Dienstleistungsspektrum

Das Warenangebot der Läden umfasst zwischen etwa 1.500 und 2.500 verschiedenen Artikeln. Dazu gehören Convenience-Produkte wie Trocken-, Kühl- und Tiefkühlwaren, Konserven und Getränke, aber auch Obst, Gemüse und Genussmittel (z.B. Kaffee, Spirituosen und Süßwaren). Hinzu kommen Waren im Non-Food-Bereich wie Hygieneartikel, Reinigungsmittel und Schreibwaren. Der überwiegende Teil dieser Produkte wird von großbetrieblichen Zwischenhändlern bezogen. Insbesondere bei frischen, schnell verderblichen Waren wie Obst und Gemüse ergänzen regionale Lebensmittel das Angebot. Auch Eier, Honig und Getränkespezialitäten wie Spirituosen werden häufig direkt von regionalen Erzeugerinnen bezogen. In allen Ladengeschäften wurde eine Theke für Backwaren sowie eine Auslage für Fleisch- und Wurstwaren eingerichtet (Ausnahme: Scharfenstein). Neben dem Erwerb von Nahrungsmitteln und Waren des täglichen Bedarfs können in den Läden auch unterschiedliche Dienstleistungen in Anspruch genommen werden. Dazu gehören bspw. Postgeschäfte. In Venusberg und Linsburg richteten die regionalen Sparkassen die Möglichkeit zur Bargeldausgabe ein. Im Dettener Dorfladen installierten Sparkasse und Volksbank einen Serviceterminal im Vorraum des Ladens.[67] Hinzu kommen (in unterschiedlichem Umfang) weitere Leistungen wie Lotto und der Vertrieb von Printerzeugnissen wie Zeitungen und Zeitschriften (dazu Kapitel 6.4.1).

Abb. 27: Back- und Fleischwaren im Dettener Dorfladen (eigenes Foto)

[67] In Scharfenstein und Alerheim richteten die Sparkassen Anfang der 2010er-Jahre – und somit bereits vor den Ladeninitiativen – Serviceterminals im öffentlichen Raum ein, nachdem sie ihre Filialen abgezogen hatten.

5.5.3 Blick auf die tragenden Akteure der Initiativen

Die vier Initiativen gingen auf das Zusammenwirken mehrerer Personen zurück, die zur Realisierung arbeitsteilige Strukturen aufbauten. Es kristallisierte sich jeweils ein engerer Arbeitskreis (in Alerheim auch als solcher benannt) aus etwa fünf bis zehn Personen heraus, die maßgeblich mit der Umsetzung der Vorhaben betraut waren. Ihre Zusammenarbeit war nicht vertraglich geregelt. Aus diesem Arbeitskreis trat wiederum ein innerer Zirkel bzw. Führungsstab aus zwei bis vier Personen hervor, die bei strategischen Angelegenheiten tonangebend waren, bei denen das Wissen für die Umsetzung zusammenlief und die mit potenziellen Vertragspartnern (z.B. Lieferanten) in Verhandlung traten und entsprechende Unterschriften setzten. Darüber hinaus repräsentierten sie die Initiativen nach innen (z.B. gegenüber den Bewohnerinnen bei Informationsveranstaltungen) und nach außen (z.B. gegenüber der Lokalpresse). Den zentralen Akteuren kam dabei eine ganz wesentliche – und bisweilen unverzichtbare – Rolle bei der Umsetzung zu (Tab. 11; dazu Kapitel 6.3.1).[68]

Dorfladen Linsburg w.V.	„Das hat alles [Vor- und Nachname] dann irgendwo auch so organisiert und auch die Gespräche geführt.“ (Int_11)
Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG	„Ganz feste Säulen in diesem ganzen Gefüge ist der [Vorname] und die [Vorname]. Also wenn wir die nicht gehabt hätten, oder auch, wenn die sich jetzt nicht mit so viel Hingabe kümmern würden, wäre das schon im Anfangsstadium gescheitert.“ (Int_15)
Dettener Dorfladen eG	„Der Schapdettener ist die treibende Kraft hinter dem Dorfladen-Projekt.“ (Westfälische Nachrichten vom 03.09.13)
Dorfladen Alerheim eG	„Aber getragen haben oder tragen tun es jetzt ganz eindeutig die [Vorname] und die [Vorname], die zwei, das sind die Köpfe.“ (Int_23)

Tab. 11: Sprachliche Verweise auf bedeutsame Personen der Initiativen

Die Grenzen zwischen Arbeitskreis und innerem Zirkel waren nicht immer trennscharf gezogen. Mitunter waren Personen zeitweilig sehr aktiv und nahmen sich zu einem späteren Zeitpunkt wieder zurück – oder schieden gänzlich aus der Unternehmung aus. Über Ausfälle wurde in allen Fallbeispielen berichtet, etwa aus gesundheitlichen Gründen, anderweitigen persönlichen oder beruflichen Verpflichtungen oder aufgrund unvorhergesehener Arbeitslasten, die das Vorhaben mit sich brachte (dazu Kapitel 6.3.1). Die federführenden Personen wurden durch einen Kreis an Helfern unterstützt, auf die für zeitlich befristete Tätigkeiten zurückgegriffen werden konnte.[69] Die geleisteten Arbeiten für den Aufbau waren weitestgehend ehrenamtlich

[68] Im Weiteren wird aus Gründen der Anonymitätswahrung und der Komplexitätsreduktion die Zweiteilung Arbeitskreis – innerer Zirkel nicht weiter aufrechterhalten. Personen, die sich durch persönliche Anstrengungen und mit gewisser Kontinuität für die Dorfläden eingebracht haben, werden allgemein als tragende bzw. federführende Akteure oder auch Protagonistinnen bezeichnet.

[69] Auf die Ausgestaltung der Arbeitsstrukturen innerhalb der Initiativen soll an dieser Stelle nur kurz eingegangen werden. In Linsburg waren diese Strukturen durch einen hohen Organisationsgrad gekennzeichnet. Zu Beginn der Initiative wurden fünf themenspezifische Arbeitsgruppen gebildet, aus denen jeweils eine Hauptansprechperson hervortrat. Diese unterrichteten in regelmäßigen Sitzungen den Vereinsvorstand über ihre Arbeitsfortschritte. In Alerheim hatten die Arbeitsstrukturen einen offeneren Charakter: Es gab einen Arbeitskreis, der sich regelmäßig in Sitzungen zusammenfand, um Zurückliegendes zu reflektieren und die anstehenden Arbeitsschritte zu koordinieren. Ähnlich war es in Scharfenstein/Venusberg und Schapdetten. Alle vier Initiativen zeigten sich offen gegenüber Personen, die an einer Mitarbeit (gerade in federführender Position) interessiert waren.

und lagerten außerhalb der beruflichen Erwerbstätigkeit.[70] Die Anstrengungen der Initiatorinnen basierten nicht auf einer Erwartungshaltung, sich darüber ein späteres Beschäftigungsverhältnis zu erschließen. Es handelte sich also nicht im engeren Sinne um Existenzgründungen.

Im Kreis der federführenden Akteure ließen sich zwei Schwerpunktkohorten ausmachen. Die erste Kohorte bestand aus Personen im Erwerbsleben. Sie nahmen häufig leitende Positionen (und vielfach mit Personalverantwortung) ein, bspw. als Unternehmerin, Arzt oder Juristin. Der zweiten Gruppe sind Personen zuzurechnen, die sich in einem frühen Stadium der Pensionierung befanden und die in ihrer beruflichen Vergangenheit häufig Leitungsaufgaben übernommen hatten. Pensionierung war für sie nicht gleichbedeutend mit Ruhestand. Prägend war ein mitunter hoher Aktivitätsgrad, indem sie ihre frei gewordene Zeit in den Dienst des Dorfes stellten. So ging etwa der Bürgermeister in Linsburg trotz beruflicher Pensionierung einer „Vollbeschäftigung" nach, indem er gefühlt „20.000 Ehrenämter" besetzte, wie es eine Gesprächspartnerin ausdrückte (Int_10). Die Mehrheit der zentralen Protagonisten lebte im Eigenheim vor Ort und befand sich ökonomisch in einer gesicherten Lage. Nahezu alle konnten auf einen PKW zugreifen und waren zur selbstständigen Versorgung in der Lage. Hinsichtlich der Geschlechterverteilung ließ sich kein eindeutiger Schwerpunkt identifizieren. Während im bayerischen Alerheim im Arbeitskreis fast ausschließlich Frauen vertreten waren, waren es in Linsburg überwiegend Männer. In Scharfenstein/Venusberg wie auch Schapdetten hielt sich das Geschlechterverhältnis in etwa die Waage.

Auffällig war, dass in allen vier Initiativen häufig Personen in federführender Verantwortung agierten, die außerhalb der Orte aufgewachsen sind oder eine gewisse Zeit außerhalb gewohnt hatten (z.B. im Zuge ihres Studiums) und wieder zurückgekehrt waren. Mitunter bezeichneten sie sich selbst als Zugezogene. Nichtsdestotrotz besaßen sie mehrheitlich auch vor ihrem Engagement für die Dorfläden vielfältige soziale Kontakte vor Ort und sahen sich selbst als gut im örtlichen Sozialgefüge eingebunden. Häufig engagierten sie sich in Vereinen und/oder hatten sich bereits in der Vergangenheit um ortsbezogene Belange verdient gemacht (dazu Kapitel 6.3.1).[71] Sie hatten gewissermaßen einen erfolgreichen Integrationsprozess durchlaufen und Wurzeln geschlagen. Exemplarisch für die entwickelte Ortsgebundenheit ist folgende Aussage zu lesen:

> *„(...) haben uns dann hier (...) niedergelassen und damit aber tatsächlich auch bewusst die Entscheidung getroffen, ein Stück neue Heimat für uns zu wählen. Also das war schon eine Perspektive, nicht einfach nur ein neuer Wohnort, sondern tatsächlich Heimat. (...) Jetzt sind wir praktisch Zugezogene, aber fest hier drin, tief verankert, viel Aktivität, Freundschaften, Bekanntschaften, Nachbarschaften. Also das dörfliche Gefüge hier hat uns sehr offen aufgenommen und wir sind sehr offen auch hineingegangen, sag ich mal so, und haben damit auch einen hohen Vernetzungsgrad einfach." (Int_6)*

Einem federführenden Akteur in Linsburg war es ein besonderes Anliegen, „die Initiative jedes Einzelnen [zu] nutzen. Wer will, kann mitmachen, ohne Ansehen der Person." (Int_1)

[70] Ausnahmen bildeten vereinzelt kommunalpolitische Akteure, die sich aus ihrer politischen Funktion heraus für die Vorhaben einsetzten (dazu Kapitel 6.2.2 und 6.2.3).

[71] Zur Vervollständigung: Keiner der federführenden Akteure war mit der Intention zugezogen, die Idee eines Dorfladens zu verwirklichen oder ein solches Projekt zu unterstützen.

Die Auffassung, sich bewusst auf den Ort eingelassen und eine „Wahlheimat“ (Int_2) gefunden zu haben, ließen viele Gesprächspartnerinnen ebenso deutlich erkennen, wie sie die Bedeutung sozialer Beziehungen für ihre Ortsgebundenheit herausstellten. Ausdruck dessen ist auch, dass etwaige Erwägungen zur Abwanderung an keiner Stelle in auch nur einem Interview zum Vorschein kam. Da Fragen des ‚Wer‘ nicht den Kern des Erkenntnisinteresses dieser Arbeit bilden, sind die hier dokumentierten Beobachtungen zwar als interessante Randnotiz vermerkt, werden jedoch in den folgenden Analysen nicht expliziert, sondern nur an geeigneten Stellen – nämlich an solchen zum Verständnis des ‚Wie‘ und des ‚Warum‘ – aufgegriffen.

6 Fallübergreifende Analysen

Die Arbeit verfolgt das Ziel, die Entstehungsprozesse genossenschaftlicher Dorfladeninitiativen beginnend von den ersten Impulsen bis zur frühen Nachgründungsphase aus Perspektive der Initiativ-Werdenden zu analysieren. Bevor nun der Schritt in die fallübergreifenden Analysen gesetzt wird, sei bemerkt, dass – wie Kapitel 5 verdeutlichen sollte – jede der betrachteten Initiativen einzigartig ist. Gleichwohl traten vielschichtige Parallelen zutage, die im Folgenden offengelegt und diskutiert werden.

Bereits in einem frühen Stadium der empirischen Arbeiten trat markant hervor, dass es unerlässlich ist, eine saubere Trennlinie zu ziehen zwischen den Zugkräften, einen Dorfladen im Ort haben zu wollen einerseits, und den Erfordernissen, diesen unter dem Dach eines genossenschaftlichen Modells aufbauen und betreiben zu müssen andererseits. Ausgehend von dieser ersten Erkenntnis fiel die Entscheidung, eine entsprechende Trennlinie zwischen den Teilkapiteln 6.1 und 6.2 zu ziehen. Während in Kapitel 6.1 die örtlich hervortretenden Problemlagen als handlungsanregender Hintergrund dargelegt werden, nimmt Kapitel 6.2 die Hinwendung zu einem genossenschaftlichen Modell in den Blick. Beide Teilkapitel sind dabei nicht als chronologische Abfolge zu lesen. Vielmehr waren beide Aspekte – wie noch gezeigt wird – in hohem Maße miteinander verwoben. Kapitel 6.3 wendet sich der Umsetzung zu. Es legt die komplexen Aushandlungsprozesse offen und beleuchtet die Anstrengungen, die die Protagonistinnen aufgebracht haben, um die Dorfläden als Gemeingut im Ort zu verankern. Kapitel 6.4 erweitert die Perspektive um Fragen der Einbettung in wirtschaftliche Zusammenhänge, in die die Initiativen vordrangen und im Rahmen derer sie sich zu arrangieren hatten. Diese schlugen – so viel sei an dieser Stelle bereits vermerkt – herausfordernder zu Buche, als im Initialstadium des Initiativ-Werdens angenommen wurde.

6.1 Triebkräfte des Initiativ-Werdens I: Ortsbezogene Zielperspektiven

Zunächst sei an dieser Stelle kurz darauf hingewiesen, auf was die Initiativen nicht abzielten. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sie ihren Hebel nicht an einer Umgestaltung gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse ansetzten. Weder waren sie angetreten, um Auswege aus kapitalistischen Strukturen zu ersuchen, noch intendierten sie, eine alternative Wirtschaftsweise zu erproben. Auch globalisierungs- und konsumkritische Elemente waren von nachrangiger Bedeutung.[72] Gleiches gilt für Belange des Umweltschutzes: Ökologische Themen kamen eher beiläufig zur Sprache und hatten bei den anfänglichen Erwägungen zur Gründung keine Rolle gespielt.[73] Unverkennbar war eine klar abgrenzbare räumliche Dimension der Wirkungsabsichten. Es war der zugrunde liegende Ort, in den es einzugreifen und den es zu gestalten galt. Das

[72] Zu Beginn meiner empirischen Arbeiten einer möglichen Globalisierungskritik nachspürend, musste ich diesen Aspekt schrittweise zurückstellen. In einem Gespräch merkte ich an: „Was für mich auch so ein bisschen eine These ist, dass auch eine gewisse Globalisierungskritik dahintersteht.“ Dies wies ein Gesprächspartner entschieden zurück: „Nee, überhaupt nicht Kritik an der Globalisierung.“ (Int_6)

[73] Zwar kamen Aspekte, die dem Themenfeld Ökologie zuzuordnen sind, an einigen Stellen zur Sprache und nahmen auch in den Läden in Form einer Auswahl an Bio-Produkten Gestalt an. Gleichwohl stellten entsprechende Aspekte keine ursprünglichen Argumente zum Initiativ-Werden dar, sondern wurden im Zuge der Aushandlungsprozesse über die Inhalte der Läden eingebracht (dazu Kapitel 6.3.3).

Initiativ-Werden war darauf angelegt, eine Korrektur der dörflichen Verfasstheit herbeizuführen, die nicht (mehr) so war, wie sie eigentlich sein sollte und ohne eigenes Dazutun zukünftig auch nicht mehr so wäre. Offenkundig herrschten vielschichtige Klüfte zwischen Ist- und Sollzustand. Worin die zu überwindenden Klüfte konkret bestanden, wird im Folgenden dargelegt.

6.1.1 „Wir wollen ein vollwertiger Versorger werden und nicht nur ein Notnagel" – Nahversorgung reaktivieren

Wie in Kapitel 5.5.1 thematisiert, bildete der – auch als „Ausfallerscheinungen" (Int_1) umschriebene – Schwund der örtlichen Versorgungsinfrastruktur den Stein des Anstoßes, wieder ein Lebensmittelgeschäft haben zu wollen, um damit drohenden Versorgungsengpässen wirkungsvoll zu begegnen. In den Gesprächen tauchte dabei häufig die Versorgungssituation zu einem früheren Zeitpunkt als erstrebenswerter Soll-Zustand auf. So führte etwa eine Gesprächspartnerin in Schapdetten aus: „Früher gab es ja auch Läden. (…) Das war doch ganz normal, dass man da eine Vollversorgung hatte eigentlich. Man musste da nicht raus ausm Dorf." (Int_7) Traditionell war ein Lebensmittelgeschäft ein als selbstverständlich erachteter Bestandteil dörflicher Ausstattung. Dass dies mit dem Wegfall nun anders war, stellte für die Bewohnerinnen einen ungewohnten Zustand dar und sorgte (in Teilen) für Unmut. Wenngleich die Versorgungssituation in den Orten noch nicht gänzlich abhandengekommen war, herrschte ein Bewusstsein, dass das Eintreten eines solchen Zustandes nur noch eine Frage der Zeit wäre. Der Fokus der Organisationen auf die Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs spiegelt sich in den Satzungen wider. In der des Dorfladen Linsburg w.V. ist festgehalten:

> *„Zweck des Vereins ist die Verbesserung der Grundversorgung der Bevölkerung mit den Dingen des täglichen Bedarfs und die damit verbundene Erhöhung der Lebensqualität in Linsburg. (...) Der Betrieb des Dorfladens soll eine günstige Versorgung mit Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs, insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger in Linsburg, sicherstellen." (Satzung des Dorfladen Linsburg w.V. §2(1)/(3))*

Es ging also in erster Linie um die wohnortnahe Versorgung der Linsburger. Ganz ähnlich war es in den drei anderen Initiativen, bei denen in allererster Linie Lebensmittelbedarfe der Bewohnerinnen vor Ort bedient werden sollten. In weitaus geringerem Maße wurden auch ortsexterne Personen als potenzielle Kundinnen bedacht, so etwa in Scharfenstein Besucherinnen der vom Laden fußläufig erreichbaren Burg und Fahrradtouristen in Schapdetten. In strategischen Überlegungen spielten ortsexterne Personen eine deutlich untergeordnete Rolle. In Alerheim, Venusberg und Linsburg, die keine zugkräftigen Touristendestinationen darstellen, tauchten solche Überlegungen nicht auf. Eine Expansion der Geschäftstätigkeiten in andere Orte oder Ortsteile stellte keine unmittelbare Absicht der Organisationen dar, obgleich der Aufbau von Zweigniederlassungen in den Satzungen nicht explizit ausgeschlossen wurde.[74]

[74] Im Fall der Bürgerläden-Scharfenstein eG stand eine solche Expansion zwischenzeitlich zur Debatte: Wenige Monate nach der Gründung traten kommunalpolitische Akteure des etwa 15 km östlich von Scharfenstein gelegenen Lauterbach an die Verantwortlichen der Genossenschaft heran, um eine mögliche Erweiterung der Geschäftstätigkeiten in ihren Ort zu erfragen. Entsprechende Überlegungen stellten die Verantwortungsträgerinnen

Unverkennbar war, dass mit den Läden eine umfassende Versorgung mit einem breiten Sortiment angestrebt wurde. Die Alerheimerinnen zielten auf eine „Komplettversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs am Ort“ ab (OD4_5: 4). Und in Linsburg bestand die Ambition, „ein vollwertiger Versorger [zu] werden und nicht nur ein Notnagel“ (Int_1). An anderer Stelle hieß es dazu:

> *„Dieser Laden soll die Grundbedürfnisse abdecken und er soll auch eine Auswahl haben, also jetzt nicht nur von einem Produkt eine Sorte, sondern man soll eben auch wählen können, jetzt nicht übermäßig viel, aber man soll die Auswahl haben.“ (Int_5)*

Sich mit Lebensmitteln versorgen zu können, wurde als *Grundbedürfnis* eingeordnet. Viele Gesprächspartner offenbarten, dass es nicht darum ging, lediglich auf das bisher bekannte Niveau früherer Läden im Ort zurück zu gelangen, sondern – im Gegenteil – eine deutliche Anhebung des Qualitätsniveaus wie auch des Produkt- und Leistungsumfangs angestrebt wurde. Auffällig war zudem, dass konventionelle Supermärkte den Maßstab dafür bildeten, was der Dorfladen zu leisten imstande sein sollte – und musste (dazu Kapitel 6.4.1). So ließen die Protagonisten in Linsburg die Bewohnerinnen frühzeitig wissen: „Unser Dorfladen wird alle Warengruppen eines typischen Supermarktes anbieten.“ (OD1_5: 10) Mit der Orientierung an modernen Maßstäben eines *typischen Supermarktes* geht einher, sich von Althergebrachtem zu verabschieden. Eine Gesprächspartnerin in Schapdetten brachte dahingehend zum Ausdruck: „Wir sind kein Tante-Emma-Laden, bei uns kriegt man alles (…). Wir haben alles hier, das ist ein Vollsortiment.“ (Int_7)

Ein wichtiges Anliegen der Initiativen war es, die Nahversorgung stationär zu gewährleisten. So wurden in Alerheim anfängliche Überlegungen, anstatt einen Laden fest zu installieren, eine mobile Lösung umzusetzen, aufgrund des temporären Charakters verworfen:

> *„Da [in den ersten Sondierungen der Arbeitsgruppe zur Nahversorgung] ging es vor allem auch noch um Alternativen zum Dorfladen. Da war man sich überhaupt gar nicht sicher, dass man einen Dorfladen will. Da haben wir uns so etwas wie einen Bauernmarkt überlegt, oder da gibt es ja auch diese Wagen, die rumfahren. (...) Also da wurden diverse Sachen angedacht und miteinander verglichen. Da wäre vielleicht manches einfacher gewesen zu organisieren, aber egal welche Alternativen man sich überlegt hat, es waren immer nur halbe Lösungen. Also ein Bauermarkt ist halt nur einmal in der Woche im besten Fall.“ (Int_20)*

Neben angestrebte Warenvielfalt traten also auch zeitliche Erwägungen. Temporär auftauchende Angebote wie rollende Lebensmittelhändler, die in allen untersuchten Orten verkehrten, konnten die Unzufriedenheit über die mangelhafte und zunehmend prekärer werdende Versorgungssituation nicht kompensieren. Mit einem Dorfladen sollte die Möglichkeit zeitlich flexiblen Einkaufens eröffnet werden. Ein Schapdettener äußerte seinen Unmut hinsichtlich der reduzierten Öffnungszeiten des letzten verbliebenen Lebensmittelgeschäftes im Ort wie folgt: „Und nachmittags war hier nichts mehr, konnten sie kein Brot mehr kaufen, das ging dann nur von morgens bis mittags.“ (Int_19)

der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG aufgrund großer Arbeitslasten zunächst zurück – oder wie eine Gesprächspartnerin festhielt: „Wir müssen erstmal wieder schwimmen können hier.“ (Int_6) Einige Monate später wurde der Gedanke aufgrund der eigenen existenzbedrohenden Finanzlage gänzlich verworfen.

Einige Gesprächspartnerinnen untersetzten ihr Interesse, wieder einen Dorfladen im Ort haben zu wollen, mit ökonomischen Argumenten. So sei es kostengünstiger und zeitsparend, Einkäufe im Dorf zu erledigen, anstatt fortwährend entsprechende Distanzen überbrücken zu müssen. Wenn man zum Einkaufen immer in das nächstgelegene Zentrum fahren müsse, so äußerte ein Gesprächspartner in Linsburg sein Unbehagen, „kommen doch ganz schnell mal 50, 60, 70 Kilometer zusammen, jeden Tag, nur für diese blöde Fahrerei darunter, von der Zeit mal ganz zu schweigen“ (Int_1). Eine Alerheimerin gab zu bedenken: „Wenn sie nach Nördlingen hineinfahren und wieder raus, dass man dann halt auch für fünf Euro Sprit braucht und das Auto abnutzt.“ (Int_20) Ein Gesprächspartner legte dar, dass auch andere Bewohnerinnen solche zeitlich-ökonomischen Argumente äußerten:

> *„(…) aber dann habe ich es von drei, vier anderen gehört, die sagen: ‚Ich arbeite außerhalb, habe Kinder, habe wenig Zeit für meine Kinder, und wenn ich hier im Dorf meine Sachen kaufen kann, selbst wenn ich fünf Euro mehr bezahle, die fünf Euro habe ich, aber ich habe nicht die Stunde Zeit, um nach Nienburg zu fahren und die Sachen da zu holen.‘ Also die jungen Leute, die hier sind, sagen sich: ‚Ich habe eher das Geld als die Zeit und dann ist mir das die Sache Wert.‘“ (Int_1)*

Erwerbstätige Bewohnerinnen mit besonders knappen Zeitbudgets wertschätzten somit auch die Möglichkeit zur zeitlichen Ersparnis, die ihnen ein Laden eröffnen würde. Zugleich bedeutete dies allerdings auch, dass der Laden entsprechenden Taktungen erwerbstätiger Bewohner Genüge tun musste, um von diesen auch genutzt zu werden (dazu Kapitel 6.4.1).

6.1.2 „Dass die Älteren halt, die nicht mehr Auto fahren können, sich selber noch versorgen können“ – Selbstständigkeit immobiler Bewohner sicherstellen

Ein Hauptaugenmerk der Initiativen lag auf immobilen (insbesondere älteren, körperlich beeinträchtigten) Bewohnern, da sie vom Schwund der Nahversorgung als besonders betroffen erkannt wurden. Mit einem Laden sollte ihnen die Möglichkeit zur eigenständigen und selbstbestimmten Versorgung hergestellt werden. Eine Gesprächspartnerin in Schapdetten führte im Hinblick darauf aus: „Wir haben ja eigentlich den Laden geplant für die sogenannten Älteren, damit die vor Ort hier einkaufen können.“ (Int_7) Für *Ältere* sollte die fußläufige Erreichbarkeit gewährleistet sein, denn „spätestens wenn man nicht mehr mit dem Auto fahren kann, muss man sich zu Fuß mit Gütern des täglichen Bedarfs versorgen können“ (Protagonist der Dorfladen Alerheim eG; zitiert in Augsburger Allgemeine vom 12.12.15). Ein Gesprächspartner konkretisierte:

> *„Das war auch so der Gedanke im Hinblick auf die ältere Generation, die gern hier vielleicht wohnen bleiben möchte, aber dann vielleicht irgendwann nicht mehr Autofahren möchte oder kann, aber vielleicht noch zu Fuß die paar hundert Meter hier zum Dorfladen kommt, dass man das einfach auch abgedeckt hat.“ (Int_7)*

Gesundheitliche und altersbedingte Beeinträchtigungen sollten für diejenigen, die *wohnen bleiben möchten*, nicht in eine vollständige Unselbstständigkeit münden, wie auch eine Alerheimerin äußerte: „Es war mit ein Argument, dass das Dorf einen Laden braucht, dass die Älteren

halt, die nicht mehr Auto fahren können, sich selber noch versorgen können." (Int_20) Ausführungen auf der Webseite des Dorfladens Alerheim unterstreichen dieses Ansinnen: „Wir wollen, dass die Senioren in unserer Gemeinde, die nicht mehr gerne Auto fahren, sich mit Gütern des täglichen Bedarfes selbst versorgen können." (OD4_14) Auch den Protagonisten der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG war dies ein zentrales Anliegen:

> *„Der wöchentliche Gang zum Nahversorger vor Ort ist für Viele eine Selbstverständlichkeit ohne größere Hürden. Nach dem Wegfall der vorhandenen Versorgungseinrichtungen in den beiden Ortsteilen gibt es in Scharfenstein als auch in Venusberg nur noch einen Bäcker zur täglichen Versorgung. Da der nächste Supermarkt ein ganzes Stück entfernt ist und zu Fuß nicht erreicht werden kann, ist man in den beiden Ortsteilen entweder auf den Nahverkehr oder auf seine Mitmenschen angewiesen. Da dies für manche Bewohner eine erhebliche Hürde darstellt, ist der Wunsch nach einem ansässigen Nahversorger groß." (OD2_8a)*

Die Sorge um eine nachlassende Eigenständigkeit immobiler Bewohnerinnen entfaltete sich dabei nicht nur in Anbetracht der schwindenden Lebensmittelnahversorgung, sondern wurde bisweilen in einen gesamtörtlichen Kontext eingeordnet. Dieser erschwerte es Personen ohne PKW zunehmend, den Lebensalltag zu bestreiten. Immobil zu sein, bereitete offenkundig Probleme. Außerörtliche Lebensmittelläden mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen, war nur (noch) mit viel Mühe möglich. Ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg verwies auf die unregelmäßigen und nutzerunfreundlichen Verbindungsfrequenzen, die *ja das nächste Thema* seien:

> *„Bus ist ja das nächste Thema. Die öffentlichen Buslinien sind ja rein auf den Schülerverkehr ausgelegt, also früh und dann nachmittags, und zwischendrin ist pfff [entwertender Ton]. Das ist ja hier das Problem." (Int_16)*

Allerdings war dies nicht nur *hier das Problem*, sondern wurde auch in Linsburg als eklatanter Mangel eingestuft: „Die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ist im Wesentlichen auf den Transfer an die Schulen in der Samtgemeinde Steimbke und die Kreisstadt Nienburg ausgerichtet." (OD1_10: 2) Eine Gesprächspartnerin legte die Anstrengungen dar, die erforderlich waren, um das nächstgelegene Lebensmittelgeschäft mit dem öffentlichen Nahverkehr zu erreichen:

> *„Du darfst aber auch nicht vergessen, Stefan, wir setzen uns ins Auto und fahren los. Aber es gibt ja nun auch viele Bewohner, die das gar nicht mehr können. Und die Busse? Ein Bus nach Husum fährt gar nicht und (...) deine Einkäufe, wenn du 70 Jahre alt bist, kannst du nicht im Bus nach Hause tragen, das geht nicht." (Int_10)*

Neben der mangelhaften Versorgungslage vor Ort und der Problematik, außerörtliche Lebensmittelmärkte ohne PKW kaum mehr erreichen zu können, verwiesen einige Gesprächspartnerinnen zudem auf die schwindenden Optionen des Rückgriffs auf verwandtschaftliche Unterstützung. So nahm ein Gesprächspartner in Linsburg wahr, dass es „ja die Minderheit nur noch [ist], so wie das früher üblich war, [dass] die nächste Generation dann auch noch mit im Haushalt [wohnt]" (Int_2). Niedrigschwellige und kostenlose Unterstützungsdienste aus dem Verwandtenkreis waren nicht mehr – *so wie das früher üblich war* – selbstverständlich verfügbar. Das Nicht-Zurückgreifen-Können wurde überlagert durch die Beobachtung eines Nicht-Zurückgreifen-Wollens derjenigen, die sich eigentlich noch auf entsprechende Personenkreise

stützen könnten. Dass ältere Menschen ihren Kindern und Verwandten mit ihrem Fürsorgebedarf nicht zur Last fallen wollen, nahm ein Gesprächspartner folgendermaßen wahr:

> *„Selbst wenn die Eltern im Dorf leben und die Kinder sind da und die Urenkel, in vielen Fällen ist es so, dass man sich nicht mehr für den anderen unbedingt verantwortlich fühlt, nicht mehr in allen Fällen. Und damit sagen die alten Leute: (...) ‚Ich will meinen Kindern nicht zur Last fallen. Ich will meinen Enkelkindern nicht zur Last fallen', was früher traditionell selbstverständlich war bis vor zehn, 15, 20 Jahren. Und das ist für mich die dramatische Veränderung. Und wenn sie dann diese Sachen, die wir hier machen, nicht mehr dazu haben, wenn sie die nicht mehr haben im Dorf, dann beschleunigt sich dieser Prozess, dann verliert so ein Dorf die Atmosphäre, dieses Sicherheitsgefühl auch." (Int_2)*

Ein solches Ansinnen, gegenwärtig bereits immobilen Personen mit einem Dorfladen eine Stütze zur eigenen Lebensgestaltung und zur selbstständigen Versorgung zu geben, wurde ergänzt durch Blicke in die (eigene) Zukunft. ‚Welche Bedingungen möchte man wissend um das eigene Älterwerden zukünftig im Ort vorfinden, wenn die eigene Fahrtüchtigkeit nachlässt und somit die Selbstständigkeit in Gefahr geriet?', war eine Überlegung, die zahlreiche Gesprächspartner umtrieb. Zwar konnten die Allermeisten auf einen PKW zugreifen und verwiesen auf die eigene Unabhängigkeit, allerdings herrschte bisweilen Unsicherheit, wie sich dies zukünftig gestalten würde. So formulierte bspw. ein Akteur in Scharfenstein/Venusberg: „Ich gehöre zu denen, die nicht unbedingt auf diesen Laden angewiesen sind." (Int_14) Im Nachsatz ergänzte er: „Jetzt noch nicht." (Int_14) Viele Gesprächspartner waren sich der Fragilität der eigenen Unabhängigkeit im Alter bewusst und gingen davon aus, dass ihnen eine fehlende Nahversorgung früher oder später Probleme bereiten würde. Betroffen zu sein war also nur noch eine Frage der Zeit. Sie begriffen ihr Engagement für den Laden gewissermaßen als Altersvorsorge, das Bereitstellen eigener Ressourcen für den Aufbau als Zukunftsinvestition. In diesen Zusammenhang ist auch einzuordnen, dass die überwiegende Mehrheit der Gesprächspartner im Eigenheim vor Ort lebte und diese, obschon nicht explizit in den Interviews thematisiert, keine Gedanken hegten, kurz-, mittel- oder langfristig wegzuziehen. Bleiben zu wollen impliziert, sich mit einer möglichen Immobilität im Alter auseinandersetzen zu müssen, was bspw. ein Schapdettener tat:

> *„Es war auch eigentlich für mich in den Ursprüngen immer mehr ein Grund. Du wirst immer älter, ganz nüchtern, ich habe vor 20 Jahren noch ganz, ganz fest behauptet, mit 80 gebe ich meinen Führerschein ab. Und heute, desto näher das rückt, ich weiß noch nicht, was ist [lacht]. (...) Wenn es den Laden nicht gäbe, ginge das fast überhaupt nicht." (Int_19)*

Der Anspruch, den eigenen Alltag im Alter selbstbestimmt bewältigen zu können und den Lebensabend nicht in prekären Verhältnissen verbringen zu müssen, ging mit der Einsicht einher, dass der Aufbau entsprechender Strukturen vorsorgend passieren muss, also solange man selbst noch imstande dazu ist. Eine Alerheimerin betonte:

> *„(...) dass ich schon Wert darauflege, wie werde ich mal alt. Und da muss ich die Strukturen jetzt schaffen. Die kann ich nicht schaffen, wenn ich selber vielleicht das nicht mehr kann, sondern die Strukturen müssen einfach schon da sein. Und dazu gehört eine Bank und dazu gehört der Laden." (Int_23)*

Neben der Bezugnahme auf die Nöte gegenwärtig immobiler Menschen und den Erwägungen, dass man in absehbarer Zeit selbst dieser Gruppe zugehören würde, kam in einigen Gesprächen ein dritter Aspekt zur Sprache. Dieser bestand darin, Abwanderungsüberlegungen von Menschen, die in ihrer Alltagsmobilität eingeschränkt sind, etwas entgegenzusetzen. Bewohner, die ihr Leben im Dorf verbracht haben, sollten dies auch in Zukunft und nicht unter entbehrungsreichen Umständen tun können. Ein Linsburger merkte an, dass …

> *„(…) das ja auch ein demografisches Problem [ist], dass die Leute, die ein gewisses Alter haben, dann sagen: ‚Wo kann ich hier denn eigentlich noch meinen Lebensabend verbringen? Oder kann ich das nicht mehr, weil ich hier keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr habe, weil ich hier nicht mehr einkaufen kann, weil ich meinen Arzt hier nicht mehr habe, weil ich meinen Frisör hier nicht mehr habe.‘ Dann überlege ich natürlich ab einem gewissen Alter, so lange ich es noch irgendwie kann, verkaufe ich mein Haus und gehe woandershin.“ (Int_2)*

Durch die Möglichkeit, sich im bisherigen Lebensumfeld wie gewohnt bewegen und versorgen zu können, sollte aufkeimenden Gedanken, dem Dorf den Rücken zu kehren, die Argumentationsgrundlage entzogen werden.

6.1.3 „Und weil das wie ausgestorben war“ – Ort der Begegnung und des Austauschs schaffen

Ein Dorfladen soll, so der Grundtenor in den vier untersuchten Initiativen, mehr leisten, als lediglich die Versorgung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs sicherzustellen. Einen Ort öffentlichen Lebens galt es zu schaffen, der Begegnung und Kommunikation möglich macht und der als Forum für den Austausch von Informationen und Neuigkeiten fungiert. Es sollte, wie in Alerheim formuliert, „eben nicht nur ein Laden [sein], sondern auch ein sozialer Treffpunkt“ (Int_21). Ähnliche Worte fielen in Scharfenstein/Venusberg: „Wir haben das ja nicht nur als Einkaufsmarkt gesehen, schon von vornherein, sondern auch als Kommunikationsplattform vieler Leute.“ (Int_15) Eine solche Funktion nahm in den vier Initiativen ein bedeutsames Ziel ein und überragte die in den Satzungen formulierte Kernaufgabe (der Lebensmittelnahversorgung) mitunter deutlich. Von einigen Protagonistinnen wurde diese Nachrangigkeit sehr drastisch zugespitzt. Ein Schapdettener formulierte: „Wir leisten uns den Luxus, einen Laden zu haben. Wir brauchen ihn nicht. Wir brauchen ihn nicht.“ (Int_7) Dem pflichtete ein Genosse bei: „Das stimmt. Wir würden nicht verhungern.“ (Int_7) *Brauchen* bezieht sich auf die Möglichkeit zum Erwerb von Lebensmitteln, der im Ernstfall auch anderweitig organisiert werden könnte. Dass eine Nichtexistenz eines Dorfladens nicht lebensbedrohlich sei, darauf verwies auch ein Gesprächspartner in Alerheim. Er resümierte nach dem Betriebsschluss des vergangenen Ladens: „Verhungert ist ja keiner.“ (Int_22) Und in Linsburg ging es *am Ende dann doch nicht um Lebensmittel*. Vielmehr wollte man …

> *„(…) auch etwas haben im Ort, das auch wieder Begegnung möglich macht, und nicht nur irgendwie Lebensmittel verkaufen, weil darum geht es ja am Ende dann doch nicht. Am Ende geht es schon darum, irgendwo eine Begegnungsstätte wieder zu schaffen, so einen Mittelpunkt zu schaffen.“ (Int_11)*

Der sukzessive Verlust von Orten zur Zusammenkunft und die zunehmende atmosphärische Leere in den Ortskernen wurden in den Gesprächen immer wieder als gravierende Makel thematisiert. Das Alltagsleben der Bewohnerinnen fand in zunehmendem Maße entweder im Privaten oder außerhalb des Dorfes statt. Solche Entwicklungen und eine damit einhergehende Anonymisierung des dörflichen Lebens wogen schwer und entsprachen nicht der Vorstellung, wie ein solches eigentlich sein sollte. So argumentierte ein Linsburger, dass Dinge wie sich zu treffen und sich zu unterhalten „eigentlich zu so einem kleinen Ort auch dazugehören, dass es eben nicht so anonym ist“ (Int_5).

Der Verlust von Kommunikationsorten wurde auch insofern schmerzlich beklagt, als es kaum mehr Anlässe gab, sich überhaupt im öffentlichen Raum fortzubewegen, um entsprechende Einrichtungen aufzusuchen. Im Hinblick darauf führte ein Schapdettener aus: „Vorher [vor der Eröffnung des Dorfladens] hat man eigentlich bis auf die Leute, die mit dem Hund Gassi gehen, keinen auf der Straße gesehen.“ (Int_7) Ähnliche Wahrnehmungen zirkulierten in Scharfenstein/Venusberg:

> *„(...) und dass viele doch sagten: ‚Man sieht niemanden mehr.‘ Und weil das wie ausgestorben war. (...) Ich bin im Dorf gewesen zum Geburtstag und da sind Leute von oben runtergelaufen, die haben gesagt: ‚Wir haben niemanden getroffen, niemanden.‘ Und das macht schon richtig Angst, wo du denkst, sind wir schon ausgestorben, oder was?“ (Int_17)*

Wenn man *niemandem* mehr begegnet und „eigentlich kaum noch Leute [sieht]“, da sie „irgendwie vorm Fernseher, vorm Computer oder hinterm Haus [sitzen]“ (Int_5) ist es bis zum Zustand, dass man auch über niemanden mehr etwas erfährt, nicht weit. Durch den Laden und die Möglichkeit, diesen fußläufig zu erreichen, sollte zum einen das Leben auf den Straßen reanimiert werden. Zum anderen sollte sich der Laden selbst als fest verankerter und flexibel zugänglicher Kommunikationsort etablieren. Es bestand das Anliegen, spontane und unverbindliche Begegnungen zwischen den Bewohnern zu ermöglichen. In Alerheim stellte der Bürgermeister nach dem Aus des bisherigen Lebensmittelgeschäftes fest, dass „die vielen ungeplanten und trotzdem so wichtigen Gespräche mit den Mitmenschen im Dorf (..) weniger geworden sind“ (Bürgermeister von Alerheim; zitiert in Sonntagszeitung Nördlingen vom 13.11.16).

Eine Schapdettenerin gab dem Laden das Potenzial einer „Informationsbörse“, in der Fragen solcher Art gehandelt werden können: „Was gibt es im Ort? Was gibt es Neues?“ (Int_7) Und in Linsburg bestand das Bedürfnis, dass „man das [Einkaufen] dann verbinden kann mit Gesprächen und mal fragen kann: ‚Wie geht es dir? Und was machst du? Und was gibt es Neues?‘“ (Int_5) Gegenseitige Kenntnis über die jeweiligen Lebensumstände wurde als wichtige Grundlage für das zukünftige Miteinander im Dorf angesehen. In Alerheim wurde dieses Ansinnen folgendermaßen ausgedrückt: „Man trifft sich, tauscht sich aus und bleibt über die Lebensumstände und Neuigkeiten des anderen informiert.“ (OD4_14) Deutlich trat hervor, dass dabei die Wiederherstellung einer ehemals besser verfassten Kommunikationsstruktur angestrebt wurde. Für einen Schapdettener war das Reaktivieren einer Kommunikationsstätte „auch mit ausschlaggebend. Schauen sie mal, früher in den Läden hier, vormittags trafen sich Hausfrauen, (…) es wurden hier Neuigkeiten ausgetauscht. Das war weg. Das war weg.“ (Int_19)

Und in Alerheim „konnte [man] halt immer in den Laden gehen und wenn man das Totenglöckchen gehört hat, konnte man halt fragen: ‚Wer ist denn jetzt eigentlich verstorben?'" (Int_23) Der Wunsch nach einer Begegnungsstätte war in weiten Bewohnerkreisen vernehmbar. Eine Gesprächspartnerin in Scharfenstein/Venusberg gab diesbezüglich Einblicke: „Aber gerade das mit dem Kommunikationstreffpunkt war ja auch ganz, ganz wichtig für Venusberg, also die haben das ja auch ganz arg gefordert, (…) dass auch dort die Leute sich dann wiedertreffen auf einen Kaffee und ein Stück Kuchen und ein Eis." (Int_6) Der Dorfladen sollte als das „Begegnungszentrum im Ort" (Int_22) fungieren, als zentrale Kommunikationsstätte des gesamten Dorfes. In Schapdetten brachte ein Gesprächspartner das Wortspiel an: „Das ist hier nicht nur ein Lebensmittelpunkt, sondern ein Lebensmittelpunkt." (Int_18) Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wurden in allen untersuchten Läden Sitzecken eingerichtet und die Möglichkeit zum Verzehr von Kaffee und Kuchen eröffnet (Abb. 28). Ungeplante Treffen sollten so auch in gemeinsames Verweilen münden können. Ein Linsburger betonte die Wichtigkeit, …

Abb. 28: Sitzecke im Dettener Dorfladen (eigenes Foto)

> *„(…) so einen Laden [zu] kriegen, damit der Austausch auch der Menschen wieder in Gang kommt (…). Vor allem wichtig ist dieses Café dazu (…), dass man sich mal hinsetzen kann und sagen kann: ‚Mensch, du bist ja auch da, komm', wir trinken mal einen Kaffee zusammen oder so.'" (Int_3)*

Neben solchen die unmittelbare Lebensqualität adressierenden Aspekten hatten einige Gesprächspartner auch gesamtörtliche Entwicklungszusammenhänge im Blick. So könnte ein Dorfladen dazu beitragen, der anbahnenden Anonymität im Ort entgegenzuwirken und die Gemeinschaftlichkeit zu stärken. Ein Linsburger deutete diesbezüglich an, dass „der Dorfladen ja eigentlich nur ein Hebel für etwas ganz anderes [ist]" (Int_1). Diese Hebelwirkung konkretisierte ein anderer Interviewpartner:

> *„Für mich war das der entscheidende Punkt von Anfang an. Ich habe gesagt, wenn wir im Ort keinen sozialen Kontaktpunkt mehr haben, dann werden sich die Leute auseinanderleben. (…) Dann ist man nur noch so ein Schlafort." (Int_2)*

Die Sorge davor, ein *Schlafort* zu werden und damit an Gemeinschaftlichkeit zu verlieren, trat insbesondere in Linsburg sehr markant hervor. In der Vereinssatzung des Dorfladens wurde die „Erhaltung der dörflichen Gemeinschaft" (OD1_4: 1) als konkretes Ziel verankert. Ein Gesprächspartner brachte die Absicht zum Ausdruck, „dieses Projekt irgendwie dazu zu nutzen, die Dorfgemeinschaft zu stärken" (Int_11). Besonders im offenen Charakter eines Dorfladens wurde eine Chance erkannt, den durch die etablierten Vereine vorstrukturierten sozialen Gefügen neue Dynamik zu verleihen. Ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg verwies auf „feste Zirkel" in den Vereinen, wohingegen ein Dorfladen ein „offener Kommunikationspunkt"

(Int_6) sei und Menschen zusammenbringe, die sich im Alltag sonst kaum begegneten. Eine Alerheimerin äußerte: „In den Vereinen sind immer die Gleichen und Einkaufen muss jeder, da begegnet man halt wirklich jedem.“ (Int_21) An anderer Stelle wurde die Neutralität eines solchen Ortes hervorgehoben, der generations- und vereinsübergreifendes Miteinander ermögliche, …

> *„(…) weil es einfach ein neutraler Ort ist, wo man sich treffen kann, aus Gelegenheit heraus, Zufall oder ausgemacht zum Kaffeetrinken, (…) weil ansonsten, in der Wirtschaft ist ja nicht mehr viel los. Da sind dann immer nur so einzelne Grüppchen vereinsmäßig.“ (Int_9)*

Eine besondere Rolle bei diesen Überlegungen spielten ältere Bewohner, für die sich kaum mehr Möglichkeiten vor Ort geboten hatten, in Austausch mit Mitmenschen im Dorf zu treten. Den vier Initiativen war es ein Anliegen, älteren Bewohnerinnen die Möglichkeit zur regelmäßigen Kommunikation zu eröffnen und ihnen damit eine Plattform zur Strukturierung ihres Alltags zu geben. Ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg ging eindrücklich auf strukturgebende Effekte ein, die ein Dorfladen für hochbetagte Bewohner zu leisten vermag:

> *„Die Venusberger haben gesagt und auch die Scharfensteiner: ‚Man trifft ja gar niemanden mehr. Man kann sich ja mit niemandem mehr austauschen.‘ Und deswegen haben wir ganz speziell auch in Venusberg so eine kleine Sitzecke mit eingerichtet, wo die Leute mal einen Kaffee trinken können. Wo auch die älteren Leute, denen es schwerfällt, sagen: ‚Gut, wenn ich dorthin laufe, dann habe ich die Möglichkeit, mal kurz Rast zu machen und dann wieder nach Hause zu laufen. Und bei dieser Rast kann ich mich vielleicht mit der [Vorname] oder mit dem [Vorname] unterhalten, einen kleinen Schwatz machen, und habe halt die Möglichkeit, am Dorfleben teilzuhaben oder wie auch immer. (…) Dann habe ich halt auch die Möglichkeit, den einen oder anderen zu treffen, der mir vielleicht wichtig ist oder mit dem ich mal einen Schwatz machen möchte et cetera.‘ Und dann dauert (…) der Einkauf nicht, wie bei uns jungen Leuten, vielleicht eine Viertelstunde, (…) sondern dann braucht es halt eine Stunde oder mal anderthalb, weil die dann eben den und den treffen und sagen: ‚Ach wie gehts?‘ (…), was ja auch wichtig ist, sonst vereinsamen die Leute ja auch.“ (Int_15)*

Dass immobile *Leute* womöglich *vereinsamen* würden, auch da vielen die Möglichkeit verschlossen war, andernorts ihrem Wunsch nach Geselligkeit nachzukommen, war erkennbar kein angenehmer Gedanke. Ein Dorfladen sollte wieder Teilhabechancen eröffnen und das Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Geborgenheit bedienen – oder wie ein Gesprächspartner in Schapdetten bekräftigte: Ein Dorfladen „beugt auch der Vereinsamung im Alter vor“ (Int_19).

6.1.4 „Die Folge dieser Verringerung von Bevölkerung und Wirtschaft: Der Ort wird zunehmend unattraktiver“ – gesamtörtliche Entwicklung stabilisieren

Wie in Kapitel 5.5.1 ausgeführt wurde, hatten die zugrunde liegenden Orte in den vergangenen Jahren, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß, infrastrukturelle Einschnitte zu verzeichnen. Die Orte befanden sich in einer Umbruchphase. Zum Teil hatten die Substanzverluste deutliche Spuren hinterlassen und zu sichtbaren Gebäudeleerständen geführt. Ein Linsburger nahm zur Kenntnis, wie in seinem Dorf „mit der Zeit alles den Bach runtergegangen ist“ (Int_1). Es zeig-

ten sich „Ausfallerscheinungen“ (Int_1), gegen die vorgegangen werden musste, um die Zukunftsfähigkeit des Ortes zu wahren. Noch eindrücklicher trat der in Linsburg wahrgenommene Handlungsdruck an anderer Stelle zutage:

> *„Die Folge dieser Verringerung von Bevölkerung und Wirtschaft: Der Ort wird zunehmend unattraktiver. Das wiederum verhindert, daß sich das Problem von selbst verringert. Ein Teufelskreis. Der Rat steht daher vor einer Wegegabelung: Entweder er läßt das Problem auf sich beruhen und sieht zu, wie es stets größer wird oder er nimmt die demographische Herausforderung an und ergreift Maßnahmen dagegen.“ (SD1_5)*

Demografische Herausforderungen wurden in ihrer Gesamtheit mit bedrohendem Ausmaß erkannt. Ein Gesprächspartner bekräftigte diese Sorge: „Wenn die Infrastruktur in einem Dorf nicht in Ordnung ist, dann werden sie keinen mehr finden, der zum Beispiel diese Gebäude übernimmt.“ (Int_1) Anstatt den Schrumpfungspfad als vorgezeichnet zu akzeptieren, fasste der Gemeinderat den Entschluss: „Wir müssen etwas in die Hand nehmen.“ (Int_1) Da demografische Entwicklungen nicht direkt durch die Kommunalpolitik gesteuert werden können, sah sich der Gemeinderat dazu veranlasst, andere Hebel zu betätigen, um für attraktive Lebensbedingungen zu sorgen und Linsburg für potenzielle Zuzügler interessant zu machen. Ein Dorfladen erschien in diesem Zusammenhang als ein wesentliches Element.

Sorgen, als Wohnstandort nicht mehr wettbewerbsfähig und für potenzielle Zuzüglerinnen nicht attraktiv (genug) zu sein, griffen auch in Alerheim um. So bestand das Argument „mit der Infrastruktur, also es gibt keinen Laden mehr, dann ziehen weniger Leute her, dann kommt die Schule, dann der Kindergarten, so diese Spirale“ (Int_18). Ein solches Denken in demografischen Kategorien offenbarte sich auch an anderer Stelle:

> *„Wir wollen, dass es in zehn Jahren nicht heißt: zuerst war der Laden weg, dann brachte man die Bauplätze und Wohnungen nicht mehr los und jetzt wohnen hier kaum noch junge Familien und Kinder.“ (OD4_14)*

Verlust an Infrastruktur käme einem Verlust an Attraktivität und somit einem Standortnachteil im Wettbewerb um die Gunst *junger Familien* gleich. Die Sorge, sich aus einer aus demografischer Schrumpfung und infrastrukturellem Substanzverlust wechselseitig verstärkenden Abwärtsspirale nicht mehr herauswinden zu können, wurde an einigen Stellen mit sehr drastischen Worten artikuliert. Eine Gesprächspartnerin in Scharfenstein/Venusberg gab in Anbetracht der Tatsache, niemanden mehr auf der Straße zu begegnen, eine „Angst“ preis und fragte sich: „Sind wir schon ausgestorben, oder was?“ (Int_17) Diese Frage für sein Dorf bereits beantwortet zu haben, schien ein Motor des gesellschaftlichen Lebens in Schapdetten. Im Vorlauf der Initiative für den Dorfladen reflektierte er: „Schapdetten ist ein sterbendes Dorf“ (Vorstandsmitglied des Heimatvereins Schapdetten; zitiert in Westfälische Nachrichten vom 22.12.13). So gesehen wurde ein Dorfladen als erfolgsversprechende Medizin erachtet, um einem drohenden *Sterben* entgegenzuwirken.

6.2 Triebkräfte des Initiativ-Werdens II: Das Hinwenden zu einem genossenschaftlichen Organisationsmodell

6.2.1 „Wir wollen keine Genossenschaft gründen, wenn das nicht sein muss“ – Passivität privatwirtschaftlicher Akteure als Ausgangspunkt

Festzuhalten und hervorzuheben ist, dass keine der Initiativen zum Leben erweckt worden wäre, hätten privatwirtschaftliche Akteure die Lebensmittelnahversorgung geleistet. Einem Dorfladen in privatwirtschaftlicher Trägerschaft wäre, wenn es denn entsprechende Ambitionen gegeben hätte, in allen vier Fällen Vorrang eingeräumt worden. In Scharfenstein/Venusberg ging der Initiative eine (letztlich erfolglose) Suche nach einer privaten Pächterin für die leerstehenden Ladengeschäfte in beiden Ortsteilen voraus:

> *„Weder in Scharfenstein noch in Venusberg gibt es derzeit ein Lebensmittelgeschäft. Während das in Venusberg Ende 2013 schloss, sucht die Gemeinde seit mehr als zwei Jahren einen Betreiber für den im sanierten Scharfensteiner Bahnhofsgebäude neu eingerichteten Laden. Auch in der jüngsten Zeit habe es keine ernsthaften Interessenten für eine Bewirtschaftung der Geschäfte gegeben, so Bürgermeister (..).“ (Freie Presse vom 18.03.15)*

Ein Gesprächspartner unterstrich, dass der Fokus zunächst auf der Mobilisierung eines privatwirtschaftlichen Investors lag, um sich nicht *selbst darum kümmern zu brauchen*:

> *„Es waren mehrere Investoren für hier geplant und deswegen war das auch erstmal so, (...) da ist ja ein Investor da, also braucht man sich auch nicht weiter selbst zu kümmern, weil es wird ja alles gut. (...) Und es gab jeweils verschiedene Gründe, warum es dann eben nichts geworden ist. Also einmal, weil sie die Finanzierung nicht zusammenbekam. Der andere irgendwie aus persönlichen Gründen. So, und das Problem bestand aber damit fort und das war eigentlich der entscheidende Punkt, wo man da eben gesagt hat, okay, entweder man steckt jetzt wahnsinnig viel Energie weiterhin da rein, irgendjemanden dahingehend zu motivieren, dass er hier halt Geld in die Hand nimmt und eine Person etwas installiert, oder wir denken das noch einmal andersherum und wir machen es selber.“ (Int_6)*

Auch in Alerheim wurde ein Umdenken erforderlich. Nach dem altersbedingten Aus der bisherigen Ladenbetreiberin führten Anstrengungen um eine privatwirtschaftliche Nachfolge nicht zum gewünschten Erfolg. So hatte man „keinen Nachfolger gefunden oder auch keinen, der eigenverantwortlich oder als Unternehmer einen Laden führen wollte“ (Int_20). Ein umschweifender Blick, „ob es vielleicht nicht doch einen privaten Betreiber dafür auch gegeben hätte“ (Int_22) führte ins Leere. Eine Gesprächspartnerin fand eindrückliche Worte dafür, dass ein genossenschaftliches Modell zunächst keineswegs die erste Wahl war:

> *„Also zu diesem Zeitpunkt, als die [bisherige Ladenbetreiberin] geschlossen hat, da hatten wir es noch anders versucht, also da wollte man sich dieses genossenschaftlich Organisierte erstmal nicht antun.“ (Int_20)*

In Linsburg hatten kommunalpolitische Akteure keine aktiven Bemühungen ergriffen, einen privatwirtschaftlichen Investor zu gewinnen, da ein solches Unterfangen ohnehin als aussichtslos erachtet wurde. Es herrschte ein ausgeprägtes Bewusstsein vor, dass Linsburg nicht die nötige Kaufkraft aufweist, um den Renditeerwartungen privatwirtschaftlicher Lebensmitteleinzelhändler gerecht zu werden:

> *„Wenn das für die wenigen privaten Anbieter, die es da noch gibt auf dem Markt, interessant wäre, dann würden sie es ja machen. (...) Das scheint jedenfalls nicht die Lage hier, oder die Größe des Ortes scheint definitiv nicht attraktiv genug zu sein, um hier so einen Laden, so einen Edeka-Laden zu unterhalten oder so." (Int_2)*

Da für die im Ort noch bestehenden Fleischer-, Bäcker- und Getränkefilialen die baldige Aufgabe vorgezeichnet war, sah sich der Gemeinderat dazu veranlasst, mögliche Entwicklungspfade fernab privatwirtschaftlichen Agierens zu erkunden. Ein Gesprächspartner gab Einblicke in die zunächst im Gemeinderat geführten Diskussionen:

> *„Stichwort Demografieproblematik, so das war erstmal nur eine Idee, nach dem Motto: Wir müssen etwas machen, wir dürfen das nicht einfach so weiterlaufen lassen und die Sache auf uns zukommen lassen und immer nur reagieren, sondern wir sollten jetzt, wo es noch nicht ganz so schlimm ist, etwas machen." (Int_1)*

Auf privatwirtschaftliche Investoren zu warten, würde Resignation gleichkommen. Man dürfe den Entwicklungen nicht einfach hinterherlaufen, sondern müsse ihnen aktiv begegnen, solang es *noch nicht ganz so schlimm ist* und der gegenwärtige und vorhersehbar sich weiter verschärfende Substanzverlust noch abwendbar wäre.

Auch in Schapdetten hatte sich deutlich abgezeichnet, dass es für die letzte verbleibende privatwirtschaftliche Einrichtung für Lebensmittel im Ort keine Zukunft mehr gab. Angebot und Öffnungszeiten wurden schrittweise reduziert und ein zeitnaher Betriebsschluss mangels wirtschaftlicher Rentabilität war absehbar: „Man merkte, es war kein Umsatz mehr, nichts, der hätte irgendwann bald geschlossen." (Int_7) Privatwirtschaftliche Interessenten gab es keine. Stattdessen griff das Bewusstsein um, dass man „so einen Laden alleine (…) überhaupt nicht machen [kann]" (Int_8). Dass einem privatwirtschaftlichen vor einem genossenschaftlichen Modell klar Vorrang eingeräumt worden wäre, gaben einige Gesprächspartnerinnen in Erwartung aufkommender Belastungen sehr deutlich zu erkennen. So hatte sich in Scharfenstein/Venusberg vor der Genossenschaftsgründung kurzzeitig ein privatwirtschaftlicher Interessent gezeigt, der sich schlussendlich allerdings doch wieder distanzierte:

> *„Wir hatten dann festgestellt, dass der eine Interesse hatte, an sich das selber zu machen. Da haben wir gesagt: ‚Kann er sofort machen. Wir wollen keine Genossenschaft gründen, wenn das nicht sein muss.' Aber der hat sich dann zurückgezogen." (Int_13)*

Privatwirtschaftliche Passivität bildete demnach in allen vier Fällen den Ausgangspunkt, von dem aus Überlegungen hinsichtlich alternativer Wege zur Lebensmittelnahversorgung erwuchsen. In einem genossenschaftlichen Modell wurde also keine besonders gelegenheitsträchtige Organisationsform gesehen, vielmehr trieben die deutlich zu vernehmenden Substanzverluste die Interventionsbestrebungen an (dazu auch Kapitel 6.1).

6.2.2 „Wenn ihr wollt, dass der Ort nicht stirbt, dann müsst ihr das selbst in die Hand nehmen“ – Initiativ-Werden im Kontext politischer Aktivierung

Mitunter so wahrgenommene „Ausfallerscheinungen“ (Int_1) veranlassten kommunalpolitische Akteure, neue Entwicklungspfade zu erkunden und alternative Organisationsmodelle zur Bereitstellung von Infrastruktur zu ergründen. Defizitäre Entwicklungen erforderten es, sich auf überörtlichen Ebenen nach möglichen Lösungsansätzen umzusehen. Auf vielfältige Weise wurde deutlich, wie der Selbsthilfegedanke auf kommunaler Ebene und die Idee für ein genossenschaftliches Modell durch übergeordnete politisch-institutionelle Impulse mindestens angeregt, bisweilen auch aktiv auf den Weg gebracht wurden.[75]

In Alerheim nahmen kommunalpolitische Akteure parallel mit dem Ausscheiden der bisherigen Ladenbetreiberin Kontakt zu einer nahegelegenen Beratungseinrichtung – der Schule der Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten – auf, um sich alternative Betreibermodelle für einen Dorfladen aufzeigen zu lassen. Sie besuchten ein Seminar, in dem als übergeordnetes Ziel „die Aktivierung der Teilnehmer zur Eigenbestimmung und zur Übernahme von Eigenverantwortung für ihren gesamten gemeindlichen Lebensraum“ ausgegeben war. Zusätzlich hieß es: „Gut beraten ist eine Kommune auch, wenn sie den Sachverstand ihrer Bürger mit in die Überlegungen um die Zukunft mit einbezieht.“ (SD4_1: 3) Am Ende des Seminars stand ein an die kommunalpolitischen Verantwortungsträger gerichteter „Arbeitsauftrag“ (Int_22), in dem konkrete Schritte zu einem genossenschaftlichen Dorfladen festgehalten waren. Dieser Arbeitsauftrag sah unter anderem vor, eine Bürgerversammlung über die Gründung eines solchen Ladens auszurichten. Ein Gesprächspartner blickte zurück: „Ziel dieses Abends war natürlich, Leute zu motivieren, sich selber darum zu kümmern.“ (Int_22) Dabei richtete sich die Gemeinde unmissverständlich mit den Worten an die Teilnehmerinnen: „Sie müssen den Laden betreiben. Die Gemeinde wird es nicht tun.“ (Int_22)

In Schapdetten ging die Anregung zur Übernahme von Eigenverantwortung auf eine „Dorfwerkstatt“ zurück, die durch das vom Land NRW getragene Zentrum für Ländliche Entwicklung (ZeLE) ausgerichtet wurde. Ziel dieser Dorfwerkstatt war es, eine Diskussion über die Zukunft Schapdettens in Gang zu setzen. Ein Gesprächspartner ging auf den ersten Impuls ein:

> *„Und irgendwann kam das bei uns auch mal auf, da ist doch die Dorfwerkstatt, das ging vom Land Nordrhein-Westfalen aus. Da sollten wir uns doch mal anmelden, mal gucken, was wir hier in Schapdetten eigentlich anstellen können, was wir verbessern können. (...) Wo ja eigentlich nur gegenübergestellt wird, was ist, was fehlt, und, und, und, und Ideen gesammelt werden, wie man eventuell etwas umsetzen kann. (...) Darum ging es in der Hauptsache, erstmal festzustellen, was ist überhaupt vorhanden in dem Ort an Infrastruktur, was fehlt dringend, also musste man dann gegenübersetzen und dann nachher ableiten: ‚Wie kann ich eventuell etwas verändern und verbessern?‘“ (Int_19)*

Diese Aussage beinhaltet zwei wichtige Aspekte. Zum einen verdeutlicht das *Anmelden-Sollen*, dass der Teilnahme weniger ein proaktiver Entschluss zugrunde lag, sondern diese durch kom-

[75] Als politisch-institutionelle Impulse überörtlicher Ebene werden folgend ideengebende Eingriffe von Akteuren gefasst, die sich aus beruflichen Gründen mit lokalen bzw. regionalen Entwicklungsprozessen beschäftigten und deren Wirken in den Orten nur temporär angelegt war.

munalpolitische Akteure aktiv angeregt wurde. Auf diese Anregung ging eine andere Gesprächspartnerin näher ein: „Und da gibt es eine Person hier im Dorf, (…) die ist politisch schon immer sehr aktiv gewesen, die hat dann konkret auch Leute angesprochen, hat gesagt: ‚Wollt ihr nicht mit [zur Dorfwerkstatt]?'" (Int_8) Zum anderen verweist die Zielvorgabe, *wie kann ich eventuell etwas verändern und verbessern,* auf die Intention der Veranstaltung: Es handelte sich um ein Angebot zum Dialog, um über die Defizite des Ist-Zustandes zu sprechen, die Aufmerksamkeit auf konkrete Missstände zu lenken, daraus Schlüsse für das eigene Handeln abzuleiten und so den Willen zu befördern, initiativ zu werden, anstatt in Tatenlosigkeit zu verharren. Die Dringlichkeit, Eigenverantwortung zu übernehmen, vermittelte die ZeLE-Beraterin zu einem späteren Zeitpunkt in einer Informationsveranstaltung auch direkt an die Bewohnerinnen Schapdettens. In einem Artikel der Westfälischen Nachrichten ist dokumentiert:

> *„Auch die [ZeLE-Beraterin] unterstrich noch einmal, welche Entwicklungen ganz sicher durch den demografischen Wandel auf die Schapdettener zukommen werden. ‚Wir werden älter, weniger und bunter, auch in Schapdetten', so [ZeLE-Beraterin]. Notwendig sei, das Dorf nach innen attraktiver zu machen, um ‚mehr Dorf für weniger, ältere Menschen' zu realisieren. ‚Und das müssen Sie selbst tun!' [ZeLE-Beraterin]: ‚Engagement für das Dorf ist in Zukunft unentbehrlich.'" (Westfälische Nachrichten vom 02.03.12)*

Mit Alterung und Schrumpfung müsse also *auch in Schapdetten* gerechnet werden. Die Argumentation, dass man sich angesichts dessen selbst um örtliche Belange würde kümmern müssen, wurde durch das Vermitteln nachahmenswerter Beispiele des Initiativ-Werdens andernorts untersetzt. Offensichtlich sollte dies eine inspirierende und aktivierende Wirkung entfalten. Beispiele der Selbsthilfe wurden den Schapdettener als Leitplanken vor Augen geführt, innerhalb derer man sich zukünftig würde bewegen müssen, um die Zukunftsfähigkeit des Dorfes zu sichern und dieses *nach innen attraktiver zu machen.* Der Notwendigkeit zur Eigenverantwortung verliehen auch die Entscheidungsträger der Gemeinde Nottuln Nachdruck. Darauf gingen zwei Gesprächspartner ein:

> *„Der [kommunalpolitische Akteur] hat in dieser Versammlung [ersten Informationsveranstaltung über die Gründung eines genossenschaftlichen Dorfladens] ganz deutlich gesagt: ‚Die Gemeinde kann euch nicht unterstützen. Wenn ihr hier etwas schaffen wollt', also das war für mich so ausschlaggebend, ‚dann müsst ihr das selbst in die Hand nehmen.' Ich denke mal, damit hat er vielleicht einen Impuls gegeben. (...) Und der hatte ganz klar gesagt: ‚Wenn ihr hier etwas bewirken wollt im Ort, wenn ihr wollt, dass der Ort nicht stirbt, dann müsst ihr das selbst in die Hand nehmen.'" (Int_8)*

> *„Unser Bürgermeister, (...) der hat sich da auch sehr stark dafür gemacht, hat uns auch unterstützt bei der Gründung hier des Ladens und hat einfach gesagt: ‚Ihr könnt nur was für euch selbst tun. Ihr könnt euch nicht mehr darauf verlassen, wie das früher war, dass die Gemeinde oder das Land oder der Bund oder irgendwer zahlt. Wenn ihr was machen wollt, dann müsst ihr euch selbst organisieren.' Und so kam das (...) ins Rollen." (Int_7)*

Mit diesen Worten ebnete der Bürgermeister den Anspruch ein, den die Bewohner Schapdettens hinsichtlich der Leistungsfähigkeit staatlichen Wirkens zukünftig noch haben dürften. Er machte auf die zu treffende Grundsatzentscheidung aufmerksam: *Wenn ihr wollt, dass der Ort*

nicht stirbt, dann müsst ihr das selbst in die Hand nehmen. Statt Hilfe von außen – der *Gemeinde,* dem *Land* oder dem *Bund* – zu erwarten, müsse fortan eigenverantwortliches Agieren als neue Handlungsmaxime aufgefasst werden, um das Überleben Schapdettens zu sichern.

In Linsburg fasste der Gemeinderat angesichts einer „Chronologie des Schreckens" (stellvertretender Bürgermeister von Linsburg; zitiert in SD1_20a) den Beschluss, sich an einem Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept (IEK) zu beteiligen. Damit verbunden war die Hoffnung, im Fortgang externe Fördergelder für örtliche Entwicklungsmaßnahmen zu akquirieren. In diesen IEK-Sitzungen, die „sehr stark von Politikern [besetzt waren]", ist dann „angefangen worden (..) zu diskutieren: ‚Wie können wir die Dörfer entwickeln?' " (Int_12) Die Bürgerschaft nahm in diesen Diskussionen eine wesentliche Rolle ein, was bspw. aus dem IEK-Endbericht hervorgeht:

> *„Die Bedeutung der netzwerkumfassenden weichen Maßnahmen und des bürgerschaftlichen Engagements dürfen im interkommunalen Handlungsraum nicht unterschätzt werden: Sie sind für die Umsetzung des Entwicklungs- und Handlungskonzeptes entscheidend, legen sie doch den Grundstein für tragfähige Kooperationen und eine nachhaltige Stärkung der Lebensqualität in der Region." (SD1_10: 92)*

Im Zuge der IEK-Sitzungen brachten die beteiligten Politiker die Einrichtung eines Dorfladens in Linsburg als ein zentrales Projekt mit Aussicht auf eine finanzielle Zuwendung ein. Im Nachgang beauftragte die Gemeinde Linsburg einen professionellen Berater, der den Bewohnerinnen im Zuge einer Informationsveranstaltung mögliche Wege zur Gründung eines Dorfladens aufzeigte. In seinem Vortrag betonte er:

> *„Ein Projekt ‚Dorfladen' steht und fällt mit der Bereitschaft der Bürgerschaft, sich im Wesentlichen in der Aufbauphase im Rahmen eines ehrenamtlichen Engagements finanziell, körperlich und geistig zu engagieren." (SD1_20a)*

Im Linsburger Gemeinderat war dabei „von vornherein klar, dass es nur in dieser Form geht, dass die Leute sich beteiligen müssen, und mit den Leuten zusammen hat so etwas überhaupt nur eine Chance" (Int_2).

Auch in Scharfenstein/Venusberg gaben politisch-institutionelle Stimuli den Ausschlag. Eine Partnerkommune in Bayern, die seinerzeit selbst zugange war, einen bürgerschaftlich getragenen Dorfladen aufzubauen, diente als Inspirationsquelle. Nach gemeinderatsinternen Gesprächen beauftragte die Kommune einen Berater eines Genossenschaftsverbandes, der sich in der initialen Informationsveranstaltung mit folgenden Worten an die Bewohnerinnen wandte: „Sie haben den Betrieb des Ladens in der Hand, sie können gestalten, müssen aber selbst aktiv sein." (Berater eines Genossenschaftsverbandes; zitiert in Freie Presse vom 10.04.15) In diesem Prozess steuerte auch die Gemeinde aktivierend ein. Ein Presseartikel dokumentiert die erste Informationsveranstaltung über die Gründung eines Dorfladens:

> *„(...) die Kommune könne dabei helfen und deren Arbeit unterstützen, aber es müsse engagierte Bürger geben, die ein solches Konstrukt mittragen, sagte gestern der Bürgermeister. ‚Wir müssen sehen, ob eine Genossenschaft gewollt ist, ohne die Bürger geht es nicht. Sie müssen sich darin einbringen, auch finanziell und vor allem müssen sie in den Läden einkaufen gehen. Ihr Engagement ist gefragt', hatte [der Bürgermeister] in der jüngsten Sitzung des Gemeinderates erklärt." (Freie Presse vom 18.03.15)*

An anderer Stelle brachte ein Gesprächspartner zum Ausdruck, dass anstatt zu resignieren und (vergeblich) auf *fremde Hilfe* von außen (durch eine Investorin) zu warten, Selbsthilfe alternativlos wäre. Unmissverständlich wurde den Bewohnern der Weg skizziert:

> *„(...) dass wirklich Informationsveranstaltungen durchgeführt wurden, wo die Leute auch aufgeklärt wurden, was Genossenschaft bedeutet, was man vorhat mit den beiden Läden und so weiter und so fort. Und dass doch ein Großteil sich das verinnerlicht hat: ‚Man kann sich nur selber helfen, also es wird keine fremde Hilfe kommen.' (...) Es wurde immer wieder darauf aufgebaut und auch immer wieder betont: ‚Wenn wir uns halt nicht selber helfen, es kommt niemand.' Da denken manche, da kommt schon noch irgendeiner, der uns da etwas Gutes tun will, das ist schon noch so da." (Int_15)*

Unverkennbar war, dass in allen vier Initiativen kommunalpolitische Akteure eine wegweisende Rolle bei der Sensibilisierung für die Notwendigkeit eigenverantwortlichen Agierens einnahmen. Zwei Argumente dienten dabei als Grundlage. Erstens hätten privatwirtschaftliche Akteure kein Interesse, worauf vonseiten der Kommune kein direkter Einfluss ausgeübt werden könne. Und zweitens wären auch der Gemeinde die Hände gebunden, als Trägerin aufzutreten. Da die Lebensmittelnahversorgung nicht durch die öffentliche Hand getragen werden könne, müsse sich das Dazutun darauf beschränken, Ideenanregungen zu liefern und den „Start zu erleichtern" (Int_2) (dazu Kapitel 6.2.3).

Gleichwohl gaben einige kommunalpolitische Akteure auch zu erkennen, dass sie bürgerschaftliche Verantwortungsübernahme nicht als bloße ‚Lückenfüller' oder entwicklungspolitisches Instrument (des Delegierens von Verantwortung) verstanden wissen wollten, sondern darin durchaus Potenziale sahen. So ließ der Bürgermeister von Drebach mit dem Startschuss zur Initiative verlauten: „Ich finde den Gedanken, sich auf diese Weise selbst zu helfen und zusammenzustehen, sehr gut." (Bürgermeister der Gemeinde Drebach; zitiert in Freie Presse vom 10.04.15) Ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg ging auf identitätsstiftende Effekte und die Stärkung des Selbstbildes ein, die vom gemeinsamen Bewältigen einer Herausforderung ausgehen könnten:

> *„Den Bürgern oder Einwohnern fehlt ja mitunter auch manchmal der Stolz, zu sagen: ‚Okay, worüber definiere ich mich mit meinem Heimatort und worauf bin ich stolz?' (...) Das ist ja auch so ein Wohlfühlfaktor, wenn jeder sagt: ‚Mensch, auf welchem Kaff wohnst du denn? Ihr habt doch nix, und so weiter, zu bieten. Was willst du denn noch hier?' (...) Dem auch ein bisschen entgegenzusteuern (...)." (Int_15)*

Die kommunalpolitischen Initiatoren in Linsburg unterstrichen die Möglichkeit, *kreativ und maßgeblich* auf die eigene *Lebensumgebung* Einfluss nehmen zu können:

> *„Überall fordern die Menschen, mitbestimmen zu dürfen und gefragt zu werden, wenn die Politik etwas vorhat. Nun gibt es die Gelegenheit in einem fast 100%igen Ausmaß dazu, wenn auch ‚nur' auf kommunaler Ebene. Jedes einzelne Mitglied der Gemeinschaft ‚Linsburg' hat die Chance, kreativ und maßgeblich auf die Dinge Einfluss zu nehmen, die auch seine Lebensumgebung bestimmen (werden)." (OD1_27a)*

Zur Absorption der politischen Aktivierungsimpulse durch die Bewohner

Wie die vorangegangenen Ausführungen deutlich gemacht haben, wurden die Bewohnerinnen sehr nachdrücklich mit der Notwendigkeit zur Übernahme von Eigenverantwortung konfrontiert, die ihnen sowohl von kommunalpolitischen Akteuren, aber auch von Akteurinnen übergeordneter politisch-institutioneller Ebene vermittelt wurde. Der Transfer des Erfordernisses aus politisch-institutionellen Kreisen an die Bewohnerschaft erfolgte in allen vier Fällen auf direktem Wege in Form von Informationsveranstaltungen. Die Zusammenkünfte zielten darauf ab festzustellen, inwieweit eine grundsätzliche Bereitschaft bestünde, die Zügel für einen genossenschaftlichen Dorfladen in die eigenen Hände zu nehmen. Bürgerschaftliche Verantwortungsübernahme war dabei nichts, was es gegen den Willen der Adressaten oder als ‚Weisung' aufzuerlegen galt. Auch eine langfristig angelegte Kampagne, für gemeinschaftliche Eigenverantwortung zu werben, wurde nicht angestrebt.

Vielmehr zielten die Zusammenkommen darauf ab, mit den Bewohnerinnen ergebnisoffen – aber dennoch zielgerichtet – in einen Dialog zu treten, inwiefern ein grundsätzlicher Wille zur gemeinsamen Verantwortungsübernahme vorhanden wäre. Der Bürgermeister von Drebach führte im Vorlauf der ersten Informationsveranstaltung zur Gründung der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG aus: „Wir müssen sehen, ob eine Genossenschaft gewollt ist, ohne die Bürger geht es nicht." (Bürgermeister von Drebach; zitiert in Freie Presse vom 18.03.15) So seien „die Bürger erstmal informiert worden (..), dass es so eine Möglichkeit gibt und dass sie da mal darüber nachdenken sollen" (Int_13). Ihnen wurde also Bedenkzeit eingeräumt. Wäre eine Resonanz ausgeblieben, so wurde von kommunalpolitischer Seite in allen vier Fällen ausdrücklich betont, hätte dies den frühzeitigen Abbruch des Vorhabens bedeutet. Ausschlaggebend war also stets das Wollen der Bewohnerinnen. Sie sollten entscheiden, ob sie bereit wären, sich auf ein genossenschaftliches Organisationsmodell einzulassen – oder ein solches ablehnen.

Die in den Informationsveranstaltungen artikulierte Idee für einen genossenschaftlichen Dorfladen stieß auf Resonanz. Vielfach war gar eine gewisse Euphorie erkennbar. Ein Gesprächspartner in Schapdetten konnte ausmachen, dass „die Begeisterung von der Sache her eigentlich von Anfang an ziemlich beeindruckend [war]" (Int_18). In Alerheim „haben sich eigentlich alle dafür ausgesprochen, dass man es probieren sollte, einen Laden zu machen" (Int_21). Und in Scharfenstein/Venusberg führte ein Gesprächspartner rückblickend auf die initiale Informationsveranstaltung aus:

> *„Und das war das Angenehme, dass wirklich der Raum gefüllt war. Wir hatten mehr als 80 Leute da und dass es da eben auch, neben den Kritikern, so und so viele Leute gegeben hat, die da auch das Wort ergriffen und gesagt haben: ‚Mensch Leute, lasst uns das doch mal überlegen, was wir für eine Möglichkeit haben und lasst uns das anpacken.' Also, dass das nicht nur von uns kam, also, na ja, wie soll ich das sagen, den Initiatoren, sondern dass das dann auch die Leute selbst gesagt haben." (Int_15)*[76]

[76] Den hier erwähnten *Kritikern* widmet sich Kapitel 6.3.4.

Daraus sei eine „positive Eigendynamik“ (Int_15) entstanden. Auch in Linsburg konnte ein ähnlich euphorisches Stimmungsbild nachgezeichnet werden. Am Ende der von etwa 100 Bewohnerinnen besuchten Informationsveranstaltung stellte der Bürgermeister …

> *„(…) dann die entscheidende Frage: ‚Wollen wir das Projekt ‚Dorfladen in Linsburg‘ starten?‘ Das Ergebnis der ‚Abstimmung‘ war überwältigend: Nahezu einstimmig wurde diese Frage durch Handaufzeigen bejaht!“ (SD1_20a)*

Solche überwiegend wohlwollenden Reaktionen wurden vonseiten der einberufenden (kommunalpolitischen) Akteure als Signal gewertet, dass ein Dorfladen gewollt wäre und nun weitere Schritte gesetzt werden könnten.

Eine solche positive Grundhaltung gegenüber der Idee trifft sich auch mit Äußerungen über das grundsätzliche Wollen eines Dorfladens. Einige Gesprächspartner führten aus, dass auch fernab der politisch-institutionellen Stimuli immer wieder Gedanken über einen Dorfladen kursierten – wenngleich in eher latenter Weise. In Scharfenstein/Venusberg hatte es „schon vor Jahren irgendwie immer Gedankenspiele“ (Int_14) bezüglich eines Ladens gegeben. Eine andere Gesprächspartnerin gab zu erkennen: „Also die Intention, die war letztlich damit da, als das letzte kleinere Geschäft dann geschlossen hat, die war einfach vorhanden.“ (Int_6) Und in Schapdetten „brachte das [irgendeiner] am Biertisch ins Gespräch: ‚Wir müssten doch hier mal gucken, kann man denn nicht hier irgendwie wieder so einen vernünftigen Laden hinkriegen?‘“ (Int_19) Darauf ging ein anderer Gesprächspartner näher ein:

> *„(…) die Grundidee [für einen Dorfladen], die war schon vorher da. Denn hier war früher (…) auch noch ein ganz normaler Lebensmittelladen. (…) Aber der wurde immer verkleinert, bis es zum Schluss eigentlich nur noch die Verkaufsstelle für die Brötchen war, mit ein bisschen Drumherum, aber mit sehr eingeschränkten Stunden. Und das wurde immer weniger, immer weniger. Deshalb, die Idee war irgendwie schon latent vorhanden.“ (Int_8)*

In Linsburg ließ ein Gesprächspartner durchblicken: „Also ich wollte schon immer irgendwie wieder einen Laden hier im Dorf haben. Das fand ich einfach eine gute Idee.“ (Int_11) Und in Alerheim wuchs nach dem Aus des bisherigen Geschäftes „der Unmut: ‚Das ist eigentlich schon ziemlich blöd, dass es jetzt da gar nichts mehr gibt.‘“ (Int_21) So war der Betriebsschluss „ein bisschen so Dorfgespräch, man hat sich ausgetauscht, von wegen: ‚Hey, (…) geht das jetzt echt nicht weiter? Gibt es denn niemanden, der das übernimmt?‘“ (Int_21)

Der Wunsch nach einem Dorfladen war in den Orten also bereits vor den ersten politisch-institutionellen Impulsen für ein genossenschaftliches Modell zumindest latent – mitunter aber auch explizit (Alerheim) – vorhanden. Dies bekräftigt, dass kommunalpolitische Akteure, die die Idee für ein genossenschaftliches Modell im Ort zur Diskussion stellten, dies nicht taten, ohne zumindest vorher ein Wollen für einen Dorfladen seitens der Bewohnerinnen erkannt zu haben. Besonders in Alerheim wurden Gemeinderatsmitglieder unmissverständlich mit Unmut konfrontiert. Der Bürgermeister sah sich zur Intervention veranlasst, nachdem er von Bewohnerinnen „wiederholt aufgefordert worden ist, doch da etwas zu tun“ (Int_20). In Scharfenstein/Venusberg wurde kommunalpolitischen Akteuren „aus der Bevölkerung immer wieder in Anführungszeichen Leid geklagt“ (Int_6). *Leid* lieferte demnach den Schlüssel für die Bereitschaft, sich für ein genossenschaftliches Modell zu öffnen.

6.2.3 „Mit welcher Begründung subventioniert man etwas, das sich woanders betriebswirtschaftlich trägt?“ – zu den Grenzen kommunalpolitischer Unterstützung

Die Grenzen zwischen bürgerschaftlicher und kommunalpolitischer Ebene im Kontext der Vorhaben waren fließend, oder wie ein Gesprächspartner bemerkte: Die Rollen der eingebundenen Personen waren „mehrfach durchdrungen“ (Int_6). Dies zeigte sich bereits beim Blick auf die personellen Gefüge: In allen vier Initiativen nahmen Personen, die im Gemeinderat eingebunden sind oder dies in der Vergangenheit waren, auch Posten in einer der Gremien (Vorstand/Aufsichtsrat) der Organisationen ein. Besonders deutlich traten entsprechende Verflechtungen in Linsburg zutage, wo sich der Leitungskern des wirtschaftlichen Vereines vorwiegend aus Personen zusammensetzte, die auch im Gemeinderat tätig waren. Der Bürgermeister führte nicht nur die Gemeinde Linsburg, sondern, so ein Gesprächspartner, „hält (..) auch die Dorfgemeinschaft sehr gut zusammen“ (Int_11) und lenkte parallel als Vorstandsvorsitzender den Dorfladen.

Trotz der auffälligen Rollenüberlagerungen wurde die Trennlinie zwischen dem Agieren in kommunalpolitischer Funktion und dem Engagement für den Dorfladen zum Teil sehr deutlich herausgestellt. Ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg verwies auf disparate Interessenlagen. So habe der „Ortschaftsratsvorsitzende, der auch bei uns mit im Genossenschaftsvorstand sitzt (…), natürlich dann auch sowohl die Interessen von der Gemeinde als auch die Interessen der Genossenschaft zu deichseln“ (Int_6). In Linsburg „sitzen [die Ratsmitglieder] zum Teil in einer Arbeitsgruppe [des Dorfladens], sind dann in dem Moment aber eben nicht Ratsherren, sondern Arbeitsgruppenmitglieder“ (Int_1). Die als notwendig erachtete „deutliche Trennung“ (Int_1) steht in Verbindung zu der Frage, inwieweit einem Dorfladen kommunale Unterstützung zuteilwerden sollte und konnte. Deutlich wurde in allen vier Fällen, dass sich die Gemeinden angehalten sahen, mit direkter Unterstützung zurückzuhalten. Dem lagen zwei Argumente zugrunde. Erstens verwiesen Gesprächspartnerinnen immer wieder auf angespannte Haushaltslagen und – daraus resultierend – begrenzte Gestaltungsspielräume. Eine Gesprächspartnerin in Schapdetten merkte an: „Finanziell war klar, kann uns die Gemeinde Nottuln nicht unterstützen.“ (Int_8) An anderer Stelle hieß es: „Nottuln ist eine Kommune mit einem sehr knappen Haushalt. Also da kann man nicht einfach mal 100.000 Euro irgendwo reinschieben.“ (Int_18) Ähnlich verhielt es sich in Linsburg, wo beklagt wurde: „Die Gemeinde ist pleite.“ (Int_11) Der Gemeinderat habe daher „nicht viel zu verteilen und viel zu entscheiden, wofür jetzt Mittel aufgewandt werden“ (Int_11).

Schwerer noch als angespannte Haushaltslagen wog das zweite Argument, das die Frage berührte, inwieweit direktes kommunalpolitisches Eingreifen überhaupt möglich und vermittelbar wäre. Ein Gesprächspartner in Alerheim legte Wert darauf und vermittelte dies auch den Bewohnerinnen, „dass der Erhalt des Ladens keine kommunale Pflichtaufgabe darstellt, sondern ein eventuelles Engagement der Gemeinde sehr gut begründet sein muss“ (Int_22). Hinzu kam die Vermittelbarkeit im lokalen Kontext. Der Gemeinderat „wollte halt von vornherein ausschließen, dass es da zu Missstimmungen auch kommt“, die womöglich aufgekommen wären, „wenn du jetzt wahnsinnig viel Geld in den Laden hier in Alerheim investierst als Gemeinde und dafür die Straßen im Ortsteil nicht sanieren kannst“ (Int_22). Ein Knackpunkt bei diesen

Überlegungen war, inwiefern ein genossenschaftlicher Dorfladen in den Bereich bürgerschaftlichen Engagements fällt oder dem freien Markt zuzurechnen ist, der sich im marktwirtschaftlichen Kräftefeld eigenständig etablieren und behaupten können muss. In allen Fällen teilten die kommunalen Entscheidungsträgerinnen ein erhebliches Unbehagen, direkten Einfluss in markwirtschaftliche Zusammenhänge zu nehmen. Da sich die Gemeinderäte allen Interessenlagen im Ort verpflichtet sehen, musste der Fokus auf Leistungen und Einrichtungen liegen, die zu den originären Kernkompetenzen und Pflichtaufgaben einer Kommune gehören. Hinzu kam ein empfundener Rechtfertigungsdruck, Geschäftstätigkeiten öffentlich zu fördern, die andernorts ohne Unterstützung auskommen. In Alerheim trieb die Kommune die Frage um: „Mit welcher Begründung subventioniert man etwas, das sich woanders betriebswirtschaftlich trägt?" (Int_22) Nicht nur überschreite ein kommunaler Beistand das eigene Kompetenzfeld, vielmehr hätte eine umfassende finanzielle Einflussnahme Begehrlichkeiten seitens anderer Organisationen erweckt. Besonders gravierend erwies sich diese Problematik in Scharfenstein/Venusberg, wo das Ansinnen einer breiten Unterstützung Unmut und Widerstände schürte:

> *„Das Problem ist, das Argument ist immer, sie [Gemeinderatsmitglieder] wollen keine Wettbewerbsverzerrung, weil in Grießbach gibt es einen Laden, der ist privat geführt, (...) in Drebach gibt es einen Edeka. (...) Da gibt es dann immer ein bisschen Reiberei: ‚Den unterstützt ihr und den nicht hier.' (...) Und dann ist dann auch teilweise ein bisschen ein Konkurrenzdenken und das sollte eigentlich vermieden werden." (Int_16)*

> *„Aber es ist ja ein schmaler Grat. Also wir haben im Ortsteil Grießbach noch ein Geschäft, das privat geführt wird, und wir haben in Drebach noch einen Einkaufsmarkt. Und ich denke schon, dass wir dann auch versuchen müssen, eine Balance zu finden. Denn wir greifen ja auch mit den Märkten [Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg] ein bisschen in den freien Markt ein. Und da muss schon die Kommune auch die Balance finden, zu sagen, okay, wie weit gehe ich, wie weit unterstütze ich die Genossenschaft und was ist freier Markt." (Int_15)*

Balancierend auf diesem *schmalen Grat* und in Anbetracht des *Konkurrenzdenkens* hatte die Gemeinde Drebach immer wieder den Unterstützungsrahmen auszutarieren. Ähnliches kam in Alerheim zur Sprache: Da „die Gemeinde (..) ja von Gewerbesteuerzahlern [lebt], (…) kann [man] jetzt als Kommune nicht den Dorfladen subventionieren, der dann gleichzeitig in Konkurrenz zum gegenüberliegenden Metzger geht" (Int_9). Im Hinblick darauf gab ein Gesprächspartner eine „Scheu" preis, durch eine kommunale Unterstützung des Geschäftsbetriebes eine „geförderte Konkurrenz auf[zu]machen" (Int_22). Besonders heikel war dies aufgrund der Ungewissheit hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Standfestigkeit. Langfristig eine unrentable Organisation zu subventionieren, die zudem noch mit anderen wirtschaftlichen Akteuren der Gemeinde in Konkurrenz stehen würde, wäre den Steuerzahlerinnen vor Ort kaum zu vermitteln gewesen. Angesichts dieser Brisanz hoben kommunalpolitische Akteure immer wieder den Mehrwert für die gesamte Gemeinde hervor. Ein Alerheimer betonte: „Es ist nicht der Dorfladen Alerheims, sondern es ist der Dorfladen der Gemeinde Alerheim. Also nicht, weil die Gemeinde mit engagiert ist, sondern auch die Ortsteile mit drin sind." (Int_22)[77]

[77] Damit ist gemeint, dass auch Bewohnerinnen aus den anderen Ortsteilen der Gemeinde Alerheim den Laden nutzen.

Ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg brachte Argumente hervor, warum ein Dorfladen kein regulärer Marktteilnehmer sei:

> *„Man darf das halt nicht nur so verstehen, dass der Verkaufsfaktor eine Rolle spielt, sondern halt auch das Miteinander, die soziale Komponente nicht zu unterschätzen ist. Und deswegen haben wir das auch als Gemeinde unterstützt, dass wir sagen, das ist eben nicht nur der Eingriff in den freien Markt, (...) sondern es ist auch so eine soziale Komponente." (Int_15)*

Umfang und Intensität der Unterstützung fielen in den Fallbeispielen unterschiedlich aus. Von ideellem Beistand konnten alle vier Initiativen profitieren. Dies begann bei den initialen Informationsveranstaltungen, die stets durch kommunalpolitische Akteure moderiert wurden. Als meinungsbildende Multiplikatoren und mit ihrer rhetorischen Überzeugungskraft halfen sie, die Idee „in die breite Masse zu streuen" (Int_6). In Schapdetten war die Unterstützung auf niedrigschwellige Maßnahmen beschränkt. Die politischen Mandatsträger der Gemeinde Nottuln „haben gezeigt, wir finden das gut, aber das war es dann auch" (Int_8). So war „die Kommune nicht finanziell mit im Boot" (Int_18). Dennoch leistete sie Hilfestellungen, die über motivierende Worte hinausgingen. Hierzu gehörten die Teilfinanzierung einer Machbarkeitsstudie, die Übernahme von Notarkosten bei der Genossenschaftsgründung und das Herrichten eines öffentlichen Parkplatzes vor dem Laden.

In den drei anderen Initiativen war die Unterstützung deutlich substanzieller. In Alerheim wie auch Scharfenstein/Venusberg erhielten die Genossenschaften anfänglich zinslose Darlehen und/oder direkte Zuschüsse. In Linsburg und Scharfenstein/Venusberg leisteten die Gemeinden die Sanierung der Ladenimmobilien. Dort sind die Objekte in kommunalem Besitz, sodass Verträge mit geringem Mietzins ausgestellt werden konnten. Allerdings kamen Dissonanzen darüber auf, welche finanziellen Lasten den Organisationen zugemutet werden könnten:

> *„Der Rat [der Gemeinde Linsburg] genehmigte einstimmig den Entwurf des Pachtvertrages mit dem Dorfladen-Verein, dessen Einzelheiten zuvor diskutiert wurden. Dabei fand eine intensive Abwägung der Pachtsumme statt, die der Verein für die Nutzung der Immobilien der Anlage und des Inventars an die Gemeinde zu zahlen hat. Einerseits den Verein nicht zu überfordern, andererseits aber eine angemessene Einnahme für die Gemeinde zu generieren, war dabei die Richtlinie für die Festsetzung der Pachtsumme. Gemeinde und Verein haben ein starkes gemeinsames Interesse am Erfolg des Dorfladens (...)." (Linsburg; Die Harke vom 14.12.17)*

> *„Also eine Genossenschaft ist ja ein wirtschaftliches Unternehmen und eine Gemeinde ist ja auch verpflichtet, für die Objekte Miete zu verlangen. Also es gibt Mietverträge. Die sind natürlich so gemacht, dass wir an die Untergrenze kommen." (Scharfenstein/Venusberg; Int_16)*

Unabhängig vom Ausmaß der Anlaufhilfe galt in allen Fällen: Die kommunalpolitische Unterstützung sollte darauf beschränkt bleiben, „den Start zu erleichtern" (Int_2). So könnte die Kommune zwar anfänglich unter die Arme greifen, langfristig müsste die Organisation allerdings aus eigener Kraft am Markt bestehen und ohne Zuhilfenahme öffentlicher Gelder auskommen. Darauf legten kommunalpolitische Akteure großen Wert, auch als es darum ging, die Bewohnerinnen über das Ausmaß des kommunalen Beistandes in Kenntnis zu setzen. In Alerheim klärte der Bürgermeister auf einer Informationsveranstaltung die künftigen Genossen-

schaftsmitglieder über Folgendes auf: „Ich möchte auf keinen Fall, dass wir als Gemeinde irgendwann den laufenden Betrieb subventionieren müssen.“ (Bürgermeister von Alerheim; zitiert in Augsburger Allgemeine vom 07.04.16)

6.2.4 „Irgendwann soll das Ganze natürlich mal kostendeckend sein“ – das genossenschaftliche Modell und der Wunsch nach wirtschaftlicher Stabilität

Um langfristig zukunftsfähig zu sein, müsste ein genossenschaftlicher Dorfladen in der Lage sein, sich eigenständig – ohne kommunale Unterstützung – auf dem Markt zu behaupten. Eine ausgeglichene Bilanz zwischen Ausgaben und Einnahmen wurde angestrebt. Überschüsse und Gewinne schlossen die federführenden Akteure zwar nicht kategorisch aus, allerdings waren sie nicht erwartet und keinesfalls explizit anvisiert. Auskömmlich zu wirtschaften lautete die Maxime. Die Protagonisten in Linsburg unterstrichen, dass ihre Organisation „nicht auf Gewinn und Gewinnmaximierung ausgerichtet [ist]“ (Int_1). Anstatt über die Verwendung möglicher *Gewinne* nachzudenken, stand die Frage im Mittelpunkt, wie die Organisation überhaupt zu stabilen wirtschaftlichen Verhältnisse geleitet – d.h. langfristig kostendeckend aufgerichtet – werden könnte. In Alerheim stand das „Überleben von so einem Laden“ (Int_9) bzw. „diese schwarze Null zu ersparen“ (Int_20) im Fokus. Die federführenden Akteure in Scharfenstein/Venusberg hegten umfassende Gedanken im Hinblick auf „das Überleben, also dass es sich dann auch tatsächlich trägt, möglichst lang-, lang-, langfristig“ (Int_6). Und in Schapdetten wurde das Interesse an Kontinuität und einer positiven Bilanz mit den Worten wiedergegeben:

> *„Und das Ziel ist einfach klar, dass wir irgendwann saubere Zahlen erwirtschaften und dass das Ganze auch ein Lebenswerk bleibt, nicht nur, dass das also von kurzer Zeit, kurzer Dauer ist, sondern (...) das Ganze auch vernünftig dauerhaft funktionieren kann.“ (Int_8)*

Solche Aussagen verdeutlichen, dass dem Aufbau der Läden eine langfristige Perspektive zugrunde lag. Obwohl ökonomische Stabilität als höchste Prämisse für die Zukunftsfähigkeit festgehalten wurde, blieb der Zeitpunkt des Erreichens offen. Ein federführender Akteur in Linsburg drückte vorsichtig aus: „Irgendwann soll das Ganze natürlich mal kostendeckend sein.“ (Int_1) Die Eintrittswahrscheinlichkeit erschien dabei ebenso unsicher (*soll* als vorschwebende Zukunftsaussicht), wie der zeitliche Rahmen unklar verblieb (*irgendwann*).

Das Interesse an ökonomischer Stabilität wurde in den vier Initiativen auf sehr ähnliche Weise verstanden. Es lässt sich, wie in Linsburg geäußert, mit den Worten zusammenfassen: „Das ganze Konzept des Dorfladens soll sich dauerhaft wirtschaftlich von alleine tragen.“ (OD1_27a) *Alleine tragen* meint, dass der Bedarf unentgeltlichen Engagements mittel- und vor allem langfristig reduziert werden sollte. Das unbezahlte Engagement für den Dorfladen wurde von den Protagonistinnen als zeitlich befristet verstanden. Es sollte in allererster Linie dem Aufbau dienen und im weiteren Verlauf – wenn der Laden auf wirtschaftlich stabilen Beinen stehen würde – schrittweise reduziert und möglichst komplett durch Erwerbsarbeit ersetzt werden. Ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg drückte aus: „Es ist gut, dass die [ehrenamtliche] Unterstützung jetzt [zwei Monate nach der Eröffnung] da ist, aber das darf kein Dauerzustand sein. Das müssen wir selber irgendwie organisiert bekommen, dass das selber läuft.“ (Int_6)

Wenngleich unentgeltliches Engagement beim Aufbau der Organisationen als essenziell erachtet wurde, um überhaupt den Geschäftsstart vollziehen zu können, herrschte bereits in der Vorgründungsphase ein Bewusstsein darüber, dass ein derart beträchtliches Pensum langfristig voraussichtlich nicht zu halten sein würde. Es würde dauerhaft keine zumutbare Alternative zu entlohnter Beschäftigung darstellen und könnte keinesfalls überstrapaziert werden. Die Schapdettener verabschiedeten sich rasch von anfänglichen Überlegungen, den Laden rein ehrenamtlich zu betreiben:

> *„Also das Ehrenamt war toll, also als es darum ging, den Laden einzurichten und zu renovieren. Das war eine einmalige, letztlich abgeschlossene Aktion. Für solche Sachen ist das gut, aber so wirklich dauer- und regelmäßig kann ich mir das nicht vorstellen, dass das funktioniert. (...) Also wir hatten ganz zu Anfang (...) durchaus die Überlegung, ob man hier so einen Laden auch ehrenamtlich betreiben kann. Aber es kam auch relativ zügig, das wird nicht lang gut gehen. Würde ich heute noch mehr unterschreiben als damals." (Int_8)*

Auch bei den Verantwortungsträgern in Linsburg herrschte Gewissheit über das begrenzte Zeitfenster der Möglichkeit zum Rückgriff auf unentgeltliches Engagement. Einem Mitstreiter trieb noch vor der Eröffnung des Ladens die Frage um, …

> *„(...) wann endet diese Euphorie, die da ist, diese Anfangseuphorie? Wenn es dann plötzlich irgendwie so ein Muss wird, jetzt muss aber jemand los und muss das Gemüse kaufen oder so. Und da bin ich halt sehr gespannt, wie sich das dann die nächsten Jahre entwickelt. Das wird sicherlich ganz schwierig werden, diesen ehrenamtlichen Teil da auch dauerhaft so zu organisieren, dass das für niemanden als Einzelperson zu einer Last wird." (Int_11)*[78]

Das Ansinnen, dass das Vorhaben für *niemanden als Einzelperson zu einer Last wird*, wenn es nicht (auf Anhieb) gelingen würde, den Laden in ökonomisch stabile Verhältnisse zu steuern, mündete auch im Bestreben, eine breite personelle Basis aufzubauen. Die Robustheit und damit die Zukunftsfähigkeit des Ladens sollten – nach Möglichkeit – nicht von Einzelpersonen abhängen, wie ein Linsburger schilderte:

> *„Also wir müssen es nachhaltig machen, wenn es über mehrere Jahre laufen will. Und Nachhaltigkeit geht nicht als Personenabhängigkeit. Und deswegen ist es eben wichtig, dass man sagt, wir haben auf jeden Fall, wenn der [federführende Akteur] ausfällt, eine Alternative und fertig." (Int_4)*

In diese Gedankengänge banden einige Gesprächspartnerinnen auch jüngere Generationen ein. Auf lange Sicht sollten sie das Erbe des Geschaffenen antreten. Ein federführender Akteur in Schapdetten hatte gegenüber seinen Genossinnen „immer darauf hingearbeitet: ‚Wir müssen sehen, dass wir auch junge Leute mitkriegen.'" (Int_19) Ein Gesprächspartner in Linsburg unterstrich: „Das müssen also spätere Generationen dann weiterführen. (…) Wir wollen ja junge

[78] Die Frage, inwieweit unentgeltliches Engagement gänzlich durch bezahlte Beschäftigung ersetzt werden sollte, war allerdings nicht unumstritten. So verwies ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg auf die positiven Seiten, wonach Engagement auch dazu imstande sei, die Engagierten sozial aufzufangen: „Die Leute, die da helfen, es ist unter Umständen die einzige Zeit am Tag, wo die mal offen unter Leute kommen, nicht bloß auf dem Weg zum Briefkasten oder beim Zeitungholen, sondern wirklich irgendwo drin sind, (…) und auch selber ansprechbar oder mal in Kontaktaufnahme sind." (Int_6) Tatsächlich zeigte sich den Protagonisten allerdings ein deutliches Nachlassen des Engagements bereits wenige Monate nach Betriebsstart.

Leute haben, weil die sollen das ja irgendwann auch mal weiterführen.“ (Int_1) Auch ein Alerheimer verwies auf die Absicht, das Geschaffene später weiterzugeben:

> *„Aber du brauchst auch Leute, die jetzt diesen Laden die nächsten Jahre führen. Also den Arbeitskreis oder die Projektgruppe ins Leben zu rufen, das ist das eine, aber du brauchst die Konstanz auch in der Entwicklung.“ (Int_22)*

Einen Dorfladen zu schaffen, der über das eigene Wirken hinaus fortbestehen und eine *Konstanz* aufweisen würde, sollte mithilfe tragfähiger ökonomischer Strukturen und einer breiten personellen Basis gelingen.

6.3 Der Weg zu einem genossenschaftlichen Dorfladen als komplexer Aushandlungsprozess

6.3.1 „Es sind eh immer die Gleichen, die etwas machen“ – von der Idee geteilter Verantwortung zur sozialen Realität personengestützter Verantwortung

Wie dargelegt, lieferten zunächst die Passivität privatwirtschaftlicher Akteure, die mitunter laut zu vernehmende Unzufriedenheit über die schwindende Versorgungssituation vor Ort und die politisch kommunizierte Notwendigkeit zur gemeinschaftlichen Verantwortungsübernahme wesentliche Impulse zum Initiativ-Werden. Der Hinwendung zu einem genossenschaftlichen Modell lag in allen vier Fällen das gleiche Muster zugrunde: Niemand wollte mit seinem Privatkapital für den Aufbau eines Ladens in Vorleistung gehen und mit seinem Vermögen haften, falls der Dorfladen in Schieflage geraten würde. Ein Gesprächspartner in Linsburg brachte die Idee des Teilens von geschäftlichen Risiken auf möglichst viele Schultern auf den Punkt. So war die Entscheidung …

> *„(…) sehr einfach. Das war nämlich die Haftungsproblematik. Und wir haben einfach eine Gesellschaftsform gesucht, bei der niemand im Dorf alleine haften muss oder auch nicht irgendwie zwei oder drei in so einer UG haften müssen.“ (Int_11)*

Wie in Kapitel 6.2.2 weiterhin dargestellt, traf die Idee für ein genossenschaftliches Modell auf positive Resonanz unter weiten Teilen der Bewohnerinnen. Diese positive Resonanz ist allerdings zu unterscheiden von der Bereitschaft, sich persönlich für den Aufbau einzusetzen. Unverkennbar war, dass die Frage, wer sich unentgeltlich und mit eigenen Kraftanstrengungen einbringen und im weiteren Verlauf Führungsposten (in Vorstand bzw. Aufsichtsrat) übernehmen würde, beträchtliche Reibung erzeugte. Eine Gesprächspartnerin in Alerheim blickte auf die Sitzung des Arbeitskreises zurück, der nach der initialen Informationsveranstaltung erstmals getagt hatte:

> *„Ich habe halt immer gesagt, ich sehe es nicht so, dass wir jetzt die tragenden Leute sind, sondern es muss ja ein Gemeinschaftsprojekt werden. Also ein Gemeinschaftsprojekt können nicht acht Leute stemmen. Da muss schon mehr kommen, sonst kann man es vergessen.“ (Int_21)*

Im Zuge dessen „war dann auch wirklich nochmal so ein Knackpunkt, wo es dann darangegangen ist, dass man die Genossenschaft gründet: ‚Wer macht denn jetzt den Aufsichtsrat? Wer

macht denn jetzt die Geschäftsleitung?'" (Int_21) So, und darauf ging ein anderer Gesprächspartner in Alerheim ein, „hat jeder gesagt: ‚Orr, ich nicht.'" (Int_9) Viele „wollten sich dann einfach, vielleicht aus Angst vor der Arbeit halt, auch nicht weiter einbringen" (Int_9). Als problematisch wurden solche Dispute über die Zuständigkeit aus mehreren Gesichtspunkten eingeordnet. Hervorzuheben ist, dass die persönliche Verantwortungsübernahme überwiegend nicht auf proaktiven Entschlüssen beruhte. Bewohnerinnen wurden zu tragenden Akteurinnen, ohne dass sie dies ursprünglich intendiert hatten. Dahingehend spielte das bisherige ortsbezogene Engagement und die daraus resultierende Sichtbarkeit im örtlichen Sozialgefüge eine wichtige Rolle, dass entsprechende Personen auch bei diesem Vorhaben wieder in die erste Reihe rückten. Es existierte offenbar nur eine kleine Gruppe potenzieller ‚Macherinnen'. In Alerheim sind es „immer wieder die Gleichen" (Int_20), die bei gemeinschaftlichen Aktionen in Erscheinung treten. Und in Scharfenstein/Venusberg nahm ein Gesprächspartner wahr:

> *„Wer lässt sich denn aufstellen für ein Amt? Das sind die Gleichen, die sich bereit erklären, irgendwo hier auch die Vorreiter zu machen. Es sind eh immer die Gleichen. Insofern ist das nicht unbedingt verwunderlich, dass dann auch vielleicht der eine oder andere zufällig noch sogar bei der Feuerwehr irgendwie in der Leitung sitzt oder irgendwo im Fußball eine führende Rolle spielt. (...) Es sind immer die gleichen Enthusiasten. Auch wenn (...) die nächsten zwei, drei Sachen hierum gestartet werden, bin ich mir auch sicher, dass sich da wieder fast die gleichen Köpfe zanken tun. Ist immer so." (Int_6)*

Sich aufstellen lassen und *bereit erklären* der *immer gleichen Enthusiasten* drücken eine Passivität aus, die auch in den anderen Initiativen vielfach hervortrat. Eine Gesprächspartnerin unterstrich: „Also ich habe mich gar nicht selber eingebracht. So richtig gefragt hat mich bis heute ja keiner, aber es heißt ja immer: ‚[eigener Vorname] macht.'" (Int_10) Drastischere Worte für herangetragene Erwartungshaltungen wurden von einem anderen Protagonisten geäußert. Er rückte von seiner ursprünglich intendierten Rolle des *Mitläufers* in eine Hauptrolle:

> *„Also, als man mir gesagt hat, ich sollte da mitmachen, ja gut, da habe ich gesagt, ist in Ordnung, und da mache ich das auch. Und ich wollte auch nur Mitläufer sein [lacht] und zwischenzeitlich leite ich die Arbeitsgruppe, weil zwei Leute abgesprungen sind. (...) Na ja gut, dann habe ich am Schluss mich breitschlagen lassen, das zu machen. (...) Wir haben immer gesucht. Ich hätte gern anderen Leuten den Vortritt gelassen, aber wenn nun gar keiner da ist. Und irgendwann dann sagte ich: ‚Na gut, dann machen wir das mal.' (...) Ich habe zu keiner Sache überhaupt mich gedrängt, also ich will hier oder ich will da. Ich habe nichts gemacht, nichts gemacht." (Int_12)*

In Anbetracht der allgemeinen Zurückhaltung bei der Besetzung verantwortungstragender Posten stellte es „ein Kriterium [dar], (…) ob man die Leute findet, die die Arbeit [tragen]" (Int_9). Es musste also jemand gefunden werden, der sich dem Projekt federführend annehmen und den damit verbundenen Arbeitsaufwand schultern würde: „Es war schon so, dass man da nicht groß auf Vorschläge von irgendwem gewartet hat, sondern man hat sich speziell ein paar Leute herausgesucht und die hat man konkret gefragt." (Int_9) Den Weg des Heraussuchens und der Ansprache von mitgestaltungsfähigen Personen, um sie als aktive Mitstreiterinnen zu gewinnen, ist auch ein anderer Gesprächspartner gegangen. So hatte er bei Bekannten „nach und nach dann immer wieder gebohrt" (Int_19). *Angebohrte* Personen sahen sich so mitunter einer Erwartungshaltung ausgesetzt, aus der ein Ausweichen kaum mehr eine Option darstellte und die

eine Selbstverpflichtung abverlangte. Eine Protagonistin wurde mit der Anfrage konfrontiert: „Möchtest du nicht in den Vorstand?“ Sie dachte daraufhin: „Jetzt bist du mitgehangen, mitgefangen.“ (Int_7) Ein tragender Akteur in Scharfenstein/Venusberg räumte ein, dass „dieses Nicht-nein-Sagen-Können (…) ein wichtiger Faktor [war]“ (Int_6). „Ich wäre nicht im Traum darauf gekommen, dass ich mich da engagiere, also überhaupt nicht, das war mir ganz fern“ (Int_20), äußerte eine andere Gesprächspartnerin noch deutlicher. Bei ihr reichten auf der einführenden Informationsveranstaltung „zwei Wortmeldungen und plötzlich hat man ein Ehrenamt im Laden“ (Int_20). In einem besonders eindrücklichen Fall sprach ein federführender Akteur davon, „im Prinzip verdonnert“ worden zu sein, einen Posten in der Genossenschaft einzunehmen, damit „auch die Verbindung hier zu der Bevölkerung noch ein bisschen stärker da ist“ (Int_17).

Zu solchen kommunikativen Zuspielungen kamen Erwägungen, dass die eigene Passivität zum Scheitern der Initiative und somit zu einer allgemeinen Enttäuschung im Ort führen könnte. Gesprächspartner artikulierten mehrfach, dass sie sich letztlich aus Pflichtbewusstsein in eine verantwortungstragende Position begeben hatten, da es andernfalls niemand getan hätte. So war etwa in Linsburg „halt irgendwie schon erstmal klar, er [der Bürgermeister] macht den Vorsitz, wenn sich kein anderer findet“ (Int_11). Eine andere Gesprächspartnerin sprach davon „reingezogen [worden zu sein], (…) [weil] plötzlich alle unterm Tisch verschwunden [waren]“, was ein Einspringen erforderlich machte: „Okay, wenn das jetzt hier keiner macht.“ (Int_4) In Scharfenstein/Venusberg nahm ein Bewohner einen verantwortungstragenden Posten ein, weil „ja keiner sowas machen [will]“ (Int_16).

Da sich bestimmte Personen bereits in der Vergangenheit für gemeinschaftsbezogene Anliegen eingebracht hatten, sie oftmals vertrauensvolle Beziehungen miteinander pflegten und mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut waren, wurden sie unweigerlich ins Spiel gebracht, als es darum ging, das Projekt in federführender Position umzusetzen. Durch ihr bisheriges Engagement hatten entsprechende Bewohnerinnen bereits einen festen Platz im örtlichen Sozialgefüge, waren als Aktivposten sichtbar und anerkannt und verfügten über die erforderliche Reputation, um Vertrauen für ein solches Projekt zu binden. Denn die Frage, wem man sein Geld – durch das Zeichnen von Geschäftsanteilen – anvertraut, ist keine beliebige, wie ein Gesprächspartner in Schapdetten anführte: „Sie brauchen da Leute dafür, bei denen die anderen Mitbürger sagen: ‚Oh ja, denen kannst du vertrauen, wenn die da mitmachen.‘ Das ist ganz wichtig, dass sie die haben.“ (Int_19) Da einige Personen einen Vertrauensvorsprung genossen, waren sie unentbehrlich, um bei Bewohnerinnen eine Bereitschaft zu erwecken, ökonomisches Kapital (in Form von Geschäftsanteilen) einzubringen. Führungspositionen wurden entsprechenden Personen vor allem deshalb zuteil, da ihnen Mitmenschen im Dorf Fähigkeiten zur Führung und zum *Machen* zugeschrieben hatten:

> *„Also es gibt hier so eine Gruppe von Leuten im Ort, die sind überall vertreten, wenn es darum geht, irgendwas zu machen. Also mit denen kann man einfach rechnen, die sind immer da, die packen an und, ja, auf die kann man bauen.“ (Int_5)*

Eine Gesprächspartnerin in Alerheim ging ausführlich auf solche zeitlich stabilen Rollenkonstellationen ein. Nach ihrem Dafürhalten bestanden *Selbstverständlichkeiten* und *landläufige Meinungen*:

> *„Ich habe mir eigentlich da ein bisschen mehr versprochen, dass sich die Leute mehr interessieren. Ich dachte eigentlich, der Arbeitskreis ist mehr so, dass wir eigentlich nur so die Brücke sind und dass wir uns durchaus auch ein paar Mitstreiter suchen. (...) Aber da habe ich mich total getäuscht. Es wurden nicht mehr, es wurden eher weniger. Und es war wohl auch die landläufige Meinung im Dorf: ‚Die, die sich für den Arbeitskreis gemeldet haben, die werden das Ding dann auch machen, also (...) auch diese Posten besetzen, Geschäftsführung, Aufsichtsrat.' (...) Es wird dann schon eher für selbstverständlich genommen, dass es so eine Gruppe aus dem Dorf gibt, die sich darum kümmert, die das macht." (Int_21)*

Der *selbstverständliche* Fokus auf wenige (bereits aktive) Personen im Ort wurde in den Gesprächen auf vielfältige Weise problematisiert. Eine gemeinsame Verantwortungsträgerschaft aller Bewohner im Ort wurde angestrebt, ein Schultern dieser Verantwortung durch einige wenige Schlüsselpersonen war Realität. So trat in Scharfenstein/Venusberg die Einsicht hervor, dass „Genossenschaft nur funktionieren [kann], wenn es jemanden gibt, der das vorlebt und alle mitnimmt" (Int_15). In Alerheim merkte ein Gesprächspartner an: „Wenn du nicht die Leute hast, die da vorneweg gehen, dann wird es nicht funktionieren." (Int_22)[79]

Als problematisch wurde die eigene Fixierung vonseiten der nun mit der Verantwortungsträgerschaft bedachten Bewohner in vielfältiger Weise eingeordnet. Zunächst ist festzuhalten, dass es an einer realistischen Einschätzung darüber, was ein solches Vorhaben mit sich bringen und welche Expertise ein solches eigentlich verlangen würde, mangelte. Verantwortungsträgerinnen aller vier Initiativen rekapitulierten erhebliche Diskrepanzen zwischen der anfänglich prognostizierten und der tatsächlich entstandenen Arbeitslast. Ein Gesprächspartner gestand rückblickend ein:

> *„Wenn mir einer am Anfang gesagt hätte, was da an Energie und Zeit dahintersteht und auch [deutet mit einer Hand Geld an], dann hätte ich gesagt: ‚Seid ihr verrückt? Nicht mit mir. Das sollen die anderen führen.' Aber dann hängen sie dann einmal drin, und dann geht das weiter." (Int_19)*

Ein anderer fasste die Diskrepanz mit den Worten zusammen: „Keiner hat das so überschauen können, dass so viel Arbeit, also so viel Arbeitseinsatz hier erforderlich ist." (Int_8) Ganz ähnlich sah es eine Linsburgerin. So „ist sich jeder sicherlich bewusst gewesen, dass das Zeit in Anspruch nimmt, aber wie viel tatsächlich, ich glaube das eher die Wenigsten" (Int_5). Ein Protagonist in Scharfenstein/Venusberg gab den warnenden Hinweis aus: „Also die Umsetzung ist dann schon noch ein Hammer und das sollte jedem klar sein, der so etwas anfasst." (Int_16)

[79] Diese Beobachtung konnte eine Gesprächspartnerin auch in anderen Dorfladeninitiativen anstellen: „Es gab immer einen, der sich quasi aufschafft. (…) In Amerdingen ist es der Bürgermeister, der gleichzeitig die ganzen Bilanzen und so weiter macht, (…) und in Huisheim auch eine, die sich das einfacher wohl vorgestellt hat, dass es so nebenher geht, und dann auch festgestellt hat, das geht überhaupt nicht nebenher. Das ist auch wirklich ein Manko (…), dass es am Ende doch an einen oder zweien hängen bleibt, die das aber auch nie entlohnt bekommen." (Int_21)

Das Unterschätzen der Arbeitslast rührte aus vielschichtigen Unwägbarkeiten und einem mangelnden Vermögen, die aus dem Initiativ-Werden resultierenden Konsequenzen im Vorlauf umfassend zu überblicken. So führte ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg aus, dass es ein „Blick in die Glaskugel [war], ob es dann auch wirklich so wird, wie man es ganz toll rechnerisch auf dem Papier gemacht hat“ (Int_6). Die tatsächlichen Auswüchse des einmal Angefassten entpuppten sich als kaum vorhersagbar. Das Feld war und blieb unübersichtlich. Die federführenden Akteure begaben sich mit ihrem Einsatz in unbekanntes fachliches Terrain. Sie mussten sich in komplexe Zusammenhänge einarbeiten, die weitestgehend außerhalb der eigenen beruflichen Kompetenzen lagerten. Zahlreiche Protagonisten zogen ihr Vermögen in Zweifel, ein derart komplexes Vorhaben adäquat stemmen zu können. „Wir sind ja alle keine Fachleute auf dem Gebiet“ (Int_4), gab eine Gesprächspartnerin in Linsburg zu erkennen. Ähnliches wurde in Scharfenstein/Venusberg konstatiert: „Es waren ja alle, das ist mir dann aufgefallen, das waren ja auch alle Neulinge auf dem Gebiet.“ (Int_14) Zahlreiche Gesprächspassagen zeugen von Überforderung und Unbehagen. „Das ist nicht so einfach, das muss man sagen“, gestand eine Gesprächspartnerin ein (Int_13). In Alerheim zeigte sich eine Protagonistin über die spezifischen Härten der Lebensmittelbranche überrascht. So sei es „halt dann doch ein hartes Geschäft“ (Int_21). Und ein Schapdettener blickte zurück: „Der Laden hat mich schon an die Grenzen gebracht.“ (Int_8)

Insgesamt resultierte daraus eine spannungsgeladene Konstellation: Auf der einen Seite eine geringe Zahl an Personen im Dorf, die bereit und imstande waren, das Vorhaben federführend zu gestalten und zu tragen. Und auf der anderen Seite vielfältige Belastungen und Herausforderungen für eben jene, die die Verantwortungslast zu tragen hatten. Dass auch andere Personen im Ort um diese Belastungen wussten, erschwerte die Rekrutierung von personellem Ersatz. Das Bewusstsein der eigenen Unverzichtbarkeit mündete darin, dass ein selbstbestimmter Rückzug mitunter schwerfiel – oder wie ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg eindrücklich schilderte: „Man hat es mit eingerührt und nun muss man auch dazu stehen.“ (Int_16) An anderen Stellen wurde deutlich, dass ein unverrückbares Einstehen nicht immer gegeben war. Es traten personelle Brüche und Diskontinuitäten auf. Alle vier Initiativen hatten im Gründungsprozess Ausfälle von Mitstreitern zu verzeichnen, etwa aufgrund persönlicher, gesundheitlicher oder beruflicher Umstände, unterschiedlicher Auffassungen über die Ausrichtung des Vorhabens oder als Konsequenz aus den eben dargestellten vorab nicht erwarteten Arbeitslasten. In Scharfenstein/Venusberg „war sich [eine ausgeschiedene Genossin] einfach des Ausmaßes nicht bewusst, was damit verbunden ist. Ich meine, das ist kein Murmelclub.“ (Int_6) In Linsburg keimten „konzeptionelle Auseinandersetzungen“ auf (Int_2). Auf der anderen Seite fiel es Personen, die den Entschluss zum Ausstieg gefasst hatten, teilweise schwer, diesen auch durchzusetzen:

> *„Die [verbleibenden Vorstandsmitglieder] wollen mir auch den Schlüssel [für den Laden] nicht abnehmen. Ich will immer den Schlüssel abgeben. [imitiert Vorstandsmitglied] ‚Nee, nee, und überleg doch nochmal, ob du nicht wiederkommst?‘“ (Int_8)*

Unverkennbar war, dass auf den federführenden Akteuren große Hoffnungen hinsichtlich der Fortsetzung ihres Engagements lasteten. Diesbezüglich drückte eine Gesprächspartnerin in

Scharfenstein/Venusberg aus: „Und die Hoffnung ist nur, dass es der [Vorname] noch lange so durchhält.“ (Int_14) In einem anderen Fall sah sich ein Genosse angesichts seiner unverzichtbaren Position und entgegen seiner eigentlichen Ausstiegsabsicht dazu veranlasst, seinen Posten nicht zu räumen, da andernfalls Unterstützungsstrukturen weggebrochen wären:

> *„Er hatte vom Ursprung eigentlich vor, ganz nüchtern, und das hatte er auch kundgetan, mit der Gründung der Genossenschaft ist für ihn Schluss. Dann (...) in dem Kreis wurde er bekniet bis zum Geht-nicht-mehr: ‚Mach doch weiter. Wenn du das nicht weitermachst, können wir aufgeben jetzt wieder.‘ Er hat sich überreden lassen und hat das gemacht. (...) Er hätte beratend dabeibleiben können, aber dann wäre manche Hilfe ausgeblieben, auch hier aus dem Dorf heraus. (...) Wenn einer das so vorangetreten hat, (...) wenn er jetzt gesagt hätte: ‚So, ich tue das nicht mehr, ich gehe jetzt raus, macht weiter, und, und, und.‘ Dann hätte sich mancher zurückgezogen. Das war ja auch das Problem, darum haben die ihn ja auch so bekniet, weil die das genau wussten.“ (Int_19)*

So blieb den tragenden Akteuren ein Ausstieg angesichts der eigenen Unersetzbarkeit nur schwer zu vermitteln. Dahingehend tat ein Gesprächspartner eindrücklich kund:

> *„Es war ja immer gedacht, dass wir uns ein bisschen zurücknehmen, (...) dass wir uns ein bisschen zurücklehnen, aber es ist ja genau anders gekommen. Also die Arbeit ist ja mehr geworden, das Ding am Laufen zu halten, und irgendwie bist du dann in einer Zwangssituation. Du musst, ob du willst oder nicht, du kannst ja das Ding nicht eingehen lassen.“ (Int_16)*

Nicht in Abstand zu dem *Ding* treten zu können, also die eingegangene Bindung nicht einfach wieder lösen zu können, führte dazu, eigene Interessen und Bedürfnisse privater sowie beruflicher Art in den Hintergrund rücken zu lassen. Wenn das Projekt aufgrund ungeahnten Arbeitsaufwandes „fast zum Zweitjob geworden [ist]“ (Int_16), gingen damit unweigerlich Interessenkonflikte einher. In zahlreichen Gesprächen waren „die persönlichen Konsequenzen, die das natürlich hat“ (Int_20) Thema. Eine Gesprächspartnerin beklagte Einschränkungen hinsichtlich ihres beruflichen Vorankommens, „weil ich halt jetzt irgendwie die Buchführung mache für den Dorfladen oder weil ich eben neues Personal suchen muss. (…) Dann tritt das Eigene zurück. Das ist schlecht.“ (Int_20) In einem anderen Fall wurde mit Blick auf die Eingebundenheit und zugleich Unverzichtbarkeit eines federführenden Akteurs gesprochen von einer „Belastung, wenn er nebenbei im Prinzip dann den ganzen Laden managt“ (Int_16). Ein Linsburger fasste die Problematik des begrenzten Kreises an Bewohnern, die imstande sind, ein derart komplexes Projekt zu tragen, so zusammen:

> *„Aber ich mache mir eben auch Sorgen, um gerade die, die dann eben auch Verantwortung dafür übernehmen und das gestalten müssen. Und davon gibt es eben zu wenige, die dann auch wirklich Zeit haben und die Fähigkeiten besitzen. Beides muss da ja dazukommen.“ (Int_11)*

Die Fragilität eines auf wenigen Personen basierenden Verantwortungsgerüstes kommt auch in solchen Formulierungen wie „absoluter Glücksfall“ (Int_15) oder auch „Glücksfall“ (Int_23) zum Ausdruck, mit denen tragende Akteure in ihrer Unverzichtbarkeit von anderen Gesprächspartnerinnen umschrieben wurden. Deutliche Worte fand der Vorstandsvorsitzende des Ladens in Linsburg: „Wenn wir diesen Vorstand nicht hätten, würde das Ding vor die Wand fahren.“ (Vorstandsmitglied des Dorfladen Linsburg w.V.; zitiert in Die Harke vom 01.03.19) Dass es

mitunter nicht nur auf einzelne Personen, sondern bisweilen nur auf *eine Person* ankommt, brachte eine Schapdettenerin zum Ausdruck:

> *„Das steht und fällt jetzt im Grunde mit einer Person, mit dem Herrn [Nachname], der einfach auch die Zeit mitbringt. Aber wenn der mal in den Sack haut, dann haben wir ein dickes Problem. (...) Und überhaupt für den Vorstand Leute zu finden, die das ehrenamtlich machen, ist fast unmöglich." (Int_8)*

6.3.2 „Haben uns da wirklich informiert, so müssen wir es machen, und darauf haben wir auch so ein bisschen aufgebaut" – zwischen außerörtlichen Orientierungen und Inwertsetzung innerörtlicher Kompetenzen

Die vier untersuchten Initiativen hatten in ihren Anlagen keinen rein experimentellen Charakter, sondern griffen als Orientierungshilfe auf andernorts bereits angelaufene bzw. umgesetzte genossenschaftliche Dorfladeninitiativen zurück. Diese lieferten Denkanstöße und wertvolles Know-how für die Umsetzung. Die Protagonistinnen wollten die Erfahrungen anderer Initiativen nutzen, um daraus erfolgsversprechende Muster zu identifizieren und diese anschließend auf das eigene Vorhaben zu projizieren. Welche genossenschaftlichen Dorfläden existieren bereits in der Region? Diese Frage setzte Suchprozesse in Gang, bei denen die Verantwortungsträger aller vier Initiativen fündig wurden. Durch ihren augenscheinlichen Erfolg entfalteten entsprechende Läden eine inspirierende Wirkung.

Im Vorfeld der Gründung der Dettener Dorfladen eG sind Vertreterinnen des nahegelegenen Dorfladens Welbergen „eingeladen worden, einfach um die Bürger für das Thema zu sensibilisieren. (…) Der Laden funktioniert ja auch und deswegen wollten wir auch positives Feedback von denen hören." (Int_8) Die Vorstellungskraft anzuregen beabsichtigten auch die Protagonisten in Scharfenstein/Venusberg. In der ersten Informationsveranstaltung zum Thema verwiesen die Initiatoren auf den genossenschaftlichen Laden im nahegelegenen Falkenau:

> *„Wir haben bloß das [Unser Laden Falkenau eG] als Beispiel mit genannt, dass es halt auch unweit von hier so ein Modell gibt, was sich auch trägt, und so weiter und so fort. Also dass die Leute auch sahen, das ist keine Erfindung von uns und die versuchen jetzt irgendwo mal was zu versuchen, sondern dass man sagt: ‚Das ist nichts Neues, sondern das trägt sich halt auch andernorts so.'" (Int_15)*

Die Linsburger gingen noch einen Schritt weiter. Sie besuchten gleich mehrfach mit einer ganzen Abordnung den nahegelegenen Dorfladen in Otersen:

> *„Da sind wir mit einer Gruppe, einer kleineren Gruppe da gewesen, dann später ja mit einem ganzen Bus hingefahren. Ja, die Leute müssen was sehen (...) und erstmal einen Eindruck bekommen. Die haben ja immer gesagt: ‚Der Dorfladen läuft nicht und das hat keinen Zweck.' Und als wir mit dem Bus hingefahren sind, die Leute gesehen haben, was das für ein Laden war, wie die Verkaufsstrategie da war und alles, ja, da sind dann doch schon welche da, die sagen: ‚Ja, so einen Laden können wir uns schon vorstellen und da einkaufen.'" (Int_12)*

Neben der inspirierenden Wirkung erwiesen sich die besuchten Dorfläden als reiche Informationsquellen. Vom Dorfladen Otersen erhielten die Linsburger „viele Anregungen" (Int_1). Den Genossinnen in Scharfenstein/Venusberg hat der Falkenauer Laden *sehr geholfen*:

> *„Was uns aber auch sehr geholfen hat, war der Kontakt mit dem Falkenauer Laden. Also wir waren auch in engem Kontakt mit dem Laden in Falkenau. Das hat natürlich sehr geholfen, über gewisse Erststolpersteine hinwegzugehen oder auch erste Kontakte zu knüpfen, auch was die Händlersuche angeht. (...) Also er hat uns wirklich hilfreiche Tipps gegeben und er hat uns auch Kontakte einfach gegeben, die es uns einfacher gemacht haben, dann loszugehen und in bestimmte Richtungen zu starten. Also wie das Kassensystem zum Beispiel, das haben wir halt vom gleichen Hersteller." (Int_6)*

Die Schapdettener Initiatoren besuchten den Dorfladen Welbergen mehrere Male. Sie hatten sich „da wirklich informiert", daraus geschlussfolgert, „so müssen wir es machen", und darauf „auch so ein bisschen aufgebaut" (Int_7). Von dort „kamen ganz viele Informationen, auch (…) ganz unmittelbar sachdienliche Hinweise" (Int_18). Ein Linsburger schilderte:

> *„Wir haben mehrere Dorfläden besucht, stehen auch in Kontakt mit anderen, weil wir einfach von den Erfahrungen der anderen Dorfläden so ein bisschen profitieren wollen. Das haben die alles schon durchexerziert. Warum sollen wir das jetzt alles nochmal machen, wenn die sagen: ‚Mensch, wir haben das und das schon gemacht, das hat sich bewährt.'" (Int_4)*

Deutlich wurde, dass es bei diesen Betrachtungen in erster Linie um eine Orientierungshilfe ging, um anderswo Erprobtes in die Strukturierung der eigenen Arbeit einzubeziehen. Keinesfalls kam dies einer Erwartungshaltung gleich, von den Initiatorinnen andernorts eine vorgefertigte Schablone gereicht zu bekommen, die man nur noch auf das eigene Dorf aufsetzen bräuchte.

Neben der Absorption und Nutzbarmachung von Wissen, das andere Dorfläden in der Region bereitstellten, griffen die Initiativen in unterschiedlichem Maße auf Wissensvermittlung durch professionelle Berater zurück. Die Verantwortungsträgerinnen in Scharfenstein/Venusberg, Schapdetten und Alerheim nahmen in der Vorgründungsphase fachlichen Beistand durch Genossenschaftsverbände in Anspruch. Diese halfen, als es bspw. um rechtliche Fragen rund um die Satzung ging. In Linsburg und Schapdetten beauftragten die Initiatoren einen (und denselben) externen Berater, der in der Vorgründungsphase Informationen reichte und vor allem im Zuge der Informationsveranstaltungen Mut machte. Eine Linsburgerin sprach davon, dass dieser Berater „Ängste genommen" hatte (Int_10). An anderer Stelle wurde näher auf sein Wirken eingegangen. So sei er …

> *„(...) auch entscheidend gewesen am Anfang. Wenn sich da [Vorname] oder [Vorname] oder ein [Vorname] hingestellt hätten und hätten gesagt: ‚Wir müssen jetzt hier einen Dorfladen machen.' Da hätten 100 Leute im Saal gesagt, oder nicht 100, aber 30, die hätten gesagt: ‚Hier der Idiot, was will der mir sagen?' Aber wenn hier einer kommt aus Bayern, der sagt: ‚Ich habe schon 150 Läden mitgegründet und ich kann ihnen sagen, das läuft hier', dann sagen die Leute erstmal: ‚Ja, okay, wenn der das sagt.' (...) Er pflanzt die Kartoffeln ein." (Int_2)*

Im konkreten Fall hat er allerdings nicht nur die *Kartoffeln eingepflanzt*, sondern reichte auch konkrete Instruktionen zum Gedeihen: „Dann war der auch mal hier zu einem Workshop, ist durch die Arbeitsgruppen gegangen, hat die da beraten, sodass die alle, sagen wir mal, auf die richtige Schiene gesetzt wurden, fachlich jetzt." (Int_1)

Für alle vier Fälle gilt: Die professionelle Beratung erfolgte im Wesentlichen in der Vorgründungsphase. Auf eine eingehende Beratung nach der Gründung wurde weitgehend verzichtet.

Dies war nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die Initiativen selbst keine umfassenden finanziellen Mittel bereitstellen konnten, um entsprechende Beratungsleistungen einzukaufen. In den Gesprächen klang immer wieder an, dass man gern darauf zurückgegriffen hätte, gerade als es um Fragen betriebswirtschaftlicher Stabilität und die Verhandlungen mit potenziellen Lieferanten ging. Ein Linsburger etwa sagte: „Es wäre schöner [gewesen], wenn man da Hilfestellung hat." So musste, was wiederum ein Akteur in Scharfenstein/Venusberg kundtat, auf „viel gefährliches Halbwissen" (Int_6) in den eigenen Reihen zurückgegriffen werden. Es galt, das relativ unpräzise Wissen über die Lebensmittelbranche und die Fertigkeiten sowie Kompetenzen der Menschen im Ort zu kombinieren, um den Mangel an ökonomischem Kapital zu kompensieren und für den Aufbau der Organisationen produktiv in Wert zu setzen. Ein Mitinitiator in Linsburg berichtete:

> *„Wir haben gesagt: ‚Wir haben da eine Idee, aber sonst haben wir gar nichts.' Und alles andere möchten wir eigentlich mit dem Fachwissen und der Kompetenz von den Leuten, die da mitmachen wollen, [umsetzen]." (Int_1)*

Die Linsburger standen also vor der Herausforderung, mit *gar nichts* zurechtzukommen. *Fachwissen* und *Kompetenzen* für das Vorhaben zu bündeln, erschien als kostenneutrale Möglichkeit, die eigenen Handlungsspielräume zu erweitern bzw. überhaupt erst handlungsfähig zu werden. Dies unterstreichen auch folgende Gesprächsauszüge:

> *„Also wir haben eigentlich in jedem Bereich wen, der etwas kann, der da Ahnung hat, Lebenserfahrung, Verbindungen. Das ist aber das Wichtige an so einer ganzen Geschichte, total naiv kann man da nicht reingehen." (Int_3)*

> *„Also wir hatten da einen Spezialisten, der da bei dem [Unternehmen] ist, der hat da ein höheres Amt (...), der hat das mal alles ausgearbeitet. Außerdem haben wir einen Rechtsanwalt dabei, der diese Formen nebeneinander auch vergleichen kann. Also dieses Fachwissen müssen sie mitbringen. Wenn sie das mitbringen, haben sie große Vorteile." (Int_1)*

Grundsätzlich wurde deutlich, dass die Frage, inwieweit Wissen und Leistungen kostenfrei erschlossen werden konnten, in hohem Maße an persönliche Netzwerke gekoppelt war. Besonders prägnant schilderte dies ein Gesprächspartner in Schapdetten:

> *„Das [Helfen] war nachher ein Selbstläufer. Ich hatte nachher so viele Helfer, weil das hieß: ‚Oh, guck mal, der hat schon geholfen, der hat schon.' Wir haben sogar eine Firma gehabt, die hat Löcher geschnitten mit so Riesenmaschinen mit Staubsaugern. Das haben die kostenlos gemacht. Also die Unterstützung war sehr groß. (...) Also ich habe die Einzelnen angesprochen, weil ich sie ja alle kenne. Ich sagte mal: ‚Ich habe jetzt die Arbeit, wie sieht das aus?' ‚Ja, ja, sag mir mal Bescheid, ich bringe noch einen Kollegen mit, dann machen wir das hier, den ganzen Trockenbau und so weiter.' Das lief eigentlich sehr gut alles. (...) Nachher haben sich die Maler noch gemeldet. (...) Und ein Maurer kam, da war oben am Schornstein etwas kaputt. Da hat er gesagt: ‚Das mache ich aber jetzt', sagte er.' Ich sagte: ‚Komme ran.' Die wollten helfen, haben gemerkt: ‚Guck mal, der Nachbar, der hilft ja auch. Jetzt helfe ich aber auch, dass ich wenigstens ein bisschen was getan habe.'" (Int_7)*

Auf diese Weise konnten Ressourcen freigelegt werden, die anderen Personen verwehrt geblieben wären. Ähnliches äußerte ein Linsburger. So hing das Arrangieren von Hilfeleistungen „schon an wenigen einzelnen Personen. Die Beiden, die jetzt hier das Bauen organisieren, der

Bautrupp würde nicht arbeiten, wenn die Beiden nicht da wären.“ (Int_11) Wenngleich die potenziellen Helfer weitgehend bekannt waren, förderte das Hilfeersuchen mitunter auch Überraschendes und Ungeahntes zutage. Eine Linsburgerin gab zu erkennen: „Das ist erstaunlich, was sich in einem Dorf so verbirgt hinter den Menschen.“ (Int_5) Und eindrücklicher noch:

> *„Bei so einem Verfahren merken sie, wie viel Kompetenz sie in so einem Dorf haben, das haben sie vorher nicht gesehen. (…) Das war uns vorher nicht bewusst, dass wir so viele kompetente Leute hier im Dorf haben.“ (Int_1)*

Heterogene berufliche Kompetenzen konnten aus Zusammenhängen des Erwerbslebens herausgefiltert und das zugrunde liegende Wissen wie auch berufliche Kontakte für die Vorhaben nutzenstiftend aktiviert werden. Vielfältig waren demnach auch die unentgeltlichen Leistungen, die Bewohnerinnen und Genossen einbrachten, um beim Aufbau der Läden behilflich zu sein. Die Alerheimerinnen konnten „immer alles umsonst auch drucken“, da ein involvierter Unternehmer die Möglichkeit dazu einräumte und nebenher „extreme betriebswirtschaftliche Kenntnisse [mitbringt]“ (Int_22). In Scharfenstein/Venusberg konnten Einsparungen beim Kauf technischer Einrichtungen erzielt werden, da ein Genosse aus beruflichen Zusammenhängen heraus „halt richtig, richtig gute Rabatte herausholen konnte“ (Int_6). Eine Mitstreiterin stellte ihre Backkünste in den Dienst der Genossenschaft und bereicherte regelmäßig das Angebot an Backwaren um einen Lukullus, auch bekannt als ‚Kalter Hund‘. Und in Linsburg konnten im Zuge der Sanierungsarbeiten an der Ladenimmobilie „durch die Eigenleistungen der engagierten Helfer (…) erhebliche Kosten eingespart werden“ (tragender Akteur des Dorfladen Linsburg w.V.; zitiert in Blickpunkt vom 15.02.17). Neben dem unmittelbaren Nutzen für die Organisationen setzten die Kompetenzen der Mitstreiterinnen auch wechselseitige Lernprozesse in Gang. Das Voneinander-Lernen, wie bestimmte Dinge angegangen und Herausforderungen bewältigt werden können, brachte praktisches Wissen hervor, das wiederum für die Organisationen nutzenstiftend eingebracht wurde. Eine Gesprächspartnerin in Scharfenstein/Venusberg führte im Hinblick auf das gemeinsame Agieren aus, …

> *„(…) dass man so unwahrscheinlich viel auch voneinander lernen kann. Also ich sage das immer, gerade von dir [zu Gesprächspartner in der Runde] (..) oder auch von der [Vorname], die da ja auch schon viel mehr Erfahrung hat über jahrzehntelange Führungsarbeit, sag ich mal, da auch ganz viele Sachen zu lernen, die man dann auch gut wieder umsetzen kann. Und die halt dann auch ganz wichtig sind, wo dann auch alle Genossen ja sozusagen davon wieder profitieren können.“ (Int_6)*

6.3.3 „Nur diese Bindung hat letztendlich Erfolgsaussichten“ – Strategien zur Verankerung des Dorfladens als Gemeingut

In den Kreisen der Protagonistinnen herrschte ein ausgeprägtes Bewusstsein vor, dass eine umfassende Beteiligung möglichst vieler Bewohner unabdingbar wäre, um das Vorhaben auf ein breites Fundament zu stellen und damit dauerhaft wirtschaftlich tragfähig zu machen. Der Dorfladen sollte so mit Bedeutung aufgeladen werden, damit die Mitmenschen im Dorf ein Interesse zum Schaffen und zum späteren Erhalt des Geschaffenen entwickeln würden. Solche Absichten

– auch als „mentale Bindung“ (Int_6) artikuliert – waren dem vorliegenden Datenmaterial mannigfaltig zu entnehmen. Eine Auswahl ist in Tabelle 12 dargelegt.

Dorfladen Linsburg w.V.	„Wenn man das wirklich hinkriegt, dass die Bevölkerung das als ihren Laden ansieht.“ (Int_1)
Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG	„Es sollen ja alle mitgenommen werden.“ (Int_6) „Da waren wir uns relativ schnell einig, dass diese Bindung, nur diese Bindung hat letztendlich Erfolgsaussichten.“ (Int_15)
Dettener Dorfladen eG	„Der Laden wird dauerhaft bestehen, nicht durch Wettbewerb und Konkurrenz, sondern allein durch Identifikation.“ (Aufsichtsratsmitglied; zitiert in Westfälische Nachrichten vom 08.12.15)
Dorfladen Alerheim eG	„WIR ALLE. Jede/r Einzelne von uns kann zum Erfolg des Ladens beitragen. (…) Unser Dorfladen ist unser Gemeinschaftsprojekt.“ (OD4_8: 24; Hervorhebung im Original)

Tab. 12: Sprachliche Verweise auf Bindungsabsichten

Umgreifende Aussagen wie *die Bevölkerung* oder *ALLE* ließen eine Erwartungshaltung erkennen, dass ein Laden nicht nur von wenigen Bewohnerinnen getragen werden sollte, sondern ein Tragen *aller* im Ort angestrebt wurde. Das *Wir* sollte sich als Kern des Vorhabens etablieren. Wenn es nicht gelingen würde, den Laden als bedeutungsvolle Einrichtung des ganzen Dorfes zu verankern, bliebe er letztlich personengebunden und somit womöglich für weite Teile der Menschen vor Ort ein Fremdkörper. Ein Linsburger war der Überzeugung, dass „für die Zukunftsfähigkeit des Ladens das Ins-Boot-Nehmen der Bevölkerung [entscheidend ist]“ (Int_2). Im Folgenden werden die Bemühungen und Strategien offengelegt, die die federführenden Akteure aufbrachten, um die Vorhaben als Gemeingut zu prägen – und eben die Mitmenschen mit *ins Boot zu nehmen*.

Bindung über Geschäftsanteile

Eine nachhaltige Bindung würde in erster Linie über eine finanzielle Beteiligung mittels Geschäftsanteilen erwirkt werden können. Diese Annahme teilten alle vier Initiativen. In Scharfenstein/Venusberg hatten die Protagonistinnen vor dem Entschluss zur Gründung …

> *„(…) gesagt, wenn so und so viele Leute Mitglied werden in der Genossenschaft, dann gehen wir es an. Weil wir gesagt haben, nur wenn wir ein gewisses Potenzial haben an möglichen Kunden beziehungsweise an Mitgliedern, das sind unsere zukünftigen Kunden, dann lohnt es sich auch.“ (Int_15)*

Über die Höhe der zu entrichtenden finanziellen Beteiligung wurde in den Kreisen der Verantwortungsträger im Vorfeld der Gründungen umfassend diskutiert. Zwei Argumente standen sich gegenüber. Zum einen bestand der Wunsch, möglichst viele Bewohner als Mitglieder zu gewinnen. Es sollte auch Rücksicht auf Bewohnerinnen genommen werden, denen es finanziell weniger gut geht. Über die Erwägungen, die finanzielle Zutrittshürde möglichst niedrig zu halten, berichtete eine Gesprächspartnerin in Scharfenstein/Venusberg:

> *„50 Euro ist ja relativ niedrig. Aber es sind eben auch viele Rentner da gewesen, die gesagt haben, sie können da nicht so viel Geld investieren, und 50 Euro würden sie auf jeden Fall machen. (...) Wir hatten auch mal ursprünglich gedacht 200 Euro oder so. Es gibt hier noch so eine Energiegenossenschaft, da sind es 200. Das ist eben manchen zu viel gewesen und da haben wir dann gesagt 50 und die Leute können bis 20 Anteile kaufen." (Int_13)*

Auch in Alerheim herrschte der Anspruch vor, dass „die Einstiegsschranke sehr niedrig sein [sollte]" (Int_20), um auch Personen mit finanziellen Engpässen eine Mitgliedschaft zu ermöglichen. Die Linsburger richteten die Möglichkeit zur Ratenzahlung ein. So sollten …

> *„(...) möglichst viele Bürger mitmachen. Und je weniger der Anteil kostet, umso mehr kann ich mit ins Boot holen, auch die mit schwachem Einkommen. Wir bieten sogar Ratenzahlung an. Also wenn sie uns eine Kontoverbindung geben, da sagen wir: ‚Du kannst deine 125 Euro in zehn Raten zahlen.' Das sind dann 12,50 Euro pro Monat. Das kann sich jeder leisten." (Int_1)*

Demgegenüber standen Erwägungen, den Betrag höher anzusetzen, dem wiederum zwei Argumente zugrunde lagen. Erstens würde es der Organisation größere finanzielle Handlungsspielräume für die Anfangsinvestitionen eröffnen und sie unabhängiger gegenüber Fremdkapital machen. Und zweitens – und dieser Aspekt war ausschlaggebender – bestand ein Interesse an einer ‚Disziplinierung', die mit der Sorge der Bewohner um einen möglichen Verlust ihrer Geschäftseinlagen einhergehen würde. Je ausgeprägter eine solche Sorge wäre, so der Gedanke, desto größer wäre auch der Anreiz, später regelmäßig im Laden einzukaufen und damit einen kontinuierlichen Umsatz zu gewährleisten. Die Auffassung, dass Bindung auch über Verlustängste wirksam würde, machte etwa ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg deutlich. Ihm war es wichtig, „dass sich die Leute mit dem Laden identifizieren und sagen: ‚Das ist unser Geschäft und dort haben wir finanzielle Mittel investiert und daher wollen wir auch, dass dieses Geschäft bestehen bleibt.'" (Int_15) In Schapdetten, wo gleichermaßen rege über die Höhe der Genossenschaftsanteile diskutiert wurde, folgerten die tragenden Akteure in Kenntnis der Erfahrungen anderer Dorfladeninitiativen, dass ein höherer Betrag der zukunftssicherere Weg wäre:

> *„Es soll auch ein bisschen wehtun. (...) Das diszipliniert, später auch im Dorfladen einzukaufen. Andere Projekte sind gescheitert, weil die Anteile zu klein waren und die Leute, die mal eben gekauft haben, sich aber nicht wirklich mit dem Projekt verbunden fühlten." (Aufsichtsratsmitglied der Dettener Dorfladen eG; zitiert in Westfälische Nachrichten vom 07.09.13)*

Ohne eine finanzielle Bindung würde keine Disziplin zum regelmäßigen Einkauf erwachsen, so die Annahme. Der Gedanke, dass „alle auch möglichst viele Anteile haben, dass so diese innere Verpflichtung auch dazukommt" (Int_19) verfestigte sich demnach zu einer essentiellen Strategie.

Kommunikation und Etablierung verbindlicher Regeln

> *„Überlegen Sie gut, ob Sie bereit sind, konsequent im Dettener Dorfladen einzukaufen, damit der Laden wirtschaftlich läuft. Treffen Sie eine aufrichtige Entscheidung, damit die Arbeitsgruppe Nahversorgung sicher sein kann, dass Sie auf Ihre Unterstützung verlässlich zählen kann." (OD3_6)*

Mit diesen Worten richteten sich die Initiatoren des Dettener Dorfladens im Rahmen einer Informationsveranstaltung an die interessierten Bewohnerinnen. Die Bereitschaft, etablierte Konsumgewohnheiten abzulegen und sich zukünftig am Wohle des Ladens auszurichten (d.h. *konsequent im Dettener Dorfladen einzukaufen*), sollte *aufrichtig* erwogen werden. Ein artikulierter Wille sollte dabei nach Möglichkeit einem Versprechen gleichkommen. Nicht zuletzt wollten sich die tragenden Akteure damit absichern, dass sie nicht etwa Anstrengungen und persönliche Ressourcen aufbringen würden für eine Zukunftsinvestition, die im Dorf gar nicht oder nur halbherzig gewollt wäre. Ein solches Anhalten zur Selbstverpflichtung wurde mit teils eindringlichen Worten eines *Müssens* übermittelt (Abb. 29). In ähnlicher Deutlichkeit wurde in Linsburg darauf hingewiesen: „Das Projekt lebt oder stirbt mit den Linsburgern. Ohne deren aktive Unterstützung, und sei es nur dadurch, daß im Dorfladen eingekauft (…) wird, kann das Projekt nicht überleben.“ (OD1_13: 4) Zuverlässigkeit wurde langfristig angestrebt. Mitgliedschaft und Einkaufsverhalten zugunsten des Ladens sollten nicht permanent infrage gestellt werden, auch wenn möglicherweise nicht alles auf Anhieb fehlerfrei laufen würde. In Schapdetten wünschten sich die Protagonisten eine langfristige *Solidarität*:

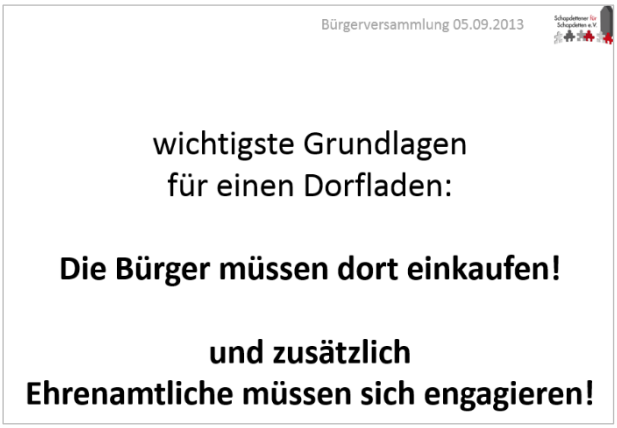


Abb. 29: Vermittelte Voraussetzungen für die Lebensfähigkeit des Dettener Dorfladens (OD3_7: 29)

> *„Wir wünschen uns von den Schapdettenern, dass sie ihren Dorfladen stützen und stärken. Und dass sie, wenn mal das eine oder andere nicht sofort rund läuft, mit der gleichen Solidarität zu ihm halten wie jetzt in der Gründungsphase.“ (Mitinitiator des Dettener Dorfladens; zitiert in Westfälische Nachrichten vom 10.10.13)*

In Scharfenstein/Venusberg wurde in einer Informationsveranstaltung an die Bewohnerinnen gerichtet: „Das Geschäft kann existieren, wenn die Leute regelmäßig zum Einkaufen kommen." (Mitinitiator der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg; zitiert in Freie Presse vom 17.10.15) Und in Linsburg wurde den künftigen Mitgliedern nahegelegt, …

> *„(…) da auch mal einen richtigen, vollständigen Einkauf zu machen. (…) Da muss man jetzt darauf achten (…), dass das also auf keinen Fall so ist, dass die Leute da nur hinfahren, wenn sie eine Packung Puddingpulver brauchen oder so.“ (Int_5)*

Bestenfalls würde sich der Laden zeitnah selbstverständlich in die Alltagswelt der Bewohner einfügen, sodass er schließlich gar nicht mehr als Besonderheit wahrgenommen würde. In jedem Falle sollte die Nutzung des Angebotes keine wiederholte Ansprache nötig haben.

Entgegen dieser Ambition zeigte sich den federführenden Akteuren, dass immer wieder Anstrengungen erforderlich waren, den Mitgliedern die Verbindlichkeit dieser Nutzungsregeln vor Augen zu führen. Schapdettener beklagten vier Jahre nach Eröffnung des Ladens, dass „man (..) die Leute immer wieder wachrütteln, aufmerksam machen, (…) ermahnen [muss]“ (Int_8).

Eine Gesprächspartnerin sah sich wiederkehrend dazu veranlasst, sich mit eindringlichen Worten an die Mitglieder zu richten:

> *„Wir alle sitzen in einem Boot, das ist unser Laden. Das sagen wir auch immer vom Vorstand: ‚Das ist nicht mein Laden, das ist unser Laden. Wenn ihr wollt, dass der läuft, dann müsst ihr hier einkaufen kommen.'" (Int_7)*

Ein anderer Gesprächspartner nahm wahr, dass „man vonseiten der Bevölkerung [oft meint], das ist ein Selbstläufer, man muss nicht unbedingt, wir sind ja hier in Schapdetten und jetzt haben wir den Dorfladen, dann läuft alles" (Int_19). Aufgrund solcher Fehleinschätzungen sah er sich wiederholt dazu angehalten zu *appellieren*: „Da kann ich immer nur wieder appellieren, es ist auch euer Laden" und daran zu erinnern, dass es „ganz wichtig [ist], was irgend geht, sollte man schon hier holen" (Int_19). Als wichtiges Forum für solche Appelle etablierten sich die jährlichen Mitgliederversammlungen. In Schapdetten …

> *„(…) kriegen sie gesagt: ‚Leute, wenn ihr den Laden halten wollt, dann müsst ihr kaufen, kaufen, kaufen.' Und dann rennen die uns den [Laden] direkt wieder ein [lacht]. (…) Das konnte man direkt im nächsten Monat an den Umsätzen erkennen, dass sich alle wieder am Riemen gerissen haben." (Int_8)*

Wieder am Riemen gerissen haben sich auch die Mitglieder der Dorfladen Alerheim eG, nachdem das erste Geschäftsjahr ein Minus gebracht hatte und die verantwortungstragenden Akteure ihren Unmut darüber äußerten: „Also so geht es nicht weiter. So trägt es sich nicht. Und dann war wieder ein Umdenken da." (Int_21) In Scharfenstein/Venusberg führte eine Gesprächspartnerin über die Notwendigkeit solcher Ansprachen und die darauffolgenden beipflichtenden Reaktionen aus:

> *„Und wir haben das auch den Mitgliedern klipp und klar gesagt, weil man das muss, dass wir im Moment noch im Minus sind. Und die Mitglieder haften ja alle mit ihrem Gesellschaftsanteil, den können sie verlieren. (…) Und das muss man schon den Mitgliedern richtig sagen, dass das nicht geht, also dass die mehr einkaufen müssen, damit wir hier eine schwarze Null schreiben. (…) Es hat auch keiner dort rumgemeckert, oder wie man so schön sagt, sondern die haben sich das alle angehört. Und wir haben dann wirklich gemerkt, dass die nächsten zwei Wochen (…) der Umsatz doch gestiegen ist." (Int_13)*[80]

Mitbestimmung über Ladeninhalte

Den federführenden Akteuren war daran gelegen, nicht etwa bestimmte Waren und Leistungen vorzusetzen, sondern mit den Bewohnern und Mitgliedern über das Gewünschte in Austausch zu treten. Ausgehend von diesem Anliegen wurde in Linsburg …

> *„(…) relativ früh eine Bürgerbefragung durchgeführt (…). Da ging es unter anderem auch darum: ‚Soll der Dorfladen ein Internetcafé haben?' (…) Das wurde also nicht gewünscht. (…) Die wollten das nicht, war kein Bedarf, also lassen wir es. Und so beeinflusst man sich gegenseitig. Wir versuchen den Bedarf zu ertasten. Aber da müssen wir mal gucken, die ein oder andere tolle Idee wird nicht funktionieren, weil sie einfach nicht benötigt wird. Dann schaffen wir es wieder ab." (Int_1)*

[80] Im Nachsatz verwies die Gesprächspartnerin allerdings darauf, dass die Umsätze im Folgemonat wieder auf das alte (defizitäre) Niveau zurückgefallen waren. Sie schloss daraus, dass solche Ansprachen nur kurzfristig wirken würden.

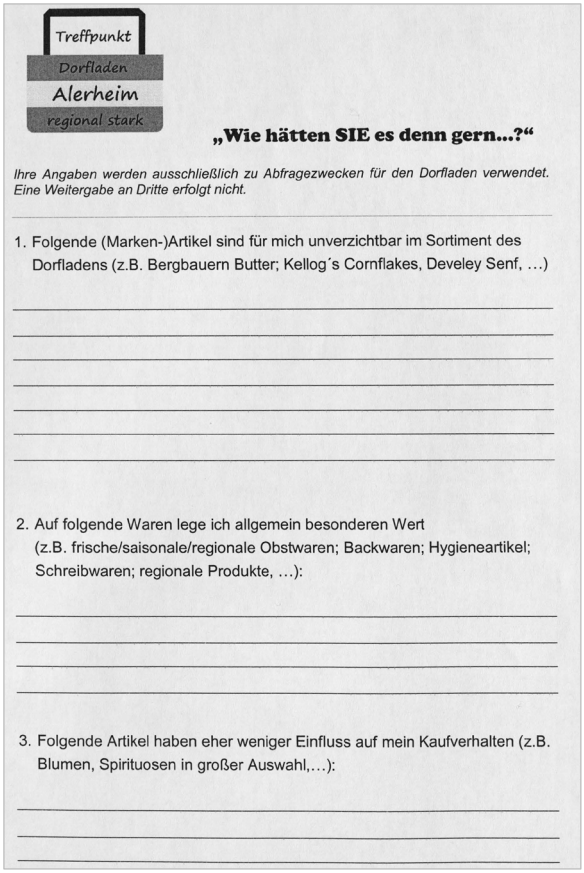
In Scharfenstein/Venusberg wurde den Mitgliedern „die Möglichkeit [eröffnet], (…) dass sie Vorschläge und Wünsche mit abgeben können“ (Int_13). In Schapdetten wurde hierfür eine *Wunschbox* eingerichtet:

> *„Ein Anspruch des Dorfladens ist die Kundenorientierung. Diesem Zweck dient auch die Wunschbox, in die die Kunden ihre Wünsche hineingeben können. Am Wochenende habe man die weit über hundert ‚Wunschzettel‘ ausgewertet. ‚Natürlich können wir nicht alles erfüllen, aber gerade Artikel, die mehrfach nachgefragt worden sind, versuchen wir in unser Sortiment aufzunehmen.‘“ (federführende Akteurin des Dettener Dorfladens; zitiert in Westfälische Nachrichten vom 12.03.14)*

Neben solchen schriftlichen Äußerungen war auch die direkte Ansprache des Verkaufspersonals möglich, um auf Gewünschtes hinzuweisen. Darauf ging eine Alerheimerin ein:

> *„(…) und dass dann einfach klar war: ‚Leute, beteiligt euch.‘ Das ist nämlich der Vorteil an einem genossenschaftlichen Dorfladen. Das ist auch jetzt so, wenn Kinder kommen: ‚Den Kaugummi hätte ich gerne‘, dann kann man zu [der Ladenleiterin] gehen, (…) die bestellt den dann. Und das war uns immer so wichtig rüberzubringen: ‚Das ist euer Laden, beteiligt euch. Es gibt keinen Grund, warum ihr nochmal woanders hinfahrt. Wenn ihr ein Produkt wollt, sagt es.‘ Man wird versuchen, das herzubringen. Wenn es läuft, lässt man es im Sortiment, und wenn die Abnahme gut ist, dann kann man das beibehalten. Das war so dieses, sie an den Laden zu binden durch die Produkte, die sie sich wünschen.“ (Int_20)*

Eine breite Mitbestimmung hatte, so machten einige Gesprächspartner deutlich, nicht zuletzt einen strategischen Zweck. Ein gemeinsamer Laden könnte nur Akzeptanz erfahren, wenn er die Bedarfe der Adressatinnen umfassend berücksichtigen würde. In Linsburg wurde dazu festgehalten: „Ein Erfolg der Idee hängt jetzt davon ab, ein für die Mehrheit der Linsburger attraktives Angebot zu schnüren.“ (OD1_9: 3)


Treffpunkt
Dorfladen
Alerheim
regional stark

„Wie hätten SIE es denn gern...?“

Ihre Angaben werden ausschließlich zu Abfragezwecken für den Dorfladen verwendet. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht.

1. Folgende (Marken-)Artikel sind für mich unverzichtbar im Sortiment des Dorfladens (z.B. Bergbauern Butter; Kellog´s Cornflakes, Develey Senf, …)

2. Auf folgende Waren lege ich allgemein besonderen Wert (z.B. frische/saisonale/regionale Obstwaren; Backwaren; Hygieneartikel; Schreibwaren; regionale Produkte, …):

3. Folgende Artikel haben eher weniger Einfluss auf mein Kaufverhalten (z.B. Blumen, Spirituosen in großer Auswahl,…):

Abb. 30: Bürgerbefragung in Alerheim (OD4_9)

Das Einräumen von Mitbestimmungsmöglichkeiten zugunsten einer stärkeren Bindung barg Komplikationen. Die zur Mitbestimmung Aufgerufenen waren uneins darüber, was der Laden leisten sollte. Die federführenden Akteure in Schapdetten wurden im Vorfeld der Gründung vonseiten der Bewohner mit ausschweifenden Erwartungen konfrontiert: „Da hieß es, ihr müsst so billig sein wie ein Discounter, aber einen Service haben wie ein Feinkostladen. Wo wir schon gesagt haben: ‚Oje, oje, wie wird das wohl werden?‘“ (Int_7) Das Zusammenlaufen divergierender Ansprüche bis hin zu unrealistischen Erwartungen führten in Linsburg zu der Einsicht, dass „man (..) nicht alle Wünsche realisieren [kann]“ (Int_13). Die Unvereinbarkeit

zwischen Gewünschtem einerseits und tatsächlich Leistbarem andererseits hielt Konfliktpotenzial bereit. Ein Schapdettener vernahm *Riesenerwartungen*:

> *„Es sind Riesenerwartungen auch da, also auch vonseiten der Bevölkerung. Da muss man immer gucken, was kann man erfüllen. Und man muss auch aufpassen, dass man der Bevölkerung nicht zu viel verspricht oder in Aussicht stellt, was man nachher nicht erfüllen kann. Ja, man muss realistisch bleiben." (Int_19)*

Das Wecken falscher Erwartungen und das Nicht-Erfüllen unrealistischer Wünsche barg die Gefahr von Enttäuschungen – verbunden mit dem Risiko, dass die Enttäuschten wieder in Abstand zum Laden treten und in angestammte Verhaltensmuster (des Einkaufens in Supermärkten/Discountern) zurückfallen würden. Für die federführenden Akteure waren die widerstrebenden Ansprüche nicht immer reibungsfrei miteinander zu vereinbaren. Wissend um die Notwendigkeit, ein attraktives Angebot zusammenstellen zu müssen, versuchten sie, den Wünschen aller (potenziellen) Mitglieder bestmöglich Rechnung zu tragen und die divergierenden Ansprüche *irgendwie* in Einklang zu bringen. Eine Alerheimerin führte aus:

> *„Also es war mehr so die Ideenliste, die haben wir irgendwie abgearbeitet. Da hatten wir alles gemacht, was irgendwie möglich war. Also wir haben in dieser Startphase nicht wirklich ausgewählt, ja, machen wir, machen wir nicht (...), sondern wir haben im Prinzip alles gemacht (...)." (Int_9)*

Grundsätzlich mangelte es keinesfalls an Ideen, mit welchen zusätzlichen Angeboten und Leistungen ein Dorfladen ausgerüstet werden könnte. Die weitreichenden Ambitionen mussten die federführenden Akteure letztlich bedienen, um nachhaltig Akzeptanz zu schaffen (dazu weiterführend Kapitel 6.4.1).

Verankerung über Symboliken und Präsenz im Alltag

Die Ergebnisse des gemeinsam Geleisteten sollten deutlich als solche sichtbar gemacht werden und die Sinne ansprechen. Alle vier Initiativen entwickelten eigene Logos als Markenzeichen mit Wiedererkennungswert, aus denen die spezifische Charakteristik hervorgehen sollte. In Linsburg beriefen die Protagonisten eigens einen Wettbewerb ein – mit dem Aufruf, den Logoentwurf mit einem *Bezug zu Linsburg und Umgebung* zu versehen:

> *„Wir suchen ein Logo für unseren ‚Dorfladen'. Die besten Ideen in Form von Bildern (gemalt, gezeichnet, fotografiert, etc.), aber auch Ideen für einen individuellen Namen unseres Dorfladens. Schön wäre, wenn ein Bezug zu Linsburg und Umgebung bestehen würde. ALLE, die kreativ und künstlerisch begabt sind, können mitmachen. Die besten Vorschläge (...) können von allen Linsburger/innen, die Lust haben, sich zu beteiligen, ausgewählt werden." (OD1_27b; Hervorhebung im Original)*

Vorschläge wurden von Bewohnerinnen entworfen und unter ihnen zur Diskussion gestellt – so auch in Alerheim (Abb. 31). Je stärker das Geschaffene unter einem nach außen sichtbaren Dach zusammengeführt werden würde, so das Ansinnen, umso mehr könnte darüber auch die Identifikation mit dem Laden angeregt werden. Solche symbolischen Markierungen wurden mit unterschiedlicher Intensität betrieben. Besondere Anstrengungen unternahmen die Linsburger. Sie gestalteten Sticker: „Jedes Mitglied hat die ja gekriegt, die kann man sich ja auch ankleben,

so zum signalisieren: ‚Ich mache da mit.'" (Int_4) Moderne Marketingstrategien, der Aufbau einer „Corporate Identity" (Int_4) inklusive, wurden angewandt, um den Spezifika Ausdruck zu verleihen. Solche Anstrengungen schlossen an Überlegungen an, wie die Läden im Bewusstsein der Bewohnerinnen verankert werden könnten. Die Initiativen zeigten Präsenz, sei es durch Werbung an umliegenden Wegen (in Scharfenstein) oder durch die Bekanntgabe aktueller Informationen öffentlichkeitswirksam in Aushängekästen im Ortszentrum (in Linsburg). Ohne ein gewisses Maß an Präsenz sahen sich die Initiativen der Gefahr ausgesetzt, nicht genügend wahrgenommen zu werden oder gar in Vergessenheit zu geraten.[81]

Abb. 31: Logoentwürfe für den Dorfladen Alerheim (OD4_8)

Darüber hinaus unternahmen die Protagonisten weitreichende Anstrengungen, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen Aufmerksamkeit zu erzeugen. In Linsburg erweckte die Arbeitsgruppe Marketing bei Veranstaltungen und Feierlichkeiten im Ort Interesse für den Laden:

> *„Wir haben also unheimlich gepowert. Wir haben Veranstaltungen [gemacht], auf dem Flohmarkt waren wir mit einem Stand, dass wir immer präsent waren mit unseren Infos. Wir haben eine Tombola gemacht, wo wir einen Anteil dann wieder umgesetzt haben als Gewinn." (Int_4)*

Ganz konkret als „Werbemaßnahmen" umschrieb dazu ein Gesprächspartner: „Jedes Mal, wenn ein anderer Verein irgendwas veranstaltet, beteiligen wir uns daran in Form eines Standes und da gibt es diese ganzen Infomaterialien." (Int_1) Ähnliche Strategien wurden auch in Schapdetten umgesetzt, um das Vorhaben in das örtliche Sozialleben einzubinden. Der federführende Kreis hat „in den Jahren immer auch vor allen Dingen versucht, Interesse zu wecken hier im Dorf, bei jeder Vereinsfeier oder (…) auch im Bekanntenkreis, immer wieder hat man versucht, die Idee weiter nach vorne zu bringen" (Int_19). In der Vorgründungsphase gab es …

> *„(…) keinen Geburtstag im Ort und kein Nachbarschaftstreffen, wo das nicht Thema war, wo das nicht diskutiert worden ist. Es war dann wirklich eine Zeit lang in aller Munde: ‚Läuft das? Läuft das nicht?' Also wurde wirklich diskutiert hier. Es gab kein anderes Thema mehr, glaube ich, über Wochen." (Int_8)*

Im Zuge der „Öffentlichkeitsarbeit" (Akteur der Dettener Dorfladen eG; zitiert in Allgemeine Zeitung vom 27.03.14) kamen darüber hinaus moderne Kommunikationstechnologien zum Einsatz. Online-Präsenz ergänzte Offline-Präsenz. Alle vier Initiativen schalteten eigene Websei-

[81] Für die Akteure in Scharfenstein/Venusberg bestand die Problematik, den Laden nicht augenscheinlicher markieren zu können: „Der Laden ist ein bisschen unglücklich, der wird nicht richtig wahrgenommen, wenn sie von außen kommen, von hinten vom Parkplatz, da ist zwar das Schild Essbahnhof, aber es konnte nicht auffälliger gemacht werden. Das Ding steht unter Denkmalschutz, da gibt es Auflagen." (Int_16)

ten und Facebook-Auftritte, um (bereits gewonnene wie auch potenzielle) Mitglieder über aktuelle Entwicklungen zu informieren und sich im medialen Alltag der Bewohnerinnen zu zeigen. All jene, die man im Alltag nicht (mehr) zu Gesicht bekam und die es gewohnt waren, ihre Informationen über das Internet zu beziehen, sollten als Zielgruppe angesprochen werden. In Linsburg wurde noch vor Ladeneröffnung „die Erstellung einer Facebook-Präsenz (…) geprüft, um insbesondere das jüngere Publikum erreichen zu können" (OD1_27c).[82] Ein Interviewpartner in Schapdetten führte im Hinblick auf die Bewandtnis öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen aus: „Man bleibt eben in den Köpfen der Mitbürger, dass der Dorfladen da ist, das ist ganz wichtig." (Int_19)

6.3.4 „Nur dann gibt es Hardliner, die dagegen sind" – Agieren gegen Widerstände

Wie im vorangegangenen Teilkapitel dargelegt, unternahmen die Protagonistinnen umfassende Anstrengungen, um möglichst viele Bewohnerinnen hinter den Vorhaben zu vereinen. Allerdings griff alsbald die Erkenntnis um, dass bei weitem nicht alle Bewohner einem genossenschaftlichen Dorfladen offen gegenüberstanden und für eine Mitgliedschaft zu mobilisieren waren. Die Projekte polarisierten und stießen auf Widerstände. Anhand der Aussagen der Protagonistinnen ließen sich drei Widerstandsmuster ausmachen. Die erste Gruppe Verweigerer umschloss Personen, die die Notwendigkeit für einen Dorfladen nicht erkannten. Sie empfanden eine solche Einrichtung als unnötig und wollten sich nicht dazu anregen lassen, ihre Einkaufsroutinen zugunsten eines Dorfladens wieder nach innen zu orientieren. In Schapdetten wurde „am Anfang (…) viel geredet: ‚Was brauchen wir das?'" (Int_8) In Scharfenstein/Venusberg leben „welche, die klipp und klar sagen: ‚Nö, wir fahren mit dem Auto sowieso und wir kaufen da [im Dorfladen] nicht ein.'" (Int_13) In Linsburg „gibt es wieder andere, die sind ganz nach außen gerichtet" (Int_2). Und in Alerheim wohnen …

> *„(…) schon einige, die sagen: ‚Du, ich habe schon immer woanders eingekauft. Ich sehe das nicht ein, wieso ich im Dorfladen einkaufen soll, wenn es mehr kostet.' Oder die, die woanders arbeiten, sagen: ‚Du, wieso soll ich mir hier einen Mehraufwand machen und schauen, dass ich zu den knappen Öffnungszeiten hier bei euch noch antanze?'" (Int_20)*

Der Aufruf, sich zukünftig wieder nach innen auszurichten, stieß unter nach außen orientierten Bewohnerinnen nicht immer auf offene Ohren. Insbesondere Bewohnerinnen, die außerorts ihrer Erwerbsarbeit nachgingen, attestierten Gesprächspartner häufig ein geringes Interesse bis hin zu einer allgemeinen Gleichgültigkeit. Ein Linsburger sah das *Zurückholen* als eine der größten *Schwierigkeiten*:

> *„Ich muss natürlich die Kunden wieder zurückholen, denn sie sind ja gezwungen, sich umzuorientieren. Und es ist auch eine Gewohnheit dann geworden. Und jetzt muss ich die wieder zurückholen, das ist die Schwierigkeit dabei." (Int_12)*

[82] Die Facebook-Auftritte fungierten als wichtige Kanäle, um über Neuigkeiten, anstehende Veranstaltungen und besondere Angebote zu informieren. Am 09.05.19 hatte der Dorfladen Linsburg 376, der Dettener Dorfladen 242 und der Dorfladen Alerheim 201 Follower. Die Facebook-Auftritte der Bürgerläden Scharfenstein und Venusberg wurden nach der Insolvenz der Genossenschaft gelöscht.

In Scharfenstein/Venusberg leben viele Menschen, …

> *„(…) die in Chemnitz arbeiten. Die fahren auf dem Hinweg oder auf dem Heimweg an drei Supermärkten vorbei. Es ist natürlich verständlich, dass die dann auch da anhalten, ihren Wocheneinkauf machen und dann nach Hause fahren. Die sind auf diesen kleinen Laden nicht so angewiesen." (Int_15)*

Als zweite Gruppe kamen Personen zur Sprache, die Zweifel an der wirtschaftlichen Tragfähigkeit eines genossenschaftlichen Dorfladens hegten. „Viele haben ja überhaupt gezweifelt, dass wir das auf die Beine stellen" (Int_15) führte ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg aus und konkretisierte:

> *„Und dann hat man schon gemerkt, also auch im Gespräch mit den Bürgern oder auch im Gespräch mit den Unternehmern, dass ein Großteil auch sehr skeptisch diesem Modell gegenübersteht. Na ja, unter dem Motto, das wird doch eh nichts und so weiter und so fort." (Int_15)*[83]

Die Distanz zum nächsten Nahversorger wäre nach Auffassung einiger skeptischer Stimmen nicht groß genug, dass daraus eine aufrichtige und beständige Bereitschaft, zukünftig im Dorfladen einzukaufen, erwachsen könne. Bestehende Einrichtungen würden unabwendbar als Konkurrenz fortbestehen und somit die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Ladens unterhöhlen:

> *„Es haben ja so viele Bedenken, dass das nicht funktioniert, weil ja in Husum der Edeka ist, sind ja fünf Kilometer von hier, in Langendamm, das sind fünf Kilometer von hier, ist der NP-Markt. Und darum haben wir ja so viele Zweifler." (Int_10)* [84]

Als dritte Gruppe wurden Personenkreise ausgemacht, die in Anbetracht infrastruktureller Ausfallerscheinungen in der Vergangenheit den Glauben und das Vorstellungsvermögen verloren hatten, dass etwas Neues zum Erfolg geführt werden könnte. Immer wieder schilderten Gesprächspartner, dass insbesondere ältere, langjährig im Ort lebende Bewohnerinnen den Vorhaben skeptisch bis mutlos gegenüberstanden. Einige führten dies auf deren Erfahrungsschatz zurück, wonach sie in der Vergangenheit vielfach miterleben mussten, wie Einrichtungen schrittweise aufgegeben oder abgezogen worden sind. Resignation und ein Klima tiefer Verunsicherung waren die Folge. Ein Gesprächspartner in Linsburg schilderte seine Wahrnehmung eindrücklich:

---

[83] Zweifel kamen nicht nur bei Bewohnern und Unternehmerinnen auf, sondern ließen sich auch in einigen Aussagen federführender Akteure identifizieren, z.B.: „Und da ist natürlich bei einigen wirklich auch dabei die große Skepsis, die ich ja auch am Anfang hatte: Kann das mit den Zahlen überhaupt funktionieren? Trägt sich das überhaupt?" (Int_11) Ein anderer Gesprächspartner äußerte, dass er zwar Zweifel hegte, diese allerdings für sich behielt: „Ich habe mich dann zurückgehalten. Ich hatte einige Bedenken in der Finanzierung. Ich habe aber gesagt, hier [in einer Informationsveranstaltung zum Thema] stehst du nicht auf und sagst: ‚Warum habt ihr das, und das, und das?' Das habe ich einfach nicht gemacht. Das gehört sich nicht. (…) Also mir war das damals schon zu optimistisch." (Int_14)

[84] Mitunter kam zur Sprache, dass auch Skeptiker trotz ihrer Zweifel Geschäftsanteile gezeichnet haben, z.B.: „Der [Skeptiker] hat so sinngemäß gesagt: ‚Also ich glaube nicht daran, dass das funktioniert. Ich habe es selbst noch einmal nachgerechnet und ich komme auf keinen grünen Zweig. Ich wünsche euch aber viel, viel Glück und zeichne zwei Anteile.'" (Int_6) In Linsburg bemerkte ein Gesprächspartner *Seltsames*: „Es ist immer das Seltsame, die sehr dagegen sind und argumentieren, ich kenne das von mehreren, dass die trotz alledem Anteile am Dorfladen gekauft haben." (Int_12)

> *„Nur dann gibt es Hardliner, die dagegen sind, und das ist übrigens auch eine spannende Erfahrung gewesen für mich. Die dagegen waren, waren eigentlich aus meiner Sicht die größten Nutznießer am Anfang, die älteren Teile der Bevölkerung. Da brauchte ich eine Zeit, bis ich gemerkt habe, was eigentlich bei den Leuten passiert. Wissen sie, die haben erlebt, wie die Post zugemacht hat, die haben erlebt, wie die Kneipen zugemacht haben, die haben erlebt, wie das Lebensmittelgeschäft zugemacht hat, die haben erlebt, wie alles weggegangen ist, wie die Banken weggegangen sind, drei, die wir hatten. Und jetzt kommen da diese jungen Leute und wollen uns erzählen, das können wir hier wieder einführen." (Int_1)*

Junge Leute mit ihren häufig außerdörflichen Vergangenheiten trafen auf Einheimische mit einem reichen Erfahrungsschatz, *wie alles weggegangen ist*. Das durch die *Neuen* eingebrachte *Neue* sorgte für Misstrauen und wirkte bisweilen bedrohlich. Zementierte Resistenzen gegenüber Neuem und Kräfte des Festhaltens am Bestehenden konnten in allen vier Fallbeispielen mehr (Linsburg, Schapdetten, Scharfenstein/Venusberg) oder weniger (Alerheim) beobachtet werden. Angesichts tiefsitzender Zweifel an der ökonomischen Standfestigkeit wurde den Gründerinnen des Dettener Dorfladens die Vernunft abgesprochen. Sie wurden *für bekloppt erklärt*:

> *„Wir wurden auch für bekloppt erklärt. Aber da gab es ja auch wirklich einige Diskussionen im Vorfeld: (...) ‚Ja, was wollen die? Jeder andere Laden macht zu und ihr wollt einen neuen öffnen?' (...) Und gerade die Alteingesessenen, die sind wirklich fest verkalkt." (Int_7)* [85]

Ähnliche Unmutsbekundungen schlugen auch den federführenden Akteuren in Scharfenstein/Venusberg entgegen. Eine Protagonistin vernahm, dass „viele eben auch im Ort gesagt haben: ‚Es wird sowieso nichts mit dem Laden, der hält sich nicht. Das siehst du doch bei den Bäckern, die bleiben auch nicht.'" (Int_17) Ein anderer Gesprächspartner vertiefte die Hintergründe des Zweifelns:

> *„(...) und man sieht es ja ganz oft, dass gerade die kleinen Einzelhändler immer wieder zumachen müssen, weil es sich halt nicht rentiert. Und dass man halt da ganz klar auch solche Leute dann hat, die sagen, ‚also ich glaube nicht, dass ihr das schafft', das ist ganz logisch." (Int_6)*

Ganz logische Zweifel an der ökonomischen Tragfähigkeit, befördert durch Misserfolge von Geschäftstätigkeiten in der Vergangenheit, wurden überlagert durch Kräfte des Festhaltens am Bestehenden. Ein Linsburger erkannte bei einigen Bewohnern eine „Angst vor der Veränderung" (Int_2), die es den Veränderungswilligen erschwerte, ein durch ihr Wirken hervorgerufenes Bedrohungsszenario zu entkräften und diffuse Ängste aufzubrechen. Auch in Scharfenstein/Venusberg konnten starke Kräfte des Bewahrens ausgemacht werden:

> *„Manche sind ja gegenüber allem Neuen oder so negativ eingestellt, also das ist ein großer Teil, die dann sagen: ‚Das bringt eh nichts und das wird nichts und so.' (...) Das ist ein großer Teil der Bevölkerung." (Int_16)*

Die Wortwahl, wie „ganz viele Zweifler und Neinsager und Querulanten und Besserwisser" (Int_1), die „ewigen Zweifler" (Int_8), „Miesmacher" (Int_14), „Erzgegner" (Int_2) oder auch

[85] Eine Schapdettenerin konnte entsprechende Widerstände auch bei anderen Initiativen beobachten: „Aber die so ein bisschen auf Protest aus sind, ich sag es jetzt einfach mal so, das sind die Alteingesessenen, das ist in anderen Orten auch so." (Int_7)

„Oberbedenkenträger“ (Int_1) sprachlich fixiert wurden, macht deutlich, dass die Anstrengungen, Mehrheiten für die Vorhaben zu gewinnen, Reibungen erzeugten. Die Initiativen waren Gegenstand zum Teil hitziger Debatten und polarisierten, oder wie ein Schapdettener anfänglich beobachtet hatte: „Das Dorf war echt gespalten.“ (Int_7) In Linsburg konnte eine Opposition ausgemacht werden. Gesprächspartner vernahmen „Kritiker“, die „meinen, sie müssen auch die Bevölkerung überzeugen, dass das nicht funktioniert“ (Int_1). Nach dem Dafürhalten eines Mitinitiators …

> *„(...) muss man knallhart sagen, das sind Leute, die haben sich positioniert gegen etwas und die warten nur darauf, dass in zwei Jahren irgendeiner kommt und sagt: ‚So, wir können nicht mehr.‘ Wenn wir Erfolg haben, dann werden die irgendeine Ausrede finden, warum das noch nicht pleite ist, aber das wird pleitegehen. Das ist eine Minderheit. Das ist dieses 80/20-Prinzip, das gilt also in jeder Sache. Das sind noch nicht einmal 20 Prozent, das sind einige Hardliner.“ (Int_2)*

Fundamentale Gegenpositionen, mit denen die Protagonisten ihre Anstrengungen torpediert sahen, sorgten im konkreten Fall für Konfrontation: „Heute geht das Mann gegen Mann in der Argumentation. Gestern Abend gab es wieder so eine Auseinandersetzung.“ (Int_1) Auch in Scharfenstein/Venusberg nahmen Widerständigkeiten eine beträchtliche Dynamik an. Kritikerinnen trugen ihre Bedenken offensiv nach außen. Die Rede war von „Zweifler[n], die das auch zum Teil ganz offen äußern“ (Int_6), was wiederum Aufrufe zur Mäßigung nach sich zog: „Mensch, das ist doch etwas, worauf wir stolz sein können und das müsst ihr doch nicht schlechtreden.“ (Int_15) In Linsburg sahen sich die Verantwortungsträger wiederholt dazu veranlasst, die Kritiker inständig zur Zurückhaltung zu mahnen, wie aus dem Protokoll einer Mitgliederversammlung hervorgeht:

> *„Vorsitzender (..) ergänzt: Bitte sprechen Sie den **Vorstand** an, wenn Sie Kritik an Entscheidungen und Vorgehensweisen haben. **Hinter dem Rücken der Verantwortlichen** Kritik und Unmut zu äußern, mag vielleicht der persönlichen Befriedigung dienen, führt aber nicht dazu, daß evtl. tatsächlich vorhandene Mängel abgestellt werden können. Darüberhinaus ist es nicht die Mission der wenigen Dorfladen-Gegner, aktiv und massiv gegen den Dorfladen zu agitieren.“ (OD1_19: 4; Hervorhebung im Original)*

Kritische Stimmen waren in dem Fall nicht durch Anonymität gekennzeichnet, sondern gingen von Personen aus, bei denen sich bereits im Vorfeld erahnen ließ, dass sie gegen das Vorhaben Position beziehen würden, da sie *immer am Rande der Dorfgemeinschaft* stehen:

> *„Also die Einzelpersonen, die mir da so bekannt sind, die sind wahrscheinlich immer gegen alles. (...) Wenn du den Querschnitt der Bevölkerung nimmst, hast du immer welche, die da halt jede Veränderung irgendwie negativ bewerten. (...) Natürlich sind da auch ein paar dabei, die in der Dorfgemeinschaft immer so am Rande stehen, die dann auch meckern.“ (Int_11)*

An anderer Stelle gaben Gesprächspartner tiefere Einblicke in hitzige Diskussionen über Sinn und Zweck eines Dorfladens:

> *„Also wir stehen da auch voll dahinter, das ist aber längst nicht bei allen so. Das zieht sich auch durch alle Altersgruppen. Also Jüngere und Freunde und Bekannte von uns, da haben wir auch welche dabei, die braucht man auf dieses Thema gar nicht anzusprechen. Weil dann geht das gleich los (...): ‚So etwas brauchen wir nicht, zu teuer, die haben sowieso nicht alles und ich fahre lieber nach Nienburg einkaufen.‘ Und wenn man das dann weiß, wer dagegen ist, also*

ich vermeide das Thema dann, weil ich bin völlig anderer Meinung. Das muss ich mir jetzt nicht antun, dass man sich dann immer wieder diese Sachen da anhören muss. Also es sind nicht alle aus dem Dorf dafür." (Int_5)

Inwieweit sollten Bewohner, losgelöst jeglicher Erwartung, frei darüber entscheiden können, sich für oder auch gegen eine Mitgliedschaft zu entscheiden? Diese Frage sorgte in den Kreisen der Verantwortungsträgerinnen für Diskussionsstoff. Auf der einen Seite bestanden Stimmen, die dem Gebot der Freiheit oberste Priorität einräumten. Eine Teilhabepflicht auszurufen oder Gefolgschaft zu provozieren, lag ihnen fern. So wurde immer wieder betont, dass auch dem Willen einer Nichtbeteiligung Akzeptanz entgegengebracht werden müsse: „Natürlich gibt es auch Ausnahmen [Personen, die nicht Mitglied werden], das ist dann so. Die müssen wir auch akzeptieren." (Int_2) Auch wenn niemand für seinen Entschluss zur Nicht-Mitgliedschaft diskreditiert werden sollte, forderte eine ausbleibende Beteiligung mitunter dennoch eine beharrliche Suche nach möglichen Gründen heraus. So gerieten Bewohnerinnen, „die dafür keinen Euro hergeben [wollen]", leicht in Verdacht, einen Mangel an Gemeinsinn zu haben und sich der allgemeinen Solidarität im Dorf zu entziehen. „Ich weiß nicht, ob das etwas mit fehlender Solidarität zu tun hat" (Int_11), hinterfragte zum Beispiel ein Linsburger. In Scharfenstein/Venusberg befand ein Gesprächspartner: „Das Schlimme ist, da sind eben welche dabei [die Kritik äußern und nicht Mitglied werden wollen], die mal im Gemeinderat waren und all sowas. Das ist eben das Schlimme." (Int_16)

Unterschiedliche Auffassungen herrschten in den Initiativen darüber, inwiefern sich der Wunsch nach einer breiten Beteiligung auch in einer offensiven Überzeugungsarbeit niederschlagen sollte. Der Grat zwischen dem Erwecken und dem Einfordern von Bereitschaft war in allen vier Fallbeispielen schmal. Der Sachverhalt wurde zwischen den federführenden Akteuren umfassend diskutiert und mündete nicht immer im Konsens. Besonders offenkundig wurde die Unstimmigkeit in Linsburg, wo das Werben sehr dynamisch betrieben wurde, was allerdings im Kreis der Verantwortungsträgerinnen nicht unumstritten war. Zwei Positionen standen sich gegenüber:

„[Vorname] hatte mal die Adressen kartiert und dann haben wir so weiße Flecken herausfinden können und dann sind da so gezielte Ansprachen erfolgt. (...) Wir haben ja jetzt festgestellt, wer auch noch keine Anteile hat. (...) Na ja, in so einem kleinen Dorf kann man aber durchaus so ein bisschen Druck aufbauen, so nach dem Motto: ‚Sag mal, warum bist du nicht dabei?'" (Int_2)

„Und ich finde es nicht richtig, Leute unter Druck zu setzen, nur weil ich das brauche. (...) Es ist letztendlich eine Drückerkolonne, die dann da losgeht, um Stimmen zu kriegen. (...) Und da bin ich absolut dagegen, weil ich finde, ich gehe immer davon aus, dass Erwachsene mündig sind. Wir haben mündige Bürger, Punkt. Wer das nicht will, ist dann zwar entsprechend anderer Meinung, warum auch immer, aber ich überzeuge ihn sowieso nicht. Und den will ich aber auch gar nicht haben, weil mit dem kann ich nichts anfangen. (...) Deswegen haben wir eben gesagt, wir machen alles Veranstaltungen, wo wir informieren. Und wenn wir eine Veranstaltung machen, dann machen wir die an einer Stelle. Und wer zu uns kommt, ist gut, die sprechen wir auch an. Aber wir gehen nicht durchs Dorf von Haustür zu Haustür und klingeln wie die Weltmeister und sagen: ‚Habt ihr schon einen Anteil?' Da kamen so irrwitzige Ideen, dass man irgendwas an die Tür oder in den Garten stellt: ‚Ich bin Mitglied des Dorfladens.' Also ich habe gedacht: ‚Seid ihr denn völlig bekloppt?" (Int_4)

Solche in Position 1 forcierten Strategien sorgten also durchaus für Reibung. Bewohner mit entsprechenden Maßnahmen womöglich einzuschüchtern, lag freilich beiden Lagern fern. Unentschiedenheit, wie entschlossen Mitgliederakquise betrieben werden sollte, war auch in Alerheim zu erkennen. In einer Informationsveranstaltung wurde den Teilnehmerinnen kommuniziert: „Wir wollen NICHT von Haus zu Haus gehen, betteln oder Sie mit unerwünschten Besuchen belästigen. Wir werden das nur im 'Notfall' tun." (OD4_8: 21; Hervorhebung im Original) Der *Notfall* wäre eingetreten, wenn nicht genügend Haushalte den Entschluss für eine Mitgliedschaft gefasst hätten. Dies war nicht der Fall, die anvisierte Mindestschwelle konnte ohne offensives Werben überschritten werden. Einem *Notfall* sahen sich hingegen die Protagonisten in Schapdetten ausgesetzt. Nachdem die Mitgliederakquise zunächst „schleppend" (Int_8) angelaufen war, griffen sie zu drastischeren Mitteln. Die Bundestagswahl 2013 bot eine willkommene Gelegenheit, um die Bewohnerinnen dafür zu gewinnen, ihr Kreuz nicht nur für eine Partei, sondern auch für den Dorfladen zu setzen:

> *„Dazwischen fiel dann auch der Wahlsonntag, da ist das Wahllokal in der Alten Post und wir haben uns davorgesetzt. (...) Wir haben uns einfach hingesetzt und haben sie, so wie sie kamen, angesprochen. Haben dann natürlich auch etliche überzeugen können, die dann mit sind. Einige sind stillschweigend daran vorbeigegangen, haben sich daran vorbeigedrückt [lacht]." (Int_19)*

Gemäß dem Motto, „der Zweck heiligt die Mittel" (Int_8), wurden solche Maßnahmen zur Mitgliederakquise als durchaus zielführend erachtet, wohlwissend um deren Kritikwürdigkeit: „Also es war schon ein bisschen moralischer Druck aufgebaut zum Teil." (Int_8) So …

> *„(...) hat der Gastwirt dann hinterher mal erzählt, es haben sich hinterher wirklich Personen bei ihm beschwert, wie er das denn zulassen konnte, dass da hier diese Wahlwerbung nicht für die Bundestagswahl, sondern für den Dorfladen war. (...) Da gibt es immer so ein paar, die (...), wenn man die auch persönlich anspricht, sich unter Druck gesetzt fühlen dann." (Int_8)*

Den Initiativen offenbarte sich die Herausforderung, genügend Mitglieder zu gewinnen, um das Vorhaben auf ökonomisch stabile Beine zu stellen und hierfür Maßnahmen einzuleiten, die Überzeugungskraft entfalten. Zugleich boten offensive Integrationskampagnen – wie gezeigt werden sollte – auch ein gewisses Konfliktpotenzial.

6.3.5 "Die vorhandenen Schlachter und Bäcker hier nicht rauskicken" – Einbindung örtlicher Wirtschaftsakteure

Neben dem Einbezug weiter Teile der Bewohnerinnen waren die vier untersuchten Initiativen in hohem Maße bestrebt, lokale und regionale Wirtschaftsakteure in die Vorhaben zu involvieren. Es bestand ein Bewusstsein, dass das Eröffnen eines Ladens auch Konsequenzen für die bereits ansässigen Händlerinnen und Gewerbetreibenden im Ort nach sich ziehen würde. Der Laden würde gewissermaßen in die Absatzmärkte anderer Betriebe vordringen. Darum wissend nahmen die federführenden Akteure entsprechende Strukturen vorab sehr genau unter die Lupe. Der Kerngedanke hierbei war, Konkurrenz- und Wettbewerbskonstellationen im Ort zu vermeiden, um womöglich aufkeimenden Anfeindungen frühzeitig den Nährboden zu entziehen. Im Ort agierenden Betrieben „keine Konkurrenz machen" (Int_16) oder auch „die vorhandenen Schlachter und Bäcker hier nicht rauskicken" (Int_4) zu wollen, war ein in den Gesprächen

vielfach geäußertes Anliegen. Es zeugt von einem grundsätzlichen Interesse an einem harmonischen Mit- bzw. Nebeneinander. In Linsburg teilten die Initiatoren die Überlegungen hinsichtlich eines Dorfladens den bestehenden Einzelhändlern im Ort frühzeitig mit, damit diese sich nicht über- oder hintergangen fühlen:

> *„Wir haben ja zig Gespräche mit Bäcker, Getränke, und, und, und [gehabt]. (...) Die haben wir von vornherein mit eingebunden. Da haben wir im Vorhinein gesagt: ‚Wir wollen nicht gegen die Arbeiten. Wenn wir das Projekt wirklich verwirklichen (...), wenn wir das Projekt anpacken, dann seid ihr die Ersten, mit denen wir sprechen.' (...) Wir haben von vornherein gesagt, wenn wir den Schritt machen, wie die Idee geboren war, dann werden die Betroffenen als erstes informiert. (...) Die kriegen das nicht aus der Zeitung mit, der Rat Linsburg denkt über einen Dorfladen nach, sondern die kriegen das von uns mit. (...) Sie sollen das wissen, das ist alles noch nicht entschieden, aber sie kriegen als Erstes die Informationen." (Int_2)*

In Schapdetten hatte dieses Anliegen auch Auswirkungen auf die anfänglichen Überlegungen bezüglich der Standortwahl. Für die Initiatorinnen bestanden zwei Optionen: Entweder ein leerstehendes Ladengeschäft zu beziehen, und damit unweigerlich in Konkurrenz zum gegenüberliegenden Bäckereigeschäft zu treten, oder das Gespräch mit dem Inhaber über eine mögliche Kooperation zu ersuchen. Den Grund, die zweite Option zu wählen, erläuterte ein Gesprächspartner wie folgt: „Wenn wir dahin gegangen wären [in das leerstehende Ladengeschäft], hätten wir hier einen knallharten Wettbewerber gehabt. (…) Das wäre der Tod für beide gewesen." (Int_19) Da „vernünftig miteinander gesprochen [wurde]" (Int_19), konnte eine für beide Seiten ruinöse Wettbewerbskonstellation vermieden werden. Stattdessen gelangten beide Gesprächsseiten zu dem Übereinkommen, dass der Dorfladen in die Immobilie des Bäckereigeschäftes einzieht und die Bäckerei den Dorfladen zukünftig beliefert.

> *„Den einzigen Wettbewerber eventuell, der hier war, den hatten wir raus. (...) Das war ganz klar, solang er uns ordentlich beliefert und das passt, ist er Lieferant. Wir schneiden uns ja ins eigene Fleisch, wenn wir ihn abschießen würden, meinetwegen wegen ein paar Cent weniger." (Int_19)*

Solchen Ansinnen, keinen Verdrängungswettbewerb auslösen oder langjährig etablierte Strukturen unterhöhlen zu wollen, standen Erwägungen gegenüber, dass entsprechende Kooperationen nur dann möglich wären, wenn den adressierten Betrieben dadurch keine Nachteile entstünden. Eine Gesprächspartnerin in Alerheim führte über die Zusammenarbeit mit dem nahe gelegenen Hofladen aus:

> *„Es gibt Kontakt und wir tauschen uns auch aus und helfen zusammen. (...) Da schaut man halt, dass man erstens miteinander Situationen, die für beide gut sind, Win-win-Situationen, dass man so etwas herstellt, dass man sich austauscht, dass man jeweils dem anderen halt sein Geschäft lässt. Also der Dorfladen soll keine Konkurrenz gegenüber bestehenden Geschäftsleuten sein. Ich will die anderen ja nicht kaputt machen, also das wäre ja kontraproduktiv. (...) Es ist natürlich auch übel, dann jemanden, der sich selber unternehmerisch betätigt und ein Risiko trägt und die Schwierigkeit im Dorf da auf sich nimmt, als Dorfladen (...) Konkurrenz zu machen. Das geht ja überhaupt gar nicht. Also da muss man ganz vorsichtig sein, dass das, was besteht, und der, der sich selber engagiert, dass der nicht benachteiligt wird, sondern dass man den mit ins Boot nimmt, dass der dann auch etwas davon hat, dass es den Dorfladen gibt." (Int_20)*

Bestehende wirtschaftliche Hoheitsgebiete der (potenziellen) Kooperationspartnerinnen nicht zu beschneiden, sondern Schnittmengen für eine Zusammenarbeit ausfindig zu machen, die bestenfalls, wie in Scharfenstein/Venusberg geschildert, „für alle eine Win-win-Situation darstellen“ (Int_6), erachteten die Verantwortungsträger speziell im Hinblick auf kleinbetriebliche, inhabergeführte Einzelhändlerinnen als wichtig. Diese wurden als besonders verwundbar gegenüber einer durch den Dorfladen eventuell geschaffenen Konkurrenzkonstellation erkannt. Da diese in besonderer Weise ein privates unternehmerisches Risiko zu tragen haben, hätten so auch persönliche Existenzen in Gefahr geraten können. Wenn der Erfolg des Dorfladens das Aus bestehender Einzelhändlerinnen nach sich ziehen würde, wäre Unmut eine unausweichliche Folge. Vor allem Einzelhändlerinnen mit einer breiten Akzeptanz im Ort galt es als Geschäftspartnerinnen zu gewinnen, um deren Anerkennung auf den Laden zu projizieren. Dies wurde etwa im Kontext der Bürgerläden in Scharfenstein/Venusberg deutlich, deren Protagonisten sich nachdrücklich um eine Kooperation mit einer lokalen Familienbäckerei bemühten, um nicht nur von der Qualität der Backwaren zu profitieren, sondern vor allem auch von deren Popularität. Dass diese Familienbäckerei den Dorfladen beliefert, war …

> *„(…) sehr wichtig, weil die Bäckerei einen guten Ruf hat. Das ist ja aufm Dorf so, wenn man gerade solche Leute gewinnt, dann gibt es natürlich auch einen positiven Anstrich bei den Bürgern, so will ich es mal sagen. Und da profitieren wir wirklich, (…) dass wir dort die Backwaren der Bäckerei vertreiben.“ (Int_15)*

Das Streben nach wirtschaftlichen Kooperationen vor Ort war nicht immer konfliktfrei. In Linsburg und Scharfenstein/Venusberg kamen wirtschaftliche Akteure zur Sprache, die sich durch die Dorfläden in ihren Geschäftsbereichen angegriffen und in ihren Existenzen bedroht sahen. In Linsburg hatte der örtliche Blumenladen „absolut eine negative Einstellung dazu, weil der Angst hat, dass wir Blumen verkaufen“ (Int_2). Konfliktgeladen war auch die Situation in Venusberg, als mit der Eröffnung des Dorfladens der letzte verbliebene Bäcker im Ort seinen Betrieb einstellte und der Dorfladen ins Visier von Kritikerinnen rückte. Dies veranlasste die Verantwortungsträger der Genossenschaft zu einer Stellungnahme im Amtsblatt der Gemeinde Drebach, um dem aufkeimenden Unmut die Argumentationsgrundlage zu entziehen:

„**Gerücht:**
In Venusberg wird erzählt, dass wegen der Eröffnung des Bürgerladens die Bäckereifiliale geschlossen werden muss.

Wahrheit:
Ursprünglich hatte die Genossenschaft Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG geplant, parallel zur Bäckereifiliale im Bürgerladen zusätzlich einen kleinen Backwarenstand mit einigen Produkten der Bäckerei vorzuhalten. Bei einem diesbezüglichen Gespräch mit Vertretern der Genossenschaft teilten die Herren [der Bäckerei] jedoch mit, dass sie ihre Venusberger Filiale zum 31.08.2016 schließen werden. Aus diesem Grund haben der Aufsichtsrat und Vorstand der Genossenschaft beschlossen, eine wesentlich größere Backwarentheke als ursprünglich geplant im Bürgerladen zu installieren und die Öffnungszeiten entsprechend anzupassen, damit den Venusbergern weiterhin ein vollwertiges Backwarensortiment zur Verfügung steht. Welche Bäckerei den Bürgerladen letztendlich beliefert, liegt in der Entscheidungsgewalt der Genossenschaft.“

Amtsblatt der Gemeinde Drebach vom September 2016: 5 (Hervorhebungen im Original)

Solche Richtigstellungen mussten auch die Linsburger Initiatoren tätigen, um den Dorfladen nicht zur Zielscheibe von Anfeindungen werden zu lassen. In einer Mitgliederversammlung des Vereins legte der Vorstandsvorsitzende …

> *„(…) großen Wert auf die Feststellung, dass mit dem Dorfladen niemand verdrängt werden sollte.* ***Der Dorfladen fängt das auf, was sowieso aufgegeben worden wäre: Bäcker, Metzger, Getränkemarkt. Wir holen außerdem das zurück, was bereits verlorengegangen ist!****" (OD1_20: 3; Hervorhebung im Original)*[86]

Trotz des Interesses an einem versöhnlichen Miteinander traten an einigen Stellen deutlich die Grenzen des Kooperationsersuchens zutage. Wie bereits oben geschildert, hatten die federführenden Akteure in Linsburg …

> *„(…) auch mit (..) Bäcker, Schlachter und mit Getränkemarkt gesprochen. Da wurde denen das Projekt erklärt und da wurde auch gesagt: ‚Ihr dürft da auch auf jeden Fall irgendwie [mit rein], wie würden euch gern als Lieferanten behalten.' Aber am Ende geht es nackt um kaufmännische Fragestellungen." (Int_11)*

Ein anderer Gesprächspartner ging näher auf solche *kaufmännischen Fragestellungen* ein. Einem Einzelhändler im Ort wurde zu erkennen gegeben: „Du bist die Nummer eins." (Int_2) Allerdings, so weiter, „nicht bedingungslos. Wenn er dann zu überforderten Preisen kommen würde, dann ist er halt draußen, aber das ist dann sein Problem." (Int_2) Das Offenhalten einer gewissen Flexibilität führte im konkreten Fall dazu, dass die geschäftlichen Beziehungen zum Erliegen kamen, als ein überregional agierender Zwischenhändler bessere Konditionen bot:

> *„Die Sonderangebote führten allerdings dazu, dass sich der [Dorfladen] vom Getränkelieferanten aus Neustadt trennen musste. ‚Er kam uns unheimlich entgegen, aber eine Kiste Cola für 8,49 Euro, da kam er nicht ran.'" (Verantwortungsträger des Dorfladen Linsburg w.V.; zitiert in Die Harke vom 08.10.18)*

Derartige strategische Manöver verdeutlichen, dass ökonomische Erwägungen unumstößliche Bestandteile blieben, als es um die Frage ging, wie ein Dorfladen unter Marktbedingungen tragfähig aufgerichtet werden könnte. Eine Gesprächspartnerin drückte ihr Bedauern darüber mit den Worten aus: „Ist alles eine Frage des Preises, leider ist das ja so." (Int_4) Diese Feststellung leitet zum Kapitel 6.4 über.

[86] Ein Gesprächspartner ging näher auf das *Auffangen* ein: „Denn der Bäcker hatte überlegt, den Laden hier zu schließen, weil das Haus hat den Eigentümer gewechselt und der neue Eigentümer nimmt mehr Miete und hatte noch weitere Forderungen. Und da war der am Überlegen, hat gesagt: ‚Dann mache ich hier dicht.' Aber weil wir ihn übernehmen wollen, und, und, und, das war einer der Hauptgründe mit, warum er jetzt seinen Laden hier gelassen hat. (…) Also es ist eigentlich eher das Gegenteil von dem [eingetreten], was man befürchtet hat. Der hat nicht gesagt: ‚Jetzt haue ich hier ab', sondern der hat gesagt, ‚dann bleibe ich hier, weil ihr das macht', um anschießend Lieferant zu werden." (Int_2)

6.4 Genossenschaftliche Dorfläden im Kräftefeld wirtschaftlicher Zusammenhänge

Standen im vorangegangenen Kapitel die Anstrengungen im Fokus, welche die federführenden Akteure aufbrachten, um die Vorhaben umzusetzen und tragfähig zu machen, nimmt dieses Kapitel die wirtschaftlichen Sphären in den Blick, in die die Initiativen mit ihrem Wirken vordrangen und innerhalb derer sie sich zu arrangieren und zu behaupten hatten. Diese überlagerten die örtliche Ebene und standen als weitgehend unabhängige Variablen außerhalb des eigenen Einflussbereiches. Umgekehrt hatten diese allerdings – wie im Folgenden gezeigt wird – erheblichen Einfluss auf die Entfaltungsmöglichkeiten der Initiativen.

6.4.1 „Da hieß es, ihr müsst so billig sein wie ein Discounter, aber einen Service haben wie ein Feinkostladen" – zwischen Abgrenzung von und Angleichung zu konventionellen Lebensmittelmärkten

In ihrem Selbstverständnis distanzierten sich die Initiativen bisweilen sehr nachdrücklich davon, der marktwirtschaftlichen Sphäre zugerechnet zu werden. Anstatt den Prinzipien von Wettbewerb und Gewinnmaximierung zu folgen, wurde das Wohl der Menschen im Dorf als oberste Maxime ausgegeben. Ein Gesprächspartner in Linsburg legte Wert darauf, dass die geschaffene Organisation „eben nicht auf Gewinn und Gewinnmaximierung ausgerichtet [ist], sondern auf Selbstversorgung von Bürgern für Bürger" (Int_1). Ein Schapdettener unterstrich, dass ihr genossenschaftlicher Dorfladen „kein Geschäftsmodell [ist], sondern ein Zusammenschluss von Bürgern, denen ihr Leben und Zusammenleben wichtig ist" (Aufsichtsratsmitglied der Dettener Dorfladen eG; zitiert in Westfälische Nachrichten vom 27.09.15). Ein Gesprächspartner merkte an, dass es „jetzt nicht darum geht, Geld zu verdienen" (Int_8).

In den Gesprächen wurde immer wieder betont, dass gerade kein konventioneller Supermarkt geschaffen werden sollte. In Alerheim bestand der Wunsch, sich durch ein „möglichst vielfältiges regionales Angebot vom Supermarkt ab[zu]heben" (OD4_14). In Scharfenstein/Venusberg gab eine Gesprächspartnerin zu erkennen:

> *„Wir möchten gern regionale Produkte haben. Für uns war das natürlich auch ein ganz interessanter Ansatzpunkt, weil (...) die No-Name-Produkte, die Billigmarkenprodukte, die findest du in jedem Großhandel oder in jedem Supermarkt. Und gerade mit dem kleinen Laden, den wir hier haben, müssen wir natürlich auch einen Weg finden, uns von denen gerade etwas abzuheben." (Int_6)*

Regionalen Produkten gegenüber *Billigmarkenprodukten* Vorrang zu gewähren, war strategisch bedeutsam, um eine sichtbare Trennlinie zu konventionellen Märkten ziehen zu können. Ein Schapdettener hob hervor, dass sie „auch hier von den Leuten, die so Obstwiesen haben, (…) Äpfel und Birnen [abnehmen], alte Sorten, nicht so diese Supermarktware" (Int_7). Die Pflege traditioneller Elemente (*alte Sorten*) brachte der Gesprächspartner in Verbindung mit sozialräumlicher Nähe (*den Leuten hier)* und lud dies als wichtiges Differenzierungsmerkmal zu Supermärkten auf. Qualitäten wurden herausgestellt, nach denen man in konventionellen und entpersonalisierten Supermärkten vergeblich sucht. Sehr eindrücklich kam dieser Wunsch nach Andersartigkeit in Linsburg zur Geltung:

> *„Es wird also kein bekannter, steriler Supermarkt geschaffen werden, sondern eine neue Form der Einkaufsmöglichkeit, wo man (fast) alles bekommt, es aber trotzdem persönlich zugeht und immer Zeit für einen Klönschnack ist. Dieses Konzept sollte sich in den Köpfen der Kundschaft etablieren; wer mit der Erwartungshaltung ‚Supermarkt' oder ‚Discounter' in den Linsburger Dorfladen kommt, wird vermutlich enttäuscht werden." (OD1_27a)*

> *„Also unser Anspruch ist, wir wollen uns deutlich von einem Einkaufsladen, so wie Rewe, Aldi, unterscheiden. Das bedeutet, das muss auch schon baulich oder einrichtungsmäßig deutlich werden. Also wir wollen nicht nur einfach Regale stringent haben (...), sondern wir versuchen das eben auch irgendwie optisch anders hinzukriegen. (...) Ideen sind, dass man da eine Ecke hat, wo dann so eine Markise einfach von der Wand gezogen wird und irgendein alter Wagen rumsteht. Und da wird dann das Gemüse, das regionale Gemüse präsentiert." (Int_4)*

Aber nicht nur über die Vermarktung regionaler Produkte wurde angestrebt, eine Trennlinie zu konventionellen Einkaufsmärkten zu ziehen. Auch die Verkaufsphilosophie sollte eine andere – sozialere – sein. Ein Protagonist des Dettener Dorfladens sah die Andersartigkeit gegenüber einem Discounter dahingehend gegeben, dass „es schon ums Persönliche auch gehen [soll] und nicht nur um den Preis" (Int_8). Dem pflichtete eine Genossin bei: „Gehe doch heute mal in den Lidl und frage, wo der Zucker steht, da ist ja überhaupt gar keiner da, der dir das sagen kann." (Int_8) Ähnliches artikulierten die federführenden Akteure der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG: „Das ist halt auch gerade das, (…) was so einen kleinen Laden auszeichnet, na, also dieses Persönliche, Familiäre, jeder kennt hier jeden." (Int_6) Ein anderer Gesprächspartner wertete die Ortsbezogenheit der Verkäuferinnen als Form sozialer Nähe:

> *„(...) dann habe ich auch den unmittelbaren Kontakt zu den Verkäuferinnen, die kenne ich, weil sie in der Nachbarschaft wohnen. (...) Eine Handelskette wirbt ja mit dem Slogan ‚Nähe tut gut', aber hier hat man ja wirklich die direkte Nähe, dass ich die Verkäuferinnen kenne." (Int_15)*

Während also die angesprochene Handelskette nur vortäusche, Kundennähe zu bieten, wäre dies nach Auffassung des Gesprächspartners in ihrem Dorfladen tatsächlich der Fall. Eine Vertreterin des Dettener Dorfladens fasste das Verhältnis zu konventionellen Lebensmitteleinrichtungen folgendermaßen zusammen: „Wir hatten also auch nie den Anspruch, da mit Aldi oder Lidl zu konkurrieren. Das wussten wir sowieso, dass wir das nicht können." (Int_8)

Entgegen des *Anspruchs*, nicht mit *Aldi oder Lidl konkurrieren* zu wollen – und dies auch nicht zu *können* – erwuchs bei den federführenden Akteuren im Laufe der Gründung und der frühen Nachgründungsphase ein Bewusstsein, dass sich ihr Dorfladen durchaus an konventionellen Supermärkten wird messen lassen müssen. Die Linsburger erkannten es frühzeitig als „anspruchsvolles Ziel, um sich gegen die Konkurrenz durchzusetzen" (Int_1). *Gegen die Konkurrenz durchzusetzen* impliziert, sich an dieser orientieren zu müssen. In diesem Zusammenhang wurden die Wünsche der (künftigen) Mitglieder einbezogen, die wiederum durchaus ambitioniert waren (dazu auch Kapitel 6.3.3).

Die Protagonistinnen in Alerheim standen nach ihrer Abfrage, welche Waren und Dienstleistungen gewünscht werden, vor dem Problem: „Man wollte eigentlich alles." (Int_9) Dem wurde nachgekommen: „(…) wir haben im Prinzip alles gemacht, was irgendwie gewünscht war."

(Int_9) An die Initiatorinnen des Dettener Dorfladens wurden zu Anbeginn umfassende Erwartungen herangetragen: „Da hieß es, ihr müsst so billig sein wie ein Discounter, aber einen Service haben wie ein Feinkostladen.“ (Int_7) Über solche widerstrebenden Erwartungshaltungen berichtete ebenso ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg: „Die einen wollen regionale Produkte, und sind auch bereit, dafür ein bisschen was mehr zu bezahlen, und andere wollen unbedingt das Billigprodukt. Und da ist das eine ziemliche Gratwanderung.“ (Int_13)

Den Orientierungsrahmen, was ein Dorfladen zu leisten imstande sein muss, bildete dabei nicht der zuvor im Ort geschlossene Lebensmittelmarkt. Vielmehr war dieser Rahmen durch konventionelle Supermärkte und Discounter vorgegeben. Dies betraf zum einen das Preisniveau. In Linsburg gelangten die federführenden Akteure im Zuge ihrer eingangs durchgeführten Haushaltsbefragung zu der Erkenntnis: „(…) dass der Preis stimmt, das ist eben dann doch auch ein Faktor.“ (Int_11) Mit der Anforderung, die Preise erschwinglich zu halten, sahen sich auch die Alerheimer konfrontiert:

> *„Also ein durchschnittlicher Einkäufer hat zehn Lebensmittel im Kopf und von den zehn Lebensmitteln sollten die Preise passen, also sollten die nicht höher sein als woanders. Das ist die Butter, das ist das Pflanzenfett, das ist Mehl und Zucker. Die Preise haben die Leute im Kopf.“ (Int_20)*

Die Einsicht, dass *die Leute* die Preisniveaus konventioneller Lebensmitteleinrichtungen *im Kopf haben* und sie sensibel gegenüber preislichen Ungleichheiten sind, machte den Initiativen zu schaffen. Die Protagonistinnen in Scharfenstein/Venusberg mussten den Bewohnerinnen wiederholt nahelegen, „dass die Hatz auch nach diesen Sonderangeboten aufhört“ (Int_15). Bedauerlicherweise gibt es …

> *„(...) eben auch viele, viele, sehr viele, die eben generell nichts anderes machen, als Preise vergleichen. (...) Und dummerweise haben wir im Umkreis von zehn Kilometern hier zwei Kauflands, zwei Netto, zwei Aldi.“ (Int_14)*

Wissend um die weitreichende Preissensibilität ging es den Linsburger Initiatoren darum, „den Leuten klar zu machen: ‚Das müsst ihr in eurem Dorfladen kaufen und der hat (..) keine teureren Preise als der Rewe oder der Lidl in der Stadt auch.‘“ (Int_1) Nach Auffassung eines Gesprächspartners ist …

> *„(...) immer die Frage, was ist der Grundpreis, und schießt man sich mit den 30 Prozent Aufschlag dann vielleicht ganz aus dem Markt, oder kann man hier zumindest so Preise anbieten, wie das der Rewe oder so ein Edeka eben auch kann. Wenn wir das nicht hinkriegen, dann werden (...) auch die Leute hier nicht kaufen.“ (Int_11)*

Neben dem Preisniveau betraf ein solches Mithalten-Können-Müssen ebenso die Warenvielfalt. Einerseits hatten die Initiatoren dem Wunsch nach regionalen Produkten nachzukommen. Ein Genosse der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG hatte vernommen, dass die Aufnahme regionaler Produkte „der Wunsch vieler Mitglieder und für manche Einwohner sogar die Bedingung für einen Genossenschaftsbeitritt [gewesen war]" (zitiert in Freie Presse vom 27.05.16). Andererseits galt es das Bedürfnis nach einer breiten Palette konventioneller Produkte zu bedienen. Die Verantwortungsträger in Scharfenstein/Venusberg mussten sich aus den Reihen der Bewohner „nach der ersten Euphorie“ anhören, „das habt ihr nicht und das habt ihr

nicht“ (Int_15). Ein für manche Mitmenschen unverzichtbares Produkt nicht anzubieten, schürte die Gefahr, dass diese wieder in etablierte Einkaufsgewohnheiten zurückfallen würden. Eine Alerheimerin gab Einblicke in ein *Problem*:

> *„Das Problem ist ja, es kauft jeder irgendwie das Gleiche, aber nicht unbedingt dasselbe. Also jeder kauft eine Milch und Butter und Käse. Aber der eine hat die Milch, der andere will die Milch oder den Joghurt (...). Da haben wir gesagt: ‚Wir haben so einen Joghurt, wenn wir den im Dorfladen nicht kriegen, dann müssen wir zwangsläufig noch in einen anderen Laden fahren, weil wir den halt brauchen und wollen.‘“ (Int_21)*

Wenn es um *die Milch* oder *den Joghurt* geht, endet offenbar bei vielen Bewohnerinnen die Kompromissbereitschaft. Ein Linsburger fasste dies in grundsätzlicher Weise zusammen: „Der Kunde ist super kritisch, auch hier im Dorfladen.“ (zitiert in Die Harke vom 01.03.19) In Alerheim reifte nach der ersten Euphorie nach Ladeneröffnung die etwas ernüchternde Erkenntnis, dass „Supermarkt doch eine Alternative zu uns [ist]“ (Int_20). In diesem Zusammenhang zeigte sich ein gewisses Unbehagen darüber, dass der Dorfladen, trotz aller Bemühungen, diesem ein unverkennbares Profil zu geben, für viele doch ein Stück weit substituierbar ist – gerade da die anfängliche Begeisterung anderes versprach.

Eine große Bandbreite an Erwartungen und Wünschen auszutarieren und diese zu einem attraktiven und konkurrenzfähigen Gesamtpaket zu schnüren, lautete zusammengefasst die herausfordernde Aufgabe. So wurde in Linsburg festgehalten: „Das Gesamtpaket muss also so attraktiv sein, dass wir Linsburger zukünftig ganz selbstverständlich einen Teil unseres täglichen Bedarfs im Laden decken.“ (OD1_27a) Im Zuge dessen ging es weniger darum, welche Angebote man vorhalten möchte, sondern vielmehr darum, welche man vorhalten *muss*. Ein Schapdettener merkte an: „Zeitschriften und diese ganzen Sachen, das braucht man einfach, muss man ja vorhalten.“ (Int_19) Alle Partikularinteressen zu berücksichtigen, um „auch von Anfang an schon so attraktiv wie möglich [zu] sein“ (Int_21), wie eine Alerheimerin ausdrückte, stellte die Initiativen vor die Herausforderung, sich multifunktional aufzustellen, also zusätzliche Dienstleistungen zu integrieren. Offensichtlich war der Verkauf von Lebensmitteln alleinig nicht ausreichend, um attraktiv genug zu sein und sich auf betriebswirtschaftlich stabile Beine stellen zu können. Ein Linsburger gab Einblicke in entsprechende Erwägungen:

> *„Also ein reines Geschäft nur mit Lebensmitteln wird sich nicht tragen. Selbst wenn du Lebensmittel und Bäcker und Schlachter mit reinmachst, das trägt sich hier einfach nicht (...). Du brauchst halt diese Café-Ecke, du brauchst halt in dem Fall dann auch wahrscheinlich bei uns den Getränkemarkt, (...) und da war ganz klar, du brauchst halt irgendwie so eine Service- und Dienstleistungs-Ecke. Nicht nur wegen der Begegnung, sondern auch damit einfach da so ein paar Euro zusätzlich in die Kasse kommen.“ (Int_11)*[87]

Wesentlich bei den Überlegungen zur Multifunktionalität war, dass damit auch das Einkaufsverhalten angeregt würde. Die Verantwortungsträger in Linsburg beabsichtigten, Postdienst-

[87] Die Hinwendung zur Multifunktionalität sorgte im konkreten Fall für interne Diskussionen, wie der Gesprächspartner weiter ausführte: „Es gibt immer noch so Einzelne, die glauben, wir könnten darauf [ein breites Waren- und Dienstleistungsangebot] verzichten. Aber die, die jetzt im Moment dabei sind, Waren, die Lieferanten auszusuchen, die wissen auch, dass das mit rein muss. Also die haben die Zahlen auch verstanden.“ (Int_11)

leistungen im Laden anzubieten, als „Kundenmagnet, (…) dass die Leute in den Laden kommen“ (Int_4). Ähnliches äußerte eine Alerheimerin: „Die Idee war, dass die Leute, die jetzt ganz viele Pakete kriegen, weil sie im Internet kaufen, dass sie zu uns in den Laden kommen und dann halt noch etwas anderes mitnehmen.“ (Int_20) Letztlich ging mit der Aufnahme weiterer Leistungen ein zusätzlicher *Aufwand* einher, worauf ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg verwies:

> *„(…) jedes Puzzleteil macht da auch immer Aufwand. Zeitschriften haben wir noch nicht. Das muss eigentlich, das ist ein eigener Geschäftsprozess im Grunde genommen. Das muss ja auch praktisch wieder jemand durchtauschen.“ (Int_6)*

Die Initiativen bewegten sich demnach in einer spannungsgeladenen Konstellation. Einerseits bestand das Erfordernis, ein breites Spektrum an Dienstleistungen aufzunehmen. Andererseits verursachte die Abwicklung entsprechender Geschäftsprozesse erhebliche Personalaufwendungen. Diesbezüglich merkte ein Gesprächspartner an: „Na ja, es ist ein Aufwand und (…) wir haben ja ein beschränktes Personalkontingent. Du kannst ja bloß so viel Personal [einstellen], wie du auch bezahlen kannst.“ (Int_16) Dieser Aspekt wird in Kapitel 6.4.3 noch einmal aufgegriffen und vertieft.

6.4.2 „Wir können ja keine Forderungen stellen“ – Agieren in ungleichen wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen

Mit gesteigerten Ambitionen im Hinblick auf Preisniveau, Warenvielfalt sowie Multifunktionalität ging die Notwendigkeit einher, überörtlich agierende Wirtschaftsakteure als Kooperationspartner zu gewinnen. Die Läden als feste Bestandteile regional geschlossener Wirtschaftskreisläufe zu etablieren, wäre aus Sicht vieler Protagonistinnen zwar wünschenswert gewesen, erwies sich aber als faktisch nicht umsetzbar. Entgegen des vielfach artikulierten Anliegens, keine umfassenden Bindungen mit großbetrieblichen Lebensmittelhändlern einzugehen und damit womöglich in das Korsett ihrer Vorgaben gezwängt zu werden, gewann in den Initiativen die Einsicht Oberhand, dass eine Zusammenarbeit für die Überlebensfähigkeit unabdingbar sein würde. Auf entsprechende interne Diskussionen ging ein Linsburger ein:

> *„Also wir haben ein paar, die jetzt auch hier in den Arbeitskreisen mitwirken, die möchten am liebsten keinen Lieferanten haben (…), sondern die möchten eigentlich nur regionale Produkte anbieten. Und das funktioniert nicht, das haben wir mittlerweile (…) schon ausdiskutiert.“ (Int_11)*

An anderer Stelle wurde rekapituliert: „Ohne einen professionellen Hauptlieferanten ist der Laden nicht betriebsfähig.“ (OD1_20: 4) Das Erfordernis, einen Hauptlieferanten gewinnen zu müssen, setzte Suchprozesse in Gang. Die Verantwortungsträgerinnen mussten dabei erkennen, dass kaum Anbieter auf dem Markt existieren, für die ein Agieren in kleinem Maßstab überhaupt relevant ist. Den Schapdettenern hatte ein potenzieller Händler „gleich abgewunken. Für die sind wir ja Peanuts.“ (Int_7) Mit der Problematik des Kleinseins mussten sich auch die Protagonisten in Linsburg auseinandersetzen. Sie gingen mit unmissverständlich geringen Erwartungen in ein Gespräch mit Vertretern eines möglichen Lieferanten, um die Bedingungen für eine Zusammenarbeit zu besprechen:

> *„Wir wollen uns halt die Rahmenbedingungen mal vortragen lassen, unter welchen Bedingungen die uns überhaupt beliefern. Wir können ja keine Forderungen stellen, sondern die sagen uns: ‚Gut, okay, so klein, wir bieten euch an die Möglichkeit.'" (Int_3)*

Ein Gesprächspartner in Schapdetten gab rückblickend tiefere Einblicke in solche ungleichen Kräfteverhältnisse und die geringe Bereitschaft seitens der Lieferanten, sich auf kleine Warenvolumen einzulassen:

> *„Wie mit der Lieferantensuche, ist ja gar nicht so einfach, das ist nicht einfach. Das war ja ganz wichtig auch, wer weiß, ob wir überhaupt einen Lieferanten kriegen. Anfangs waren wir bei [Unternehmen] unter anderem gewesen und hatten dort vorgesprochen. [imitiert Vertreter des Unternehmens] ‚Dann ja, was wollt ihr an Umsatz machen?' Wir sagten: ‚Unsere Vorstellung sind so eine halbe Million im Jahr.' (...) [imitiert Vertreter des Unternehmens] ‚Na unter zwei Millionen brauchen wir gar nicht reden, reden wir gar nicht, nein, das kann nichts werden, kein Interesse.' Aus, fertig, bumms, Tür zu." (Int_19)*

Diese Problematik, die vonseiten der Lieferanten geforderten Mindestabnahmevolumina kaum erreichen zu können, machte es für die Initiatorinnen in Scharfenstein/Venusberg überhaupt erst erforderlich, die beiden Läden in den Ortsteilen unter dem Dach einer Genossenschaft zu betreiben und dadurch wettbewerbsfähige Lieferkonditionen heraushandeln zu können. Aus dem eigenen Kleinsein resultierte eine schwache Verhandlungsbasis, was bei den Verhandlungsführern der Initiativen für erhebliches Unbehagen sorgte. Einem Gesprächspartner trieb in Anbetracht mangelnder Fachkenntnis und wissend um die Machtungleichgewichte die Furcht um, dass …

> *„(...) man da in irgendwelche Fallen, in irgendwelche Knebelverträge gerät, wo der Laden dann den Bach runtergeht. (...) Die ganzen Raffinessen kennt man ja nicht. Was steckt denn da so dahinter, hinter so einem Vertrag?" (Int_4)*

Mögliche *Raffinessen* gaben Anlass zur Sorge, da damit die Gefahr verbunden war, relevante Informationen unterschlagen zu bekommen, was womöglich das Selbst-Geschaffene in den Ruin treiben könnte. Ein anderer Gesprächspartner gab Einsichten in die hürdenreiche Suche nach einem Lieferanten und die dabei hervortretenden Machtungleichgewichte:

> *„Bei den Vertragsverhandlungen mit den möglichen Lieferanten, da gibt es ja durchaus spezialisierte Lieferanten. Einen hatten wir auch, der Vertrag war auch unterschriftsreif, aber zum Glück, kann man heute wirklich sagen, hat sich dann noch eine andere Möglichkeit ergeben. Also das war schon, ich würde schon sagen, ein Knebelvertrag. Also da muss man, glaube ich, ganz stark darauf achten, dass man sich da als Dorfladen durch den Lieferanten nicht zu sehr bindet, wobei das wahnsinnig schwierig ist. Es gibt eben, ich glaube, einen Hauptanbieter, der für kleine und für solche Dorfläden spezialisiert ist, aber der sorgt auch dafür, dass es für die Leute schwierig ist. Also das heißt, ich habe als Dorfladen gar nicht die freie Wahl, wo kaufe ich meine Waren, sondern ich muss, bis auf einen ganz, ganz geringen Teil, das bei diesem Großhändler abnehmen, der natürlich dann auch immer die ordentlichen Preise nimmt. Also da haben wir jetzt tatsächlich aufgrund, ich nenne es mal, glücklicher Umstände, einen Lieferanten, der eigentlich solche Läden dieser Größenordnung überhaupt nicht beliefert und der auch mit uns einen Vertrag geschlossen hat, der uns alle Freiheiten lässt. Also wir können von heute auf morgen woanders hingehen, theoretisch, praktisch können wir es nicht. (...) Das haben wir am Anfang auch durchaus unterschätzt, so nach dem Motto, an Ware kommen wir wohl doch ran, aber so leicht war das gar nicht. Also das würde ich jedem Neugründer ziemlich früh anraten, zu gucken, wer kann mich beliefern. Das ist schon sehr wichtig." (Int_8)*

Von solchen *glücklichen Umständen* und dem Gewähren vergleichsweise konkurrenzfähiger Lieferkonditionen konnte die Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG nicht profitieren. Wenige Monate nach Ladeneröffnung zog sich der Hauptlieferant zurück, da sich die Geschäftsführung „eben entschieden [hatte], dass sie solche kleinen Geschäfte nicht mehr beliefern" (Int_13). Auf den Abbruch der Geschäftsbeziehung ging ein Gesprächspartner näher ein:

> *„Der zweite Tiefschlag war der Hauptlieferant, wo wir uns Unterstützung erhofft hatten (...). Die haben uns dann hier die Verträge gekündigt zum Jahresende. Also mussten wir noch einen Lieferanten suchen (...). Erst große Unterstützung zugesagt, und, und, und, und dann kommt es durch die Hintertür. Das ist nicht ganz einfach." (Int_16)*

Der Mangel an Möglichkeiten, Versprochenes auch einzufordern, trug nicht nur zu einer geringen Erwartungssicherheit bei, sondern führte mitunter auch zu mangelhafter Verlässlichkeit oder zur Ausnutzung der Unerfahrenheit. Eine Verantwortungsträgerin nahm wahr, dass „einem da manchmal vielleicht etwas aufs Auge gedrückt wird", „weil man einfach sehr unerfahren ist" (Int_9). In Scharfenstein/Venusberg sowie Linsburg machten den Initiativen die Vertragsklauseln zu schaffen, in denen verbindliche Vorgaben festgehalten wurden. Die Linsburger sahen sich folgender Herausforderung ausgesetzt:

> *„Waren im Wert von 300.000 Euro muss der Verein [Dorfladen Linsburg w.V.] im Jahr abnehmen. 450.000 Euro im Jahr Umsatz müssen erreicht werden. [Der Zulieferer] begutachtet die Präsentation der Waren ganz genau. ‚Wenn wir das nicht einhalten, wird es nicht witzig.'" (Vorstandsmitglied des Dorfladens Linsburg w.V.; zitiert in Die Harke vom 08.10.18)*

Sich gegen steuernde Richtlinien widerständig zu verhalten, barg die Gefahr von Restriktionen; dann *wird es nicht witzig*. Die Ambition, Kreativität im Warensortiment und bei der Präsentation walten zu lassen, wurde damit stellenweise ausgebremst. Die wahrgenommene Gefahr, schrittweise das eigene Profil zu verlieren, von den ursprünglichen Vorstellungen Abstand nehmen zu müssen und letztlich nur noch als Filialist zu agieren, wurde in den Gesprächen auf unterschiedliche Weise problematisiert. Ein Gesprächspartner gab Einblicke in die letztlich abgebrochenen Vertragsverhandlungen mit einem potenziellen Großlieferanten, der beträchtliche Ansprüche geltend gemacht hatte:

> *„Wir wären nicht mehr Herr im eigenen Haus gewesen, das wäre [Unternehmen] gewesen. Wir wären eine Filiale von [Unternehmen] gewesen. (...) Also die hätten praktisch letztendlich alles zu sagen gehabt. (...) Die hätten uns vorgeschrieben, was wir zu führen haben, und, und, und. (...) Wir wären hier als Bürgergenossenschaft nur die Randfigur geblieben, (...) das ausführende Organ." (Int_19)*

Eine *Randfigur zu bleiben*, vom Großhändler ein „Logo ins Fenster" geklebt zu bekommen und „im Grunde (…) dann ein Filialist von denen" zu sein (Int_8), war den Schapdettenern offenkundig keine angenehme Vorstellung, da dies einem Verlust der identitätsprägenden Errungenschaften des Selbst-Geschaffenen gleichgekommen wäre. Ein solcher Zugriff konnte abgewendet werden. Während kleinbetriebliche regionale Zuliefererinnen überwiegend als wichtige, auf Augenhöhe agierende und entgegenkommende Partnerinnen gesehen wurden, deren Produkte offensiv beworben wurden (bspw. auf den Facebook-Präsenzen), war das Verhältnis zu den Großhändlern mit einer gewissen Skepsis behaftet. Ein Gesprächspartner beklagte, dass „die

Macht, die die [Einzelhandelsketten] haben, (…) so konzentriert [ist]“ (Int_11), dass immer auch Vorsicht geboten sei, als Initiative nicht die Eigenständigkeit zu verlieren.

In Schapdetten wurde der Dorfladen für den letztlich gewonnenen Hauptlieferanten zum „Pilotprojekt“ (Int_7), um die Sichtbarkeit und Bekanntheit in der Region zu erhöhen: „Die haben gesagt, (…) wir machen das mit euch, weil die natürlich auch nicht wollten, dass [anderer Großhändler] hier im Revier wildert.“ (Int_8) Der Geschäftsführer des Hauptlieferanten brachte dahingehend zum Ausdruck: „Wir denken normalerweise in 2000-Quadratmeter-Märkten.“ Für die Tragfähigkeit des Ladens sah er Folgendes als unerlässlich an: „Die Kunden müssen jetzt mit den Füßen abstimmen und dürfen dabei nicht auf den Cent schauen, den man vielleicht mal mehr ausgeben muss.“ (Geschäftsführer des Lieferanten; zitiert in Westfälische Nachrichten vom 28.02.14) Erwägungen der Standortpräsenz kamen auch in Linsburg zur Sprache: „Für [Hauptlieferant] stellt der Linsburger Dorfladen eine Art ‚Leuchtturm-Projekt‘ dar, um auch in der Region hochwertig vertreten zu sein.“ (OD1_27d)

Unverkennbar war, dass die Initiativen privatwirtschaftliche Interessen auf sich zogen. Dies galt nicht nur für Zulieferer aus der Lebensmittelbranche, sondern auch im Hinblick auf andere Dienstleistungsunternehmen, die die neu geschaffenen Läden als Gelegenheit zur Anlagerung ihrer Leistungen entdeckt hatten. Bankinstitute und Postdienstleister machten sich die in Kapitel 6.4.1 dargelegte Notwendigkeit zur Multifunktionalität zu eigen und ergriffen Maßnahmen, ihre Services über die Dorfläden abzuwickeln. Die Verantwortungsträgerinnen der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG wurden unmittelbar nach der Eröffnung „auch direkt von der Post (..) schon angesprochen, die halt gefragt haben, ‚ob es manchmal die Möglichkeit gäbe, dass wir Pakete bei euch hinterlegen‘“ (Int_6). In Schapdetten wurden die Protagonistinnen erst gar nicht *angesprochen*, sondern der Dorfladen wurde direkt als *Abholfiliale deklariert*. Bedienstete der Post hatten es …

> *„(…) so gemacht, dass die uns hier als Abholfiliale deklariert haben, sprich der Postbote kam hier mit 30 Paketen. Und normal müssen die das noch nach Nottuln bringen, da man da ja sein Paket dann abholt. Und die haben das einfach hierhergebracht, haben den Leuten auf den Zettel geschrieben, die können das hier abholen.“ (Int_7)*

So trägt man dann – so die Gesprächspartnerin weiter – „ja die Verantwortung für die Pakete, wenn dann eines wegkommt“ (Int_7). Aber nicht nur die Post, sondern auch die zwei bis dahin im Dorf noch mit Filialen vertretenen Bankinstitute wurden auf den Dettener Dorfladen aufmerksam:

> *„Die [Bank] und die [Bank], die waren bis vor einem halben Jahr noch beide mit einer eigenen Filiale hier [in Schapdetten] vertreten. Dann haben beide sozusagen ein Negativkartell gebildet, das heißt, sie haben sich beide verabredet, dass sie zur gleichen Zeit ihre Filialen zumachen. Das Einzige, was dann übriggeblieben ist, ist ein Geldautomat da vorne [im Vorraum des Dorfladens].“ (Int_18)*

Im Fortgang der Absprache zu einem solchen *Negativkartell* traten Vertreter an die Protagonisten des Dettener Dorfladens heran und …

> *„(…) haben gesagt: ‚Entweder wir machen das oder wir haben hier gar keine Filiale mehr.‘ (…) Die Filiale war auch recht groß. Früher war die tatsächlich auch noch mit Personen besetzt, mit Beratungsraum. Da haben die so eine ganze Lokaletage gehabt und das wird denen schlicht und einfach zu teuer gewesen sein. (…) Die sagen ganz klar, das sagen aber beide Banken: ‚Es gibt schon Orte, wo es noch nicht mal mehr Geldautomaten gibt.‘ Und das wollten wir natürlich einfach nicht (…). Wir können jetzt nicht die Oma mit dem Bus, um ihre Rente abzuholen, nach Nottuln fahren lassen. Und da haben wir gesagt: ‚Klar machen wir das.‘“ (Int_8)*

Auf ähnliche Praktiken wiesen auch die Akteure in Scharfenstein/Venusberg hin:

> *„Und dann hatten wir ja noch die Zusage auch von der [Bank], die hatten uns ja auch die [Filiale] hier geschlossen und auch den Automaten weggenommen, dass, sobald wir einen Laden haben, dass hier Geldauszahlung möglich wäre. (…) Aber das hilft den Leuten und das sind so Kleinigkeiten, wo ich sage, da hängt eben Lebensqualität dran. Und das war mir wichtig.“ (Int_17)*

Solche Aussagen legen eine tiefgreifende Diskrepanz offen. Auf der einen Seite das Interesse der Initiativen, infrastrukturelle Leistungen im Ort zu halten bzw. zurückzuholen, um damit die Unabhängigkeit immobiler Bewohnerinnen zu gewährleisten und *Lebensqualität* im Ort zu sichern. Und auf der anderen Seite im Sinne der eigenen Tragfähigkeit Kooperationen mit tonangebenden marktwirtschaftlichen Akteuren einzugehen – und dabei zum Gegenstand privatwirtschaftlicher Interessen und Instrument zur Kosteneinsparung zu werden. Der Transfer infrastruktureller Angebote in die Hände der Initiativen wurde in den Gesprächen auf unterschiedliche Weise problematisiert. So bestanden Stimmen, die dies als „Win-win-Situation“ (Int_8) oder „Geben und Nehmen“ (Int_19) auffassten, gerade wenn – wie im Falle der Dettener Dorfladen eG – die Initiative finanziell davon profitierte:

Abb. 32: Stillgelegte Bankfiliale in Schapdetten (eigenes Foto)

> *„(…) aber natürlich haben die diese Örtlichkeit dort [den Vorraum des Ladens] von uns wiederum gemietet und unterstützen uns dadurch natürlich auch. Umgekehrt, ich weiß natürlich nicht, was sie vorher bezahlt haben, aber beide Banken werden jetzt weniger bezahlen, als sie früher bezahlt haben. (…) Also von daher profitieren da letztlich alle von. Die Schapdettener profitieren deshalb davon, weil sie auf diese Art (…) für die nächsten zehn Jahre zumindest sichergestellt haben, dass hier Bankautomaten, also Geld und Kontoauszüge zu erhalten sind.“ (Int_8)*

Die Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG erhielt als Gegenleistung dafür, dass im Venusberger Geschäft die Möglichkeit zur Bargeldauszahlung eingerichtet wurde, ein Darlehen:

> *„Und bei uns war der Geldautomat weg und da hat die [Bank] uns dann das Terminal kostenlos zur Verfügung gestellt, sodass wir am Tag 200 Euro auszahlen können und die Bevölkerung auch ihre Überweisungen in den Briefkasten [werfen kann]. Der wird täglich geleert, also dass wir den Service anbieten können." (Int_17)*

Im Hinblick auf die integrierten Serviceleistungen bestanden allerdings auch Stimmen, die die zugrunde liegenden Strategien als kritikwürdig einstuften und in größere gesellschaftspolitische Zusammenhänge einordneten. Ein Gesprächspartner in Linsburg hinterfragte angesichts des Rückzugs der Post aus der Fläche: „Warum klagt eigentlich keiner gegen die Bundespost?" Im Nachsatz korrigierte er: „Oder ist ja nicht mehr die Bundespost, ist ja die Deutsche Post." (Int_11) Insbesondere der Rückzug der Post und die Übertragung der Verantwortung in die Hände der Initiativen erregte in den Gesprächen immer wieder Unmut. Einerseits wurden Postdienstleistungen als ein wichtiges Angebot wahrgenommen, um eine hohe Kundenfrequenz zu erwirken. Andererseits wurde der damit verbundene Mehraufwand und die mangelnde Ertragsbeteiligung beklagt. Eine Schapdettenerin konkretisierte: „Das ist im Grunde auch eine Nullnummer, das ist nur ein Service." (Int_7) Und ein Linsburger konstatierte:

> *„Post möchte man gerne auch haben, (...). Das kann man als Dienstleistung quasi mit anbieten, aber an den Briefmarken oder an dem Postgeschäft verdienen sie nicht einen Pfennig, weil die Post das so knebelt." (Int_1)*

Während die Post also den Nutzen aus den Läden zieht, verbleibt der damit verbundene „Mehraufwand" (Int_6) auf den Schultern der Initiativen. Einem Gesprächspartner trieb die Frage um, „ob es überhaupt die Personalkosten deckt". Nach kurzem Überlegen reflektierte er: „(…) wahrscheinlich nicht, wahrscheinlich zahlt man da noch drauf." (Int_8) Diese Bemerkung leitet über zum Kapitel 6.4.3.

6.4.3 „Das ist halt dann doch ein hartes Geschäft" – Stabilität gewinnen in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen

Alle vier Initiativen beendeten ihr erstes Geschäftsjahr mit einem Defizit. Alsbald nach der Eröffnung sahen die Verantwortungsträger dem Erfordernis zur wirtschaftlichen Disziplin ins Auge. Auch wenn dies nicht grundsätzlich überraschte, war ein gewisses Unbehagen in Anbetracht der vorab offenkundig unterschätzten marktwirtschaftlichen Komplexitäten unverkennbar. Eine Gesprächspartnerin in Alerheim resümierte ein Jahr nach Betriebsstart: „Das ist halt dann doch ein hartes Geschäft." (Int_21) Eine andere Alerheimerin zog das Zwischenfazit: „Es ist nicht ganz so einfach, so ein Lebensmittelgeschäft, mit der ganzen Konkurrenz, mit den ganzen Discountern." (Int_9) War im Aufbau vor allem Kreativität gefragt, rückten nach der Eröffnung die betriebswirtschaftlichen Zahlen in den Fokus. Es ging nun darum, wie die aufgebaute Organisation zu stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen geleitet werden könnte. Marktwirtschaftliches Denken kehrte ein – oder wie die Initiatoren der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG ein Jahr nach der Eröffnung zur neuen Devise erklärten: „Wir müssen einfach effektiver werden, das geht so nicht." (Int_16)

Sowohl Einnahmen- als auch Ausgabenseite kamen auf den Prüfstand. Bei Letzterem fielen vor allem die Lohnkosten ins Gewicht, die es künftig zu optimieren galt. Auf der einen Seite bestand der Anspruch an eine leistungsgerechte Bezahlung, wie in den Gesprächen immer wieder betont wurde, so etwa in Linsburg: „Wir wollen also zwei vollbezahlte Kräfte einstellen, richtig nach Tarif und so, nix mit Dumpinglohn und so, so etwas machen wir nicht." (Int_1) In Alerheim hieß es dazu: „Wir wollten eigentlich auch mehr so Teilzeitjobs schaffen, die auch angemeldet sind, um Renten- und Sozialleistungsbeiträge zu zahlen, und nicht nur so diese klassischen 450-Euro-Kräfte." (Int_21) Auf der anderen Seite verfestigte sich das Bewusstsein, dass kostenseitig kaum woanders gespart werden könnte als bei den Lohnkosten. In Schapdetten waren „vor allem die Personalkosten (…) das Problem. (…) Im Grunde kann man wirklich sagen, es steht und fällt mit den Personalkosten." (Int_8)

Aufgrund der knappen Finanzbudgets gestaltete sich die Personalsuche mitunter schwierig. Eine Alerheimerin beklagte: „Es gibt einfach auch keine Leute, die für das Gehalt oder für den Lohn, den wir bezahlen können, halt arbeiten wollen." (Int_20) Und in Scharfenstein/Venusberg war es „nicht einfach, so jemanden [eine Ladenleiterin] zu finden. Es kann ja nun kein Riesengehalt gezahlt werden." (Int_14) Ein Gesprächspartner in Linsburg führte in Erwartung einer beschwerlichen Personalsuche aus:

> *„Da mache ich mir auch die größten Sorgen drum. Also findet man da wirklich jemanden, der das erstens beherrscht und zweitens, der das dann auch gerne dauerhaft macht und das nicht als Unternehmer, sondern als Angestellter mit einem nicht besonders großen Gehalt. Das ist ja die andere Seite der Medaille (...). Das ist für mich eigentlich die erschreckendste Erkenntnis insgesamt, wenn ich das jetzt mal so mehr gesellschaftspolitisch betrachte. So kleine Läden, die rechnen sich ja einfach nicht mehr, davon kannst du nicht mehr leben. Da musst du dann bereit sein, für 20, 25.000 Euro Jahresgehalt irgendwie eine 60-Stunden-Woche zu machen. Und ich glaube, das ist der Grund, warum viele von diesen kleinen Geschäften einfach komplett verschwunden sind, weil (...) der Aufwand und der Einsatz, den man dafür bringen muss, der steht in keinem Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Ertrag, den man da rausholen kann." (Int_11)*[88]

Die Erkenntnis, dass nur ein geringer Lohn bei gleichzeitig hoher Arbeitslast gezahlt werden konnte, bzw. die Angestellten „viel Arbeit haben und so gut wie nichts dafür kriegen" (Int_21), setzte einen problematischen Kreislauf in Gang. Eine Gesprächspartnerin bemerkte „eine hohe Fluktuation" (Int_21) und eine virulente Gefahr, dass eingearbeitete Kräfte den Dienst wieder quittieren könnten. Neues Personal musste in die komplexen Arbeitsabläufe eines multifunktionalen Dorfladens eingeführt werden. In einem Interview wurde auf den Umstand aufmerksam gemacht, dass häufig …

> *„(...) Neue überfordert sind. (...) Ja, das ist so, das ist zu viel auf einen Schlag. (...) Das Personal braucht viel Einarbeitungszeit bis alles klappt. (...) Mit Schreibwaren auskennen und gleichzeitig mit Molkereiprodukten, man soll von der Bäckerei Ahnung haben und eine gute Bedienung im Café sein." (Int_9)*

[88] Die geschilderte Problematik unterbezahlter Arbeit und atypischer Beschäftigungsverhältnisse konnte ein Gesprächspartner auch im Hinblick auf andere genossenschaftliche Dorfläden ausmachen. Er führte aus: „Alle Dorfläden, die irgendwie bei uns in der Ecke gut laufen, zahlen ihren Mitarbeitern, oder haben damals gezahlt, sechs Euro Stundenlohn. (…) Also das kann es ja nicht sein. (…) Wenn ein Laden auf Ausbeutung der Mitarbeiter beruht, dann kann es nicht funktionieren." (Int_22)

Damit ging einher, dass den Angestellten eine große Erwartungshaltung zugetragen wurde, wonach es „im Grunde mit den Mitarbeitern, auch mit dem Engagement der Mitarbeiter [steht und fällt]“ (Int_8). An anderer Stelle wurde dies eindrücklicher geschildert:

> *„Da hatten wir dieses Jahr wirklich Schwierigkeiten, Personal zu finden. (...) Wir verlangen natürlich auch viel, aber wir zahlen jetzt natürlich nicht wie, was weiß ich. Es ist schon ein bisschen idealistisch, das wissen wir auch. Deswegen müssen wir uns die Leute immer bei der Stange halten. Es gehört auch schon auch viel Idealismus dazu. Man muss schon auch den Genossenschaftsgedanken da so ein bisschen mittragen.“ (Int_7)*

Idealismus bei den Angestellten erwies sich als unverzichtbar, um die Personalaufwendungen im Rahmen des Verkraftbaren zu halten und die finanzielle Lage der Organisation nicht überzustrapazieren. So auch in einem anderen Fall:

> *„Die Dorfladenverantwortliche macht viele Stunden auch so, ganz einfach aus Interesse, dass der Laden läuft, also wenn sie es schafft. Also momentan ist viel los, dann schafft sie halt die Bestellungen nicht während der Arbeitszeit, sondern dann kommt sie nachmittags nochmal und macht ihre Bestellungen. Also da ist schon sehr viel persönlicher Einsatz.“ (Int_20)*

Zugleich sorgte solch *persönlicher Einsatz*, der über das arbeitsvertraglich geregelte Maß hinausreicht, auch immer wieder für Reibungspunkte. So wurde etwa geschildert:

> *„Dann fallen Überstunden an und das kocht die Leute auch auf. Da war auch eine Lücke, also da haben wir schon mal einen Urlaub verschoben, früher wiedergekommen. Also alle sind super engagiert, aber das kann man ja nicht ausreizen (...). Ich habe immer gedacht, wenn man früher so gehört hat, Leute im Fernsehen: ‚Ich finde kein Personal.‘ [lacht] Ja, aber es ist auch einfach schwierig. (...) Das ist schwierig, wir haben quasi Vollbeschäftigung im Kreis.“ (Int_8)*

Mit dem allgemeinen Lohnniveau konnte offensichtlich nicht mitgehalten werden. Zugleich konnte Personal nur in beschränktem Umfang beschäftigt werden. Daraus resultierte, dass auch nach Ladeneröffnung unentgeltliches Engagement in hohem Maße – und deutlich mehr als anfänglich vorgesehen – erforderlich war, um die Lebensfähigkeit des Ladens zu gewährleisten. Ein erheblicher Teil der Arbeitslast verblieb somit auf den Schultern der ehrenamtlichen Verantwortungsträger.

7 Zusammenfassung und kritische Reflexionen

Das nun folgende Kapitel zieht ein Resümee. Das erste Teilkapitel legt zunächst auffällige Muster im Kontext der Gründungsprozesse der vier untersuchten Dorfladeninitiativen in deutlich geminderter Komplexität als zuvor dar. Es stellt die wichtigsten Aspekte und markante Auffälligkeiten heraus und soll der Leserin die wesentlichen Anhaltspunkte im Hinblick auf die darauffolgenden theoretischen Reflexionen in Kapitel 7.2 vermitteln. In diesem wird das Analysierte in Debatten um bürgergetragene Organisationsmodelle zur Entwicklung bzw. Stabilisierung ländlich-peripherer Räume eingeordnet. Darüber hinaus werden theoretische Anschlussstellen zu sozialen Innovationen hergestellt und kritisch reflektiert. Das anschließende Kapitel 7.3 diskutiert die Relevanz des örtlichen Kontextes als Resonanzboden für gelingende genossenschaftliche Dorfladeninitiativen. In Kapitel 7.4 werden aus den zutage getretenen Ergebnissen Anregungen für Praxis und Politik abgeleitet. Die Arbeit schließt mit einer Diskussion über die Grenzen des Aufgedeckten und eröffnet Forschungsperspektiven für das bisher unzureichend Ergründete (Kapitel 7.5).

7.1 Rekapitulation der Gründungsprozesse

Eine erste wichtige Erkenntnis der Arbeit lautet, dass keine der Dorfladeninitiativen zum Leben erweckt worden wäre, hätten privatwirtschaftliche Unternehmen die Lebensmittelnahversorgung im Ort geleistet. Es ging den Initiativen nicht darum, mit konventionellen Marktlogiken zu brechen oder gesamtgesellschaftliche Verhältnisse grundlegend zu transformieren. Vielmehr waren es die Passivität privatwirtschaftlicher Akteure und die mitunter auch als „Ausfallerscheinungen“ (Int_1) beklagten örtlichen Entwicklungen, die die Interventionsgedanken befruchteten. Funktionsverluste schlugen zum Teil drastisch zu Buche und auch für die Zukunft war keine Besserung in Sicht. Im Gegenteil: Die Anzeichen für eine weitere Zuspitzung waren unverkennbar – und wirkten bisweilen bedrohlich. Örtliche Defizite als Triebkräfte sind zu unterscheiden von Kräften impulsgebender Art, welche die Idee für ein genossenschaftliches Initiativ-Werden lieferten und inspirierenden Charakter trugen. Daran schließt die zweite Erkenntnis der Arbeit an: Bürgerschaftlich getragen ist nicht gleichzusetzen mit bürgerschaftlich initiiert. Allen vier Initiativen ging ein aktivierender Impuls voraus; d.h. sie wurden angeregt durch einen politischen Willen zur Raumstabilisierung, der auf überörtlicher Ebene seinen Ursprung hatte und darauf abzielte, den dörflichen Kontext als Ebene des Intervenierens herauszustellen und die Bewohnerinnen zur Verantwortungsübernahme zu aktivieren.

Dabei nahmen kommunalpolitische Akteure, auch in Sorge um die Standortattraktivität und die damit verbundene Zukunftsfähigkeit ihres Ortes, eine Schlüsselrolle ein. Ein Dorfladen schien imstande, der bereits in Gang gesetzten Abwärtsspirale, die sich durch demografische Schrumpfung und infrastrukturelle Funktionsverluste wechselseitig verstärkte, etwas entgegenzusetzen. Kommunalpolitische Akteure nahmen die Idee für ein genossenschaftliches Modell im Zuge ihres Agierens in übergeordneten entwicklungspolitischen Zusammenhängen auf, um sie vor Ort zur Diskussion zu stellen – und für die Notwendigkeit eigenverantwortlichen Agierens zu

sensibilisieren. Die dabei vermittelte Alternativlosigkeit wurde mit zwei Argumenten untersetzt. Zum einen sei nicht davon auszugehen, dass sich in absehbarer Zeit etwas an der Passivität privatwirtschaftlicher Akteure ändere – oder wie ein kommunalpolitischer Akteur den Bewohnerinnen deutlich vor Augen führte: „Es wird niemand anderes kommen." (Int_15) Zum anderen fehle es den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern an Gestaltungskraft, um an dieser defizitären Situation in Eigenregie etwas zu ändern. Aus diesen Umständen tut sich eine Lücke auf, die – so das Argumentationsgerüst – nur durch eigenes Initiativ-Werden gefüllt werden könne.

Auch wenn die Gemeinden gewillt waren, die Initiativen für den Anschub zu unterstützen und dies auch nach Kräften taten (etwa über Darlehen oder vergünstigte Mieten für die Ladenimmobilien), waren dem Dazutun stets enge Grenzen gesetzt. Schwerer noch als knappe Haushaltsbudgets wogen dabei die Gemeindestrukturen. Die den Initiativen zugrunde liegenden Dörfer sind Ortsteile übergeordneter Gemeinden (Ausnahme: Linsburg). Daraus folgt, dass die politischen Mandatsträgerinnen der jeweiligen Dörfer nicht (mehr) eigenständig über die Verwendung kommunaler Mittel entscheiden können, sondern sich darüber mit den politisch Verantwortlichen der anderen Ortsteile im Gemeinderat einigen müssen. Da ein Dorfladen in erster Linie für den betreffenden Ortsteil eine Bewandtnis hat und grundsätzlich die Sicherung der Lebensmittelnahversorgung keine kommunale Pflichtaufgabe darstellt, also weit außerhalb des originären Zuständigkeitsbereiches lagert, musste sich der kommunale Beitrag darauf beschränken, „den Start zu erleichtern" (Int_2). Hinzu kam, dass Begehrlichkeiten bei anderen (privatwirtschaftlichen) Akteuren erweckt worden wären, wenn die Gemeinden in größerem Umfang öffentliche Gelder in die Vorhaben hätten fließen lassen. Oder noch konfliktgeladener, wenn das Überleben der Läden langfristig mit kommunalen Mitteln hätte subventioniert werden müssen. Letzteres war in keiner der Initiativen vorgesehen.

Die aus politisch-institutionellen Zusammenhängen mittels Informationsveranstaltungen an die Bewohnerinnen vermittelte Idee für einen genossenschaftlichen Dorfladen und die dabei artikulierte Notwendigkeit, selbst Verantwortung übernehmen zu müssen, wenn man will, „dass der Ort nicht stirbt" (Int_8), traf auf Resonanz: Bewohnerinnen fühlten sich angesprochen. Die Idee entfaltete eine motivierende Kraft. Sie wurde von einigen als vielversprechender Weg erachtet, um die Lebensqualität im Ort zu halten und zukünftig zu sichern. Und mehr noch: Rückblickend hatte sich eine gewisse Euphorie und Aufbruchsstimmung ausmachen lassen. Insofern lässt sich in Anschluss an die Debatte um Responsibilisierung (Steinführer 2015) festhalten, dass zwei Aspekte ineinandergriffen. Zum einen gab eine politisch induzierte Erwartungshaltung zur Übernahme von Verantwortung durch die Bewohnerinnen den Anstoß (Fremdresponsibilisierung). Konfrontiert mit der kommunizierten Alternativlosigkeit des Initiativ-Werdens zeigte sich zum anderen auch eine Bereitschaft, eine solche Verantwortungsübernahme zu schultern, anstatt in Passivität zu verweilen (Selbstresponsibilisierung). Für alle vier untersuchten Initiativen gilt: Ohne Rückhalt aus der Bewohnerschaft wäre die Idee wieder verworfen worden.

Die Argumente, einen Dorfladen haben zu wollen, waren vielfältig. Nicht zuletzt ging es darum, Bewohnern, die von schwindenden Versorgungsoptionen besonders betroffen waren (also immobile, zumeist hochbetagte Menschen), die Möglichkeit zu eröffnen, ihren Lebensalltag selbstbestimmt bewältigen zu können. Die Lebensmittelnahversorgung wiederherzustellen war dabei nur ein Aspekt. Bedeutsamer noch war das Anliegen, einen Ort zu schaffen, der Begegnung und (unverbindliche) Kommunikation möglich macht und als „Informationsbörse" (Int_7) fungiert. In diesem Zusammenhang erschien ein Dorfladen nützlich, ein positives Signal gegen die sich abzeichnende Anonymisierung des dörflichen Lebens zu setzen und der sich anbahnenden atmosphärischen Leere im Ortskern entgegenzuwirken. Die fußläufige Erreichbarkeit erfüllt dann nämlich nicht nur den Zweck, immobilen Bewohnern ein selbstbestimmtes Einkaufen zu ermöglichen, sondern auch, dass der Dorfladen zum Ziel eines Spazierganges wird.

Eine allgemeine Resonanz für den Dorfladen bedeutete allerdings nicht, dass alle daran Interessierten gleichermaßen gewillt waren, persönliche Ressourcen für das Vorhaben einzubringen oder einen verantwortungstragenden Posten (in Vorstand/Aufsichtsrat) zu übernehmen. Besonders bei Letzterem trat eine schwerwiegende Problematik hervor. Bewohnerinnen fiel Verantwortung zu, ohne dass sie dies ursprünglich intendiert hatten. Viele federführende Akteure äußerten, dass sie sich selbst nicht proaktiv in eine verantwortungstragende Position begeben hätten. Stattdessen waren in erster Linie kommunikative Zuspielungen sowie das Bewusstsein, dass Passivität letztlich zum Scheitern der Initiative führen würde, maßgebliche Treiber. Dabei trugen ihr bisheriges ortsbezogenes Engagement und die damit verbundene Anerkennung und Sichtbarkeit im örtlichen Sozialgefüge maßgeblich dazu bei, dass sie Erwartungen zur Verantwortungsübernahme auf sich zogen und auch bei dieser Initiative wieder in die erste Reihe rückten – oder wie ein Gesprächspartner erfahrungsgemäß zu berichten wusste: „Es sind eh immer die Gleichen, die etwas machen." (Int_6) Auch wenn die Verantwortungsübernahme nur in Ausnahmen als etwas Widerwilliges geäußert wurde, war doch immer wieder ein beträchtliches Unbehagen darüber zu vernehmen, nunmehr die Zügel in den eigenen Händen zu halten. So herrschte eine große Unwissenheit darüber, welche Aufwände solche Vorhaben mit sich bringen und welche Fachkenntnisse hierfür eigentlich erforderlich sein würden. Es tat sich eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Einfachheit der Idee und der Komplexität der tatsächlichen Umsetzung auf. Überforderungen, überbordende ehrenamtliche Arbeitslasten und ein daraus resultierendes Zurückstecken privater Belange waren in zahlreichen Gesprächen Thema.

Die regieführenden Akteure verfestigten sich durch ihr Tun zu kaum mehr ersetzbaren Schlüsselakteuren, wodurch sich die Möglichkeiten zum Rückzug zusehends verengten. In einem besonders schwerwiegenden Fall sprach ein Protagonist von einer „Zwangssituation" (Int_16), wonach er den einmal eingeschlagenen Weg nicht ohne Weiteres verlassen könne. Solche mitunter eindrücklich geschilderten Fixierungen rührten nicht zuletzt aus einem Mangel an Personen im Ort, die die organisatorischen Geschicke, die erforderlichen Kompetenzen wie auch die Anerkennung im Ort besaßen, um entsprechende Ausfälle zu kompensieren. Hinzu kam, dass auch andere Bewohnerinnen um die mit einer solchen Position verbundenen Belastungen wussten und entsprechend schwer zu einer Verantwortungsübernahme zu bewegen waren.

Die Protagonistinnen teilten das Bewusstsein: Möglichst viele Bewohner möglichst eng an die Organisation zu binden, stellt eine Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit eines genossenschaftlichen Dorfladens dar. Je stärker die Bindung und die Identifikation mit diesem sei, desto ausgeprägter wäre auch die Bereitschaft, im Laden einzukaufen und hierfür über ein (im Vergleich zu konventionellen Einkaufsmärkten) höheres Preisniveau und eine eingeschränkte Warenvielfalt hinwegzusehen. Dieses Bewusstsein verinnerlicht, brachten die federführenden Akteure umfassende Anstrengungen auf, um die Deutungshoheit über die Wichtigkeit eines Dorfladens zu gewinnen. Die Bewohner waren aufgerufen, sich mit finanziellen Mitteln und mit ihren Kompetenzen für den Aufbau ihres Ladens einzubringen. Ein solches Einbringen persönlicher Ressourcen kam nicht ohne Gegenleistung aus: Den Bewohnern wurde ein erhebliches Mitspracherecht zugestanden, ihre Ideen und Wünsche im Hinblick auf das Waren- und Dienstleistungsangebot einzubringen. Die Verankerung des Dorfladens als Gemeingut im Ort umfasste nicht nur das einmalige Gewinnen von Mitgliedern, sondern war langfristig angelegt. Die Gebundenheit sollte dazu führen, dass die Mitglieder ihr Einkaufsverhalten am Wohle des Ladens wieder innerorts ausrichten würden und so ein kontinuierlicher Umsatz sichergestellt wäre. Deutlich wurde, dass die federführenden Akteure dies gern als Selbstverständnis im Ort normiert hätten. Der Dorfladen sollte sich unhinterfragt in die Alltagswelt einfügen. Gleichwohl war unverkennbar, dass dies nicht ohne wiederholte Appelle auskam. Mahnende Worte, dass es sich bei dem geschaffenen genossenschaftlichen Dorfladen um ein Gemeingut des ganzen Dorfes handele, welches nur dann überlebensfähig wäre, wenn die Bewohner dieses Angebot auch kontinuierlich nutzen würden, erwiesen sich als unverzichtbar – oder wie eine Gesprächspartnerin anmahnte: „Wir alle sitzen in einem Boot, das ist unser Laden. Das sagen wir auch immer vom Vorstand: ‚Das ist nicht mein Laden, das ist unser Laden. Wenn ihr wollt, dass der läuft, dann müsst ihr hier einkaufen kommen.'" (Int_7)

Solche Aufrufe erforderten seitens der tragenden Akteure nicht nur einen langen Atem, sondern schufen auch ein gewisses Unbehagen darüber, dass sich die zu Anfang abgesteckte gemeinschaftliche und langfristig ausgerichtete Trägerstruktur letztlich doch als fragiler erwies als ursprünglich angenommen. Dabei waren die Vorhaben nicht nur konfliktgeladen zwischen jenen, die für einen Dorfladen die Stimme erhoben und jenen, die einen solchen nicht als nötig erachteten und sich nicht dazu motivieren lassen wollten, ihre Einkaufsgewohnheiten wieder nach innen zu orientieren. Sondern es taten sich auch Unstimmigkeiten zwischen jenen auf, die in federführender Verantwortung die Funktionstüchtigkeit und das Überleben des Ladens sicherzustellen hatten, und den Mitgliedern, die angehalten waren, dem anfangs geäußerten Interesse und dem Vertrauenszuspruch auch Taten folgen zu lassen.

Neben dem Einbezug weiter Teile der Bewohner teilten die Initiativen ein großes Interesse, bereits vor Ort agierende Marktakteure einzubinden. Mit der Eröffnung eines Dorfladens, so ein von den Protagonistinnen von Beginn an mitbedachter Aspekt, würden bisherige wirtschaftliche Gleichgewichte ins Wanken geraten. Konkurrenz und Missgunst wären unweigerlich die Folge, wenn der Laden die Existenz anderer Gewerbetreibender im Ort gefährden würde. So waren die federführenden Akteure um ein harmonisches Miteinander bemüht. Bestehende Einrichtungen sollten integriert werden oder, wenn dies deren Interessen widerstrebte, zumindest

keine Bedrohungslage durch eine Koexistenz geschürt werden, indem man diesen ihre Absatzmärkte streitig machen und die ohnehin knappe Nachfrage im Ort absorbieren würde. Trotz dieses Interesses konnten solche spannungsgeladenen Verhältnisse nicht immer konfliktfrei ausgependelt werden. So kamen in Linsburg wirtschaftliche Akteure zur Sprache, die das Beibehalten des Status quo (keinen Dorfladen) präferierten und somit dem Vorhaben ablehnend gegenüberstanden – und bisweilen Unmut im Ort erweckten.

Die Initiativen wurden gegründet, da die zugrunde liegenden Orte für konventionelle Marktteilnehmer keine finanziellen Anreize zur Lebensmittelnahversorgung (mehr) geboten hatten. Daraus ist nicht zu schlussfolgern, dass die neu geschaffenen Dorfläden außerhalb der Marktsphäre agierten. Oder zugespitzter formuliert: Der Markt brauchte die Läden nicht, aber die Läden brauchten den Markt. Entgegen ihres Anspruches, sich von konventionellen Lebensmitteleinzelhandelsketten sowohl hinsichtlich Warenangebot (z.B. über den Vertrieb regionaler Produkte), äußerer und innerer Gestalt (z.B. über identitätsstiftende Logos) wie auch der Verkaufsphilosophie (z.B. Hervorhebung kommunikativer Aspekte) abzuheben und darüber das eigene Profil zu schärfen, verfestigte sich bei den federführenden Akteuren das Bewusstsein, dass auf großbetriebliche Marktakteure zurückgegriffen werden muss – auch um die Vielfalt der Mitgliederwünsche bedienen und damit die Überlebensfähigkeit gewährleisten zu können. Die Notwendigkeit zum Eingehen solcher Kooperationen erwies sich aus mehreren Gesichtspunkten als problematisch. Erstens mussten Lebensmittelgroßhändler gefunden werden, die bereit waren, zu konkurrenzfähigen Konditionen Waren zu liefern. Da der Lebensmittelmarkt von Akteuren dominiert wird, für die ein Agieren in kleinem Maßstab nicht infrage kommt, ergaben sich unweigerlich prekäre Verhandlungskonstellationen mit erheblichen Machtungleichgewichten. Auf der einen Seite des Verhandlungstisches saßen die Protagonisten der Dorfläden mit begrenzten Fachkompetenzen und schwacher Argumentationsbasis, um bei regulären Marktakteuren eine Kooperationsbereitschaft zu erwecken. Demgegenüber saßen professionelle Vertreterinnen ebenjener Marktakteure, die ein Interesse besaßen, für ihr Unternehmen die bestmöglichen Konditionen herauszuhandeln. Die Sorge davor, „in irgendwelche Fallen, in irgendwelche Knebelverträge“ (Int_4; auch Int_8; Int_19) zu geraten, war groß und stets mit einer unheilvollen Furcht verknüpft, dass „der Laden dann den Bach runtergeht“ (Int_4).

Die betrachteten Initiativen richteten sich multifunktional aus; d.h. sie dehnten ihr Kerngeschäft über den Verkauf von Lebensmitteln aus und gliederten eine große Bandbreite diverser Dienstleistungen an. Dies lag zum einen im Wunsch zur Stabilisierung der örtlichen Versorgungslage begründet – oder wie in Linsburg festgehalten: „**Der Dorfladen fängt das auf, was sowieso aufgegeben worden wäre.**“ (OD1_20: 3; Hervorhebung im Original) Zum anderen wurde Multifunktionalität als unerlässlich erachtet, um darüber eine hohe Kundenfrequenz zu erwirken. Wer im Dorfladen bspw. seine Postgeschäfte abwickeln kann, würde – so die Hoffnung – die Gelegenheit nutzen, auch gleich seine Lebensmitteleinkäufe zu erledigen. Die absehbar prekäre finanzielle Lage veranlasste die Initiativen, weitere Geschäftstätigkeiten zu bündeln. Umgekehrt wurde in den Gesprächen immer wieder geschildert, wie die Initiativen selbst privatwirtschaftliche Interessen auf sich zogen. Post- und Bankdienstleister ersuchten die Zusammenarbeit, um ihre Leistungen fortan über die neu geschaffenen Läden abzuwickeln. Solche Un-

gleichgewichte wogen schwer und führten letztendlich zu einer Mehrbelastung für die federführenden Akteure und gesteigerten Anforderung an die Angestellten. Da Letztere aufgrund der angespannten Finanzsituation nur in geringem Umfang (und mit verhältnismäßig geringen Gehältern) beschäftigt werden konnten, hatten die Protagonistinnen – entgegen ihrer ursprünglichen Absicht – weiterhin immense unentgeltliche Arbeit zu schultern.

7.2 Genossenschaftliche Dorfläden als soziale Innovation zur Entwicklung ländlich-peripherer Räume – kritische Reflexionen

In politischen und medialen Debatten erhalten genossenschaftliche Dorfläden eine große Aufmerksamkeit. Auch in wissenschaftlichen Publikationen wird das Modell als potenzialträchtiger und innovativer Ansatz diskutiert, um den multiplen Krisenkonstellationen ländlich-peripherer Räume wirkungsvoll zu begegnen (u.a. Elsen 2017; Willersinn et al. 2015). Blome-Drees (2017a: 13) wertet die steigende Zahl an sozialgenossenschaftlichen Initiativen als Indiz dafür, dass diese „für aktuelle Probleme ein erhebliches Lösungspotential aufweisen" (ähnlich zuversichtlich: Bauer et al. 2014: 7). Sie sind – wie es ein Gesprächspartner treffend formulierte – „eben nicht auf Gewinn und Gewinnmaximierung ausgerichtet, sondern auf Selbstversorgung von Bürgern für Bürger" (Int_1). Ihr geschäftliches Wirken ist am Gemeinwohl orientiert und geht, da die Läden auch Nicht-Mitgliedern offenstehen, über den Kreis der Genossinnen hinaus. Die Initiativen basieren auf demokratischen Grundpfeilern (gleiche Mitbestimmungsrechte für alle Mitglieder, unabhängig von den eingebrachten Finanzmitteln) und schaffen bezahlte Beschäftigung.

Dabei teilen genossenschaftliche Dorfläden zahlreiche Merkmale, die sie anschlussfähig an wissenschaftliche Debatten zu sozialen Innovationen machen. Die Protagonistinnen verfolgen das „Ziel, Probleme oder Bedürfnisse besser zu lösen bzw. zu befriedigen, als dies auf der Grundlage etablierter Praktiken möglich ist" (Howaldt/Schwarz 2010: 89). Erfolgreiche Initiativen finden breite Beachtung in der medialen Berichterstattung, strahlen über ihr örtliches Wirkungsfeld hinaus und setzen Nachahmung in Gang. Die Idee findet in institutionalisierten Strukturen ihren Niederschlag. Förderprogramme werden aufgesetzt, um die Idee weiterzutragen und entsprechende Initiativen auf den Weg zu bringen (eine Übersicht liefert Eberhardt 2019). All dies sind Wesenszüge sozialer Innovationen, die auch in den betrachteten Initiativen nachgewiesen werden konnten. Gleichwohl traten in der Arbeit Aspekte zutage, die eine kritische Reflexion erforderlich machen.[89] Entsprechende Argumente werden im Folgenden aufgespannt und diskutiert.

[89] Interessanterweise brachte nicht einer der Gesprächspartner die Begriffe „Innovation" oder „innovativ" im Zusammenhang mit dem eigenen Wirken im Hinblick auf den Dorfladen ins Spiel. Der Begriff „innovativ" fiel lediglich einmal – und zwar in Linsburg. Ein Gesprächspartner verwies darauf, dass ihr Dorfladen in einer Broschüre des Zukunftsforums Niedersachsen als ein innovatives Projekt vorgestellt wurde (SD1_19: 182f.). Es handelt sich somit um eine Fremdzuschreibung.

(1) Initiativ-Werden angesichts örtlichen Problemdrucks

Ziel des Initiativ-Werdens war es nicht, eine Genossenschaft zu gründen. Ziel war es, einen Dorfladen zu haben, wofür der Weg über ein genossenschaftliches Modell gegangen werden musste. Die Initiativen wurden als Reaktion auf infrastrukturelle Ausfälle zum Leben erweckt, die sich zum Teil drastisch gezeigt und gepaart mit demografischen Schrumpfungserscheinungen zu einer bedrohlichen Problemkulisse verdichtet hatten. Bewohnerinnen griffen zu genossenschaftlicher Selbsthilfe, da sie ihnen eine Perspektive bot, hervortretenden Krisenerscheinungen zu entschärfen, denen andernfalls niemand begegnet wäre und absehbar auch niemand begegnen würde. Sie unterstanden gewissermaßen einem „Innovationsdruck" (Barlösius et al. 2008: 162). Die Protagonisten in Linsburg fassten den Entschluss zum Intervenieren gemäß …

> *„(…) dem Motto: Wir müssen etwas machen. Wir dürfen das nicht einfach so weiterlaufen lassen und die Sache auf uns zukommen lassen und immer nur reagieren, sondern wir sollten jetzt, wo es noch nicht ganz so schlimm ist, etwas machen." (Int_1)*

So ist die Beobachtung von Zibell/Revilla Diez (2014: 32) nachdrücklich zu bekräftigen, wonach das „Bewusstsein der Bevölkerung für (…) die Stärkung ihrer Nahversorgung (…) kaum ohne Leidensdruck [entsteht]". Die Bewohner sind nicht als Raumpioniere in die Orte gezogen, da sie in krisenhaften Entwicklungen eine Gelegenheit erkannt hatten, sondern sie sahen sich mit defizitären Umständen konfrontiert, auf die es zu reagieren galt – eben solange es *noch nicht ganz so schlimm ist*. In keinem der Fälle ging es darum, gesamtwirtschaftliche Verhältnisse grundlegend zu transformieren. Im Gegenteil: Privatwirtschaftlichen Investoren wäre man mit offenen Armen begegnet. Aber es kam keiner. Eine Genossenschaft war somit Mittel zum Zweck, ein Instrument zur Selbsthilfe, da keine aufwandsärmere Alternative bereitstand. Aussagen wie, dass man „sich dieses genossenschaftlich Organisierte erstmal nicht antun [wollte]" (Int_20) zeugen vom darin eingefassten Unbehagen. Wichtig erscheint hierbei zu reflektieren, dass sich *Wollen* und *Müssen* in einigen Gesprächspassagen markant annäherten – oder wie eine Mitinitiatorin im Vorfeld der Gründung äußerte: „Wir wollen keine Genossenschaft gründen, wenn das nicht sein muss." (Int_13)

(2) Mitbestimmung als Erfordernis und Herausforderung

Um eine breite Teilhabe zu erwirken, gestanden die Initiatorinnen den Bewohnern erhebliche Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu. Die Bereitschaft, eigene (insbesondere finanzielle) Ressourcen bereitzustellen – so das verankerte Bewusstsein – könnte nur erweckt werden, wenn es im Gegenzug gelänge, die Wünsche der (künftigen) Mitglieder zu einem attraktiven Gesamtpaket zu vereinen. In der Literatur wird Mitbestimmung zumeist als Stärke des genossenschaftlichen Organisationsmodells gewürdigt, wonach davon produktive Impulse für Problemlösungen ausgehen (u.a. Jensen-Auvermann et al. 2018; Klemisch/Flieger 2007). In den untersuchten Initiativen wurde Mitbestimmung in erster Linie zu einer Überlebensfrage. Dabei offenbarte sich den Protagonistinnen deutlich die Kehrseite. Alle (häufig widerstrebenden) Wünsche zu harmonisieren, wirkte für die Initiativen in weiten Teilen herausfordernd und bisweilen konfliktträchtig. Eine pluralisierte Gesellschaft kommt in heterogenen Erwartungen zum Ausdruck. Ein für alle Bewohner zufriedenstellendes Gesamtpaket (und noch dazu auf

kleinem Raum) zu schnüren, fiel schwer. Eine unausweichliche Konsequenz daraus war, dass die Läden ambitioniert sein mussten, wobei sich zwei Orientierungen gegenüberstanden. Einerseits musste ein Bild des Selbst-Geschaffenen entwickelt und bspw. durch die Vermarktung regionaler Produkte ein einzigartiges Profil konturiert werden, um sich so von konventionellen Einkaufsmärkten abzuheben. Und andererseits mussten die Initiativen die Qualitäten und Annehmlichkeiten (wie ein geringes Preisniveau und eine breite Warenvielfalt) von ebenjenen konventionellen Einkaufsmärkten aufbieten – und dabei entsprechenden Vergleichen standhalten. Dies leitet zum dritten Punkt über:

(3) Operieren in Marktsphären als besondere Herausforderung

Ein genossenschaftlicher Dorfladen als Organisationsform bürgerschaftlicher Verantwortungsübernahme, welche sich mit wirtschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen hat, besitzt eine größere Komplexität und Tragweite als ein Verein, dessen Aktivitäten im Freizeit- oder Kulturbereich verortet sind und der vorwiegend auf unentgeltlichem Engagement beruht. Oder wie es ein Gesprächspartner pointierte: Ein genossenschaftlicher Dorfladen sei „kein Murmelclub" (Int_6). Dies wurde aus mehreren Gesichtspunkten deutlich. So stellt eine unzureichende Nutzung und damit ein Ausbleiben von Umsätzen ein existenzbedrohendes Problem dar. Fixkosten wie Ladenmiete und Gehälter der angestellten Mitarbeiter sind zu bezahlen, der Nicht-Verkauf verderblicher Lebensmittel führt zu Fehlbeträgen. Angesichts dessen gewannen in den untersuchten Initiativen Erwägungen ökonomischer Effizienz und Leistungsfähigkeit an Bedeutung, was bereits in seinen Anlagen konfliktgeladen ist, da Ineffizienz ein Zurückgreifen auf das eingelagerte Privatkapital der Mitglieder zur Folge hat. In einem besonders spannungsreichen Fall – der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG – führte dies letztlich zur Betriebsaufgabe und mündete in allgemeinen Unmut und gegenseitigen Schuldzuweisungen.

Wie die Untersuchung gezeigt hat, waren die Initiativen weit davon entfernt, sich von marktwirtschaftlichen Zusammenhängen entbinden zu können. Während Mose (1989: 165) optimistisch formulierte, dass „die Versuche zur ‚Selbsthilfe' im ländlichen Raum vielfach bereits eine beachtliche Eigendynamik entwickelt [haben], deren emanzipatorische Wirkung nicht unterschätzt werden darf", muss dem anhand des Analysierten eine pessimistischere Sichtweise entgegengestellt werden. Gerade marktwirtschaftliche Zusammenhänge, die außerhalb des eigenen Einflussbereiches lagen, machten den Initiativen in besonderer Weise zu schaffen. Vor allem das Zurückgreifen auf professionelle Unternehmen als Vertragspartnerinnen entpuppte sich als herausfordernd, da diese den Initiativen die ungleichen ökonomischen Kräfteverhältnisse in besonderer Weise zu spüren gaben. Die dem Marktgeschehen inhärenten Unwägbarkeiten verengten die eigenen Gestaltungsspielräume zum Teil erheblich und bremsten die Ambitionen zur Selbstentfaltung bisweilen aus. Auf die Zusammenarbeit mit machtvollen Marktakteuren angewiesen zu sein bedeutet zugleich, sich deren Forderungen kaum entziehen zu können. Selbst klein zu sein bildete dabei für die Initiativen eine denkbar schlechte Verhandlungsbasis. Geringe Warenvolumen schlugen sich in benachteiligenden Bezugskonditionen nieder, was wiederum zulasten der Wirtschaftlichkeit ging.

Für andere Marktteilnehmer wiederum tauchten mit den Initiativen lukrative Geschäftspartnerinnen auf. So wurde in den Gesprächen immer wieder eindrücklich geschildert, wie konventionelle Marktakteure die Läden für sich entdeckten und Bemühungen ergriffen, ihre Leistungen über die neu geschaffenen Dorfläden abzuwickeln und damit Kosten zu externalisieren. Das Ersuchen solch strategischer Zusammenarbeiten fiel bei den Initiativen auf fruchtbaren Boden, da sie letztlich unerlässlich waren, um sich darüber multifunktional aufzurichten und eine hohe Kundenfrequenz zu erwirken. Bisherige arbeitsteilige Strukturen und Funktionstrennungen im Dorf wurden – so insbesondere in Linsburg und Schapdetten geschehen – zugunsten größerer Effizienz unter dem Dach der neu geschaffenen Läden vereinigt. Die Initiativen erlangten im Zuge dessen – vorwiegend auf unentgeltlicher Basis (der verantwortungstragenden Akteure) und mit knappen Gehältern (der Angestellten) – die Hoheit über eine große Bandbreite infrastruktureller Einrichtungen im Ort, die zuvor aufgegeben worden waren oder deren Abzug drohte. Zugespitzt ließe sich formulieren, dass mit den Initiativen eine Tür zu prekären Beschäftigungsverhältnissen aufgestoßen und privatwirtschaftlichen Verwertungsinteressen Vorschub geleistet wurde – bei gleichzeitig hoher Arbeitslast für die Engagierten. Freilich war dies seitens der Protagonisten nicht intendiert und machte einige Gesprächspartnerinnen auch missmutig, stellte sich aber als Nebenprodukt des eigenen Wirkens als kaum vermeidbar heraus. Problematisch war die Absorption infrastruktureller Leistungen durch die Initiativen auch insofern, als die federführenden Akteure damit zusätzliche Erwartungshaltungen seitens der Mitmenschen im Ort auf sich zogen, was die Möglichkeit zum Rückzug bisweilen verengte. Oder wie ein Gesprächspartner in Scharfenstein/Venusberg schilderte: „Wenn das Ding den Bach runtergeht, dann kommt nichts wieder. Das ist die letzte Chance. (…) Irgendwie müssen wir das Ding zum Laufen bringen.“ (Int_16) Daran schließt Punkt 4 an:

(4) Gefahr neuer Fixierungen

Die Bereitschaft der federführenden Akteure, eine verantwortungstragende Position (in bisher unbekanntem wirtschaftlichen Terrain) einzunehmen, stand im Zusammenhang mit der Erwägung, sich nach der Ladeneröffnung wieder zurückzunehmen, wenn ein kontinuierlicher Umsatz umfassende bezahlte Beschäftigung möglich macht – also eine wirtschaftlich stabile Organisation geschaffen wäre. Zu einem solchen beabsichtigten Abstandnehmen kam es im Laufe der frühen Nachgründungsphase in keiner der vier Initiativen. Die unentgeltliche Arbeit wurde nicht weniger, sie wurde vielfach mehr, wobei nicht zuletzt die Multifunktionalität ihren Tribut forderte. Mit wachsenden Ambitionen hinsichtlich des Leistungsspektrums ging eine zunehmende Komplexität einher – und damit ein Mehr an Arbeit. Entsprechende Fehleinschätzungen hatten weitreichende Konsequenzen. Sie engten die Möglichkeiten zum Ausstieg der (ehrenamtlich agierenden) Verantwortungsträger vielfach ein. Dabeisein kam dabei nicht selten einem Dabeibleiben gleich, um das Überleben des Ladens zu sichern. Viele Gesprächspartner empfanden dies als persönliche Belastung; mit ihrer Eingebundenheit wurden sie zu unverzichtbaren Konstanten. Eine solche Fixierung hatte zur Folge, dass sich der Kreis der Verantwortungsträgerinnen verfestigen musste, um nicht durch ein Ausscheiden den verbleibenden Weggefährten zusätzliche Arbeitslast aufzubürden. Dies gelang nicht immer: In allen Initiativen haben sich im Verlauf des Aufbaus und der frühen Nachgründungsphase Personen aus den Vorhaben

verabschiedet, oftmals da sie der Sache nicht gewachsen und sich „einfach des Ausmaßes nicht bewusst“ (Int_6) waren, aufgrund „zwischenmenschliche[r] Dinge“ (Int_19) oder weil die Initiativen Richtungen eingeschlagen hatten, die ihren persönlichen Vorstellungen entgegenstanden.

So zogen die verbliebenen Protagonisten zusätzliche Erwartungen auf sich, aus denen ein Lösen schwerfiel, nicht zuletzt auch dadurch, da ihnen die Bewohnerinnen privates Geld anvertraut hatten und damit gewissermaßen ein Erfolgsdruck auf ihnen lastete. Diesem nicht standzuhalten mündete im Falle der letztlich gescheiterten Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG in eine akribische Suche nach den Gründen des Misserfolges. Verantwortung übernommen zu haben bedeutete dabei auch, für den Misserfolg verantwortlich gemacht zu werden. Besonders tragisch erscheint dies dann, wenn sich – wie im konkreten Fall – die Einsicht durchsetzt, dass nicht nur das sozialistische System der DDR gescheitert ist und nach dessen Zusammenbruch marktwirtschaftliche Akteure offensichtlich nicht gewillt waren und sind, die örtliche Versorgung zu leisten, sondern nunmehr auch die vermeintliche Alternative eines genossenschaftlichen Ansatzes nicht den ersehnten Erfolg gebracht hat.

(5) Risiken unzureichend reflektierter Diffusion

Genossenschaftliche Dorfläden sind kein Nischenphänomen mehr. Sie sind weniger das Ergebnis örtlichen Experimentierens, sondern werden inspiriert durch überörtliche politisch-institutionelle Impulse. Dies wurde in den vier untersuchten Fallbeispielen in zweierlei Hinsicht deutlich. Erstens wäre ohne solche überörtlichen politisch-intentionellen Impulse keine der Initiativen zum Leben erweckt worden. Und zweitens strahlten die Initiativen nach ihrer Eröffnung über die Ortsgrenzen hinaus aus. Ihnen wurde Aufmerksamkeit durch Außenstehende zuteil, da sie Ungewöhnliches und Bemerkenswertes geleistet hatten. Überörtlich agierende politische Akteure waren zu Gast, um sich die Errungenschaften anzuschauen und mit diesen Eindrücken in ihr politisches Feld zurückzukehren. In überörtlichen Medien wurden die Initiativen als gute Beispiele illustriert und damit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Geleistete diffundierte über die Ortsgrenzen hinaus und spannte damit einen Orientierungsrahmen für andere auf, was möglich ist. Eine solche Multiskalarität ist für soziale Innovationen konstitutiv (dazu Kapitel 3.2). Die untersuchten Initiativen entstammten einer politisch-institutionell induzierten Idee und strahlten nach der Eröffnung selbst auf die politisch-institutionelle Bühne zurück. Ein Auszug aus den Westfälischen Nachrichten, der die Eröffnungsfeier des Dettener Dorfladens dokumentiert, veranschaulicht dies:

> *„Landrat [Vor- und Zuname] lobte die Schapdettener, die sich dem Problem des demografischen Wandels und der Tatsache, dass der Regionalplan für Ortsteile unter 2000 Einwohnern keine Entwicklung vorsieht, gestellt hätten: ‚Sie haben in einer schwierigen Situation nicht nach dem Staat gerufen, sondern das Problem selbst in die Hand genommen.‘ Der erste von einer Bürgergenossenschaft betriebene Dorfladen im Kreis Coesfeld habe Vorbildcharakter.“ (Westfälische Nachrichten vom 28.02.2014; Hervorhebung im Original)*

Solche Darstellungen dynamisieren einen gesellschaftspolitischen Diskurs, der zu mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit mahnt. *Nicht nach dem Staat zu rufen* wird als wünschenswert aufgeladen. Sich passiv, unselbstständig und damit fürsorgebedürftig zu zeigen, wird im Gegenzug abgewertet. Aufmerksamkeit wurde den Initiativen im Wesentlichen in einem Zeitfenster rund um die Eröffnung zuteil, in denen sie eine vielversprechende Euphorie ausstrahlten. Damit waren der Aufmerksamkeit enge zeitliche Grenzen gesetzt.[90] Dies birgt das Risiko, dass damit eine Erwartungshaltung auf überörtlichen politischen Ebenen (re)produziert wird, dass solche Initiativen im ‚Copy-and-paste-Verfahren' auch andernorts – mit gänzlich anderen Voraussetzungen – umgesetzt werden können. Beetz (2007: 16) hat auf die Gefahr hingewiesen, „dass einzelne Modelle übernommen werden, die Kapazitäten und Ressourcen der Anpassung und Veränderung aber nicht ausreichen [sic!] sind". Wie die Arbeit veranschaulicht, ist die Gründung (und vor allem die Etablierung) eines genossenschaftlichen Dorfladens reich an Voraussetzungen. Daher sollte man auch nicht der Annahme aufsitzen, dass ein solches Modell beliebig auf andere Orte übertragbar wäre (dazu Kapitel 7.3).

Eine Einengung der Debatte auf die Erfolgsgeschichten birgt weiterhin die Gefahr, dass grundsätzliche strukturelle Missstände ländlich-peripherer Räume ausgeblendet bleiben. Nicht außer Acht gelassen werden darf dabei, dass dort wirtschaftliche und staatliche Akteure häufig nicht die Kraft entfalten, wie dies in prosperierenden Städten der Fall ist. Dabei haben nicht zuletzt die Bundes- und Landespolitiken mit dem verblassenden Anspruch, die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse" aktiv zu forcieren, dazu beigetragen (vgl. Einig 2008). Gemeindegebietsreformen haben vielerorts die örtlichen Entscheidungsbefugnisse ausgehöhlt. Dörfer wurden in ihrer Eigenständigkeit beschnitten, was häufig eine Erosion örtlicher Identitätsgefüge und ein Abzug funktionstragender Einrichtungen zur Folge hatte. Dem im öffentlichen und politischen Diskurs stark gemachten Gedanken, dass Bewohnerinnen entsprechende Ausfälle nun selbstorganisiert kompensieren können, ist vor diesem Hintergrund mit einer gewissen Skepsis zu begegnen. Dies gilt erst recht dann, wenn man sich dazu die demografischen Entwicklungen vergegenwärtigt. Wenn bereits die etablierten Vereine über Nachwuchs klagen (wie es in den betrachteten Orten immer wieder geschildert wurde) und Engagement für das Gemeinwesen auf immer denselben – und tendenziell weniger werdenden – Schultern lastet (auch dies wurde in den Gesprächen eindrücklich thematisiert), erscheint der Ruf nach mehr Verantwortungsübernahme – und nun zusätzlich in ungewohntem ökonomischen Terrain – nicht nur überfordernd, sondern auch konfliktträchtig. Besonders problematisch wird es, wenn das Geschaffene ‚irgendjemand' – und am besten jemand von den jungen Leuten, die aber mitunter nur noch selten vor Ort anzutreffen sind und häufig andere Interessen haben – weiterführen muss, oder wie ein Linsburger schilderte: „Das müssen also spätere Generationen dann weiterführen." (Int_1)

Berechtigterweise weist Thürling (2014: 15) auf das Risiko hin, dass „das Konzept Genossenschaft Gefahr [läuft], insbesondere im Zusammenhang mit Debatten um die Privatisierung öf-

[90] Interessant ist dahingehend auch, dass das Scheitern der Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG deutlich weniger öffentliche Aufmerksamkeit erzeugte als der Gründungsprozess. Während im Laufe der Gründung und der frühen Nachgründungsphase eine große Zahl an Presseartikeln entstand, konnten mit Blick auf das Scheitern nur wenige Artikel identifiziert werden (siehe Anhang I).

fentlicher Aufgaben, wenn nicht instrumentalisiert, so doch überfrachtet zu werden". Wenngleich die Initiierung eines genossenschaftlichen Dorfladens keine Konsequenz aus der Privatisierung öffentlicher Aufgaben ist, da die Lebensmittelnahversorgung in der Bundesrepublik nicht in staatlicher Hand liegt und auch in der Vergangenheit nicht lag, zeigte sich in den untersuchten Initiativen sehr deutlich, dass staatliches Dazutun für den Anschub elementar war, indem bürgerschaftliche Verantwortungsübernahme als unabdingbare Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Orte offensiv vermittelt wurde. Eine solche Auffassung hat sich in weiten Teilen der politischen Debatte zementiert und findet in der Ausgestaltung ländlicher Entwicklungsprogramme ihren Niederschlag. Hierzu beigetragen haben auch Empfehlungen, die in wissenschaftlichen Publikationen kundgetan wurden. Mose/Nischwitz (2009: 14) haben formuliert: „Auch strukturschwache ländliche Regionen haben sich einem Wettbewerb um innovative Ideen und Konzepte zu stellen." Und Zibell/Revilla Diez (2014: 65) raten zu Folgendem:

> *„Um die Nahversorgungsituation [sic!] zu verbessern, sind die Kommunen als wichtige Impulsgeberinnen gefordert, eine Beteiligungskultur zu fördern und über Leitbildprozesse und Zukunftswerkstätten alle wichtigen Akteure und Akteurinnen für die Entwicklung von Nahversorgungslösungen zu sensibilisieren und zu aktivieren."*

Was aber passiert, wenn eine solche Aktivierung nicht gelingt bzw. von kommunalpolitischen Verantwortungsträgerinnen nicht dezidiert ins Auge gefasst wird? Wenn sich – zugespitzt formuliert – lokale Akteure dafür entscheiden, ‚innovationsfern' zu bleiben? Oder wenn die Bewohnerinnen, wie von Krambach (2008: 20) normativ aufgeladen, nicht die Kraft besitzen, „für die Lebendigkeit und Zukunftsfähigkeit des Dorfes die eigenen Ressourcen und Potenziale zu erschließen und einzusetzen"? Angesichts des gesellschaftspolitisch aufgeheizten Diskurses ist durchaus die Gefahr ernst zu nehmen, dass entsprechenden Orten dann eine mangelnde Reformfähigkeit und ein Verschließen gegenüber (vermeintlichen) Innovationen und den Bewohnerinnen ein „zu geringer Leidensdruck" (Renker 2018: 62) vorgehalten wird.

Dabei, und darauf weist bspw. Thomas (2011: 14) hin, existiert eine große Zahl an Regionen und Orten, in denen es viel zu sehr „um ein Überleben, ein Zurecht- und Klarkommen in der Gegenwart geht", als sich die Menschen zukunftsgestaltenden Projekten (wie eben einem genossenschaftlichen Dorfladen) zuwenden könnten. Der zeitliche Horizont, vor dem Menschen mancherorts handeln, ist ein eher kurzfristiger. Entsprechende Orte würden dann im Kampf um ihre eigene Zukunftsfähigkeit weiter abgehängt werden. Sie stehen dann gewissermaßen im doppelten Sinne als Verlierer da. Erstens, da sie ihren Bewohnerinnen keine attraktiven Lebensbedingungen (mehr) bieten können. Und zweitens, da sie sich auch als Wohnstandorte für potenzielle Zuzügler disqualifizieren. Umso wichtiger ist es, gerade jene Dörfer nicht aus dem Blick zu verlieren, die der weitum kursierenden Vorstellung, dass Dörfer per se eine besondere Qualität des sozialen Miteinanders und eine besondere Veranlagung zum gemeinsamen Anpacken aufweisen, gerade nicht entsprechen.

Born (2017: 31) verweist auf die Gefahr einer neuen Trennlinie zwischen kooperationsstarken und kooperationsschwachen Dörfern. Während aktive und weitreichend vernetzte Dörfer mit einer Offenheit gegenüber unkonventionellen Lösungsansätzen an Attraktivität (für Zuzugs- und Bleibewillige) gewinnen, fallen passive Dörfer weiter zurück – gerade wenn es ihnen nicht

gelingt, Fördermittel für den Anstoß innovativer Projekte einzuwerben. Interessanterweise ist nämlich bürgerschaftliches Anpacken in zahlreichen Förderprogrammen gerade Voraussetzung für die Akquise von Geldern, um Initiativen zu verwirklichen (wie im Falle des Anstoßes des Dorfladens in Linsburg; weiterführend dazu Eberhardt 2019: 63). Grundsätzlich besteht die Gefahr, dass im Glanze der Positivbeispiele die tieferliegenden Ursachen struktureller Missstände unangetastet bleiben und die Wahrung der Lebensqualität den Bewohnerinnen vor Ort überlassen wird. Kersten et al. (2015: 3) geben zu bedenken, …

> *„(…) dass der allmähliche Abbau von Infrastrukturen, die schleichende Akzeptanz von Versorgungsengpässen in peripheren Räumen oder die Abwertung des öffentlichen Raumes zu regionalen und kulturellen Eigenheiten umgedeutet werden. Verödete Räume werden in ‚Kreativzonen' umbenannt, Dorfläden und Caring Communities sollen lokale Defizite nachhaltig ausgleichen. Sozialer Zusammenhalt als gesellschaftliches Leitmotiv verliert im Rahmen dieser veränderten gesellschaftspolitischen Praxis an Boden. Ein neuer Trend zeichnet sich ab: Die soziale Frage nach Gleichheit und Zusammenhalt wird auf der Suche nach dem ‚guten Leben' emotional individualisiert."*

Einer *schleichenden Akzeptanz von Versorgungsengpässen* steht wiederum die schleichende Akzeptanz der Alternativlosigkeit bürgerschaftlichen Initiativ-Werdens gegenüber. Die paradox anmutende Eigenschaft einer sozialen Innovation besteht nun genau darin, dass diese im Zeitverlauf und mit Ausweitung des institutionellen Fundamentes ihren Status als etwas Neuartiges verliert und zu einer gesellschaftlichen Normalität wird (Christmann 2019: 236). Daran gekoppelt ist das Risiko, dass damit prekäre Konstellationen in ländlich-peripheren Räumen an Schärfe gewinnen, die dann wiederum als Normalität abgetan werden. Umso wichtiger erscheint es, dass nicht nur Bemühungen ergriffen werden, soziale Innovationen in die Wege zu leiten. Vielmehr sollte es auch darum gehen, ihnen ein stabiles Gerüst zu geben (dazu Kapitel 7.4).

7.3 Der örtliche Kontext als Resonanzboden für gelingende genossenschaftliche Dorfladeninitiativen – eine Annäherung

Die Gründungsdynamik genossenschaftlicher Dorfläden ist räumlich ungleich in der Bundesrepublik verteilt. Der Schwerpunkt liegt in Bayern und Baden-Württemberg (Haunstein/Thürling 2017; Blome-Drees et al. 2015: 104), also in jenen Bundesländern mit – gemessen an sozioökonomischen Strukturdaten – hohem Wohlstandsniveau (vgl. Küpper/Peters 2019). In ländlich-peripheren Räumen der neuen Länder, in denen sich vielerorts Schrumpfung, Alterung und infrastrukturelle Ausfälle in besonderem Maße wechselseitig verstärken (vgl. Neumeier 2014), entstand hingegen nur eine geringe Zahl solcher Läden. Diese Beobachtung erscheint erklärungsbedürftig. Sie stützt die Annahme, dass Not nicht automatisch Aktivität erzeugt und gerade (ländlich-periphere) Räume mit einem besonders großen Bedarf an alternativen Entwicklungsansätzen und sozialgenossenschaftlichen Initiativen nicht jene sind, wo diese auch zu finden sind (vgl. Neu/Nikolic 2015: 203; Thürling 2014: 12; Amin et al. 2002: 119f.). Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob genossenschaftliche Selbstorganisation womöglich privilegierte-

ren Orten mit bereits ausgeprägten Problembewältigungskapazitäten und etablierten Kooperationsstrukturen vorbehalten ist (vgl. Kundolf et al. 2016: vi). In der Tat legen die Ergebnisse der Arbeit – bei aller gebotenen Vorsicht – nahe, diese Frage mit Ja zu beantworten.

Bei den zugrunde liegenden Orten handelt es sich nicht um ‚Paradebeispiele' peripherisierter Dörfer. Vielmehr teilen sie einige Merkmale, die sie verhältnismäßig privilegiert erscheinen lassen. Die nächstgelegenen Oberzentren sind in maximal 45 Minuten Fahrtzeit zu erreichen. Die nächsten Lebensmittelgeschäfte waren vor der Eröffnung der Dorfläden maximal sechs Kilometer entfernt und keine, wie Neumeier (2014: i) für Orte im Nordosten der Bundesrepublik feststellen konnte, 15 Kilometer. In den Orten gab es auch vor den Initiativen noch die Möglichkeit, Lebensmittel zu erwerben. Der Betriebsschluss des letzten Geschäftes für Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs reichte stets nur wenige Jahre zurück. Unverkennbar war, dass sich die Dörfer in einer Umbruchphase befanden. Die infrastrukturellen Ausfälle schlugen im Vorlauf der Initiativen zum Teil drastisch zu Buche. Die Aktualität des Schwundes spielte für das Zustandekommen der Initiativen insofern eine Rolle, da die zunehmende Funktionslosigkeit (noch) als beklagenswert eingeordnet wurde, anstatt sich mit dieser zu arrangieren und mit individuellen (und aufwandsärmeren) Bewältigungsstrategien vorliebzunehmen. Perspektivisch „nur noch so ein Schlafort" (Int_2) zu sein, in dem nicht nur die Funktionen gestört sind, sondern auch das Sozialleben zum Erliegen kommt, war offensichtlich kein zufriedenstellender Gedanke. Die untersuchten Dörfer bildeten damit einen fruchtbareren Resonanzboden für die politisch induzierte Idee, die Geschicke zum Aufbau eines Dorfladens in die eigenen Hände zu nehmen. Ein Gesprächspartner in Alerheim fand eindrückliche Worte. Aus seiner Sicht …

> *„(…) wäre es nicht gegangen, wenn es nicht sowieso eine funktionierende Dorfgemeinschaft gegeben hätte. (…) Auf der anderen Seite, wenn du eine beschissene Dorfgemeinschaft hast, dann kriegst du so ein Projekt, glaube ich, auch nicht wirklich ans Laufen." (Int_22)*

Diese und ähnliche Aussagen unterstreichen die von Kluth (2017: 10) hervorgebrachte Annahme, dass „für die Bereitstellung von infrastrukturellen Einrichtungen und Diensten [durch eine Bürgergenossenschaft] die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Gemeinschaft Grund und Grenze zugleich [ist]." Dahingehend stachen in der Untersuchung zwei Aspekte besonders markant hervor. Erstens zeigte sich, dass die dörflichen Gemeinwesen, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß, über eine gewisse Erfahrung im produktiven Umgang mit örtlichen Missständen verfügten. Es existierten bereits in der Vergangenheit Initiativen, um Infrastrukturverlusten etwas entgegenzusetzen, etwa zum Erhalt von Sparkassenterminals (in Alerheim und Scharfenstein) oder gegen Schulschließungen (eindrücklich geschildert in Schapdetten).

Daran anschließend zeigte sich, zweitens, dass die Verwirklichung der Idee in hohem Maße von Einzelpersonen vorangetrieben wurde. Besonders deutlich wurde dies in Linsburg, wo sich der Bürgermeister maßgeblich für den Dorfladen einbrachte und nebenher „auch die Dorfgemeinschaft sehr gut zusammen[hält]" (Int_11). Wenn es nun niemanden (mehr) gibt, der imstande und gewillt ist, einen solchen Zusammenhalt zu fördern und kontinuierlich zu pflegen, erscheint es schwierig, für eine gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme und ein gemeinsames Anpacken zur Reaktivierung verlorengegangener Einrichtungen zu sensibilisieren. Nun

setzt aber, wie bspw. Barlösius/Spohr (2017) ausführen, Vergemeinschaftung die Existenz sozialer Orte wie Gastwirtschaften voraus, da diese maßgeblich zur Reproduktion von Sozialkapital und Vertrauen beitragen. Fehlt es an solchen sozialen Orten, besteht Grund zum Zweifel, dass sich Projekte gemeinsamer Verantwortungsübernahme anschieben und umsetzen lassen – auch da es schlichtweg an Orten zum Erfahrungsaustausch über ähnliche Problemerfahrungen fehlt. Nicht beantwortet werden kann an dieser Stelle, inwieweit Erfahrungsaustausch künstlich, etwa durch eine politische Aktivierungsmaßnahme, produktiv in Gang gesetzt werden kann, wenn gegenseitiges Bezugnehmen vor Ort bereits weitgehend zum Erliegen gekommen ist.

Im letztgenannten Punkt besteht nun gleichsam ein Dilemma. Kommunen mit angespannter Haushaltslage müssen den Rotstift zuallererst bei Leistungen ansetzen, zu deren Aufrechterhaltung sie nicht verpflichtet sind – also bei sozialen und kulturellen Einrichtungen und nicht etwa bei der Kanalisation. Die Subventionierung eines genossenschaftlichen Dorfladens, so wurde in den untersuchten Initiativen sehr deutlich, ist für kommunalpolitische Entscheidungsträger kaum vermittelbar, „wenn du jetzt wahnsinnig viel Geld in den Laden (…) investierst als Gemeinde und dafür die Straßen im Ortsteil nicht sanieren kannst“ (Int_22). Kommunale Unterstützung setzt einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung voraus. In diesem Zusammenhang schlagen politische Aspekte von Peripherisierung besonders drastisch zu Buche. So fiel es kommunalpolitischen Entscheidungsträgerinnen in den von Gemeindegebietsreformen überprägten Orten Scharfenstein/Venusberg und Schapdetten besonders schwer, den Genossenschaften Beistand zu leisten und als kraftvolle Koproduzenten aufzutreten, da sich andernorts im Gemeindegebiet privatwirtschaftliche Läden selbstständig behaupten konnten. Anders war es in Alerheim und Linsburg, beides eigenständige Gemeinden. Dort konnten die Initiativen von einem großen Rückhalt der Kommunen profitieren, da auch sie ein besonders ausgeprägtes Interesse am Gelingen hatten.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Struktur der lokalen und regionalen Wirtschaft. So zeigte sich, dass die untersuchten Initiativen in hohem Maße darauf bedacht waren, lokale und regionale Produzenten in ihre Geschäftstätigkeiten einzubinden. Zum einen konnte damit das eigene Profil geschärft und eine Trennlinie zu konventionellen Supermärkten und Discountern gezogen werden. Zum anderen war dies hilfreich, um so eine größere Unabhängigkeit von großbetrieblichen Lebensmittelhändlern zu erwirken. In Regionen, in denen nicht auf dezentrale Strukturen der Lebensmittelproduktion zurückgegriffen werden kann, fällt dieser Trumpf weg. Ein Gesprächspartner formulierte, ihr Laden sei „halt ein zierliches Pflänzchen. Das muss wachsen.“ (Int_15) Das Wachstumsvermögen dieses *Pflänzchens* beruht dabei nicht nur auf dem Nährboden, auf dem es gedeiht, sondern ebenso auf den klimatischen Bedingungen, die es umgibt. Gerade diese unbeeinflussbaren und mit Unsicherheiten behafteten Bedingungen überörtlichen Ursprungs machten den Initiativen besonders zu schaffen.

7.4 Anregungen für Praxis und Politik

Anregungen für potenzielle Gründer

Wollen und Können sind zwei Aspekte, die im Vorfeld zur Gründung eines genossenschaftlichen Dorfladens kritisch in Augenschein genommen werden sollten. Wollen bezieht sich auf die Frage, inwieweit der Bedarf für einen genossenschaftlichen Dorfladen tatsächlich in dem Maße ausgeprägt ist, dass daraus eine Selbstverpflichtung zur regelmäßigen Nutzung erwachsen kann. Aufflammende Euphorie für die Idee sollte nicht als bedingungsloses Entbehren jeglicher Präferenzen ausgelegt werden. Ansprüche, Nutzungsbedürfnisse und Nutzungsintensitäten sind vielfältig, können variieren und sind nicht zuverlässig kalkulierbar. Bezogen darauf konstatierte ein Bewohner in Scharfenstein: "Es gibt die ewig Gestrigen – die meckern, wenn es keinen Laden gibt. Und wenn einer da ist, dann gehen sie nicht hin." (zitiert in Freie Presse vom 16.05.17) Diese Aussage ist ernst zu nehmen. Artikuliertes Wollen und tatsächliche Nutzung können auseinanderfallen, gerade in Anbetracht multioptionaler Gesellschaftsverhältnisse. Routinierte Konsummuster und Außenorientierungen werden durch den Dorfladen nicht grundlegend revidiert. In diesem Zusammenhang sollten auch die Bewältigungsstrategien berücksichtigt werden, die Bewohnerinnen entwickelt haben, um mit einem reduzierten Versorgungsangebot umzugehen.

Hinsichtlich des Wollens ist zu klären, worin die an einen Dorfladen gesteckten Hoffnungen und Erwartungen im Detail begründet liegen. Ist es der Wunsch nach einer Lebensmittelnahversorgung oder überwiegt womöglich das Verlangen nach einer Begegnungsstätte; einem Ort, der (unverbindliche) Kommunikation und Informationsaustausch ermöglicht? In den untersuchten Initiativen lag der Schwerpunkt auf Letzterem. Wenn das Interesse vordergründig auf einer Begegnungsstätte bzw. „Informationsbörse“ (Int_7) liegt, so ist zu erwägen, ob nicht andere Wege eingeschlagen werden können, um einen solchen Ort zu schaffen. Dies schließt ein, Mut zu haben, den Verlockungen zur Gründung eines genossenschaftlichen Dorfladens trotz aufkeimender Euphorie zu widerstehen und aufwandsärmere Alternativen in Betracht zu ziehen. Wichtig erscheint es zudem, sich vor Augen zu führen, dass genossenschaftliche Initiativen auch scheitern können und ein solches Scheitern neue Konfliktherde entfachen kann.

Daran schließen Überlegungen des Könnens an. Die Gründung und Etablierung eines genossenschaftlichen Dorfladens ist – so hat die Untersuchung gezeigt – ein hochgradig zeitintensives, kräftezehrendes und voraussetzungsreiches Unterfangen. Dies betrifft nicht zuletzt die Fähigkeiten der verantwortungstragenden Akteure, denen ein hohes Maß an fachlichen und organisationsgestalterischen Kompetenzen sowie zeitlichen Kapazitäten abverlangt wird. Parallel müssen sie aber auch über die notwendige Überzeugungskraft und Anerkennung im Ort verfügen, um unter Bewohnern Bereitschaft für ein derartiges gemeinschaftliches Projekt zu erzeugen. Nicht aus dem Blick sollte dabei verloren werden: Gibt es Personen im Ort, die bereit und imstande sind, Verantwortung in erster Reihe zu übernehmen, falls sich tragende Akteure zum Rückzug entschließen? Personenabhängigkeiten bieten keine gute Grundlage, um ein solches Vorhaben nachhaltig aufzustellen, da sie nicht nur mit Entbehrungen einhergehen, sondern auch in Frustration umschlagen können.

Vor dem Schritt hin zu einem genossenschaftlichen Dorfladen sollten die lokalen Bedingungen sorgfältig analysiert werden. Hierbei ist zu prüfen, inwieweit die im Ort lagernden Ressourcen und Fähigkeiten für das Vorhaben nutzenstiftend erschlossen werden können. Die Tragfähigkeit hängt maßgeblich davon ab, ob es gelingt, weite Teile der Bewohnerinnen einzubinden und diese für die regelmäßige Nutzung des Ladens zu sensibilisieren. Zudem ist zu eruieren, inwiefern Kooperationen mit lokalen und regionalen wirtschaftlichen Akteuren initiiert werden können, die dazu verhelfen, sich unabhängiger von großbetrieblichen Marktstrukturen auszurichten. Wesentlich erscheint hierbei auch zu reflektieren, ob es Wirtschaftsbetriebe vor Ort gibt, die sich durch die Existenz eines Dorfladens in ihrer Marktstellung angegriffen oder gar ihre persönliche Existenz gefährdet sehen. Gerade Letzteres sollte nicht unterschätzt werden, da existenzgefährdende Konstellationen zu Unmut führen können, wenn bspw. – wie in Venusberg fälschlicherweise geschehen – das Gerücht umgreift, dass der Dorfladen dem Bäcker das Aus bereitet hätte.

Schließlich sollte man sich ins Bewusstsein rufen, dass ein genossenschaftlicher Dorfladen auch immer in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen eingebettet ist. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Komplexitäten und Unwägbarkeiten, die mit einem Agieren in Marktsphären verbunden sind, von den Protagonistinnen anfänglich deutlich unterschätzt wurden. Weitgehend unbeeinflussbare und bisweilen intransparente wirtschaftliche Gemengelagen wiegen schwer und bilden in der Konsequenz den Rahmen, innerhalb dessen sich genossenschaftliche Dorfläden bewegen und behaupten können müssen.

Anregungen für die Politik

Die Entwicklungsprobleme ländlich-peripherer Räume sind umfassend beforscht, gut dokumentiert und Gegenstand reger politischer Debatten. Von Letzterem zeugt bspw. die von der Bundesregierung einberufene Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ (BMI 2019). Unterschiedliche Auffassungen herrschen hinsichtlich möglicher Gegenstrategien. Die Vorschläge reichen von einem weitreichenden Stopp von Infrastrukturinvestitionen (IWH 2019: 24f. im Kontext der neuen Bundesländer) bis zur Ausweisung von „Selbstverantwortungsräumen“ (Aring 2013). Weitgehender gesellschaftspolitischer Konsens besteht allerdings darin, dass ländlich-periphere Räume ohne bürgerschaftliches Anpacken bei der Daseinsvorsorge kaum überlebensfähig sein werden. So bleibt politisches Gegensteuern überwiegend auf die Problematisierung defizitärer Entwicklungen, die Formulierung von Änderungsvorschlägen und den Anschub von Modellprojekten fokussiert.[91] Dabei sollte nicht aus den Augen verloren werden, dass gerade die gegenwärtigen Leitbilder der Raumentwicklung, die auf die Stärkung zentraler Orte ausgerichtet sind und mit einer Aushöhlung der Entscheidungs- und Handlungsspielräume in nicht-zentralen Orten einhergehen, zum weitreichenden Attraktivitätsverlust ländlich-peripherer Räume beigetragen haben. Oder anders ausgedrückt: Die augenscheinlich hervortretende Misere liegt nicht in der ‚Natur‘ ländlich-peripherer Räumen begründet, sondern ist untrennbar mit Entscheidungen auf übergeordneten politischen Ebenen verflochten. Haack

[91] Erwähnt seien an dieser Stelle die Programme „Unser Dorf hat Zukunft“ (BMEL 2017), „Menschen und Erfolge – Ländliche Räume: produktiv und innovativ“ (BBSR 2017) und „Kerniges Dorf!“ (BMEL 2018).

(2004 [2000]: 18) sprach bereits zur Jahrtausendwende davon, dass „ein Schließungsrausch über die Fläche [rollt]“. Dieses Überrollen findet noch immer statt. Was zurückbleibt sind Bewohnerinnen, über die – zugespitzt formuliert – ein Aktivierungsrausch hereinbricht. Kritisch zu reflektieren ist in diesem Zusammenhang, dass die u.a. von Aring (2013: 55) angestellte Beobachtung, dass Dorfbewohnern im Vergleich zu Städtern ohnehin eine stärkere Eigenverantwortung abverlangt wird, in politischen Kreisen offenbar als Argument dient, um ihnen noch mehr Selbstverantwortung aufzubürden.

Um bürgerschaftlich getragenen Organisationen eine belastbare Grundlage zu geben, wäre es wichtig, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Dies gilt sowohl hinsichtlich der finanziellen Ausstattung, vor allem aber auch im Hinblick auf die Frage, wofür die zur Verfügung stehenden Mittel im Verhältnis von freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben verwendet werden können. Einige Autorinnen plädieren dafür, Daseinsvorsorge – stärker als bisher – an der Überlegung auszurichten, inwieweit entsprechende Einrichtungen für die (Wieder-)Herstellung von Alltag relevant sind (dazu Kapitel 2.4). Wenn man nun die Lebensmittelnahversorgung als alltagsrelevant für bestimmte (vor allem immobile) Bevölkerungsgruppen anerkennen und ihr damit ein öffentliches Interesse zugestehen würde, könnte dies den Kommunen die Spielräume erweitern, genossenschaftliche Dorfläden über den Start hinaus zu unterstützen. Dies hätte den Effekt, dass die federführenden Akteure eine größere Sicherheit für ihr Agieren hätten und die Gefahr eingedämmt würde, dass sie frühzeitig von Effizienzerwägungen herausgefordert und durch ökonomische Unwägbarkeiten überfordert werden. Holz-Rau et al. (2010: 489) betonen, dass „Daseinsvorsorge (..) keine Dortseinsvorsorge [ist]“. Wenn man *Dasein* ernst nehmen will, umschließt dies eine Stärkung des wohnortnahen Raumes, was angesichts demografischer Alterung und damit einhergehenden Mobilitätseinschränkungen nur folgerichtig wäre. Gleichzeitig könnte mit einer Hinwendung zu kleinräumigen Strukturen und verbrauchernahen Versorgungseinrichtungen ein Beitrag geleistet werden, Flächenverbrauch einzudämmen und Individualverkehr zu reduzieren (vgl. Janning/Grotefels 2012: 57f.).

Wenn es um bürgerschaftliche Selbsthilfe in ländlichen Räumen geht, erscheint eine Romantisierung ebenso wenig hilfreich wie der Ruf nach einer stärkeren „Anerkennungskultur“ (BMFSFJ 2017: 10). Anerkennung allein ist jedenfalls kaum imstande, den Herausforderungen, die mit einem Eintritt in markwirtschaftliche Sphären verbunden sind, in geeigneter Weise zu begegnen. Nachzudenken ist vielmehr darüber, wie Machtasymmetrien und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Initiativ-Werdenden und konventionellen Wirtschaftsakteuren reduziert werden könnten. Wenn Bewohnerinnen ländlicher Räume eine stärkere Eigeninitiative abverlangt (und zugemutet) wird und aktiv Impulse gesetzt werden, sie für diesen Pfad zu sensibilisieren, sollten parallel auch strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ihnen im Agieren in Marktsphären Halt und somit Sicherheit geben. Die öffentliche Hand könnte dabei eine stärkere Mittlerfunktion übernehmen, etwa indem sie den Initiativen in Verhandlungen mit privatwirtschaftlichen Akteuren zur Seite steht. Ein zentrales Anliegen müsste es sein, vertragliche Partnerschaften so zu arrangieren, dass die Initiativen ihre Unabhängigkeit wahren und dennoch beide Seiten profitieren können. Den Initiativen wäre dann geholfen, da sie ihren lokalen und regionalen Bezug erhalten könnten, zugleich aber auch eine gewisse Schlagkraft hätten, um sich am Markt zu behaupten. Zugleich würde dies die Gefahr eindämmen, dass sich

genossenschaftliche Dorfläden von einem Ansatz zur Lösung bestehender Problemlagen zu einem Verursacher schwerwiegender neuer Probleme wandeln.

Unverkennbar bei den untersuchten Initiativen war, dass sich die Verantwortungsträger mehr professionellen Beistand ersehnt hätten. Zwar nahmen sie im Initialstadium externe Beratung in Anspruch, allerdings erfolgte diese nur zeitlich punktuell und war kostenintensiv. Auf eine eingehendere professionelle Begleitung, insbesondere in der Nachgründungsphase, wurde verzichtet, da es am hierfür erforderlichen Geld fehlte. Eine kostenfreie öffentliche Beratungsstelle könnte helfen, genossenschaftliche Initiativen sowohl in der Gründungsphase wie auch – und vor allem da – auf ihren Pfaden in die finanzielle Eigenständigkeit zu begleiten, damit sich diese in der Zeit entwickeln und entfalten können, die es auch braucht. Hier lohnt ein Blick in andere Länder. So wurde etwa in Großbritannien mit der Plunkett Foundation eine entsprechende Institution geschaffen. Die Organisation stellt eine Art Dachverband für die Community Shops des Landes dar und berät entsprechende Initiativen nicht nur im Anschub, sondern unterstützt vor allem auch in der Nachgründungs- und Etablierungsphase sowie bei der Vernetzung (Calderwood/Davies 2013: 343f.; Perry/Alcock 2010). Auch in der Bundesrepublik sind dahingehend erste zaghafte Bemühungen zu erkennen. 2016 wurde die Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden gegründet. Diese ist allerdings in ihrer Schlagkraft (noch) verhältnismäßig schwach und besitzt kaum Hebel, Dorfläden hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Herausforderungen adäquat zu unterstützen. Ein Beitrag, den die Vereinigung leistet, besteht darin, bundespolitische Akteure auf die negativen Folgen einer Erhöhung des Mindestlohnes für bestehende Dorfläden hinzuweisen (dazu Exkurs in Kapitel 3.6). Inwieweit dies die tatsächlichen Probleme löst, soll an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden.

Positiv zu bewerten ist, dass in jüngerer Vergangenheit vereinzelt auch auf regionaler Ebene unterstützende Strukturen geschaffen worden sind. Die Dorfladen Alerheim eG profitierte von einem regionalen Dorfladen-Netzwerk, das 2016 vom Landkreis Donau-Ries initiiert wurde. Es dient den im Kreis ansässigen Dorfläden als Austauschplattform und unterstützt bei der Öffentlichkeitsarbeit sowie beim Aufbau von Vermarktungsstrukturen. Auch im Falle des Dorfladen Linsburg w.V. gab es dahingehend erste Bemühungen. Im Oktober 2018 berief das Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser ein Treffen zum Erfahrungsaustausch zwischen den Dorfläden der Region ein. Hier bleibt abzuwarten, inwieweit daraus tragfähige institutionelle Strukturen erwachsen.

7.5 Grenzen der Arbeit und weiterführende Forschungsansätze

Die Arbeit beleuchtete Initiativen, die den Schritt zur Eröffnung vollziehen konnten. Damit war der Blickwinkel notwendigerweise eingeschränkt. Initiativen, die die Schwelle zur Gründung nicht überschreiten konnten, blieben ebenso unberücksichtigt wie Initiativen, die nach der Eröffnung wieder vom Markt verschwunden sind. Valide Zahlen zu solchen gescheiterten Initiativen existieren nicht. Aussagen einiger Gesprächspartner und die parallel im Forschungsprozess vollzogene Sondierung von Zeitungsartikeln über entsprechende Initiativen gaben allerdings Hinweise darauf, dass es sich hierbei um eine nicht unerhebliche – und unterschätzte –

Zahl handeln könnte (dazu auch Räbiger 2018; Stappel 2017: 155). Scheitern könnte in zweierlei Hinsicht untersucht werden. Zum einen könnte eine vergleichende Analyse der Medienresonanzen auf erfolgreiche und gescheiterte Initiativen Erkenntnisse über ungleiche Berichterstattungen zutage fördern. Darüber würden dann Hinweise bezüglich verzerrter Bilder des Möglichen, die sich dann wiederum in gesellschaftspolitischen Diskursen entfalten, ausgehen. Und zum anderen könnte Scheitern aus der Perspektive der Initiatorinnen untersucht werden. Während Fehlschläge in der Start-up-Szene ‚zum guten Ton' gehören, kann davon ausgegangen werden, dass Scheitern im Kontext sozialgenossenschaftlicher Initiativen nicht nur ein Verlust der eingezahlten Geschäftsanteile zahlreicher Menschen bedeutet, sondern damit ebenso vielfältige Erwartungen und Hoffnungen nachhaltig beschädigt werden. Dabei besteht Grund zur Annahme, dass entsprechende Misserfolge Potenziale in sich tragen, genau ins Gegenteil des eigentlich Beabsichtigten umzuschlagen: anstatt sozialintegrative Wirkungen neue Polarisierungen und Destabilisierungen innerhalb der Peripherie.

Aufschlussreich könnte darüber hinaus eine Betrachtung des Nicht-Initiativ-Werdens sein. Konkret: Warum trotz schwindender Infrastrukturausstattung vielerorts gerade nicht zu genossenschaftlicher Selbsthilfe gegriffen wird. Und noch konkreter: Ob es sich hierbei überwiegend um ein Nicht-Wissen, ein Nicht-Wollen oder ein Nicht-Können handelt. Es erhärten sich Hinweise darauf, dass in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen (zu) schnell normativ gesetzt wird, dass sich dahinter unzureichende Kapazitäten zur gemeinschaftlichen Problembewältigung verbergen. Zu hinterfragen, inwiefern Nicht-Initiativ-Werden womöglich eine Option darstellt, die aus Perspektive der Betroffenen nicht notwendigerweise einem Rückgang an Lebensqualität gleichkommt, würde den Peripherisierungsdiskurs beleben (dazu auch Küpper/Steinführer 2017). In diesem Zusammenhang wäre zudem eine vergleichende Studie zu Organisationstypen bürgerschaftlicher Selbstorganisation in unterschiedlichen Feldern erkenntnisträchtig. Zu denken ist hier an eine Gegenüberstellung von Initiativen, die sich der Raumüberwindung verschrieben haben (z.B. Bürgerbusse), und solchen, die auf Raumstabilisierung ausgerichtet sind (wie genossenschaftliche Dorfläden).

Weiterhin wäre es gewinnbringend, genossenschaftliche Dorfläden einer längerfristigen Untersuchung zu unterziehen. Diesbezüglich könnten Fragen der Robustheit und der Resilienz zum Gegenstand gemacht werden. Von Interesse wäre beispielsweise, inwieweit Ausfälle von Schlüsselakteuren, die – wie die Untersuchung gezeigt hat – eine mitunter kaum ersetzbare Konstante darstellten, auf die Zukunftsfähigkeit wirkt. Aufschlussreich wären zudem valide Erkenntnisse darüber, inwieweit es entsprechenden Organisationen gelingt, sich von extern induzierten Störungen und Eingriffen wieder zu erholen – oder ob sie latent krisenanfällig bleiben. Beide Aspekte zusammengeführt, würde dann eine Antwort auf die Frage liefern, inwieweit genossenschaftliche Dorfläden nachhaltig imstande sind, einen Beitrag zu einer eigenständigen und stabilen Ortsentwicklung zu leisten, und inwiefern ihnen – um auf die eingangs aufgegriffene Frage von Barlösius/Neu (2008a: 3) zurückzukommen – tatsächlich ein Potenzial zur „Rettung für die Peripherie" innewohnt.

Interessant wäre in diesem Zusammenhang zudem zu ergründen, was geschehen würde, wenn die Krisensituation – woraus die vier untersuchten Initiativen definitiv hervortraten – vorüber

wäre, also die Lebensmittelnahversorgung durch privatwirtschaftliche oder öffentliche Träger übernommen würde. Hier wäre Kenntnis darüber zu erlangen, ob die Akteure weiterhin am genossenschaftlichen Agieren festhalten oder sich der „Last auch nach wie vor“ (Int_8) lieber entledigen würden. Diesbezüglich verweisen zwar einige Publikationen auf die symbolischen Wirkungen, die von entsprechenden Initiativen auf das Selbstbild der Menschen vor Ort ausstrahlen. Inwieweit dies allerdings auch in einer mittel- und langfristigen Perspektive – wenn die symbolische Wirkung im Laufe der Zeit nachlässt und das Geschaffene zur Normalität wird – zutrifft, ist eine durchaus lohnenswerte und gesellschaftspolitisch relevante Frage, die es empirisch noch zu ergründen gilt.

8 Quellenverzeichnis

Acocella, D. (2007): Wie nah ist die Nahversorgung noch. In: Planerin 03(07), 8-10.

Adloff, F. (2010): Selbst- und Fremdsteuerung in der Zivilgesellschaft. In: Becker, E.; Gualini, E.; Runkel, C. & Strachwitz, R.G. [Hrsg.]: Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart: Lucius & Lucius, 39-50 (= Maecenata Schriften 6).

Albrecht, P.G. (2009): „Wenn jemand fragt, wir würden das machen…" – Engagementpotenziale junger Senioren in ländlichen Räumen Ostdeutschlands. In: Neu, C. [Hrsg.]: Daseinsvorsorge: eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Research, 206-219 (= Demografischer Wandel – Hintergründe und Herausforderungen).

Alisch, M.; Ritter, M.; Boos-Krüger, A.; Schönberger, C.; Glaser, R.; Rubin, Y. & Solf-Leibold, B. (2018): „Irgendwann brauch' ich dann auch Hilfe …!" Selbstorganisation, Engagement und Mitverantwortung älterer Menschen in ländlichen Räumen. Opladen, Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich (= Beiträge zur Sozialraumforschung 17).

Alvord, L; Brown, D. & Letts C.W. (2004): Social Entrepreneurship and Societal Transformation: An Exploratory Study. In: Journal of Applied Behavioral Science 40(3), 260-282.

Amin, A. [Hrsg.] (2009): The Social Economy: International Perspectives on Economic Solidarity. London & New York: Zed Books.

Amin, A.; Cameron, A. & Hudson, R. (2002): Placing the Social Economy. London & New York: Routledge (= Contemporary Political Economy Series).

Arbeitskreis Ländliche Räume der Deutschen Gesellschaft für Geographie (2018): Bericht über die Tagung des Arbeitskreises vom 22.-24.02.2018. Kiel. Online: http://ak-laendlicher-raum.de/images/jahresberichte/akjahresbericht_2018.pdf; Abruf am 30.11.19.

Aring, J. (2013): Inverse Frontiers – Selbstverantwortungsräume. In: Faber, K. & Oswalt, P. [Hrsg.]: Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Leipzig: Spector Books, 42-56 (= Edition Bauhaus 35).

Aring, J. & Sinz, M. (2006): Neue Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland. Modernisierung der Raumordnungspolitik im Diskurs. In: disP – The Planning Review 165(2), 43-60.

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung [Hrsg.] (2016): Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken. Perspektiven und Handlungsfelder. Positionspapier aus der ARL 108. Hannover.

Arnold, V.F.; Freier, R.; Geissler, R. & Schrauth, P. (2015): Große regionale Disparitäten bei den kommunalen Investitionen. In: DIW Wochenbericht 43(2015), 1031-1041.

Ashoka (o.J.): Über uns. Online: www.ashoka.org/de-de/about-ashoka; Abruf am 16.09.19.

Atmaca, D. (2014): Genossenschaften in Zeiten raschen Wandels – Chancen einer nachhaltigen Organisationsform. In: Schröder, C. & Walk, H. [Hrsg.]: Genossenschaften und Klimaschutz. Wiesbaden: Springer VS, 49-72 (= Bürgergesellschaft und Demokratie 41).

Bacq, S. & Janssen, F. (2011): The multiple faces of social entrepreneurship: A review of definitional issues based on geographical and thematic criteria. In: Entrepreneurship & Regional Development 23(5/6), 373-403.

Barlösius, E. & Spohr, M. (2017): Infrastrukturen im Dorf: Welche Formen von Sozialität ermöglichen sie? In: Flitner, M.; Lossau, J. & Müller, A.-L. [Hrsg.]: Infrastrukturen der Stadt. Wiesbaden: Springer VS, 229-251.

Barlösius, E.; Keim, K.-D.; Meran, G.; Moss, T. & Neu, C. (2011): Infrastrukturen neu denken: gesellschaftliche Funktionen und Weiterentwicklung. In: Hüttl, R.F.; Emmermann, R.; Germer, S.; Naumann, M. & Bens, O. [Hrsg.]: Globaler Wandel und regionale Entwicklung. Anpassungsstrategien in der Region Berlin-Brandenburg. Berlin & Heidelberg: Springer, 147-173.

Barlösius, E.; Beetz, S. & Neu, C. (2008): Kontexte und Voraussetzungen von Innovationen. Erweiterter Innovationsbegriff. In: Hüttl, R.F.; Bens, O. & Plieninger, T. [Hrsg.]: Zur Zukunft ländlicher Räume. Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordostdeutschlands. Berlin: De Gruyter Akademie Forschung, 160-163 (= Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 20).

Barlösius, E. & Neu, C. [Hrsg.] (2008a): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (= Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation 21).

Barlösius, E. & Neu, C. (2008b): Territoriale Ungleichheit: Eine spezifische Ausprägung räumlicher Untergleichheit. In: dies. [Hrsg.]: Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 17-23 (= Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation 21).

Bauer, H.; Büchner, C. & Markmann, F. [Hrsg.] (2014): Kommunen, Bürger und Wirtschaft im solidarischen Miteinander von Genossenschaften. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam (= KWI Schriften 8).

Baumann, C. (2016): Die Lust am Ländlichen – Zur Persistenz und Variation idyllischer Ländlichkeit. In: Informationen zur Raumentwicklung 2(2016), 249-259.

Baur, N. & Ernst, S. (2011): Towards a process-oriented methodology: modern social science research methods and Norbert Elias's figurational sociology. In: The Sociological Review 59, 117-139.

Bayerisches Landesamt für Statistik (2019): Bevölkerungsstand und -bewegung in den Gemeinden Bayerns. Stand: 31. Dezember 2016. Online: www.statistik.bayern.de/mam/produkte/veroffentlichungen/statistische_berichte/a1110c_201600.pdf; Abruf am 26.09.19.

Bayerisches Landesamt für Statistik (2018): Gemeinde Alerheim. Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten. Online: www.statistik.bayern.de/mam/produkte/statistik_kommunal/2018/09779111.pdf; Abruf am 18.10.19.

Bayerisches Landesamt für Statistik (2011): Bevölkerungsstand und -bewegung in den Gemeinden Bayerns. Stand: 31. Dezember 2010. Online: www.statistik.bayern.de/mam/produkte/veroffentlichungen/statistische_berichte/a1110c_201000_44135.pdf; Abruf am 26.09.19.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.] (2018): Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern. Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.] (2017): „Menschen und Erfolge – Ländliche Räume: produktiv und innovativ". Auswertung und Dokumentation des Wettbewerbs 2016. BBSR-Online-Publikation 26/2017. Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.] (2015): Indikatoren zur Nahversorgung. Bonn. Erreichbarkeit von Gütern und Dienstleistungen des erweiterten täglichen Bedarfs. BBSR-Analysen KOMPAKT 10/2015. Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.] (2012): Raumordnungsbericht 2011. Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.] (2011a): Ohne Auto einkaufen. Nahversorgung und Nahmobilität in der Praxis. Bonn (= Werkstatt: Praxis Heft 76).

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.] (2011b): Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. BBSR-Berichte KOMPAKT 05/11. Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.] (2010): Landleben – Landlust? Wie Menschen in Kleinstädten und Landgemeinden über ihr Lebensumfeld urteilen. BBSR-Berichte KOMPAKT 10/10. Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.] (2009): Mobilitätskonzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge in nachfrageschwachen Räumen. Evaluationsreport. BBSR-Online-Publikation 10/2009. Bonn.

Beck, U. & Beck-Gernsheim, E. (1993): Nicht Autonomie, sondern Bastelbiographie. In: Zeitschrift für Soziologie 22(3), 178-187.

Beck, U. (1986): Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Becker, E. & Runkel, C. (2010): Zivilgesellschaft in räumlichen Arenen. In: Becker, E.; Gualini, E.; Runkel, C. & Strachwitz, R.G. [Hrsg.]: Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart: Lucius & Lucius, 121-203 (= Maecenata Schriften 6).

Becker, H. & Tuitjer, G. (2016): Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 46-47/2016, 17-22.

Becker, S. & Naumann, M. (2018): Energiekonflikte erkennen und nutzen. In: Kühne, O. & Weber, F. [Hrsg.]: Bausteine der Energiewende. Wiesbaden: Springer VS, 509-522 (= RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft).

Beckert, J. (2012): Die sittliche Einbettung der Wirtschaft. Von der Effizienz- und Differenzierungstheorie zu einer Theorie wirtschaftlicher Felder. In: Berliner Journal für Soziologie 22, 247-266.

Beckert, J. (2009): Pragmatismus und wirtschaftliches Handeln. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung – MPIfG Working Paper 09/4. Köln.

Beckmann, R. (2007): Nahversorgung als Basis der Zentrenbildung. In: Planerin 03(07), 5-7.

Beer, A. (2014): Leadership and the governance of rural communities. In: Journal of Rural Studies 34(2014), 254-262.

Beetz, S.; Voigt, A.; Gasch, A.-C. & Rodriguez-Abello, S. (2015): Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993, 2012. Soziale Unterstützungsstrukturen im Wandel. Thünen Report 32(4). Braunschweig.

Beetz, S. (2009): Regionale Dimensionen des Alterns und der Umbau der kommunalen Daseinsvorsorge – Entwicklungen am Beispiel ländlicher Räume. In: Neu, C. [Hrsg.]: Daseinsvorsorge: eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Research, 114-132 (= Demografischer Wandel – Hintergründe und Herausforderungen).

Beetz, S. (2008): Infrastrukturen. In: Hüttl, R.F.; Bens, O. & Plieninger, T. [Hrsg.]: Zur Zukunft ländlicher Räume. Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordostdeutschlands. Berlin: De Gruyter Akademie Forschung, 153-159 (= Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 20).

Beetz, S. (2007): Innovationen der Infrastruktur in ländlichen Räumen unter der Perspektive von Lebensqualität. In: ders. [Hrsg.]: Die Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 9-19 (= Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation 14).

Beetz, S. (2006): Ländliche Politik im demographischen Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22(2006), 25-31.

Bernt, M.; Bürk, T.; Kühn, M.; Liebmann, H. & Sommer, H. (2010): Stadtkarrieren in peripherisierten Räumen. IRS Working Paper 42. Erkner.

BIB – Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2018): Land mit Zukunft. Neue Ideen vom Runden Tisch. Berlin.

BIB – Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2017): Von Kirchtürmen und Netzwerken. Wie engagierte Bürger das Emsland voranbringen. Berlin.

BIB – Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2015): Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt. Berlin.

BIB – Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung [Hrsg.] (2011): Die Zukunft der Dörfer. Zwischen Stabilität und demografischem Niedergang. Berlin.

Biniok, P. & Selke, S. (2018): Soziale Innovation durch Bricolage: Der „Geist des Tüftelns“ im ländlichen Raum. In: Franz, H.-W. & Kaletka, C. [Hrsg.]: Soziale Innovationen lokal gestalten. Wiesbaden: Springer VS, 181-196 (= Sozialwissenschaften und Berufspraxis).

Birkhölzer, K. (2015): Social enterprise models in Germany. International Comparative Social Enterprise Models – ICSEM Working Papers 15. Liege.

Birkhölzer, K. (2011): Internationale Perspektiven sozialen Unternehmertums. In: Jähnke, P.; Christmann, G.B. & Balgar, K. [Hrsg.]: Social Entrepreneurship: Perspektiven für die Raumentwicklung. Wiesbaden: VS, 23-36.

Blättel-Mink, B.; Boddenberg, M.; Gunkel, L.; Schmitz, S. & Vaessen, F. (2017): Beyond the market – New practices of supply in times of crisis: The example community-supported agriculture. In: International Journal of Consumer Studies 41, 415-421.

BLE – Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung [Hrsg.] (2013): Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck. Wie reagieren auf den demographischen Wandel? Bonn.

Blesse, S. & Rösel, F. (2017): Was bringen kommunale Gebietsreformen? In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 18, 307-324.

Blome-Drees, J. (2017a): Genossenschaften: Ungenutzte Chancen. In: Sozialwirtschaft 6(2017), 11-13.

Blome-Drees, J. (2017b): Stellungnahme zum Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Erleichterung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement und zum Bürokratieabbau bei Genossenschaften. Online: www.bundestag.de/resource/blob/506594/29ed4d5876b10bf9abe2939603d75851/blome_drees-data.pdf; Abruf am 01.10.19.

Blome-Drees, J. (2017c): Rationales Management von Sozialgenossenschaften. In: Schmale, I. & Blome-Drees, J. [Hrsg.]: Genossenschaft innovativ. Genossenschaften als neue Organisationsform in der Sozialwirtschaft. Wiesbaden: Springer VS, 47-75 (= Sozialwirtschaft innovativ).

Blome-Drees, J.; Degens, P. & Schimmele, C. (2017): Ist die eingetragene Genossenschaft eine geeignete Rechtsform für kleine Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements? In: Theuvsen, L.; Andeßner, R.; Gmür, M. & Greiling, D. [Hrsg.]: Nonprofit-Organisationen und Nachhaltigkeit. Wiesbaden: Springer Gabler, 419-427 (= NPO Management).

Blome-Drees, J.; Bøggild, N.; Degens, P.; Michels, J.; Schimmele, C. & Werner, J. (2015): Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Endbericht. Düsseldorf & Köln.

Blotevogel, H.-H. (2011): Raumordnung im westlichen Deutschland 1945 bis 1990. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung [Hrsg.]: Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover, 115-168.

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft [Hrsg.] (2018): Kerniges Dorf! Abschlussbroschüre zum bundesweiten Wettbewerb 2017. Berlin.

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft [Hrsg.] (2017): 25. Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Abschlussbroschüre 2016. Berlin.

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft [Hrsg.] (2016): Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume. Berlin.

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.] (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“. Berlin.

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat [Hrsg.] (2019): Unser Plan für Deutschland. Gleichwertige Lebensverhältnisse überall – Schlussfolgerungen von Bundesminister Horst Seehofer als Vorsitzendem sowie Bundesministerin Julia Klöckner und Bundesministerin Dr. Franziska Giffey als Co-Vorsitzenden zur Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Berlin.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit [Hrsg.] (2014): Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Impulse für die Praxis. Berlin.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung [Hrsg.] (2013): Nahversorgung in ländlichen Räumen. BMVBS-Online-Publikation 02/2013. Berlin.

BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur [Hrsg.] (2016): Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Leitfaden für die Praxis. Berlin.

BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur [Hrsg.] (2015a): Anpassungsstrategien zur regionalen Daseinsvorsorge. Empfehlungen der Facharbeitskreise Mobilität, Hausärzte, Altern und Bildung. Berlin.

BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur [Hrsg.] (2015b): Sicherung der Daseinsvorsorge durch regionale Abstimmung von ÖPNV- und Versorgungsstrategien. BMVI-Online-Publikation 10/2015. Berlin.

Böcher, M.; Krott, M. & Tränkner, S. (2008): Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung. In: dies. [Hrsg.]: Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung: Ergebnisse der Begleitforschung zum Modell- und Demonstrationsvorhaben “Regionen Aktiv”. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11-22.

Böcher, M. & Tränkner, S. (2008): Erfolgsfaktoren integrierter ländlicher Entwicklung. In: Böcher, M.; Krott, M. & Tränkner, S. [Hrsg.]: Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung: Ergebnisse der Begleitforschung zum Modell- und Demonstrationsvorhaben “Regionen Aktiv”. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 109-149.

Bock, B.B. (2016): Rural Marginalisation and the Role of Social Innovation; A Turn Towards Nexogenous Development and Rural Reconnection: In: Sociologia Ruralis 56, 552-573.

Bode, I. (2014): Wohlfahrtsstaatlichkeit und Dritter Sektor im Wandel: Die Fragmentierung eines historischen Zivilisationsprojekts. In: Zimmer, A.E. & Simsa, R. [Hrsg.]: Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement. Wiesbaden: Springer VS, 81-95 (= Bürgergesellschaft und Demokratie 46).

Bogner, A. & Leuthold, M. (2002): „Was ich dazu noch sagen wollte ... " Die Moderation von Experten-Fokusgruppen. In: Bogner, W.; Littig, B. & Menz, W. [Hrsg.]: Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden: Leske + Budrich, 155-172.

Bogner, A. & Menz, W. (2002): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In: Bogner, W.; Littig, B. & Menz, W. [Hrsg.]: Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden: Leske + Budrich, 33-70.

Bogumil, J. (2002): Kooperative Demokratie – Formen, Potenziale und Grenzen. In: Haus, M. [Hrsg.]: Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde. Opladen: Leske + Budrich, 151-166 (= Stadtforschung aktuell 86).

Bohle, H.-G. (2005): Soziales oder unsoziales Kapital? Das Sozialkapital-Konzept in der Geographischen Verwundbarkeitsforschung. In: Geographische Zeitschrift 93(2), 65-81.

Bolduan, B. (2007): Weniger Betriebe, weitere Wege. In: Planerin 03(07), 24-25.

Born, K.M. (2017): Komplexe Steuerung in ländlichen Räumen: Herausforderungen und Perspektiven von Governance in einer spezifischen Raumkategorie. In: Kürschner, W. [Hrsg.]: Der Ländliche Raum. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Münster: LIT, 9-34.

Born, K.M. (2011): Ländliche Räume in Deutschland. Differenzierungen, Entwicklungspfade, Brüche. In: Geographische Rundschau 63(2), 4-11.

Born, K.M. (2009): Anpassungsstrategien an schrumpfende Versorgungsstrukturen – Beispiele aus Brandenburg und Niedersachsen. In: Neu, C. [Hrsg.]: Daseinsvorsorge: eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Research, 133-153 (= Demografischer Wandel – Hintergründe und Herausforderungen).

Born, K.M. (2007): Nutzung und Bewertung der Infrastruktur durch die Bewohner der Prignitz. In: Beetz, S. [Hrsg.]: Die Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 69-76 (= Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation 14).

Born, K.M.; Goltz, E. & Saupe, G. (2004): Wanderungsmotive zugewanderter älterer Menschen. In: Raumforschung und Raumordnung 62(2), 109-120.

Bornstein, D. (2004): How to Change the World: Social Entrepreneurs and the Power of New Ideas. Oxford: Oxford University Press.

Boschma, R. (2005): Proximity and Innovation: A Critical Assessment. In: Regional Studies 39(1), 61-74.

Bosworth, G.; Annibal, I.; Carroll, T.; Price, L.; Sellick, J. & Shepherd, J. (2016): Empowering Local Action through Neo-Endogenous Development; The Case of LEADER in England. In: Sociologia Ruralis 56(3), 427-449.

Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. [Hrsg.]: Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz, 183-198 (= Soziale Welt Sonderband 2).

Bovaird, T. (2007): Beyond engagement and participation: User and community coproduction of public services. In: Public Administration Review 67(5), 846-860.

Brauer, K. (2015): Bowling mit Wölfen. Rurale Gemeinden zwischen demografischem Untergang und (sozial-)kapitaler Zukunft. In: Fachinger, U. & Künemund, H. [Hrsg.]: Gerontologie und ländlicher Raum: Lebensbedingungen, Veränderungsprozesse und Gestaltungsmöglichkeiten. Wiesbaden: Springer VS, 45-75 (= Vechtaer Beiträge zur Gerontologie).

Bulwiengesa (2017): Marktstudie. Lebensmitteleinzelhandel in Deutschland – Marktstrukturdaten 2016. München. Online: www.tlg.de/fileadmin/user_upload/Publikationen-de/pdf/2017_06_23_Marktstudie_Lebensmitteleinzelhandel_in_Deutschland_-_Marktstrukturdaten_2016_DE.pdf; Abruf am 18.10.19.

Burmeister, J. (2016): Der Bürgerbus: Engagement der besonderen Art. Bundesweit gibt es annähernd 300 Projekte. In: Nahverkehr 34(10), 24-30.

Butzin, A. & Gärtner, S. (2017): Bürgerschaftliches Engagement, Koproduktion und das Leitbild gleichwertiger Lebensbedingungen. In: Raumforschung und Raumordnung 75(6), 513-526.

Butzin, A.; Elbe, S.; Faller, B.; Gärtner, S.; Langguth, F.; Middelmann, U.; Weishaupt, K. & Wilmsmeier, N. (2015): Neue Kooperationen und Finanzierungsmodelle für die Daseinsvorsorge: Eine Analyse von 111 Initiativen. Institut Arbeit und Technik – IAT Forschung aktuell 11/2015. Gelsenkirchen, Bocholt & Recklinghausen.

Butzin, A. (2009): Innovationsbiographien als Methode der raumzeitlichen Erfassung von Innovationsprozessen. In: Dannenberg, P.; Köhler, H.; Lang, T.; Utz, J.; Zakirova, B. & Zimmermann, T. [Hrsg.]: Innovationen im Raum – Raum für Innovationen. Hannover, 189-198 (= Arbeitsmaterial der ARL 348).

BVE – Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie [Hrsg.] (2019): Jahresbericht 2018/2019. Berlin.

Calderwood, E. & Davies, K. (2013): Localism and the community shop. In: Local Economy 28(3), 339-349.

Chilla, T. & Neufeld M. (2015): Einzelhandel im ländlichen Raum – Einführung in das Thema. In: Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens [Hrsg.]: Einzelhandel im Ländlichen Raum. 27. Heiligenstadter und Ansbacher Gespräche 2014/15. Bayreuth, 3-7.

Christmann, G.B. (2019): Innovationen in ländlichen Gemeinden. In: Nell, W. & Weiland, M. [Hrsg.]: Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart & Berlin: J.B. Metzler, 235-240.

Christmann, G.B. (2016): Analysing Changes in Discursive Constructions of Rural Areas in the Context of Demographic Change. Towards Counterpoints in the Dominant Discourse on "Dying Villages." In: Comparative Population Studies 41(3-4), 359-378.

Christmann, G.B. (2015): Interview gemeinsam mit Oliver Ibert unter dem Titel „Zur räumlichen Spezifik von Innovationsprozessen". In: IRS – Institut für Raumbezogene Sozialforschung [Hrsg.]: Neue Wege für ländliche Räume. IRS Aktuell 85. Erkner, 5-7.

Christmann, G.B. (2014): Social Entrepreneurs on the Periphery: Uncovering Emerging Pioneers of Regional Development. In: disP – The Planning Review 50(1), 43-55.

Christmann, G.B. (2013): Raumpioniere in Stadtquartieren und die kommunikative (Re-)Konstruktion von Räumen. In: Keller, R.; Reichertz, J. & Knoblauch, H. [Hrsg.]: Kommunikativer Konstruktivismus. Wiesbaden: Springer VS, 153-184 (= Wissen, Kommunikation und Gesellschaft).

Christmann, G.B. (2011): Soziale Innovationen, Social Entrepreneurs und Raumbezüge. In: Jähnke, P.; Christmann, G.B. & Balgar, K. [Hrsg.]: Social Entrepreneurship: Perspektiven für die Raumentwicklung. Wiesbaden: VS, 193-210.

Christmann, G.B. & Jähnke, P. (2011): Soziale Probleme und innovative Ansätze in der Quartiersentwicklung. Beiträge von Social Entrepreneurs und ihren sozialen Netzwerken. In: Jähnke, P.; Christmann, G.B. & Balgar, K. [Hrsg.]: Social Entrepreneurship: Perspektiven für die Raumentwicklung. Wiesbaden: VS, 211-234.

Coleman, J.S. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. In: The American Journal of Sociology 94, 95-120.

Dacin, P.A.; Dacin, T. & Matear, M. (2010): Social Entrepreneurship: Why We Don't Need a New Theory and How We Move Forward From Here. In: Academy of Management Perspectives 24(3), 37-57.

Danielzyk, R. (2017): Raumstrukturelle Entwicklungsmuster in Deutschland: Raumtypen mit Problemlagen. In: Heinrich-Böll-Stiftung [Hrsg.]: Geteilte Räume. Strategien für mehr sozialen und räumlichen Zusammenhalt. Bericht der Fachkommission «Räumliche Ungleichheit» der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin, 16-24.

Danielzyk, R. (2007): Strategien von Wachstumsregionen in peripheren Räumen – Das Beispiel Emsland. In: Köhler, S. [Hrsg.]: Wachstumsregionen fernab der Metropolen. Chancen, Potenziale und Strategien. Hannover, 51-60 (= Arbeitsmaterial der ARL 334).

Dannenberg, P.; Lang, T. & Lehmann, K. (2012): Einführung „Ländliche Räume" in Deutschland: neuere Zugänge zu einer alten Kategorie. In: Europa Regional 18(2-3), 55-59.

Dax, T.; Strahl, W.; Kirwan, J. & Maye, D. (2016): The Leader programme 2007-2013: Enabling or disabling social innovation and neo-endogenous development? Insights from Austria and Ireland. In: European Urban and Regional Studies 23(1), 56-68.

Defourny, J. & Nyssens, M. (2017): Fundamentals for an International Typology of Social Enterprise Models. In: Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations 28(2017), 2469-2497.

Defourny, J. (2014): From third sector to social enterprise: A European research trajectory. In: Defourny, J; Hulgård, L. & Pestoff, V.A. [Hrsg.]: Social Enterprise and the third sector. Changing European landscapes in a comparative perspective. London & New York: Routledge, 17-41.

Defourny, J. & Nyssens, M. (2012): The EMES approach of social enterprise in a comparative perspective. EMES Working Papers Series 12(03). Online: https://emes.net/content/uploads/publications/EMES-WP-12-03_Defourny-Nyssens.pdf; Abruf am 04.12.19.

Dehne, P. (2013a): Ein Umbau der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen ist notwendig. In: BLE – Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung [Hrsg.]: Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck. Wie reagieren auf den demografischen Wandel? Bonn, 6-8.

Dehne, P. (2013b): Raumpioniere. Lichter im Nirgendwo, Parallelwelten in der Peripherie oder Retter des ländlichen Raums? In: Berger, P.A.; Hock, K. & Klie, T. [Hrsg.]: Religionshybride. Religion in posttraditionalen Kontexten. Wiesbaden: Springer VS, 167-185 (= Erlebniswelten).

Deppisch, L. (2019): „Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn“ – eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus. Thünen Working Paper 119. Braunschweig.

Deutscher Bundestag (2017): Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement und zum Bürokratieabbau bei Genossenschaften. Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung. Drucksache 18/11506. Berlin.

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Drucksache 14/8900. Berlin.

Deutscher Bundestag (1972): Raumordnungsbericht 1972 der Bunderegierung. Drucksache VI/3793. Bonn.

Devereux, P.J. & Weisbrod, B.A. (2006): Does “Satisfaction” with Local Public Services Affect Complaints (Voice) and Geographic Mobility (Exit)? In: Public Finance Review 34(2), 123-147.

Dietrich, C.; Farrokhikhiavi, R. & Vallée, D. (2014): Lösungsansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge außerhalb der heute gültigen rechtlichen Regelungen – Anpassung und Flexibilisierung um jeden Preis? In: BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.]: Vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen. Ein wichtiges Thema im Kontext der Demografiestrategie. Dezembertagung des Arbeitskreises „Städte und Regionen“. BBSR-Online-Publikation 11/2014. Bonn, 78-91.

Dirksmeier, P. (2012): Multilokalität als Abwesenheit: eine Herausforderung für landschaftlich attraktive ländliche Räume – das Beispiel Tegernsee/Stadt. In: Europa Regional 18(2-3), 60-70.

Dirksmeier, P. (2009): Urbanität als Habitus. Zur Sozialgeographie städtischen Lebens auf dem Land. Bielefeld: Transcript (= Urban Studies).

DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (o.J.): Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). Online: www.diw.de/de/diw_01.c.412809.de/presse/glossar/sozio_oekonomisches_panel_soep.html; Abruf am 18.10.19.

Dorfladen Netzwerk (2018): Berliner Erfahrungsaustausch: Bessere Dorfladen-Förderungen notwendig. Online: http://dorfladen-netzwerk.de/2018/01/bessere-dorfladen-foerderungen-notwendig/; Abruf am 16.10.19.

Dorfladen Netzwerk (2017): Wahl-Prüfsteine. 6 Fragen zur künftigen Förderung von Bürgerschaftliche Unternehmen. Offener Brief an die Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl 2017. Online: http://dorfladen-netzwerk.de/wp-content/uploads/2017/09/Wahl-Pr%C3%BCfsteine-der-Dorfladen-Bundestagswahl-zur-BTW-2017-Offener-Brief_ohne-Sign.pdf; Abruf am 16.10.19.

Dowding, K. & John, P. (2008): The Three Exit, Three Voice and Loyalty Framework: A Test with Survey Data on Local Services. In: Political Studies 56, 288-311.

Dudek, S. & Kallert, A. (2017): Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.

DVS – Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung [Hrsg.] (2011): Projekte des bundesweiten Wettbewerbs „Gemeinsam stark sein“. Bonn.

Eberhardt, W. (2019): Fördermöglichkeiten zur Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Thünen Working Paper 128. Braunschweig.

Eberhardt, W.; Küpper, P. & Steinführer, A. (2014): Was soll und kann Bürgerengagement leisten? Zur Übertragung von Verantwortung für die regionale Daseinsvorsorge an die Bürger: Nahversorgung und Feuerwehr im Vergleich. In: Der kritische Agrarbericht 2014, 168-172.

Eigner-Thiel, S. & Harteisen, U. (2017): Lebensqualität in Dörfern sichern und entwickeln. In: Kaschlik, A.; Engel, A. & Harteisen, U. [Hrsg.]: Potenziale in der Peripherie – Diversität und Veränderungsprozesse in ländlichen Regionen gestalten. Lemgo: Rohn, 65-98.

Eigner-Thiel, S. & Mautz, R. (2017): Pilotstudie „Potenziale und Herausforderungen dörflicher Entwicklungsprozesse“. Abschlussbericht. Förderung und fachliche Beratung durch das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Göttingen.

Einig, K. (2008): Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. In: Informationen zur Raumentwicklung 24(1/2), 17-40.

Einig, K. & Spangenberg, M. (2008): Infrastruktur und Daseinsvorsorge in der Fläche. In: Informationen zur Raumentwicklung 24(1/2), I-II.

Eisentraut, R. (2012): Alternde Bevölkerung und ländlicher Raum Sachsen-Anhalts: Bürgerschaftliches Engagement als Chance für eine solidarische Gesellschaft. In: DGD – Deutsche Gesellschaft für Demographie [Hrsg.]: Schrumpfend, alternd, bunter? Antworten auf den demographischen Wandel. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie vom 9. bis 11. März 2011 in Bonn. DGD-Online-Publikation 1/2012, 27-31.

Elbe, S. & Müller, R. (2015): Gleichwertigkeit als Bürgeraufgabe. Partizipation der Zivilgesellschaft = Überforderung der Zivilgesellschaft? In: Informationen zur Raumentwicklung 1(2015), 57-69.

Elsen, S. (2017): Das innovative Potential genossenschaftlichen Wirtschaftens. In: Schmale, I. & Blome-Drees, J. [Hrsg.]: Genossenschaft innovativ. Genossenschaften als neue Organisationsform in der Sozialwirtschaft. Wiesbaden: Springer VS, 135-144 (= Sozialwirtschaft innovativ).

Elsen, S. (2012): Genossenschaften als Organisationen der sozialen Innovation und nachhaltigen Entwicklung. In: Beck, G. & Kropp, C. [Hrsg.]: Gesellschaft innovativ. Wiesbaden: VS, 85-102.

Elsen, S. (2005): Bürgerschaftliche Aneignung gegen die Enteignungsökonomie – Genossenschaften als Akteurinnen im »Dritten Sektor«. In: Engelfried, C. [Hrsg.]: Soziale Organisationen im Wandel: Fachlicher Anspruch, Genderperspektive und ökonomische Realität. Frankfurt & New York: Campus, 101-121.

EMES – Emergence of Social Enterprises in Europe Research Network (o.J.): EMES members. Online: https://emes.net/who-we-are; Abruf am 07.12.19.

Engartner, T. (2014): Der große Postraub: Die Privatisierung der Bundespost und ihre Folgen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1(2014), 85-92.

Ermann, U. (2015): „Wissen, wo’s herkommt“ – Geographien des guten Essens, der Transparenz und der Moral der Herkunft von Lebensmitteln. In: Strüver, A. [Hrsg.]: Geographien der Ernährung – Zwischen Nachhaltigkeit, Unsicherheit und Verantwortung. Hamburg, 77-94 (= Hamburger Symposium Geographie 7).

Esparcia, J. (2014): Innovation and networks in rural areas. An analysis from European innovative projects. In: Journal of Rural Studies 34(2014), 1-14.

Esslinger, A.S.; Peckel-Schwarz, J.; Schröder, I. & Leining, I. (2017): Multifunktionale Begegnungsstätten als Vermittlerinnen von AAL-Leistungen im ländlichen Raum. In: Alisch, M.; Hagspihl, S.; Kreipl, C. & Ritter, M. [Hrsg.]: Alter(n) und Soziale Nachhaltigkeit: Interdisziplinäre Zugänge zu den Herausforderungen alternder Gesellschaften. Kassel: kassel university press, 193-211 (= Gesellschaft und Nachhaltigkeit 5).

Evans, M. & Syrett, S. (2007): Generating Social Capital? The Social Economy and Local Economic Development. In: European Urban and Regional Studies 14(1), 55-74.

Evers, A. & Laville, J.-L. (2004): Defining the third sector in Europe. In: dies. [Hrsg.]: The Third Sector in Europe. Cheltenham & Northampton: Edward Elgar, 11-42 (= Globalization and Welfare).

Evers, A. (2002): Bürgergesellschaft und soziales Kapital. Die politische Leerstelle im Konzept Robert Putnams. In: Haus, M. [Hrsg.]: Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde. Opladen: Leske + Budrich, 59-75 (= Stadtforschung aktuell 86).

Faber, K. (2013): Raumpioniere. Vom Bürgerbus bis zur Schulgründung – neue Wege der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen. In: Der kritische Agrarbericht 2013, 161-164.

Faber, K. & Oswalt, P. (2013) [Hrsg.]: Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Leipzig: Spector Books (= Edition Bauhaus 35).

Farmer, J. & Stephen, K. (2012): Organisational processes and the policy-practice gap. In: Farmer, J.; Hill, C. & Munoz, S.-A. [Hrsg.] (2012): Community Co-Production: Social Enterprise in Remote and Rural Communities. Cheltenham & Northampton: Edward Elgar, 75-92.

Federwisch, T. (2018): Wenn der Dorfladen zur Innovation wird. In: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 14.03.18. Online: www.pnn.de/wissenschaft/soziale-probleme-loesen-wenn-der-dorfladen-zur-innovation-wird/21281672.html; Abruf am 01.10.19.

Federwisch, T. (2010): Zivilgesellschaft, Governance und Raum. Ein Beitrag aus Sicht der Geographie. In: Becker E.; Gualini, E.; Runkel C. & Strachwitz, R.G. [Hrsg.]: Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart: Lucius & Lucius, 51-67 (= Maecenata Schriften 6).

FES – Friedrich-Ebert-Stiftung [Hrsg.] (2019): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Bonn.

Fink, M.; Lang, R. & Richter, R. (2017): Social Entrepreneurship in Marginalised Rural Europe: Towards Evidence-Based Policy for Enhanced Social Innovation. In: Regions Magazine 306, 6-10.

Fischer-Tahir, A. & Naumann, M. [Hrsg.] (2013): Peripheralization. The Making of Spatial Dependencies and Social Injustice. Wiesbaden: Springer VS.

Flick, U. (2004): Triangulation. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Flora, J.L. (1998): Social Capital and Communities of Place. In: Rural Sociology 63(4), 481-506.

Forsthoff, E. (1938): Die Verwaltung als Leistungsträger. Stuttgart: Kohlhammer.

Förtner, M.; Belina, B. & Naumann, M. (2019): Stadt, Land, AfD. Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung. In: sub\urban – Zeitschrift für kritische Stadtforschung 7(1/2), 23-44.

Franz, S. (2017): Raumwirksame Finanzströme: Finanzausgleiche, Fördermittel, Strukturhilfen und ihre Wirkungen auf die territoriale Kohäsion. In: Heinrich-Böll-Stiftung [Hrsg.]: Geteilte Räume. Strategien für mehr sozialen und räumlichen Zusammenhalt. Bericht der Fachkommission «Räumliche Ungleichheit» der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin, 112-146.

Freitag, T.; Rößler, C. & Kunz, D.A. (2009): Bewertung der Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund der infrastrukturellen Ausstattung sächsischer Dörfer. Dresden (= Schriftenreihe des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie 31).

Furlong, P. & Marsh, D. (2010): A Skin Not a Sweater: Ontology and Epistemology in Political Science. In: Marsh, D. & Stoker, G. [Hrsg.]: Theory and Methods in Political Science. Basingstoke & New York: Palgrave Macmillan, 184-211 (= Political Analysis).

Fürst, D. (2001): Regional governance – ein neues Paradigma der Regionalwissenschaften? In: Raumforschung und Raumordnung 59(5/6), 370-380.

Fyfe, N.R. (2005): Making Space for "Neo-communitarianism"? The Third Sector, State and Civil Society in the UK. In: Antipode 37, 536-557.

Fyfe, N.R. & Milligan, C. (2003): Out of the shadows: exploring contemporary geographies of voluntarism. In: Progress in Human Geography 27(4), 397-413.

Gailing, L. & Ibert, O. (2016): Schlüsselfiguren: Raum als Gegenstand und Ressource des Wandels. In: Raumforschung und Raumordnung 74(5), 391-403.

Gemeinde Nottuln (2019): Einwohner in der Gemeinde Nottuln mit Hauptwohnsitz nach dem heutigen Gebietsstand. Online: https://serviceportal.nottuln.de/dienstleistungen1/-/egov-bis-detail/dienstleistung/597/show; Abruf am 26.09.19.

Gerometta, J.; Häußermann, H. & Longo, G. (2005): Social Innovation and Civil Society in Urban Governance: Strategies for an Inclusive City. In: Urban Studies 42(11), 2007-2021.

Giddens, A. (1992): Die Konstitution der Gesellschaft: Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt/Main & New York: Campus.

Giegold, S. & Embshoff, D. (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg: VSA.

Gieling, J. & Haartsen, T. (2017): Liveable Villages: The Relationship between Volunteering and Liveability in the Perceptions of Rural Residents. In: Sociologia Ruralis 57(S1), 576-597.

Giessen, L. (2010): Regional Governance für ländliche Räume – innovativer Ansatz, politischer Gegenwind und der Weg vorwärts. In: Raumforschung und Raumordnung 68(1), 3-14.

Gillwald, K. (2000): Konzepte sozialer Innovation. Paper der Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. P00-519. Berlin.

Glaser, B.G. & Strauss, A.L. (1998) [1967]: Grounded Theory. Bern: Verlag Hans Huber.

Glöckner, R.; Ehrlich, K. & Lang, T. (2013): Genossenschaften in der Neuen Sozialen Ökonomie. Ergebnisse einer Vorstudie aus Deutschland und Forschungsperspektiven. In: Brazda, J.; Dellinger, M. & Rößl, D. [Hrsg.]: Genossenschaften im Fokus einer neuen Wirtschaftspolitik. Bericht der XVII. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung (IGT) 2012 in Wien. Wien & Münster: LIT, 1127-1138.

Glückler, J. (2002): Raum als Gegenstand, Begriff und Perspektive in der Geographie. In: Werlen, B. & Lippuner, R. [Hrsg.]: Texte zur Theorie der Sozialgeographie. Jena (= Jenaer Geographische Manuskripte). Online: www.researchgate.net/profile/Johannes_Glueckler/publication/266970075_Raum_als_Gegenstand_Begriff_und_Perspektive_in_der_Geographie/links/544028210cf21227a11ba5c5.pdf?origin=publication_list&ev=prf_pub_xdl; Abruf am 30.11.19.

Gnest, H. & Zeck, H. (2018): Raumordnerische Steuerung des großflächigen Einzelhandels. Das Beispiel Niedersachsen. In: Informationen zur Raumentwicklung 3(2018), 56-67.

Göler von Ravensburg, N. (2015): Sozialgenossenschaften in Deutschland: Eine diskursgeleitete phänomenologische Annäherung. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 65(2), 135-154.

Goltz, E. (2012): Ländliche periphere Räume – Altersheim oder Entschleunigungsrefugium. Fallbeispiel Uckermark (Brandenburg). In: DGD – Deutsche Gesellschaft für Demographie [Hrsg.]: Schrumpfend, alternd, bunter? Antworten auf den demographischen Wandel. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie vom 9. bis 11. März 2011 in Bonn. DGD-Online-Publikation 1/2012, 32-38.

Grabher, G. (1993): The weakness of strong ties: the lock-in of regional development in the Ruhr area. In: ders. [Hrsg.]: The embedded firm. On the socioeconomics of industrial networks. London & New York: Routledge, 255-275.

Grabski-Kieron, U. (2016): Politik im und für den ländlichen Raum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 46-47(2016), 23-28.

Granovetter, M. (1985): Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. In: American Journal of Sociology 91(3), 481-510.

Greve, W. & Strobl, R. (2004): Social and individual coping with threats. Outlines of an interdisciplinary approach. In: Review of General Psychology 8(3), 194-207.

Gröll, W. (2017): Erfolgreiche Nahversorger entwickeln. Vortrag am 25. Januar 2017 auf dem 10. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Rahmen der Internationalen Grünen Woche. Berlin.

Haack, W. (2004) [2000]: Der ländliche Raum – ein Stiefkind der Politik? In: DStGB – Deutscher Städte- und Gemeindebund [Hrsg.]: „Die Kommunen sind nicht die Kolonien des Staates". Beiträge von Wulf Haack aus 25 Jahren Tätigkeit im Deutschen Städte- und Gemeindebund. Berlin, 18-20.

Hahn, V. (2016): Nahversorgung in ländlichen Räumen durch Dorfläden mit Bürgerbeteiligung. Über ein sozial innovatives Projekt und seine erfolgreiche Ausbreitung. Vortrag auf dem Kongress „Innovationen für die Gesellschaft. Neue Wege und Methoden zur Entfaltung des Potenzials sozialer Innovationen" am 20. und 21. September 2016 auf dem Umweltforum in Berlin.

Hahne, U. (2009): Zukunftskonzepte für schrumpfende ländliche Räume. Von dezentralen und eigenständigen Lösungen zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität und zur Stabilisierung der Erwerbsgesellschaft. In: Neues Archiv für Niedersachsen. Zeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesentwicklung 1/2009, 2-25. Online: https://nahversorgung.org/wp-content/uploads/2019/01/Hahne_Zukunftskonzepte_laendliche_Raeume_2009.pdf; Abruf am 02.12.19.

Hainz, M. (1999): Dörfliches Sozialleben im Spannungsfeld der Individualisierung. Bonn (= Schriftenreihe der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie 311).

Hameister, N. & Tesch-Römer, C. (2018): Landkreise und kreisfreie Städte: Regionale Unterschiede im freiwilligen Engagement. In: Simonson, J.; Vogel, C. & Tesch-Römer, C. [Hrsg.]: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS, 549-571 (= Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement).

Hangebruch, N.; Osterhage, F. & Wiegandt, C.-C. (2019): Onlinehandel in ländlichen Räumen: Fluch oder Segen? In: RaumPlanung 202(3/4), 8-15.

Hard, G. (1998): Eine Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Literaturberichte. In: Erdkunde 52(3), 250-253.

Harteisen, U. & Eigner-Thiel, S. (2017): Lebensqualität und Dorfentwicklung. Eine Fallstudie aus Niedersachsen. In: Raumforschung und Raumordnung 75(2), 157-170.

Haucap, J.; Heimeshoff, U.; Klein, G.J.; Rickert, D. & Wey, C. (2013): Wettbewerbsprobleme im Lebensmitteleinzelhandel. Düsseldorf (= DICE Ordnungspolitische Perspektiven 48).

Haunstein, S. & Thürling, M. (2017): Aktueller Gründungsboom – Genossenschaften liegen im Trend. In: Nationalatlas aktuell 11(2). Leipzig.

Haus, M. (2002): Einleitung: Lokale Politikforschung als Frage nach Bürgergesellschaft und sozialem Kapital. In: ders. [Hrsg.]: Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde. Opladen: Leske + Budrich, 9-29 (= Stadtforschung aktuell 86).

HDE – Handelsverband Deutschland [Hrsg.] (2018): Handelsreport. Lebensmittel Online. Fakten zum Online-Lebensmittelhandel 2017. Berlin. Online: https://einzelhandel.de/index.php?option=com_attachments&task=download&id=9350; Abruf am 02.12.19.

Helbrecht, I. (2014): Urbanität und Ruralität. In: Lossau, J.; Freytag, T. & Lippuner, R. [Hrsg.]: Schlüsselbegriffe der Kultur- und Sozialgeographie. Stuttgart: Ulmer, 167-181.

Helmle, S. & Kuczera, C. (2015): Typisch ist das vermeintlich Untypische: Alltag von Dorfbewohnern. Volume 2. Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993, 2012. Thünen Report 32. Braunschweig.

Henkel, G. (2016a): Geschichte und Gegenwart des Dorfes. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 46-47(2016), 10-16.

Henkel, G. (2016b): Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist. München: dtv.

Hirschman, A.O. (1974): Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten. Tübingen: Mohr.

Hirschman, A.O. (1958): The Strategy of Economic Development. New Haven: Yale University Press.

Hollstein, B. (2017): Das Ehrenamt. Empirie und Theorie des bürgerschaftlichen Engagements. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15(2017), 36-41.

Holz-Rau, C.; Günthner, S. & Krummheuer, F. (2010): Daseinsvorsorge ist keine Dortseinsvorsorge. Hinweise zur Planung in dünn besiedelten Räumen. In: Informationen zur Raumentwicklung 7(2010), 489-504.

Howaldt, J.; Domanski, D. & Schwarz, M. (2015): Rethinking Social Entrepreneurship: The Concept of Social Entrepreneurship under the Perspective of Socio-scientific Innovation Research. In: Journal of Creativity and Business Innovation 1(2015), 88-98.

Howaldt, J. & Schwarz, M. (2010): Soziale Innovation – Konzepte, Forschungsfelder und -perspektiven. In: Howaldt, J. & Jacobsen, H. [Hrsg.]: Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. Wiesbaden: VS, 87-108 (= Dortmunder Beiträge zur Sozialforschung).

Ibert, O.; Müller, F.C. & Stein, A. (2014): Produktive Differenzen: eine dynamische Netzwerkanalyse von Innovationsprozessen. Bielefeld: Transcript (= Science Studies).

Ilisch, P. (2016): Schapdettens ältere Geschichte bis zum Anfang des 19 Jahrhunderts. In: Kreisheimatverein Coesfeld [Hrsg.]: Geschichtsblätter Kreis Coesfeld. Coesfeld, 1-70.

IRS – Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung [Hrsg.] (o.J.): Forschungsprogramm 2015 – 2018. Online: https://leibniz-irs.de/fileadmin/user_upload/Forschung_Downloads/Forschungsprogramm-2015-18.pdf; Abruf am 26.09.19.

IWH – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle [Hrsg.] (2019): Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle/Saale.

Janning, H. & Grotefels, S. (2012): Rechtliche Anforderungen an raumordnerische Festlegungen zur Einzelhandelssteuerung. In: Konze, H. & Wolf, M. (Hrsg.): Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen planvoll steuern! Hannover, 55-71 (= Arbeitsberichte der ARL 2).

Jansen, D. & Diaz-Bone, R. (2012): Netzwerkstrukturen als soziales Kapital. Konzepte und Methoden zur Analyse struktureller Einbettung. In: Weyer, J. [Hrsg.]: Soziale Netzwerke: Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung. München: Oldenbourg Verlag, 73-108.

Jansen, S.A. (2013): Begriffs- und Konzeptgeschichte von Sozialunternehmen. Differenztheoretische Typologisierungen. In: Jansen, S.A.; Heinze, R.G. & Beckmann, M. [Hrsg.]: Sozialunternehmen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, 35-78.

Jantsch, A.; Wunder, C. & Hirschauer, N. (2016): Lebensqualität in Deutschland. Ein Vergleich von ländlichen und städtischen Regionen. Vortrag anlässlich der 56. Jahrestagung der GEWISOLA. „Agrar- und Ernährungswirtschaft: Regional vernetzt und global erfolgreich“ Bonn, 28. bis 30. September 2016. Online: https://ideas.repec.org/p/ags/gewi16/244798.html; Abruf am 03.10.19.

Jeggle, U. & Ilien, A. (1978): Die Dorfgemeinschaft als Not- und Terrorzusammenhang. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte des Dorfes und zur Sozialpsychologie seiner Bewohner. In: Wehling, H.-G. [Hrsg.]: Dorfpolitik. Sozialwissenschaftliche Analysen. Didaktische Hilfen. Opladen: Leske + Budrich, 38-53 (= Analysen 22).

Jensen-Auvermann, T; Adams, I. & Doluschitz, R. (2018): Die Partizipation der Ressource Mitglied in gemeinwesenorientierten Genossenschaften. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 68(4), 256-276.

Jessop, B. (1995): The regulation approach, governance and post-Fordism: alternative perspectives on economic and political change? In: Economy and Society 24(3), 307-333.

JLL – Jones Lang Lasalle (2018): Der Lebensmitteleinzelhandel im Wandel. Düsseldorf. Online: www.jll.de/content/dam/jll-com/documents/pdf/research/emea/germany/de/lebensmitteleinzelhandel-report-jll.pdf; Abruf am 03.10.19.

Joas, H. (1992): Pragmatismus und Gesellschaftstheorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Johanisova, N.; Crabtree, T. & Fraňková, E. (2013): Social enterprises and non-market capitals: a path to degrowth? In: Journal of Cleaner Production 38, 7-16.

Jürgens, U. (2018): 'Real' Versus 'Mental' Food Deserts from the Consumer Perspective. Concepts and Quantitative Methods Applied to Rural Areas of Germany. In: Die Erde 149(1), 25-43.

Jürgens, U. (2017a): Renaissance des Dorfladens oder Versorgungswüsten? Erfahrungen und Lernpotenziale am Beispiel Schleswig-Holstein. In: Standort 41, 99-108.

Jürgens, U. (2017b): Kunden zwischen Selbstwahrnehmung und tatsächlichem Einkaufsverhalten. Lebensmittelnahversorgung und food deserts in ländlichen Regionen am Beispiel Schleswig-Holstein. In: Dannenberg, P.; Willkomm, M. & Zehner, K. [Hrsg.]: Einzelhandel in Deutschland – aktuelle Dynamiken im Kontext neuer Rahmenbedingungen. Mannheim: MetaGIS Systems, 31-57.

Kaether, J. (2014): Das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge – ein wichtiger Orientierungspunkt für die Entwicklung einer Demografiestrategie. In: BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.]: Vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen. Ein wichtiges Thema im Kontext der Demografiestrategie. Dezembertagung des Arbeitskreises „Städte und Regionen". BBSR-Online-Publikation 11/2014. Bonn, 112-130.

Kasabov, E. (2016): Investigating difficulties and failure in early-stage rural cooperatives through a social capital lens. In: European Urban and Regional Studies 23(4), 895-916.

Kay, A. (2006): Social capital, the social economy and community development. In: Community Development Journal 41(2), 160-173.

Kecskes, R. (1994): Abwanderung, Widerspruch, Passivität. Oder: Wer zieht wann um? In: Zeitschrift für Soziologie 23(2), 129-144.

Keim, K.D. (2009): Spacing-Konzepte und Brückenprinzipien zur Formulierung von Handlungsvorschlägen. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Diskussionspapier 1/2009. Berlin.

Keim, K.D. (2008): Regional Governance: Kooperative Steuerung regionaler Entwicklung. In: Hüttl, R.F.; Bens, O. & Plieninger, T. [Hrsg]: Zur Zukunft ländlicher Räume. Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordostdeutschlands. Berlin: De Gruyter Akademie Forschung, 178-184 (= Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 20).

Keim, K.D. (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/2006, 3-7.

Kennel, C.; Neumüllers M. & Willisch, A. (2014): Erfassung bürgerschaftlichen Engagements und sozialer Teilhabe in der Region Westmecklenburg als Teil des Umsetzungsprojekts „Bewegung und Lebensqualität im Alter". Gutachten angefertigt vom Thünen-Institut für Regionalentwicklung und von Urbanizers Neumüllers/Langenbrinck. Bollewick & Berlin.

Kerka, F.; Kriegesmann, B. & Kley, T. (2012): (K)eine einfache Frage: Wie überwinden innovative Kräfte Innovationswiderstände? In: Beck, G.; Kropp, C. & Deppe, I. [Hrsg.]: Gesellschaft innovativ: Wer sind die Akteure? Wiesbaden: VS, 251-270.

Kerlin, J.A. (2012): Defining Social Enterprise across Different Contexts: A Conceptual Framework Based on Institutional Factors. In: Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly 42(1), 84-108.

Kerlin, J.A. (2006): Social Enterprise in the United States and Europe: Understanding and Learning from the Differences. In: Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations 17(2006), 247-263.

Kersten, J.; Neu, C. & Vogel, B. (2017): Das Soziale-Orte-Konzept. Ein Beitrag zur Politik des sozialen Zusammenhalts. In: UPR – Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis 2(2017), 50-56.

Kersten, J.; Neu, C. & Vogel, B. (2015): Der Wert gleicher Lebensverhältnisse. Bonn.

Kersten, J. (2006): Daseinsvorsorge und demographischer Wandel: Wie ändert sich das Raum- und Staatsverständnis? In: Raumforschung und Raumordnung 64(4), 245-257.

Klein, A. (2016): Engagement-Koproduktionen im Welfare Mix – Herausforderungen, Voraussetzungen, Perspektiven. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 29(1), 97-104.

Klemisch, H. & Vogt, W. (2012): Genossenschaften und ihre Potenziale für eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaftsweise. Studie im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Klemisch, H. & Flieger, B. (2007): Genossenschaften und ihre Potenziale für Innovation, Partizipation und Beschäftigung. KNi Bericht 01/07. Köln.

Klie, T. & Marzluff, S. (2012): Engagement gestaltet ländliche Räume: Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements zur kommunalen Daseinsvorsorge. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 45, 748-755.

Kluth, W. (2017): Die Infrastrukturgenossenschaft: Begriff und Systematik sowie ihre Bedeutung als Aktivierungs- und Gestaltungsinstrument. In: Kluth, W. [Hrsg.]: Infrastrukturgenossenschaften. Halle/Saale: Universitätsverlag Halle-Wittenberg, 9-25 (= Genossenschafts- und Kooperationsforschung 3).

Kötter, I.T.; Schuppe, T. & Maringer, S. (2013): Anpassungsstrategien für die Daseinsvorsorge in ländlichen Gemeinden mit vielen Ortsteilen. Bonn (= Schriftenreihe des Lehr- und Forschungsschwerpunktes Umweltverträgliche und Standortgerechte Landwirtschaft 175).

KPMG & GDI – Gottlieb Duttweiler Institute [Hrsg.] (2013): Die Zukunft des Einkaufens. Perspektiven für den Lebensmitteleinzelhandel in Deutschland und der Schweiz. Eine Studie von KPMG & GDI. Zürich.

Krambach, K. (2013): Dorfbewegung – warum und wie? Berlin (= RLS Papers).

Krambach, K. (2008): Möglichkeiten der Selbstorganisation von Dörfern in den ostdeutschen Bundesländern. 1. Teilbericht der Studie. Online: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Wirtschaft/Studie2007.pdf; Abruf am 02.10.19.

Krätke, S. (2000): Regionalforschung in regulationstheoretischer Perspektive. In: Geographische Revue 1(2000), 21-30.

Krätke, S. (1995): Globalisierung und Regionalisierung. In: Geographische Zeitschrift 83(3/4), 207-221.

Kratzwald, B. (2012): Commons und das Öffentliche. Wem gehören öffentliche Dienstleistungen? In: Helfrich, S. & Heinrich-Böll-Stiftung [Hrsg.]: Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: Transcript, 79-84.

Kroismayr, S. (2019): Kleinschulschließungen im Ortsteil. Eine gabentheoretische Betrachtung. In: Steinführer, A.; Laschewski, L.; Mölders, T. & Siebert, R. [Hrsg.]: Das Dorf. Soziale Prozesse und räumliche Arrangements. Münster & Hamburg: LIT, 119-132 (= Ländliche Räume. Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung 5).

Kroismayr, S.; Hirzer, P. & Bittner, M. (2016): Schulschließungen im ländlichen Raum. Beginn oder Endpunkt einer demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Abwärtsspirale? In: Egger, R. & Posch, A. [Hrsg.]: Lebensentwürfe im ländlichen Raum. Wiesbaden: Springer VS, 139-165 (= Lernweltforschung 18).

Krüger, T.; Anders, S.; Walther, M.; Klein, K. & Segerer, M. (2013): Qualifizierte Nahversorgung im Lebensmitteleinzelhandel. Studie im Auftrag des Handelsverband Deutschland (HDE) und des Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels (BVL). Endbericht. Hamburg & Regensburg.

Kuckartz, U. & Rädiker, S. (2014): Datenaufbereitung und Datenbereinigung in der qualitativen Sozialforschung. In: Baur, N. & Blasius, J. [Hrsg.]: Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, 383-396.

Kuhlicke, C.; Petschow, U. & Zorn, H. (2005): Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum. Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung für den Verbraucherzentrale Bundesverband. Endbericht. Berlin.

Kühn, M.; Bernt, M. & Colini, L. (2017): Power, politics and peripheralization: Two Eastern German cities. In: European Urban and Regional Studies 24(3), 258-273.

Kühn, M. & Lang, T. (2017): Metropolisierung und Peripherisierung in Europa. Eine Einführung. In: Europa Regional 23(4), 2-13.

Kühn, M. (2015): Peripheralization: Theoretical Concepts Explaining Socio-Spatial Inequalities. In: European Planning Studies 23(2), 367-378.

Kühn, M. & Weck, S. (2013): Peripherisierung - ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien. In: Bernt, M. & Liebmann, H. [Hrsg.]: Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden: Springer VS, 24-46.

Kühne, S. & Kann, C. (2012): Private (Grund-)Schulen als blinder Fleck der öffentlichen Daseinsvorsorge? Regionale Analysen zu Entwicklungen in der deutschen Privatschullandschaft. In: DDS – Die Deutsche Schule 104(3), 256-278.

Kundolf, S.; Küpper, P.; Margarian, A. & Wandinger, C. (2016): Koordination, Lernen und Innovation zur Entwicklung peripherer ländlicher Regionen. Phase II der Begleitforschung zum Modellvorhaben LandZukunft. Thünen Report 41. Braunschweig.

Küpper, P. & Peters, J.C. (2019): Entwicklung regionaler Disparitäten hinsichtlich Wirtschaftskraft, sozialer Lage sowie Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Deutschland und seinen ländlichen Räumen. Thünen Report 66. Braunschweig.

Küpper, P. & Steinführer, A. (2017): Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zwischen Ausdünnung und Erweiterung: ein Beitrag zur Peripherisierungsdebatte. In: Europa Regional 23(4), 44-60.

Küpper, P. (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Thünen Working Paper 68. Braunschweig.

Küpper, P. & Scheibe, C. (2015): Steuern oder fördern? Die Sicherung der Nahversorgung in den ländlichen Räumen Deutschlands und Südtirols im Vergleich. In: Raumforschung und Raumordnung 73(1), 45-58.

Küpper, P. & Tautz, A. (2015): Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen Europas: Strategien ausgewählter Länder im Vergleich. In: Europa Regional 21(3), 138-155.

Küpper, P.; Steinführer, A.; Ortwein, S. & Kirchesch, M. (2013): Regionale Schrumpfung gestalten. Handlungsspielräume zur langfristigen Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe schaffen und nutzen. Braunschweig & Bonn.

Lamnek, S. (2005): Qualitative Sozialforschung. Weinheim & Basel: Beltz.

Landesamt für Statistik Niedersachsen (2019): Regionaldatenbank für Niedersachsen. Online: www1.nls.niedersachsen.de/statistik/html/default.asp; Abruf am 26.09.19.

Landtag Brandenburg [Hrsg.] (2019): Abschlussbericht der Enquete-Kommission "Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels" (EK 6/1). Drucksache 6/11258. Potsdam.

Lang, T. & Görmar, F. [Hrsg.] (2019): Regional and Local Development in Times of Polarisation. Re-Thinking Spatial Policies in Europe. Berlin, Heidelberg & New York: Palgrave Macmillan (= New Geographies of Europe).

Lang, T. (2018): Peripherie / Peripherisierung. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung [Hrsg.]: Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover, 1687-1692.

Lang, T. (2015): Socio-economic and political responses to regional polarisation and socio-spatial peripheralisation in Central and Eastern Europe: a research agenda. In: Hungarian Geographical Bulletin 64(3), 171-185.

Lang, T. (2011): Sozialökonomische Initiativen zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung – Zwischen Anerkennung und Ignoranz. In: Jähnke, P.; Christmann, G.B. & Balgar, K. [Hrsg.]: Social Entrepreneurship: Perspektiven für die Raumentwicklung. Wiesbaden: VS, 235-252.

Lasch, H. (2009): Der erste Bürgerkonsum in Sachsen. In: Links, C. & Volke, K. [Hrsg.]: Zukunft erfinden: Kreative Projekte in Ostdeutschland. Berlin: Christoph Links Verlag, 99-103.

Laschewski, L.; Steinführer, A.; Mölders, T. & Siebert, R. (2019): Das Dorf als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung. Zur Einführung. In: Steinführer, A.; Laschewski, L.; Mölders, T. & Siebert, R. [Hrsg.]: Das Dorf. Soziale Prozesse und räumliche Arrangements. Münster & Hamburg: LIT, 3-56 (= Ländliche Räume. Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung 5).

Laschewski, L. (2009): The Formation and Destruction of Social Capital – Lessons from East German Rural Restructuring. In: Eastern European Countryside 15, 91-110.

Laville, J.-L. (2010): The Solidarity Economy: An International Movement. In: RCCS Annual Review 2(2010), 3-41.

Laville, J.-L. & Nyssens, M. (2004): The social enterprise. Towards a theoretical socio-economic approach. In: Borzaga, C. & Defourny, J. [Hrsg.]: The Emergence of Social Enterprise. London & New York: Routledge, 312-332.

Leber, N. & Kunzmann, K.R. (2006): Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume in Zeiten des Metropolenfiebers. In: disP – The Planning Review 42(166), 58-70.

Lehmann, E. & 14 weitere Autoren (1977): Das mittlere Zschopaugebiet. Berlin: Akademie-Verlag, 187-190 (= Werte unserer Heimat. Heimatkundliche Bestandsaufnahme in der Deutschen Demokratischen Republik 28).

Lehner, O.M. & Kansikas, J. (2013): Pre-paradigmatic Status of Social Entrepreneurship Research: A Systematic Literature Review. In: Journal of Social Entrepreneurship 4(2), 198-219.

Leibert, T. & Golinski, S. (2017): Peripheralisation: The Missing Link in Dealing with Demographic Change? In: Comparative Population Studies 41(3/4), 255-284.

Liebmann, H. (2010): Zivilgesellschaft unter Schrumpfungsbedingungen. In: Becker, E.; Gualini, E.; Runkel, C. & Strachwitz, R.G. [Hrsg.]: Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart: Lucius & Lucius, 71-84 (= Maecenata Schriften 6).

Lindemann, M. & Nyhues, J. (2007): Frischzellenkur für “Tante Emma” In: Planerin 03(07), 26-28.

Lippuner, R. & Lossau, J. (2004): In der Raumfalle. Eine Kritik des spatial turn in den Sozialwissenschaften. In: Mein, G. & Rieger-Ladich, M. [Hrsg.]: Soziale Räume und kulturelle Praktiken. Über den strategischen Gebrauch von Medien. Bielefeld: Transcript, 47-63 (= Kultur und soziale Praxis).

Löw, M. (2007): Zwischen Handeln und Struktur. Grundlagen einer Soziologie des Raums. In: Kessl, F. & Otto, H.-U. [Hrsg.]: Territorialisierung des Sozialen: Regieren über soziale Nahräume. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 81-100.

Lowndes, V. & Sullivan, H. (2008): How low can you go? Rationales and challenges for neighbourhood governance. In: Public Administration 86(1), 53-74.

Luhmann, N. (1973): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart: UTB.

Lühning, G. (2018): Dorfzentren, ländliche Nahversorgung und Seniorenversorgung. Lebensqualität für die Landbevölkerung. Präsentation am 20. April 2018 im Rahmen der Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ (EK 6/1) des Landes Brandenburg. Potsdam.

Lumpkin, G.T.; Bacq, S. & Pidduck, R.J. (2018): Where Change Happens: Community-Level Phenomena in Social Entrepreneurship Research. In: Journal of Small Business Management 56(1), 24-50.

M.Punkt RLP (2018): Unser Leistungsspektrum. Ganzheitliche Beratung von der Idee bis zur Umsetzung. Online: www.m-punkt-rlp.de/fileadmin/user_upload/Unser_Leistungsspektrum.pdf; Abruf am 02.02.19.

Magel, H. (2013): Wer sichert die Zukunft ländlicher Räume? Anmerkungen zu einem brisanten landes- und gesellschaftspolitischen Thema. Überarbeitete Fassung des Festvortrags bei den 19. Plankstettener Gesprächen am 24. Juli 2013. In: Mitteilungen des DVW-Bayern 4/2013, 357-369.

Majee, W. & Hoyt, A. (2011): Cooperatives and Community Development: A Perspective on the Use of Cooperatives in Development. In: Journal of Community Practice 19, 48-61.

Margarian, A. (2016): Grenzen der Gestaltbarkeit. Gibt es Erfolgsfaktoren der regionalen Wirtschaftsentwicklung? Vortrag auf der Tagung zu „Erfolgsfaktoren der Regionalentwicklung jenseits der großen Städte“ vom 13. bis 14. Juni 2016 in der Evangelischen Akademie Loccum. Veröffentlicht in den Loccumer Protokollen.

MarktTreff (2018): MarktTreff – Lebendige Marktplätze im ländlichen Raum. Online: https://markt-treff-sh.de/file/mt-handbuch_04-2018.pdf; Abruf am 02.12.19.

Matthiesen, U. (2013): Raumpioniere und ihre Möglichkeitsräume. In: Faber, K. & Oswalt, P. [Hrsg.]: Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Leipzig: Spector Books, 153-160 (= Edition Bauhaus 35).

Mayntz, R. (2009a): Kausale Rekonstruktion: Theoretische Aussagen im akteurzentrierten Institutionalismus (ursprünglich: 2002). In: dies. [Hrsg.]: Sozialwissenschaftliches Erklären: Probleme der Theoriebildung und Methodologie. Frankfurt/Main: Campus, 83-95 (= Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln 63).

Mayntz, R. (2009b): Sozialwissenschaftliche Erkenntnisinteressen und Erkenntnismöglichkeiten: Eine Einführung. In: dies. [Hrsg.]: Sozialwissenschaftliches Erklären: Probleme der Theoriebildung und Methodologie. Frankfurt/Main: Campus, 7-36 (= Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln 63).

Mayntz, R. (2004): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? MPIfG Working Paper 04/1. Köln.

Mayntz, R. & Scharpf, F.W. (1995): Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: dies. [Hrsg.]: Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Frankfurt/Main & New York: Campus, 39-72 (= Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung 23).

Meessen, S.; Trienes, M. & Jenniches, S. (2012): „Convenience“ auf dem Dorf? (Neue) Lebensqualität durch DORV, den multifunktionalen Dorfladen. In: Standort 36(4), 177-186.

Meyer, F.; Miggelbrink, J. & Schwarzenberg, T. (2016): Reflecting on the Margins: Socio-spatial Stigmatisation among Adolescents in a Peripheralised Region. In: Comparative Population Studies 41(3-4), 285-320.

Mießner, M. & Naumann, M. (2018): Raumordnung II: Deutschland und die Europäische Union. In: Voigt, R. [Hrsg.]: Handbuch Staat. Wiesbaden: Springer VS, 1151-1161.

MKRO – Ministerkonferenz für Raumordnung (2016): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Beschlossen von der 41. MKRO am 9. März 2016. Online: www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/raumordnung/leitbilder-und-handlungsstrategien-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=4; Abruf am 02.12.19.

Monzón, J.L. & Chaves, R. (2012): Die Sozialwirtschaft in der Europäischen Union. Bericht des Internationalen Forschungs- und Informationszentrums für öffentliche Wirtschaft, Sozialwirtschaft und Genossenschaftswesen (CIRIEC) für den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Brüssel.

Mose, I. & Nischwitz, G. (2009): Anforderungen an eine regionale Entwicklungspolitik für strukturschwache ländliche Räume. E-Paper der ARL 7. Hannover.

Mose, I. (1989): Eigenständige Regionalentwicklung. In: Geographische Zeitschrift 77(3), 154-167.

Moulaert, F.; MacCallum, D.; Mehmood, A. & Hamdouch, A. [Hrsg.] (2013): The International Handbook on Social Innovation. Collective Action, Social Learning and Transdisciplinary Research. Cheltenham & Northampton: Edward Elgar.

Moulaert, F. & Ailenei, O. (2005): Social Economy, Third Sector and Solidarity Relations: A Conceptual Synthesis from History to Present. In: Urban Studies 42(11), 2037-2054.

Moulaert, F. & Nussbaumer, J. (2005): Defining the Social Economy and its Governance at the Neighbourhood Level: A Methodological Reflection. In: Urban Studies 42(11), 2071-2088.

Müller, F.C. & Ibert, O. (2014): (Re-)Sources of Innovation: Understanding and Comparing Innovation Dynamics through the Lens of Communities of Practice. IRS Working Paper 52. Erkner.

MULNV NRW – Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (o.J.): Zentrum für ländliche Entwicklung. Online: www.umwelt.nrw.de/landwirtschaft/wer-macht-was/zentrum-fuer-laendliche-entwicklung/; Abruf am 27.09.19.

Munoz, S.-A.; Farmer, J.; Warburton, J. & Hall, J. (2014): Involving rural older people in service co-production: Is there an untapped pool of potential participants? In: Journal of Rural Studies 34, 212-222.

Myrdal, G. (1957): Economic Theory and Underdeveloped Regions. London: Gerald Duckworth.

Nadler, R. (2017): The Elephant in the Room. Über das Verhältnis von demographischem Wandel, Daseinsvorsorge und zivilgesellschaftlichem Engagement in Deutschland. In: Raumforschung und Raumordnung 75(6), 499-512.

Naumann, M. & Reichert-Schick, A. (2012): Infrastrukturelle Peripherisierung: Das Beispiel Uecker-Randow (Deutschland). In: disP – The Planning Review 48(1), 27-45.

Nebelung, C.; Forkel, J.A. & Elkeles, T. (2010): Alltägliche Lebensführung und Solidarität in nordostdeutschen Landgemeinden – Erste qualitative Ergebnisse der Landgesundheitsstudie. In: Gesundheitswesen 72(3), 140-145.

Neckel, S. (2005): Die Marktgesellschaft als kultureller Kapitalismus. Zum neuen Synkretismus von Ökonomie und Lebensform. In: Imhof, K. & Eberle, T.S. [Hrsg.]: Triumph und Elend des Neoliberalismus. Zürich: Seismo, 198-211.

Neu, C. (2016): Neue Ländlichkeit. Eine kritische Betrachtung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 46-47(2016), 4-9.

Neu, C. & Nikolic, L. (2015): Versorgung im ländlichen Raum der Zukunft: Chancen und Herausforderungen. In: Fachinger, U. & Künemund, H. [Hrsg.]: Gerontologie und ländlicher Raum. Lebensbedingungen, Veränderungsprozesse und Gestaltungsmöglichkeiten. Wiesbaden: Springer VS, 185-206 (= Vechtaer Beiträge zur Gerontologie).

Neu, C. (2014): Ländliche Räume und Daseinsvorsorge – Bürgerschaftliches Engagement und Selbstaktivierung. In: Dünkel, F.; Herbst, M. & Schlegel, T. [Hrsg.]: Think Rural! Wiesbaden: Springer VS, 117-124.

Neu, C. (2011): Daseinsvorsorge und Bürgerpartizipation. In: Geographische Rundschau 63(2), 44-49.

Neu, C. (2009): Daseinsvorsorge – eine Einführung. In: dies. [Hrsg.]: Daseinsvorsorge: eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Research, 9-19 (= Demografischer Wandel – Hintergründe und Herausforderungen).

Neu, C. & 14 weitere Autoren (2009): Wohnortnahe Grundversorgung und Bürgerpartizipation – ein Praxisbeispiel aus Mecklenburg-Vorpommern. Studie der Universität Rostock. Abschlussbericht. Rostock.

Neu, C. (2006): Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37(2006), 8-15.

Neumann, D. (2012): Bürgerengagement zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation. Die Wirkung des bundespolitischen Bürgergesellschaftsdiskurses auf die Etablierung einer deutschen Engagementpolitik. Berlin (= Opusculum 57).

Neumeier, S. (2017): Social innovation in rural development: identifying the key factors of success. In: GJ – The Geographical Journal 183(1), 34-46.

Neumeier, S. (2015a): Regional accessibility of supermarkets and discounters in Germany – a quantitative assessment. In: Landbauforschung 65(1), 29-46.

Neumeier, S. (2015b): Street petrol station shops as an alternative to missing local food suppliers – Contribution to the German discourse on 'Daseinsvorsorge': A German view. In: Applied Geography 60, 150-164.

Neumeier, S. (2014): Modellierung der Erreichbarkeit von Supermärkten und Discountern: Untersuchung zum regionalen Versorgungsgrad mit Dienstleistungen der Grundversorgung. Thünen Working Paper 16. Braunschweig.

Neumeier, S. (2012): Why do Social Innovations in Rural Development Matter and Should They be Considered More Seriously in Rural Development Research? – Proposal for a Stronger Focus on Social Innovations in Rural Development Research. In: Sociologia Ruralis 52(1), 48-69.

Nielsen [Hrsg.] (2017): Nielsen Consumers Deutschland. Verbraucher. Handel. Werbung. Studie zum Medien- und Konsumverhalten von Verbrauchern. Online: www.nielsen.com/wp-content/uploads/sites/3/2019/04/Nielsen-Consumers-2017_DE_deutsch.pdf; Abruf am 13.11.19.

Noack, A. & Federwisch, T. (2019): Social Innovation in Rural Regions: Urban Impulses and Cross-Border Constellations of Actors. In: Sociologia Ruralis 59(1), 92-112.

Noack, A. (2015): Soziale Innovationen in Berlin-Moabit. Wiesbaden: Springer VS (= Wissen, Kommunikation und Gesellschaft).

Olk, T. & Gensicke, T. (2014): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland: Stand und Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS (= Bürgergesellschaft und Demokratie 43).

Opitz, S. & Pfaffenbach, C. (2018): Lebensqualität im ländlichen Raum: Wie bewerten Bewohner ihr Wohnumfeld? In: Standort 42, 171-177.

Osti, G. (2010): Mobility Demands and Participation in Remote Rural Areas. In: Sociologia Ruralis 50(3), 296-310.

Ostrom, E. & Ahn, T.-K. (2003): Soziales Kapital und kollektives Handeln: Eine sozialwissenschaftliche Perspektive auf soziales Kapital. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" des 14. Deutschen Bundestages [Hrsg.]: Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen. Wiesbaden: Leske + Budrich, 35-83.

Ostrom, E. (1996): Crossing the great divide: coproduction, synergy, and development. In: World development 24(6), 1073-1087.

Ostrom, E. (1990): Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action. Cambridge: Cambridge University Press (= Political Economy of Institutions and Decisions).

Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: Oekom.

Patton, M.Q. (1990): Designing Qualitative Studies. Purposeful Sampling. In: ders. [Hrsg.]: Qualitative Evaluation and Research Methods. Beverly Hills: Sage, 169-186.

Peattie, K. & Morley, A. (2008): Eight paradoxes of the social enterprise research agenda. In: Social Enterprise Journal 4(2), 91-107.

Peck, J. (2013): Disembedding Polanyi: Exploring Polanyian Economic Geographies. In: Environment and Planning A 45(7), 1536-1544.

Penke, S. (2012): Ländliche Räume und Strukturen – mehr als eine „Restkategorie“ mit Defiziten. In: Debiel, S.; Engel, A.; Hermann-Stietz, I.; Litges, G.; Penke, S. & Wagner, L. [Hrsg.]: Soziale Arbeit in ländlichen Räumen. Wiesbaden: Springer VS, 17-27.

Peredo, A.M. & Chrisman, J.J. (2006): Toward a Theory of Community-Based Enterprise. In: The Academy of Management Review 31(2), 309-328.

Peredo, A.M. & McLean, M. (2006): Social entrepreneurship: A critical review of the concept. In: Journal of World Business 41(1), 56-65.

Perry, M. & Alcock, J. (2010): Community Owned Village Shops – A Better Form of Business. In: Journal of Co-operative Studies 43(2), 37-45.

Pestoff, V.A. (2017): The Social and Political Dimensions of Co-Operative Enterprises. In: Michie, J.; Blasi, J.R. & Borzaga, C. [Hrsg.]: The Oxford Handbook of Mutual, Cooperative, and Co-Owned Business. Oxford: Oxford University Press, 76-94.

Pestoff, V.A.; Brandsen, T. & Verschuere, B. [Hrsg.] (2012): New Public Governance, the Third Sector, and Co-Production. New York: Routledge (= Routledge Critical Studies in Public Management 7).

Peter, H.; Fengler, B. & Moser, A. (2013): Welches Potenzial bietet die Dorferneuerungsförderung in Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein zur Innenentwicklung von Dörfern? In: Raumforschung und Raumordnung 71(1), 49-64.

Pezzei, K. (2013): Verkaufen können wir selber! Wie sich Landmenschen ihren Laden zurück ins Dorf holen. Marburg: Metropolis (= Agrarkultur im 21. Jahrhundert).

Plieninger, T.; Bens, O. & Hüttl R.F. (2006): Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37(2006), 23-30.

Polanyi, K. (2001) [1944]: The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time. Boston: Beacon Press.

Polanyi, K. (1971): Sociology and the Substantive View of the Economy. In: Polanyi, K.; Arensberg, C.M. & Pearson, H.W. [Hrsg.]: Trade and Market in the Early Empires. Economies in History and Theory. Chicago: Henry Regnery, 271-306.

Portes, A. (2000): Social Capital: Its Origins and Applications in Modern Sociology. In: Annual Review of Sociology 24, 1-24.

Przyborski, A. & Wohlrab-Sahr, M. (2014): Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch. München: Oldenbourg Verlag.

Putnam, R.D. (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster Paperbacks.

Putnam, R.D. (1993): The Prosperous Community. Social Capital and Public Life. In: The American Prospect 4(13), 35-42.

Rabadjieva, M. & Butzin, A. (2019): Emergence and diffusion of social innovation through practice fields. In: European Planning Studies 28(5), 925-940.

Räbiger, M. (2018): Bürgerschaftlich getragene Dorfläden und ihre Herausforderungen. Eine fallstudienbasierte Untersuchung zum Scheitern solcher Initiativen. Unveröffentlichte Masterarbeit am Institut für Geographie der Universität Münster. Betreuung durch Yusif Idies & Stefan Haunstein.

Redepenning, M. (2019): Stadt und Land. In: Nell, W. & Weiland, M. (2019): Dorf. Ein Interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart & Berlin: J.B. Metzler, 315-325.

Reichert-Schick, A. (2015): Infrastruktur im ländlichen Raum. In: Lempp, J.; van der Beek, G. & Korn, T. [Hrsg.]: Aktuelle Herausforderungen in der Wirtschaftsförderung. Konzepte für eine positive regionale Entwicklung. Wiesbaden: Springer Gabler, 75-86.

Reichert-Schick, A. (2009): Siedlungsregression und Schrumpfungsprozesse ländlicher Gemeinden in Vorpommern. In: Europa Regional 16(1), 16-28.

Reichwein, A. & Trauth-Koschnick, M. (2010): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements – Strategien und Methoden für die kommunale Praxis. In: Becker, E.; Gualini, E.; Runkel, C. & Strachwitz, R.G. [Hrsg.]: Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart: Lucius & Lucius, 250-264 (= Maecenata Schriften 6).

Renker, C. (2018): Das neue Dorf: gestalten, um zu überleben – vier Handlungsfelder zum Erhalt dörflicher Gemeinden. Wiesbaden: Springer Gabler.

Richter, R. (2017): Rural social enterprises as embedded intermediaries: The innovative power of connecting rural communities with supra-regional networks. In: Journal of Rural Studies 70, 179-187.

Rieker, P. & Seipel, C. (2006): Offenheit und Vergleichbarkeit in der qualitativen und quantitativen Forschung. In: Rehberg, K.-S. [Hrsg.]: Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilband 1 und 2, Frankfurt/Main: Campus, 4038-4046.

Ringle, G. (2016): Die soziale Funktion von Genossenschaften im Wandel. Wismarer Diskussionspapiere 02/2016. Wismar.

Rösch, J. (2013): Gutes Einverleiben. Slow Food als Beispiel für ethisch-verantwortlichen Konsum. In: Schmid, H. & Gäbler, K. [Hrsg.]: Perspektiven sozialwissenschaftlicher Konsumforschung. Stuttgart: Franz Steiner, 75-90 (= Sozialgeographische Bibliothek 16).

Rosol, M. (2018): Alternative Ernährungsnetzwerke als Alternative Ökonomien. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 62(3-4), 174-186.

Rössel, J. (2014): Unterwegs zum guten Leben? Raumproduktionen durch Zugezogene in der Uckermark. Bielefeld: Transcript (= Sozial- und Kulturgeographie).

Rothfuß, E. & Dörfler, T. (2013): Prolog – Raumbezogene Qualitative Sozialforschung. Konzeptionelle Überlegungen zwischen Geographie und Soziologie. In: dies. [Hrsg.]: Raumbezogene qualitative Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, 7-31.

Rottmann, O. & Grüttner, A. (2017): Finanzielle Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten. In: Kluth, W. [Hrsg.]: Infrastrukturgenossenschaften. Halle/Saale: Universitätsverlag Halle-Wittenberg, 45-70 (= Genossenschafts- und Kooperationsforschung 3).

Salemink, K.; Strijker, D. & Bosworth, G. (2017): The Community Reclaims Control? Learning Experiences from Rural Broadband Initiatives in the Netherlands. In: Sociologia Ruralis 57(S1), 555-575.

Sarcinelli, U. & Stopper, J. (2006): Demographischer Wandel und Kommunalpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22(2006), 3-10.

Schäffer, B. (2003): Gruppendiskussionen. In: Bohnsack, R.; Marotzki, W. & Meuser, M. [Hrsg.]: Hauptbegriffe Qualitative Sozialforschung. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 75-80.

Scheffler, K. (2006): Venusberg. Wort und Bild aus unserer Vergangenheit. Venusberg: Verein für Geschichte und Traditionspflege.

Schimank, U. (2009): Die „reflexive Moderne“: eine wohlbekannte Entscheidungsgesellschaft. In: Böhle, F. & Weihrich, M. [Hrsg.]: Handeln unter Unsicherheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 77-93.

Schmale, I. & Göler von Ravensburg, N. (2017): Sozialgenossenschaften als Akteure des sozialen Wandels und genossenschaftliche Beiträge zu einer nachhaltigen Sozial- und Daseinsvorsorge. In: Theuvsen, L.; Andeßner, R.; Gmür, M. & Greiling, D. [Hrsg.]: Nonprofit-Organisationen und Nachhaltigkeit. Wiesbaden: Springer Gabler, 439-448 (= NPO-Management).

Schmale, I. & Blome-Drees, J. (2014): Genossenschaften als Akteure der regionalen Entwicklung. In: Sozialer Fortschritt 63, 186-190.

Schmid, T. (2009): Daseinsvorsorge – Möglichkeiten und Grenzen einer lokalen Agenda. In: Kluschatzka, R.E. & Wieland, S. [Hrsg.]: Sozialraumorientierung im ländlichen Kontext. Wiesbaden: VS Research, 73-94 (= Forschung und Entwicklung in der Sozial(arbeits)wissenschaft).

Schneider, H. (1999): Dorfpolitik. In: Wollmann, H. & Roth, R. [Hrsg.]: Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen: Leske + Budrich, 86-101.

Schnur, O. & Günter, H. (2014): Collaborative Consumption, Sozialkapital und Quartier. Eine Annäherung. In: Raumforschung und Raumordnung 72(5), 401-413.

Schnur, O. (2003): Lokales Sozialkapital für die soziale Stadt. Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Opladen: Leske + Budrich.

Schröder, C. & Walk, H. (2014): Die neue (und alte) Attraktivität von Genossenschaften – Eine Einführung. In: dies. [Hrsg.]: Genossenschaften und Klimaschutz. Wiesbaden: Springer VS, 11-28 (= Bürgergesellschaft und Demokratie 41).

Schröder, M. (2018): Der Daseinsvorsorgeauftrag in Bürgerhand? Gleichwertigkeit in ländlichen Räumen sichern. In: Harteisen, U.; Dittrich, C.; Reeh, T. & Eigner-Thiel, S. [Hrsg.]: Land und Stadt-Lebenswelten und planerische Praxis. Göttingen: Goltze, 65-84 (= Göttinger Geografische Abhandlungen 121).

Schröder, M. (2017): Gleichwertigkeit jenseits von Angleichung – Rahmenbedingungen infrastruktureller Daseinsvorsorge in peripheren ländlichen Räumen In: Kaschlik, A.; Engel, A. & Harteisen, U. [Hrsg.]: Potenziale in der Peripherie. Diversität und Veränderungsprozesse in ländlichen Regionen gestalten. Lemgo: Rohn, 43-64.

Schubert, C. (2018): Soziale Innovationen im ländlichen Raum. Zivilgesellschaft und kommunale Verwaltungsstruktur als begünstigende und hemmende Faktoren. In: Franz, H.-W. & Kaletka, C. [Hrsg.]: Soziale Innovationen lokal gestalten. Wiesbaden: Springer VS, 367-383 (= Sozialwissenschaften und Berufspraxis).

Schumpeter, J.A. (2018) [1942]: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Stuttgart: UTB.

Schwalb, L. & Walk, H. [Hrsg.] (2007): Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (= Bürgergesellschaft und Demokratie 24).

Schwarzenberg, T.; Miggelbrink, J. & Meyer, F. (2017): „Nicht für Erich Honecker früher oder heute für Angela Merkel, sondern für sich selber“ – Eine Fallstudie zu ehrenamtlichen Engagementformen im ländlichen Raum zwischen gesellschaftspolitischen Ansprüchen und individuellen Wahrnehmungen. In: Raumforschung und Raumordnung 75(6), 563-576.

Schwedt, H. (1978): Das Dorf im Verstädterungsprozeß. Die Phasen des sozialen Wandels auf dem Dorfe und die ungelösten Probleme des menschlichen Zusammenlebens. In: Wehling, H.-G. [Hrsg.]: Dorfpolitik. Sozialwissenschaftliche Analysen. Didaktische Hilfen. Opladen: Leske + Budrich, 84-98 (= Analysen 22).

SDL – Schule der Dorf- und Landentwicklung (o.J.): Wer wir sind. Online: www.sdl-thierhaupten.de/ueber-uns; Abruf am 29.08.19.

Secco, L.; Pisani, E.; Burlando, C. & Christoforou, A. (2017): What Future for LEADER as a Catalyst of Social Innovation? In: Pisani, E.; Franceschetti, G.; Secco, L. & Christoforou, A. [Hrsg.]: Social Capital and Local Development. From Theory to Empirics. Berlin, Heidelberg & New York: Palgrave Macmillan, 417-437.

Seelos, C. & Mair, J. (2005): Social entrepreneurship: Creating new business models to serve the poor. In: Business Horizons 48(3), 241-246.

Segerer, M. (2013): Nahversorgung in Bayern: Empirische Identifizierung und Erklärung von Versorgungslücken in der wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. In: BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.]: Der demografische Wandel. Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen? BBSR-Online-Publikation 02/2013. Bonn, 39-51.

Shaw, H.J. (2006): Food Deserts: Towards the Development of a Classification. In: Geografiska Annaler: Series B, Human Geography 88(2), 231-247.

Shucksmith, M. (2009): Disintegrated Rural Development? Neo-endogenous Rural Development, Planning and Place-Shaping in Diffused Power Contexts. In: Sociologia Ruralis 50(1), 1-14.

Simon, H.A. (1972): Theories of bounded rationality. In: McGuire, C.B. & Radner, R. [Hrsg.]: Decision and Organization. Amsterdam: Elsevier, 161-176.

SMUL – Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft [Hrsg.] (2018): Vielfalt leben – Zukunft sichern. Strategien der Sächsischen Staatsregierung für den ländlichen Raum. Dresden.

Somerville, P. & McElwee, G. (2011): Situating community enterprise: A theoretical exploration. In: Entrepreneurship & Regional Development 23(5/6), 317-330.

Soviana, S. (2015): Cooperative, Social Enterprise, and Community-Based Enterprise: Competing, Substituting, or Complementing? In: Management and Organizational Studies 2(2), 1-14.

Sparschuh, V. & Sterbling, A. [Hrsg.] (2013): Abwanderung aus ländlichen Gebieten. Ursachen, Motive, Erscheinungsformen und Folgeprobleme. Magdeburg: Meine Verlag (= Thematische Schriftenreihe Politische Soziologie 2).

Spellerberg, A. (2016): Regionale Disparitäten. In: Destatis – Statistisches Bundesamt & WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung [Hrsg.]: Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, 350-359.

Sperber, M. (2009): Regionale Lernkultur – schrumpfende Regionen zwischen Innovation und Selbstperipherisierung. In: Dannenberg, P.; Köhler, H.; Lang, T.; Utz, J.; Zakirova, B. & Zimmermann, T. [Hrsg.]: Innovationen im Raum – Raum für Innovationen. Hannover, 53-66 (= Arbeitsmaterial der ARL 348).

Stappel, M. (2017): Zu genossenschaftlichen Neugründungen mit sozialer Zielsetzung. In: Schmale, I. & Blome-Drees, J. [Hrsg.]: Genossenschaft innovativ. Genossenschaften als neue Organisationsform in der Sozialwirtschaft. Wiesbaden: Springer VS, 147-159 (= Sozialwirtschaft innovativ).

Statistisches Landesamt Sachsen (2014): Bevölkerung, Haushalte, Familien und deren Wohnsituation am 09. Mai 2011. Drebach. Grunddaten und Indikatoren. Kamenz.

Steffen, G. & Weeber, R. (2001): Das Ende der Nahversorgung? Studie zur wohnungsnahen Versorgung im Auftrag des Verbandes Region Stuttgart. Stuttgart (= Schriftenreihe Verband Region Stuttgart 17).

Stehr, N. (2007): Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Steinführer, A. (2017): Verschwunden, nicht gestorben. Warum sich die Raumsoziologie (trotzdem) wieder mit dem Dorf beschäftigen sollte. In: SozBlog vom 30.08.17. Online: https://blog.soziologie.de/2017/08/verschwunden-nicht-gestorben-warum-sich-die-raumsoziologie-trotzdem-wieder-mit-dem-dorf-beschaeftigen-sollte/; Abruf am 10.10.19.

Steinführer, A. (2015): Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge. In: Raumforschung und Raumordnung 73(1), 5-16.

Steinführer, A.; Küpper, P. & Tautz, A. (2014): Adapt and Cope: Strategies for Safeguarding the Quality of Life in a Shrinking Ageing Region. In: Comparative Population Studies 39(2), 345-370.

Steinführer, A. & Küpper, P. (2013): Lokale Lebensqualität: Definitionen und Gestaltungsoptionen unter Alterungs- und Schrumpfungsbedingungen. In: BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.]: Der demografische Wandel. Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen? BBSR-Online-Publikation 02/2013. Bonn, 16-28.

Steinführer, A.; Küpper, P. & Tautz, A. (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. Landbauforschung Sonderheft 367. Braunschweig.

STMAS – Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration [Hrsg.] (2013): Sozialgenossenschaften in Bayern – Der Ratgeber zur erfolgreichen Gründung. München.

STMWI – Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie [Hrsg.] (2013): Der Dorfladen in Bayern. Leitfaden für Gründung und Betrieb. München.

Strauch, M. (2011): Social Entrepreneurs und das Gestalten innerer ‚Räume'. In: Jähnke, P.; Christmann, G.B. & Balgar, K. [Hrsg.]: Social Entrepreneurship: Perspektiven für die Raumentwicklung. Wiesbaden: VS, 103-120.

Strübing, J. (2014): Grounded Theory und Theoretical Sampling. In: Baur, N. & Blasius, J. [Hrsg.]: Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, 457-472.

Swiaczny, F. (2010): Implications of Demographic Change for Civil Society in Germany. In: Journal of Population Research 27(3), 193-211.

Swyngedouw, E. & Moulaert, F. (2010): Socially innovative projects, governance dynamics and urban change: between state and self-organisation. In: Moulaert, F.; Martinelli, F.; Swyngedouw, E. & González, S. [Hrsg.]: Can Neighbourhoods Save the City? Community Development and Social Innovation. London & New York: Routledge, 219-234 (= Regions and Cities).

Swyngedouw, E. (2005): Governance Innovation and the Citizen: The Janus Face of Governance-beyond-the-State. In: Urban Studies 42(11), 1991-2006.

Tautz, A.; Stielike, J.M. & Danielzyk, R. (2018): Gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken – Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis. In: BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [Hrsg.]: Mal über Tabuthemen reden. Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen, Mindeststandards, Wüstungen ... – worüber nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert wird. BBSR-Online-Publikation 02/2018. Bonn, 25-36.

Temenos, C. & McCann, E. (2013): Geographies of Policy Mobilities. In: Geography Compass 7/5, 344-357.

Terstriep, J. (2016): Soziale Innovationen: Wer beteiligt sich an der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen? Forschung Aktuell 09/16. Institut Arbeit und Technik (IAT). Gelsenkirchen.

Thomas, M. (2011): Neustart Transformation, oder Hip Hop an der Elbe? Große Theorien und kleine Gemeinschaften. In: ders. [Hrsg.]: Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen. Berlin: LIT, 9-28 (= Texte aus dem Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien 3).

Thürling, M. (2014): Genossenschaften im Dritten Sektor: Situation, Potentiale und Grenzen. Im Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftlichkeit und sozialer Zielsetzung. WZB Discussion Paper No. SP V 2014-301. Berlin.

Tõnurist, P. & Surva, L. (2017): Is Volunteering Always Voluntary? Between Compulsion and Coercion in Co-production. In: Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations 28(1), 223-247.

Tracey, P.; Phillips, N. & Haugh, H. (2005): Beyond Philanthropy: Community Enterprise as a Basis for Corporate Citizenship. In: Journal of Business Ethics 58, 327-344.

Trebbin, A.; Franz, M. & Hassler, M. (2013): Großhandelskooperationen für den kleinflächigen Einzelhandel in ländlichen Räumen am Beispiel Mittelhessen. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 57(3), 139-154.

Trostorff, B. (2017): Regional, kooperativ, wandelbar: Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen – Ergebnisse eines Planungsprojekts in Thüringen. In: Schlump, C. & Zaspel-Heisters, B. [Hrsg.]: Neue Leitbilder für die Raumentwicklung in Deutschland. Rahmenbedingungen, Entwicklungsstrategien und Umsetzungskonzepte. Hannover, 4-23 (= Arbeitsberichte der ARL 19).

Turban, M. & Wolf, J. (2008): Absatzbezogene Strategien der Internationalisierung des Lebensmittel-Discountmarkts bei Aldi und Lidl im Vergleich. Düsseldorf (= Düsseldorf Working Papers in Applied Management and Economics 3).

Unser Laden Falkenau (2019): Dokumentation der Generalversammlung 2019. Online: http://unser-laden-falkenau.de/2019/07/generalversammlung-2019/; Abruf am 27.09.19.

Vestrum, I. & Rasmussen, E. (2013): How community ventures mobilise resources: Developing resource dependence and embeddedness. In: International Journal of Entrepreneurial Behavior & Research 19(3), 283-302.

Vogelgesang, W.; Kopp, J.; Jacob, R. & Hahn, A. (2018): Stadt-Land-Fluss: Sozialer Wandel im regionalen Kontext. Wiesbaden: Springer VS.

Vogelgesang, W.; Kopp, J.; Jacob, R. & Hahn, A. (2016): Urbane Dörfer. Städtische Lebensformen im dörflichen Kontext. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 46-47(2016), 35-40.

Vogelpohl, A. (2013): Qualitativ vergleichen – Zur komparativen Methodologie in Bezug auf räumliche Prozesse. In: Rothfuß, E. & Dörfler, T. [Hrsg.]: Raumbezogene qualitative Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, 61-82.

Vogl, S. (2014): Gruppendiskussion. In: Baur, N. & Blasius, J. [Hrsg.]: Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, 581-586.

Vogt, L.; Biernatzki, R.; Kriszan, M. & Lorleberg, W. (2015): Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993, 2012. Dörfer als Wohnstandorte. Thünen Report 32(1). Braunschweig.

Walk, H. (2014): Veränderungen lokaler Governance. In: Zimmer, A.E. & Simsa, R. [Hrsg.]: Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement. Wiesbaden: Springer VS, 197-207 (= Bürgergesellschaft und Demokratie 46).

Walker, S. (2016): Urban agriculture and the sustainability fix in Vancouver and Detroit. In: Urban Geography 37(2), 163-182.

Warburg, F. (2011): Konsequenzen des zweiten demographischen Übergangs für den ländlichen Raum. Alternative Konzepte zur Nahversorgung aufgezeigt an der Region Nordhessen. In: Geographica Helvetica 66(2), 132-139.

Wardenga, U. (2002): Alte und neue Raumkonzepte für den Geographieunterricht. In: Geographie heute 23(200), 8-11.

Weber, M. (1999) [1922]: Grundriß der Sozialökonomik. III. Abteilung. Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: Mohr-Siebeck.

Weiler, A.M.; Otero, G. & Wittman, H. (2016): Rock Stars and Bad Apples: Moral Economies of Alternative Food Networks and Precarious Farm Work Regimes. In: Antipode 48(4), 1140-1162.

Weiß, W. (2002): Der Ländlichste Raum – Regional-demographische Begründung einer Raumkategorie. In: Raumforschung und Raumordnung 60(3), 248-254.

Werlen, B. (1995): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Band 1. Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum. Stuttgart: Franz Steiner (= Erdkundliches Wissen 116).

Wessel, F. (2015): Die Ko-Produktion von freiwilligen kommunalen Aufgaben mit Hilfe finanzieller Bürgerbeteiligungsmodelle unter Einbeziehung von Sparkassen und Kreditgenossenschaften. In: dms – der moderne staat 8(2), 361-384.

Westerdahl, S. & Westlund, H. (1998): Social economy and new jobs: a summary of twenty case studies in European regions. In: Annals of Public and Cooperative Economics 69(2), 193-218.

Westwood, A. (2011): Localism, social capital and the "Big Society". In: Local Economy 26(8), 690-701.

Wiesenthal, H. (2009): Rationalität und Unsicherheit in der Zweiten Moderne. In: Böhle, F. & Weihrich, M. [Hrsg.]: Handeln unter Unsicherheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 25-47.

Willersinn, C.; Lavèn, P. & Doluschitz, R. (2015): Möglichkeiten und Grenzen von Genossenschaften zur Erhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 65(1), 41-58.

Williams, C.C. (2003): Developing Community Participation in Deprived Neighbourhoods: A Critical Evaluation of the Third-sector Approach. In: Space and Polity 7(1), 65-73.

Willisch, A.; Land, R.; Gabler, J.; Thomas, M. & Woderich, R. (2010): Im Osten was Neues. Kreativer Aufbruch in den vom demografischen Wandel betroffenen Regionen in den neuen Bundesländern. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Bollewick & Berlin.

Wolf, A.C. & Zimmer, A. (2012): Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS (= Bürgergesellschaft und Demokratie 38).

Wölfel, R. (2015): Themen, Thesen, Trends – aktuelle Entwicklungen des Einzelhandels im ländlichen Raum. In: Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens [Hrsg.]: Einzelhandel im Ländlichen Raum. 27. Heiligenstadter und Ansbacher Gespräche 2014/15. Bayreuth, 8-16.

Woods, M. (2009): Rural geography: blurring boundaries and making connections. In: Progress in Human Geography 33(6), 849-858.

Yin, R.K. (1989): Case Study Research. Los Angeles: Sage (= Applied Social Research Methods Series 5).

Yunus, M.; Moingeon, B. & Lehmann-Ortega, L. (2010): Building Social Business Models: Lessons from the Grameen Experience. In: Long Range Planning 43(2-3), 308-325.

Zahra, S.A.; Gedajlovic, E.; Neubaum, D.O. & Shulman, J.M. (2009): A typology of social entrepreneurs: Motives, search processes and ethical challenges. In: Journal of Business Venturing 24(5), 519-532.

Zapf, W. (1989): Über Soziale Innovationen. In: Soziale Welt 40(1-2), 170-183.

Zibell, B.; Revilla Diez, J.; Heineking, I.; Preuß, P.; Bloem, H. & Sohns, F. (2015): Zukunft der Nahversorgung in ländlichen Räumen: Bedarfsgerecht und maßgeschneidert. In: Fachinger, U. & Künemund, H. [Hrsg.]: Gerontologie und ländlicher Raum: Lebensbedingungen, Veränderungsprozesse und Gestaltungsmöglichkeiten. Wiesbaden: Springer VS, 141-165 (= Vechtaer Beiträge zur Gerontologie).

Zibell, B. & Revilla Diez, J. (2014): ZukunftNAH. Zukunftschancen bedarfsgerechter Nahversorgung in ländlichen Räumen Niedersachsens. Forschung im Rahmen der Förderlinie 2.2.1„Innovative Kooperationsprojekte". Abschlussbericht. Hannover.

Ziegler, R. (2017): Citizen Innovation as Niche Restoration – A Type of Social Innovation and Its Relevance for Political Participation and Sustainability. In: Journal of Social Entrepreneurship 8(3), 338-353.

Journalistische Quellen

Aachener Zeitung (2017): Wollersheim. Bleiben die Türen des Dorfladens bald zu? Artikel vom 20.04.17. Online: www.aachener-zeitung.de/lokales/dueren/bleiben-die-tueren-des-dorfladens-bald-zu-1.1606386; Abruf am 07.05.17.

Deutschlandfunk (2017): Abgehängte Regionen. Sendereihe. Online: www.deutschlandfunk.de/reihe-abgehaengte-regionen-der-nichtwaehleranteil-ist-dort-100.html; Abruf am 14.09.19.

Die Zeit (2016): Im Bullenstall gibt's Toastbrot. Das Dorf stirbt? Wenn die Bürger von Deersheim ihren Laden eröffnen, wird sogar der Ministerpräsident Kunde. Artikel vom 24.11.16. Online: www.zeit.de/2016/49/deersheim-sachsen-anhalt-dorfladen; Abruf am 15.07.17.

FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung (2018): Das geteilte Land. Beitrag vom 28.02.18. Online: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/deutschland-ein-geteiltes-land-15456747.html; Abruf am 28.11.19.

National Geographic (2014): Tante Emma 2.0. Heft 12(2014), 24-26.

SZ – Süddeutsche Zeitung (2017): Die Renaissance des Dorfladens. Artikel vom 05.05.17. Online: www.sueddeutsche.de/muenchen/soziale-treffpunkte-die-renaissance-des-dorfladens-1.3490242; Abruf am 06.05.17.

SZ – Süddeutsche Zeitung (2013): Heimat zu kaufen. Rückkehr der Dorfläden. Artikel vom 21.09.13. Online: www.sueddeutsche.de/wirtschaft/rueckkehr-der-dorflaeden-heimat-zu-kaufen-1.1776602; Abruf am 27.11.18.

Tagesspiegel (2018): Das Hipsterdorf in der Uckermark. Artikel vom 04.10.18. Online: www.tagesspiegel.de/themen/tagesspiegel-berliner/berlins-13-bezirk-das-hipsterdorf-in-der-uckermark/23122020.html; Abruf am 23.08.19.

Anhang I: Dokumentenübersicht

Fallstudie Dorfladen Linsburg w.V.

Pressedokumente

Veröffent-licht am …	Zeitung / Medium	Titel des Beitrags
04.11.13	Die Harke	Dörfliches Produkt gegen den Einheitsbrei
13.12.13	Die Harke	Für den Dorfladen will Linsburg Gas geben
13.02.14	Die Harke	Dorfladen nimmt Fahrt auf
15.05.14	Die Harke	Dorfläden wächst vor der Geburt
27.06.14	Die Harke	"Der Laden läuft"
08/14	Das Magazin der Samtgemeinde Steimbke	„Dorfladen“ offenbart ungeahnte Potenziale
23.09.14	Die Harke	Ein Supermarkt in Bürgerhand
17.10.14	Die Harke	Weitflugwettbewerb für nahes Einkaufen
25.11.14	Die Harke	Fast 100 Linsburger zeichnen 180 Anteile
07.12.14	Die Harke am Sonntag	Jetzt Anteile zeichnen
28.12.14	Die Harke am Sonntag	Auch in Linsburg gibt es jetzt einen Bücherschrank
02.03.15	Die Harke	Erster Dorfladen im Kreis Nienburg ist eröffnet worden
28.03.15	Die Harke	"Die Chance jetzt ergreifen"
02.04.15	Die Harke	Schritt für Schritt geht es voran
18.04.15	Die Harke	Gut, vernetzt, lebendig
26.07.15	Die Harke	Wo eine über 80 Jahre alte Hoffnung die Skepsis überwiegt
05.08.15	Die Harke	Dorfladen Linsburg ist jetzt ein „wirtschaftlicher Verein“
13.10.15	Die Harke	Dorfladen in den Startlöchern
02.12.15	Blickpunkt	„Das ist jetzt mein Laden!“
16.12.15	Die Harke	Erster Spatenstich Mitte 2016
01/16	Das Magazin der Samtgemeinde Steimbke	Dorfladen Linsburg soll im historischen Gasthaus entstehen
12.05.16	Die Harke	Modernisierung und neuer Anbau
09.06.16	Blickpunkt	Ein Dorfladen nimmt Gestalt an
28.06.16	Die Harke	Auch Bremens Bürgermeister will mitmachen
30.06.16	Die Harke	Verhaltene Kritik an verzögertem Baubeginn
27.10.16	Die Harke	Fast 500 Anteile verkauft
15.02.17	Blickpunkt	Dorfgemeinschaft hilft beim Bau
05/17	Das Magazin der Samtgemeinde Steimbke	Hannoveraner staunen über die Linsburger
15.07.17	Die Harke	Bau des Gemeinschaftshauses verzögert sich
02.08.17	Die Harke	55 packten mit an
02.09.17	Die Harke	Arbeitseinsatz mit starker Beteiligung
08.09.17	Die Harke	Dorfladen wird 80.000 € teurer
27.09.17	Blickpunkt	Hand in Hand
10.10.17	Die Harke	Der nächste Meilenstein steht bevor
17.10.17	Die Harke	Ein Schritt auf dem Weg zum Dorfmittelpunkt
18.10.17	Blickpunkt	Beispielhafte Zusammenarbeit
11.12.17	Die Harke	Dorfladen Linsburg eröffnet am 10. März
08.01.18	Radio Mittelweser	Linsburger Dorfladen auf Zielgeraden
09.03.18	Die Harke	Erste Nachfrage schon sehr gut
12.03.18	Die Harke	Viel Lob für die engagierten Linsburger
14.03.18	Blickpunkt	Offizielle Eröffnung von Linsburger Dorfladen
17.03.18	Weser-Kurier	Zurück zu den Wurzeln
31.03.18	Die Harke	„Der Zahlenguru zeigt: Daumen hoch“
08.05.18	Die Harke	Ratssitzung mit 100 Teilnehmern
11.05.18	Die Harke	Als hätte es nie eine Pause gegeben
31.08.18	Die Harke	Rund 120 Helfer bauten in Linsburg aus altem Gaststättensaal ein modernes Dorfgemeinschaftshaus
08.10.18	Die Harke	Ohne Penner-Renner-Liste geht's nicht
18.10.18	Die Harke	„Ohne Café gäbe es uns nicht mehr“

09.01.19	NDR 1 Niedersachsen	Plattenkiste: Dorfladen Linsburg
01.03.19	Die Harke	"Linsburger" zum ersten Geburtstag
12.03.19	Die Harke	Botschafter-Plakette des Landkreises für den Dorfladen

Organisationsinterne Dokumente

Monat / Jahr der Herausgabe	Art und Inhalt des Dokuments	Kürzel
April 2014	Vordruck der standardisierten Haushaltsbefragung	OD1_1
Mai 2014	Auswertung der Haushaltsbefragung	OD1_2
Oktober 2014	Einladung zur Gründungsversammlung Dorfladen Linsburg w.V.	OD1_3
November 2014	Satzung des w.V.	OD1_4
November 2014	PowerPoint-Präsentation zur Gründungsversammlung vom 22.11.14	OD1_5
November 2014	Protokoll zur Gründungsversammlung vom 22.11.14	OD1_6
Dezember 2014	Vordruck Beitrittserklärung	OD1_7
2014	Flyer	OD1_8
Mai 2015	Geschäftsplan des w.V.	OD1_9
Mai 2015	Antrag zur Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein	OD1_10
Juni 2015	Zeitungseinleger	OD1_11
Dezember 2015	Zeitungseinleger	OD1_12
Dezember 2015	Protokoll zur Mitgliederversammlung vom 12.12.15	OD1_13
April 2016	Flyer	OD1_14
September 2016	Flyer Projektbeschreibung	OD1_15
Oktober 2016	Protokoll zur Mitgliederversammlung vom 21.10.16	OD1_16
Oktober 2016	PowerPoint-Präsentation zu den Ideenentwürfen zum Umbau des Dorfladens auf der Mitgliederversammlung vom 21.10.16	OD1_17
Juni 2017	Einladungsflyer zur Mitgliederversammlung am 16.06.17	OD1_18
Juni 2017	Protokoll der Mitgliederversammlung vom 16.06.17	OD1_19
Januar 2018	PowerPoint-Präsentation zur Mitgliederversammlung vom 12.01.18	OD1_20
Januar 2018	Protokoll zur Mitgliederversammlung vom 12.01.18	OD1_21
März 2018	Flyer	OD1_22
Februar 2019	PowerPoint-Präsentation zur Mitgliederversammlung vom 22.02.19	OD1_23
Februar 2019	Protokoll zur Mitgliederversammlung vom 22.02.19	OD1_24
Mai 2019	Protokoll zur Mitgliederversammlung vom 24.05.19	OD1_25
unbekannt	Sticker	OD1_26
---	Webseite www.dorfladen-linsburg.de a) www.dorfladen-linsburg.de/faq/faq; Abruf am 15.03.17 b) www.dorfladen-linsburg.de/aktionen/logowettbewerb; Abruf am 12.03.17 c) www.dorfladen-linsburg.de/chronik/2015/2015-03-25_geschaeftsordnung_pm; Abruf am 20.09.17 d) www.dorfladen-linsburg.de/chronik/2018/2018-03-10_eroeffnungsfeier; Abruf am 28.02.18	OD1_27
---	Facebook-Auftritt www.facebook.com/dorfladenlinsburg	OD1_28

Sonstige Dokumente

Monat / Jahr der Herausgabe	Urheber des Dokuments	Art / Titel des Dokuments	Kürzel
März 2003	Gemeinde Linsburg	Festschrift im Rahmen der Feierlichkeiten zum 800-jährigen Bestehen des Ortes Linsburg	SD1_1
Februar 2011	Gemeinde Linsburg	Bürgerprotokoll der Sitzung des Rates der Gemeinde Linsburg am 17.02.11	SD1_2
Juni 2011	Gemeinde Linsburg	Bürgerprotokoll der Sitzung des Rates der Gemeinde Linsburg am 29.06.11	SD1_3
Juni 2012	Gemeinde Linsburg	Bürgerprotokoll der Sitzung des Rates der Gemeinde Linsburg am 20.06.12	SD1_4
Mai 2013	Gemeinde Linsburg	Bürgerprotokoll der Sitzung des Rates der Gemeinde Linsburg am 07.05.13	SD1_5

September 2013	Gemeinde Linsburg	Bürgerprotokoll der Sitzung des Rates der Gemeinde Linsburg am 11.09.13	SD1_6
November 2013	Gemeinde Linsburg	Gemeindeeigener Artikel: Versorgungs- und Dienstleistungen im Dorf. Info- und Diskussionsabend am 01.11.13	SD1_7
Dezember 2013	Gemeinde Linsburg	Bürgerprotokoll der Sitzung des Rates der Gemeinde Linsburg am 10.12.13	SD1_8
Dezember 2013	Samtgemeinden Heemsen, Liebenau, Marklohe und Steimbke	Öffentliche Bekanntmachung: Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept (lEK). Beteiligung der Öffentlichkeit	SD1_9
Dezember 2013	Samtgemeinden Heemsen, Liebenau, Marklohe und Steimbke	Interkommunales Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept (lEK). Endbericht	SD1_10
Dezember 2013	Samtgemeinden Heemsen, Liebenau, Marklohe und Steimbke	Interkommunales Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept (lEK). Anlagenband	SD1_11
Februar 2014	Gemeinde Linsburg	Gemeindeeigener Artikel: Arbeitsgruppeneinteilung für die Durchführung des Projektes "Dorfladen"	SD1_12
Februar 2014	Gemeinde Linsburg	Gemeindeeigener Artikel: Linsburger Dorfladen nimmt Fahrt auf. 2. Versammlung zum Projekt "Dorfladen" am 07.02.14	SD1_13
Juni 2014	Gemeinde Linsburg	Begleitschreiben zum Antrag auf Förderung aus dem Programm “Kleinere Städte und Gemeinden“	SD1_14
Januar 2015	Bewohner	Zusammenstellung der ehemaligen und gegenwärtigen Ausstattung Linsburgs	SD1_15
Mai 2017	Gemeinde Linsburg	Bürgerprotokoll der Sitzung des Rates der Gemeinde Linsburg am 16.05.17	SD1_16
2017	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)	Kommunales Netzwerk der Samtgemeinden Heemsen, Liebenau, Marklohe und Steimbke. Zusammenfassung der Fördermaßnahmen	SD1_17
unbekannt	Interkommunales Netzwerk Heemsen, Liebenau, Marklohe, Steimbke	Broschüre „Erreichtes & Zukünftiges“ zur Städtebauförderung „Kleinere Städte und Gemeinden“	SD1_18
unbekannt	Zukunftsforum Niedersachsen	Broschüre „Empfehlungen des Zukunftsforums Niedersachsen. Starke Städte und lebendige Dörfer in den ländlichen Räumen“	SD1_ 19
---	Gemeinde Linsburg	Webseite www.gemeindelinsburg.de a) www.gemeindelinsburg.de/archiv/2013/2013-11-01_versdienstleist-dorf; Abruf am 20.09.19	SD1_20
---	Samtgemeinde Steimbke	Webseite www.steimbke.de	SD1_21

Fallstudie Bürgerläden Scharfenstein-Venusberg eG

Pressedokumente

Veröffent-licht am …	Zeitung / Medium	Titel des Beitrags
30.07.09	Sachsenfernsehen	Falkenau bekommt Einkaufsmarkt
16.09.10	Freie Presse	Selbst ist das Dorf – Ministerpräsident Tillich besucht Bürgerkonsum in Falkenau
26.09.11	WirtschaftsWoche	Wie die Treuhand bei der DDR-Abwicklung versagte
16.10.11	Freie Presse	Scharfenstein: Zukunft der alten Schule ungewiss
18.11.12	Freie Presse	Scharfenstein: Bahnhofsgebäude erhält Innentüren
18.03.13	Freie Presse	Nahversorgung: Räte entscheiden über Pächter
27.03.13	Freie Presse	Einkaufsmarkt im alten Bahnhof ab Sommer täglich geöffnet
18.03.14	Freie Presse	Interview – Gemeinde sucht neuen Betreiber
21.05.14	Freie Presse	Nahversorgung – Interessent für Laden in Venusberg
23.09.14	Freie Presse	Gemeinderat – Verkaufsstellen noch ohne Betreiber
18.03.15	Freie Presse	Versorgung: Engagement der Bürger ist gefragt
08.04.15	Freie Presse	Bürgerversammlungen – Nahversorgung im Fokus
10.04.15	Freie Presse	Großes Interesse an Gründung einer Bürger-Genossenschaft
11.04.15	Freie Presse	Interesse für Dorfladen auch in Venusberg
11.06.15	Freie Presse	Genossenschaft – Arbeitsgruppe gegründet
22.09.15	Freie Presse	Genossenschaft – Bürgermeister kündigt Treffen an
14.10.15	Freie Presse	BürgerGenossenschaft – Konzepte werden vorgestellt
16.10.15	Freie Presse	Bürgerläden: Gemeinde baut auf Engagement der Einwohner
16.10.15	Freie Presse	Kommentar: Bitte mitmachen
17.10.15	Freie Presse	Bürgerläden: Interesse groß
22.02.16	Freie Presse	Nahversorgung – Genossenschaft vor Gründung
25.02.16	Freie Presse	Genossenschaft nimmt Arbeit auf: Erster Laden soll im Mai öffnen
27.02.16	Blick Erzgebirge	Geschäft in Scharfenstein soll Ende Mai öffnen
12.04.16	Freie Presse	Gemeinderat unterstützt Genossenschaftsläden
27.05.16	Freie Presse	Sächsische Produkte stehen in Scharfenstein hoch im Kurs
28.05.16	Freie Presse	Lauterbacher Laden schließt seine Tore
30.05.16	Freie Presse	2500 Gäste feiern Bahnhofsfest in Scharfenstein
04.06.16	Freie Presse	Reingegrätscht und angelupft
11.06.16	Freie Presse	Tante Emma ist zurück
05.07.16	Freie Presse	Bürgerladen – Zweites Geschäft öffnet im August
05.08.16	Freie Presse	Genossenschaft geht mit zweitem Bürgerladen an den Start
22.12.16	Freie Presse	Bürgerladen: Hier bestimmen die Kunden, was in die Regale kommt
20.01.17	Freie Presse	Wer sich engagiert, bringt etwas voran
13.04.17	Freie Presse	Ausgeträumt: Das jähe Ende der Initiative für einen Bürgerladen
16.05.17	Freie Presse	Bürgerläden zählen auf mehr Unterstützung ihrer Kunden
13.06.17	Freie Presse	Anhebung der Mieten auf Prüfstand
16.06.17	Freie Presse	Bürgerläden – Drebach setzt Mieterhöhung aus
11.01.18	Freie Presse	Weiterem Dorfladen in der Region droht das endgültige Aus
24.02.18	Sächsische Zeitung	Der Bürger-Meister
13.06.18	MDR	Einkaufen auf dem Land – Einwohner organisieren sich selbst
31.08.18	Freie Presse	Mix aus Idee und Pleite verändert Welt
29.12.18	Freie Presse	Scharfensteiner Burgschänke schließt Anfang Januar 2019
23.02.19	Freie Presse	Zu wenige Kunden: Drebacher Bürgerläden droht das Aus
08.03.19	Freie Presse	Einer der beiden Bürgerläden bleibt geschlossen
12.06.19	Lausitzer Rundschau	So bleibt Sachsen lebenswert. Für ländlichen Raum mit Zukunft – Bürger setzen auf Dorfläden
17.08.19	Freie Presse	Häuserverkauf in Scharfenstein verzögert sich
23.08.19	Freie Presse	Nach Bürgerladen-Debakel: Bahnhof bekommt stylishes Café
18.09.19	MDR	Der erste FCKW-freie Kühlschrank der Welt

Organisationsinterne Dokumente

Monat / Jahr der Herausgabe	Art und Inhalt des Dokuments	Kürzel
Februar 2016	Satzung der eG	OD2_1
Mai 2016	Wunschliste zur Erfassung der Bedarfe	OD2_2
2016	Beitrittserklärung zur eG	OD2_3
Februar 2017	Speiseplan des Bistros im Bürgerladen Scharfenstein	OD2_4
Juni 2017	PowerPoint-Präsentation der Ordentlichen Generalversammlung 2017	OD2_5
Juni 2017	Gesprächsvorlage des Berichtes des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss 2016 auf der Ordentlichen Generalversammlung	OD2_6
Juni 2017	Gesprächsvorlage des Berichtes des Vorstandes zum Jahresabschluss 2016 auf der Ordentlichen Generalversammlung	OD2_7
---	Webseite www.blsv.org (seit Januar 2019 offline) a) www.blsv.org/über-uns/wir-helfen-uns; Abruf am 26.07.17	OD2_8
---	Facebook-Auftritt (seit März 2019 offline)	OD2_9

Sonstige Dokumente

Monat / Jahr der Herausgabe	Urheber des Dokuments	Art / Titel des Dokuments	Kürzel
Januar 2015	Zwönitztal-Greifensteinregion e.V.	LEADER-Entwicklungsstrategie (LES) Zwönitztal-Greifensteinregion	SD2_1
März 2016	Gemeinde Drebach	Beschlüsse der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 22.03.16	SD2_2
Mai 2017	Gemeinde Drebach	Beschlüsse der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 09.05.17	SD2_3
Februar 2016 bis August 2019	Gemeinde Drebach	13 Ausgaben des Amtsblattes der Gemeinde Drebach	SD2_4
Januar 2017	Gemeinde Marienberg	Amtsblatt der Gemeinde	SD2_5
März 2017	Evangelisch-Lutherische Kirchgemeinde Lauterbach	Lauterbacher Gemeindebrief	SD2_6
unbekannt	unbekannt	Gedicht „Ach Scharfenstein, warst du einst schön“	SD2_7
---	Gemeinde Drebach	Webseite www.gemeinde-drebach.de	SD2_8

Fallstudie Dettener Dorfladen eG

Pressedokumente

Veröffent-licht am …	Zeitung / Medium	Titel des Beitrags
05.05.10	Westfälische Nachrichten	Erste Ideen für Schapdetten gesammelt
02.03.12	Westfälische Nachrichten	„Schapdettener für Schapdetten“ – „Engagement ist unentbehrlich“
06.11.12	Westfälische Nachrichten	Versammlung des Vereins „Schapdettener für Schapdetten“ – Erste Aktivitäten bereits erfolgreich
24.03.13	Westfälische Nachrichten	SV Fortuna Schapdetten – Lob für Gemeinschaftssinn
16.04.13	Westfälische Nachrichten	Erfolgsmodell Dorfladen
15.05.13	Westfälische Nachrichten	Dorfladen geht in Entscheidungsphase
03.09.13	Westfälische Nachrichten	Bürgergenossenschaft „Dettener Dorfladen“ – Verantwortung übernommen
07.09.13	Westfälische Nachrichten	Dorfladen Schapdetten – Riesige Resonanz für das Projekt
18.09.13	Westfälische Nachrichten	Dorfladen in Schapdetten „Eine wirklich gute Chance“
01.10.13	Westfälische Nachrichten	„Der Dorfladen wird Wirklichkeit“
22.12.13	Westfälische Nachrichten	Kampf dem Dorfsterben – Wie Tante-Emma-Läden das Landleben wieder attraktiver machen sollen
28.02.14	Westfälische Nachrichten	Schapdetten freut sich über den neuen Dorfladen – Projekt mit Vorbildcharakter
05.03.14	Streiflichter	Räumlichkeiten sind nun fertig – Dettener Dorfladen geöffnet
12.03.14	Westfälische Nachrichten	Dettener Dorfladen – „Ich bin überwältigt“
27.03.14	Allgemeine Zeitung	Schapdettener Modell im Bezirksausschuss vorgestellt. Ohne Bürgerengagement geht’s nicht. „Unser Dorfladen brummt“
01.07.14	Westfälische Nachrichten	Bürgergenossenschaft Dettener Dorfladen – „Wir brauchen die Hand des Fachmanns“
14.10.14	Westfälische Nachrichten	Dettener Dorfladen – Wie läuft das Geschäft?
25.10.14	Westfälische Nachrichten	Debatte um Schulschließung in Schapdetten – Zeit gewonnen
21.01.15	Westfälische Nachrichten	St.-Bonifatius-Grundschule Schapdetten – Schule soll geschlossen werden
27.03.15	Westfälische Nachrichten	Bürgergenossenschaft Schapdetten – „Dorfladen wird angenommen“
18.06.15	Westfälische Nachrichten	Besuch im Dettener Dorfladen – Dorfladen mit Vorbildfunktion
28.08.15	Westfälische Nachrichten	Schlaun Cirkel Nottuln – Mittelpunkt der Dorfgemeinschaft
27.09.15	Westfälische Nachrichten	Johann-Conrad-Schlaun-Preis in Nottuln verliehen – „Bürger glauben an ihren Ort“
08.12.15	Westfälische Nachrichten	Einkaufen im Dorf. Schapdetten ist stolz auf sein Geschäft
03.06.16	Westfälische Nachrichten	Schapdettener für Schapdetten – Weiter im Einsatz für das Dorf
12.01.17	Westfälische Nachrichten	Ortstermin im Dettener Dorfladen – Offene Wünsche an die Gemeinde
01.06.17	Westfälische Nachrichten	Dettener Dorfladen eG – Personalengpass sorgt für Minus
27.08.17	Westfälische Nachrichten	Heimatverein Schapdetten – Mehr Lebensqualität
16.06.18	Westfälische Nachrichten	Dettener Dorfladen freut sich über neue Café-Ecke
31.03.19	Westfälische Nachrichten	Fortuna Schapdetten – Auf 613 Mitglieder gewachsen
03.04.19	Westfälische Nachrichten	Interview: „GegenWind Schapdetten“ – „Wir wollen keine Windkraftanlagen“
05.04.19	Westfälische Nachrichten	Bürgerinformation – Bürger äußern massive Kritik
30.04.19	Westfälische Nachrichten	Schapdetten – „Das Dorf lebenswert gestalten“

Organisationsinterne Dokumente

Monat / Jahr der Herausgabe	Art und Inhalt des Dokuments	Kürzel
Juli 2013	Standortanalyse – Machbarkeitsstudie zur Gründung des Dettener Dorfladens	OD3_1
August 2013	Einladungsflyer zur Informationsveranstaltung über die Gründung der eG	OD3_2
September 2013	Satzung der eG	OD3_3
September 2013	Protokoll zur Gründungsversammlung	OD3_4
September 2013	Protokoll zur ersten Aufsichtsratssitzung	OD3_5
September 2013	Moderationsnotizen zur Informationsveranstaltung zur Gründung der eG	OD3_6
September 2013	PowerPoint-Präsentation zur Informationsveranstaltung zur Gründung der eG	OD3_7
unbekannt	Flyer zur Anmeldung für E-Mail-Newsletter	OD3_8
---	Webseite www.dettener-dorfladen.de	OD3_9
---	Facebook-Auftritt www.facebook.com/dettenerdorfladen	OD3_10

Sonstige Dokumente

Monat / Jahr der Herausgabe	Urheber des Dokuments	Art / Titel des Dokuments	Kürzel
09.05.07	Heimatverein Schapdetten e.V.	Satzung des Vereins	SD3_1
31.07.10	Fortuna Schapdetten e.V.	Fortunen-Echo – Informationsheft des SV Fortuna Schapdetten	SD3_2
31.07.11	Fortuna Schapdetten e.V.	Fortunen-Echo – Informationsheft des SV Fortuna Schapdetten	SD3_3
01.03.12	Schapdettener für Schapdetten e.V.	Satzung des Vereins	SD3_4
unbekannt	LBS West	Dokumentation aller eingereichten Bürger-Projekte – 215 wegweisende Ideen für unsere Gemeinden	SD3_5
---	Schapdettener für Schapdetten e.V.	Webseite des Ortsteils www.schapdetten.info	SD3_6

Fallstudie Dorfladen Alerheim eG

Pressedokumente

Veröffent-licht am …	Zeitung / Medium	Titel des Beitrags
13.12.12	Augsburger Allgemeine	Kommunale Allianz beschlossen
07.05.14	Augsburger Allgemeine	Schulden erstmals wieder unter einer halben Million
06.06.15	Augsburger Allgemeine	Eine große Ähre ...
12.12.15	Augsburger Allgemeine	Endlich wieder einkaufen
07.04.16	Augsburger Allgemeine	Kommt der Dorfladen im Herbst?
19.07.16	Augsburger Allgemeine	Der nächste Schritt zum Dorfladen
08.11.16	B4B – Wirtschaftsleben Schwaben	Donau-Ries: Mit Dorfläden die Gemeinden neu beleben
13.11.16	SonntagsZeitung Nördlingen	Dorfladen-Eröffnung in Alerheim. Sonderbeilage
18.11.16	Augsburger Allgemeine	Alerheim: Endlich wieder einkaufen im eigenen Dorfladen
20.11.16	SonntagsZeitung Nördlingen	Ein Freudentag für unsere Gemeinde
09.03.17	Augsburger Allgemeine	Regionale Produkte sollen in die Dorfläden
19.04.17	Augsburger Allgemeine	Nördlingerin vermarktet die Heimat
02.06.17	Focus Online	Dorfläden vermarkten sich und ihre regionalen Produkte. Netzwerk im Landkreis Donau-Ries führt gemeinsame Projekte durch
13.06.17	B4B – Wirtschaftsleben Schwaben	So will der Landkreis Donau-Ries regionale Händler stärken
02.07.17	Augsburger Allgemeine	Guter Treffpunkt, schlechte Zahlen
13.07.17	Augsburg TV	Regionales Einkaufen Donau-Ries
17.07.17	Augsburger Allgemeine	Die Kartoffeln liefert der Nachbar
24.07.17	Augsburger Allgemeine	Mit Stolz und Leidenschaft
28.08.18	B4B – Wirtschaftsleben Schwaben	Nahversorgung: Neue Dorfläden im Donau-Ries eröffnet
10.10.18	Wochenzeitung.de	Dorfläden setzen auf regionale Produkte
05.04.19	Sonntagsblatt – Evangelische Sonntagszeitung für Bayern	Rückkehr der Tante-Emma-Läden. Warum es in Donau-Ries mehr Dorfläden als anderswo in Bayern gibt
11.09.19	Augsburger Allgemeine	Bald gibt es keine frischen Brezen mehr

Organisationsinterne Dokumente

Monat / Jahr der Herausgabe	Art und Inhalt des Dokuments	Kürzel
Juni 2015	Moderationsnotizen zur öffentlichen Informationsveranstaltung über die Nahversorgung in Alerheim	OD4_1
September 2015	Anschreiben zur Bürgerbefragung zur Nahversorgung	OD4_2
Oktober 2015	Aufbereitete statistische Auswertung der Bürgerbefragung	OD4_3
November 2015	PowerPoint-Präsentation des Arbeitskreises Nahversorgung Alerheim über den aktuellen Stand im Gemeinderat	OD4_4
März 2016	PowerPoint-Präsentation des Arbeitskreises Nahversorgung Alerheim über den aktuellen Stand im Gemeinderat	OD4_5
April 2016	Einladungsflyer zu öffentlicher Informationsveranstaltung des Arbeitskreises Nahversorgung Alerheim	OD4_6
April 2016	Handzettel zum Erfragen der Bereitschaft zur Mithilfe	OD4_7
April 2016	PowerPoint-Präsentation zu öffentlicher Informationsveranstaltung des Arbeitskreises Nahversorgung Alerheim	OD4_8
Frühjahr 2016	Haushaltsbefragung über die gewünschten Inhalte im Laden	OD4_9
Mai 2016	Absichtserklärung zum Beitritt in die Dorfladen Alerheim eG in Gründung	OD4_10
Juli 2016	Handzettel: Antworten auf die am häufigsten gestellten Fragen	OD4_11
Juli 2016	Satzung der eG	OD4_12
Oktober 2016	Mitschriften über den Abschluss eines Darlehensvertrags zwischen der Gemeinde Alerheim und der Dorfladen Alerheim eG	OD4_13
---	Webseite www.dorfladen-alerheim.de	OD4_14
---	Facebook-Auftritt www.facebook.com/DorfladenAlerheim	OD4_15

Sonstige Dokumente

Monat / Jahr der Herausgabe	Urheber des Dokuments	Art / Titel des Dokuments	Kürzel
Juli 2014	Schule der Dorf- und Landent-wicklung Thierhaupten	Dokumentation des Seminars „Ortsmitte Alerheim“ am 11. und 12. Juli 2014 an der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten	SD4_1
April 2016	Gemeinden Alerheim, Deiningen und Wechingen	Belebte Substanz. Baufibel und kommunales Förderprogramm "Lebendige Ortskerne"	SD4_2
April 2016 bis Dezember 2018	Gemeinde Alerheim	32 Mitteilungsblätter der Gemeinde (wöchentlich herausgegeben)	SD4_3
unbekannt	Konversionsmanagement des Landkreises Donau-Ries	Flyer zum Dorfladen-Netzwerk Donau Ries	SD4_4
---	Gemeinde Alerheim	Webseite www.alerheim.de	SD4_5

Anhang II: Kodierschema bei der empirischen Analyse

Kategorie	Code
Allgemeine Entwicklungen des Dorfes	Infrastrukturrückbau, demografische Entwicklungen, kommunale Haushaltssituation, kommunalpolitische Konstellationen, kommunale Entscheidungsspielräume, Bezüge zu übergeordneten politischen Ebenen, allgemeine Entwicklungen im Sozialleben, Entwicklungen im Vereinsleben, Orientierung nach außen, mobile Versorgung als Ersatz für weggefallene stationäre Einrichtungen
Argumente für einen Dorfladen	soziale Begegnungsstätte schaffen, Selbstständigkeit älterer Personen gewährleisten, zukünftige Selbstständigkeit sichern, Kinder lehren mit Geld umzugehen, soziale Nähe schaffen, Zeitersparnis, finanzielle Ersparnis, Zusammenhalt wiederherstellen / Gemeinschaft stärken, generationenübergreifende Begegnung ermöglichen, ungezwungene Begegnung ermöglichen, verlorengegangene Einrichtungen zurückgewinnen, Betriebsschluss des letzten Ladens in naher Vergangenheit, Sorge vor ‚Untergang' des Dorfes, allgemeine Blicke in die Zukunft, Bewohner als Zielgruppe, Touristen als zusätzliche Zielgruppe, Weiterentwicklung gegenüber vorherigen Laden, stationäre statt mobile Versorgung, ausgeprägte Öffnungszeiten, kein Tante-Emma-Laden, globalisierungskritische Aspekte, ökologische Aspekte
Politische Impulse und Verbindungen mit der Initiative	politisch-institutionelle Anstöße, Ansprache der Bewohner, Zutragen von Verantwortung, Einfordern von Verantwortung, kommunalpolitische Vermittlerrolle, Agieren statt Reagieren, personelle Überschneidungen Kommunalpolitik – Initiative, Kommunalpolitik in Konflikt zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen, Missgunst seitens anderer wirtschaftlicher Akteure, schrittweiser Rückzug der Kommunalpolitik aus Vorhaben
Argumente für ein genossenschaftliches Modell	Desinteresse von privatwirtschaftlichen Akteuren, Genossenschaft als einzig möglicher Weg, Risiko auf viele Schultern verteilen, Neid und Missgunst verhindern, niemand verdient sich goldene Nase, Stärkung des Selbstbildes, breite Mitbestimmung
Formierung der tragenden Akteure und Arbeitsorganisation	sprachliche Verweise auf Kernakteure, Reingerutscht-Sein, Angesprochen-Werden, Nicht-nein-Sagen-Können, immer die Gleichen, Vernetzung und Vertrauen der Initiatoren im Vorfeld, Vernetzung im Zuge des Gründungsprozesses, Notwendigkeit von Anerkennung im Dorf, Notwendigkeit spezifischer Fähigkeiten, Amateure auf dem Gebiet, Rolle von Zugezogenen, interne Arbeitsorganisation (Vorstand/Aufsichtsrat), interne Arbeitsorganisation (Arbeitsgruppen)
Pfade, Fixierungen und Konflikte	point of no return, Beharrlichkeit, Unterschätzen der Arbeitslast, Möglichkeit des Scheiterns, Ungewissheiten bei Umsetzung, Notwendigkeit zur Professionalisierung, Nicht-Aussteigen-Können, Fluktuation bei der Beteiligung, Arbeitsbelastung, finanzielle Belastung, interne Konflikte, starke Erwartungshaltung seitens Bewohner, Rolle von Neinsagern/Zweiflern, allgemeine Zweifel im Kontext örtlicher Peripherisierung, Zweifel an wirtschaftlicher Tragfähigkeit, sozialer Druck zur Teilhabe, wiederholtes Appellieren
Anstrengungen zum Aufbau (ortsintern)	alle mitnehmen, Identifikation der Bewohner mit ihrem Laden, Merchandise-Artikel zur Identifikation, symbolische Markierungen, Online-Präsenz, Identifikation über Geschäftsanteile, Informationsveranstaltungen, Bürgerbefragungen, Mitbestimmung über Ladeninhalte und Warensortiment, Aufnahme von Gewünschtem, Einbindung ehrenamtlicher Helfer, Begrenztheit und Nachlassen ehrenamtlicher Hilfe, Einbindung lokalen Wissens, Nutzung von Medienkanälen, Deutungshoheit erlangen
Beistand durch und Orientierung an überörtliche(n) Akteure(n)	externe Berater als Wissenslieferanten, Verzicht auf eingehende Beratung mangels Geld, Unterstützung durch Bankinstitute, Orientierung an regionalen Dorfläden, Inputs durch Dorfladen-Vorbilder, Vorbilder treten auf Informationsveranstaltungen auf
Einbindung örtlicher Wirtschaftsakteure	keine Konkurrenz vor Ort schaffen, Unterstützung durch lokale Unternehmen und Vereine, Einbindung regionaler Produzenten, Synergien schaffen, Grenzen der Zusammenarbeit, von positivem Image profitieren
Anlagerung von Leistungen	Café/Bistro, Lieferservice, Post, Bankleistungen, sonstige Dienstleitungen, Kritik an Post, Notwendigkeit zur Multifunktionalität, verlorengegangene Leistungen zurückholen
Einbettung in und Bezüge zur Gesamtwirtschaft	Distanzierung von konventionellen Ketten, Verhältnis zu Zulieferern, Partnerschaften als Erfordernis, Preisniveau konventioneller Supermärkte als Orientierungsrahmen, prekäre Finanzlage, Notwendigkeit zum Sparen, Schwierigkeiten der Personalfindung, Vollbeschäftigung als Problem, hohe Fluktuation, Erwartungen an Mitarbeiter, Überforderung aufgrund Multifunktionalität
Ausstrahlung	Vorbildwirkung für potenzielle Nachahmer, Wertschätzung / positive Wahrnehmung von außen, Erhalt von Auszeichnungen